



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2019

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:

Teil I: Regierungsrat

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)

Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:

zh.ch/gb

Inhaltsverzeichnis

01 Staatskanzlei	1
Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzierung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Leistungsgruppen	5
02 Direktion der Justiz und des Innern	9
Überblick	10
Legislaturziele	11
Finanzierung	13
Personal- und Lohnstatistik	13
Parlamentarische Vorstösse	14
Leistungsgruppen	15
03 Sicherheitsdirektion	55
Überblick	56
Legislaturziele	56
Finanzierung	59
Personal- und Lohnstatistik	59
Parlamentarische Vorstösse	60
Leistungsgruppen	61
04 Finanzdirektion	83
Überblick	84
Legislaturziele	86
Finanzierung	87
Personal- und Lohnstatistik	88
Parlamentarische Vorstösse	89
Leistungsgruppen	90
05 Volkswirtschaftsdirektion	111
Überblick	112
Legislaturziele	113
Finanzierung	115
Personal- und Lohnstatistik	115
Parlamentarische Vorstösse	116
Leistungsgruppen	118
06 Gesundheitsdirektion	133
Überblick	134
Legislaturziele	135
Finanzierung	137
Personal- und Lohnstatistik	137
Parlamentarische Vorstösse	138
Leistungsgruppen	139
07 Bildungsdirektion	157
Überblick	158
Legislaturziele	159
Finanzierung	161
Personal- und Lohnstatistik	162
Parlamentarische Vorstösse	163
Leistungsgruppen	164
08 Baudirektion	197
Überblick	198
Legislaturziele	200
Finanzierung	202
Personal- und Lohnstatistik	203
Parlamentarische Vorstösse	203
Leistungsgruppen	205

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	240
Abrechnung Budgetkredite	240
Rücklagen und Gewinnverwendung	246
Anhang	249
Behörden	251
Rechtspflege	257
Zu konsolidierende Organisationen	275
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	301
Andere Organisationen	312
Kreditübertragungen	314
Bewilligte Kreditüberschreitungen	318

01

Staatskanzlei

Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	3
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	3
Finanzierung	4
Übersicht	4
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Beschäftigungsumfang	4
Lohnaufwand	4
Anstellungsverhältnisse	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	4
Leistungsgruppen	5
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	5

Überblick

Die Staatskanzlei erbringt Leistungen, die für das reibungslose Funktionieren des Regierungsrates als Kollegialbehörde sorgen. Sie berät und unterstützt den Regierungsrat und wirkt für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend sowie unterstützend.

Legislaturplanung 2019–2023

Im ersten Halbjahr unterstützte die Staatskanzlei den Regierungsrat bei der Erarbeitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2019–2023. Als Grundlage für die Legislaturplanung bereitete die Staatskanzlei in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen eine Lagebeurteilung vor. Darauf gestützt passte der Regierungsrat die langfristigen Ziele des Kantons an und legte zehn Legislaturziele sowie 53 Massnahmen zu deren Umsetzung fest. Nach der Verabschiedung wurden die Legislaturziele an einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit bekannt gegeben, dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht und in den Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2020–2023 eingestellt. Die Direktionen und die Staatskanzlei wurden beauftragt, ihre Legislaturziele und Massnahmen auf die Legislaturziele des Regierungsrates abzustimmen.

Wahlen 2019

Das Berichtsjahr war ein Wahljahr. Mit den Regierungsrats- und Kantonsratswahlen im Frühjahr sowie den Stände- und Nationalratswahlen im Herbst galt es insgesamt drei Wahlgänge an drei Wochenenden zu bewältigen. Die Staatskanzlei sorgte in Zusammenarbeit mit diversen Partnern für einen reibungslosen Ablauf im Wahlzentrum Walche. Für rund 200 Medienschaaffende und Gäste wurde eine Infrastruktur bereitgestellt, die allen Beteiligten eine professionelle Abwicklung der Wahlen ermöglichte.

Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung

Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 und des dazugehörigen Impulsprogramms nahmen im Berichtsjahr weiter Fahrt auf. Zahlreiche Projekte starteten mit der Initialisierung oder erreichten erste Meilensteine.

Mit dem Schlüsselprojekt DigiLex sollen übergreifende rechtliche Grundlagen geschaffen werden, um einen durchgängigen und medienbruchfreien elektronischen Geschäftsverkehr zu ermöglichen. Mit Beschluss Nr. 1151/2019 legte der Regierungsrat den entsprechenden Projektauftrag fest. Die Staatskanzlei wurde vom Regierungsrat beauftragt, unter Einbezug der Direktion der Justiz und des Innern ein Rechtsetzungsprojekt durchzuführen. Das Projekt wird im ersten Quartal 2020 starten.

Ein weiteres Schlüsselprojekt des Impulsprogramms ist das Projekt ZHweb2019. In diesem Projekt wird der Internetauftritt des Kantons umfassend erneuert und konsequenter auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer ausgerichtet. Mit Beschluss Nr. 573/2019 beauftragte der Regierungsrat die Direktionen und die Staatskanzlei mit der Umsetzung gemäss dem vorgelegten Konzept und der Umsetzung des Geschäftsorganisationskonzepts. Die Arbeiten am neuen Web-Auftritt für den geplanten Go-live im Frühjahr 2020 bildeten einen Schwerpunkt im Berichtsjahr.

Steuerung Digitale Verwaltung und IKT

Das strategische Gremium für die Steuerung der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 und der darauf ausgerichteten IKT-Strategie (SDI) unter Leitung der Staatsschreiberin tagte im Berichtsjahr sechsmal. Insgesamt wurden 55 Geschäfte aus den Bereichen Digitale Verwaltung und E-Government sowie Informatik (IKT) beraten.

Public Corporate Governance

Im Berichtsjahr wurde der Handlungsbedarf in Bezug auf die Beteiligungen mit Zuständigkeit der Direktionen geprüft und dem Regierungsrat zur Aussprache unterbreitet. Der Regierungsrat teilte die Zuständigkeit für jede Beteiligung entweder der Stufe Regierungsrat oder Direktion zu und präziserte, zu welchen Beteiligungen Eigentümerstrategien zu erstellen sind. Zudem entlastete er die Finanzdirektion von der Unterstützung der Risikoaufsicht, umriss den Gegenstand von Eigentümerstrategien zu Beteiligungen im Finanzvermögen und beauftragte die Direktionen, die Umteilung von Beteiligungen in das Finanzvermögen bzw. deren Veräusserung zu prüfen (RRB Nr. 668/2019). Während des Berichtsjahres wurden zudem die Geschäfte des Regierungsrates auf ihre Übereinstimmung mit den Richtlinien über die Public Corporate Governance geprüft.

Evaluation der Partnerschaften mit China

Der Regierungsrat wurde im April des Berichtsjahres über die die Ergebnisse der Umfrage zu den internationalen Partnerschaften der Kantone informiert, welche die Staatskanzlei für das Treffen der Aussenbeziehungs- und Europadelegierten der Kantone in Zürich durchgeführt hatte. Die Staatskanzlei erhielt darauf den Auftrag, die China-Partnerschaften des Kantons zu untersuchen. Hierzu erteilte die Staatskanzlei einen Auftrag an einen China-Experten, die von Staatskanzlei und Volkswirtschaftsdirektion eng begleitet wird. Die Module zu den Motiven und Prioritäten der chinesischen Partner Guangdong und Chongqing sowie zu den politischen Aspekten sind Ende des Berichtsjahres angelaufen mit Interviews in China und der Schweiz. Die verbleibenden zwei Module folgen 2020. Dabei muss zusätzlich der von Guangdong neu vorgelegte «Action Plan» zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit geprüft werden. Die Ergebnisse der Evaluation sollen im Regierungsrat als Schwerpunktthema im Frühjahr 2020 diskutiert werden.

Fête des Vignerons

Die Staatskanzlei organisierte ein abwechslungsreiches Programm für den Auftritt des Kantons am Kantonstag vom 4. August in Vevey. Es gab moderne musikalische, tänzerische und künstlerische Darbietungen und Workshops zu erleben, aufgeführt von über 300 Künstlerinnen und Künstlern aus dem Kanton. Höhepunkte bildeten die Fahrt an den Lac Léman im Extrazug mit über 900 Personen und der farbige Festumzug entlang der Seepromenade, angeführt von der Regierungspräsidentin, gefolgt von 140 Mitgliedern des Branchenverbandes Zürcher Wein und Vertretern aller 28 Zünfte und ihren Begleiterinnen.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 9.1 Die Steuerbarkeit von Budget und Finanzplanung ist erhalten.

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

1000 2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden

1000 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

1000 2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken

1000 2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.8	1.9	0.1	7.1
Aufwand	-18.2	-21.2	-21.1	0.1	0.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-16.5	-19.5	-19.2	0.3	1.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-1.5	-1.4	0.1	5.4
- Kreditübertragungen					
Saldo		-1.5	-1.4	0.1	5.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
0.3		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	1000	- Digitalisierungsprojekte konnten noch nicht abgeschlossen werden, Kreditübertrag auf 2020.
0.0		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	52.7	57.1	56.8	-0.4	-0.6

Δ abs.	LG	Begründungen
-0.4		Abweichungen total R19 zu B19
-0.4	1000	- Verzögerte Neubesetzung von Vakanzen
0.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Total	9198	9864	9710	-154	-1.6

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
Total	64	26	38	39	25

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
15/2017	Digitalisierungsstrategie für die kantonale Verwaltung (Postulat Beat Habegger, Zürich, Martin Arnold, Oberrieden, und Katharina Kull-Benz, Zollikon); Fristerstreckung bis 8. Mai 2020, KRB vom 8. April 2019 (Vorlage 5519)	08.05.2017

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Zu den Hauptereignissen vgl. Überblick der Staatskanzlei.

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen: Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Verwaltungsführung und Repräsentation
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen unterstützen
- A3 Den Regierungsrat bei der Information der Öffentlichkeit und Kommunikation unterstützen: Medienarbeit und Medienbeobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG.
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken: Leitung direktionsübergreifender Gremien, Bewirtschaftung Intranet, Postdienst, Weibeldienst
- A5 Umsetzung der digitalen Verwaltung fördern und koordinieren

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse	A1	1288	1200	1220	20	1.7
L2	Erledigte Rekurse (Zielwert)	A1	30	30	23	-7	-23.3
L3	Betreute Verfahren der gesamtpolitischen Steuerung und Berichterstattung (Zielwert)	A1	15	4	4	0	0.0
L4	Entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat	A1	1225	1400	1541	141	10.1
L5	Dokumentationen an die Zürcher Mitglieder der Bundesversammlung über die Haltung des Kantons	A2	31	65	22	-43	-66.2
L6	Für den Regierungsrat organisierte Repräsentationsanlässe (ohne Grossanlässe)	A1	263	245	258	13	5.3
L7	Medienkonferenzen (Zielwert)	A3	68	60	75	15	25.0
L8	Medienmitteilungen	A3	350	300	391	91	30.3
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls	A3	16862	18000	17290	-710	-3.9
L10	Geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien (Zielwert)	A4	6	6	9	3	50.0
L11	Geleitete und begleitete Vorhaben zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018-2023 (Zielwert)	A5	36	26	36	10	38.5
L12	Auf ZHservices bereitgestellte E-Government-Angebote	A5	29	23	30	7	30.4
L13	Bearbeitete Postsendungen (intern/extern)	A4	4203000	4260000	3807000	-453000	-10.6
L18	Bearbeitete Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen	A3	176	200	123	-77	-38.5
L19	Betreute interkantonale und internationale Gremien	A2		13	13	0	0.0
L20	Von der Redaktionskommission behandelte Vorlagen	A1		22	24	2	9.1
W1	Durchschnittliche Seitenansichten im Internet pro Tag (gerundet)	A3	115000	120000	116000	-4000	-3.3
W2	Auf ZHservices abgewickelte Transaktionen	A5	294000	280000	321000	41000	14.6

Bemerkungen

- L5 Am Ende der Legislaturperiode werden vom Bundesparlament weniger neue Geschäfte beraten.
- L10 Das Gremium Steuerung Digitale Verwaltung und IKT (SDI) sowie die Koordinationsgruppe Digitale Verwaltung wurden 2018 eingesetzt (RRB Nr. 392/2018). Sie sind im KEF 2019-2022 noch nicht berücksichtigt worden. Das Gremium egovpartner wird erstmals mitgezählt.
- L11 Aufgrund der Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung und des Impulsprogramms ist der Bedarf an Unterstützung und Beratung weiterhin hoch.
- L13 Sendungsrückgang sowohl bei ein- als auch ausgehenden Sendungen und insbesondere bei der verwaltungsinternen Post.
- L18 Es sind weniger Gesuche eingegangen, daher auch weniger bearbeitet worden.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 9.1b Die Transparenz über Kostentreiber verbessern als Voraussetzung zur Priorisierung von Leistungen und Aufwendungen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand bis
 Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1a Die Struktur der Leistungsgruppen des Kantons überprüfen, um die Aufgabenerfüllung, Kompetenzen und Verantwortung besser abzubilden

Zuhanden des Regierungsrates wurde in drei Bereichen geprüft, ob die Struktur der Leistungsgruppen eine Abstimmung zwischen sachbezogener Planung bzw. Berichterstattung und Finanzplanung sowie -berichterstattung des Regierungsrates erlaubt: a. Darstellung von Budget (KEF) und Jahresrechnung (Geschäftsbericht) nach funktionaler Gliederung gemäss HRM2; b. Abstimmung der Politikbereiche und der langfristigen Ziele gemäss § 1 VOG RR auf die funktionale Gliederung gemäss HRM2; c. Bildung der Leistungsgruppen des Kantons nach einheitlichen Kriterien. Die Prüfung ergab, dass eine – auch punktuelle – Bereinigung der Leistungsgruppenstruktur für die Direktionen mit grossem Aufwand verbunden wäre. Deshalb wurde darauf verzichtet, eine Projektorganisation zur Erarbeitung eines Konzepts mit diesem Ziel einzusetzen. Ein Teil des festgestellten Handlungsbedarfs soll im Rahmen des Projekts Interne Verrechnung von Konzernleistungen der Finanzverwaltung abgedeckt werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Der Handlungsbedarf betreffend Umsetzung der Richtlinien über die Public Corporate Governance (PCG) wurde bei den Beteiligungen mit Zuständigkeit der Direktionen weiter geprüft und dem Regierungsrat im März zur Aussprache unterbreitet. Während des ganzen Berichtsjahres wurden zudem die Geschäfte des Regierungsrates auf ihre Übereinstimmung mit den Richtlinien über die Public Corporate Governance geprüft (vgl. Überblick Staatskanzlei)

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.3a Die Positionierung der Regierungskonferenz des Metropolitanraums Zürich als interkantonale Regionalkonferenz stärken

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

1000 10a Die Interessenvertretung bei Bundesgeschäften verbessern durch Weiterentwicklung des zentralen Monitorings sowie der Koordination in der parlamentarischen Phase

Die Staatskanzlei führt eine kommentierte und periodisch aktualisierte Agenda der Bundesgeschäfte mit Relevanz für den Kanton. Sie unterstützte ein Projekt der ch Stiftung und der interkantonalen Konferenzen für eine elektronische Monitoringdatenbank für Bundesvorlagen, welche die Interessen der Kantone tangieren. Diese Datenbank liegt nun vor, aber deren Funktionalitäten sind nicht zur aktiven Nutzung für ein eigenes Monitoring sowie den Austausch innerhalb des Kantons geeignet.

Abgeschlossen 2019

1000 10b Die Kenntnisse über Instrumente und Abläufe der Interessenvertretung innerhalb der Verwaltung stärken, insbesondere durch Veranstaltungen

Da die Zukunft der elektronischen Monitoringlösung für die Konferenzen und Kantone erst im Herbst geklärt war, wurden im Berichtsjahr noch keine weiteren Informationsveranstaltungen oder Workshops für die Direktionen angeboten.

Abgeschlossen 2019

1000 10c Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung unterstützen und direktionsübergreifend koordinieren

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 390/2018 die Strategie «Digitale Verwaltung 2018–2023» festgesetzt. Teil der Strategie ist ein Impulsprogramm mit Digitalisierungsvorhaben, die vorrangig und eng koordiniert angegangen werden. Vgl. Überblick Staatskanzlei.

Planmässig 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
52.7	57.1	56.8	-0.4	-0.6

Bemerkungen R19 zu B19

-0.4 Verzögerung bei Neubesetzung von Vakanzen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.8	1.9	0.1	7.1
Aufwand	-18.2	-21.2	-21.1	0.1	0.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-16.5	-19.5	-19.2	0.3	1.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-1.5	-1.4	0.1	5.4
- Kreditübertragungen					
Saldo		-1.5	-1.4	0.1	5.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R19 zu B19
0.3		- Digitalisierungsprojekte konnten noch nicht abgeschlossen werden, Kreditübertrag auf 2020.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
-355769	48772	0	-306997	48772

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden für Anlässe mit Mitarbeitenden verwendet.

02

Direktion der Justiz und des Innern

Überblick	10
Legislaturziele	11
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	12
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	12
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	12
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	12
Finanzierung	13
Übersicht	13
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	13
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	13
Personal- und Lohnstatistik	13
Beschäftigungsumfang	13
Lohnaufwand	13
Anstellungsverhältnisse	14
Parlamentarische Vorstösse	14
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	14
Un erledigte Vorstösse und Initiativen	14
Leistungsgruppen	15
2201 Generalsekretariat	15
2204 Staatsanwaltschaft	18
2205 Jugendstrafrechtspflege	21
2206 Amt für Justizvollzug	24
2207 Gemeindeamt	27
2216 Kantonaler Finanzausgleich	30
2217 Abwicklung Investitionsfonds	32
2221 Handelsregisteramt	33
2223 Statistisches Amt	35
2224 Staatsarchiv	37
2232 Kantonale Opferhilfestelle	41
2233 Fachstelle Gleichstellung	43
2234 Fachstelle Kultur	44
2241 Fachstelle Integration	46
2251 Bezirksräte	49
2261 Statthalterämter	51
2270 Religionsgemeinschaften	53

Überblick

Zu den Kernaufgaben der Direktion der Justiz und des Innern gehören die Strafverfolgung und der Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die Wiedereingliederung. Weitere Aufgaben sind Beziehungen zu den Gemeinden und Religionsgemeinschaften, Archivwesen, Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, Kulturförderung, Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Begleitung von Wahlen. 15 Ämter, Fachstellen und angegliederte Bereiche übernehmen diese vielfältigen Aufgaben.

Wir wollen bunter werden

Die Arbeitswelt wandelt sich und die Rekrutierung von Mitarbeitenden wird anspruchsvoller. Die demografische Entwicklung, die Digitalisierung und der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitnehmende fordern uns als Arbeitgeberin heraus. Unseren Auftrag können wir nur mit kompetenten und engagierten Mitarbeitenden ausführen. Wir sind uns bewusst: Bewerbende bewerben sich nicht nur bei uns, sondern wir auch bei Ihnen! Eine einheitliche Haltung der Direktion, verbindliche Standards zur Organisations- und Führungskultur wurden in einem Bewerbungsflyer festgehalten. Daraus geht auch hervor, dass wir noch vielfältiger werden wollen.

Wahljahr für Regierungs-, Stände- und Nationalrat

Im Berichtsjahr standen die Mitarbeitenden des Statistischen Amtes an vier Abstimmungssonntagen im Einsatz. Die Städte und Gemeinden übermitteln die Resultate elektronisch an das Statistische Amt, wo sich die kantonale Resultatzentrale befindet. Dort werden die eingegangenen Zählergebnisse auf Ungereimtheiten überprüft und, falls der Plausibilitätstest positiv verläuft, freigeschaltet. Die Bevölkerung wird laufend über Hochrechnungen zum Stand der Resultate informiert, bis die definitiven Schlussergebnisse feststehen.

Entwicklungsplan für die Staatsanwaltschaft

Die Arbeitsbelastung der Zürcher Staatsanwaltschaft ist in den letzten zehn Jahren markant gestiegen – ohne dass sich parallel auch der Personalbestand entwickelt hätte. Die Gründe für die steigende Arbeitslast reichen vom Bevölkerungswachstum über den Ausbau des Strafrechts bis hin zu neuen Formen der Kriminalität, etwa der Cyberkriminalität. Vor diesem Hintergrund entstand der Entwicklungsplan Staatsanwaltschaft Kanton Zürich. Es handelt sich dabei um ein langfristiges Planungs- und Steuerungsinstrument, auf dessen Grundlage sich der künftige Personalbedarf präziser abschätzen lässt. Bis 2026 geht die Zürcher Staatsanwaltschaft von einem zusätzlichen Stellenbedarf von insgesamt rund 15 Prozent aus.

Administrativverfahren Ärztefälle abgeschlossen

Direktionsvorsteherin Jacqueline Fehr verpflichtete die Staatsanwaltschaft dazu, aufwendige Strafuntersuchungen im Bereich der Medizinal- und Ärztefälle präziser zu beobachten und die Untersuchungen detaillierter zu planen. Hintergrund dieser Massnahme war eine Administrativuntersuchung, welche die Direktionsvorsteherin in Auftrag gegeben hatte. Der Bericht kam zum Schluss, dass es zwischen 2011 und 2016 in der Bearbeitung von Ärztefällen strukturelle, organisatorische und personelle Defizite gab. Der Bericht

attestiert der Staatsanwaltschaft aber auch, dass die festgestellten Mängel im Wesentlichen bereits vor Beginn der Untersuchung erkannt und behoben worden waren.

Mehr Unterstützung für Opferhilfe

Gewalt gegen Frauen wird im Kanton Zürich konsequent bekämpft – Polizei, Strafverfolgung und zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich seit Jahren intensiv dafür ein. Mit zusätzlichen Massnahmen, wie bessere Beratung und Begleitung von Gewaltopfern, soll die Opferhilfe verbessert werden. Zu diesem Zweck beschloss der Regierungsrat, die Opferhilfe-Beratungsstellen künftig mit 7,5 Mio. statt wie bisher mit 6 Mio. Franken zu unterstützen.

Jugendliche im digitalen Raum

Die Oberjugendanwaltschaft analysierte das deliktische Verhalten von Jugendlichen im digitalen Raum zum vierten Mal. Dabei zeigte sich, dass Ehrverletzungen, Drohungen und Nötigungen wieder vermehrt offline stattfanden, Pornografie und Gewaltdarstellungen im digitalen Raum hingegen zunahmen. Trotz zahlreicher präventiver Bemühungen ist vielen Jugendlichen noch immer zu wenig bewusst, dass insbesondere die Erstellung von eigenem pornografischem Material weitreichende Konsequenzen haben kann. Ziel der jährlich stattfindenden Erhebung besteht darin, einen Beitrag zur Sensibilisierung von Eltern und Jugendlichen für die Möglichkeiten und Gefahren des Internets zu leisten.

Gefängnisse von innen sehen

Das Amt für Justizvollzug möchte der Öffentlichkeit konkret und erlebbar vermitteln, wie der moderne Justizvollzug funktioniert. Aus Anlass seines 20-jährigen Bestehens lud das Amt die Bevölkerung zu Rundgängen und Vorträgen in den Institutionen des Zürcher Justizvollzugs ein. Mehrere Hundert Interessierte nutzten das Angebot und erfuhren, wie der Tag einer inhaftierten Person abläuft, wie es sich anfühlt, in einer Zelle zu stehen oder was eine rückfallpräventive Therapie ist.

Weiterentwicklung der Integrationsförderung

Im Mai des Berichtsjahres startete die von Bund und Kantonen verabschiedete Integrationsagenda Schweiz. Im Kanton Zürich setzt die Fachstelle Integration die «Integrationsagenda Zürich IAZH» als Teil des Kantonalen Integrationsprogramms 2 (2018–2021) um. Damit sollen vorläufig aufgenommene Personen und Flüchtlinge rascher in die Arbeitswelt und besser in die hiesige Gesellschaft integriert werden. Die intensive und schnelle Erarbeitung des im Berichtsjahr verabschiedeten Umsetzungskonzepts erfolgte unter der Leitung der Fachstelle in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden und weiteren kantonalen Stellen.

Stellungnahme zur Revision Filmgesetz

Die auf Bundesebene geplante Revision des Filmgesetzes hätte zu einer Schwächung des Zurich Film Festival (ZFF) führen können. Dies wiederum hätte den Druck auf die Kantone und Städte massiv erhöht, weil das ZFF für Stadt und Kanton Zürich von grosser kulturpolitischer Bedeutung ist. Die Fachstelle Kultur setzte sich gegen die Revision ein und der Regierungsrat nahm Stellung zur Kulturbotschaft des Bundes sowie zum Filmgesetz.

2019 war Gleichstellungsjahr

Die Gleichstellungsthemen bekamen am 14. Juni Auftrieb – tausende von Menschen gingen auf die Strasse und forderten mehr Bewegung in Gleichstellungsthemen. Am Morgen der grössten Manifestation der jüngeren Schweizer Geschichte organisierte die Direktion einen internen Weiterbildungsmorgen für interessierte Mitarbeitende. 120 Teilnehmende arbeiteten in Workshops daran, wie die Gleichstellung in der Direktion in Zukunft noch besser umgesetzt werden kann. Im Spätsommer feierte die Gleichstellungskommission ihr 25-jähriges Bestehen mit einem Jubiläumsanlass. Verschiedene Referate und eine Podiumsdiskussion zeigten auf, dass die Themen aktueller denn je sind.

Zusammenarbeit mit nichtanerkannten Religionsgemeinschaften

Die Religionslandschaft im Kanton Zürich ist stark im Umbruch. Neben den verfassungsrechtlich anerkannten sind grössere nichtanerkannte Religionsgemeinschaften entstanden. Der Staat ist daran interessiert, auch mit verfassungsrechtlich nichtanerkannten Religionsgemeinschaften eine Zusammenarbeit zu entwickeln und Ideen für eine künftige Ausgestaltung der Zusammenarbeit zu erarbeiten. Ein weiterer Schritt ist die Vermittlung von Wissen über das gesellschaftliche, politische und rechtliche Umfeld an Schlüsselpersonen der nichtanerkannten Religionsgemeinschaften.

Zürcher Gemeinden: digital und einheitlich

Wie verändern sich die Aufgaben einer Gemeinde in der digitalen Welt? Wie müssen sie sich organisieren, um diese Aufgaben erfüllen zu können? Und wie lässt sich verhindern, dass dabei Teile der Mitarbeitenden und der Bevölkerung abgehängt werden? Solche Fragen diskutierten am Gemeinde-

forum 2019 rund 300 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden und Kanton. Weiter wurde das Kantonale Bürgerrechtsgesetz (KBüG) den Standards des Bundes angeglichen, das vorgibt, dass die Chance auf eine Einbürgerung nicht vom jeweiligen Wohnort abhängig sein dürfe. Der Vereinheitlichung dienen insbesondere das Angleichen der Gebühren auf Gemeindeebene und ein kantonal anerkannter Grundkenntnistest zum Verhältnis Bund, Kanton und Zürcher Gemeinden. Zudem soll der Entscheid über die Einbürgerungsgesuche zukünftig nur noch von einem Organ gefällt werden.

Bau 3 im Staatsarchiv eröffnet

Am 5. Juli wurde das Siegerprojekt «élastique» wie geplant – nach zwei Jahren Bauzeit – feierlich eröffnet. Mit einem vielfältigen Rahmenprogramm ermöglichte das Staatsarchiv der Zürcher Bevölkerung einen Blick hinter die Kulissen. Es gab Workshops und Führungen, um das neue Gebäude zu besichtigen und sich anzuschauen, wohin ein Teil der selber produzierten Verwaltungsunterlagen dereinst gelangt – und für unbeschränkte Zeit zuhause der Öffentlichkeit aufbewahrt wird. Gleichzeitig lancierte das Staatsarchiv im Berichtsjahr seine eigenen Social-Media-Kanäle.

Aufsicht neu geregelt

Der Regierungsrat regelte die administrative Aufsicht über die Bezirksbehörden neu. Anlass der Neuregelung war ein Entscheid des Verwaltungsgerichts aus dem Jahr 2017, der die Aufsicht über die Bezirksbehörden als klärungsbedürftig einstuft. Das vom Regierungsrat festgesetzte Aufsichtskonzept konkretisiert die Zuständigkeiten für die Aufsicht und die Aufsichtsinstrumente. Die Direktion hat den Auftrag für die Umsetzung des Konzepts erhalten.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 1.1 Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstums reduziert.

RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	2204	2019
		2205	2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	2204	2019

RRZ 1.2 Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.

RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	2204	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	2204	2019
RRZ 1.2c	Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren	2204	2019
		2205	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

Jl 1.2 Die Justizvollzugsinfrastruktur ist erhalten.

Jl 1.2a	Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen	2206	2021
Jl 1.2b	Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen	2206	2019
Jl 1.2c	Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen	2206	2020

Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

Jl 3.1 Die Kulturförderung ist vielfältig und finanziell gesichert.

Jl 3.1a	Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen	2234	2022
Jl 3.1c	Regionale Strukturen und Kooperationen stärken	2234	2022
Jl 3.1d	Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung	2234	2022

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 5.1 Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.

RRZ 5.1a	Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrant*innenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren	2241	2019
RRZ 5.1b	Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen	2241	2019
RRZ 5.1h	Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen	2241	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	2201	2019
-----------	---	------	------

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

Jl 10.1 Die Sonderlasten der Gemeinden werden adäquat berücksichtigt.

Jl 10.1a	Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen	2207	2021
----------	---	------	------

Jl 10.2 Einführung der digitalen Geschäftsführung

Jl 10.2b	Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224	2021
Jl 10.2c	Archivierung elektronischer Unterlagen	2224	2022

Finanzierung

Übersicht

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1 160.3	1 048.9	1 046.0	-2.9	-0.3
Aufwand	-1 872.9	-2 066.3	-2 057.9	8.4	0.4
- Kreditübertragungen		-10.0			
Saldo	-712.6	-1 017.4	-1 011.9	5.5	0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	12.8	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-36.0	-22.5	-5.6	17.0	75.2
- Kreditübertragungen		-12.4			
Saldo	-23.2	-22.5	-5.5	17.0	75.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
5.5		Abweichungen total R19 zu B19
10.0	2201, 2207, 2216	- Kreditübertragungen
5.3	2216, 2234, 2241	- Tieferer Transferaufwand (v.a. Individueller Sonderlastenausgleich)
0.8	2201	- Tiefere Abschreibungen und Zinsen
-0.4	2204, 2205, 2206, 2207, 2221, 2223, 2224, 2261	- Tiefere Entgelte und übrige Erträge (v.a. beschlagnahmte Vermögenswerte)
-0.8	2201, 2204, 2205, 2206	- Höherer Sachaufwand (v.a. Debitorenverluste)
-2.7	2201, 2206	- Tieferer Interner Verrechnungsertrag (v.a. Strafvollzugskosten)
-3.4	2201, 2204, 2205, 2206, 2207, 2221, 2223, 2224, 2232, 2233, 2234, 2241, 2251, 2261	- Höherer Personalaufwand
-3.6	2201, 2204, 2205, 2206, 2207, 2221, 2223, 2224, 2232, 2233, 2234, 2241, 2251	- Höherer Interner Verrechnungsaufwand (v.a. Lebensmittel und IT-Dienstleistungen)
0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-5.5			
- Opernhaus, Kugeliloo	-3.1	16.0	14.1	1.9
- Übrige	-2.4			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1 684.9	1 735.1	1 733.8	-1.3	-0.1

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat	9 166	9 233	9 598	365	4.0
2204 Staatsanwaltschaft	46 156	46 832	47 323	491	1.0
2205 Jugendstrafrechtspflege	9 318	9 760	9 432	-328	-3.4
2206 Amt für Justizvollzug	91 931	93 618	95 370	1 752	1.9
2207 Gemeindeamt	6 185	6 233	6 330	97	1.6

Direktion der Justiz und des Innern
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

2221	Handelsregisteramt	5738	5948	5982	34	0.6
2223	Statistisches Amt	3490	3780	3563	-217	-5.7
2224	Staatsarchiv	4704	4513	4518	5	0.1
2232	Kantonale Opferhilfestelle	713	713	751	38	5.3
2233	Fachstelle Gleichstellung	355	396	413	17	4.3
2234	Fachstelle Kultur	1232	1185	1239	54	4.6
2241	Fachstelle Integration	1031	1093	1311	218	19.9
2251	Bezirksräte	6005	6079	6120	41	0.7
2261	Statthalterämter	8371	8410	8791	381	4.5
	Total	194395	197793	200741		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit	
2201	Generalsekretariat	83	38	45	54	29
2204	Staatsanwaltschaft	428	270	158	301	127
2205	Jugendstrafrechtspflege	96	63	33	52	44
2206	Amt für Justizvollzug	976	340	636	718	258
2207	Gemeindeamt	66	43	23	30	36
2221	Handelsregisteramt	65	46	19	42	23
2223	Statistisches Amt	30	7	23	21	9
2224	Staatsarchiv	67	36	31	23	44
2232	Kantonale Opferhilfestelle	9	9	0	4	5
2233	Fachstelle Gleichstellung	6	3	3	1	5
2234	Fachstelle Kultur	10	8	2	2	8
2241	Fachstelle Integration	14	10	4	6	8
2251	Bezirksräte	60	49	11	16	44
2261	Statthalterämter	99	69	30	44	55
	Total	2009	991	1018	1314	695

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
248/2015	Finanzielle Neuregelung der Kulturförderung (Postulat Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, und Ralf Margreiter, Zürich); Fristerstreckung bis 6. Juni 2019, KRB vom 9. Juli 2018	Vorlage 5530 vom 27.03.2019	06.06.2016

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
87/2017	Verwendung der Integrationspauschale: Personenbezogen und zielorientiert (Postulat Linda Camenisch, Wallisellen, Jörg Kündig, Gossau, und Astrid Furrer, Wädenswil)	21.08.2017
296/2018	Errichtung eines «Zürich International Commercial Court» am Handelsgericht des Kantons Zürich (Postulat Beat Habegger, Zürich, Davide Loss, Adliswil, und Jean-Philippe Pinto, Volketswil)	04.03.2019
153/2019	Geschlechtergleichstellung in der kantonalen Kulturförderung (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, Laura Huonker, Zürich, und Yvonne Bürgin, Rüti)	30.09.2019
195/2019	Erst untersuchen, dann handeln (Postulat Astrid Furrer und Christina Zurfluh, Wädenswil, sowie Thomas Marthaler, Zürich)	30.09.2019

2201 Generalsekretariat

Das Generalsekretariat stellt sich den Herausforderungen, die der Wandel der Gesellschaft und des Arbeitsumfelds mit sich bringt. Im Prozess Weiterentwicklung Generalsekretariat werden neue Formen der Zusammenarbeit und der Herangehensweise erprobt.

Die Service Centers Collaboration und Public Key Infrastructure wechselten auf Ende Jahr zum Amt für Informatik. Diese interne Verschiebung war ein weiterer Schritt in Richtung Zentralisierung der Grundversorgung von Informatikdienstleistungen.

Für das Handelsregisteramt wurde der erste elektronische Mitarbeiter entwickelt: Ein Roboter führt vordefinierte Arbeiten aus und druckt selbstständig Verfügungen aus.

Im Berichtsjahr wurde die Revision über das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) in die Wege geleitet. Veränderungen in Nutzungen und Flächenbedarf sowie bauliche Massnahmen erfolgen neu zentral über den Projektkoordinator Bauten. In der Rolle als «Besteller» ist er somit das Bindeglied zwischen dem Immobilienamt (Eigentümerversprecher) und dem Hochbauamt (Bauherrenvertreter).

Weiter wurde an der zukünftigen Positionierung der Direktion als attraktive Arbeitgeberin gearbeitet. Das Angebot JI@work fand grossen Anklang. Die fünf durchgeführten Willkommensanlässe für neue Mitarbeitende wurden ebenfalls sehr geschätzt.

Aufgaben

- A1 Unterstützung der Vorsteherin und der nachgeordneten Verwaltungseinheiten. Politische Lagebeurteilung und Planung. Projekte
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Direktion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A3 Gesetzgebungsdienst der Verwaltung (GGD)
- A4 Informatikunterstützung für die Direktion
- A5 IT Dienstleistungen für die ganze Verwaltung: Betrieb Lotus Notes, PKI (Verschlüsselungstechnik), Hosting/Housing

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Rekuserledigungen (inkl. Begnadigungen)	A2	161	170	191	21	12.4
L2	Betreute PC-Arbeitsplätze	A4	1985	1882	2072	190	10.1
L3	RR-Anträge der Direktion	A1		180	138	-42	-23.3
L4	Pressekonferenzen und Medienveranstaltungen	A2		10	14	4	40.0
L5	Gesetzgebungsdienst, geprüfte Vorlagen	A3		50	57	7	14.0
L6	Betreute Fachapplikationen / Fachlösungen	A4		14	21	7	50.0
L7	Betreute Mailboxen	A5		8750	9104	354	4.0
L8	Bewirtschaftete Karten PKI	A5		5200	5830	630	12.1
B2	Kosten Basis-Arbeitsplatz JI	A4	1717	1900	-		-100.0
B4	Durchschnittliche Kosten pro betreute Fachapplikation / Fachlösung	A4		559886	327665	-232221	-41.5
B5	Durchschnittliche Kosten pro betreute Mailbox	A5		123	140	17	13.8
B6	Durchschnittliche Kosten pro bewirtschaftete Karte PKI	A5		51	51	0	0.0
W1	Vom Verwaltungsgericht gutgeheissene Beschwerden, in %	A2	3.12	10	10	0	
W5	Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren, in % (Maximalwert)	A3	<10	10	<10		
W7	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zur Behebung einer Betriebsstörung (über alle Dringlichkeitsstufen), in Tagen	A4		3	2	-1	-33.3
W8	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Service request-Auftrages (über alle Dringlichkeitsstufen), in Tagen	A4		5	4	-1	-20.0

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren L3-L8, B4-B6, W7 und W8 wurden mit dem KEF 2019-2022 neu eingeführt. Daher gibt es keine Werte für R18 dazu.
- L3, L4, Die Budgetwerte wurden zu tief geschätzt, da es zu diesen im KEF 2019-2022 neu eingeführten Indikatoren noch keine Erfahrungswerte gab.
- B2 Auf die Erhebung dieses Indikators wird nach Auskunft der Finanzverwaltung verzichtet, da einerseits kein Auftrag von der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) eingegangen ist und andererseits das IKT-Controlling zurzeit vom Amt für Informatik überarbeitet wird.
- B4 Im Berichtsjahr wurden weitere Fachapplikationen in Betrieb genommen. Dies und der tiefere Gesamtaufwand führen zu tieferen durchschnittlichen Kosten pro Fachapplikation.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Die Richtlinien betreffend PCG betreffen schwergeachtet die Opernhaus Zürich AG. Die Leistungsvereinbarung wurde mit RRB Nr. 1045/2019 angepasst. Mit der Anpassung werden die Verpflichtungen, die sich aus der Festlegung der Eigentümerstrategie (RRB Nr. 705/2018) ergaben, umgesetzt. Abgeschlossen 2019

2201 10a Revision Gesetz über die politischen Rechte

Die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen verzögerte sich unter anderem wegen der Diskussion beim Bund über E-Voting. Verzögert 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	69.2	69.2	69.8	0.6	0.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		20.8	20.1	21.6	1.5	7.3
Aufwand		-28.3	-31.0	-28.0	3.0	9.7
- Kreditübertragungen			-1.8		1.8	100.0
Saldo		-7.5	-10.9	-6.4	4.5	41.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		-1.1	-17.8	-1.2	16.6	93.4
- Kreditübertragungen			-12.4		12.4	100.0
Saldo		-1.1	-17.8	-1.2	16.6	93.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.5		Abweichungen total R19 zu B19
3.5	A4	- Tieferer Aufwand für externe IT-Beratungsdienstleistungen sowie für Informatikunterhalt infolge Verzögerung bei Projekten (v.a. FaJuV und RZ-Ersatz), wobei 1.8 Mio. Franken aus der Kreditübertragung 2018 stammen
1.3	A5	- Höherer interner Ertrag, insbesondere für Informatikdienstleistungen
0.9	A5	- Tieferer Aufwand für Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen infolge der Projektverzögerungen
0.3	A1, A2, A3, A4, A5	- Tiefere Belastung durch das Immobilienamt (IMA)
0.3	A2	- Tiefere interne Verrechnung für Buchungsführungsdienstleistungen (BUZ) durch die separate Belastung bei den einzelnen Buchungskreisen (die Budgetierung erfolgte zentral bei der Leistungsgruppe 2201)
-0.3	A5	- Höherer Aufwand für Dienstleistungen und Unterstützung durch das Amt für Informatik (AFI; interne Verrechnung)
-0.7	A1	- Höherer Aufwand für Leistungsvereinbarung mit dem Verein QuaMS (Qualitätssicherung der Muslimischen Seelsorge in öffentlichen Institutionen)
-0.8	A1, A2, A3, A4, A5	- Höhere Personalkosten, vor allem im Bereich Informatik durch die Anstellung von Praktikantinnen und Praktikanten sowie temporären Arbeitskräften zur Bewältigung der hohen Arbeitslast (Substitution externer Dienstleistungen)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-17.8	-1.2	16.6	
- 2. Standort Rechenzentrum	-2.0	0.0	2.0	- Projektverzögerung
- Ersatz bestehendes Rechenzentrum Informatik sowie Ersatz Firewall und Core-Netzwerk	-1.8	-0.8	1.0	- Projektverzögerung
- Langzeitarchiv	-0.2	0.0	0.2	- Projektverzögerung
- DigData	-0.7	0.0	0.7	- Projektverzögerung
- PC-Ersatz 2016 - zus. Notebooks	-0.1	-0.2	-0.1	
- Fachapplikation JUV	-0.7	0.0	0.7	- Projektverzögerung infolge Rechtsstreits
- Insassen-PC		-0.1		- Neues Projekt
- MDM-Lösung (Mobile Devices)		-0.1		- Neues Projekt
- CR-Business (Branchenlösung Handelsregisteramt)		-0.1		
- Übrige	-12.3	0.1	12.4	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-326165	81547	-150000	-394618	-68453

Bemerkungen

Auf externe Informatikdienstleistungen wurde weitestgehend verzichtet und der Einsatz interner Arbeitskräfte forciert. Neben höheren Erträgen führte dies zu einem deutlich unter Budget liegenden Ergebnis. Das Generalsekretariat beantragt Rücklagen von Fr. 150 000.

2204 Staatsanwaltschaft

Verschiedene Umsetzungspakete des Strategieprojekts STR2020 konnten weiter vorangetrieben oder abgeschlossen werden. Im Zuge der Optimierung des Brandtour-/Transportdienstes wurden mit einem Pilot wertvolle und positive Erfahrungen gesammelt. Die Anpassung der Führungsstrukturen zur Stärkung der Rolle der Abteilungsleitenden wurde vorbereitet und wird 2020 umgesetzt. Bei der Oberstaatsanwaltschaft wurden die zentralen Dienste Finanzen, Personal und Kommunikation personell neu besetzt und die Dienstleistungen weiter professionalisiert. 2022 werden die drei Kantonalen Staatsanwaltschaften und die Oberstaatsanwaltschaft in das Polizei- und Justizzentrum ziehen, dies brachte verschie-

dene Projektarbeiten (zum Beispiel Raumkonzept, neue Arbeitsabläufe) mit sich. Im Bereich der Digitalisierung engagiert sich die Zürcher Staatsanwaltschaft an vorderster Front beim nationalen Projekt Justitia 4.0, das die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs zum Ziel hat. Die Oberstaatsanwaltschaft erarbeitete den «Entwicklungsplan Staatsanwaltschaft» als Grundlage für die künftige Personalbedarfsplanung. Basierend auf dem Entwicklungsplan und als Reaktion auf die weiterhin sehr hohe Arbeitsbelastung der Zürcher Staatsanwaltschaft bewilligte der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 885/2019 14 zusätzliche Stellen.

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gerichtsorganisationsgesetz. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Anklagen	A1	1416	1520	1561	41	2.7
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	16910	16240	17366	1126	6.9
L3	Strafbefehle	A1	16072	16140	15126	-1014	-6.3
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	A1	34398	33900	34053	153	0.5
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	79	75	80	5	6.7
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	9639	8850	10136	1286	14.5
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr, in % (Zielwert)	A2	15.6	11.5	16.4	4.9	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre, in % (Zielwert)	A2	6.1	3.5	5.8	2.3	
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Allgemeinen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	2039	2185	2218	33	1.5
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Besonderen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	17965	19602	19542	-60	-0.3
W1	Anteil Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen, in %	A1	42.7	40	43.1	3.1	
W2	Anteil erstmalige Strafbefehle, in %	A1	82.1	80	81.4	1.4	
W3	Zugelassene Anklagen, in %	A1	95.8	98	97.1	-0.9	

Bemerkungen

- L1, L2, Die Anzahl der Erledigungen liegt unter dem Vorjahreswert, der Budgetwert wurde leicht übertroffen. Unter Vorjahres-L3, L4 und Budgetwert liegt die Anzahl der Strafbefehle.
- L6 Als Folge der tieferen Zahl von Erledigungen hat sich der Pendenzenbestand sowohl gegenüber Vorjahr als auch gegenüber Budget erhöht.
- L7, L8 Der Prozentanteil der Pendenzen älter als 1 Jahr liegt über Budget und hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Bei den Pendenzen älter als 2 Jahre kann ein Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert verzeichnet werden.
- W3 Der Anteil der zugelassenen Anklagen ist gegenüber Vorjahr um 1.3 Prozentpunkte gestiegen. Der Anstieg ist ein Indikator für die Qualität der geleisteten Arbeit.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Die Umsetzung des Kantonalen Bedrohungsmanagements (KBM) wurde im Rahmen des regierungsrätlichen Schwerpunktes Gewaltprävention gefestigt. Die Arbeitsabläufe wurden weiter optimiert, organisatorische Strukturen sinnvoll ergänzt und bestehende Lücken geschlossen. Das KBM-Netzwerk umfasst heute rund 550 Ansprechpersonen bei allen relevanten Behörden und Institutionen. Die Angebote der Fachstelle Forensic Assessment und Risk Management (FFA) zur Risikoeinschätzung werden von Staatsanwaltschaft und Polizei stark beansprucht und unterstützen die Strafverfolgung erheblich. Die FFA hat aufgrund der starken Beanspruchung ihre Kapazitätsgrenze überschritten, sodass im Bereich der Ressourcen Massnahmen ergriffen werden müssen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen

Durch systematischen Konkursmissbrauch entstehen Privaten und Gemeinwesen enorme finanzielle Schäden. Durch die enge Vernetzung von Staatsanwaltschaft und Polizei mit den Betreibungs- und Konkursämtern wurden die Möglichkeiten der frühzeitigen Erkennung solcher Delikte und konsequenter Ahndung erheblich verbessert. Ein standardisiertes und koordiniertes Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden ist zudem auch im interkantonalen Verhältnis entwickelt worden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken

Neben der bereits erwähnten Umsetzung des Regierungsratsbeschlusses zur Verstärkung der personellen Ressourcen zur Bekämpfung von Cybercrime wurden interkantonale Absprachen, insbesondere jene mit dem Bund getroffen. Initiiert wurde die Überarbeitung der Verwaltungsvereinbarung KOBik aus dem Jahr 2001. Auf operativer Stufe umgesetzt wurde das sogenannte Cyberboard, ein interkantonales Gremium, zusammengesetzt aus je einer Cyber-Single-Point-of-Contact-Staatsanwältin oder einem Cyber-Single-Point-of-Contact-Staatsanwalt pro Kanton, in dem auf justizieller Ebene, unter Einbezug des Netzwerks Ermittlungsunterstützung digitale Kriminalität, gesamtschweizerisch Cybercrime-Phänomene diskutiert, koordiniert und interkantonale Zuständigkeitsfragen einvernehmlich geregelt werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen

Siehe Kommentare zu den Entwicklungsschwerpunkten RRZ 1.1b, RRZ 1.1d, RRZ 1.2a und RRZ 1.2c. Darüber hinaus kann mit den vom Regierungsrat bewilligten zusätzlichen Stellen zur Bekämpfung der Para-Wirtschaftskriminalität der Teilschwerpunkt nun abgeschlossen werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren

Oberstaatsanwaltschaft und Kantonspolizei haben einen direkten strategischen Dialog im Rahmen von vierteljährlichen Lagebesprechungen etabliert. Dabei werden gegenseitig aktuelle Informationen von gesamtbetrieblicher Bedeutung ausgetauscht und strategischer Entscheidungsbedarf geprüft. Letzteres erfolgt insbesondere unterstützt durch ein einfaches Instrument zur Lagedarstellung, dem sogenannten Kriminalitätsradar.

Abgeschlossen 2019

Die Feedbackkultur unter den Strafverfolgungsbehörden wurde durch vermehrte Vernetzungstreffen von Kadern der regionalen Staatsanwaltschaften und der Polizei zwecks Besprechung spezifischer Fälle und allgemeiner Fragestellungen, die unter anderem auch der Anpassung von Praktiken bzw. Vorgehensweisen an die neueste höchstrichterliche Rechtsprechung dienen, gestärkt. Zudem finden in allen Untersuchungen nach der Zustellung des Ermittlungsauftrages durch die Staatsanwaltschaften an die Polizei regelmässig Treffen von Verfahrensleitung und Sachbearbeitung statt, anlässlich deren das gemeinsame Vorgehen bzw. die Fallplanung festgelegt wird.

2204 1a Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr / 2 Jahre)

An der Verbesserung der Altersstruktur wurde weiterhin stark gearbeitet. Aufgrund nicht einfacher Rahmenbedingungen – sehr hohe Arbeitsbelastung bei gleichzeitiger Verpflichtung zum Abbau von Mehrzeitguthaben – stellt sich die Verbesserung nur in kleinen Schritten ein. Weitere Fortschritte bei der Verbesserung der Altersstruktur können durch die konsequente Umsetzung des Entwicklungsplans erreicht werden.

Verzögert 2022

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	351.3	357.2	367.6	10.4	2.9

Bemerkungen R19 zu B19

10.4 3.0 bewilligte, nicht budgetierte Para-Wirtschaftskriminalitätsstellen (RRB Nr. 1277/2018), 2.0 bewilligte, nicht budgetierte Cybercrime-Stellen (RRB Nr. 113/2017), 5.4 befristete, kostenneutrale Stellen aufgrund Krankheiten, Mutterschaftsurlaub usw.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2204

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	47.0	35.6	28.7	-6.9	-19.4
Aufwand	-103.0	-108.9	-110.9	-2.0	-1.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-56.0	-73.3	-82.2	-8.9	-12.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben			-0.1	-0.1	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo			-0.1	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-8.9		Abweichungen total R19 zu B19
0.2	A1	- Tiefere Abschreibungen Verwaltungsvermögen: Mit der neuen Immobilienverordnung (ImV) per 1. Januar 2019 wurde das Immobilienmanagement beim Immobilienamt zentralisiert. Neu werden die Abschreibungskosten bei den internen Verrechnungen ausgewiesen.
-0.7	A1	- Höherer Personalaufwand: Die durch den Regierungsrat zusätzlich bewilligten Para-WK- und Cybercrime-Stellen sind die Ursache für die Überschreitung des Budgetwertes.
-1.5	A1	- Höherer Sachaufwand und übriger Betriebsaufwand: Aufgrund des hohen Debitorenbestandes per Ende 2019 wurde zum Vorjahr ein höheres Delkredere (Forderungsverluste) in der Rechnung ausgewiesen. Auch mussten vermehrt Entschädigungen und Genugtuungen ausbezahlt werden.
-2.4	A1	- Tiefere Erträge: Unter der Position Verschiedene Erträge werden die beschlagnahmten Vermögens-einziehungen aufgeführt. Dieser Wert schwankt von Jahr zu Jahr, da Einziehungen unregelmässig vor-kommen.
-4.5	A1	- Tiefere Entgelte: Der im Vergleich zum Budget und zum Vorjahr tiefere Ertrag bei den Gebühren, Bus-sen und Geldstrafen ist unter anderem auf die gegenüber Vorjahr tiefere Anzahl der ausgestellten Strafbefehle zurückzuführen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
-1701216	0	0	-1701216	

2205 Jugendstrafrechtspflege

Der Anstieg der Jugendkriminalität prägte die Arbeit der Jugendstrafrechtspflege. Auffällig war die starke Zunahme an Jugendlichen, die wegen einer Gewaltstraftat verzeigt wurden. Die Unterbringung der schwierigsten Jugendlichen, die deliktisch auffallen und starke Belastungen aufweisen, war weiterhin herausfordernd.

Für Aufsehen sorgte der Prozess gegen zwei Rückkehrer aus dem IS-Gebiet. Neu eröffnete Strafuntersuchungen zeigen, dass das Thema Extremismus die Jugendstrafrechtspflege noch immer beschäftigt. Die Behörden sind jedoch bereit, koordiniert gegen Verstösse gegen das IS-Verbot vorzugehen.

Die Digitalisierung beschäftigte die Jugendstrafrechtspflege auch im Berichtsjahr. Einerseits halten die Bemühungen,

die digitale Transformation voranzutreiben und eingespielte Arbeitsabläufe zu überdenken, ungebrochen an. Andererseits verändert sich auch das deliktische Verhalten der Jugendlichen.

Trotz anhaltender Bemühungen im Präventionsbereich ist bei den von Minderjährigen verübten Delikten im digitalen Raum ein Anstieg zu beobachten. Die Herausforderungen, die sich aus dem veränderten deliktischen Verhalten ergeben, wurden erkannt, die Mitarbeitenden auf dem Gebiet der sozialen Medien intensiv geschult. Weiterbildungen fanden unter anderem auch im Bereich der interkulturellen Kompetenzen statt. Bereits vorhandenes Wissen wurde vertieft, die eigenen Arbeitsweise sowie die Zusammenarbeit mit externen Partnern in Workshops kritisch hinterfragt und optimiert.

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (mit Strafbefehl verurteilte Jugendlicher)	A1	3944	4000	3869	-131	-3.3
L2	Anklagen an das Jugendgericht	A1	36	25	25	0	0.0
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen)	A1	1657	1500	2005	505	33.7
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordnete Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	A2	56	70	56	-14	-20.0
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordnete Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen)	A2	234	250	224	-26	-10.4
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	82	85	82	-3	-3.5
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	75	75	81	6	8.0
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche	A1, A2	808	1000	971	-29	-2.9
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen, in Tg.	A1, A2	2833	2800	3534	734	26.2
L10	Haftfälle (Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	A1, A2	64	65	86	21	32.3
L11	Schutzaufsichten (Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	A2	582	550	630	80	14.5
L12	Pendenzen pro Jugendanwältin/-anwalt (Zielwert)	A1	69	70	75	5	7.1
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter, in Tg. (Zielwert)	A1	156	125	137	12	9.6
L14	Anteil der Pendenzen > 365 Tage, in % (Zielwert)	A1	9.3	6.5	7.9	1.4	
L15	Anzahl Belegungstage in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2		30000	27653	-2347	-7.8
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer, in Tg.	A1	100	100	107	7	7.0
B2	Anteil der innert 180 Tagen abgeschlossenen Untersuchungen, in %	A1	84	85	83	-2	
B3	Durchschnittliche Kosten pro Belegungstag in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2		450	524	74	16.4
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen), in %	A2	52	60	61	1	

Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2205

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel, inkl. Rechtsbehelfe), in %	A1	1	3	1	-2	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 69 (Vorjahr: 66) Schutzmassnahmen, davon 10 (6) stationäre und 59 (60) ambulante Schutzmassnahmen, sowie 3701 (3826) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 1816 (2047) Verweise, 971 (808) Persönliche Leistungen, 798 (820) Bussen und 108 (87) Freiheitsentzüge. In 8 (7) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 30 (36) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 44 (57) Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5, Die Zunahme der Straftaten im Berichtsjahr wirkt sich noch nicht auf die zu vollziehenden Schutzmassnahmen aus. Am L6, L7 31. Dezember befanden sich 38 (Vorjahr: 41) Jugendliche im Vollzug einer stationären und 165 (154) Jugendliche im Vollzug einer ambulanten Schutzmassnahme.
- L10 Insbesondere die Zunahme der Gewaltstraftaten führte zu mehr Untersuchungshaft.
- L13, L14 Das durchschnittliche Pendenzenalter und der Anteil der überjährigen Pendenzen konnten gegenüber dem Vorjahr gesenkt werden.
- L15 Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in stationären Einrichtungen war tiefer als erwartet.
- B3 Im Berichtsjahr mussten mehr Jugendliche in geschlossenen Einrichtungen mit einer hohen Betreuungsdichte untergebracht werden. Dies wirkte sich auf die Durchschnittskosten aus.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern

Die im Vorjahr eingeführten Abläufe in der Falltriagierung wurden wie geplant einer Evaluation unterzogen und Prozesse angepasst sowie optimiert. In verstärkter Zusammenarbeit mit anderen Behörden konnten gefährdete Jugendliche frühzeitig erkannt werden.

Stand bis

Abgeschlossen 2019

RRZ 1.2c Die Zusammenarbeit zwischen allen Strafverfolgungsbehörden optimieren

Die Jugendstrafrechtspflege arbeitet traditionell eng mit der Staatsanwaltschaft sowie den Polizeikorps und ihren Jugenddiensten zusammen. Die bestehenden Kontakte wurden auch im Berichtsjahr regelmässig gepflegt. Insbesondere in den Bereichen der vernetzten Kriminalität sowie Extremismus und Terrorismusabwehr wurde die Zusammenarbeit sowohl innerhalb des Kantons als auch auf Bundesebene weiter ausgebaut.

Abgeschlossen 2019

2205 1a Wirkungsorientierte Bekämpfung der schweren Jugendkriminalität

Brennpunkte bezüglich Jugendgewalt wurden frühzeitig eruiert und das deliktische Verhalten der Jugendlichen einer Analyse unterzogen. Dank der gewonnenen Erkenntnisse wurden Zusammenschlüsse problematischer Jugendlicher erkannt und es konnte zielgerichtet interveniert werden.

Planmässig 2022

2205 1b Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren

Trotz des erhöhten Falleinganges konnten rund 70% der Strafverfahren im Berichtsjahr innert 90 Tagen abgeschlossen werden. Die Jugendstrafrechtspflege setzt sich weiterhin zum Ziel, die Verfahrensdauer jugendstrafrechtlicher Verfahren zu verkürzen.

Planmässig 2022

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	75.7	80.5	77.8	-2.7	-3.4

Bemerkungen R19 zu B19

-2.7 Die vakanten Stelle wurden zurückhaltend besetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.7	1.4	-0.2	-14.6
Aufwand	-34.7	-35.0	-36.0	-1.0	-2.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-33.0	-33.3	-34.5	-1.3	-3.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1				
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1				

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.3		Abweichungen total R19 zu B19
0.5	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand: zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen
0.2	A1, A2	- Tiefere Interne Verrechnungen: geringere Kosten für interne Dienstleistungen
-0.3	A2	- Tieferer Ertrag: insbesondere geringere Beiträge an Schutzmassnahmen
-1.7	A2	- Höherer Sachaufwand: Mehrkosten für Dienstleistungen Dritter, insbesondere für jugendstrafrechtliche Strafen und Schutzmassnahmen
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-94531	0	0	-94531	0

Bemerkungen

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen.

2206 Amt für Justizvollzug

Die Betriebskonzept- und Bauarbeiten zur Sanierung und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel wurden weitergeführt. Für das neue Gefängnis Zürich West (GZW) wurde ebenfalls das Betriebskonzept erarbeitet und weitere Mitarbeitende rekrutiert. Als Folge der Strategie geschlossener Vollzug wurde im Dezember des Berichtsjahres das Gefängnis Horgen geschlossen.

Ebenfalls starteten die Arbeiten für das Konzept Justizvollzugsanstalt Pöschwies+ mit zusätzlich 120 Gefängnisplätzen. Ausserdem hat das Amt für Justizvollzug (JuV) eine Kooperation mit der PUK für Gefängnispsychiatrie begonnen und die Kriseninterventionsabteilung im Gefängnis Limmattal eröffnet. Im Juli des Berichtsjahres wurde, die bis anhin vom Psychiatrisch-Psychologischen Dienst betriebene Forschung, in die neue Hauptabteilung Forschung & Entwicklung übergeführt.

In den Betrieben der Untersuchungsgefängnisse Zürich (UGZ) wurden das Mehrphasenmodell und der Gruppenvollzug weiterentwickelt und in den BVD die Lernprogramme für wegen häuslicher Gewalt verurteilte Personen ausgebaut.

Im März des Berichtsjahres feierte das JuV seinen 20. Geburtstag und startete die Suche nach einem neuen Namen, der den Aspekt der Resozialisierung und Wiedereingliederung herausstreicht. Der neue Name Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe) wurde im Oktober intern bekannt gegeben und soll Anfang 2020 öffentlich werden.

Thomas Manhart trat als Amtschef von der operativen Führung zurück und Hans-Jürg Patzen, bisher Leiter Bewährungs- und Vollzugsdienste (BVD), trat im Herbst des Berichtsjahres seine Nachfolge an.

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallenen Freiheitsstrafen, Massnahmen und Nebenstrafen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie ausländerrechtlicher Haft
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Aufenthaltstage in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen	A3	395438	440000	414108	-25892	-5.9
L2	Davon Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	107371	120000	126613	6613	5.5
L11	Aufenthaltstage von Zürcher Fällen in externen Institutionen	A1		120000	116909	-3091	-2.6
L3	Auslastung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen, in %	A3	86	90	89.2	-0.8	
L10	Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende)	A1		4500	3926	-574	-12.8
L4	Davon Freiheitsstrafen (Bestand Jahresende)	A1	2153	2400	2010	-390	-16.3
L8	Psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	13520	14000	14978	978	7.0
L9	Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende; Zielwert)	A4	26	30	27	-3	-10.0
B6	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen, in Fr.	A3		265	275	10	3.8
B7	Durchschnittliche Kosten pro Aufenthaltstag in externen Institutionen (Kostgelder), in Fr.	A1		430	491	61	14.2
B8	Durchschnittliche Kosten pro Vollzugsfall (Bestand) der Bewährungs- und Vollzugsdienste im Jahr (exkl. Kostgelder), in Fr.	A1		3900	3066	-834	-21.4
W1	Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	1	0	3	3	
W2	Übergriffe auf Personal	A4	13	10	17	7	70.0
W3	Suizide	A4	1	0	1	1	
W4	Quote korrekt absolvierter Urlaube aus geschlossenem Regime, in %	A4	96.2	95	99.4	4.4	
W5	Bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	299	400	312	-88	-22.0
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit, in %	A1	79.3	80	76.9	-3.1	

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren L10, L11, B6, B7 und B8 sind mit dem KEF 2019-2022 neu eingeführt worden, daher gibt es dazu keine Werte für R18.
- L1, L2, Die Gesamtzahl der Aufenthaltstage ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Dies ist vor allem auf eine Zunahme bei L3 der Untersuchungs- und Sicherheitshaft zurückzuführen. Bei den übrigen Vollzugskategorien waren die Aufenthaltstage unter Budgetwerten. Aufgrund der höheren Zahl der Aufenthaltstage und wegen Instandsetzungsarbeiten in den Gefängnissen Affoltern am Albis und Zürich ist die Auslastung (L3) höher als im Vorjahr.
- L11 Die Zahl der Aufenthaltstage von Zürcher Fällen in externen Institutionen ist leicht tiefer als budgetiert.
- L10, Der Bestand der Vollzugsfälle ist tiefer als budgetiert. Der Bestand an Freiheitsstrafen und Gemeinnützige Arbeit hat im L4 Berichtsjahr abgenommen. Bei der Budgeteingabe wurde von einer stabilen Entwicklung ausgegangen.
- L8 Die Anzahl der psychiatrisch-psychologischen Konsultationen und Behandlungen liegt über dem Budget. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf eine Zunahme der psychiatrischen Konsultationen in den Untersuchungsgefängnissen zurückzuführen.
- L9 Im Berichtsjahr konnte die angestrebte Zahl an Lerngruppen nicht erreicht werden. Gegenüber dem Vorjahr konnte in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies eine zusätzliche Lerngruppe gebildet werden.
- B6 Infolge tieferer Aufenthaltstage in den zürcherischen Vollzugseinrichtungen ist der durchschnittliche Nettoaufwand pro Aufenthaltstag höher.
- B7 Die Anzahl Aufenthaltstage ist leicht tiefer (L11), allerdings gab es einen Anstieg der Fallzahlen mit psychischen Störungen nach Art. 59 StGB, die zu kostenintensiveren Massnahmen führen und deshalb die durchschnittlichen Kosten pro Aufenthaltstag in externen Institutionen erhöhen.
- B8 Die durchschnittlichen Kosten pro Vollzugsfall der Bewährungs- und Vollzugsdienst wurden unterschritten.
- W1 Im Juni des Berichtsjahres sind aus dem Flughafengefängnis drei Personen ausgebrochen. Zwei Personen konnten wieder gefasst werden, eine befindet sich nach wie vor auf der Flucht. Alle drei Personen befanden sich in der ausländischen Administrativhaft.
- W2 Die Übergriffe auf das Personal haben leicht zugenommen. Im Verhältnis zu den Aufenthaltstagen sind sie weiterhin sehr tief. Insbesondere in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies wurden leicht mehr Übergriffe verzeichnet als im Vorjahr.
- W3 Im Gefängnis Zürich beging im Berichtsjahr eine männliche Person, die sich in Untersuchungshaft befand, Suizid.
- W4 Die Quote korrekt absolvierter Urlaube ist höher als budgetiert und als im Vorjahr. Bei gegen 200 Urlauben aus dem geschlossenen Regime wurde nur in einem Fall eine Unregelmässigkeit verzeichnet.
- W5 Die Anzahl bedingter Entlassungen ist tiefer als budgetiert, konnte jedoch im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden.
- W6 Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit hat den budgetierten Wert knapp nicht erreicht.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
JI 1.2a Neue geschlossene Haftplätze im Polizei- und Justizzentrum (PJZ) erstellen		
Seit der Grundsteinlegung für das neue Polizei- und Justizzentrum 2017 geht es auch beim Neubau des Gefängnisses Zürich West auf dem Güterbahnhof-Areal stetig vorwärts und das Projekt gedeiht planmässig. Die Übergabe des Baus erfolgt 2021, die Inbetriebnahme ist für Anfang 2022 geplant.	Planmässig	2021
JI 1.2b Schaffung zusätzlicher geschlossener Plätze für den Vollzug von Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen nach Art. 59 StGB in Abstimmung mit den kantonalen und konkordatlichen Planungen		
Die Eröffnung der JVA Cazis Tignez im Kanton Graubünden, mit 152 geschlossenen Plätzen, davon rund 70 für Zürcher Fälle, wird sich verzögern bis ins zweite Quartal 2020.	Verzögert	2019
JI 1.2c Umbau und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel mit zusätzlichen offenen Plätzen		
Der Spatenstich für die Sanierung und Erweiterung des Vollzugszentrums Bachtel (VZB) erfolgte. Das VZB soll planmässig im Frühjahr 2021 in Betrieb genommen werden.	Verzögert	2020
2206 1a Die Integration des Polizeigefängnisses von der Kantonspolizei in die Leistungsgruppe des Amtes für Justizvollzug sicherstellen		
Mit der Erstellung des Betriebskonzepts wurde begonnen und weitere Mitarbeitende rekrutiert.	Planmässig	2021
2206 1b Einer älter werdenden Gefangenenpopulation unter Einbezug praktischer und ethischer Aspekte durch entsprechende Konzepte und Massnahmen wirkungsvoll begegnen		
Die Anforderung einer älter werdenden Gefangenenpopulation ist Teil des Konzepts Justizvollzugsanstalt Pöschwies+.	Planmässig	2022

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	865.1	886.2	886.1	-0.1	-0.0

Bemerkungen R19 zu B19

-0.1 Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2206

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	70.2	65.4	67.6	2.3	3.4
Aufwand	-248.4	-250.7	-252.2	-1.6	-0.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-178.2	-185.3	-184.6	0.7	0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	12.4	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-18.8	-0.6	-0.3	0.3	46.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-6.4	-0.6	-0.3	0.3	46.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R19 zu B19
5.6	A3	- Höherer Kostgeldertrag durch ausserkantonale Einweisungen in die Justizvollzugsanstalt Pöschwies sowie durch abgetretene Strafen
2.8	A3	- Minderaufwand interne Verrechnungen durch Umstellung auf einen Buchungskreis (SAP)
1.9	A1	- Höhere Einnahmen an Bussgeldern durch Ersatzfreiheitsstrafen
-0.4	A1	- Tieferer Kostgeldertrag aus ausserkantonalen Einweisungen aufgrund höheren Anteils von Zürcher Fällen im Massnahmenzentrum Uitikon
-0.5	A1	- Tieferer Kostgeldertrag für Administrativhaft, da das Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) noch nicht umgesetzt wurde
-0.5	A1	- Interne Verrechnung, tieferer Kostgeldertrag durch weniger Einweisungen der Jugenanwaltschaft in das Massnahmenzentrum Uitikon, rund 300 Tage weniger als im Vorjahr
-0.6	A3	- Interne Verrechnung, höhere Kosten für IT-Arbeitsplätze durch vermehrten Einsatz von Notebooks zur Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen
-0.7	A5	- Interne Verrechnung, höherer Aufwand für Kostgelder durch steigende Anzahl an Einweisungen in die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK)
-1.0	A1	- Interne Verrechnung, tieferer Kostgeldertrag aufgrund tieferer Anzahl Einweisungen durch das Migrationsamt im Flughafengefängnis (Ausschaffungshaft)
-1.1	A1	- Höherer Aufwand für Kostgelder infolge grösserer Anzahl an ausserkantonalen Platzierungen im Berichtsjahr
-1.7	A3	- Höherer Personalaufwand, davon 0.8 Mio. Franken durch Rücklagen finanziert
-2.8	A3	- Minderertrag Interne Verrechnungen durch Umstellung auf einen Buchungskreis (SAP)
-0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-3654877	800349	-400000	-3254528	400349

Bemerkungen

Im Berichtsjahr wurden Fr. 800 349 Personalaufwand über Rücklagen finanziert. Der Ertrag konnte insbesondere durch die Intensivierung der Abrechnung von Abgetretenen Strafen erhöht werden. Das Amt für Justizvollzug beantragt Rücklagen im Umfang von Fr. 400 000.

2207 Gemeindeamt

Im zweiten Jahr der Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes genehmigte der Regierungsrat 16 Neufassungen und 8 Änderungen von politischen Gemeinde- und Schulgemeindeordnungen sowie 14 Neufassungen von Zweckverbandsstatuten. Ausserdem nahm er von der Vereinigung einer Schulgemeinde mit ihrer politischen Gemeinde sowie der Auflösung von 7 Zweckverbänden Kenntnis.

Rund 400 Teilnehmende (Behörden und Verwaltungspersonal) wurden an diversen Kursen in der Umsetzung des neuen Gemeindegesetzes geschult. Neben dem Tagesgeschäft war das Gemeindeamt mit komplexen Fragestellungen hinsichtlich Minderjährigen- und Zwangsehen konfrontiert. Zudem nahmen die Leihmutterschaftsfälle im Berichtsjahr zu.

Mit dem Kanton Schwyz wurde eine Verwaltungsvereinbarung über die integrale Übernahme der Zivilstandsaufsicht abgeschlossen. Die Einbürgerungsgesuche sanken auf 5354 (-18%). Als Folge der vielen Einbürgerungsgesuche aus den Vorjahren erhielten 9186 Personen im ordentlichen Verfahren das Bürgerrecht (+9%). Der Bund verfügte 1067 Einbürgerungen im erleichterten Verfahren (-40%). Die per 1. Januar 2019 neu geschaffene Abteilung Einwohnerwesen konnte im ersten Betriebsjahr der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP) rund 30 kantonale Organisationen als Datenbezüger anschliessen. Gleichzeitig wurde der Betrieb des elektronischen Umzugs (eUmzugZH) sichergestellt. Das Gemeindeamt organisierte ein Gemeindeforum zum Thema «Digitale Transformation». Es wurde von rund 300 Personen besucht.

Aufgaben

- A1 Aufsicht über die rechtskonforme Organisation, Haushaltsführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Kantonalen Finanzausgleich, Nummer 2216)
- A3 Aufsicht über das Meldewesen und die Einwohnerregister der Gemeinden
- A4 Aufsicht über das Zivilstandswesen der Gemeinden, Erfüllung der kantonalen Zivilstandsaufgaben und Bearbeitung der Namensänderungsgesuche
- A5 Aufsicht über das Bürgerrechtswesen der Gemeinden und Vollzug der kantonalen Einbürgerungen
- A6 Aufsicht über den Kindes- und Erwachsenenschutz

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Behördenschulungstage (Zielwert)	A1	47	29	48	19	65.5
L2	Berichtigungen/Löschungen im Informatisierten Standesregister	A4	2455	2600	2677	77	3.0
L3	Erledigte Namensänderungen	A4	1341	1300	1244	-56	-4.3
L4	Erledigte ordentliche Einbürgerungen	A5	6864	5500	6646	1146	20.8
L5	Erledigte erleichterte Einbürgerungen	A5	2510	2300	1176	-1124	-48.9
B1	Durchschnittliche Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung	A5	1.8	3	2.3	-0.7	-23.3
W1	Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmer mindestens «gut», in %	A1	94.9	85	97.4	12.4	
W2	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen, in Mt.	A5	17.4	18	17.9	-0.1	-0.6
W3	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen, in Mt.	A5	5.1	5	7.1	2.1	42.0
W4	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Namensänderungen, in Mt.	A4	2.6	2	2.1	0.1	5.0
W5	Anteil Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden, in %	A1	95	85	92	7	

Bemerkungen

- L1 Das Gemeindeamt bietet Schulungsveranstaltungen für Mitglieder von Gemeinde- sowie von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden an. Daneben organisiert es Weiterbildungskurse für Verwaltungsfachleute sowie im Berichtsjahr für Mitarbeitende der katholischen und reformierten Kirche. Die Mitarbeitenden des Gemeindeamtes unterrichten zudem an der Gemeindefachschule sowie an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Mit Inkrafttreten des neuen Gemeindegesetzes wurden im Berichtsjahr neben Behördenschulungen 15 Fachschulungen für die Umstellung der Jahresrechnung und fünf Workshops zur Erarbeitung neuer Gemeindeordnungen durchgeführt.
- L2 Mit Berichtigungen und Löschungen im Informatisierten Standesregister korrigiert die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen fehlerhafte Einträge der kommunalen Zivilstandsämter. Der Korrekturbedarf verharrte auf hohem Niveau.
- L3 Wer seinen Vor- oder Nachnamen ändern will, muss dafür achtenswerte Gründe nennen. Die Nachfrage nach Namensänderungen war leicht rückläufig.
- L4 Im ordentlichen Einbürgerungsverfahren ist das Gemeindeamt die verfahrensleitende Behörde. Die Zahl der Gesuche ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, liegt aber deutlich über dem Budgetwert. Durch die kürzere Verfahrensdauer im neuen Recht konnten mehr Gesuche erledigt werden als erwartet.

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2207

- L5 Im erleichterten Einbürgerungsverfahren liegt die Verfahrensleitung bei den Bundesbehörden. Die stark gesunkene Zahl der Gesuche um erleichterten Einbürgerungen kann eine Folge des obligatorischen Nachweises der Sprachkenntnisse durch einen Test zurückzuführen sein.
- B1 Die durchschnittliche Arbeitszeit zur Erledigung eines Gesuchs um ordentliche Einbürgerung ist trotz Einführung des neuen Rechts auf tieferem Niveau geblieben. Dies ist einerseits auf die vielen Gesuchsabschreibungen gleich zu Beginn des Verfahrens und andererseits auf die neue Gestaltung des Einbürgerungsverfahrens zurückzuführen.
- W1 65% der Teilnehmenden, die eine Bewertung abgegeben haben, bewerteten die Veranstaltungen mit «sehr gut» und 34% mit «gut».
- W2 Gesuche um ordentliche Einbürgerung nach neuem Recht dauern im Durchschnitt 14 Monate, Gesuche nach altem Recht durchschnittlich gegen 22 Monate. Das neue Recht wird erst seit zwei Jahren angewendet, weshalb eine klare Interpretation der Entwicklung der Verfahrensdauer verfrüht wäre.
- W3 Die längere Verfahrensdauer ist eine Folge der bundesrechtlichen Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen und des sich daraus ergebenden grösseren Arbeitsaufwands. Der Rechnungswert für Gesuche nach neuem Recht liegt trotz grösserer Komplexität des Verfahrens mit gut fünf Monaten nur leicht höher als im Vorjahr. Der Rechnungswert der Gesuche nach altem Recht liegt bei neun Monaten.
- W4 Dank leicht rückläufiger Anzahl Gesuche um Namensänderung konnte die angestrebte durchschnittliche Verfahrensdauer eingehalten werden.
- W5 Das Gemeindeamt beantwortet in all seinen Tätigkeitsbereichen telefonische Anfragen von Gemeindebehörden, Verwaltungsfachleuten und Privatpersonen. Der Indikator bezieht sich ausschliesslich auf juristische Anfragen an die Abteilung Gemeinderecht. Im Berichtsjahr wurden 742 Auskünfte zum Gemeinwesen erteilt, davon 53 nicht innert 24 Stunden. 92 Prozent der Anfragen wurden somit innerhalb von 24 Stunden beantwortet. Die Anzahl der mündlichen Auskünften stieg in den letzten Jahren an, sank im Berichtsjahr aber wieder auf den Wert von 2016.

Entwicklungsschwerpunkte

Jl 10.1a Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen

Stand bis

Die Arbeiten am Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht wurden vorbereitet.

Planmässig 2021

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	53.4	52.8	54.0	1.2	2.2

Bemerkungen R19 zu B19

- 1.2 Um die neuen Aufgaben wie Digitalisierung und Einwohnerwesen bewältigen zu können und den veränderten Anforderungen im Bereich des Zivilstandswesens gerecht zu werden, bewilligte der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 342/2019 2.1 zusätzliche Stellen. Die effektive Besetzung der Stellen erfolgte im Anschluss, was zur Folge hatte, dass der Beschäftigungsumfang lediglich 1.2 abweicht.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	5.3	4.7	4.6	-0.1	-1.9
Aufwand	-10.9	-11.6	-11.5	0.1	1.2
- Kreditübertragungen		-0.6		0.6	100.0
Saldo	-5.7	-6.9	-6.9	0.0	0.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen			0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-1.1		-0.2	-0.2	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.1		-0.1	-0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0			Abweichungen total R19 zu B19
0.2		A1, A2, A4, A6	- Tieferer Personalaufwand (als Ferien bezogene Dienstaltersgeschenke, Rückerstattungen Mutterschaftsentschädigung, Minderaufwendungen für Personalwerbung)
0.1		A5	- Tieferer Aufwand für die Erarbeitung eines Grundkenntnistests im Einbürgerungsverfahren
-0.1		A1	- Tieferer Ertrag wegen geringerer Teilnehmendenzahlen in den vier HRM2-Fachschulmodulen
-0.2		A3, A4, A5	- Höherer Personalaufwand nicht budgetierter Stellen (RRB Nr. 342/2019)
-0.0			- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2207

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.1	-0.1	
- Projekt elmmo; eServie zur Ausübung der Drittmeldepflicht der Liegenschafts- verwaltungen an die Gemeinden				
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -26670	Verwendung 2019 26670	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 0	Veränderung Bestand 26670
---	-----------------------------	---	--	------------------------------

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Eine Gemeinde reichte für das Jahr 2020 ihr Budget ein und beantragte individuellen Sonderlastenausgleich im Umfang von 0,7 Mio. Franken. Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Fachdirektionen und des Fachbeirates sicherte

das Gemeindeamt einen Beitrag von rund 0,6 Mio. Franken zu. Die Abgeltung der Zentrumslasten für Zürich und Winterthur beliefen sich im Berichtsjahr auf 404,3 Mio. bzw. 84,3 Mio. Franken.

Aufgaben

A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die grossen Steuerkraftunterschiede, welche die Hauptursache für die unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden sind. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und schwieriger Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich gleicht den Städten Zürich und Winterthur die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten ab.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcendisparität vor Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	11 129	11 409	13 532	2 123	18.6
W2 Ressourcendisparität nach Finanzausgleichsgesetz, in Fr.	A1	3 094	3 167	3 881	714	22.5
W3 Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %	A1	41	40	43	3	
W4 Ausgleichsvolumen, in Mio. Franken	A1	1 192	1 223	1 339	116	9.5

Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt den Unterschied der Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Der Wert von Fr. 13 532 ist ausserordentlich hoch und liegt in der starken Zunahme der Steuerkraft der ressourcenstärksten Gemeinde. Im Vergleich dazu fiel die Steigerung der Steuerkraft in der ressourcenschwächsten Gemeinde geringer aus. Die Abweichung gegenüber dem Budgetwert ist darauf zurückzuführen, dass die Entwicklung der Einnahmen aus Quellensteuern und Steuerauscheidungen unterschätzt wurde.
- W2 Mit dem Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität zwischen der ressourcenstärksten und ressourcenschwächsten Gemeinde verringert werden. Die Abnahme der Disparität von Fr. 13 532 (vor Finanzausgleich) auf Fr. 3 881 (nach Finanzausgleich) zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs.
- W3 Der Wert zeigt den Unterschied zwischen den Steuerfüssen, die zur Deckung eines Normaufwands (Fr. 3000 indexiert; aktuell bei 2942.42) in der steuergünstigsten und in der am stärksten steuerbelasteten Gemeinde notwendig sind, nachdem der Ressourcenausgleich erfolgt ist.
- W4 Das Volumen zeigt den Bruttoaufwand des Finanzausgleichs ohne die Fusionsbeiträge. Es hat sich gegenüber dem Budget erhöht. Grund dafür ist das gestiegene Kantonsmittel der Steuerkraft und damit zusammenhängend das grössere Volumen an Ressourcenzuschüssen an die finanzschwachen Gemeinden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
Ertrag	919.1	819.0	819.0	0.0	0.0
- Ressourcenabschöpfung	907.0	806.3	806.3	0.0	0.0
- Beitrag aus Strassenfonds	12.1	12.7	12.7	0.0	0.0
Aufwand	-1 192.3	-1 368.0	-1 355.1	13.0	0.9
- Ressourcenzuschuss	-676.2	-825.4	-825.4	0.0	0.0
- Zentrumslastenausgleich	-484.8	-488.6	-488.6	-0.0	-0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich	-20.5	-20.4	-20.4	-0.0	-0.0
- Demografischer Sonderlastenausgleich	-5.8	-5.3	-5.3	0.0	0.0
- Übergangsausgleich	1.1				
- Individueller Sonderlastenausgleich	1.5	-5.0	0.2	5.2	103.8
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung	-7.5	-15.8	-15.6	0.2	1.0
- Steuerfussausgleichsbeiträge					
- Kreditübertragungen		-7.6		7.6	100.0
Saldo	-273.2	-549.0	-536.1	13.0	2.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
13.0		Abweichungen total R19 zu B19
7.6	A1	- Der Beitrag an die Veränderung der Gemeindeeinteilung von 7.6 Mio. Franken konnte im Rechnungsjahr 2018 nicht ausgeschüttet werden und wurde trotz Kreditübertragung in das Budget 2019 aufgenommen.
5.2	A1	- Der individuelle Sonderlastenausgleich unterschritt das Budget um 5.2 Mio. Franken.
0.2		- Übrige Abweichungen

2217 Abwicklung Investitionsfonds

Mit Inkrafttreten des Finanzausgleichsgesetzes wurden keine Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Seit 2017 werden auch keine Beiträge mehr ausbezahlt. Der Aufwand beschränkt sich deshalb auf die Verzinsung und Abschreibung des Fonds.

Aufgaben

- A1 Die Zielsetzung orientiert sich an den im per 31.12.2013 aufgelösten Investitionsfonds definierten Aufgaben: Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Staates.
- A2 Die Leistungsgruppe «Abwicklung Investitionsfonds» dient der Auszahlung der bereits bewilligten Investitionsbeiträge, deren Bilanzierung sowie Abschreibung und Verzinsung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-3.7	-3.0	-2.9	0.1	3.9
- Abschreibungen	-3.5	-2.8	-2.7	0.1	4.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.7	-3.0	-2.9	0.1	3.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

2221 Handelsregisteramt

Die Anzahl der eingetragenen, aktiven Gesellschaften erhöhte sich um 2278 auf 113 131. Dies entspricht einem Zuwachs von 2,1%, was exakt dem schweizweiten Durchschnitt entspricht. Damit haben weiterhin über 17% aller Unternehmen in der Schweiz ihren Sitz im Kanton Zürich. Die Anzahl Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) wuchs wiederum am stärksten (+1807). Damit bestehen nun 38 396 aktive GmbH. Die Aktiengesellschaften nahmen um 513 auf 34 673 zu und Einzelunternehmungen um 89 auf 28 745 ab. Diese drei Rechtsformen machen rund 90% aller eingetragenen, aktiven Gesellschaften aus. Den geringsten Bestand weisen die Kommanditgesellschaften mit 374 Unternehmen aus.

Der ausserordentlich hohe Geschäftseingang führte zu über 50 000 Eintragungen in das Tagesregister. Dafür verantwortlich ist die stetig steigende Menge eingetragener, aktiver Gesellschaften sowie die proaktive Registerbereinigung des Handelsregisteramtes.

Die Informationen auf dem Internet wurden weiter ausgebaut. Um den Eingabeprozess zu vereinfachen wurden unter anderem spezifische, nach Rechtsform und Eintragungsart strukturierte Anmeldeformulare erarbeitet und den Kunden zur Verfügung gestellt. Ein weiterer Schwerpunkt lag darin, das vorhandene Wissen im Handelsregisteramt noch konsequenter zu erfassen und den Mitarbeitenden mittels eines einfach zu bedienenden Tools zur Verfügung zu stellen.

Aufgaben

A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen und gewährleistet die Rechtssicherheit sowie den Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts (Art. 1 Handelsregisterverordnung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	354 420	360 000	363 430	3 430	1.0
L2	Rechtsauskünfte	A1	24 570	25 000	24 786	-214	-0.9
L3	Eintragungen ins Tagesregister	A1	47 137	45 000	50 424	5 424	12.1
L4	Registerauskünfte	A1	49 671	50 000	50 536	536	1.1
L5	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen, in % (Zielwert)	A1	100	80	100	20	
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt, in %	A1	121	113	124	11	
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit, 3-jährliche Gesamtwertung	A1					
W3	Revisionsbericht EHRA	A1	sehr gut				
W4	Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1					

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L3 Die Zunahme der Eintragungen in das Tagesregister ist insbesondere auf mehr Neueintragungen sowie auf eine höhere Anzahl an Änderungen von Statuten und Personalangaben zurückzuführen.
- L5 Die Überprüfung des Registers auf Wahrheit und Aktualität wurde vollumfänglich durchgeführt. Alle Unternehmen, die seit mehr als fünf Jahren weder einen Handelsregistereintrag noch einen anderen Geschäftsfall zu verzeichnen hatten, wurden aufgefordert, die eingetragenen Angaben zu bestätigen oder deren Korrektur zu veranlassen.

Entwicklungsschwerpunkte

2221 10a Aktuell nachgeführtes und wahres Register

Die systematischen Bereinigungen wurden durchgeführt und amtliche Verfahren eingeleitet. Stand bis
Planmässig 2022

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	56.8	58.0	57.8	-0.2	-0.3

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	12.8	12.8	13.5	0.7	5.1
Aufwand	-10.6	-11.4	-10.9	0.5	4.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	2.2	1.4	2.6	1.2	83.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

**Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2221**

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total R19 zu B19
0.6	A1	- Höhere Gebühreneinnahmen aufgrund des höheren Geschäftseingangs
0.5	A1	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere Unterhalt Software, Dienstleistungen Dritter und Wertberichtigung auf Forderungen)
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-323737	0	0	-323737	0

2223 Statistisches Amt

Das Statistische Amt führte fünf Erneuerungswahlen durch. Im März des Berichtsjahres wurden der Kantonsrat und der Regierungsrat neu gewählt. Im Oktober folgten die Ständerats- und Nationalratswahlen mit einem zweiten Wahlgang für den Ständerat im November. Ausserdem wurde im Auftrag der Evangelisch-reformierten Landeskirche die Wahl der Synode abgewickelt. Sämtliche Wahlen wurden korrekt und reibungslos durchgeführt. Mit dem neuen Webauftritt wurde ein umfassendes und einfach zugängliches Informations- und Datenangebot für Wahlresultate zur Verfügung gestellt, das von der Öffentlichkeit, Medienschaffenden und politischen Akteuren rege genutzt wurde. Zudem wurde im Berichtsjahr an drei Sonntagen über drei eidgenössische und drei kantonale Vorlagen abgestimmt. Die Bundeskanzlei lancierte an-

lässlich der Abstimmung im Februar in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt die App «VoteInfo». Mit der geplanten Integration von Gemeindevorlagen in die App wird die Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei fortgesetzt. Das Statistische Amt publizierte unter anderem Analysen zu den Resultaten der Regierungsrats- und der Nationalratswahlen, zur räumlichen Segregation der ausländischen Bevölkerung, zur Entwicklung der Vermögenssituation der Haushalte sowie zum Scheidungsverhalten der Zürcherinnen und Zürcher. Die Website wurde erneut stark genutzt – die Twitter-Accounts @statistik_zh und @OpenDataZH konnten rund 1000 neue Interessenten anziehen und haben nun zusammen über 3500 Follower.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen
- A3 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L3 Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (Zielwert)	A1	18	18	18	0	0.0
L5 kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1000 je Fall (Zielwert)	A3	104	100	128	28	28.0
B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten), in %	A3	117.8	100	107.9	7.9	
W1 Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	80	80	113	33	41.3
W3 Beurteilung des Angebots (Web, Publikationen, Dienstleistungen) durch Nutzer (Anteil zufriedener Nutzer, in %)	A1		75	75	0	
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	A1		2	2	0	0.0
W5 Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen, in %	A2		90	97	7	
W6 Zufriedenheitsgrad der Kunden, in %	A3		75	97	22	
W7 Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene, in Min. nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultats	A2	1.7	5	2	-3	-60.0

Entwicklungsschwerpunkte

2223 10a Ausbau der Nutzung von Register- und Stichprobenerhebungen

Zunehmend können Mehrjahresdatensätze aus den kantonalen Registern, beispielsweise dem Einwohner- und Gebäuderegister, genutzt werden. Es konnten erstmals auch detaillierte Steuerkomponentendaten des kantonalen Steueramtes beschafft werden. Diese Daten können für die Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen genutzt werden, fliessen beispielsweise aber auch in die Raumplanung ein.

Stand bis

Planmässig 2022

2223 10b Ausbau des Statistikangebots auf dem Internet

Im Hinblick auf den Relaunch des Internetauftritts des Kantons Zürich wurde das gesamte Statistikangebot auf dem Internet überarbeitet. Der neu themenorientierte Zugang bedeutet eine Herausforderung, die dazu genutzt wurde, das Statistikangebot neu zu strukturieren und weiter zu verbessern. Mit RRB Nr. 573/2019 wurde zudem festgehalten, dass das Statistische Amt für die «einheitliche methodische Darstellung von datengetriebenen Inhalten» im Internetauftritt des Kantons zuständig ist. Das Statistische Amt ist bereits mit mehreren Verwaltungsstellen daran, solche datengetriebenen Inhalte umzusetzen, beispielsweise mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit und der Oberjugendanwaltschaft des Kantons Zürich.

Planmässig 2022

2223 10c E-Voting

Die Arbeiten für eine Vernehmlassungsvorlage zur Revision des Gesetzes über die politischen Rechte für den flächendeckenden Einsatz von E-Voting wurden eingestellt, nachdem der Bundesrat im Juni des Berichtsjahres beschlossen hatte, die Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte zur Überführung von E-Voting in den ordentlichen Betrieb zurzeit nicht weiterzuverfolgen.

Sistiert 2022

2223 10d Verankerung von Open Government Data und Unterstützung von Verwaltungseinheiten und öffentlich-rechtlichen Anstalten bei Erschliessung ihrer Datenbestände und Publikation als OGD

Die Fach- und Koordinationsstelle Open Government Data (OGD) konnte das Wissen und Verständnis über OGD im Kanton Zürich breit verankern. Mit diversen Anlässen, Vorträgen und über Social Media hat sie sich als dienstleistungsorientierte Einheit positioniert. Ende 2019 publizierten 29 Verwaltungseinheiten des Kantons Zürich Daten als OGD auf dem Bundesportal opendata.swiss. Sechs Verwaltungseinheiten haben die Vorbereitungen abgeschlossen und werden erstmals im ersten Quartal 2020 OGD publizieren.

Planmässig 2022

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	27.4	32.1	27.6	-4.5	-14.1

Bemerkungen R19 zu B19

-4.5 Der Stellenplan war nicht durchgehend vollständig ausgeschöpft, weil Nachfolgebesetzungen nur mit Verzögerung sichergestellt werden konnten (vorzeitiger Übertritt in andere Direktion ermöglicht, Todesfall, Profile mit Fachkräftemangel usw.). Zudem fliessen zwei Praktikantenstellen nicht in die Berechnung ein.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.0	0.8	1.1	0.3	36.1
Aufwand	-6.5	-7.6	-7.1	0.6	7.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-5.5	-6.8	-6.0	0.8	12.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R19 zu B19
0.3		- Tieferer Personalaufwand, da Stellenplan nicht durchgehend vollumfänglich ausgeschöpft war
0.3		- Tieferer Sachaufwand
0.3	A3	- Höherer Ertrag
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-173655	13765	-18000	-177890	-4235

Bemerkungen

Dank hoher Dienstleistungsqualität und ausgeprägter Kundenorientierung konnten Mehrerträge generiert werden. Durch effiziente Projektplanung und wirtschaftlichen Umgang mit Ressourcen konnten Kosten eingespart werden. Das Statistische Amt beantragt Rücklagen im Umfang von Fr. 18 000.

2224 Staatsarchiv

Die Arbeiten an Bau 3 des Staatsarchivs konnten im Zeit- und Budgetrahmen abgeschlossen werden. Am 5. Juli des Berichtsjahres wurde Bau 3 feierlich eröffnet.

Die Unterstützung von Betroffenen von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen wurde weitergeführt, weil die Nachfrage wegen in Aussicht stehenden Änderungen des Bundesgesetzes anhält. Bis Ende des Berichtsjahres wurden 980 Aktensuchen durchgeführt.

Das Angebot «Integrierte Informationsverwaltung in den Gemeinden» wurde von den 23 Vertragsgemeinden gut aufgenommen. Eine Erweiterung auf weitere Gemeinden ab 2021 wird vorbereitet.

Das Projekt DigDataZH (Schaffung einer Infrastruktur für die Archivierung von digitalen Daten für den Kanton und die Zürcher Gemeinden) wurde vorangetrieben (Auftraggeber: JI, Gemeindepräsidentenverband, Verein Zürcher Gemeinde-schreiber und Verwaltungsfachleute).

Der Abbau der Restanzen in der Erschliessung ist weiterhin eine grosse Herausforderung. Die Nutzung der Online-Werkzeuge durch die Kundinnen und Kunden intensiviert sich weiter. Quellenserien, die im Rahmen von Online-Publikationsprojekten aufbereitet werden, sind stark nachgefragt. Eine grosse Nachfrage besteht auch nach vormodernen Quellen in digitaler Form. Das Projekt Online-Publikation des Amtsblatts wurde vom Kantonsrat einstimmig unterstützt.

Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Individuelle Kundendienste, Editionsprojekte (bis 2018): Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A4 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen
- A5 Nacherschliessung und Digitalisierung: Erschliessung vormoderner Bestände bis 1830 und Digitalisierung zentraler Aktenserien und wichtiger Quellen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%	
L1	Gemeindearchivberatungen pro Jahr	A1, A2, A3, A4, A5	51	50	53	3	6.0
L2	Ablieferungen anbieterpflichtiger Stellen	A1	70	80	72	-8	-10.0
L3	Ablieferungen nicht anbieterpflichtiger Stellen	A1	30	30	27	-3	-10.0
L4	Abgelieferte Akten anbieterpflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	565	700	454	-246	-35.1
L5	Abgelieferte Akten nicht anbieterpflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	50	100	103	3	3.0
L6	Erschlossene, im Durchschnitt der letzten vier Jahre abgelieferte analoge Unterlagen + 400 Laufmeter Restanzen (ab 2021 + 500 LM Restanzen, ab 2022 + 600 LM Restanzen), in %	A2	48	100	57	-43	
L7	Nacherschliessungen von Endarchivbeständen, in Laufmetern	A2, A5	274	200	284	84	42.0
L8	Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A3	2435	2000	2169	169	8.5
L10	Online editierte Rechtsquellen (Projektende Teilprojekt 1 2018)	A3	300	400	78	-322	-80.5
L11	Konservierte/restaurierte Bestände, in Laufmetern	A4	416	200	291	91	45.5
L12	Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A4	15109	5000	6636	1636	32.7
B1	Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	47	40	46	6	
B2	Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen, in %	A3	95	90	100	10	
B3	Innerhalb von drei Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek, in %	A3	90	90	99	9	
B4	Verfügbarkeit des Online-Archivkatalogs und des Online-Bestellschalters, in %	A3	98	98	98	0	
W1	Anzahl Nennungen in den Medien (Reichweite; in Mio.)	A1, A2, A3, A4, A5	6.1	3	2.9	-0.1	-3.3

Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W10	Angebot «Integrierte Informationsverwaltung für Zürcher Gemeinden»: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge	A1, A2, A3, A4, A5		95	95	0	0.0
W3	Positive Rückmeldungen der anbietepflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess, in %	A1					
W4	Verbesserung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbietepflichtigen Stellen, in %	A1					
W5	Brauchbarkeit und Zweckmässigkeit neu erarbeiteter und überarbeiteter elektronischer Findmittel, in %	A2		90	90	0	
W6	Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg, in %	A3		90	95	5	
W7	Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots, in %	A3		90	95	5	
W8	Anzahl Recherchen auf Online-Datenbank (ab 2019 in Mio.)	A3	2 124 691	2	2.4	0.4	20.0
W9	Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen, in %	A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2, L4 Tiefere Anzahl Ablieferungen und Aktenmengen gegenüber Vorjahr, u.a. wegen Nachlassen der Auswirkungen des Ablieferungsstopps für Patientendokumentationen.
- L6 Infolge anhaltend hoher Mengen an abgelieferten Unterlagen, Erschliessung von Beständen mit extrem vielen Dossiers pro Laufmeter (Akten zu Regierungsratsbeschlüssen betreffend Tiefbauamt, Krankengeschichten auf Mikrofilm des Kinderspitals, Fotokartei des Tiefbauamts usw.) wurde der Zielwert nicht erreicht.
- L7 Fertigstellung grosser Nacherschliessungsprojekte (Akten Notariate, Bezirksbestände).
- L10 Publikation der letzten Rechtsquellen im Rahmen des Projekts
- W6 Die Kundschaft ist gemäss Umfrage mit der neuen Infrastruktur in Bau 3 sehr zufrieden, schriftliche Anfragen werden aus Kundensicht sehr schnell und mit inhaltlich hoher Qualität beantwortet.
- B1 Die Anstrengungen zur Beschaffung von digitalen Metadaten werden kontinuierlich verstärkt.
- W1 Umfangreiche Berichterstattung im Zusammenhang mit Bezug und Eröffnung von Bau 3.
- W10 Die Gemeinden sind gemäss Umfrage mit den Dienstleistungen sehr zufrieden, diese werden mit sehr hoher Professionalität erbracht. Die für die Gemeinden zuständigen Mitarbeitenden sind in den jeweiligen Verwaltungsstrukturen gut integriert, Synergien zwischen einzelnen Gemeinden können sehr gut genutzt werden (z.B. Einführung elektronische Informationsverwaltung).

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
Jl 10.2b Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen Bei den kantonalen Organen wird ein Schwerpunkt auf qualitativ gute digitale Metadaten gelegt. Die Gemeinden werden in allen Belangen der Informationsverwaltung beraten und bei Bedarf auf Vertragsbasis unterstützt (gegen Kostenerstattung).	Planmässig	2021
Jl 10.2c Archivierung elektronischer Unterlagen Mit manchen kantonalen Organen wurden Datenexporte aus produktiven Systemen vorgenommen und Exportschnittstellen spezifiziert. Zusammen mit den Gemeinden soll eine Infrastruktur für die Archivierung von digitalen Daten beschafft (Projekt DigDataZH) werden.	Planmässig	2022
2224 10a Realisierung Bau 3: Am 21.3.16 bewilligte der Kantonsrat den Objektkredit (Vorlage 5211a). Die Bauphase wird im Frühjahr 2019 abgeschlossen, der Bezug und die Eröffnung ist für Sommer/Herbst 2019 geplant. Der Bezug und die Eröffnungsfeierlichkeiten von Bau 3 haben im Juni/Juli des Berichtsjahres stattgefunden.	Abgeschlossen	2019
2224 10b Aktenschliessung Akten 20./21. Jahrhundert Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Erschlossen wurden 712 Laufmeter (geplant: 1252 Lfm).	Verzögert	2022
2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Abgebaut wurden 130 Laufmeter (geplant: 400 Lfm).	Verzögert	2022
2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft Mit der Inbetriebnahme von Bau 3 konnte die bereits hohe Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden vor Ort weiter gesteigert werden (Umfrage 2019). Auch die korrespondierende Kundinnen und Kunden ist sehr zufrieden mit den gebotenen Dienstleistungen (Umfrage 2019).	Planmässig	2022

2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) / Koppelung mit Portal Museum

Die Online-Plattform wurde intensiv benutzt. Der Hersteller von Query und Bestellschalter ist mit dem Bau aktuellerer Werkzeuge stark gefordert. Planmässig 2022

2224 10f Tiefenerschliessung und Edition zentraler Quellenserien

Das Grossprojekt Rechtsquellen steht vor dem Abschluss; das Folgeprojekt Vormoderne Quellen ist in der Pilotphase, das Projekt Amtsblatt wurde gestartet. Das EU-Projekt READ ist abgeschlossen. Die daraus entstandene Trägerschaft READ-COOP pflegt ein hoch innovatives Werkzeug für die Handschriftenerkennung. Planmässig 2022

2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen

Das Volumen konservatorisch zu behandelnder Unterlagen ist weiterhin beträchtlich. Durch die bewilligten zusätzlichen personellen Mittel 2019 bis 2021 wird der Output erhöht. Planmässig 2022

2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung moderne Medien

Das Kompetenzzentrum Konservierung/Restaurierung ist intern und extern gefragt. Die erbrachten Leistungen sind essenziell für den Fortgang der Geschäfte. Planmässig 2022

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	48.3	59.5	50.1	-9.4	-15.8

Bemerkungen R19 zu B19

Allg. Im Beschäftigungsumfang sind Lernende sowie Praktikantinnen und Praktikanten im Umfang von 2.7 Stellen nicht miteinberechnet. Der Beschäftigungsumfang einschliesslich Lernender sowie Praktikantinnen und Praktikanten beträgt total 52.8 Stellen - die effektive Abweichung in der Höhe von 6.7 Stellen ist auf den noch nicht ausgeschöpften Stellenplan der Gemeinden (weitere Verträge mit Gemeinden ab 2021), die Verschiebung des Projektstarts Pilot Vormoderne Quellen (von Januar auf Juli) und die spätere Anstellung der Reinigungsmitarbeitenden zurückzuführen.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	2.7	0.2	1.7	1.5	819.5
Aufwand	-10.1	-8.7	-9.8	-1.1	-12.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-7.4	-8.5	-8.1	0.4	4.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.4				
Ausgaben	-6.8	0.0	-0.2	-0.2	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-6.4	0.0	-0.2	-0.2	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R19 zu B19
1.6		- Drittmittelfinanzierte Projekte
0.2	A5	- Verschiebung des Projektstarts Pilot Vormoderne Quellen
0.2	A1, A2, A3, A4, A5	- Mietermodell: tiefere kalkulatorische Miet- und Nebenkosten
0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Tiefere Kosten im Unterhalt der Liegenschaft
-0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Höherer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
-0.1	A1, A2, A3, A4, A5	- Höhere Abschreibungen für Mobilien
-1.6		- Drittmittelfinanzierte Projekte
0.1		- Übrige Abweichungen

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Bemerkungen zur Investitionsrechnung				
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.2	-0.2	
- Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019)				- Mobilien Bau 3 (Herauslösung aus den baulichen Investitionen)
- Übrige	0.0	-0.2	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
-156982

Verwendung	Antrag Bildung 2019
2019	(verbucht 2020)
0	0

Bestand 31.12.2019
plus Bildung 2019
-156982

Veränderung Bestand
0

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Insgesamt wurden an Opfer und Angehörige finanzielle Leistungen von Fr. 3755588 (Vorjahr: Fr. 3461308) erbracht. Die anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge von Fr. 6098916 (Vorjahr: Fr. 6227995) als Abgeltung für ihre Leistungen.

Die Kantonale Opferhilfestelle hat sich dafür eingesetzt, dass die aufgrund der ständig ansteigenden Fallzahlen angespannte Ressourcenlage bei den anerkannten Opferberatungsstellen verbessert werden konnte. Der Regierungsrat bewilligte dafür zusätzliche 1,5 Mio. Franken. Im März des Berichtsjahres führte die Kantonale Opferhilfestelle gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft eine Weiterbildung für alle Staatsanwältinnen und Staatsanwälte zum Umgang mit

traumatisierten Opfern im Strafverfahren durch. Weiter liessen die die Kantonale Opferhilfestelle und das Kantonale Sozialamt gemeinsam und unter Mitwirkung der Frauenhäuser den Handlungsbedarf bezüglich Finanzierung der Frauenhäuser abklären. Durch eine Erhöhung der Sockelbeiträge ab 2020 leistet der Kanton zukünftig einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder, indem er die Bereitstellung eines angemessenen Angebots an Notunterkünften unterstützt. Die Kantonale Opferhilfestelle arbeitete zudem in der Begleitgruppe des Bundesamtes für Justiz zur Erarbeitung des neuen Leitfadens zur Bemessung der Genugtuung mit.

Aufgaben

- A1 Beurteilung und Entscheid betreffend Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe
- A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen
- A3 Finanzierung der Beratungsstellen
- A4 Geltendmachung der Ansprüche gegenüber der Täterschaft (Regress)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	561	580	631	51	8.8
L2	Abgeschlossene Opferhilfverfahren	A1	531	600	623	23	3.8
L4	Neu eröffnete Regressverfahren	A4	47	50	46	-4	-8.0
L5	Beratungsstellen mit Leistungsvertrag	A2		8	8	0	0.0
L6	Eingekaufte Beratungsstunden bei den Beratungsstellen	A3		46625	43175	-3450	-7.4
B2	Durchschnittliche Kosten je Opferhilfverfahren, in Fr. (inkl. Personalaufwand & finanzielle Leistungen an Opfer)	A1	6755	7726	6851	-875	-11.3
B3	Kosten pro eingekaufte Beratungsstunde	A3		142	142	0	0.0
B4	Abgeltung anderer Kantone für Opferberatungsleistungen (Gesamtbetrag)	A3		400000	501696	101696	25.4
B5	Vereinnahmte Erträge aus Regressverfahren	A4		138000	90513	-47487	-34.4
W1	Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung), in Monaten	A1	1.1	1.5	1.8	0.3	20.0
W3	Neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1		10	4	-6	-60.0
W4	Durch das Sozialversicherungsgericht vollumfänglich oder teilweise gutgeheissene Beschwerden	A1		2	0	-2	-100.0

Bemerkungen

- W3 Der tiefe Wert spiegelt eine hohe Akzeptanz der Entscheide der Fachstelle wider.
- B4 Für die Beratung von Opfern mit ausserkantonalem Wohnsitz konnten höhere Beträge verrechnet werden.
- B5 Die tatsächlich vereinnahmten Regressbeträge sind abhängig von der Zahlungsfähigkeit der Schuldnerinnen und Schuldner.
- B2 Der ausgewiesene Wert ergibt sich aus einer höheren Anzahl abgeschlossener Opferhilfverfahren sowie mehr Opferhilfeleistungen.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
	5.9	6.0	6.7	0.7	11.7

Bemerkungen R19 zu B19

- 0.7 Die Mehrstellen ergeben sich aus einer Doppelbesetzung wegen Mutterschaftsurlaubs. Die durchschnittliche Lohnsumme pro Vollzeitstelle sinkt infolge tieferer Einreihung der Aushilfe und einer Neubesetzung.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2232

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	0.9	1.1	0.2	19.3
Aufwand	-11.7	-11.2	-11.4	-0.2	-1.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-10.6	-10.3	-10.4	-0.0	-0.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.0		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	A4	- Tieferer Wertberichtigungsbedarf als Folge der hohen Abschreibungen
0.1	A4	- Höherer Ertrag aus Rückerstattungen von Kantonen
-0.1	A2	- Höhere Beiträge an Beratungsstellen
-0.3	A4	- Hohe Abschreibung von Forderungsverlusten in zwei Fällen infolge definitiver Unerhältlichkeit
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-29384	9526	0	-19858	9526

2233 Fachstelle Gleichstellung

Die Fachstelle Gleichstellung trägt zur Umsetzung der Gleichstellung in allen Lebensbereichen bei. Einen beachtlichen Beitrag zur Berufs- und Studienwahl leistet sie mit dem Berufsspiel «Jobmatcher». Mit dem Spiel konnten gegen 4000 Kinder und junge Menschen erreicht werden, unter anderem an der Berufsmesse Zürich sowie an Vorträgen und Besuchen in Schulen. Gefragt waren Expertise und Beratungsleistung

sowie die Kooperationspartnerschaft für neue Anlässe wie das «Female Innovation Forum». Das 25-Jahr-Jubiläum der Gleichstellungskommission wurde mit einem Anlass zum Thema «Teilzeit und Karriereknick – Lücken in der Sozialvorsorge» gefeiert. Prägend war der Einsatz für die Verwirklichung der Lohngleichheit in privat- und öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnissen.

Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L2	Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	15	11	27	16	145.5
L4	Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw. (in Std pro Jahr)	A3		3000	2845	-155	-5.2
L6	Auskünfte und Beratungen pro Jahr (Zielwert)	A1		600	745	145	24.2
B1	Aufwand pro Stellungnahme (in Fr.)	A2		450	319	-131	-29.1
B2	Aufwand pro Beratung (in Fr.)	A1		190	297	107	56.3
B3	Aufwand für Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw. (in Fr.)	A3		411000	212971	-198029	-48.2
W2	Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende und Bildungsinstitute	A1, A3	38	45	63	18	40.0

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren L4, L6, B1, B2 und B3 wurden im KEF 2019-2022 neu eingeführt, daher gibt es für R18 keine Werte.
- B1, B2, Für die Budgetierung mussten die Werte geschätzt werden; die Ist-Werte resultieren aus den neu angelegten Kostenträgern für diese Tätigkeiten. Die Werte umfassen auch Erträge aus Teilnahmegebühren, Rückerstattungen o.Ä.
- L6, W2 Die Fachstelle ist vor allem aufgrund des FrauentreiktagEs stark von Ratsuchenden, Arbeitgebenden und Bildungsinstituten einbezogen worden.
- L2 Dieser Indikator unterliegt relativ starken Schwankungen.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	2.9	3.1	3.2	0.1	4.2

Bemerkungen R19 zu B19

- 0.1 Es erfolgten leichte Verschiebungen in den Beschäftigungsgraden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.0	0.1	0.0	47.9
Aufwand	-0.8	-0.8	-0.8	-0.0	-3.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.7	-0.8	-0.8	-0.0	-1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-11200	722	0	-10478	722

2234 Fachstelle Kultur

Auf der Grundlage des Kulturförderungsgesetzes von 1970 richtet die Fachstelle Kultur Subventionen an öffentliche und private Kulturinstitute aus, unterstützt kulturelle Veranstaltungen von Gemeinden und vergibt Beiträge an Kulturschaffende und Projekte. Als Leitfaden dient das 2015 verabschiedete Leitbild Kulturförderung.

Den Kulturpreis 2019 vergab der Regierungsrat an das Theater Katerland, mit der Goldenen Ehrenmedaille zeichnete er den Schriftsteller und Filmemacher Peter K. Wehrli aus. Die beiden Förderpreise vergab der Regierungsrat an die Spoken-Word-Poetin Amina Abdulkadir und die Regisseurin Nele Jahnke.

Subventionen von rund 100,9 Mio. Franken gingen an über 100 Kulturbetriebe und kulturelle Institutionen (einschliesslich

Opernhaus Zürich und Theater Kanton Zürich) sowie an die Kulturprogramme von über 70 Gemeinden. Im Bereich der Projekt- und Personenförderung wurden 1686 Dossiers von den Förderbereichsverantwortlichen und der kantonalen Kulturförderungskommission geprüft und in 861 Fällen ganz oder teilweise gutgeheissen.

Die Fachstelle Kultur hat den Aufbau regionaler Förderstrukturen im Zürcher Oberland und im Zürcher Unterland begleitet und mit Beiträgen unterstützt. Mit dem Ziel, breiten Bevölkerungskreisen den Zugang zu Kultur zu ermöglichen, fördert der Kanton Zürich verschiedene Vorhaben im Bereich der kulturellen Teilhabe. Im Rahmen der Umsetzung dieses Schwerpunktes vergab die Fachstelle Kultur im Berichtsjahr drei Anerkennungsbeiträge.

Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen
- A4 Mitfinanzierung des Opernhauses Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützte Projekte	A1	838	700	861	161	23.0
L2	Unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen	A2	107	105	108	3	2.9
L3	Unterstützte kommunale Kulturprogramme (Zielwert)	A3	60	70	75	5	7.1
L4	Opernhaus Zürich: Aufführungen Hauptbühne	A4	250	200	244	44	22.0
L5	Opernhaus Zürich: Premieren	A4	12	10	12	2	20.0
L6	Opernhaus Zürich: Volksvorstellungen	A4	29	20	28	8	40.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Subvention Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich), in %	A1, A2, A3, A4	1.85	2	1.78	-0.22	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit, in %	A4	37.4	30	36.2	6.2	
W1	Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	55	50	61	11	22.0
W2	Unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	1290	1200	1405	205	17.1
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung, in %	A4	90	74	90.2	16.2	

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl Gesuche im Bereich der Personen- und Projektförderung hat zugenommen.
- L4, L5, Die budgetierten Werte für das Opernhaus Zürich sind Mindestwerte gemäss Leistungsvereinbarung.
- L6, B2
- B1 Die Verwaltungskosten umfassen nicht die Abschreibungen und Zinsen auf Investitionsbeiträgen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

JI 3.1a Ausbau der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen

Mitarbeitende der Fachstelle sowie Dritte nehmen im Auftrag des Regierungsrates Einsitz in Aufsichtsgremien von ausgewählten Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur. Mit den Kulturabteilungen der beiden Städte tauscht sich die Fachstelle regelmässig aus. Eine gemeinsam initiierte und vorbereitete Tagung zum Thema Digitalisierung für die Kulturinstitutionen beider Zentren sowie des übrigen Kantons wird im Frühjahr 2020 durchgeführt.

Planmässig 2022

JI 3.1c Regionale Strukturen und Kooperationen stärken

Die Fachstelle Kultur organisiert regelmässige Treffen mit den kommunalen Kulturbeauftragten. Die regionalen Förderstrukturen im Zürcher Oberland wurden konsolidiert und ein Pilotprojekt im Zürcher Unterland wurde fortgesetzt. Verschiedene gemeindeübergreifend initiierte Kulturprojekte wurden durch die Fachstelle finanziert.

Planmässig 2022

JI 3.1d Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung

Gemeinsam mit der Stadt Zürich und Migros Kulturprozent wurde im Bereich Tanz/Theater der Aufbau einer Beratungsstelle für Produktionsleiterinnen und -leiter initiiert und finanziert mit dem Ziel der Stärkung der Tourneetätigkeiten von Zürcher Gruppen im Kanton und in der ganzen Schweiz. Die Ausrichtung von Anerkennungsbeiträgen im Bereich Kulturelle Teilhabe wurde fortgesetzt. Ein dreijähriges, gemeinsam mit den Ostschweizer Kantonen getragenes Pilotprojekt im Bereich Literatur zur besseren Vernetzung der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure wurde fortgeführt.

Planmässig 2022

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	7.6	7.9	7.6	-0.3	-3.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.5	30.7	30.7	0.0	0.0
Aufwand	-111.1	-112.2	-112.2	0.1	0.0
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich			-80.0	-80.0	0.0
- Kostenanteil Opernhaus Zürich			-4.1	-4.1	0.0
- Kreditübertragungen					

Saldo

-80.6 -81.5 -81.5 0.1 0.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-8.0	-4.1	-3.5	0.6	13.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-8.0	-4.1	-3.5	0.6	13.4

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

B19 R19 Δ abs. Begründungen

Nettoinvestitionen total

-4.1 -3.5 0.6

- Opernhaus Zürich: Projektierungskredit Vision 2030	-1.0	-0.4	0.6	- Der Kredit wurde im Rechnungsjahr nur teilweise beansprucht. Es wurde eine Kreditübertragung vorgenommen.
- Übrige	-3.1	-3.1	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018

Verwendung

Antrag Bildung 2019

Bestand 31.12.2019

Veränderung Bestand

plus Bildung 2018

2019

(verbucht 2020)

plus Bildung 2019

-31718

3115

0

-28603

3115

2241 Fachstelle Integration

Am 1. Januar des Berichtsjahres trat das revidierte Ausländer- und Integrationsgesetz in Kraft. Der Informationsbedarf zu den neuen ausländerrechtlichen Integrationsanforderungen war gross. Entsprechend intensiv war die Informations- und Schulungsarbeit. Zusammen mit dem Migrationsamt wurden Informationsanlässe und Schulungen für Behörden-, Verwaltungspersonal, migrantische Organisationen und Beratungsstellen organisiert.

Die Umsetzung des neuen gesetzlichen Auftrags zur intensivierte Integrationsförderung von geflüchteten Personen (Integrationsagenda Schweiz) ist dank zusätzlicher personeller Ressourcen auf Kurs. Im April legte der Regierungsrat das gemeinsam mit den relevanten Ämtern und den Gemeinden erarbeitete Konzept zur Integrationsagenda Zürich (IAZH) fest

(RRB Nr. 434/2019). Es sieht eine umfassende Weiterentwicklung der Integrationsförderung für geflüchtete Personen vor. Es erfolgten wichtige konzeptionelle Arbeiten in Hinblick auf die vollständige Umsetzung der IAZH ab 2021. Die vorhandenen Angebote wurden auf 1. Mai ausgebaut und von den Gemeinden stärker genutzt. Rund 3000 (Vorjahr: 2500) vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge wurden neu angemeldet und der individuelle Integrationsbedarf abgeklärt. Mehr als 800 Personen (Vorjahr: 720) wurden in Deutschkurse und 380 Personen (Vorjahr: 370) in begleitende Arbeitsintegrationsangebote triagiert. Rund 1000 Personen (Vorjahr: 470) besuchten Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme, Alphabetisierungskurse und Bildungsangebote.

Aufgaben

- A6 Prüfung der Auswirkungen von Rechtsetzung und Verwaltungstätigkeit auf die Stärkung der Chancengleichheit und Integration
- A7 Koordination der kantonalen Integrationsförderung in den und ausserhalb der Regelstrukturen
- A8 Unterstützung von kommunalen Angeboten in den Gemeinden sowie Bereitstellung von ergänzenden überkommunalen Angeboten zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung
- A9 Unterstützung der Gemeinden durch die Bereitstellung von Integrationsangeboten für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L2 Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden (Zielwert)	A8, A9	58	58	58	0	0.0
L7 Anzahl bearbeitete politische Geschäfte	A6		25	26	1	4.0
L8 Anzahl Sitzungen in Gremien	A7		54	54	0	0.0
L9 Anzahl ergänzende überkommunale Angebote des Kantons	A8		30	34	4	13.3
L10 Anzahl Integrationsangebote des Kantons für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge	A9		25	25	0	0.0
L11 Anzahl Teilnahmen aus den Gemeinden in Integrationsangeboten des Kantons	A9		2500	3000	500	20.0
B4 Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro Gemeinde	A8		78400	78400	0	-0.0
B5 Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro ergänzendes überkommunales Angebot des Kantons	A8		38300	31200	-7100	-18.5
B6 Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro kantonales Integrationsangebot	A9		620000	770000	150000	24.2
W3 Anteil der Ausländerinnen/Ausländer des Kantons, die in den Vertragsgemeinden leben (in %)	A8		85	84	-1	-1.2
W4 Anteil Gemeinden, die die kantonalen Integrationsangebote nutzen (in %)	A9		80	88	8	10.0

Bemerkungen

- L9, B5 Im Berichtsjahr wurde eine grössere Anzahl an Angeboten mit niedrigeren Beiträgen unterstützt.
- L11, Die Gemeinden nutzen die Angebote stärker als erwartet, da die Integrationsagenda sehr gut eingeführt wurde.
- B6, W4

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1a Zusätzliche Integrationsmassnahmen in den Gemeinden entwickeln und umsetzen, Integrationsförderprojekte mit Arbeitgebern verwirklichen, mit Migrantenorganisationen zusammenarbeiten, um Projekte der sozialen Integration zu realisieren

Im Berichtsjahr wurden 58 Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden und 53 mit Anbietenden von Integrationsmassnahmen unterhalten. Um die Wirkung der staatlich subventionierten Deutschkurse zu optimieren, wurde die Qualitätssicherung gemeinsam mit den Gemeinden weiterentwickelt und die Zuständigkeiten wurden geklärt.

Die Gemeinden entwickelten punktuell und in Kooperation mit der Fachstelle Integration neue Angebote in den Förderbereichen Erstinformation, Zusammenleben und Frühe Kindheit. Die Zahl der Integrationsangebote blieb insgesamt etwa gleich, die Nachfrage unverändert hoch.

Im Förderbereich Zusammenleben erfolgte im Rahmen der Stärkung des Freiwilligenengagements von Migrantinnen und Migranten eine weitere Projektausschreibung. Es wurden 23 Gesuche bewilligt für die Umsetzung 2020/2021.

Um die Mitsprachemöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in der Integrationsförderung zu stärken, wurde ein Projekt zum Aufbau repräsentativer Strukturen zur systematischen Einbindung im Begleitgremium des kantonalen Integrationsprogramms (KIP) gestartet.

Diese Arbeiten werden in der Legislaturperiode 2019–2023 im Rahmen der Massnahme RRZ 5c zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates weitergeführt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.1b Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge umsetzen

Die Strategie für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge wurde im Rahmen der Umsetzung der Integrationsagenda Zürich neu konzipiert und durch den Regierungsrat festgelegt. Diese Arbeiten werden in der Legislaturperiode 2019–2023 im Rahmen der Massnahme RRZ 5d zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates weitergeführt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.1h Information zu Migration und Integration verbessern: Öffentlichkeits- und Informationskampagne durchführen

Im Berichtsjahr wurde das Kommunikations- und Informationskonzept fertiggestellt. Die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zur Integrationsagenda war intensiv und konnte aufgrund der konzeptuellen Arbeiten systematisch aufgebaut werden. Im Mai organisierte die Fachstelle Integration einen direktionsübergreifenden Medienanlass zur Umsetzung der Integrationsagenda Zürich. Die weiteren geplanten Kommunikationsmeilensteine sind auf Kurs.

Die Bedeutung der Antidiskriminierungsarbeit für die Integration wurde in Massnahme RRZ 5f zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates in der Legislaturperiode 2019–2023 bekräftigt. Der Ausbau dieser Arbeit wird zurzeit konzeptualisiert. Zudem wird neu zusammen mit der Stadt Zürich eine Anlauf- und Beratungsstelle (ZÜRAS) für Betroffene von rassistischer bzw. ethnisch-kultureller Diskriminierung finanziert.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	10.1	10.9	11.7	0.8	7.3

Bemerkungen R19 zu B19

0.8 Aufgrund der zusätzlichen Aufgaben im Bereich der Integrationsförderung von Personen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich (Integrationsagenda) wurde der bestehende Stellenetat erhöht (RRB Nr. 434/2019).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	16.6	23.4	22.3	-1.1	-4.6
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	5.5	5.5	5.3	-0.2	-3.2
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	11.1	17.9	17.0	-0.9	-5.1
Aufwand	-19.1	-25.6	-26.0	-0.4	-1.7
- Beiträge an Gemeinden	-5.3	-5.6	-5.2	0.3	5.6
- Beiträge an andere Direktionen	-0.1	-4.1	-1.5	2.6	62.9
- Beiträge an Dritte	-11.9	-14.0	-16.9	-2.9	-21.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.5	-2.2	-3.7	-1.5	-69.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2241

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.5		Abweichungen total R19 zu B19
-0.3	RRZ 5.1b	- Höherer Personalaufwand aufgrund Aufstockung des Personals und Umwandlung von fremdfinanzier- ten Stellen (RRB Nr. 434/2019)
-0.5	A9	- Höherer Aufwand aufgrund einer Korrekturbuchung transitorisch bereits abgegrenzter Erträge, diese Erträge betreffen Bundesmittel
-0.7	A9, RRZ 5.1a, RRZ 5.1b	- Höhere Beiträge für die Sprachförderung von Asylsuchenden (RRB Nr. 434/2019)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
-34934	11779	0	-23155	11779

2251 Bezirksräte

Die Bezirksräte führten die Vorbereitung der Erneuerungswahlen der Bezirksgerichte für die Amtsdauer 2020–2026 durch, die alle mit einer stillen Wahl abgeschlossen wurden. Die Bezirksräte besuchten die Gemeinden, Zweckverbände und interkommunalen Anstalten sowie die Alters- und Pflegeheime, Invalideneinrichtungen und Spitex-Organisationen. Sie prüften die Jahresrechnungen sämtlicher Gemeinden und Zweckverbände. Bei wesentlichen Mängeln schritten die Bezirksräte aufsichtsrechtlich ein und stellten die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes sicher. Im Auftrag des Regierungsrates prüften die Bezirksräte die Gemeindebudgets 2019 auf Übereinstimmung mit § 119 des Gemeindegesetzes, wobei einige Budgets kassiert wurden. Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes blieb die Zahl der

Geschäftseingänge auf sehr hohem Niveau. Obschon die Anzahl der Rechtsmitteleingänge in allen Rechtsgebieten konstant hoch war, konnten die pendenten Geschäfte insgesamt leicht abgebaut werden. Die erneut stark angestiegene Anzahl erledigter Fälle bei den erstinstanzlichen Entscheiden und Bewilligungen war insbesondere auf die Gesuche gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland zurückzuführen. Die Zahl der Aufsichtsbeschwerden nahm aufgrund der Überprüfung der Budgets 2019 sämtlicher Gemeinden ebenfalls stark zu. Die Anzahl Weiterzüge der bezirksrätlichen Rechtsmittelentscheide war nochmals stark rückläufig und befand sich auf einem Rekordtief

Aufgaben

- A1 Der Bezirksrat ist erste Rechtsmittelinstanz für die Behandlung von Rekursen oder Beschwerden gegen Entscheide der Gemeinde oder deren Behörden einschliesslich Sozialbehörden und Schulpflegen sowie gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A2 Der Bezirksrat überwacht die Gemeindebehörden und -verwaltungen einschliesslich deren Anstalten und Zweckverbände, die gemeinnützigen privatrechtlichen Stiftungen sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitex-Organisationen.
- A3 Der Bezirksrat ist wahlleitende Behörde für Bezirkswahlen und entscheidet über Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie über die Entbindung vom Amtsgeheimnis und Entlassungen der unter seiner Aufsicht stehenden kommunalen Behörden.
- A4 Der Bezirksrat übernimmt Bezirksaufgaben, für die keine andere Behörde zuständig ist und steht den Gemeindebehörden wie auch Privaten für Auskünfte zur Verfügung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Rechtsmittel	A1	1534	1540	1549	9	0.6
L2	Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen erteilt	A4	8274	8100	8148	48	0.6
L3	Entscheide und Bewilligungen von erstinstanzlichen Rekursen oder Beschwerden erledigt	A3	556	510	730	220	43.1
L4	Jahresrechnungen, Visitationen und Revisionsberichte: beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrechts durchgeführt	A2	1673	1780	1762	-18	-1.0
L5	Visitationen: bei Heimen, Stiftungen, Spitex-Organisationen und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrechts durchgeführt	A2	974	920	967	47	5.1
L7	Pendente Geschäfte spruchreif	A1	442	500	494	-6	-1.2
L8	Pendente Geschäfte total	A1, A3	847	920	811	-109	-11.8
B1	Fristgerecht erledigte Rechtsmittel, in % (§ 27c VRG)	A1	67.62	71.8	66.81	-4.99	
W1	Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide, in %	A1	12.00	12.7	9.70	-3.00	

Bemerkungen

- L3 Die Zunahme ist auf die vorsorgliche Fallklärung durch Behörden betreffend «Lex Koller»-Erwerb von Grundstücken zurückzuführen.
- L5 Die unterschiedlichen Visitationsperioden für Heime, Spitex, Stiftungen usw. führen zu Schwankungen.
- L8 Es konnten weniger Rechtsmittel erledigt werden, da es viele komplexe Fälle mit Zwischenentscheiden gab.
- L8 Überdurchschnittlich grosser Aufwand im Zusammenhang mit aufsichtsrechtlichen Verfahren (erstinstanzlich) und Nachbearbeitungen
- B1 Die hohe Anzahl komplexer Falleingänge führte zu einer grösseren Belastung der Mitarbeitenden, mit einem grösseren Aufwand pro Fall
- W1 Durch die hohe Bearbeitungsqualität steigt das Vertrauen in die Bezirksbehörden, im Gegenzug sinkt die Inanspruchnahme der Rechtsmittel.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2251

Entwicklungsschwerpunkte

2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG)

Im Bereich der Rechtsmittelverfahren steht die speditive Behandlung der eingegangenen Rekurse und Beschwerden sowie die fortlaufend Optimierung im Vordergrund der Arbeiten.

Stand bis
 Planmässig 2022

2251 10b Konsolidieren der einheitlichen Praxis KESB

Im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes stand die Konsolidierung der Rechtsprechung im Vordergrund.

Planmässig 2022

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
39.0	39.2	39.0	-0.2	-0.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.3	1.4	1.3	-0.1	-4.8
Aufwand	-9.4	-9.6	-9.6	0.1	0.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-8.1	-8.3	-8.3	-0.0	-0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2018

plus Bildung 2018

-117882

Verwendung

2019

35758

Antrag Bildung 2019

(verbucht 2020)

0

Bestand 31.12.2019

plus Bildung 2019

-82124

Veränderung Bestand

35758

2261 Statthalterämter

2018 wurde ein externes Unternehmen beauftragt, in der Studie «Bezirksbehörden Portfolioanalyse 2018» den aktuellen personellen Mittelbedarf der Bezirksverwaltungen zu untersuchen. Hauptziele des Auftrags waren, für die Statthalterämter (und die Bezirksratskanzleien) eine Entscheidungsgrundlage zu den notwendigen personellen Ressourcen vorzulegen und Potenzial für eine zeitgemässe Optimierung und Weiterentwicklung zu identifizieren. Die im Frühjahr des Berichtsjahres abgeschlossene Studie kommt zum Schluss, dass die Bezirksbehörden aufgrund des Wachstums der Geschäftsfälle an ihre Grenzen stossen. Die Analyse zeigt aber auch das Bestehen von Verbesserungsmöglichkeiten in einigen

Bereichen der Organisationseinheiten auf, die einen Auftrag des Regierungsrates zu einer vertieften Abklärung zum Optimierungspotenzial auslösten. Die Statthalterkonferenz setzte deshalb im Rahmen des Projekts Arbeitsgruppen ein, die sich nun vertieft mit den in der ersten Analyse identifizierten Schlüsselthemen Produktivität, Verlustscheinbewirtschaftung, interne Organisation sowie Wissensmanagement und ihrem Optimierungs- und Weiterentwicklungspotenzial befassen und Lösungen erarbeiten. Die Ergebnisse werden in einem Bericht zusammengefasst und dem Regierungsrat Ende 2020 vorgelegt.

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über Polizei- und Feuerwehrewesen und bearbeiten von Rekursen, Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden in diesen Bereichen. Aufsicht über die Feuerpolizei, Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausstellen von Invalidenbegleitkarten, Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Meldungen von Brand- und Elementarschäden für kantonale Gebäudeversicherung sowie Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Straffälle	A1	66268	67900	71183	3283	4.8
L2	Rechtsmittelverfahren	A1	40	50	40	-10	-20.0
L3	Ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	1657	4000	1579	-2421	-60.5
L4	Übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A4	216	350	159	-191	-54.6
L5	Bussenbezugsmassnahmen	A1	139469	111800	139841	28041	25.1
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht, in %	A1	73.71	84	70.51	-13.49	
W1	Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen	A1	2646	2900	2525	-375	-12.9
W2	Begehren um eine gerichtliche Beurteilung von Straffällen, in % der erledigten Fälle	A1	3.99	4.3	3.55	-0.75	
W3	Pendente Straffälle Ende Jahr	A1	13008	7000	11791	4791	68.4
W4	Pendente Straffälle Ende Jahr, in % zur Geschäftslast	A1	16.41	9.1	14.21	5.11	
W5	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate; Anzahl Fälle	A1	2345	1500	3782	2282	152.1
W6	Erledigungsdauer Strafverfolgung länger als sechs Monate, in % der erledigten Fälle	A1	3.54	2.2	5.31	3.11	

Bemerkungen

- L1 Es resultierten steigende Fallzahlen im Übertretungsstrafrecht wie Strassenverkehrsgesetz, Umweltschutzgesetz, Abfallgesetz und Transportgesetz. Die Rapportierung erfolgt durch die Polizei und ist deshalb nicht beeinflussbar.
- L2 Es wurden weniger Rekurse in Polizei- und Feuerwehrangelegenheiten sowie Aufsichtsbeschwerden gegen Gemeinden verzeichnet.
- L3 Die Gültigkeitsperiode der Ausweiskarten ist auf vier Jahre ausgestellt (2017-2020), deshalb müssen in den Zwischenperioden (2019) weniger neue Ausweispapiere ausgestellt werden.
- L4 Seit Wegfall der Schadenmeldungen der Gebäudeversicherung Kanton Zürich (GVZ) sind hier nur noch Feuerwehrintspektionen und Handgelübteabnahmen (Vereidigungen) aufgeführt, da immer mehr Personen die Online-Plattform der GVZ nutzen.
- L5 Bei den Verzeigungen steigt der Falleingang, dies führt zu mehr Mahnungen wegen schlechter Zahlungsmoral, Verlustscheiden und Umwandlungen in Haft.
- B1 Wegen der sinkenden Zahlungsmoral sank der Kostendeckungsgrad.
- W1 Strafbefehle müssen wegen zunehmender Komplexität mit grösserem Untersuchungsaufwand erledigt werden, mit klarer nachvollziehbaren Entscheiden. Dies führt zu mehr Akzeptanz und zu weniger Rechtsmittelbeanspruchung durch die Betroffenen.
- W3 Der steigende Falleingang kann nur teilweise abgebaut werden, gegenüber dem Vorjahr konnten aufgrund der zusätzlichen personellen Ressourcenmöglichkeiten Pendenzen abgebaut werden.
- W5 Auf die Erledigungsdauer kann kein Einfluss ausgeübt werden, da dies von der Gerichtspraxis abhängig ist (siehe auch W3).

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2261

Entwicklungsschwerpunkte

2261 1a Planmässige Umsetzung neuer Rechtsentscheide

Massgebliche Rechtsentscheide werden regelmässig in der Statthalterkonferenz besprochen. Neue Rechtslagen fliessen laufend und umgehend in Praxisentscheide ein.

Stand bis
 Planmässig 2022

2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes

Durch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei wurde die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) optimiert, was jedoch bei den Statthalterämtern zu Ressourcenknappheit bei der Fallbearbeitung führte.

Planmässig 2022

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ
	72.2	72.5	74.9	2.4	3.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ
Ertrag	30.3	32.1	31.2	-0.9	-2.7
Aufwand	-22.3	-20.9	-23.5	-2.6	-12.5
- Kreditübertragungen					%
Saldo	8.0	11.2	7.7	-3.5	-31.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					%
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.5		Abweichungen total R19 zu B19
-0.5	A1, A5	- Höhere Personalkosten durch temporär bewilligte Resourcen
-0.9	A1, A5	- Budgeterwartungen sind nicht eingetroffen.
-2.1	A1, A5	- Abschreibungen bei Debitorverluste, tendenziell steigende Forderungsverluste wegen Nichtzahlenden
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
-317372	56511	0	-260861	56511

2270 Religionsgemeinschaften

Die anerkannten Religionsgemeinschaften leisten Jugendarbeit, bieten Sozialberatungen an und betreiben Jobbörsen, dies und vieles mehr im Dienst der gesamten Bevölkerung. Dafür erhalten sie einen finanziellen Beitrag von 50 Mio. Franken jährlich. Beitragsberechtigt sind folgende fünf Religions-

gemeinschaften: die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholische Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdische Liberale Gemeinde.

Aufgaben

A1 Begleitung Erstellung Tätigkeitsprogramme und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. Kirchengesetz

Entwicklungsschwerpunkte

2270 5a Begleitung und Evaluation Beitragsphase 2014-2019

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand	bis
Abgeschlossen	2019

2270 5b Überprüfung und allenfalls Anpassung Datengrundlagen für System der Kostenbeiträge

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen	2019
---------------	------

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand	-50.0	-50.0	-50.0	-0.0	-0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-50.0	-50.0	-50.0	-0.0	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

03

Sicherheitsdirektion

Überblick	56
Legislaturziele	56
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	57
Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)	57
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	57
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	58
Finanzierung	59
Übersicht	59
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	59
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	59
Personal- und Lohnstatistik	59
Beschäftigungsumfang	59
Lohnaufwand	59
Anstellungsverhältnisse	60
Parlamentarische Vorstösse	60
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	60
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	60
Leistungsgruppen	61
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	61
3100 Kantonspolizei	63
3200 Strassenverkehrsamt	66
3300 Migrationsamt	69
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	71
3500 Sozialamt	73
3700 Sportamt	76
3910 Sportfonds	79
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	80
3930 Schutzraumfonds	82

Überblick

Mit ihrer Arbeit trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Polizei

Der dschihadistisch motivierte Terrorismus, aber auch psychisch auffällige oder radikalisierte Gefährder, sind für die Schweiz eine Bedrohung. Im Berichtsjahr stellte die Kantonspolizei Zürich bei der Bewältigung eines Vorfalls mit einem verdächtigen Rucksack im Rahmen der Street Parade ihre Fähigkeiten mit einem schnellen Ermittlungs- und Fahndungserfolg eindrücklich unter Beweis. Die schweren Verletzungen, die eine Polizistin anlässlich einer Anhalte- und Verhaftungsaktion erlitt, zeigen auf, dass der Polizeiberuf mit grossen Gefahren verbunden ist.

Die für die Polizeiausbildung notwendige Infrastruktur konnte durch die Sanierungen bestehender Anlagen sowie durch die Erstellung von zwei neuen Ausbildungsanlagen («Trockenloo» in Regensdorf und Waffenplatz Zürich-Reppischtal) entscheidend verbessert werden.

Asylwesen

Die auf dem neuen Asylgesetz beruhende Neustrukturierung des Asylbereichs trat am 1. März des Berichtsjahres in Kraft. Zur Umsetzung ist der Bund auf zusätzliche eigene Strukturen angewiesen. Der Kanton Zürich wird dazu 870 Plätze an den Standorten Stadt Zürich, Embrach und Rümlang zur Verfügung stellen.

Am 31. Oktober des Berichtsjahres konnte die Senkung der Aufnahmequote per 1. Januar 2020 auf 0,5% (5 Asylsuchende pro 1000 Einwohnerinnen und Einwohner) kommuniziert werden. Alle Zürcher Gemeinden erfüllen diese Quote. Die Anstrengungen im Hinblick auf die tatsächliche Ausreise von Personen, welche die Schweiz verlassen müssen, bleiben gross.

Soziales

Im Rahmen der Planung der Legislatur 2019–2023 erteilte der Regierungsrat den Auftrag, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BRK) zu erarbeiten. Nach wie vor im Gange sind die Projektarbeiten für die Bearbeitung der überwiesenen Motion KR-Nr. 100/2017 betreffend Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung. Diese verlangt eine Umgestaltung der Finanzierung der Behindertenhilfe. Die Arbeiten erfolgen unter Einbezug von Betroffenen.

Die zur Minimierung der unterschiedlichen Belastungen der Familienausgleichskassen ausgearbeitete gesetzliche Grundlage für einen teilweisen Lastenausgleich zwischen den Kantonen wurde im Kantonsrat behandelt (Vorlage 5511).

Sport

Im Zentrum der Tätigkeiten des Sportamtes stand unverändert die Förderung des Jugend- und Breitensports. Dabei kommt dem Jugendsport eine wichtige Rolle bei der Integration Jugendlicher generell und von Mädchen mit Migrationshintergrund im Speziellen zu.

Im Berichtsjahr vergab Swiss Cycling die Rad-Strassen-Weltmeisterschaften 2024 nach Zürich. Für die Planung und Durchführung des Grossanlasses wurde durch Stadt und Kanton Zürich ein Trägerverein gegründet. Das Sportamt vertritt in diesem den Kanton.

Auf gutem Wege sind die Arbeiten für die Erweiterung und Anpassung des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg in Filzbach. Die Instandsetzung der Anlage sowie der Bau einer zusätzlichen Dreifachsporthalle und eines neuen Unterkunfts trakts mit zusätzlichen Betten sollen bis 2021 abgeschlossen sein.

Das Leiternachwuchsprogramm «1418coach», das mittlerweile fester Bestandteil des Ausbildungsangebots des Sportamtes ist, wurde im Berichtsjahr von rund 500 jungen Zürcherinnen und Zürchern absolviert.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 1.1	Die Kriminalität ist trotz Bevölkerungswachstums reduziert.		
RRZ 1.1a	Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren	3100	2019
RRZ 1.1b	Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern	3100	2019
RRZ 1.1c	Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten	3100	2019
RRZ 1.1d	Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen	3100	2019
RRZ 1.1e	Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktsbegehung verstärken	3100	2019

RRZ 1.2 Auf aktuelle Kriminalitätsentwicklungen wird wirksam reagiert und die Deliktahndung erfolgt rasch und konsequent.

RRZ 1.2a	Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken	3100	2019
RRZ 1.2b	Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen	3100	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
--	--	----	-----

DS 1.1 Verkehrssicherheit weiter erhöhen

DS 1.1b	Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen	3200	2019
DS 1.1c	Redesign der Geschäftsapplikation Viacar	3200	2022
DS 1.1d	Totalrevision und Umsetzung der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) des Bundes (Projekt «OPERA-3»)	3200	2020

DS 1.2 Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen

DS 1.2a	Umsetzung des geänderten Bundesrechts	3300	2019
DS 1.2b	Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden	3300	2019
DS 1.2c	Bundesprojekt «PA19»: Neuer Ausländerausweis für EU-/EFTA-Staatsangehörige	3300	2019

DS 1.3 Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren

DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2019
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2019
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2019
DS 1.3d	Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen	3400	2019

Kultur und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
--	--	----	-----

DS 3.1 Erhöhung des Anteils von Kindern (insbesondere von Mädchen), die sportlich aktiv sind, und des Anteils Erwachsener, die sich regelmässig sportlich betätigen

DS 3.1c	Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können	3700	2019
DS 3.1d	Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken	3700	2019
DS 3.1e	Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen zur verstärkten Unterstützung von Zürcher Sportvereinen und -verbänden	3700	2023

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
--	--	----	-----

RRZ 5.1 Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.

RRZ 5.1g	Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien	3700	2019
----------	---	------	------

RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.

RRZ 5.2a	Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren	3500	2019
RRZ 5.2b	Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten	3500	2019
RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	3500	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

3000

2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG

bis

DS 10.1 Kundenorientierte Ausstellung von Ausweisen und Bewilligungen

DS 10.1a Prozessoptimierungen mithilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PUM)

3300

2019

DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojekts zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte

3000

2020

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 151.5	1 143.5	1 161.4	17.9	1.6
Aufwand	-2 265.4	-2 275.7	-2 289.0	-13.3	-0.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1 113.9	-1 132.2	-1 127.6	4.6	0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.7	1.2	1.1	-0.1	-7.5
Ausgaben	-68.1	-79.9	-51.8	28.1	35.2
- Kreditübertragungen		-5.9			
Saldo	-60.5	-78.7	-50.7	28.0	35.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
4.6		Abweichungen total R19 zu B19
3.7		- Vor allem höhere Rückerstattungen des Bundes beim Sozialamt (+1.9 Mio. Franken), Mehrertrag Wehrpflichtersatz beim Amt für Militär und Zivilschutz (+0.9 Mio. Franken) sowie geringerer Personal- und Sachaufwand beim Strassenverkehrsamt (+0.9 Mio. Franken)
0.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-50.7			
- Investitionsbeiträge an soziale Einrichtungen	-19.0			
- ICT (Hard- und Software sowie Kommunikationsmittel, u.a. Funknetz «Polycom»)	-16.4			
- Weitere Sachinvestitionen der Kantonspolizei	-4.7			
- Fondsfinanziertes für Erweiterung und Anpassungen des Sportzentrums Kerenzberg (Projekt «Silhouette»)	-7.5			
- Übrige	-3.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	4 467.4	4 566.8	4 513.1	-53.6	-1.2
Δ abs.	LG	Begründungen			
-53.6		Abweichungen total R19 zu B19			
-4.7	3400	- Amt für Militär und Zivilschutz: geringerer Beschäftigungsumfang, u.a. infolge vorübergehend vakanter Stellen			
-8.6	3000	- Passbüro: Verzicht auf Personalrekrutierung infolge geringerer Anzahl Ausweisgeschäfte			
-10.0	3200	- Strassenverkehrsamt: geringerer Beschäftigungsumfang infolge vorübergehend unbesetzter Stellen, insbesondere Verkehrsexpertinnen und -experten			
-32.9	3100	- Kantonspolizei: vor allem weniger Sicherheitsbeauftragte am Flughafen als geplant			
2.6		- Übrige Abweichungen			

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugaufgaben und Rekursabteilung	8 069	8 057	7 834	-223	-2.8
3100 Kantonspolizei	367 300	374 239	376 700	2 461	0.7
3200 Strassenverkehrsamt	36 450	38 290	37 016	-1 274	-3.3
3300 Migrationsamt	13 869	14 685	14 546	-139	-0.9
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	13 131	13 366	13 039	-327	-2.4
3500 Sozialamt	18 994	19 286	18 400	-886	-4.6
3700 Sportamt	1 564	1 459	1 595	136	9.3
3910 Sportfonds				0	
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht				0	
3930 Schutzraumfonds				0	
Total	459 377	469 382	469 130		

Sicherheitsdirektion
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	75	51	24	44	31
3100	Kantonspolizei	3956	1332	2624	2924	1032
3200	Strassenverkehrsamt	424	161	263	352	72
3300	Migrationsamt	182	119	63	142	40
3400	Amt für Militär und Zivilschutz	144	44	100	113	31
3500	Sozialamt	234	137	97	86	148
3700	Sportamt	21	13	8	5	16
3910	Sportfonds	0	0	0	0	0
3920	Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht	0	0	0	0	0
3930	Schutzraumfonds	0	0	0	0	0
	Total	5036	1857	3179	3666	1370

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
46/2016	Gleicher Schutz für alle Stalking-Opfer (Motion Michael Biber, Bachenbülach, Yvonne Bürgin, Rüti, und Davide Loss, Adliswil)	Vorlage 5528 vom 20.03.2019	03.04.2017
58/2016	Weitergabe von Informationen sowie Übernahme von Auflagen, Weisungen und Sanktionen in der Sozialhilfe bei Wohnortwechseln (Motion Stefan Schmid, Niederglatt, Linda Camenisch, Wallisellen, und Rico Brazerol, Horgen)	Vorlage 5534 vom 03.04.2019	03.04.2017
297/2016	Mehr Sicherheit, Umweltschutz und Markt im Strassenverkehr durch Selbstkontrolle der Branche (Motion Barbara Schaffner, Otelfingen, Christian Müller, Steinmaur, und Orlando Wyss, Dübendorf)	Vorlage 5526 vom 13.03.2019	12.03.2018
	– Bei Polizeimeldungen sind die Nationalitäten anzugeben (kantonale Volksinitiative)	Vorlage 5543 vom 17.04.2019	23.05.2018
	– Mehr Geld für Familien (kantonale Volksinitiative)	Vorlage 5587 vom 10.12.2019	28.03.2019

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
100/2017	Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung (Motion Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen, Daniel Frei, Niederhasli, und Markus Schaaf, Zell)	25.06.2018
381/2018	Bekämpfung von Kinderarmut im Kanton Zürich (Postulat Sibylle Marti, Zürich, Lorenz Schmid, Männedorf, und Daniel Häuptli, Zürich)	18.03.2019
151/2019	Weiterbildungen für den Umgang mit LGBTI-feindlichen Aggressionen (Postulat Hannah Pfalzgraf, Mettmenstetten, Leandra Columberg, Dübendorf, und Laura Huonker, Zürich)	02.12.2019

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat als Direktionsstab, die Zentralen Vollzugsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung. Für das Generalsekretariat standen die Unterstützung des Direktionsvorstehers im gesamten Aufgabenbereich der Direktion und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Amtsstellen im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Amtsstellen unter Federführung des Generalsekretariats. Das Generalsekretariat vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittprojekten, vor allem

in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Die Zahl der durch das Passbüro bearbeiteten Ausweisgeschäfte ist gegenüber dem Rückgang in den Vorjahren im Berichtsjahr erstmals wieder leicht angestiegen (Zehn-Jahres-Zyklus der Passerneuerung).

Die Rekursabteilung behandelt im Auftrag des Sicherheitsdirektors Rekurse gegen Verfügungen der Amtsstellen. Im Vordergrund stehen Verfügungen im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Die Zahl der erledigten Rekurse liegt im Berichtsjahr leicht über derjenigen des Vorjahres.

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Amtsstellen. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Lotterien, Unterschriftenbeglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	97	100	102	2	2.0
L2	Gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Lotterien	A5	540	500	583	83	16.6
L3	Beglaubigungen	A5	33749	33000	34866	1866	5.7
L4	Geeichte/geprüfte Messmittel	A5	13111	13000	13747	747	5.7
L5	Statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	1476	1100	2091	991	90.1
L6	Ausweisgeschäfte	A6	202786	220000	203338	-16662	-7.6
L7	Erledigte Rekurse	A7	962	900	967	67	7.4
B1	Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion, in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.5	0.5	0.5	0.0	
B2	Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion, in %	A2	0.3	0.6	0.4	-0.2	
W3	Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen, in %	A1, A2, A3, A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Höhere Anzahl gewerbepolizeilicher Bewilligungen infolge Erteilung von Betriebsbewilligungen für Sicherheitsunternehmen
- L5 Höhere Anzahl statistisch geprüfter Fertigpackungs-Lose
- L6 Geringere Anzahl Ausweisgeschäfte aufgrund zehnjähriger Gültigkeitsdauer, leichter Anstieg gegenüber Vorjahr

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand bis
Abgeschlossen 2019

DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojekts zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte

Bei den Projekten «Erneuerung Pass» und «Erneuerung Identitätskarte» haben sich beim Bund gegenüber der ursprünglichen Planung Verzögerungen ergeben. Die Einführung der neuen Passfamilie ist für Frühjahr 2021 vorgesehen, die neue Identitätskarte wird nach heutigem Planungsstand Ende 2021 vorliegen.

Verzögert 2020

Sicherheitsdirektion
Leistungsgruppe 3000

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
---------------------------------	-----	-----	-----	--------	-----

66.9	71.8	63.2	-8.6	-12.0
------	------	------	------	-------

Bemerkungen R19 zu B19

-8.6 Verzicht auf Personalrekrutierung infolge geringerer Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
-----------------------------------	-----	-----	-----	--------	-----

Ertrag	8.2	9.1	8.1	-1.0	-11.1
--------	-----	-----	-----	------	-------

Aufwand	-13.5	-14.0	-13.1	0.9	6.5
---------	-------	-------	-------	-----	-----

- Kreditübertragungen

Saldo	-5.3	-4.9	-5.0	-0.1	-2.2
--------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
--	-----	-----	-----	--------	-----

Einnahmen					
-----------	--	--	--	--	--

Ausgaben		-0.1		0.1	100.0
----------	--	------	--	-----	-------

- Kreditübertragungen

Saldo		-0.1		0.1	100.0
--------------	--	-------------	--	------------	--------------

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-0.1 Abweichungen total R19 zu B19

-0.1 A6 - Minderertrag infolge geringerer Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro als budgetiert

0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
--	-----	-----	--------	--------------

Nettoinvestitionen total	-0.1	0.0	0.1	
---------------------------------	-------------	------------	------------	--

- Passbüro: insbesondere schweizweiter Ersatz der Biometrieerfassungsstationen (Bundessystem) - Projektverzögerung (gemäss Ablaufplan des Bundes)

- Übrige	0.0	0.0	0.0	
----------	-----	-----	-----	--

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-14951	14951	0	0	14951

3100 Kantonspolizei

Die Kantonspolizei Zürich handelt vorausschauend. Dies bedeutet, bei Anzeichen von Gewalt einzuschreiten und Schwache zu schützen, psychisch auffällige oder radikalisierte Gefährder zu stoppen, organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität zu bekämpfen sowie Gefahren im Verkehr zu reduzieren und gegen Raser vorzugehen.

Diese Zielsetzungen waren im polizeilichen Alltag sichtbar. So waren beispielsweise am Rand der Street Parade zahlreiche polizeiliche Massnahmen rund um einen verdächtigen Rucksack nötig, um unter hohem Zeitdruck konkrete Ermittlungs- und Fahndungserfolge zu erzielen. Die Tatsache, dass Mitte

Oktober des Berichtsjahres eine Polizistin bei einer erfolgreichen Anhalte- und Verhaftungsaktion schwer verletzt wurde, zeigt, dass die konsequente Auftragserfüllung bei der Kantonspolizei grosse Risiken birgt.

Wichtige Projekte im Logistikbereich wurden im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen: Nahezu alle Mitarbeitenden konnten mit der neuen Arbeitsuniform und modernsten IT-Arbeitsplätzen ausgerüstet werden. Zudem wurden mehrere Stützpunkte und Polizeiposten saniert oder Neubauten bezogen. Dazu zählen zwei neue Ausbildungsanlagen («Trockenlo» in Regensdorf und Waffenplatz Zürich-Reppischtal).

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen)	A1	277	300	260	-40	-13.3
L2	Aktivitäten Kinder-/Jugendinstruktion (Unterricht, Aktionen)	A2	9514	9000	9061	61	0.7
L3	Notrufe	A5	186887	170000	198954	28954	17.0
L4	Interventionen über Einsatzzentralen	A1	114038	110000	115165	5165	4.7
L5	Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	9629	9000	9528	528	5.9
L6	Ordnungsdienst-Stunden	A3	37329	36000	29598	-6402	-17.8
L7	Geschwindigkeitskontrollen	A1	2016	2500	2006	-494	-19.8
L8	Erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	104031	105000	104093	-907	-0.9
L9	Erfasste Straftatenverdächtige StGB/BetmG	A4	22722	22500	22666	166	0.7
L10	Ordnungsbussen	A1	25607	25000	23268	-1732	-6.9
L11	Arrestanteneingänge	A4	11105	11500	10725	-775	-6.7
L12	Arrestantentransporte	A4	34988	40000	36044	-3956	-9.9
L13	Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	234297	240000	250688	10688	4.5
L14	Sicherheitskontrollierte Passagiere, in Mio.	A3	15.5	14.5	15.8	1.3	9.0
L15	Sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	A3	68379	65000	61871	-3129	-4.8
L16	Ausschaffungen auf dem Luftweg	A1	4528	5000	4338	-662	-13.2
L17	Grenzkontrollierte Passagiere durch Flughafenpolizei, in Mio.	A6	11.7	12.2	12.1	-0.1	-0.8
B1	Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung, in %		1.5	0	0.1	0.1	
B2	Interventionen pro Korpsangehörige/r	A1	63	60	64	4	6.7
W1	Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung, in %	A1	98	90	94	4	
W2	Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen, in Min.	A1	15	18	15	-3	-16.7
W3	Anteil Interventionszeit über 30 Min., in %	A1	9	9	9.5	0.5	
W4	Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG), in %	A4	45	43	44	1	
W5	Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben), in %	A4	82	84	82	-2	

Bemerkungen

- L3 Anstieg der Anzahl Notrufe auf Einsatzzentralen, u.a. aufgrund der Bevölkerungsentwicklung und veränderten Meldeverhaltens
- L6 Abnahme der Anzahl Ordnungsdienststunden aufgrund geringeren Bedarfs an Ordnungsdienstaufgeboten
- L15 Weniger sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck wegen verbesserter Beachtung der Vorschriften (u.a. bezüglich des Transports von Batterien, Akkus usw.)
- B2 Mehr Interventionen pro Korpsangehörige und Korpsangehörigen aufgrund der gestiegenen Anzahl Interventionen über Einsatzzentralen
- W2 Senkung der durchschnittlichen Interventionszeiten bei Notrufen aufgrund der verstärkten Patrouillientätigkeit

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 1.1a Auf kurzfristige Kriminalitätsschwerpunkte mit gezielten Aktionen reagieren		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 1.1b Gewaltorientierte Straftaten mit Präventionskonzepten und frühzeitiger Intervention verringern		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 1.1c Früherkennung und Bekämpfung der Entwicklung junger Menschen zur Bereitschaft für Straftaten		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 1.1d Vermögenskriminalität mit innovativen Methoden präventiv und repressiv bekämpfen		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 1.1e Früherkennung und Bekämpfung neuer Entwicklungen bandenmässiger Deliktsbegehung verstärken		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 1.2a Bekämpfung der Internetkriminalität verstärken		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 1.2b Die festgelegten Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung umsetzen		
Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3521.0	3597.8	3564.9	-32.9	-0.9

Bemerkungen R19 zu B19

-32.9 Vor allem weniger Sicherheitsbeauftragte am Flughafen als geplant

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	181.6	186.4	189.2	2.7	1.5
Aufwand	-579.2	-599.9	-602.4	-2.5	-0.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-397.6	-413.5	-413.2	0.3	0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	4.1	0.1	0.0	-0.1	-57.2
Ausgaben	-35.5	-39.2	-21.1	18.1	46.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-31.4	-39.1	-21.1	18.0	46.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	A1, A2, A3, A4, A5	- Geringerer Sachaufwand
0.0		- Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion
Leistungsgruppe 3100

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-39.1	-21.1	18.0	
- ICT (Hard- und Software sowie Kommunikationsmittel, u.a. Funknetz «Polycom»)	-25.3	-16.4	8.9	- Minderausgaben aufgrund von verzögerten ICT-Projekten
- Weitere Sachinvestitionen	-5.6	-4.7	0.9	- Projektverzögerungen
- Übrige	-8.2	-0.0	8.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -1593000	Verwendung 2019 115500	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -1477500	Veränderung Bestand 115500
---	------------------------------	---	---	-------------------------------

3200 Strassenverkehrsamt

Der Fahrzeugbestand im Kanton hat gegenüber dem Vorjahr von 980'528 auf 987'378 Fahrzeuge zugenommen. Der Anteil an Personenwagen beläuft sich auf 723'462, wobei 6'481 mit einem rein elektrischen Antrieb ausgerüstet sind. Der Bestand an E-Fahrzeugen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2'041 Einheiten erhöht. Zum eigenen Fahrzeugbestand des Strassenverkehrsamtes gehören neu zwei Wasserstofffahrzeuge. Sie werden als Dienstfahrzeuge der Regierung eingesetzt. Bereits 25% der eigenen Fahrzeuge des Strassenverkehrsamtes sind mit alternativen Antrieben (Wasserstoff, Elektro, Hybrid) ausgestattet.

Für eine neue Strassenverkehrsamtsanwendung wurde im Berichtsjahr eine Submission durchgeführt. Der Zuschlag für

die neue Informatiklösung wurde durch den Regierungsrat erteilt.

Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie des Regierungsrates konnte ein «Voice-Bot» (Sprachroboter für telefonische Anfragen) mit Erfolg getestet werden. Der Roboter versteht Dialekt und gebrochenes Deutsch. Er ermöglicht es, dass einfache allgemeine Fragen rund um die Uhr ohne Wartezeiten beantwortet werden können. Dies verschafft den Mitarbeitenden mehr Zeit, komplexere Fälle zu beantworten. Ferner wurden Tests mit «Chat-Bot» (textbasierte Dialogerkennung) sowie weiteren Automatisierungen durchgeführt. Die alle zwei Jahre durchgeführte Mitarbeitendenumfrage ergab ein sehr gutes Ergebnis.

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkerninnen und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungsstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasserfahrzeuge)	A1	28601	30000	29306	-694	-2.3
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasserfahrzeuge)	A1	32421	30000	34767	4767	15.9
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasserfahrzeuge)	A2	298399	330000	295952	-34048	-10.3
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	448	500	466	-34	-6.8
L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	833730	840000	841081	1081	0.1
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führer-Zulassung)	A3	478548	490000	487076	-2924	-0.6
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	50332	52000	58010	6010	11.6
L8	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	102546	105000	87225	-17775	-16.9
L9	Erstellte Rechnungen, in Mio.	A5	1.82	1.88	1.81	-0.07	-3.72
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	235861	260000	248167	-11833	-4.6
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	101553	100000	90519	-9481	-9.5
L12	Chauffeurfahrten		1248	1500	1136	-364	-24.3
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeiter/innen		5629	6000	5185	-815	-13.6
B1	Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasserfahrzeuge)	A1	429	460	468	8	1.7
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasserfahrzeuge)	A2	2095	2300	2164	-136	-5.9
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	7359	7500	7384	-116	-1.5
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	4224	4600	4276	-324	-7.0
B5	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiter/in	A4	1875	1900	1611	-289	-15.2
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	8353	8500	7359	-1141	-13.4
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 3-5 Jahre)				gut		

Bemerkungen

- L8 Weniger administrativrechtliche Anordnungen (inkl. Verkehrsmedizin), da Autolenkerinnen und -lenker neu erst nach Vollendung des 75. Altersjahres zur Kontrolle aufgeboten werden
- B5 Weniger administrativrechtliche Anordnungen (inkl. Verkehrsmedizin) pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter, da Autolenkerinnen und -lenker neu erst nach Vollendung des 75. Altersjahres zur Kontrolle aufgeboten werden
- B6 Weniger beantwortete Anfragen (Rechnungswesen) pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter, u.a. infolge Testeinsatzes eines Sprachroboters («Voice-Bot»)
- W1 Die nächste Kundenzufriedenheits-Umfrage wird 2020 durchgeführt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.1b Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen

Einzelne Massnahmen aus dem Verkehrssicherheitspaket «Via sicura» werden gemäss Bundesamt für Strassen (ASTRA) erst auf 2020 in Kraft gesetzt. Verzögert 2019

DS 1.1c Redesign der Geschäftsapplikation Viacar

Gemäss den geltenden rechtlichen Bestimmungen und der einschlägigen Rechtsprechung wurde im Berichtsjahr ein Submissionsverfahren durchgeführt. Infolge einer Beschwerde, der die aufschiebende Wirkung gewährt wurde, verzögert sich die Einführung der neuen Geschäftsapplikation. Verzögert 2022

DS 1.1d Totalrevision und Umsetzung der Verkehrszulassungsverordnung (VZV) des Bundes (Projekt «OPERA-3»)

Die vom Bundesrat beschlossene Änderung der Verkehrszulassungsverordnung wird laufend umgesetzt. 2021 sind einige Neuerungen geplant, weshalb das Projekt weitergeführt wird. Verzögert 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	395.0	405.5	395.5	-10.0	-2.5

Bemerkungen R19 zu B19

- 10.0 Geringerer Beschäftigungsumfang infolge vorübergehend unbesetzter Stellen, insbesondere Verkehrsexpertinnen und -experten

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	415.8	428.9	422.5	-6.4	-1.5
- Verkehrsabgaben	326.9	335.0	331.8	-3.2	-1.0
Aufwand	-397.8	-410.9	-403.5	7.4	1.8
- Übertrag an Strassenfonds	-325.1	-334.0	-330.2	3.8	1.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	18.0	18.0	18.9	0.9	5.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ausgaben	-3.5	-2.1	-0.8	1.3	63.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.5	-2.1	-0.8	1.3	63.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R19 zu B19
0.9		- Geringerer Personal- und Sachaufwand
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.1	-0.8	1.3	
- Anschaffungen von Mobilien; technischen Geräten, Fahrzeugen sowie Hard- und Software	-2.1	-0.8	1.3	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerungen und Verschiebung von Ersatzbeschaffungen
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -217951	Verwendung 2019 101881	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) -200000	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -316070	Veränderung Bestand -98119
--	------------------------------	---	--	-------------------------------

Bemerkungen

Die erneute Zunahme des Fahrzeugbestandes sowie verschiedener Projektarbeiten, u.a. betreffend Digitalisierung, erforderten einen Mehreinsatz des Personals in sämtlichen Geschäftsbereichen des Strassenverkehrsamtes.

3300 Migrationsamt

Der Bestand der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung (Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung) ist im Berichtsjahr auf 408624 Personen angestiegen (+8735 Personen bzw. +2,2%). Im Vergleich zu den Jahren 2017 und 2018 näherte sich der Zuwachs im Kanton wieder dem Zehn-Jahres-Durchschnitt von 2,5% an, während der gesamtschweizerische Zuwachs bei 1,7% lag.

Im Berichtsjahr wurden in der Schweiz 14269 Asylgesuche eingereicht. Damit nahm die Zahl der Asylgesuche im Vergleich zum Vorjahr erneut ab (6,5%). Die Schutzquote (Asylgewährung oder vorläufige Aufnahme) war mit knapp über 59% ähnlich hoch wie im Vorjahr. Ende November des Berichtsjahres hielten sich 8424 vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Zürich auf.

Am 1. Januar trat die Revision des Ausländergesetzes (neu Ausländer- und Integrationsgesetz) in Kraft. Das Migrationsamt führte zu diesen Gesetzesänderungen zahlreiche Informationsveranstaltungen für Behörden durch. Gefordert war das Migrationsamt auch durch die am 1. März in Kraft getretene Revision des Asylgesetzes. Der Kanton Zürich bildet eine von sechs Asylregionen der Schweiz.

Das Migrationsamt führt ab dem 1. Februar 2020 für EU-/EFTA-Staatsangehörige und für Grenzgängerinnen und Grenzgänger den neuen Ausländerausweis AA19 in Kreditkartenformat ein. Diese Umstellung erforderte im Berichtsjahr erhebliche Vorarbeiten.

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u.a.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche)
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Einreisegesuche	A1	13133	16000	13104	-2896	-18.1
L2	Visageschäfte/Schaltevorsprachen	A1	45550	50000	46616	-3384	-6.8
L3	Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1	164315	150000	166909	16909	11.3
L4	Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit	A1	7887	9000	4587	-4413	-49.0
L5	Massnahmen gegen ausländische Personen	A3	11461	8000	10450	2450	30.6
L6	Hafttage abgewiesener Asylsuchender	A2	18351	20000	17362	-2638	-13.2
L7	Beantwortete telefonische Anfragen (Durchschnitt pro Tag)	A1	588	600	629	29	4.8
L8	Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige	A1	78783	72000	81566	9566	13.3
B1	Saldo pro Bewilligung, in Fr. (Berechnung auf Teilkostenbasis)	A1	3	0	3	3	
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall, in Tagen	A1	1	2	1	-1	-50.0
W2	Anteil der gutgeheissenen Rekurse, in %	A1	15	13	19	6	

Bemerkungen

- L4 Weniger Gesuche betreffend Erwerbstätigkeit infolge Verfahrensänderung des Bundes für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge seit 1. Januar 2019 (Vollzug neu im Meldeverfahren statt als Gesuch aufgrund des Ausländer- und Integrationsgesetzes [AIG])
- L5 Höhere Anzahl Massnahmen gegen ausländische Personen, u.a. mehr Wegweisungsverfügungen und Zwangsmassnahmen, als geplant
- L8 Mehr Ausländerausweise für Drittstaatsangehörige wegen der Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung sowie der Gültigkeitsdauer des Ausländerausweises
- B1 Positiver Saldo pro Bewilligung wegen hoher Gesuchszahlen und Effizienzsteigerung durch Digitalisierung
- B2 Geringere mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall wegen Prozessoptimierungen mit Informatikmitteln

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.2a Umsetzung des geänderten Bundesrechts

Am 1. Januar des Berichtsjahres traten die Änderung des Ausländergesetzes (neu Ausländer- und Integrationsgesetz) und am 1. März die Änderung des Asylgesetzes in Kraft. Die Umsetzung der beiden grossen Gesetzesrevisionen gelang problemlos.

DS 1.2b Förderung des elektronischen Datenaustauschs mit unseren Partnerbehörden

Seit 1. Juli des Berichtsjahres können Durchführungsstellen von Ergänzungs- und Zusatzleistungen ihre Meldungen an das Migrationsamt medienbruchfrei übermitteln. Zudem konnte der elektronische Datenaustausch mit den Gemeinden auf weitere Gemeinden ausgeweitet werden.

DS 1.2c Bundesprojekt «PA19»: Neuer Ausländerausweis für EU-/EFTA-Staatsangehörige

Die Einführung des neuen Ausländerausweises wurde wegen Verzögerungen seitens des Bundes auf den 1. Februar 2020 verschoben. Verzögert 2019

DS 10.1a Prozessoptimierungen mithilfe des Prozessunterstützungs- und Monitoringsystems (PUM)

Mit der Prozessoptimierung «digitale Meldung des Bezugs von Ergänzungsleistungen» konnte im Berichtsjahr eine weitere Effizienzsteigerung erreicht werden. Um künftige Optimierungsmassnahmen umsetzen zu können, wird das Prozessunterstützungs- und Monitoringsystem 2020 einem Systemupdate unterzogen. Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	156.3	162.0	162.8	0.8	0.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	17.7	17.7	17.5	-0.2	-1.0
Aufwand	-27.8	-29.5	-28.6	0.9	2.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-10.1	-11.8	-11.1	0.7	5.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.3	-0.0	0.3	96.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.3	-0.0	0.3	96.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R19 zu B19
0.3		- Weniger Personal- und Sachaufwand insbesondere aufgrund von Projektverzögerungen im Bundesprojekt «neuer Ausländerausweis für EU-/EFTA-Staatsangehörige»
0.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	-0.0	0.3	
- Software-Update für Prozessunterstützungs- und Monitoring-System	-0.3			- Projektverzögerung
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018		Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018		2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-81 652		60 144	-60 000	-81 508	144

Bemerkungen

Die Zunahme des Ausländerbestandes führte erneut zu einer höheren Geschäftslast, die u.a. dank Prozessoptimierungen bewältigt werden konnte.

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet die Dienstpflichtigen vom Anfang der Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung. So informierte die Militärverwaltung an Orientierungstagen gegen 6000 Stellungspflichtige über die Möglichkeiten der Dienstleistungen und entliess im Gegenzug fast 2000 Angehörige der Armee feierlich aus der Militärdienstpflicht. In Zusammenarbeit mit der Kantonalen Offiziersgesellschaft wurden die neu brevetierten Leutnants an einem besonderen Anlass begrüsst.

Der Zivilschutz bildete in einer elftägigen Grundausbildung rund 1300 Stabsassistenten, Unterstützer (Pioniere), Betreuer, Material- und Anlagewarte aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader und Spezialisten der 39 Zivilschutzorganisationen (ZSO) durch. Das Ausbildungszentrum Andelfingen, ausgerüstet mit moderner Infrastruktur zur Schulung von

Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei, war gut belegt. Im Rahmen von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft und bei Katastrophen- und Notlagen wurden rund 9000 Einsatztage geleistet.

Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) im kantonalen Zeughaus wurden von fast 8000 Armeeingehörigen in Anspruch genommen.

Dank der Infanterie-Durchdienerschulen und der Militärakademie an der ETH Zürich war der Waffenplatz Zürich-Reppischtal mit seinen Schiess- und Ausbildungsplätzen erneut gut ausgelastet.

Auf hohem Stand bleiben die Einnahmen der Wehrpflichtersatzverwaltung, die über 48000 Ersatzpflichtige veranlagte. Dies wirkt sich für den Kanton positiv aus, da ihm 20% der Einnahmen als Bezugsprovision zufallen.

Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeingehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Geschäftsfälle im Kontrollwesen (Mutationen, Gesuche)	A1	37249	33000	44389	11389	34.5
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeingehörige	A1	9566	8500	7495	-1005	-11.8
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes	A2	8978	9500	7799	-1701	-17.9
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal	A3	167000	177000	156000	-21000	-11.9
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren	A4	4500	4000	4000	0	0.0
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes	A5	41027	40000	40351	351	0.9
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer an Orientierungstagen und Entlassungen, in Fr.	A1	44.8	41	51.3	10.3	25.1
B2	Aufwand pro Geschäftsfall im Kontrollwesen, in Std.	A1	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen, in %	A2	80	80	77	-3	-3.8
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten, in Std.	A2	3	3	3	0	0.0
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal, in Fr.	A3	50	50	51	1	2.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen, in %	A1	97	94	93	-1	
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben, in %	A2	100	90	100	10	
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses, in %	A4	90	90	90	0	

Bemerkungen

- L1 Zunahme der Anzahl bearbeiteter Geschäftsfälle im Kontrollwesen (Mutationen, Gesuche) infolge zusätzlicher Mutationen bei den 30- bis 37-jährigen Militärdienstpflichtigen wegen des neu eingeführten flexiblen RS-Starts ab 1. Januar 2018 (Dauer Militärdienstpflicht: längstens bis zum 37. Alterjahr)
- L2 Abnahme der Anzahl informierter Stellungspflichtiger und entlassener Armeeingehöriger als Folge der Bestandesabnahme im Rahmen der Weiterentwicklung der Armee (WEA)
- L3 Weniger durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes aufgrund abnehmender Nachfrage von Zivilschutzorganisationen für Ausbildungsplätze (insbesondere Kader, Spezialistinnen und Spezialisten)
- B1 Höhere durchschnittliche Kosten pro Teilnehmerin und Teilnehmer an Orientierungstagen und Entlassungen wegen Reduktion der Anzahl Teilnehmenden bei gleichbleibendem Fixkostenanteil

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern		
Die Trennung von allgemeiner Grundausbildung und Fachgrundausbildung steigerte die Ausbildungs-effizienz und verbesserte die Planungssicherheit für die Kurse.	Abgeschlossen	2019
DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen		
Als Grundlage für eine gezielte Verbesserung in den Zivilschutzorganisationen fanden regelmässig Inspektionsübungen statt.	Abgeschlossen	2019
DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen		
Mit gemeinsamen Kommandantenkursen Feuerwehr/Zivilschutz wurde die Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen gefördert.	Abgeschlossen	2019
DS 1.3d Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen		
Kombinierte Einsatzübungen in der Offiziersausbildung dienten der Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen.	Abgeschlossen	2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	130.3	133.5	128.7	-4.7	-3.5

Bemerkungen R19 zu B19

-4.7 Geringerer Beschäftigungsumfang, u.a. infolge vorübergehend vakanter Stellen

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	28.7	27.6	28.1	0.5	1.9
Aufwand	-39.6	-40.6	-40.2	0.4	1.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-11.0	-12.9	-12.0	0.9	7.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	1.1	1.1	1.1	-0.0	-3.1
Ausgaben	-3.6	-2.0	-2.0	0.1	4.1
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-2.5	-0.9	-0.9	0.0	5.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R19 zu B19
0.6	A5	- Mehrertrag Wehrpflichtersatz
0.3		- Übrige Abweichungen

3500 Sozialamt

Per 1. März des Berichtsjahres wurden die Dienstleistungsaufträge für die Unterbringung und Unterstützung der Asylsuchenden in der ersten Phase an die Betreiber der Unterkünfte erteilt. Dabei wurden Verbesserungen hinsichtlich Konzeptionen und Konditionen realisiert. Im Rahmen der Resetlement-Programme des Bundes nahm der Kanton bis Ende des Berichtsjahres rund 220 Flüchtlinge auf. Mit der Fachstelle Integration und den Gemeinden wurde das Konzept für die Integrationsagenda erarbeitet, das den frühzeitigen Beginn des Integrationsprozesses in den kantonalen Durchgangszentren umfasst. Die Umsetzungsarbeiten wurden Mitte des Berichtsjahres gestartet.

Im Bereich der Zusatzleistungen wurden die technischen Vorbereitungsarbeiten für die Reform der Ergänzungsleistungen

initialisiert. Die gesetzliche Grundlage für einen teilweisen Lastenausgleich zur Minimierung der unterschiedlichen Belastungen der Familienausgleichskassen wurde im Kantonsrat behandelt (Vorlage 5511).

In Zusammenarbeit mit der Behindertenkonferenz Kanton Zürich wurde ein Impulstag zur UNO-Behindertenrechtskonvention durchgeführt. Der Regierungsrat erteilte in der Folge im Rahmen der Legislaturplanung Mitte des Berichtsjahres den Auftrag, einen Aktionsplan für die Umsetzung der Konvention zu erarbeiten. Mit Betroffenen fanden Projektarbeiten statt, die zur Erfüllung der mit Motion KR-Nr. 100/2017 betreffend Selbstbestimmung ermöglichen durch Subjektfinanzierung gestellten Forderungen beitragen sollen.

Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengutsprachegesuchen von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekosten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergütung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von Sozialen Einrichtungen für Erwachsene

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützungsanzeigen im Bereich öffentliche Sozialhilfe	A1	4876	5100	2717	-2383	-46.7
L2	Vom Bund zugewiesene Asylsuchende	A2	1395	1900	1168	-732	-38.5
L3	Fürsorgeabhängige Asylsuchende im Kanton Zürich	A2	2747	2100	1656	-444	-21.1
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung	A5	10019	10200	10193	-7	-0.1
L5	Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	49654	49500	50118	618	1.2
L6	Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	4435	4500	4616	116	2.6
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte, in %	A2	90	90	87	-3	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen, in %	A5	95	96	95	-1	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	1089	1068.4	1082.2	13.8	1.3

Bemerkungen

- L1 Weniger Unterstützungsanzeigen im Bereich öffentliche Sozialhilfe aufgrund des Wechsels der vorläufig Aufgenommenen von der öffentlichen Sozialhilfe zur Asylfürsorge. Zudem war die Zuwanderung im Flüchtlingsbereich tiefer, als vom Bund erwartet.
- L2 Die Zahl der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden ist rückläufig wegen gesamtschweizerisch geringerer Gesuchzahlen.
- L3 Die Anzahl fürsorgeabhängiger Asylsuchender sinkt wegen der geringeren Zuweisung von Asylsuchenden vom Bund (siehe L2) und der kürzeren Verfahrensdauern beim Bund wegen der Neustrukturierung Asyl.
- W1 Höhere gebundene Beiträge an soziale Einrichtungen und an die Zusatzleistungen zur AHV/IV werden teilweise kompensiert durch Minderaufwendungen bei der öffentlichen Sozialhilfe (vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.2a Die Mittel wirksam und wirtschaftlich einsetzen und die Zusammenarbeit der Institutionen koordinieren

Die Interinstitutionelle Zusammenarbeit (iiz) im Rahmen des iiz-Netzwerks Kanton Zürich (RRB Nr. 517/2014) wurde gestützt auf das iiz-Konzept vom April 2014 laufend den Bedürfnissen der Partnerinstitutionen angepasst. Der Bereich iiz-Sozialhilfe bearbeitete im Berichtsjahr rund 400 Dossiers. Abgeschlossen 2019

RRZ 5.2b Die ausrichtenden Stellen, Behörden und Dritte im Bereich der Sozialhilfe beraten

Das webgestützte Sozialhilfe-Behördenhandbuch wurde aktualisiert und auch im Berichtsjahr rege besucht. Ausserdem wurden wöchentlich rund 100 telefonische und schriftliche Fachanfragen der Gemeinden und Dritter zur Sozialhilfe beantwortet. Abgeschlossen 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Der unter Federführung der Gesundheitsdirektion ausgearbeitete Schlussbericht liegt vor und wird derzeit durch die beteiligten Stellen überprüft. Abgeschlossen 2019
Diese Massnahme wurde gemeinsam mit den Leistungsgruppen 2241, Fachstelle Integration, und 6000, Steuerung Gesundheitsversorgung, umgesetzt.

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	183.3	182.0	183.1	1.1	0.6

Bemerkungen R19 zu B19

1.0 Im Berichtsjahr wurde die Koordinationsstelle für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erstmals besetzt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	459.9	432.1	452.9	20.8	4.8
- Rückerstattung an wirtschaftliche Hilfe	146.0	156.9	155.0	-1.9	-1.2
- Rückerstattungen an Asylaufgaben	57.7	23.7	35.2	11.5	48.5
- Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	241.5	237.9	247.3	9.4	3.9
Aufwand	-1 164.7	-1 136.1	-1 155.0	-18.9	-1.7
- Beiträge an wirtschaftliche Hilfe	-270.7	-280.3	-269.5	10.9	3.9
- Beiträge an Asylaufgaben	-56.0	-27.3	-31.3	-4.0	-14.7
- Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-425.3	-422.7	-436.4	-13.7	-3.2
- Beiträge an Soziale Einrichtungen	-336.7	-338.1	-345.0	-6.9	-2.1
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-3.7	-2.1	-2.5	-0.4	-19.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-704.8	-704.0	-702.1	1.9	0.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.4				
Ausgaben	-21.6	-20.4	-19.3	1.1	5.6
- Kreditübertragungen		-0.4		0.4	100.0
Saldo	-19.2	-20.4	-19.3	1.1	5.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.9		Abweichungen total R19 zu B19
1.9	A1, A2, A3, A4, A5	- Vor allem höhere Rückerstattungen des Bundes
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-20.4	-19.3	1.1	
- Investitionsbeiträge an soziale Einrichtungen	-19.0	-19.0	0.0	
- Ersatzbeschaffungen Mobilien sowie Hard- und Software	-1.4	-0.3	1.1	
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-167693	16595	-50000	-201098	-33405

Bemerkungen

Dank grossen Mehreinsatzes der Mitarbeitenden konnte u.a. die Umsetzung der neu vergebenen Dienstleistungsaufträge im Asylbereich ohne zusätzliches Personal bewältigt werden.

3700 Sportamt

Im März des Berichtsjahres hat Swiss Cycling entschieden, die Rad-Strassen-Weltmeisterschaften 2024 in Zürich auszugetragen. Für die Planung und Durchführung des Grossanlasses haben Stadt und Kanton zusammen mit Swiss Cycling einen Trägerverein gegründet. Das Sportamt koordiniert die beteiligten kantonalen Fachstellen und vertritt den Kanton im Trägerverein.

Nach sechsjähriger Laufzeit wurde «Footeco», das Nachwuchsförderungsprojekt für die 11- bis 14-Jährigen in der Fussballregion Zürich, evaluiert. Der Bericht zeigte, dass die Gebietsaufteilung zu mehr Stabilität und Klarheit beigetragen hat und die Breiten- und Spitzenfussballklubs mit dem Programm zufrieden sind.

Im Mai des Berichtsjahres konnte in Zusammenarbeit mit der Koordinationsstelle Veloverkehr die erste Saison der kantonalen Pumptrack-Tour eröffnet werden. Über 70 Standorte hatten sich für eines von 18 dreiwöchigen Zeitfenstern beworben. Knapp 60000 Kilometer bzw. eineinhalb Erdumrundungen legte die Bevölkerung des Kantons Zürich in den sieben Monaten auf den beiden Pumptracks zurück.

Eine spezielle Ehre kam im August des Berichtsjahres den neu ausgebildeten 1418coaches aus der Sportart Fussball zu. Sie wurden im Home of FIFA von Direktionsvorsteher Mario Fehr diplomiert. Im Berichtsjahr haben 479 Zürcherinnen und Zürcher das Ausbildungsweekend zum 1418coach absolviert. Somit engagieren sich bereits 1694 Nachwuchstrainerinnen und -trainer in Zürcher Sportvereinen.

Auch Jugend + Sport (J+S) verzeichnet weiterhin einen Zuwachs an Kindern und Jugendlichen. Das Sportamt organisierte 128 Aus- und Weiterbildungskurse, um den Bedarf zu decken. Auch die 32 Jugendsportcamps waren mit 1290 Teilnehmenden sehr gut besucht. Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen im Kanton Zürich verzeichnete mit 1588 Kursen einen neuen Höchstwert.

Das dritte «Zürcher Sportfest» in Stammheim war gut besucht. Das Sportamt organisierte wiederum eine «Kantonale Sportkonferenz» für Gemeinden und Städte, das «Symposium Nachwuchsförderung» sowie das «Forum Sportkanton Zürich».

Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereins-) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen.
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport sowie freiwilliger Schulsport).
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen.
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen.
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie Fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	69	50	76	26	52.0
L2 Bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	113	110	130	20	18.2
L3 Abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	13512	12500	13700	1200	9.6
L4 Unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1468	1350	1588	238	17.6
L5 J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	144	140	128	-12	-8.6
L6 Kantonale Jugendsportlager	A2	32	32	32	0	0.0
L7 Bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	75	75	100	25	33.3
B2 Nettoaufwand pro Einwohner, in Fr.	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	2	0	0.0
W1 Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven, in % (Erhebung alle fünf Jahre)	A1		46			
W2 Mitglieder in Sportvereinen	A1	373991	375000	376685	1685	0.4
W3 Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	165717	158000	167236	9236	5.8
W4 Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen	A2	4425	4450	4133	-317	-7.1
W5 Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1280	1300	1290	-10	-0.8
W6 Sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	2908	2800	3184	384	13.7

Bemerkungen

- L1 Höhere Anzahl bearbeiteter Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen wegen mehr Neubauten und Instandsetzungsarbeiten in den Gemeinden
- L2 Höhere Anzahl bearbeiteter Gesuche für Projekte und Veranstaltungen, insbesondere für wiederkehrende Sportveranstaltungen
- L3 Mehr abgerechnete J+S-Kurse und -Lager infolge Nachfragerwachstum (insbesondere in den Sportarten Fussball, Tanzen und Schwimmen), vgl. auch W3
- L4 Höhere Anzahl unterstützte freiwillige Schulsportkurse infolge Angebotsausbau in den Zürcher Gemeinden
- L5 Geringere Anzahl J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse wegen Aufgabenverschiebung zu Verbänden aufgrund nationaler Absprachen zwischen den Beteiligten
- L7 Höhere Anzahl bearbeiteter Gesuche von Leistungszentren aufgrund zusätzlicher anerkannter Leistungszentren im Kanton Zürich (gemäss nationalem Nachwuchsförderungskonzept)
- W1 Der Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven liegt gemäss Erhebung 2014 bei 46%. Die Resultate der im Berichtsjahr erfolgten Erhebung liegen 2020 vor.
- W3 Mehr Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern infolge Nachfragerwachstum (insbesondere in den Sportarten Fussball, Tanzen und Schwimmen), vgl. auch L3
- W4 Abnahme der Anzahl J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse wegen Aufgabenverschiebung zu Verbänden aufgrund nationaler Absprachen zwischen den Beteiligten
- W6 Mehr sportliche Talente, u.a. in den Sportarten Handball und Schwimmen

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1g Den Einstieg in den Sport erleichtern, namentlich für Kinder aus sportfernen Familien

Im schulischen Umfeld sowie im Freizeitbereich wurden weitere Massnahmen umgesetzt und niederschwellige Projekte unterstützt. Unter anderem wurden Betreuungspersonen im Bereich Kindersport ausgebildet, Massnahmen zur Förderung des Mädchenfussballs unterstützt und Projekte wie «Open Sunday» gefördert. Abgeschlossen 2019

DS 3.1c Angebote im schulischen Umfeld fördern, damit Kinder und Jugendliche täglich sportlich aktiv sein können

Seit Einführung des Förderprogramms schulsport.zh vor sechs Jahren ist das Angebot im Kanton Zürich Jahr für Jahr um rund 10 Prozent gewachsen. Mittlerweile werden in 40 Prozent aller Gemeinden freiwillige Schulsportkurse angeboten und 64 Zürcher Schulen tragen das Label für sportfreundliche Schulkultur. Abgeschlossen 2019

DS 3.1d Teilnehmerintensive, insbesondere wiederkehrende Sportveranstaltungen als Anreize für regelmässige sportliche Aktivitäten stärken

Bei der Beitragsbemessung für die Unterstützung von Sportveranstaltungen werden die Anzahl der Teilnehmenden sowie die wiederkehrende Durchführung speziell berücksichtigt. Die Anzahl unterstützter Veranstaltungen hat sich erneut erhöht. Abgeschlossen 2019

DS 3.1e Entwicklung und Umsetzung von Massnahmen zur verstärkten Unterstützung von Zürcher Sportvereinen und -verbänden

Gemeinsam mit dem Zürcher Kantonalverband für Sport wurden in den Themenfeldern Leitende, Infrastruktur, Funktionäre, Mitgliedergewinnung und Innovationskraft weiterführende Unterstützungsmassnahmen identifiziert und hinsichtlich einer möglichen Umsetzung priorisiert. Planmässig 2023

3700 3a Sanierung und Erweiterung Sportzentrum Kerenzerberg (Projekt Silhouette)

Die neue Spielsporthalle ist im Bau, der Rückbau des bestehenden Unterkunftstrakts hat begonnen und die Unterkunftsprovisorien wurden in Betrieb genommen. Planmässig 2021

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.6	14.2	14.9	0.7	5.0

Bemerkungen R19 zu B19

Allg. Zusätzliche, befristete Anstellungen für Vertretungen während Mutterschaftsurlaub

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.9	1.6	1.6	-0.0	-1.5
Aufwand	-5.0	-4.7	-4.7	-0.0	-0.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.1	-3.1	-3.1	-0.0	-0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

3910 Sportfonds

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft interkantonale Landeslotterie Swisslos wurden dem Sportfonds rund 23,5 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils.

Insgesamt wurden Beiträge von rund 24,7 Mio. Franken zur Unterstützung des Jugend-, Breiten- und Amateursports ausbezahlt: Fr. 11 946 700 an 140 Sportanlagen, Fr. 1 305 149 für Förderbeiträge im Nachwuchsleistungssport, Fr. 2 039 310 (einschliesslich Fr. 1 050 475 J+S-Beiträge) an 1588 «schul-sport.zh»-Kurse, Fr. 250 000 an den Kantonalverband Zürich für Sport in der Schule für 135 Schülerturniere und -meisterschaften, Fr. 767 000 an 91 Sportveranstaltungen, Fr. 413 100 an 20 Sportprojekte, Fr. 198 850 für «1418coach», Fr. 58 000 an 12 Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen

und Fr. 6335315 an den Zürcher Kantonalverband für Sport für seine Mitgliederverbände und -vereine.

Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit Fr. 1 397 389 unterstützt. Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds mit 3 Mio. Franken (einschliesslich Zinsen und Abschreibungen). Das Sportzentrum verzeichnete 26750 Übernachtungen. Die Realisierung des Bauprojekts «Silhouette» verläuft planmässig: Die neue Sporthalle ist im Bau, der Rückbau des bestehenden Unterkunftstrakts hat begonnen, und die Unterkunftsprovisorien wurden in Betrieb genommen. Die Bauarbeiten sollten bis 2021 abgeschlossen sein.

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursports (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzerberg, Filzbach GL)

Fonds	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	90.4	85.5	86.1	0.6	0.7

Bemerkungen R19 zu B19

Der Fondsbestand reduziert sich gegenüber dem Vorjahr (90.4 Mio. Franken) um 4.3 Mio. Franken und beträgt am 31. Dezember des Berichtsjahres neu 86.1 Mio. Franken. In diesem Betrag enthalten sind rund 40 Mio. Franken Immobilienbestand des Sportzentrums Kerenzerberg (SZK) sowie rund 39 Mio. Franken zugesicherte Verpflichtungen gegenüber Gemeinden und Dritten.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	25.0	28.9	29.0	0.1	0.3
- Swisslos	23.9	23.0	23.5	0.5	2.3
- Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto		4.9	4.3	-0.6	-12.8
Aufwand	-25.0	-28.9	-29.0	-0.1	-0.3
- Beiträge	-19.3	-24.9	-24.7	0.2	0.7
- Einlagen in Bestandeskonto	-2.2				
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-3.8	-15.8	-8.7	7.1	44.8
- Kreditübertragungen		-5.5		5.5	100.0
Saldo	-3.8	-15.8	-8.7	7.1	44.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
	A1	- Geringere Fondsentnahme (0.6 Mio. Franken), v.a. wegen Mehrertrag von Swisslos aufgrund höheren Reingewinns sowie wegen weniger ausbezahlter Beiträge infolge noch nicht eingereicherter Projektanrechnungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-15.8	-8.7	7.1	
- Fondsfinanziertes für Erweiterung und Anpassungen des Sportzentrums Kerenzerberg (Projekt «Silhouette»)	-14.4	-7.5	6.9	- Minderausgaben aufgrund von Projektverschiebungen
- Übrige	-1.4	-1.2	0.2	

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht

Gemäss Bundesverfassung erhalten die Kantone 10% des Reinertrags aus der Besteuerung der gebrannten Wasser für die Bekämpfung des Alkoholismus. Diese Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich (Alkoholberatungsstellen). Die Leistungsabgeltung an die Alkoholberatungsstellen erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung. Der Fondsbestand wurde durch zusätzliche jährliche Ausschüttungen von Fr. 300000 an die Alkoholberatungsstellen über einen Zeitraum von bis zu acht Jahren schrittweise bis zum Berichtsjahr auf die Hälfte des Bestandes 2012 gesenkt (vgl. Vorlage 4945).

Nach der Interkantonalen Vereinbarung über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht zu verwenden (Art. 18 der Interkantonalen Vereinbarung). Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 1181/2018 der Weiterführung des Zentrums für Spielsucht bis Ende 2021 zugestimmt. Das Zentrum wird vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich fachlich begleitet. In die Plattform Safer Gambling zum digitalen Selbstcheck des persönlichen Spielverhaltens wurde ein spezifisch für Angehörige konzipierter Selbsttest integriert.

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
- A2 Der Lotteriespielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht im Lotterie- und Wettbereich in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert), in Fr.	A1	37.5	37.6	37.3	-0.3	-0.8
B1	Bestand Alkoholfonds, in % der jährlichen Ausgaben	A1	61.3	59	54	-5	
W1	Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept, in %	A1	99	100	100	0	
W2	Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Lotteriespielsucht, in %	A2	100	100	100	0	

Bemerkungen

- B1 Aufgrund der höheren Ausschüttungen wurde der Fondsbestand stärker reduziert als budgetiert.

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	5.0	4.5	4.4	-0.1	-2.1

Bemerkungen R19 zu B19

- Reduktion des Fondsbestandes gegenüber dem Budget aufgrund leicht höherer Fondsentnahme im Alkoholfonds. Der Fondsbestand reduziert sich gegenüber dem Vorjahr (5.0 Mio. Franken) um insgesamt rund 0.53 Mio. Franken, davon 0.37 Mio. Franken im Alkoholfonds und 0.16 Mio. Franken im Lotteriespielsuchtfonds. Total Fondsbestand am 31. Dezember 2019 (gerundet): 4.42 Mio. Franken, davon:
- Alkoholfonds (gerundet): 2.55 Mio. Franken
 - Lotteriespielsuchtfonds (gerundet): 1.87 Mio. Franken

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	5.6	5.2	5.5	0.3	6.5
Alkoholfonds:					0.0
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	4.5	4.2	4.4	0.2	4.5
- Zinsen aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.2	0.3	0.4	0.1	24.8
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieunternehmen	0.6	0.6	0.6	0.1	9.9
- Zinsen aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.2	0.2	0.2	0.0	12.1
Aufwand	-5.6	-5.2	-5.5	-0.3	-6.5
Alkoholfonds:					0.0
- Betriebsbeiträge	-2.7	-2.4	-2.6	-0.2	-8.1
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.0	-2.0	-2.1	-0.1	-3.2
- Einlagen in Bestandeskonto					
Lotteriespielsuchtfonds:					0.0
- Dienstleistung Dritter	-0.1	-0.1		0.1	100.0
- Betriebsbeiträge	-0.7	-0.7	-0.8	-0.1	-16.9
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume gemäss Art. 46 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge von rund 7,0 Mio. Franken (analog Vorjahr) in den kantonalen Schutzraumfonds (§ 22a Zivilschutzgesetz). Das Amt für Militär und Zivilschutz entschädigte die Gemeinden für das Inkasso der Ersatzbeiträge im Umfang von Fr. 108 800 (Vorjahr: Fr. 140 200) gemäss § 27 Abs. 2 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV). Im Zusammenhang mit der Steuerung

des Schutzraumbaus wurden für vier Gemeinden die Aufwendungen für die Ausgleichsgebietsplanung von insgesamt rund Fr. 25 000 erstattet. Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da die Gemeinden zurzeit noch über genügende Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume, die Erneuerung von privaten Schutzräumen sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen (vgl. KZV, Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 18. Januar 2012, Abs. 3) verfügen.

Aufgaben

A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 46 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeisen wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 47 BZG, Art. 22 Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	46.5	52.0	53.3	1.3	2.5

Bemerkungen R19 zu B19

- 1.3 Erhöhung des Fondsbestandes gegenüber dem Budget, v.a. dank höherer Ersatzbeiträge der Bauherren. Der Fondsbestand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr (46.5 Mio. Franken) um 6.8 Mio. Franken und beträgt am 31. Dezember des Berichtsjahres neu 53.3 Mio. Franken (gerundet).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.0	6.0	7.0	1.0	16.5
- Ersatzbeiträge d. ersatzpflichtigen Bauherren an Gemeinden	7.0	6.0	7.0	1.0	16.5
- Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-7.0	-6.0	-7.0	-1.0	-16.5
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an Gemeinden	-0.1	-0.5	-0.1	0.4	76.9
- Abschreibungen und Zinsen		0.0		0.0	0.0
- Einlagen in Bestandeskonto	-6.9	-5.5	-6.9	-1.3	-23.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
0.0	A1	- Höhere Fondseinlage (-1.3 Mio. Franken), u.a. dank höherer Ersatzbeiträge der Bauherren
0.0		- Übrige Abweichungen

04

Finanzdirektion

Überblick	84
Legislaturziele	86
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	86
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	86
Finanzierung	87
Übersicht	87
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	87
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	87
Personal- und Lohnstatistik	88
Beschäftigungsumfang	88
Lohnaufwand	88
Anstellungsverhältnisse	88
Parlamentarische Vorstösse	89
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	89
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	89
Leistungsgruppen	90
4000 Generalsekretariat	90
4100 Finanzverwaltung	92
4400 Steuern Betriebsteil	94
4500 Personalamt	97
4610 Amt für Informatik	100
4700 Drucksachen und Material	102
4910 Steuererträge	104
4921 Schadenausgleich	105
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat	106
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	107
4960 Nationaler Finanzausgleich	108
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich	109

Überblick

Kantonale Umsetzung der STAF (Steuervorlage 17)

Am 19. Mai 2019 nahm das Schweizer Stimmvolk das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) an. Der Kantonsrat verabschiedete die kantonale Umsetzungsvorlage (Steuervorlage 17) am 1. April 2019. Die Stimmberechtigten des Kantons stimmten der Vorlage am 1. September 2019 zu.

Mit der Steuervorlage 17 werden international nicht mehr akzeptierte Steuerprivilegien für überwiegend im Ausland tätige Konzerne abgeschafft. Im Gegenzug stehen ab der Steuerperiode 2020 allen Unternehmen neue Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung, Patentverwertung und Eigenfinanzierung offen. Eine moderate Senkung der Gewinnsteuer ergänzt ab der Steuerperiode 2021 diese gezielt wirkenden Abzüge. Weiter sorgt der Kanton dafür, dass die Gemeinden und Städte zusätzliche Mittel erhalten, unter anderem für die Finanzierung der Zusatzleistungen zur AHV/IV. Mit einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung soll der Wirtschaftsstandort Zürich attraktiv bleiben: Arbeitsplätze sollen im Kanton Zürich gehalten und Steuererträge längerfristig gesichert werden. Mit der rechtzeitigen Verabschiedung der Umsetzungsvorlage konnten den Zürcher Unternehmen die notwendige Rechtssicherheit geboten werden.

Neue Personalstrategie 2019–2023 (inkl. HR IT)

Parallel zum Abschluss der drei Massnahmen der personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 wurde die Personalstrategie 2019–2023 in enger Zusammenarbeit zwischen dem Personalamt und den Personalbeauftragten der Direktionen und der Staatskanzlei erarbeitet. Zunächst wurden anstehende Themen für die künftige HR-Arbeit gesammelt, priorisiert und verdichtet. In «Challenger Workshops» wurden Linienverantwortlichen und HR-Leitungspersonen aus den Direktionen und der Staatskanzlei mögliche Schwerpunkte vorgestellt und die Möglichkeit zur Rückmeldung geboten. Der Regierungsrat hat in der Folge vier strategische Handlungsfelder beschlossen:

- Im Projekt «HR-Geschäftsmodell» sollen durch eine externe Untersuchung eine unabhängige Gesamteinschätzung der Stärken und Schwächen des heutigen HR-Geschäftsmodells sowie Hinweise auf Optimierungspotenzial erarbeitet werden. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse und Empfehlungen wird ein an den Organisations- und Kundenbedürfnissen orientiertes HR-Geschäftsmodell definiert werden. Das Projekt befindet sich in der Initialisierungsphase.
- Im Handlungsfeld «Anstellungsbedingungen» werden zunächst die bestehenden Problemfelder analysiert und priorisiert. Gestützt darauf sollen Vorschläge für eine marktfähige und sinnvolle Weiterentwicklung der Anstellungsbedingungen ausgearbeitet und schliesslich das Personalrecht unter Berücksichtigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen selektiv angepasst werden. Die Arbeiten starten 2020.
- Weiter soll die Position des Kantons auf dem Arbeitsmarkt – bei bestehendem Fachkräftemangel – durch das Projekt «Arbeitgebermarketing» gestärkt werden. Der Mehrwert einer Anstellung beim Kanton soll intern und extern bekannter gemacht werden.
- Im Bereich HR IT steht mittelfristig die Ablösung des Personalmanagements- und Lohnadministrationssystems (SAP

Stäfa) an. Der Regierungsrat hat nicht nur den Start des Ablösungsprojekts beschlossen, sondern insbesondere auch festgelegt, dass eine HR IT Roadmap erarbeitet werden soll.

Arbeiten zur Umsetzung der IKT-Strategie

Gleich zu Beginn des Berichtsjahres konnte die Funktion des Qualitäts- und Risikomanagers in der Programmorganisation vergeben werden. Er unterstützt den Finanzdirektor als Auftraggeber-Vertreter im Programm mit einer unabhängigen Beurteilung und gibt Empfehlungen für Massnahmen zur Erreichung der Programm- und Projektziele ab.

Mit der Freigabe von neun (von zwölf) Projekten des IKT-Programms durch den Regierungsrat wurde Mitte des Berichtsjahres ein erster Meilenstein erreicht. Damit wurde die Initialisierungsphase dieser Projekte abgeschlossen und deren Konzeptphase gestartet. Gleichzeitig bewilligte der Regierungsrat die finanziellen Mittel und weitere Stellen für die Projektarbeiten im IKT-Programm.

Nach Vorarbeiten im IKT-Programm hat das Gremium «Steuerung Digitale Verwaltung und IKT (SDI)» im September des Berichtsjahres in einem Merkblatt frühere Festlegungen konkretisiert, wie über Vorhaben in der Informatik entschieden wird. Die Bestimmungen im Merkblatt gelten bis zur endgültigen Regelung im Rahmen des IKT-Projekts «Organisation, Steuerungs- und Führungsprozesse».

Kurz vor Ende des Berichtsjahres konnte noch ein zweiter Meilenstein erreicht werden: Hardware und Dienstleistungen in den Bereichen Digitaler Arbeitsplatz, Mobile Geräte, Unified Communications & Collaboration (UCC) und Messaging sowie Rechenzentren sind öffentlich ausgeschrieben worden. Vergabeentscheide zu diesen Ausschreibungen werden Ende Mai 2020 erwartet.

Kaderforum zum Verhaltenskodex

Der Regierungsrat und das oberste Kader widmeten sich im Kaderforum 2019 den Umsetzungserfahrungen mit dem Verhaltenskodex seit dessen Einführung im Januar 2018. Im Zentrum stand die direktionsübergreifende Kultur des Hinschauens, Fragen-Stellens und Bedenken-Äusserns, insbesondere beim Umgang mit Geschenken, Einladungen und Nebenbeschäftigungen. Finanzdirektor Ernst Stocker erinnerte gleich zu Beginn daran, dass entscheidend sei, wie die Führungskräfte die Einhaltung der Kodex-Regeln in der Praxis vorleben. Die Sicht von Ombudsmann Jürg Trachsel und Staatsanwalt David Zogg kam in Gastreferaten zum Ausdruck. In der Podiumsdiskussion unter der Leitung von Regierungssprecher Andreas Melchior setzten die Vizepräsidentin des Regierungsrates Dr. Silvia Steiner sowie der Compliancebeauftragte Felix Bühler weitere Akzente. Der erstmals gezeigte Compliance-Präventionsfilm stiess auf reges Interesse und ist seither für alle Mitarbeitenden im Intranet abrufbar.

Neue Legislaturzielmassnahmen im Bereich der Digitalisierung

Gemäss dem Legislaturziel 10 des Regierungsrates für die Legislaturperiode 2019–2023 sollen die Möglichkeiten der Digitalisierung gezielt genutzt werden, um bestehende Aufgaben und Prozesse neu zu gestalten und deren Produktivität und Qualität zu steigern. Alle Leistungsgruppen der Finanzdirektion haben ihre Abläufe auf die Ausschöpfung dieser

Potenziale untersucht und entsprechende Verbesserungsmaßnahmen erarbeitet.

Im Generalsekretariat wird das Compliance-Konzept auf die Herausforderungen einer offenen, transparenten und digital vernetzten Organisation überprüft und gegebenenfalls angepasst (Stichworte dazu sind etwa neue Führungsinstrumente und Förderung der Integritätskultur). Zudem hat das Generalsekretariat im Berichtsjahr die vollständige elektronische Aktenführung auf Anfang 2020 vorbereitet. Die Finanzverwaltung strebt eine Vereinfachung der Budgetierungs- und Kreditabrechnungsprozesse an und treibt die Digitalisierung des Zahlungsverkehrs weiter voran. Im Steueramt werden die Datenaustauschprozesse mit Steuerpflichtigen und externen Partnern weiter digitalisiert und die Datenhaltung mit den Gemeinden optimiert. Das Personalamt treibt insbesondere die Anpassung der HR-IT-Systeme in Richtung elektronische Workflow-Prozesse voran. Vom Amt für Informatik wird im Rahmen der Umsetzung der IKT-Strategie ein neuer, digitaler Arbeitsplatz bereitgestellt, der die Anforderungen an modernes, mobiles und flexibles Arbeiten unterstützt. Und die kdm nutzt die Digitalisierungspotenziale durch die weitere Förderung elektronischer Prozesse im Beschaffungswesen.

Umsetzung des KdK-Kompromisses

In der Sommersession des Berichtsjahres haben die eidgenössischen Räte der Teilrevision des Finanz- und Lastenausgleichs mit grosser Mehrheit zugestimmt. Der Kanton Zürich hatte sich im Vorfeld der Beratungen in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) für die Optimierung des Systems und einen ausgewogenen Kompromiss zwischen den ressourcenschwachen und den ressourcenstarken Kantonen eingesetzt. Bestandteile der Reform sind der neue Mechanismus zur Berechnung der Dotation des Ressourcenausgleichs sowie eine leichte Aufstockung des soziodemografischen Lastenausgleichs. Um den Übergang abzufedern, wurde eine Regelung mit schrittweisem Abbau der Überdotation bzw. der Rückführung des Ausstattungsziels von 88,2% 2019 auf 86,5% bis 2022 vereinbart. Die Änderungen treten am 1. Januar 2020 in Kraft und werden den Kanton Zürich entlasten.

Negativzinsen

Ende 2014 führte die Schweizerische Nationalbank Negativzinsen ein. Diesen kann sich auch der Kanton Zürich nicht entziehen. So fiel im Geschäftsjahr ein Negativzinsaufwand von 1,7 Mio. Franken an und damit rund doppelt so viel wie in den beiden Vorjahren. Darin widerspiegelt sich die vermehrte Weitergabe durch Finanzinstitute an institutionelle Grosskunden. Zur Verringerung des Negativzinsaufwandes werden insbesondere folgende Massnahmen angewendet: Reduzierung der Liquiditätsvorhaltung durch Rückzahlung von Schulden und geringere langfristige Aufnahmen am Kapitalmarkt, Optimierung der Liquiditätsplanung und Zahlungssteuerung sowie Diversifikation von Bankverbindungen und Freibeträgen. Trotzdem konnte ein Negativzinsaufwand aufgrund der unterjährig stark volatilen Zahlungseingänge und -ausgänge nicht gänzlich vermieden werden. Allerdings profitierte der Kanton auch von den Negativzinsen und nahm im Berichtsjahr mit kurzfristigen Aufnahmen zu negativen Zinssätzen gut 3,4 Mio. Franken ein. Somit resultierte für den Kanton ein positives Nettoergebnis aus den Negativzinsen.

Abschluss des Programms «ZüriPrimo»

Der Regierungsrat legte mit Beschluss Nr. 307/2004 die strategische Ausrichtung für das Vorhaben «ZüriPrimo» (Projekt Informatik mit Organisation) des Kantonalen Steueramtes fest. Mit «ZüriPrimo» wird ein System verwirklicht, das eine umfassende und integrierte Ausrichtung des Prozesses «Steuern erheben» vorsieht. Das Vorhaben «ZüriPrimo» umfasst die Programmführung sowie zwölf Realisierungseinheiten, die inhaltlich und zeitlich eng aufeinander abgestimmt sind.

Das Programm wurde Ende des Berichtsjahres inhaltlich abgeschlossen. Die inhaltlichen Ziele des umfassenden IT-Vorhabens wurden hinsichtlich der Gesamtzielsetzung, der Wirtschaftlichkeit und der veränderten Rahmenbedingungen laufend überprüft und bei Bedarf angepasst. Die 2006 auf 126,7 Mio. Franken verschärfte Kostenziele werden unterschritten. Die Programmführung wird «ZüriPrimo» voraussichtlich 2020 mit der Schlussdokumentation und den Kreditabrechnungen vollständig abschliessen.

Neue Lernplattform «kompent»

Das Personalamt startete 2018 ein Projekt zur Einführung eines neuen Learning Management Systems (LMS), das die administrativen und organisatorischen Prozesse im Rahmen von Seminaren und deren methodischer Umsetzung unterstützen soll. Im Berichtsjahr wurde mittels Submission ein Anbieter evaluiert. Das mandantenfähige System wurde im Anschluss in Zusammenarbeit mit dem Personalamt, der Baudirektion und dem Amt für Wirtschaft und Arbeit und mit Unterstützung des Amtes für Informatik den Bedürfnissen der kantonalen Verwaltung entsprechend angepasst. Unter der Projektleitung des Personalamtes wurde das neue LMS im Herbst erfolgreich aufgeschaltet: Die Weiterbildungsangebote des Personalamtes, des Amtes für Wirtschaft und Arbeit und der Baudirektion haben seit Oktober des Berichtsjahres einen neuen Auftritt auf der Plattform «kompent». Durch die Mandantenfähigkeit des Systems können sich weitere Verwaltungseinheiten mit eigenen Seminarangeboten bei Bedarf dieser Kantonsapplikation anschliessen.

Entwicklung des Amtes für Informatik (AFI)

Das zweite Jahr des Amtes für Informatik stand ganz im Zeichen der Umsetzung der IKT-Strategie. Durch den erfolgreichen Transfer der Grundversorgung der Volkswirtschaftsdirektion sowie einer ersten Tranche der Grundversorgung der Sicherheitsdirektion wurde das Kundenportfolio erweitert. Zusätzlich konnte mit der Überführung der Service Center «Collaboration» (E-Mail) und «Public Key Infrastructure (PKI)» (Zertifikate) aus der Direktion der Justiz und des Innern das Serviceportfolio des Amtes für Informatik komplettiert werden. Die Aufbauorganisation wurde mit Fokus auf Wachstum und Kundenorientierung weiterentwickelt. Insbesondere wurden dabei die Funktionen Informationssicherheit, Kundenmanagement, Organisationsentwicklung, Architekturmanagement und Kommunikation neu ausgerichtet und gestärkt. In Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt konnten alle Mitarbeitenden in der Zollstrasse unter einem Dach zusammengeführt werden. Der ambitionierte Aufbau verläuft planmässig und ohne Einbusse der sehr guten Servicequalität, die sich in einer hohen Kundenzufriedenheit widerspiegelt.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 9.3 Das Steuersubstrat ist durch Erhalt der Position im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb gesichert.

RRZ 9.3a	Die Steuerreform 17 (SV17) nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten	4400	2019
RRZ 9.3b	Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen	4400	2019
RRZ 9.3c	Eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Steuerreform 17 (SV17) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene	4400	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	4100	2019
RRZ 10.1d	Erarbeitung der Informatikstrategie 2018–2020 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen	4610	2024
RRZ 10.1j	Umsetzung der personalpolitischen Schwerpunkte 2016–2019 mit den Projekten HR 2020, Stellenplan als internes Steuerungsinstrument und Kompetenzmodell 2020	4500	2019

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2d	Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben	4400	2023
RRZ 10.2j	Umsetzung der weiteren Projekte der HR Informatik Weiterentwicklung, namentlich Sicherstellung einheitliches SAP-Organisationsmanagement, HR-Informationportal für Führungskräfte und Überführung der Absenzdaten in SAP HCM	4500	2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3c	Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten	4400	2019
-----------	---	------	------

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

FD 10.1 Die Ressourcen des Kantons Zürich können ohne Beeinträchtigungen nachhaltig eingesetzt werden.

FD 10.1c	Aufbau des Amtes für Informatik im Rahmen des Programms zur Umsetzung der neuen kantonalen IKT-Strategie	4610	2019
----------	--	------	------

FD 10.5 Optimierung der Personalinformatik in der Finanzdirektion

FD 10.5a	Evaluation der Ablösung der bisherigen SAP-HCM-Lösung durch den SAP-Mehranstellungsstandard. Damit wird insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen unterstützt.	4500	2019
----------	--	------	------

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8413.5	8522.0	8837.7	315.7	3.7
Aufwand	-1106.9	-1059.0	-1128.7	-69.7	-6.6
- Kreditübertragungen		-8.9			
Saldo	7306.6	7463.0	7709.0	246.0	3.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	15.8	0.8	0.8	0.1	12.5
Ausgaben	-1.6	-30.0	-2.5	27.6	91.8
- Kreditübertragungen		-6.6			
Saldo	14.2	-29.3	-1.6	27.7	94.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
246.0		Abweichungen total R19 zu B19
118.8	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
97.9	4910	- Höhere Zahlungseingänge aus der direkten Bundessteuer
66.4	4910	- Höhere Nachträge auf Steuern der juristischen Personen
54.4	4950	- Der im Budget zentral eingestellte Teuerungsausgleich fiel in den übrigen Leistungsgruppen an.
50.4	4910	- Höhere Einkommens- (11.4) und Vermögenssteuern (38.5) der natürlichen Personen aus der laufenden Periode
48.9	4910	- Höhere Gewinnsteuern (+53.6) und tiefere Kapitalsteuern (-4.7) der juristischen Personen aus der laufenden Periode
48.3	4910	- Höhere Verrechnungssteuerauszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
43.0	4910	- Höhere Nachträge auf den Steuern der natürlichen Personen
16.8	4910	- Höhere Erbschafts- und Schenkungssteuererträge
12.7	4930	- Geringerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
9.9	4000	- Höhere Erträge aus Erbfällen infolge Abschluss mehrerer grösserer Erbfälle
4.1	4930	- Höhere ordentliche Dividende der Flughafen Zürich AG
3.8	4400	- Tieferer Hard- und Softwareaufwand im Steueramt
3.4	4930	- Zinsertrag aus Geldmarktgeschäften
3.2	4400	- Tieferer Abschreibungs- und Zinsaufwand im Steueramt
3.2	4400	- Tieferer Lohn- und Sozialleistungsaufwand im Steueramt
2.2	4100	- Tiefere Ausgaben in der Finanzverwaltung für geplante Projekte, die im Berichtsjahr nicht realisiert werden konnten
2.1	4950	- Höherer Rückverteilungsanteil an der CO ₂ -Abgabe des Bundes
-11.4	4910	- Höherer Aufwand zur Steuererhebung, v.a. höhere Abschreibungen und Wertberichtigungen Staatssteuer
-21.7	4910	- Tiefere Nachsteuererträge inkl. Zinsen (-22.8) und höhere Verzugszinserträge bei der Staatssteuer (+1.1)
-30.0	4930	- Keine Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich aufgrund penderter Rechtsverfahren
-40.0	4950	- Die zentral eingestellte Verbesserung im Beschaffungswesen musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-88.8	4910	- Geringere Quellensteuererträge infolge höherer Überträge an die Nachträge des ordentlichen Verfahrens und eines tieferen durchschnittlichen Ertrags der quellenbesteuerten Personen
-150.0	4950	- Die pauschale Kürzung, die vom Kantonsrat für das Budget 2019 beschlossen wurde, musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-1.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Nettoinvestitionen total

	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
- ZüriPrimo (LG 4400)	-0.7	-61.6	-58.8	-2.8
- Investitionen Telematik (LG 4610)	-0.4			
- Zusätzliche Hardware und Software (LG 4610)	-0.4			
- Diverse Ersatzbeschaffungen Hardware und Software (LG 4400)	-0.3	-0.3	-0.3	0.0
- Erneuerung der Lernplattform (LG 4500)	-0.3	-0.5	-0.3	0.0
- Aktivierung eines geerbten mobilen Kulturguts (LG 4000)	-0.2	0.0	-0.2	0.0
- Ersatzbeschaffung Server-Virtualisierungslösung (LG 4400)	-0.1	-0.2	-0.1	-0.1
- Amortisation Darlehen durch die Zurich International School Wädenswil	0.7			
- Amortisation Darlehen für das Theater 11 durch die MCH Group AG	0.1			
- Übrige	-0.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	917.6	935.5	933.8	-1.7	-0.2

Δ abs.	LG	Begründungen
-1.7		Abweichungen total R19 zu B19
2.0	4610	- Integration von IT-Mitarbeitenden aus anderen Verwaltungseinheiten im Rahmen der Umsetzung der IKT-Strategie (+4.2) sowie verzögerte Besetzung von offenen und vakanten Stellen (-2.2)
1.9	4500	- Überbrückung personeller Engpässe und Stellenüberschneidungen, einerseits wegen Personalausfällen (wie Mutterschaft und Krankheit), andererseits aufgrund zusätzlicher Projektarbeiten
0.9	4100	- Führung von dauerhaft drittfinanzierten Aushilfen im Buchungszentrum als ordentliche Stellen
-0.3	4000	- Reduktionen bei Beschäftigungsgraden
-1.0	4400	- Geringfügige Abweichung
-5.2	4700	- Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-3.2) sowie vorläufiger Verzicht zur Besetzung von vakanten Stellen (-2.0)
0.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat	-1943	-2147	-2124	23	1.1
4100 Finanzverwaltung	-5044	-5368	-5009	359	6.7
4400 Steuern Betriebsteil	-81468	-83870	-81766	2104	2.5
4500 Personalamt	-9155	-9045	-8792	253	2.8
4610 Amt für Informatik	-5608	-9041	-9802	-761	-8.4
4700 Drucksachen und Material	-3632	-4061	-3660	401	9.9
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen		-54400	0	54400	100.0
Total	-106850	-167932	-111153		

Bemerkungen

- 4100 Vakante Stellen, die im Berichtsjahr nicht besetzt werden konnten
- 4400 Beschäftigung von Aushilfen (+1,3 Mio. Franken), tiefere Rückstellung für Mehrleistungen des Personals, da die Zeitsaldi reduziert werden konnten (+0,4 Mio. Franken), tieferer Aufwand für Dienstaltersgeschenke, da diese in Ferientagen bezogen wurden (+0,3 Mio. Franken), sowie höhere Erstattungen von Versicherungen (+0,1 Mio. Franken)
- 4500 Vakanzen (+0,2 Mio. Franken) und Rotationsgewinne (+0,1 Mio. Franken) wurden durch die Teuerung von 1% teilweise wieder kompensiert (-0,1 Mio. Franken).
- 4610 Höherer Beschäftigungsumfang (Integration von neuen IT-Mitarbeitenden aus anderen Verwaltungseinheiten und frühere IKT-Anstellungen) sowie Teuerungsausgleich von 1%
- 4700 Verzögerungen bei Wiederbesetzungen sowie vorläufiger Verzicht auf Besetzung von vakanten Stellen.
- 4950 Der zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950 eingestellte Teuerungsausgleich von 54,4 Mio. Franken bzw. 1% fiel in den übrigen Leistungsgruppen an.
- Allg. Die im Geschäftsbericht 2018 noch bestehende Leistungsgruppe 4970, Sanierungsprogramme, Personalmassnahmen, war im KEF 2019-2022 nicht mehr enthalten. Deshalb fehlt in der obigen Tabelle die in der Rechnung 2018 enthaltene Aufwandminderung aus der Rückstellungsauflösung für Sozialpläne in der Höhe von Fr. 251 497.58.

Finanzdirektion
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000 Generalsekretariat	16	6	10	11	5
4100 Finanzverwaltung	53	30	23	35	18
4400 Steuern Betriebsteil	794	370	424	619	175
4500 Personalamt	57	41	16	34	23
4610 Amt für Informatik	81	19	62	68	13
4700 Drucksachen und Material	40	8	32	36	4
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen	0	0	0	0	0
Total	1041	474	567	803	238

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
135/2017	Elektronisches Büro im Steueramt (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Sonja Gehrig, Urdorf, und Christoph Ziegler, Elgg)	Vorlage 5555 vom 5.6.2019	21.08.2017
287/2017	Organisation des Personalwesens in der kantonalen Verwaltung (Postulat Geschäftsprüfungskommission)	Vorlage 5584 vom 10.12.2019	15.01.2018
164/2018	Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung (dringliches Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Peter Vollenweider, Stäfa, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	Vorlage 5562 vom 3.7.2019	27.08.2018

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
321/2018	Jährliche aktuelle Steuerstatistik (Postulat Hans-Jakob Boesch, Zürich, Stefan Schmid, Niederglatt, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	03.12.2018
113/2019	Aufhebung des Fonds zur Absicherung der Staatsgarantie für die Zürcher Kantonalbank (§ 6 Abs. 5 Kantonalbankgesetz) (Motion Finanzkommission)	30.09.2019
65/2019	Synergien beim Software-Einsatz im Kanton Zürich nutzen (Postulat Simon Schlauri, Zürich, Felix Hoesch, Zürich, und Daniel Heierli, Zürich)	30.09.2019

4000 Generalsekretariat

Neben den Unterstützungsleistungen zugunsten des Direktionsvorstehers sowie der Ämter war das Generalsekretariat mit verschiedenen Schwerpunkten beschäftigt:

- Knapp 80 Versicherungspolizen wurden im Berichtsjahr betreut. Es gingen 78 nicht versicherte Staatshaftungsfälle ein. Im gleichen Zeitraum wurden 73 nicht versicherte Staatshaftungsfälle erledigt.
- Im Berichtsjahr gingen 11 Rekurse und 5 Aufsichtsbeschwerden ein. Im gleichen Zeitraum wurden 12 Rekurse und 5 Aufsichtsbeschwerden erledigt.
- Im Bereich Erbschaften und Vermächtnisse einschliesslich Nachlasskonkurse konnten 26 Fälle (Vorjahr: 41) abgeschlossen werden.
- Nach der Verabschiedung der Vorlage für ein Lotteriefondsgesetz durch den Regierungsrat am 30. Januar des Berichtsjahres (RRB Nr. 85/2019, Vorlage 5520) wurde

die Beratung der Vorlage durch die Finanzkommission begleitet.

- In Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik wurde die Allgemeine Informationssicherheitsrichtlinie fertiggestellt, die der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 795/2019 verabschiedete.
- Für die Einführung der elektronischen Aktenführung im Generalsekretariat auf den 1. Januar 2020 wurden die nötigen technischen und organisatorischen Massnahmen getroffen. Die so geführten Akten können später elektronisch archiviert werden.
- Der Regierungsrat und das oberste Kader widmeten sich im Kaderforum 2019 dem Verhaltenskodex zur Compliance und Korruptionsvorbeugung, insbesondere den Erfahrungen mit dessen Umsetzung. Der Compliancebeauftragte, der administrativ dem Generalsekretariat zugeordnet ist, war der Fachberater in der Vorbereitung.

Aufgaben

- A1 Stabsaufgaben: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten, Kommunikation, Compliance
- A2 Rechtsmittel: Bearbeitung von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden gegen die Ämter der Finanzdirektion sowie von Rekursen gegen Gebührenrechnungen der Notariate
- A3 Staatshaftung und Versicherung: Bearbeitung von Staatshaftungsfällen, Abschluss und Verwaltung der Versicherungspolizen, Begleitung der versicherten Schadensfälle
- A4 Sonderaufgaben: Bearbeitung von Erbschaften des Kantons, Betreuung des Salzregals, Erlass von Darlehen und Aufhebung diesbezüglicher Sicherheiten
- A5 Lotteriefonds: Bearbeitung von Beitragsgesuchen und Beitragscontrolling

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L11 Überprüfte RR-Antragsentwürfe der FD	A1	88	140	110	-30	-21.4
L12 Stellungnahmen zu RR-Geschäften anderer Direktionen	A1	1183	1200	1098	-102	-8.5
L13 Erledigte Rechtsmittel	A2	12	17	17	0	0.0
L14 Erledigte nicht versicherte Haftpflichtfälle	A3	54	80	73	-7	-8.8
L15 Erledigte versicherte Haftpflichtfälle	A3	36	35	22	-13	-37.1
L16 Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3	32	55	26	-29	-52.7
L17 Erledigte Erbfälle	A4	20	12	19	7	58.3
B1 Durchschnittliche Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	44	30	36	6	20.0
B2 Durchschnittliche Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	3	15	7	-8	-53.3
B4 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A1 «Stabsaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A1	56.4	60	53.28	-6.72	
B5 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A2 «Rechtsmittel» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A2	3.8	5	5.4	0.4	
B6 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A3 «Staatshaftung und Versicherung» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A3	34.3	30	34.9	4.9	
B7 Anteil der geleisteten Stunden im Bereich A4 «Sonderaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A4	5.6	5	6.4	1.4	

Bemerkungen

- L11, Diese Indikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
 L12
 L15 Es konnten weniger versicherte Haftpflichtfälle erledigt werden.
 L16 Es wurden weniger Forschungsprojekte gemeldet und die Ausstellung der klinischen Zertifikate wird seit der Rechnung 2018 nicht mehr mitgezählt.
 L17 Es konnten mehr Erbschaftsfälle und vor allem grössere als geplant abgeschlossen werden.
 B1 Die Komplexität der nicht versicherten Haftpflichtfälle war höher als angenommen.
 B2 Die Komplexität der versicherten Haftpflichtfälle war geringer als angenommen.
 B6 Die Komplexität der nicht versicherten Haftpflichtfälle war höher als angenommen.
 B7 Da mehr Erbfälle abgeschlossen und Erlassgesuche bearbeitet wurden, hat sich dieser Anteil erhöht.
 Allg. Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	13.6	13.6	13.3	-0.3	-2.4

Bemerkungen R19 zu B19

-0.3 Reduktionen bei Beschäftigungsgraden

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	4.8	2.8	12.7	9.9	357.4
- Übertrag aus Lotteriefonds	0.5	0.6	0.6	0.0	0.0
- Ertrag aus Erbanfällen	4.0	2.0	11.8	9.9	506.3
- Regalien	0.1	0.1	0.1	-0.0	-6.4
Aufwand	-3.1	-3.7	-3.5	0.2	6.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	1.7	-1.0	9.2	10.1	1034.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ausgaben			-0.2	-0.2	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo			-0.2	-0.2	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
10.1		Abweichungen total R19 zu B19
9.9		- Höhere Erträge aus Erbfällen infolge von Abschlüssen mehrerer grösserer Erbfälle
0.4	A1	- Geringere Aufwände für Honorare externer Berater (+0.3) und für Dienstleistungen Dritter (+0.1), da die Rechtsverfahren mit internen Ressourcen erledigt werden konnten
-0.2	A4	- Sofortabschreibung eines geerbten mobilen Kulturguts
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.2	-0.2	
- Aktivierung eines geerbten mobilen Kulturguts	0.0	-0.2	-0.2	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-23536	0	0	-23536	0

4100 Finanzverwaltung

Mit RRB Nr. 1282/2018 wurden sämtliche kantonalen Verwaltungseinheiten aufgefordert, den elektronischen Rechnungsversand und Rechnungsempfang zu ermöglichen. Die Finanzverwaltung hat bis Ende März des Berichtsjahres alle technischen Einstellungen im zentralen SAP eingerichtet. Interne Verrechnungen erfolgen seit April des Berichtsjahres elektronisch. Mit der flächendeckenden Umstellung auf den Kreditoren-Workflow im Konsolidierungskreis 1 wurde die Grundlage für den elektronischen Rechnungsempfang geschaffen. Der Stand in Verwaltungseinheiten mit Fremdsystemen und in den Konsolidierungskreisen 2 und 3 wurde mittels einer Umfrage erhoben. Die Resultate bilden die Grundlage für das weitere Vorgehen. Bis Ende des Berichtsjahres konnten beim Rechnungsempfang 239 Lieferanten auf E-/PDF-Rechnungen umgestellt werden. Die Quote (Anteil E-/PDF-Rechnungen) erreichte im gleichen Monat 19,5%. Beim Rechnungsversand wurden 8,1% erreicht. Mit dem neuen Internetauftritt ZHweb2019 im ersten Halbjahr 2020 soll Unternehmen, Einwohnerinnen und Einwohnern eine Plattform und zugleich

eine Anlaufstelle für den Empfang und Versand von elektronischen Rechnungen zur Verfügung gestellt werden.

Im Berichtsjahr konnten die Geschäftsabläufe im Bereich der Bankenberechtigungen effizienter gestaltet werden: Einerseits wurde die Abstimmung der Berechtigungen vollständig digitalisiert. Dazu wurde für alle Verwaltungseinheiten eine bestehende elektronische Plattform genutzt, die Fehleranfälligkeiten reduziert und den Prozess insgesamt beschleunigt und verbessert. Andererseits wurde die digitale Unterzeichnung von Anträgen und Formularbestellungen implementiert. Dadurch können Berechtigungsmutationen schneller abgewickelt werden.

Weiter wurden die Arbeiten zur Bewertung der Vorsorgeverpflichtungen des Kantons nach Swiss GAAP FER 15 und IPSAS 25 neu ausgeschrieben. Es wurde ein offenes Verfahren im Staatsvertragsbereich nach kantonalem Recht durchgeführt. Die Zuschlagsempfängerin wurde für eine Laufzeit von vier bis längstens sieben Jahren beauftragt.

Aufgaben

- A1 Erstellung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF) sowie Vorbereitung von finanziellen Steuerungsentscheiden
- A2 Sicherstellung eines konzeptionell korrekten und leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens sowie Erstellung des Jahresabschlusses des Kantons
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Vermögensverwaltung und Tresorerie

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Anzahl bearbeitete KR-Geschäfte	A1	7	11	9	-2	-18.2
L5	Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	687	1000	854	-146	-14.6
L6	Bearbeitete Kreditorenbelege	A3	320544	309000	330075	21075	6.8
L7	Anfragen Buchungszentrum	A3	8430	6500	7273	773	11.9
L8	Bankbelege bzw. -positionen	A3	94469	92000	89472	-2528	-2.7
L9	Betreute Benutzer Buchungszentrum	A3	3797	3400	4104	704	20.7
L23	Volumen Cash-Bewegungen, in Mrd. Fr.	A4	49	55	51	-4	-7.3
L24	Anzahl der bewirtschafteten Legate und Stiftungen	A4	84	84	80	-4	-4.8
L25	Projekte über Fr. 100 000	A1, A2, A3, A4	3	9	8	-1	-11.1
L26	Stellungnahmen zu Anträgen an den Regierungsrat	A1	860	750	922	172	22.9
B1	Verarbeitungszeit pro Kreditorenbeleg, in Min.	A3	3.5	3.4	3.3	-0.1	-2.9
B3	Anteil digitale Kreditorenbelege, in %	A3	15	20	20	0	
B5	Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen, in %	A4	0.07	0.1	0.05	-0.05	
W3	Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A4	AAA	AAA	AAA		

Bemerkungen

- L6 Höhere Belegzahlen als im Budget 2019 erwartet
- L9 Ausbreitung Workflow mit E-Rechnung
- L24 Übertragung von zwei Legaten an das Kantonsspital Winterthur (KSW) und eines Legats an die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) sowie Ausgliederung des Heusser-Staub-Fonds

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Stand bis

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	45.0	44.4	45.3	0.9	2.0

Bemerkungen R19 zu B19

0.9 Zunahme aufgrund der Führung von dauerhaft drittfinanzierten Aushilfen im Buchungszentrum als ordentliche Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.8	1.7	1.9	0.2	10.0
Interne Verrechnungen Dienstleistungen	1.7	1.6	1.8	0.2	10.8
Aufwand	-10.0	-13.4	-10.3	3.1	23.3
Personalaufwand	-6.2	-6.6	-6.1	0.5	7.2
Abschreibungen und Zinsen	-0.1	-0.4	-0.1	0.3	74.9
Kreditübertragungen		-1.2			
Saldo	-8.2	-11.7	-8.4	3.3	28.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.0	-2.7		2.7	100.0
Kreditübertragungen		-0.6			
Saldo	-0.0	-2.7	2.7	100.0	

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

- Δ abs.	A/E	Begründungen
3.3		Abweichungen total R19 zu B19
2.2	A1, A2, A3, A4	- Tiefere Ausgaben für geplante Projekte, die im Berichtsjahr nicht realisiert werden konnten
0.5	A1, A2	- Geringere Personalkosten aufgrund von vakanten Stellen, die im Berichtsjahr nicht besetzt werden konnten
0.3	A2, A3	- Tiefere Kapitalkosten (Abschreibung und kalkulatorische Zinsen) aufgrund von nicht realisierten Vorhaben
0.2	A2	- Tiefere Kosten aus Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Informatik für Finanzsysteme
0.2	A3	- Höhere Einnahmen für Dienstleistungen des Buchungszentrums (höhere Belegzahlen als budgetiert)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.7	0.0	2.7	
Migration Zahlungsverkehr Schweiz	-0.1	0.0	0.1	- Extern bedingte Verschiebung
Automatisierung Reporting- und Informationsprozesse	-0.5	0.0	0.5	- Projekt Umfragetool der Tresorerie wurde über die Erfolgsrechnung verbucht
Digitalisierung Cash Management	-0.2	0.0	0.2	- Massnahmen vorerst ohne Investitionsausgaben
Planungstool	-0.8	0.0	0.8	- Vorabklärungen vorerst ohne Investitionsausgaben
Redesign Systeme Finanz- und Rechnungswesen	-0.2	0.0	0.2	- Verschiebung des Projekts Finanzstatistik auf 2020
Automatisierung Zahlungsverkehr	-0.5	0.0	0.5	- Verschiebung von Projekten auf 2020
Übrige	-0.4	0.0	0.4	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018				Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019		plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-207037	2019	(verbucht 2020)		-249898	-42861
	15139	-58000			

Bemerkungen

Ausserordentlicher Einsatz der Mitarbeitenden zum Ausgleich von ungeplanten und kurzfristig nicht ersetzbaren personellen Vakanz. Die Vorgaben gemäss § 16 Abs. 1 FCV sind eingehalten.

4400 Steuern Betriebsteil

Im Berichtsjahr führte das Steueramt einen partizipativen Prozess der Organisationsentwicklung durch. Daraus resultierten Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Steueramtes, die nun in Form von Massnahmen weiterbearbeitet werden. Die letzten zwei der insgesamt zwölf Realisierungseinheiten von «ZüriPrimo», die Ersatzbeschaffungen der Systeme für den Bezug der Quellensteuer ausländischer Arbeitnehmender und der direkten Bundessteuer, wurden eingeführt und das Programm damit inhaltlich beendet.

Das Steueramt hat die Initialisierung der mit Vertretungen der Gemeindesteuerämter priorisierten Digitalisierungsvorhaben gestartet. Es wurden Studien zu einer papierlosen Steuererhebung und für ein gemeinsames Steuerregister von Gemeinden und Kanton durchgeführt.

Aufgrund der Revision des Quellensteuerrechts per 1. Januar 2021 wurde zusammen mit Vertretern der Gemeindesteuerämter auch die gesamte Wertschöpfungskette auf Optimierungspotenzial geprüft. Die Realisierungsarbeiten werden 2020 gestartet.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) auf den 1. Januar 2020 wurden die Übergangsmodalitäten für die besonders standortsensiblen Statusgesellschaften mit zahlreichen betroffenen Unternehmen festgelegt und die Umsetzungsarbeiten weiter vorangetrieben.

Im Berichtsjahr wurden erstmals mehr als eine Million Steuereinschätzungen vorgenommen.

Bei den erstmals ausgetauschten Daten aus dem Automatischen Informationsaustausch (AIA) konzentrierte sich die Prüfung vorerst auf hohe Beträge. Sie zeigte, dass eine korrekte Deklaration oft nicht ohne Weiteres erkennbar war und die nähere Prüfung der Meldungen aufgrund der schlechten Datenqualität sehr aufwendig ist.

Aufgaben

- A1 Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
- A2 Bezug Bundessteuern
- A3 Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
- A4 Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L4	Total erledigte Steuererklärungen	A1	991596	995000	1023283	28283	2.8
L5	Durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	430599	435000	436638	1638	0.4
L6	Durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	560997	560000	586645	26645	4.8
L19	Anteil durch Kanton erledigte Steuererklärungen, in % der total erledigten Steuererklärungen	A1	43	44	43	-1	
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr	A1	318118	303000	287971	-15029	-5.0
L9	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	54	58	58	0	
L10	Fristgerechte Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	94	97	95	-2	
L11	Fristgerechte Veranlagungen: 3 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	99	99	99	0	
L12	Rechnungen Bundessteuer	A2	1578767	1490000	1577493	87493	5.9
L20	Erbschafts- und Schenkungssteueranlagungen mit Steuerbezug	A3	1856	2160	2291	131	6.1
L16	Abrechnungspflichtige Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	27360	25500	27852	2352	9.2
L17	Abzurechnende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	180971	182000	182818	818	0.4
L18	Quellensteuer-Rechnungen	A4	98845	91000	102217	11217	12.3
W1	Durch Rechtsmittelinstanzen korrigierte Veranlagungsentscheide des kantonalen Steueramts, in %		10				
W3	Anzahl der mit Rechtsmitteln angefochtenen Veranlagungsentscheide	A1		21000	19607	-1393	-6.6
W4	Durch das Steueramt korrigierte angefochtene Veranlagungsentscheide im Verhältnis zu den angefochtenen Veranlagungsentscheiden, in %	A1		75	81	6	
W5	Anzahl der Ermessenseinschätzungen	A1		43000	46824	3824	8.9

Bemerkungen

- L18 Trotz der Vorbereitungen zur Einführung der neuen Quellensteuer-Systeme konnte die Zielvorgabe übertroffen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9.3a Die Steuerreform 17 (SV17) nach Verabschiedung durch die eidgenössischen Räte umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten

Am 28. September 2018 verabschiedeten die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF). Die Vorlage zur Umsetzung im Kanton wurde vom Kantonsrat am 1. April 2019 und von den Stimmberechtigten in der Referendumsabstimmung vom 1. September 2019 angenommen. Damit treten die neuen Bestimmungen im kantonalen Recht gleichzeitig mit jenen des Bundes am 1. Januar 2020 in Kraft.

Abgeschlossen 2019

RRZ 9.3b Das Steuermonitoring betreffend natürliche und juristische Personen im bisherigen Rahmen weiterführen

Nach dem von BAK Economics entwickelten Index lag die Steuerbelastung für die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons im Berichtsjahr weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Gemäss Steuerbelastungsmonitor 2019 liegt der Kanton unverändert auf Rang 10. Bei der Unternehmensbesteuerung dagegen liegt er im hinteren Drittel und ist gegenüber dem Vorjahr um einen Rang auf Rang 23 zurückgefallen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 9.3c Eine Steuerstrategie formulieren unter Berücksichtigung des Monitorings und in Abhängigkeit von der Steuerreform 17 (SV17) sowie unter Berücksichtigung der Entwicklungen in anderen Kantonen, auf nationaler und internationaler Ebene

Vgl. Kommentar zu RRZ 9.3a.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2d Vermehrte Möglichkeiten der elektronischen Übermittlung von steuerlich relevanten Daten prüfen und umsetzen. Mit den Gemeinden eine einheitliche IT-Plattform für sämtliche Prozesse im Steuerbereich anstreben

Die Erarbeitung der Grundlagen für die Einführung des gemeinsamen Registers wurde fortgesetzt. Der Abschluss der Initialisierungsphase ist für 2021 geplant.

Verzögert 2023

RRZ 10.3c Die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestalten

Der Kanton hat auch im Berichtsjahr die Entwicklung des Steuerrechts auf Bundesebene durch Einsitz in Arbeitsgruppen und Nutzung der Vernehmlassungsrechte mitgestaltet, so etwa in den Vernehmlassungsverfahren zum Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung, zur Änderung der Berufskostenverordnung (Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei Geschäftsfahrzeugen) oder zu den elektronischen Verfahren im Steuerbereich. Der Kanton hat im September des Berichtsjahres sodann das Präsidium der Schweizerischen Steuerkonferenz übernommen.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	725.0	721.0	720.0	-1.0	-0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.0	6.1	5.5	-0.6	-10.0
Aufwand	-156.3	-171.2	-160.8	10.4	6.1
- Personalaufwand	-99.9	-103.4	-100.3	3.2	3.1
- Abschreibungen und Zinsen	-4.8	-7.4	-4.2	3.2	43.5
- Betrieb Informatik	-12.9	-10.6	-11.5	-0.8	-7.8
- Hard- und Softwareaufwand	-22.5	-25.9	-24.8	1.2	4.4
- Mieten und Sachaufwand	-16.2	-20.4	-20.2	0.3	1.3
- Kreditübertragungen		-3.4			

Saldo

-151.3 -165.2 -155.4 9.8 5.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.3	-7.9	-1.1	6.7	85.5
- Kreditübertragungen		-3.7		3.7	100.0
Saldo	-1.3	-7.9	-1.1	6.7	85.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
9.8		Abweichungen total R19 zu B19
3.8	A1, A2, A3, A4	- Hard- und Softwareaufwand inkl. Kreditübertragungen: Minderaufwendungen beim Informatikprojekt «ZüriPrimo» (0.1), bei den Vorhaben zur Umsetzung der Legislaturzielmassnahmen 2015-2019 von RRZ 10.2d (1.6) und beim Vorhaben zur Neuausrichtung der Prozesse und der Organisation im Steuerbereich (0.4). Ferner resultieren aufgrund der Projektverzögerungen bei «ZüriPrimo» Minderaufwendungen im Wartungsumfeld und weil auf einen zusätzlichen Release für die Veranlagungs-, Register- und Bezugslösung verzichtet wurde (1.7).
3.2	A1, A2, A3, A4	- Tieferer Abschreibungs- und Zinsaufwand aufgrund tieferer bisheriger Investitionsausgaben und wegen verzögerter Inbetriebnahme von Realisierungseinheiten des Informatikprojekts «ZüriPrimo» sowie aufgrund des Wegfalls von Abschreibungen und Zinsen nach dem Übertrag der Gebäudeinvestitionen an das Immobilienamt (LG 8750) im Rahmen des neuen Mietermodells
3.2	A1, A2, A3, A4	- Tieferer Lohn- und Sozialleistungsaufwand aufgrund des Einsatzes von Aushilfen mit einem durchschnittlich tieferen Lohnaufwand (2.0), tieferer Aufwand für Dienstaltersgeschenke, Überbrückungszuschüsse und Verpflegungszulagen (0.8), tieferer Rückstellungsbedarf für Mehrleistungen des Personals (0.6), leicht höherer Aus- und Weiterbildungsaufwand (-0.2)
0.3	A1, A2, A3, A4	- Miet- und Sachaufwand: wegen Verzögerung einer Neuauflage tieferer Aufwand für Fachliteratur (0.1), weniger Betriebsgebührenaufwand (0.5), tiefere Unterhaltskosten für das Gebäude (0.2), tieferer Drucksachen und Kopieraufwand (0.4), dafür höherer Norm-Mobiliaraufwand (-0.8), der aber über die Rücklagen finanziert ist, diverse Abweichungen (0.1)
-0.1	A1, A2, A3, A4	- Betrieb Informatik inkl. Kreditübertragungen: leicht höhere Aufwendungen beim Betrieb der Informatiksysteme
-0.6	A1, A2, A3, A4	- Ertrag: tiefere Kostenrückerstattungen aus dem Inkasso (-0.7), diverse Mehrerträge (0.1)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-7.9	-1.1	6.7	
- ZüriPrimo (LG 4400)	-3.5	-0.7	2.8	- B19 inkl. Kreditübertragung: Minderausgaben wegen nicht benötigter Reserven im Programm
- RRZ 10.2d: Schaffung der notwendigen Grundlagen für die eCH-konforme elektronische Übermittlung der fachlich notwendigen Daten	-0.3	0.0	0.3	- Verzögerter Start der Initialisierungsphase; Neuplanung gemäss KEF 2020-2023
- RRZ 10.2d: Konzept und Aufbau einer einheitlichen IT-Plattform von Kanton und Gemeinden im Steuerwesen	-3.1	0.0	3.1	- Verzögerter Start der Initialisierungsphase; Neuplanung gemäss KEF 2020-2023
- Neuausrichtung der Prozesse und der Organisation im Steuerbereich auf die Digitalisierung mit allen Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Steuerpflichtige) und entsprechend erste Anpassung der IT-Systeme	-0.6	0.0	0.6	- Verzögerter Start der Initialisierungsphase; Neuplanung gemäss KEF 2020-2023
- Übrige	-0.4	-0.4	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-2252025	884557	-500000	-1867468	384557

Bemerkungen

0.9 Verwendung von Rücklagen für die Ersatzbeschaffung von Büromöbiliar (Stehpulte und Bürostühle) unter dem Aspekt der betrieblichen Gesundheitsförderung
 -0.5 Rücklagenbildung für Mehrleistungen bei der Bundessteuer und der Quellensteuer: Trotz intensiver Arbeit im Rahmen der Systemablösung für die Einführung einer neuen Quellensteuerveranlagungs-, -bezugs- und -buchhaltungssoftware konnte die Leistung bei höherem Mengengerüst gehalten oder gar gesteigert werden. So wurden gegenüber Budget deutlich mehr Rechnungen bei der Quellensteuer und bei der Bundessteuer verarbeitet.

4500 Personalamt

Die Massnahmen «HR 2020» und «Kompetenzmodell 2020» aus den personalpolitischen Schwerpunkten 2016–2019 konnten abgeschlossen werden, auf die Umsetzung der Massnahme «Stellenplan» wurde dagegen verzichtet. Mit der neuen Personalstrategie 2019–2023 wurden wegweisende strategische Handlungsfelder definiert, insbesondere die Erarbeitung eines neuen HR-Geschäftsmodells für den Kanton.

Das Projekt E-Dossier wurde mit dem Rollout bei den Direktionen und der Staatskanzlei erfolgreich abgeschlossen. Es wurden insgesamt 63 000 Papierdossiers im Rahmen des Initialscanning digitalisiert. Auch selbstständige Anstalten und Gerichte werden sich der E-Dossier-Lösung des Kantons anschliessen. Weiter wurde bei fast allen Direktionen das HR-Informationssystem für Führungskräfte eingeführt. Damit erhal-

ten die Vorgesetzten direkten Zugriff auf ausgewählte Daten und Dokumente ihrer Mitarbeitenden.

Der Kanton bietet kranken oder verunfallten Mitarbeitenden eine individuelle Unterstützung durch ein externes Case Management an. Dieses wird durch das Personalamt zentral koordiniert. Im Berichtsjahr wurde eine Submission erfolgreich durchgeführt und der Zuschlag für die künftige Durchführung des Case Managements wurde an vier spezialisierte Anbieter vergeben.

Auch ein neues Learning Management System (LMS) wurde eingeführt und die Lernplattform «kompent» zeitgerecht in Betrieb genommen. Weitere Verwaltungseinheiten können sich bei Bedarf der mandantenfähigen Kantonsapplikation anschliessen.

Aufgaben

- A1 Grundlagen für die HR-Arbeit im Kanton erarbeiten, zur Verfügung stellen und einführen (Personalrecht, HR IT-Lösungen, Personalführungskennzahlen, [Führungs-]Weiterbildung, HR-Instrumente, Case Management, Personalstrategie Kanton)
- A2 Sicherstellung der Lohnverarbeitung und -auszahlung sowie Abrechnung mit den Sozialversicherungen für die Konsolidierungskreise 1, 2 und Teile von 3
- A3 Koordinieren der beruflichen Grundbildung im Kanton sowie Organisieren der KV- und IKT-Lehrlingsausbildung inklusive Rekrutieren der Lernenden
- A4 Durchführen der professionellen HR-Arbeit in der Finanzdirektion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L9	Anzahl Projekte über Fr. 100 000	A1		5	2	-3	-60.0
L10	Anzahl Projekte über Fr. 500 000	A1		2	3	1	50.0
L11	Anzahl Mitberichte und Einvernehmen	A1		65	50	-15	-23.1
L14	Case Management, offene Fälle	A1		130	116	-14	-10.8
L5	Lohnauszahlungen pro Monat	A2	40578	39500	40300	800	2.0
L6	Anzahl bewirtschaftete Lohndossiers	A2	15000	17000	16000	-1000	-5.9
L3	Betreute Lernende KV und IKT (Zielwert)	A3	195	200	192	-8	-4.0
L12	Anzahl Rekrutierungen FD	A4		160	190	30	18.8
L13	Betreute Mitarbeitende FD	A4		1000	1100	100	10.0
B3	Kosten pro KV- und IKT-Lernende/n pro Jahr (ohne Arbeitsplatzkosten)	A3	22000	24000	24000	0	0.0
W4	Teilnehmerzufriedenheit (Führungs-)Weiterbildung, mind. «gut»	A1		90	95	5	
W7	Betreute Lohndossiers pro Vollzeitäquivalent CC Payroll	A2		1560	1610	50	3.2
W6	Anteil erfolgreicher KV- und IKT-Lehrabschlüsse, in %	A3		100	98	-2	
W5	Betreute Mitarbeitende pro VZÄ HR FD	A4		170	190	20	11.8

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren L9-L14 und W4-W7 wurden im KEF 2019-2023 eingeführt, daher gibt es für R18 keine Werte dazu.
- L9 Aufgrund von Verzögerungen musste der Start einiger Projekte auf 2020 verschoben werden.
- L10 Das Projekt E-Dossier konnte erst im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 10.1j Umsetzung der personalpolitischen Schwerpunkte 2016-2019 mit den Projekten HR 2020, Stellenplan als internes Steuerungsinstrument und Kompetenzmodell 2020

Die Projekte HR 2020 und Kompetenzmodell 2020 wurden erfolgreich umgesetzt. Auf die Umsetzung der Massnahme Stellenplan als internes Steuerungsinstrument wurde verzichtet. Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2j Umsetzung der weiteren Projekte der HR Informatik Weiterentwicklung, namentlich Sicherstellung einheitliches SAP-Organisationsmanagement, HR-Infoportal für Führungskräfte und Überführung der Absenzdaten in SAP HCM

Mit einer Ausnahme wurden alle Projekte der HR Informatik erfolgreich abgeschlossen. Das Projekt Überführung der Absenzdaten in das SAP HCM musste aus verschiedenen Gründen zunächst sistiert werden. Auf die Umsetzung wurde nun verzichtet. Das Thema wird im Rahmen der neu zu erarbeitenden HR-IT-Roadmap wieder aufgenommen. Abgeschlossen 2019

FD 10.5a Evaluation der Ablösung der bisherigen SAP-HCM-Lösung durch den SAP-Mehranstellungsstandard. Damit wird insbesondere die strategische Weiterentwicklung der kantonalen HR-IT-Lösungen unterstützt.

Der Regierungsrat hat den Start eines Projekts für die Ablösung der bisherigen SAP-Stäfa-Lösung beschlossen. Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	49.7	47.6	49.5	1.9	4.0

Bemerkungen R19 zu B19

1.9 Überbrückung personeller Engpässe und Stellenüberschneidungen, einerseits wegen Personalausfällen (wie Mutterschaft und Krankheit), andererseits aufgrund zusätzlicher Projektarbeiten

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.5	1.6	1.8	0.3	17.6
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	1.2	1.2	1.2	-0.0	-1.7
Aufwand	-18.9	-21.6	-17.9	3.7	17.1
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-11.3	-11.1	-10.7	0.3	3.1
- Kreditübertragungen		-2.7			
Saldo	-17.3	-20.0	-16.0	4.0	19.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.2	-0.6	-0.3	0.3	50.2
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-0.2	-0.6	-0.3	0.3	50.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.0		Abweichungen total R19 zu B19
1.5	A1	- Projektverzögerung für Ablösung von SAP Stäfa
1.2	A1	- Nicht verwendete Mittel aus Kreditübertragung 2018/2019
0.3	A1	- Auflösung Leistungsgruppe 4970, Sanierungsprogramme Personalmassnahmen (MH 2006)
0.3	A1	- Kosteneinsparungen im Case Management für Dienstleistungen Dritter
0.3	A1	- Tiefere Verrechnungen für SAP HCM
0.2	A1	- Kosten für Lernplattform «kompent» tiefer als budgetiert
0.1	A3	- Geringere Lohnkosten aufgrund geringerer Anzahl Lernender
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.6	-0.3	0.3	
- Erneuerung der Lernplattform	-0.5	-0.3	0.2	- Geringere Investitionsausgaben für neue Lernplattform «kompent»
- Weiterentwicklung der HR-Informatik-Systemlandschaft	-0.1	0.0	0.1	- Kauf zusätzlicher Scanner für E-Dossiers nicht notwendig
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
-326682

Verwendung	Antrag Bildung 2019
2019	(verbucht 2020)
0	0

Bestand 31.12.2019
plus Bildung 2019
-326682

Veränderung Bestand
0

4610 Amt für Informatik

Die Arbeiten im Berichtsjahr standen ganz im Zeichen der Umsetzung der IKT-Strategie. Mit der Freigabe von neun von zwölf Projekten des IKT-Programms durch den Regierungsrat wurde Mitte des Berichtsjahres ein erster Meilenstein erreicht. Damit wurde die Initialisierungsphase dieser Projekte abgeschlossen und deren Konzeptphase gestartet. Gleichzeitig bewilligte der Regierungsrat die finanziellen Mittel und weitere Stellen für die Projektarbeiten im IKT-Programm. Kurz vor Ende des Berichtsjahres konnte noch ein zweiter Meilenstein erreicht werden: Hardware und Dienstleistungen in den Bereichen Digitaler Arbeitsplatz, Mobile Geräte, Unified Communications & Collaboration (UCC) und Messaging sowie Rechenzentren sind öffentlich ausgeschrieben worden. Vergabeentscheide zu diesen Ausschreibungen werden Ende Mai 2020 erwartet.

Im Amt für Informatik erfolgte Mitte des Berichtsjahres der Transfer der Grundversorgung der Volkswirtschaftsdirektion. Ebenfalls wurde die Aufbauorganisation mit Fokus auf Wachstum und Kundenorientierung weiterentwickelt. Insbesondere sind dabei die Funktionen Informationssicherheit, Kundenmanagement, Organisationsentwicklung, Architekturmanagement und Kommunikation neu ausgerichtet und gestärkt worden. In Zusammenarbeit mit dem Immobilienamt konnten alle Mitarbeitenden an der Zollstrasse unter einem Dach zusammengeführt werden. Der ambitionierte Aufbau verläuft plangemäss und ohne Einbusse der sehr guten Servicequalität.

Aufgaben

- A1 Führung der kantonalen IKT-Grundversorgung
- A2 Verwaltungsweites Management der IKT-Sicherheit
- A3 Betrieb, Support und Erweiterungen der SAP-Fachapplikationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
L1	Betreute Wireless Access Points (WLAN)	A1	1252	1200	1700	500	41.7
L2	Betreute Wide-Area-Network (WAN)-Standorte	A1	700	700	700	0	0.0
L3	Betreute SAP-Benutzer	A3	10150	8700	8144	-556	-6.4
L4	SAP-Störungsmeldungen	A3	1616	1800	1661	-139	-7.7
L5	SAP-Serviceanfragen	A3	1265	1600	1860	260	16.3
L6	SAP-Entwicklungsanträge	A3	762	650	879	229	35.2
L7	Betriebene SAP- und SAP-nahe Systeme	A3	70	66	70	4	6.1
W1	Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet, in %	A1	99.9	99.4	99.8	0.4	0.4
W2	Verfügbarkeit der produktiven SAP-Systeme (ohne Wartungsfenster), in %	A3	99.7	99.5	99.7	0.2	0.2

Bemerkungen

- L1 Der Trend zum mobilen Arbeiten setzt sich fort und die WLAN-Infrastrukturen wurden weit mehr als erwartet ausgebaut. Dieser Effekt wurde verstärkt durch den Ausbau des kantonalen Netzwerks im Schulbereich.
- L5, L6 Durch den vermehrten und breiteren Einsatz von SAP-Anwendungen in der Verwaltung (z.B. Zeit-/Leistungs- und Spensenerfassung, SAP-Einführung in der Direktion der Justiz und des Innern) stieg sowohl der Bedarf an erweiterten als auch zusätzlichen Funktionalitäten. Aus diesem Grund stiegen die SAP-Serviceanfragen und SAP-Entwicklungsanträge mehr als geplant.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10.1d Erarbeitung der Informatikstrategie 2018-2020 mit der Stossrichtung Standardisierung, Professionalisierung und Automatisierung der direktionsübergreifenden IT-Services sowie der Stossrichtung Voraussetzung schaffen für die komplette Digitalisierung in den Direktionen

Die kantonale IKT-Strategie wurde mit RRB Nr. 383/2018 beschlossen. Die Umsetzung verläuft planmässig bis ins Jahr 2024. Stand bis

FD 10.1c Aufbau des Amtes für Informatik im Rahmen des Programms zur Umsetzung der neuen kantonalen IKT-Strategie

Der Aufbau des Amtes für Informatik ist erfolgt. Der weitere Ausbau erfolgt im Rahmen der Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie. Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	47.2	67.3	69.3	2.0	2.9

Bemerkungen R19 zu B19

- 4.2 Integration von IT-Mitarbeitenden im laufenden Jahr aus anderen Verwaltungseinheiten im Rahmen der Umsetzung der IKT-Strategie
- 2.2 Verzögerte Besetzung von vakanten Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		15.1	29.1	29.1	0.0	0.1
Aufwand		-27.7	-49.2	-45.5	3.7	7.5
- Kreditübertragungen			-1.5		1.5	100.0
Saldo		-12.6	-20.1	-16.4	3.7	18.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		0.0	-18.9	-0.8	18.1	95.8
- Kreditübertragungen			-2.3		2.3	100.0
Saldo		0.0	-18.9	-0.8	18.1	95.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.7		Abweichungen total R19 zu B19
1.5	RRZ 10.1d	- Änderungen im IKT-Programm gegenüber Planung
1.2	A3	- Geringere Beanspruchung von externen Leistungserbringenden aufgrund geringerer Nachfrage im SAP-Umfeld sowie generell mehr Eigenleistungen
1.0	A3	- Nicht verwendete Kreditübertragung, die im Berichtsjahr aufgrund anderweitiger Priorität noch nicht abgeschlossen bzw. gestartet werden konnten
0.4	A3	- Verschiebung Erneuerung FD-Arbeitsplatz aufgrund IKT-Programm (Übertrag AP18+)
0.3	A3	- Leicht geringerer IT-Nutzungsaufwand als erwartet
-1.0	A1	- Höhere Lohnkosten aufgrund der Integration von IT-Mitarbeitenden im laufenden Jahr aus anderen Verwaltungseinheiten und höhere Lohnkosten bei Neuanstellungen als budgetiert.
0.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-18.9	-0.8	18.1	
- Projekt IKT	-12.0	0.0	12.0	- Änderungen im IKT-Programm gegenüber Planung
- Investitionen BD-Informatik	-2.1	0.0	2.1	- Verschiebung Erneuerung BD-Arbeitsplatz aufgrund IKT-Programm
- Investitionen Telematik	-0.5	-0.4	0.1	
- Zusätzliche Hardware und Software	-0.4	-0.4	0.0	
- Infrastruktur-Software	-0.8	0.0	0.8	- Verschiebung Erneuerung Software aufgrund IKT-Programm
- Hardware neuer Provider	0.0	0.0	0.0	
- Erneuerung (Redesign) SAP-Systeme Finanz- und Rechnungswesen	-0.6	0.0	0.6	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- SAP-Weiterentwicklungen	-0.2	0.0	0.2	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- Kreditübertragungen 2018/2019	-2.3	0.0	2.3	- Verschiebung Erneuerung FD-Arbeitsplatz (Übertrag AP18+) und Verzögerung SAP-Projekte
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -55829	Verwendung 2019 0	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -55829	Veränderung Bestand 0

4700 Drucksachen und Material

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz) wickelte im Rahmen ihrer Lead-Buyer-Funktion für die Materialgruppen Büromaterial, Publikationen und Multifunktionsgeräte erneut ein grosses Beschaffungsvolumen ab. Sie führte insbesondere auch Beschaffungs- und Logistikaufträge für die Wahlunterlagen der Kantonsrats- und Nationalratswahlen durch, verbunden mit sehr hohen Anforderungen an die Qualitätssicherung. Sie unterstützte zudem mehrere kantonale Stellen bei der Gestaltung und Aufbereitung von Drucksachen gemäss den Corporate-Design-Richtlinien des Regierungsrates.

Die kdmz nimmt in ihrer Lead-Buyer-Funktion unter anderem die Aufgabe wahr, die Beschaffungsstrategien und -prozesse für die Materialgruppen wiederkehrend zu überprüfen und bei Bedarf anzupassen. Sie hat im Berichtsjahr für die Material-

gruppe Büromaterial die Bedarfsentwicklungen und die Beschaffungsmärkte vertieft analysiert und die weitere Stossrichtung festgelegt. Sie hat zudem die Arbeiten für die elektronische Rechnungsabwicklung weiter vorangetrieben, verbunden mit einer pilotmässigen Erprobung und schrittweisen Einführung von elektronischen Lieferantenrechnungen.

Die kdmz nahm in ihrer Rolle als Kompetenz- und Dienstleistungszentrum für Beschaffungen zusätzliche Aufgaben wahr. Zu erwähnen sind zahlreiche Submissionsdienstleistungen für kantonale Stellen und weitere öffentliche Institutionen sowie die erstmalige Durchführung eines Beschaffungsforums, das gemeinsam mit Vertretungen der Baudirektion organisiert wurde, um den verwaltungsinternen Informations- und Erfahrungsaustausch zu fördern.

Aufgaben

- A1 Beschaffung verwaltungsweit genutzte Güter mehrerer Materialgruppen (u.a. Büromaterial, Drucksachen, Multifunktionsgeräte)
- A2 Unterstützung und Beratung bei Beschaffungsaufgaben (u.a. Durchführung von Submissionen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Abgewickelte Beschaffungsaufträge	A1	56132	70000	53879	-16121	-23.0
L3 Bewirtschaftete Kundenadressen	A1	5482	6200	5570	-630	-10.2
L4 Durchgeführte Lieferantenbewertungen	A1	63	60	31	-29	-48.3
L5 Durchgeführte Submissionen im offenen Verfahren und im Einladungsverfahren	A2	9	20	16	-4	-20.0
B1 Durchschnittliche Prozesskosten je Beschaffungsauftrag, in Fr.	A1	96	84	102	18	21.4
W2 Anteil abgewickelte Beschaffungsaufträge ohne Reklamationen, in %	A1	99	98	99	1	
W3 Anteil durchgeführte Submissionen ohne gutgeheissene Rekurse, in %	A2	100	95	100	5	

Bemerkungen

Allg. Durch die Optimierung von IT-gestützten Beschaffungsprozessen weichen die Werte zum Teil deutlich von den Budgetwerten ab. Für die folgenden Planjahre werden die entsprechenden Werte angepasst.

Entwicklungsschwerpunkte

4700 10a Weitere Förderung IT-gestützter Beschaffungsprozesse

Vorgehensplanung für die elektronische Rechnungsabwicklung sowie pilotmässige Erprobung der Verarbeitung von elektronischen Lieferantenrechnungen. Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
	37.2	41.7	36.4	-5.2	-12.5

Bemerkungen R19 zu B19

-5.2 Der tiefere Beschäftigungsumfang ist auf Verzögerungen bei Wiederbesetzungen (-3.2) sowie auf den vorläufigen Verzicht auf Besetzung vakanter Stellen (-2.0) zurückzuführen.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	28.0	26.2	25.9	-0.3	-1.0
Aufwand	-27.3	-26.0	-25.4	0.6	2.2
- Betriebsaufwand (einschliesslich Personal)	-6.9	-7.5	-7.0	0.5	6.3
- Kreditübertragungen		0.0		0.0	0.0
Saldo	0.6	0.2	0.5	0.3	176.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.1	-0.1		0.1	100.0
- Kreditübertragungen		0.0		0.0	0.0
Saldo	-0.1	-0.1		0.1	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.3		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	A1	- Die Abweichung ist vor allem auf einen tieferen Personalaufwand sowie, aufgrund der Reduktion von Lagerflächen, auf einen tieferen Mietaufwand zurückzuführen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-410613	0	0	-410613	0

4910 Steuererträge

Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W1 Steuerfuss, in % der einfachen Staatssteuer	A1	100	100	100	0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7464.5	7637.8	7899.0	261.2	3.4
- Staatssteuern	6337.4	6512.8	6611.0	98.3	1.5
- davon Laufende Periode NP	3995.4	4082.0	4132.4	50.4	1.2
- davon Laufende Periode JP	1282.1	1270.0	1318.9	48.9	3.9
- davon Nachträge NP	547.7	668.0	711.0	43.0	6.4
- davon Nachträge JP	178.0	139.0	205.4	66.4	47.8
- davon Quellensteuer	236.4	270.1	181.2	-88.8	-32.9
- davon Übrige Erträge	97.8	83.7	62.0	-21.7	-25.9
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	236.1	255.1	271.8	16.8	6.6
- Direkte Bundessteuer	754.0	745.0	842.9	97.9	13.1
- Verrechnungssteuer und EU-Zinsbesteuerung	137.1	125.0	173.3	48.3	38.7
Aufwand	-134.8	-131.9	-143.3	-11.4	-8.6
- Staatssteuern	-134.6	-131.2	-142.8	-11.6	-8.8
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	-0.1	-0.7	-0.5	0.2	24.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	7329.7	7505.9	7755.7	249.8	3.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
249.8		Abweichungen total R19 zu B19
97.9	A1	- Direkte Bundessteuer: höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen
66.4	A1	- Staatssteuern Nachträge JP: höhere Nachträge wegen eines geringeren Korrekturbedarfs (105.0), tiefere Nachträge für die laufende Periode 2019 (-35.9), tiefere Nachträge für die abzurechnende Steuerperiode 2015 (-0.4) und tiefere Nachträge für die früheren Perioden vor 2015 (-2.3)
50.4	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2019 NP: höhere Einkommens- (11.4) und Vermögenssteuern (38.5)
48.9	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2019 JP: höhere Gewinnsteuern (53.6), tiefere Kapitalsteuern (-4.7)
48.3	A1	- Verrechnungssteuer: höhere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
43.0	A1	- Staatssteuern Nachträge NP: höhere Nachträge für die Steuerperioden 2015 bis 2018 von 67.3 Mio. Franken, wovon rund 84 Mio. Franken aufgrund höherer Überträge vom Quellensteuerverfahren an das ordentliche Verfahren, die teilweise Mindererträge der übrigen Nachträge kompensieren; tiefere Nachträge für die laufende Periode 2019 (-16.8); tiefere Nachträge für die Perioden vor 2015 (-7.5)
16.8	A1	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: höhere Erträge auch wegen der höheren Anzahl von Fällen mit Steuerbezug
-11.4	A1	- Aufwand: höherer Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf bei den Staatssteuern inkl. Nachsteuern (-14.1), höherer Zinsaufwand bei den Staatssteuern (-0.7), tieferer Aufwand für Bezugsprovisionen im Quellensteuerverfahren wegen des tieferen Bruttoertrags (3.2), tieferer Zinsaufwand bei den Erbschafts- und Schenkungssteuern (+0.2)
-21.7	A1	- Übrige Erträge: tiefere Nachsteuererträge inkl. Zinsen (-22.8), höhere Verzugszinserträge bei der Staatssteuer (1.1)
-88.8	A1	- Quellensteuer: infolge höherer Überträge an die Nachträge des ordentlichen Verfahrens reduzierte Erträge im Quellensteuerverfahren, Mindererträge auch aufgrund eines tieferen durchschnittlichen Ertrags der quellenbesteuerten Personen
0.0		- Übrige Abweichungen

4921 Schadenausgleich

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet (www.versicherungsdienste.zh.ch).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag					
Aufwand					
- Versicherungsprämien	-0.7	-2.5	-3.0	-0.5	-20.8
- Schadenausgleich	-1.2	-1.3	-1.1	0.2	15.9
- Kreditübertragungen	1.9	-1.2	-1.9	-0.7	-60.6
Saldo	-0.7	-2.5	-3.0	-0.5	-20.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.5		Abweichungen total R19 zu B19
0.2	A1	- Die Versicherungsprämien aus der Motorfahrzeugversicherung fielen tiefer aus.
-0.7	A1	- Das Budget für Zahlungen aus Staatshaftungsfällen und für Rückstellungen von 1.2 Mio. Franken wurde mit einer Zahlung zulasten der Erfolgsrechnung (-0.2 Mio. Franken), der Erhöhung einer bestehenden Rückstellung in einem Staatshaftungsfall (-1.6 Mio. Franken) sowie der Neubildung einer Rückstellung (-0.1 Mio. Franken) überschritten.
0.0		- Übrige Abweichungen

4930 Kapital- und Zinsendienst Staat

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe 4100, Finanzverwaltung, dargestellt.

Aufgaben

- A1 Verbuchung der Aktiv- und Passivzinsen des Kantonshaushaltes insgesamt
A2 Verbuchung von Erlösen aus Beteiligungen, die in dieser Leistungsgruppe bilanziert werden.

Indikatoren

Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
B1	Durchschnittlicher Zinssatz des ausstehenden Fremdkapitals, in %	A1		1.18	1.07	-0.11	
B2	Anzahl bilanzierte Beteiligungen	A2		53	54	1	1.9

Bemerkungen

- B1 Tiefere Kapitalaufnahmen zu tieferen Kapitalmarktzinsen als geplant
B2 Zwei neue Beteiligungen (Widstud-Betriebsgesellschaft AG, READ-COOP SCE mit beschränkter Haftung) und Veräusserung einer Beteiligung (Alpgenossenschaft Lägerweide) im Berichtsjahr

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	561.5	459.0	556.2	97.2	21.2
- Finanzertrag	96.0	111.5	89.9	-21.6	-19.4
- Gewinnanteil ZKB	230.0	230.0	230.0	0.0	0.0
- Gewinnanteil Nationalbank	235.2	117.2	236.0	118.8	101.4
Aufwand	-51.6	-58.3	-47.2	11.2	19.1
- Finanzaufwand	-48.2	-58.1	-46.9	11.2	19.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	509.9	400.7	509.0	108.3	27.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	15.8	0.8	0.8	0.1	12.5
Ausgaben	-0.0	0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	15.8	0.8	0.8	0.1	12.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
108.3		Abweichungen total R19 zu B19
118.8	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
12.7	A1	- Geringerer Zinsaufwand aufgrund tieferer Kapitalaufnahmen sowie tieferer Kapitalmarktzinsen
4.1	A2	- Höhere ordentliche Dividende der Flughafen Zürich AG
3.4	A1	- Zinsertrag aus Geldmarktgeschäften
-30.0	A2	- Keine Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich aufgrund penderter Rechtsverfahren
-0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.8	0.8	0.1	
- Amortisation Darlehen für das Theater 11 durch die MCH Group AG	0.1	0.1	0.0	
- Amortisation Darlehen durch die Zurich International School Wädenswil	0.7	0.7	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen

Aufgaben

- A1 Der kalkulatorische Zinsaufwand bzw. -ertrag auf dem Verwaltungs- und dem Finanzvermögen wird den Amtsstellen durch interne Verrechnungen vergütet bzw. belastet.
- A2 Zentrale Korrekturen, wie z.B. Teuerungsausgleich und Intercompany-Ausgleiche im Rahmen der Konsolidierung
- A3 Zentrale Verbuchung einzelner nichtbetrieblicher Positionen, wie z.B. Rückstellungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professoren/Regierungsräte/Richter oder Vereinnahmung der CO₂-Rückerstattung des Bundes (ohne Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie Arbeitslosenkasse)

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
W1 Interner Zinssatz, in %	A1	1.5	1.5	1.5	0.0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	163.7	169.7	164.3	-5.3	-3.2
- Kalkulatorischer Zinsertrag	158.6	163.5	159.8	-3.7	-2.3
Aufwand	-47.8	94.2	-43.2	-137.5	-145.9
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-43.7	-38.2	-39.3	-1.1	-2.8
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	-3.9	-3.1	-3.6	-0.5	-15.8
- Zentrale Korrektur Abschreibungen		0.0			
- Kreditübertragungen					
Saldo	115.9	263.9	121.1	-142.8	-54.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-142.8		Abweichungen total R19 zu B19
54.4	A2	- Der im Budget 2019 zentral eingestellte Teuerungsausgleich fiel in den übrigen Leistungsgruppen an.
2.1	A3	- Höherer Rückverteilungsanteil an der CO ₂ -Abgabe des Bundes
-0.5	A3	- Höhere Rückstellungsbildungen aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich als budgetiert
-0.9	A1	- Höherer kalkulatorischer Zinsaufwand aufgrund höherer Fondsbestände im Eigenkapital
-3.7	A1	- Tieferer interner Zinsertrag infolge tieferer Investitionen in den übrigen Leistungsgruppen
-4.0	A2	- Letztmals im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) budgetierte zusätzliche Erträge aus der Verlustscheinbewirtschaftung
-40.0	A2	- Die zentral eingestellte Verbesserung im Beschaffungswesen musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-150.0	A2	- Die pauschale Verbesserung durch den Kantonsrat musste in den übrigen Leistungsgruppen umgesetzt werden.
-0.2		- Übrige Abweichungen

4960 Nationaler Finanzausgleich

Aufgaben

A1 In dieser Leistungsgruppe werden die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) erfasst.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcenindex, in %		120.2	120.5	120.5	0.0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	81.0	75.5	75.5	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich	81.0	75.5	75.5	0.0	0.0
Aufwand	-542.6	-562.7	-562.7	0.0	0.0
- Ressourcenausgleich	-525.8	-546.9	-546.9	0.0	0.0
- Härteausgleich	-16.8	-15.8	-15.8	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-461.6	-487.2	-487.2	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich

Der Kantonsrat bewilligte mit Vorlage:

- 5486 einen Beitrag von Fr. 1 500 000 zugunsten der Schützensgesellschaft der Stadt Zürich zur Sanierung des historischen Schützenhauses Albigütli sowie einen zusätzlichen Beitrag von Fr. 500 000 für die erste Bauetappe der Sanierung (sofern beim Heizsystem eine Variante ohne fossile Energien verwendet wird);

- 5509 einen Beitrag von Fr. 1 570 000 zugunsten des Staatsarchivs für das Projekt «Elektronische Edition des Amtsblatts des Kantons Zürich».

Aufgaben

A1 Die Fondsgelder werden für gemeinnützige Zwecke, u.a. im kulturellen und sozialen Bereich, verwendet.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Gelder, in %:	A1					
L2	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Denkmalpflege	A1	15	26	15	-11	
L3	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Ausland- und Inlandhilfe	A1	10	9	10	1	
L4	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Kultur	A1	39	30	40	10	
L5	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Zoo (Betrieb und Investitionen)	A1	5	14	5	-9	
L6	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für die Bildung	A1	23	10	12	2	
L7	- Anteil der Lotteriefondsbeiträge für den Bereich Soziales/Gesundheit	A1	3	1	3	2	
L8	- Anteil übriger Lotteriefondsbeiträge	A1	5	10	15	5	
L9	Beitragsgesuche an den Lotteriefonds	A1	363	340	348	8	2.4
B1	Kosten pro Gesuch, in Fr.	A1	1432	1617	1580	-37	-2.3

Bemerkungen

- Allg. Die Aufteilung der im entsprechenden Jahr bewilligten Mittel auf die verschiedenen Kategorien ist abhängig von den einzelnen Gesuchen (vor allem von den Gesuchen um grössere Beiträge), die eingereicht werden bzw. über die abschliessend entschieden wird. Der Inhalt der einzelnen Gesuche ist nicht steuerbar. Hinzu kommt die schlechte Planbarkeit bei grossen Gesuchen bzw. Beitragszusagen des Kantonsrates.
- L2 Bei der Budgetierung für das Jahr 2019 war davon auszugehen, dass durch den Kantonsrat mehrere Beiträge zugunsten von Denkmalpflegeprojekten bewilligt würden (Kloster Kappel, Römeranlage Seeb, DVZO). Die Eingabe der Gesuche hat sich verzögert.
- L3 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entspricht der Anteil zugunsten der Ausland- und Inlandhilfeprojekte einem höheren Anteil als budgetiert.
- L4 Aufgrund der im Berichtsjahr insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entspricht der Anteil zugunsten von Kulturprojekten einem höheren Anteil als budgetiert.
- L5 Bei der Budgetierung für das Berichtsjahr war davon auszugehen, dass durch den Kantonsrat ein Investitionsbeitrag zugunsten der Zoo Zürich AG bewilligt würde. Die Eingabe des Gesuches hat sich verzögert.
- L6 Aufgrund der insgesamt geringeren Bewilligungen als budgetiert entspricht der Anteil zugunsten von Bildungsprojekten einem höheren Anteil als budgetiert.
- L7 Der Anteil von Gesuchen, die den Bereichen Soziales und Gesundheit zuzuordnen sind, ist gering.
- L8 Der Sammelbereich «Übriges» ist nicht steuerbar.
- L9 Die Anzahl der Gesuche ist nicht steuerbar.
- B1 Die Kosten pro Gesuch sind nicht steuerbar, da diese von der Anzahl Gesuche abhängen.

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	258.1	200.4	247.1	46.7	23.3

Bemerkungen R19 zu B19

46.7 Der Fondsbestand liegt mit 247.1 Mio. Franken aufgrund geringerer Auszahlungen höher als budgetiert.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	86.5	112.7	65.9	-46.8	-41.5
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	55.8	55.0	54.9	-0.1	-0.2
- Entnahme aus Bestandeskonto	30.7	57.7	11.0	-46.7	-80.9
- Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-86.5	-112.7	-65.9	46.8	41.5
- Zahlungen an Private und Dritte	-47.2	-69.5	-24.3	45.2	65.1
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Übertrag an Leistungsgruppen	-39.2	-43.2	-41.6	1.6	3.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
45.2	A1	- Die Beitragszahlungen an Private und Dritte fielen im Berichtsjahr geringer aus als budgetiert, weil grosse, budgetierte Beitragsleistungen noch nicht zur Auszahlung gelangten oder nicht bewilligt wurden (z.B. Villa Flora, Musikinsel Rheinau, Stiftung Studentisches Wohnen, Tonhalle und weitere Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur, Stiftung Raum&Gesellschaft, Verein Kloster Kappel, Schützenhaus Albisgütli), oder diese bereits im Lauf des Geschäftsjahres 2018 gesprochen und ausbezahlt wurden (Technorama).
1.6	A1	- Bei den internen Überträgen wurde der einmalige Beitrag für die Sanierung der Wasserkraftwerke Aabach nicht ausgelöst (+2.0). In drei Fällen wurden nicht budgetierte einmalige Überträge an interne Einheiten ausgezahlt (-1.0). Zudem wurden die wiederkehrenden Übertragungen an interne Stellen nicht vollständig beansprucht (+0.6).
-0.1		- Der Ertrag von Swisslos ist abhängig von deren Leistung (insbesondere von der Anzahl guter Jackpot-Wochenenden). 2018 war der Ertrag gut. Dieser Ertrag wurde dem Lotteriefonds im Berichtsjahr gutgeschrieben.
-46.7	A1	- Die Abweichung bei der Entnahme aus dem Lotteriefondsbestand ergibt sich aus den oben erläuterten Abweichungen bei den Zahlungen an Private/Dritte, den Überträgen an interne Stellen und den Erträgen.
0.0		- Übrige Abweichungen

05

Volkswirtschafts- direktion

Überblick	112
Legislaturziele	113
Verkehr (Politikbereich 6)	113
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	113
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	113
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	113
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	114
Finanzierung	115
Übersicht	115
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	115
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	115
Personal- und Lohnstatistik	115
Beschäftigungsumfang	115
Lohnaufwand	115
Anstellungsverhältnisse	116
Parlamentarische Vorstösse	116
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	116
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	116
Leistungsgruppen	118
5000 Generalsekretariat	118
5205 Amt für Verkehr	120
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	124
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	126
5920 Verkehrsfonds	129
5921 Flughafenfonds	131
5925 Strassenfonds	132

Überblick

Die Volkswirtschaftsdirektion fördert und entwickelt den Kanton Zürich als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum. Ihre Mitarbeitenden engagieren sich für einen starken Standort mit guten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Arbeitnehmende. Für die Bevölkerung im Kanton plant und organisiert die Volkswirtschaftsdirektion das Verkehrsangebot auf Schiene, Strasse und Wasser. Im Luftverkehr setzt sie sich im Rahmen der Beteiligung an der Flughafen Zürich AG für eine gute internationale Anbindung des Kantons ein und wahrt die Interessen der Bevölkerung im Lärmschutz. Die Volkswirtschaftsdirektion leistet mit ihren Aktivitäten einen wesentlichen Beitrag an die hervorragende Lebensqualität und die hohe Wettbewerbsfähigkeit des Kantons.

Robuster Arbeitsmarkt

Im Berichtsjahr zeigte sich der Zürcher Arbeitsmarkt trotz schwacher internationaler Konjunktur robust und die Beschäftigung nahm zu. Dies führte zusammen mit statistischen Anpassungen bei der Arbeitslosenstatistik zu einer deutlichen Abnahme der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 2,5% auf 2,1%. Im Durchschnitt waren im Berichtsjahr rund 18000 Personen als arbeitslos gemeldet.

Stellenmeldepflicht erfolgreich angelaufen

Seit Juli 2018 gilt die Meldepflicht für Berufsarten mit erhöhter Arbeitslosigkeit. Dem kantonalen Stellenmeldezentrum wurden im Berichtsjahr 21193 meldepflichtige Stellen gemeldet. Als zentrale Anlaufstelle unterbreitet das Stellenmeldezentrum in Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren Arbeitgebern mit meldepflichtigen Berufen passende Vorschläge von Kandidatinnen und Kandidaten. Die Abläufe zwischen Arbeitgebern und Stellenmeldezentrum haben sich gut eingespielt, und die Meldepflicht wird von den Arbeitgebern ernst genommen.

Strukturwandel auf dem Finanzplatz

Die Standortförderung veröffentlichte im Januar des Berichtsjahres eine neue Studie zum Finanzplatz Zürich. Schwerpunkte bildeten der fortschreitende Strukturwandel und der Stellenmarkt, der rund zehn Jahre nach der Finanzkrise weiterhin angespannt ist. Der Finanzsektor ist nach wie vor ein wichtiger Pfeiler der Zürcher Wirtschaft, sowohl in Bezug auf seine Wirtschaftsleistung als auch als Arbeitgeber. Der Abbau von Stellen im Bankenbereich wurde durch die Schaffung neuer Stellen bei Versicherungen und anderen Finanzdienstleistern mehr als ausgeglichen.

Standortvorteile nutzen für die Entwicklung und Anwendung von künstlicher Intelligenz

Die künstliche Intelligenz zählt zu den wichtigsten Zukunftstechnologien. Der Standort Zürich verfügt über optimale Voraussetzungen, um bei der Weiterentwicklung dieser Technologie eine Vorreiterrolle übernehmen zu können. Dies war das

Fazit des traditionellen Standortdialogs des Regierungsrates im November des Berichtsjahres. Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung setzten sich mit dem Spannungsfeld von Privatsphäre und Innovation sowie mit der notwendigen Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik auseinander.

Berichterstattung zu Grossanlässen gemäss RRB Nr. 489/2012

Im Berichtsjahr wurden Beiträge von insgesamt 2,3 Mio. Franken für 39 Grossanlässe bewilligt. Bei 12 Grossanlässen wurden geldwerte Leistungen von kantonaler Seite erbracht. 64% des Gesamtbetrags gingen an die folgenden drei Anlässe: Kantonstag Zürich an der Fête des Vignerons, IIHF Hockey World Championship 2020 und Rad-Strassen-Weltmeisterschaft 2024 in Zürich.

Innovationspark Zürich: Beratung aufgenommen

Auf dem Areal des Flugplatzes Dübendorf soll in den nächsten Jahren der Innovationspark Zürich entstehen. Er soll die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch zwischen den Zürcher Hochschulen und der Privatwirtschaft fördern mit dem Ziel, die Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu unterstützen. Im Berichtsjahr beschäftigten sich die vorberatenden Kommissionen mit einem Verpflichtungskredit über 217,8 Mio. Franken, mit dem der überwiegende Teil der Finanzierung in Form von rückzahlbaren Darlehen oder Vorfinanzierungen geleistet werden soll.

Fluglärmcontrolling: Rückgang des ZFI-Monitoringwerts

Der ZFI-Monitoringwert (Zürcher Fluglärm-Index) sank 2018 (aktuelle Daten aus dem Flughafenbericht 2019; Daten aus dem Berichtsjahr liegen erst mit dem Flughafenbericht 2020 Mitte November 2020 vor) um 5160 auf 60347 Personen. Dies entsprach einem Rückgang von insgesamt rund 8%, wobei die Zahl der in der Nacht im Schlaf gestörten Personen um knapp 1% zunahm und die Zahl der am Tag stark belästigten Personen um über 13% sank. Der ZFI-Richtwert wurde allerdings weiterhin um 13347 Personen überschritten. Hauptgrund dafür, dass gemäss ZFI weniger Menschen von Fluglärm betroffen waren, war die Verwendung von aktualisierten Quelldaten. Erstmals wurden die seit einigen Jahren im Einsatz stehenden, modernen und lärmgünstigeren Flugzeugtypen (z. B. Bombardier CSeries/A220 oder Boeing 787) in den Fluglärmrechnungen der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) berücksichtigt. Damit zeigt sich nun, dass die hohen Investitionen der Luftfahrtgesellschaften (und insbesondere des Homecarriers SWISS) in neue Flugzeuge sich nicht nur betriebswirtschaftlich auszahlen, sondern auch im Lärmbereich günstig auswirken.

Legislaturziele

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 6.1 In den urbanen Räumen übernimmt der öffentliche Verkehr einen überdurchschnittlichen Anteil des Verkehrszuwachses. Der Anteil des Fuss- und Veloverkehrs am Gesamtverkehr ist gesteigert.

RRZ 6.1b Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahnhof Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019 5210 2019

RRZ 6.1c Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen 5205 2019

RRZ 6.1f Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze) 5205 2019

RRZ 6.2 Die Funktionsfähigkeit des Verkehrssystems ist auch mit zunehmender Mobilität sichergestellt.

RRZ 6.2a Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen 5205 2019

RRZ 6.2b Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen 5205 2019

RRZ 6.2c Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen 5205 2019

RRZ 6.2d Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben 5205 2019

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.

RRZ 7.1f Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern 5205 2019

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern 5300 2019

RRZ 8.1b Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken 5300 2019

RRZ 8.1c Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund. 5300 2019

RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.

RRZ 8.2a Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich 5300 2019

RRZ 8.2b Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung «Innovationspark Zürich». Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovationen genutzt wird 5300 2019

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.

RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können 5205 2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG

bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

5205

2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen

5300

2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	753.8	815.2	792.1	-23.1	-2.8
Aufwand	-1030.5	-1091.0	-1045.8	45.2	4.1
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-1.6		1.6	100.0
Saldo	-276.6	-275.8	-253.7	22.1	8.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	22.2	18.5	16.7	-1.8	-9.8
Ausgaben	-170.5	-182.1	-160.1	22.0	12.1
- Kreditübertragungen		20.3		-20.3	-100.0
- Nachtragskredit		6.2		-6.2	-100.0
Saldo	-148.4	-163.6	-143.4	20.2	12.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
22.1		Abweichungen total R19 zu B19
15.0	5210	- Ausserordentliche Nebenertragsablieferung und tiefere Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen verbesserten die Kostenunterdeckung des ZVV um 30.1 Mio. Franken. Der Kantonsbeitrag sinkt um 15,0 Mio. Franken.
3.6	5925	- Höherer Ertrag aus der Mineralölsteuer
2.0	5921	- Weniger Subventionen nach § 3 der ZFI-Verordnung für das Förderprogramm Wohnqualität (1.7 Mio. Franken) und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden (0.2 Mio. Franken)
1.3	5300	- Tiefere Kantonsbeiträge an den ALV-Fonds
1.1	5300	- Minderaufwände im Bereich Standortförderung aufgrund von Projektverzögerungen
-3.8	5925	- Tiefere kantonale Verkehrsabgabe
2.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-143.4			
- Tiefere Rückzahlungen von Wohnbaudarlehen	-5.4			
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773)	-5.0	-81.9	-51.7	-30.2
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-58.2			
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-13.4	-367.4	-120.3	-247.1
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-56.7	-585.2	-143.4	-441.8
- Durchmesserlinie (Vorlage 3817)	-3.7			
- Übrige	-1.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	798.8	898.0	777.1	-120.9	-13.5
Δ abs.	LG	Begründungen			
-120.9		Abweichungen total R19 zu B19			
-4.1	5000	- Übertritt der VD-Informatik in das Amt für Informatik per 1. Juli sowie Aufbau von Digitalisierung Informatik Logistik (DIL) für die Betreuung der Fachapplikationen			
-11.2	5300	- Diverse nicht besetzte Stellen vor allem in den Bereichen Arbeitsbewilligungen und Arbeitsbedingungen			
-103.4	5300	- Weniger Personalressourcen aufgrund tieferer Anzahl Stellensuchender			
-2.2		- Übrige Abweichungen			

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
5000 Generalsekretariat	-3589	-3411	-3107	304	8.9
5205 Amt für Verkehr	-6970	-7198	-7139	59	0.8
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	-71979	-82974	-73189	9785	11.8
Total	-82538	-93583	-83435		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000 Generalsekretariat	20	14	6	14	6
5205 Amt für Verkehr	60	23	37	36	24
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	761	419	342	559	202
Total	841	456	385	609	232

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
150/2009	Waidhaldetunnel (Motion Kommission für Planung und Bau)	Vorlage 5326 vom 21.12.2016 (Erledigung bereits 2016)	20.08.2012
183/2015	Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen (Postulat Daniel Frei, Niederhasli, Gerhard Fischer, Bäretswil, und Jörg Mäder, Opfikon)	Vorlage 5501 vom 07.11.2018 (Erledigung bereits 2018)	21.11.2016
405/2016	Integration von Ü50 Arbeitslosen (Postulat Nik Gugger, Winterthur, Tobias Langenegger und Roger Liebi Zürich)	Vorlage 5538 vom 10.04.2019	08.05.2017
24/2017	Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung (Einzelinitiative Gregor Rutz, Zollikon)	Vorlage 5505 vom 14.11.2018 (Erledigung bereits 2018)	22.05.2017
159/2017	Start-up-Wirtschaftsregion Zürich (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Judith Bellaiche, Kilchberg, und Andreas Hauri, Zürich)	Vorlage 5575 vom 18.09.2019	02.10.2017
330/2015	Bildung eines einheitlichen Arbeitsinspektorates für den Kanton Zürich und Auflösung der städtischen Arbeitsinspektorate Zürich und Winterthur (Postulat Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, Hans-Jakob Boesch, Zürich, und Dieter Kläy, Winterthur)	Vorlage 5521 vom 06.02.2019	30.10.2017
204/2017	Bau multifunktionaler Nationalstrassen zur Entlastung der Landschaft, vorausdenkendes und vernetztes Planen und Bauen von Infrastrukturen rund um Verkehr und Energie (Postulat Daniel Wäfler, Gossau, Michael Welz, Oberembrach, und Elisabeth Pflugshaupt, Bertschikon)	Vorlage 5588 vom 18. Dezember 2019	15.01.2018
180/2018	Zeitgemässes Nachtnetz für den Kanton Zürich (Postulat Hanspeter Hugentobler Pfäffikon, Daniel Sommer, Affoltern a. A., und Markus Schaaf, Zell)	Vorlage 5558a vom 23.10.2019	19.08.2019

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
22/2016	Anpassung der kantonalen Signalisationsverordnung (dringliches Postulat Marc Bourgeois und Roland Scheck, Zürich, sowie Marcel Lenggenhager, Gossau)	04.04.2016
24/2018	Switzerland Innovation Park Zürich (Postulat Andreas Geistlich, Schlieren, Hans Heinrich Raths, Pfäffikon, und Ruth Ackermann, Zürich)	14.05.2018
417/2016	Neuausrichtung ZFI (Postulat Corinne Thomet, Kloten, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Jürg Trachsel, Richterswil)	17.09.2018
136/2018	Chancen, Risiken und Potenzial von Innovationen und Digitalisierung für eine nachhaltige Mobilität im Kanton Zürich (Postulat Bettina Balmer, Zürich, Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, und Christian Schucan, Uetikon a. S.)	01.10.2018
25/2019	Sharing Economy – lösen statt verbieten (Postulat Judith Bellaich, Kilchberg, Michael Zeugin, Winterthur, und Simon Schlauri, Zürich)	17.06.2019
89/2019	Verbesserungen auf der Stammstrecke Winterthur–Zürich bis zum Bau des Brüttener Tunnels (Postulat Manuel Sahli, Winterthur und Felix Hoesch, Zürich)	17.06.2019
62/2018	Ausreichende Versorgung mit ZVV-Verkaufsstellen erhalten (Postulat Birgit Tognella, Ruth Ackermann und Roland Scheck, Zürich)	19.08.2019
379/2018	Shared Mobility mit Autostopp-Haltestellen (Postulat Manuel Sahli, Winterthur, und Judith Stofer, Zürich)	19.08.2019
46/2019	Selbstfahrende Autos als Teil des öffentlichen Verkehrs (Postulat Barbara Schaffner, Otelfingen, Ronald Alder, Ottenbach, und Jörg Mäder, Opfikon)	26.08.2019

210/2019	Vorwärts mit der Zürichsee-Uferwegplanung (dringliches Postulat Tobias Mani und Jonas Erni, Wädenswil, sowie Thomas Wirth, Hombrechtikon)	23.09.2019
258/2019	Anwohner- und landschaftsverträgliche Linienführung für die SBB-Linie zum Brüttenertunnel im Glattal (dringliches Postulat Cristina Wyss, Dietlikon, Linda Camenisch und Kathrin Wydler, Wallisellen)	28.10.2019
356/2018	Zeitgemässer Modal Split (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, Christian Schucan, Uetikon a. S., und Alex Gantner, Maur)	02.12.2019

5000 Generalsekretariat

Im Berichtsjahr unterstützte das Generalsekretariat die Direktionsvorsteherin in den Beratungen zu den Vorlagen über ein Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG; Vorlage 5256), über die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den Innovationspark Zürich (Vorlage 5502) und über die Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2020 bis 2023 (Vorlage 5539).

Der Regierungsrat legte mit Beschluss Nr. 383/2018 fest, die Informatik-Grundversorgung der kantonalen Verwaltung in der Finanzdirektion im neugeschaffenen Amt für Informatik zu zentralisieren. Die Volkswirtschaftsdirektion setzte diesen Beschluss per 1. Juli des Berichtsjahres um. Die Mitarbeitenden der Abteilung Informatik wechselten auf diesen Zeitpunkt in die Finanzdirektion.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
- A2 Rechtswesen (juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten
- A3 Informatikversorgung für die VD (Abwicklung von Informatikprojekten, Bereitstellung von effizienten Informatikarbeitsplätzen und angemessener Informatiksicherheit)

Bemerkungen

- A3 Die Volkswirtschaftsdirektion hat die Grundversorgung für Informatik an das Amt für Informatik übertragen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	In der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	689	850	685	-165	-19.4
L2	RR-Anträge der VD	A1	152	110	130	20	18.2
L3	Erledigte Rekurse	A2	79	90	37	-53	-58.9
L4	Betreute IT-Arbeitsplätze	A3	1408	1410	n.a.		-100.0
B1	Basisarbeitsplatzkosten (Informatik)	A3	1334	1350	n.a.		-100.0
W1	Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	54	60	57	-3	
W2	Kundenzufriedenheit mit der VD-Informatik	A3	5.0		n.a.		

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Direktionsgeschäfte wird durch externe Faktoren bestimmt.
- L2 Die Zahl der RR-Anträge wird durch externe Faktoren bestimmt.
- L3, W1 Rückgang der Rekurseingänge sowie zeitintensive Verfahren
- L4, B1, Die Grundversorgung für Informatik wurde an das Amt für Informatik übertragen, daher werden diese Indikatoren nicht mehr aufgeführt.
- W2

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.6	25.1	21.1	-4.1	-16.1

Bemerkungen R19 zu B19

- 4.1 Übertritt der VD-Informatik in das Amt für Informatik per 1. Juli sowie Aufbau der Abteilung Digitalisierung Informatik Logistik (DIL) für die Betreuung der Fachapplikationen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.0	5.1	2.9	-2.2	-43.7
- Interne Informatik-Dienstleistungen	4.2	4.4	1.9	-2.5	-57.2
Aufwand	-8.2	-8.4	-6.3	2.1	25.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.2	-3.3	-3.4	-0.1	-4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R19 zu B19
-0.1	A3	- Aufbau von Ressourcen (DIL) für in der Volkswirtschaftsdirektion verbleibende IT-Aufgaben
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -30845	Verwendung 2019 6087	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -24758	Veränderung Bestand 6087
---	----------------------------	---	---	-----------------------------

5205 Amt für Verkehr

Die Vorarbeiten für ein generelles Projekt zur Lückenschliessung der Zürcher Oberlandautobahn haben gezeigt, dass eine bisher nicht untersuchte, tiefer im Fels verlaufende Variante technisch machbar und grundsätzlich bewilligungsfähig wäre. Da sich noch keine klare Vorzugsvariante festlegen lässt, hat der Kanton dem Bundesamt für Strassen Ende des Berichtsjahres beide Varianten übergeben und empfiehlt in Abwägung zusätzlicher Aspekte die Weiterverfolgung der tiefer im Fels verlaufenden Variante.

Gemäss den Zielen des Richtplans und des Gesamtverkehrskonzepts sind die Ortsdurchfahrten siedlungsverträglicher und sicherer zu gestalten und die Radweginfrastruktur zu verbessern. Entlang der SBB-Ausbauten in Wallisellen und Dietlikon konnten Synergien genutzt werden, um wichtige und umfangreiche Radweginfrastrukturen zu planen. Insgesamt

wurden beim Tiefbauamt Projektbestellungen im Umfang von 35 Mio. Franken in Auftrag gegeben.

Im Rahmen der Erarbeitung des Konzepts zur «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wurde im Berichtsjahr eine Absichtserklärung zwischen Gemeinden, der Region und dem Kanton unterzeichnet. Dabei soll auch eine Trägerschaft gebildet werden, welche die beschlossenen Massnahmen vorbereitet und umsetzt.

Bei den Agglomerationsprogrammen konnten die Leistungsvereinbarungen mit dem Bund für die dritte Generation über Beiträge von höchstens 327 Mio. Franken unterzeichnet werden.

Die regionalen Gesamtverkehrskonzepte für die Regionen Winterthur und Umgebung sowie Zimmerberg wurden erarbeitet bzw. in die politische Vernehmlassung gegeben.

Aufgaben

A1	Planungen von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr, Langsamverkehr und Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen
A2	Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
A3	Veloförderprogramm umsetzen
A4	Infrastrukturen für den Strassenverkehr planen und optimieren
A5	Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetzgebung
A6	Entscheidgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Gesamtverkehrsplanungen	A1	3	3	5	2	66.7
L2	Beantwortete Anfragen bzgl. Verkehrsgrundlagen	A2	45	45	25	-20	-44.4
L3	Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	1	0	0.0
L4	Beurteilte Problemsituationen bzgl. Strasseninfrastruktur (auf Strassenabschnitten oder Teilsystemen)	A4	95	100	90	-10	-10.0
L5	An das Tiefbauamt übergebene Strassenbauprojekte	A4	90	95	93	-2	-2.1
L6	Vom Regierungsrat beurteilte Projekte zu Strassen von überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	20	17	14	-3	-17.6
L7	Behandelte Geschäfte im Rahmen der Bauverfahrensverordnung	A5	1225	1000	1361	361	36.1
L8	Überwachte Flüge während der siebenstündigen Nachtflugsperrung (Zielwert)	A6	3086	2000	2626	626	31.3
L9	Geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	23	50	31	-19	-38.0
L10	Bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	305	270	356	86	31.9
B1	Aufwand pro Baubewilligung an Staatsstrassen, Jahresdurchschnitt in Std.	A5	5.3	8	6.4	-1.6	-20.0
B2	Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht, Jahresdurchschnitt in Std.	A6	6.8	8.4	5.8	-2.6	-31.0
W1	Anteil des öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen öffentlicher Verkehr und motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich, Basis-Wege in %	A1	31.8	32.5	31.1	-1.4	
W2	Veloverkehrsanteil am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung, Basis-Wege in %	A1, A3	5.6	9	5.6	-3.4	
W3	Länge der an das Tiefbauamt übergebenen Strassenprojekte, in km	A4	19	35	11	-24	-68.6
W4	Ausgelöstes Finanzvolumen durch die an das TBA übergebenen Radweg-/Uferwegprojekte, in Mio. Franken	A4	35	30	34.7	4.7	15.7
W5	Monitoring-Wert des Zürcher Fluglärm-Indexes (ZFI)	A6	65507	65000	60347	-4653	-7.2

Bemerkungen

- L1 Zunahme aufgrund der zusätzlichen Bearbeitung von zwei regionalen Gesamtverkehrskonzepten (rGVK Winterthur, Zimmerberg).
- L2 Abnahme der Anzahl direkter Anfragen an das Amt für Verkehr aufgrund steigender Tendenz, bei kantonsexternen Stellen (Gemeinden, Planungsbüros usw.) Modelldaten via GIS-Browser abzurufen
- L4 Leichte Abnahme der Beurteilungen aufgrund zunehmender Komplexität und höheren Aufwands in den einzelnen Problemsituationen
- L6 Abnahme der eingereichten Projekte zur Genehmigung durch die Städte Zürich und Winterthur
- L7 Weitere Zunahme der eingegangenen Baugesuche
- L8 Weiterhin über Sollwert aufgrund Verzögerungen bei der Umsetzung von betrieblichen Optimierungen (hängige Betriebsreglementsverfahren BR14/BR17)
- L9 Anzahl Gesuche wird durch zahlreiche exogene Faktoren beeinflusst.
- L10 Anzahl eingereichter Baugesuche höher als erwartet
- B1 Effiziente Behandlung der Gesuche durch eingespieltes Team
- W1 Abweichung aufgrund eines neuen Ansatzes bei der Ermittlung des Ist-Wertes (ab Berichtsjahr neu: Ermittlung durch Interpolation mit Trend-Wert 2030)
- W2 Abweichung aufgrund der Datengrundlage: Der Ist-Wert beruht auf dem jeweils aktuellen Mikrozensus (derzeit Mikrozensus 2015, publiziert 2017) und kann nur alle fünf Jahre aktualisiert werden.
- W3 Abnahme aufgrund der zunehmenden Komplexität und des höheren Aufwands bei längenmässig relevanten Projektstellungen (Radwege und BGKs/Ortsdurchfahrten)
- W5 Annäherung an den Richtwert aufgrund der Integration aktualisierter Lärmdaten (Ist-Wert: Ermittlung aufgrund der aktuellen Zahlen 2018 aus dem Flughafenbericht 2019)

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 6.1c Die Agglomerationsprogramme der Generationen 1 und 2 zeitgerecht umsetzen

Verzögert 2019

Die Massnahmen im A-Horizont sind zu rund 70% entweder bereits umgesetzt, in andere Massnahmen übergeführt oder an den Bund als Massnahmenträger übergeben oder aber vom Planungsstand her so weit fortgeschritten, dass eine Umsetzung in den nächsten zwei Jahren realistisch ist. Bei den übrigen rund 170 Massnahmen führten vielfältige Gründe zu Verzögerungen in der Umsetzung. Beim Velotunnel am HB (einschliesslich Velostation) haben die Komplexität des Projekts, die Abstimmungen mit benachbarten Projekten sowie offene Fragen zur Finanzierung und Nutzungsdauer zu Verzögerungen geführt. Andere Projekte sind aufgrund vertiefter Abklärungen (z.B. umweltrechtliche Abklärungen bei der Veloverbindung Grüningen–Hombrechtikon, städtebauliche Abklärungen bei der Veloverbindung Gerstenrietstrasse in Illnau-Effretikon) verzögert. Auch Abhängigkeiten zu anderen Projekten, die durch Einsprachen blockiert sind bzw. waren (z.B. Strasse Uster West), haben zu Verzögerungen bei der Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Agglomerationsprogramms geführt.

RRZ 6.1f Die Finanzierungsbeschlüsse von wichtigen Gesamtverkehrsprojekten (MIV und ÖV) in den Städten Zürich und Winterthur ausarbeiten (Stadt Zürich: Rosengartentunnel und -tram; Stadt Winterthur: ÖV-Hochleistungskorridor und Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze)

Verzögert 2019

Der Kantonsrat stimmte am 25. März des Berichtsjahres dem Kreditantrag und dem Spezialgesetz für das Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel zu. Der Grosse Gemeinderat der Stadt Winterthur beschloss 2017 einen Rahmenkredit für die Planung und Umsetzung der Sicherstellung des Verkehrsflusses und Priorisierung des öffentlichen Verkehrs. Im Berichtsjahr folgte die Bewilligung von einzelnen Objektkrediten aus dem Rahmenkredit für erste konkrete Massnahmen, die laufend umgesetzt werden. Der Kanton refinanziert diese Projekte über die Baupauschale. Ein zentrales Grossprojekt bildet die «Querung Grüze». Das Projekt wurde im Berichtsjahr vom Stadtrat Winterthur festgesetzt, die Volksabstimmung über den Kredit ist für 2020 geplant. Die vom Stadtrat verabschiedete Bestvariante zur «Zentrumserschliessung Grüze» wurde aufgrund verschiedener Widerstände in einer breit abgestützten, kooperativen Planung weiterentwickelt, was zu entsprechenden Verzögerungen führte.

RRZ 6.2a Punktuelle Bevorzugungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr (ÖV) zur Vermeidung von Verlustzeiten und Anschlussbrüchen umsetzen

Im Berichtsjahr wurden insbesondere rund zehn Bushaltestellen, die Busspur Fällanden–Dübendorf sowie zehn Knotenumbauten mit integraler ÖV-Bevorzugung zur Realisierung an das Tiefbauamt übergeben. Die Massnahmen werden im Rahmen der stetigen Aufgabenerfüllung des Amtes für Verkehr weiterverfolgt. Abgeschlossen 2019

RRZ 6.2b Die prioritären Massnahmen gemäss dem Konzept der regionalen Verkehrssteuerung (RVS) weiter umsetzen

Im Limmattal und auch im Glattal werden derzeit die prioritären Massnahmen umgesetzt. Die Realisierung der wichtigen Massnahme «neue Greifenseestrasse» verzögerte sich aufgrund von Einwendungen der Stadt Uster und der Gemeinde Greifensee. Dazu wurden zusätzliche planerische Aufgaben zur Sicherstellung der optimalen Wirkung im Gesamtkonzept aufgenommen.

Verzögert 2019

RRZ 6.2c Die kantonale Verwaltung und Unternehmen bei der Optimierung der Mobilität ihrer Mitarbeitenden unterstützen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 6.2d Ausbauten der Strasseninfrastruktur planerisch vorantreiben

Im Berichtsjahr wurden verschiedene Grossvorhaben weiter vorangetrieben. Im Vorhaben Umfahrung Eglisau konnte die aktuelle Projektphase des Brückenwettbewerbs mit der Jurierung der Wettbewerbsprojekte im November abgeschlossen werden. Für Bassersdorf konnten die Zweckmässigkeitsbewertung (ZMB) zur Verlegung der Baltenswilerstrasse abgeschlossen werden. Im Bereich Neeracher Ried konnte die Vertiefungsphase der ZMB mit einem umfangreichen Workshopverfahren abgeschlossen werden.

Abgeschlossen 2019

Die strategische Massnahmenplanung wird im Rahmen der stetigen Aufgabenerfüllung des Amtes für Verkehr weiterverfolgt.

RRZ 7.1f Schallschutzmassnahmen in der Flughafenregion im Rahmen von Gebäudesanierungen und zeitgemässen sowie qualitativ hochstehenden Siedlungserneuerungen fördern

Im jährlich erscheinenden Flughafenbericht zuhanden des Kantonsrates rapportiert die Regierung jeweils die Anzahl der zusätzlich aufgrund von Schallschutzmassnahmen des WQF-Programms geschützten Personen. Die Anzahl stieg von 564 Personen im Jahr 2011 (erstmalige Berechnung) stetig auf 2102 Personen im Jahr 2018.

Abgeschlossen 2019

RRZ 9.2d Möglichkeiten prüfen, wie Planung und Verwendung der Mittel im Strassenfonds und Flughafenfonds im Rahmen der Zweckbindung flexibler auf den jährlich schwankenden Finanzbedarf und die anstehenden Grossprojekte (Strassenfonds) ausgerichtet werden können

Der Schlussbericht des Projekts Strassenfinanzierung wurde am 12. Juli des Berichtsjahres durch die Regierungspräsidentin, den Baudirektor und den Finanzdirektor zur Kenntnis genommen. Als Massnahme wurde beschlossen, inskünftig eine transparentere Darstellung der Finanzen des Strassenfonds im KEF und Geschäftsbericht zu unterbreiten (RRB Nr. 1156/2019).

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	53.2	54.6	52.5	-2.1	-3.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	106.7	104.6	106.0	1.3	1.3
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	102.3	100.2	101.2	1.1	1.1
Aufwand	-110.7	-109.3	-110.2	-0.9	-0.9
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-57.5	-50.7	-52.2	-1.6	-3.1
- Abschreibungen	-24.9	-26.3	-26.7	-0.3	-1.3
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		0.0		0.0	0.0
Saldo	-4.0	-4.7	-4.3	0.4	8.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.5	3.1	7.3	4.1	132.8
Ausgaben	-84.6	-64.8	-67.6	-2.7	-4.2
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-6.2		6.2	100.0
Saldo	-77.1	-61.7	-60.3	1.4	2.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	A1	- Diverse höhere Erträge aus Entgelten (vor allem Rückerstattungen Dritter)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-61.7	-60.3	1.4	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2017	-5.0	-5.0	0.0	
- Beiträge an Autobahnüberdeckung Katzensee (Vorlage 4691), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2017	0.0	0.0	0.0	
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-58.8	-58.2	0.6	
- Investitionsbeiträge des Bundes	2.1	2.9	0.8	- Höhere Beiträge aus Agglomerationsprogrammen
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -76748	Verwendung 2019 29043	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) -20000	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -67705	Veränderung Bestand 9043
---	-----------------------------	--	---	-----------------------------

Bemerkungen

Höhere Eigenleistungen der Mitarbeitenden (geringere Vergaben von Drittaufträgen)

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind in der Leistungsgruppe 5920 beschrieben, jene des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV) in der Leistungsgruppe 9300 und in dessen Geschäftsbericht.

Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Basis von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a Bundesverfassung (BV) / Art. 57 Eisenbahngesetz (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes

Bemerkungen

- A3 inklusive Beteiligung der Gemeinden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	23.5	25.1	24.6	-0.5	-2.0
L2 Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	12.7	13	12.8	-0.2	-1.5
L3 Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	49.6	52	51.2	-0.8	-1.5
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	3.55	3.85	3.59	-0.26	-6.75
B4 Kostendeckungsgrad ZVV, in %	A1	69.1	66	68.6	2.6	
W1 Personenkilometer, in Mio.	A1	3755	3920	n.n.b.		-100.0
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	77	76	77	1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget L3 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1 Dank Reduktion der Kostenunterdeckung des ZVV gegenüber dem Budget um 30.1 Mio. Franken verbessert sich die Wirtschaftlichkeit.
- B4 Der Kostendeckungsgrad liegt über den Erwartungen und erreicht fast das Rekordniveau des Vorjahres.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis zum Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 6.1b Den Bau der 1. Etappe Limmattalbahnhof Altstetten-Schlieren 2017 beginnen mit dem Ziel der Inbetriebnahme im Dezember 2019

Anfang September des Berichtsjahres wurde die erste Etappe der Limmattalbahnhof zwischen Zürich Farbhof und Schlieren Geissweid planmässig in Betrieb genommen. Stand bis 2019

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.2	43.1	42.8	-0.2	-0.5
Aufwand	-336.6	-366.6	-350.9	15.7	4.3
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-153.3	-175.1	-160.1	15.0	8.6
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)	-118.5	-126.6	-126.0	0.7	0.5
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-70.0	-70.0	-70.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit					
Saldo	-329.4	-323.5	-308.0	15.5	4.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
15.5		Abweichungen total R19 zu B19
15.0	A1	- Dank einer ausserordentlichen Nebenertragsablieferung und tieferer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die Kostenunterdeckung des ZVV um 30.1 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 15.0 Mio. Franken tieferen Kantonsbeitrag an den ZVV.
0.7	A2	- Die Einlage des Kantons Zürich in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes fiel nach Festlegung des definitiven Beteiligungsschlüssels durch das Bundesamt für Verkehr um 0.7 Mio. Franken tiefer aus.
-0.2	A2	- Die geringere Einlage des Kantons Zürich in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) führt entsprechend zu einer um 0.2 Mio. Franken tieferen Beitragsleistung der Gemeinden.
0.0		- Übrige Abweichungen

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Im Berichtsjahr waren im Kanton rund 18 000 Personen arbeitslos gemeldet. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank von 2,5% im Vorjahr auf 2,1%. Die Abläufe der seit Juli 2018 geltenden Stellenmeldepflicht haben sich gut eingependelt. Der Bereich Arbeitsbedingungen führte im Berichtsjahr rund 700 Kontrollen durch. Bei Verstössen gegen die Meldepflicht wurden die entsprechenden Unternehmen durch Beratungsgespräche sensibilisiert.

Die kantonalen Kontingente der Arbeitsbewilligungen für Drittstaatsangehörige waren Ende März (245 B-Kontingente) bzw. Ende April (392 L-Kontingente) ausgeschöpft. Mit zusätzlichen Bundeskontingenten konnte der Bedarf für das Berichtsjahr gedeckt werden: Insgesamt wurden im Berichtsjahr 1077 Arbeitsbewilligungen für Kurzaufenthalter (L) und 1151 für Aufenthaltler (B) erteilt.

Die Standortförderung war bei mehr als 50 Anlässen engagiert, davon bei rund 20 Anlässen als Veranstalterin. Am Unternehmensempfang des World Economic Forum, im Rahmen des Austausches «Zürich meets Basel» zum Thema Digital Health, beim Standortdialog zur künstlichen Intelligenz, dem Finanzdialog zur Zukunft des Bankings sowie beim Industriedialog zum Werkplatz Zürich nahmen auch Regierungsmitglieder teil. Das einwöchige Festival «Zürich meets Seoul» verzeichnete über 3000 Teilnehmende an rund 30 Veranstaltungen in Seoul und konnte so den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Dialog zwischen den beiden Metropolen fördern. Zahlreiche kleinere, meist clusterspezifische Formate dienten der Vernetzung unter den Akteuren sowie der Wissensvermittlung.

Aufgaben

- A1 Standortpflege, Standortentwicklung, Standortpromotion (GZA), Aussenwirtschaftsbeziehungen, Unternehmensentlastung
- A2 Begleitung des Innovationsparks Dübendorf zugunsten des Innovationsstandortes Zürich
- A3 Bearbeitung von Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen und Bearbeitung der Meldepflicht von Arbeitnehmenden
- A4 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG und AVG)
- A5 Beratung und Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen und der Vollzug der FlaM / BGSA / EKAS Vorgaben.
- A6 Kantonale Beschwerdebehörde für Lex-Koller
- A7 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A8 Kantonale Zentralstelle für die wirtschaftliche Landesversorgung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A3	15 188	12 000	13 639	1 639	13.7
L2 Meldeverfahren von EU-/EFTA-Staatsangehörigen	A3	101 395	100 000	103 897	3 897	3.9
L3 Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	A5	2 501	2 391	2 305	-86	-3.6
L4 Eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A4	33 035	36 000	30 734	-5 266	-14.6
L5 Ausnützungsgrad des Rahmenkredites der Wohnbauförderung (180 Mio. Franken), in %	A7	67	72	77	5	
L6 Kontrollen flankierende Massnahmen (FlaM)	A5	2 511	2 450	2 574	124	5.1
L7 Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA)	A5	1 578	1 500	1 609	109	7.3
L8 Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel «Regulierungsfolgeabschätzung»	A1	29	20	23	3	15.0
B1 Kostenbeitrag durch den Bund, in % der Gesamtkosten des AVIG-Vollzugs (ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7bis sowie Art. 59d AVIG)	A4	99.7	99.5	99.1	-0.4	
B2 Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch in Tagen	A3	9	20	10.5	-9.5	-47.5
W1 Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung 2015-2018 mit dem SECO	A4	104	100	104	4	4.0
W2 Zürcher Unternehmen, welche die administrative Belastung als «gering» oder «eher gering» einschätzen, in %	A1	34				

Bemerkungen

- L4 Der Budgetwert stützt sich auf die zum Planungszeitpunkt geltenden Prognosen der Expertengruppe des Bundes, der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF), anderer Institute sowie die eigene Einschätzung.
- L5 Das Amt für Wirtschaft und Arbeit hat keinen Einfluss auf das Volumen der ausgegebenen Darlehen sowie der eingehenden Gesuche. Die Gesuche werden von potenziellen Darlehensempfängerinnen und -empfängern eingereicht.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Die zuständigen Direktionen und die Staatskanzlei sind an der Umsetzung der elf Massnahmen gemäss Bericht des Regierungsrates (RRB Nr. 917/2018). Die Staatskanzlei führt zuhanden des Regierungsrates bis Ende Juni 2022 ein Monitoring der Umsetzung der Massnahmen und des Erreichens der Zielsetzungen durch.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1b Die Arbeitsmarktchancen der inländischen Erwerbsbevölkerung durch arbeitsmarktnahe, durchlässige Aus- und Weiterbildungsangebote stärken

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1c Die Aussenwirtschaftsbeziehungen auf die Zukunftsmärkte gemäss der Länderliste des Regierungsrates fokussieren. Dabei stehen die Themenbereiche Finanzen, Umwelt und Industrie im Vordergrund.

Regierungsrat Ernst Stocker reiste stellvertretend für Regierungspräsidentin Carmen Walker Späh nach Guangdong und wurde dort zusammen mit Zürcher Finanzinstituten von Gouverneur Ma Xingrui für den zweiten Financial Round Table empfangen. Anschliessend reiste er nach Hongkong, um sich mit Carrie Lam über die Zusammenarbeit im Finanzsektor auszutauschen.

Abgeschlossen 2019

Anlässlich von «Zürich meets Seoul» konnte mit rund 30 Veranstaltungen in Seoul der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Dialog zwischen den beiden Metropolen gefördert werden.

RRZ 8.2a Ausbau des Clustermanagements durch Abbildung der Clusterstruktur im Kanton Zürich mit dem Clusterbericht, Unterstützung von Forschungsprojekten der Hochschulen, Durchführung von (Netzwerk-)Veranstaltungen mit den Spitzen der Wissenschaft, Wirtschaft und der Politik zu ausgewählten Zukunftsthemen mit Blick auf den Standort Zürich

Die Standortförderung erarbeitete im Berichtsjahr einen Grossteil der Grundlagen für die Fortschreibung der Clusterdaten im Netz ab Frühjahr 2020 und baute die Netzwerke in allen Clustern weiter aus. Ausserdem war sie bei rund 40 Anlässen mit Clusterbezug engagiert, davon bei gut 15 Anlässen federführend in der Organisation. Als clusterverbindende Massnahme fand im November der traditionelle Standortdialog mit dem Regierungsrat statt. Der Fokus der Veranstaltung lag auf dem Thema künstliche Intelligenz. Zum Thema Industrie bzw. Werkplatz fand im November der Industriedialog statt, der in Partnerschaft mit einem Schweizer Unternehmen organisiert wurde. Zwei massgebliche Ereignisse im Finance Cluster waren die Lancierung der Finanzplatzstudie 2019/2020 im Januar sowie der Finanzdialog im Oktober. Im Aerospace Cluster fand im März das 8. Bodensee Aerospace Meeting in Friedrichshafen statt. Im Cleantech Cluster bildete neben den regelmässigen Lifefair Foren das 7. Swiss Green Economy Symposium im September einen sehr gut besuchten Höhepunkt. Im Life Science Cluster waren die Höhepunkte der gemeinsam mit dem Kanton Basel ausgerichtete Digital-Health-Anlass im Februar sowie der Smart-Health-Anlass im Juni. Im ICT Cluster fanden zwei Cluster-Dialoge und zwei PolitTalks statt. Die zweiteiligen Informatiktage im März mit einem Programm für Schulklassen und mit Poetry Slam für die breite Öffentlichkeit waren ein Erfolg. Im Cluster Kreativwirtschaft wurden zwei Creative Zürich Wednesdays bzw. Workshops durchgeführt und verschiedene Plattformen wie beispielsweise die Zweitausgabe der Design-Biennale unterstützt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.2b Mitwirken bei der Ausgestaltung und Entwicklung des Innovationsparks in der Stiftung «Innovationspark Zürich». Mit Leistungsvereinbarungen sicherstellen, dass das Areal für Innovationen genutzt wird

Die Governance zwischen der Stiftung Innovationspark Zürich (IPZ) und dem Kanton ist geklärt. Seit der Verabschiedung der Vorlage 5502 betreffend Verpflichtungskredit für den Innovationspark durch den Regierungsrat ist die Vorlage im Kantonsrat pendent. Der Abschluss der Leistungsvereinbarung mit der Stiftung IPZ setzt voraus, dass das Controlling geregelt ist. Die Beschlüsse zum Controllingkonzept für den Innovationspark und zur Leistungsvereinbarung mit der Stiftung IPZ werden voraussichtlich im ersten Quartal 2020 gefällt.

Verzögert 2019

RRZ 10.3b Die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse des Kantons frühzeitig in die Umsetzungsarbeiten zur Masseneinwanderungsinitiative einbringen, um den Kanton im innerschweizerischen Wettbewerb zu positionieren und seine Interessen durchzusetzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

5300 8a Neuansiedlung von juristischen und natürlichen Personen in den Kanton

Zürich begleiten.

Während das Standortmarketing an die Stiftung Greater Zurich Area ausgelagert ist, werden Angebots- Erstellung und lokale Ansiedlung durch die kantonale Standortförderung wahrgenommen. Im Rahmen der Ansiedlung geht es darum, ansiedlungswillige Unternehmen bei der Evaluation bis zum Standortentscheid zu unterstützen mit Projektbegleitung, Informationsaufbereitung, Unterstützung bei Behörden und Abklärungen.

Im Rahmen dieser Aktivitäten von Greater Zurich Area und kantonaler Standortförderung wurden im Berichtsjahr 24 Unternehmen bei der Ansiedlung im Kanton Zürich begleitet, die insgesamt im ersten Geschäftsjahr 126 Arbeitsplätze, in fünf Jahren 334 Arbeitsplätze planen.

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	720.0	818.3	703.5	-114.8	-14.0

Bemerkungen R19 zu B19

- 103.4 Tiefere Anzahl Stellensuchender benötigt weniger Personalressourcen.
- 11.2 Diverse nicht besetzte Stellen, v.a. in den Bereichen Arbeitsbewilligungen und Arbeitsbedingungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	100.5	114.9	100.0	-14.9	-12.9
- Vollzug AVIG	91.9	101.3	89.3	-12.0	-11.9
Aufwand	-148.3	-167.0	-148.1	18.9	11.3
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-92.2	-101.6	-90.1	11.5	11.3
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-31.8	-32.2	-30.9	1.3	4.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-47.8	-52.1	-48.1	4.0	7.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	10.2	10.0	8.9	-1.1	-10.7
Ausgaben	-11.6	-14.6	-14.3	0.3	1.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.5	-4.6	-5.4	-0.8	-17.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.0		Abweichungen total R19 zu B19
1.3		- Tiefere Kantonsbeiträge an den ALV-Fonds
1.1	A1	- Minderaufwände im Bereich Standortförderung aufgrund von Projektverzögerungen
0.9	A4	- Tiefere Beiträge an Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogramme (EG AVIG) für Ausgesteuerte
0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.6	-5.4	-0.8	
- Die erwarteten Rückzahlungen der Wohnbaudarlehen (Einnahmen) basieren auf dem aktuellen Bestand, die Auszahlungen auf der erwarteten Darlehensvergabe.	-4.6	-5.4	-0.8	- Die Rückzahlungen der Wohnbaudarlehen waren rund 10% tiefer als erwartet, weshalb der Saldo um 0.8 Mio. Franken überschritten wurde.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-1334227	126801	0	-1207426	126801

5920 Verkehrsfonds

Die Direktion führte im Sommer des Berichtsjahres bei den Gemeinden, Parteien und weiteren betroffenen Stellen eine Vernehmlassung für eine Gesetzesänderung mit einer Senkung der Mindesteinlage in den Verkehrsfonds auf 55 Mio. Franken durch. Dies erfolgte, weil nicht klar war, ob die Ablehnung der Kürzung der jährlichen Einlage von 70 Mio. auf 25 Mio. Franken für die Jahre 2017 bis 2019 durch die Stimmberechtigten im Jahr 2018 auch als Votum gegen die vom Regierungsrat ursprünglich beantragte Senkung auf 55 Mio. Franken pro Jahr zu verstehen war. Die Mehrheit der Befragten sprach sich gegen die Kürzung aus, weshalb der Regierungsrat auf die entsprechende Änderung im Gesetz verzichtete. Die Einlage in den Verkehrsfonds gemäss §31 des Gesetzes über den öffentlichen Personenverkehr wird nicht gekürzt und bleibt beim aktuellen Mindestbetrag von 70 Mio. Franken pro Jahr.

Im Berichtsjahr wurden sodann die zwei letzten Teilprojekte der 4. Teilergänzungen, das Wendegleis im Bahnhof Herrliberg-Feldmeilen sowie die Kreuzungsstation Tann-Dürnten, in Betrieb genommen. Dies ermöglichte die Einführung der S20 am rechten Zürichseeufer und des Halbstundentakts der S26. Anfang September des Berichtsjahres wurde die erste Etappe der Limmattalbahn zwischen Zürich Farbhof und Schlieren Geissweid planmässig in Betrieb genommen. Die Bauarbeiten an der zweiten Etappe der Limmattalbahn wurden kurz darauf gestartet. Die gesamte Strecke wird im Dezember 2022 eröffnet. Die Planungsarbeiten für die Stadtbahnprojekte Tram Affoltern und die Verlängerung der Glattalbahn vom Flughafen nach Kloten Industrie schritten planmässig voran.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Basis von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	849.0	842.7	849.1	6.3	0.8

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	83.9	88.2	82.7	-5.5	-6.2
- Zinserträge	12.8	12.0	12.7	0.8	6.6
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	70.0	70.0	70.0	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	1.1	6.3	0.0	-6.3	-100.0
Aufwand	-83.9	-88.2	-82.7	5.5	6.2
- Zinsaufwände	-19.0	-19.8	-19.0	0.8	4.0
- Abschreibungen	-64.9	-68.4	-63.7	4.8	6.9
- Einlagen in Bestandeskonto			-0.1	-0.1	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	-0.0	0.0	0.0	100.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	4.5	5.4	0.5	-4.9	-90.9
Ausgaben	-74.3	-102.7	-78.3	24.5	23.8
- Kreditübertragungen		-20.3		20.3	100.0
Saldo	-69.8	-97.3	-77.8	19.6	20.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
4.8	A1	- Abschreibungsaufwände sind tiefer ausgefallen.
1.6	A1	- Höhere Zinserträge und tiefere Zinsaufwände
-6.3	A1	- Tiefere Abschreibungen und die Effekte bei den Zinsen führen zu einer marginalen Fondseinlage (anstelle der budgetierten Fondsentnahme).
-0.1		- Übrige Abweichungen

Volkswirtschaftsdirektion
Leistungsgruppe 5920

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-97.3	-77.8	19.6	
- Durchmesserlinie (Vorlage 3817)	-1.5	-3.7	-2.2	- Die Projektabrechnung wurde auf 2020 verschoben. Die mutmassliche Schlusszahlung wurde transitorisch abgegrenzt.
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-25.5	-13.4	12.1	- Das Projekt steht kurz vor dem Abschluss. Aufgrund sich abzeichnender Minderkosten wurde der Kredit im Berichtsjahr nicht vollständig ausgeschöpft.
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-60.2	-56.7	3.5	- Für die Limmattalbahn wurden im Berichtsjahr nicht alle Mittel aus dem Kreditübertrag des Vorjahres 2018 verwendet.
- Stadtbahnverlängerung Flughafen - Kloten Industrie (Planungsmittel)	-5.0	-1.9	3.1	- Der Projektstart hat sich verzögert, daher wurden im Berichtsjahr weniger Planungsmittel bezogen.
- Tram Affoltern (Planungsmittel)	-4.5	-1.8	2.7	- Das Vorprojekt wurde erst 2018 ausgelöst und konnte günstiger realisiert werden als geplant.
- Tram Rosengarten (Planungsmittel)	-2.0	0.0	2.0	- Die Volksabstimmung über das Tram Rosengarten wurde auf den 9. Februar 2020 festgelegt, daher wurden im Berichtsjahr keine Planungsmittel verwendet.
- Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-2.7	-1.0	1.7	- Im Berichtsjahr wurden weniger Investitionsbeiträge von Gemeinden für Investitionen in Zubringerhaltestellen in Anspruch genommen als geplant.
- Tram Hardbrücke (Vorlage 5046; inkl. Anpassungen Bhf. Hardbrücke)	0.0	0.0	0.0	
- Investitionsbeiträge Infrastruktur SZU/FB (RRB Nr. 1215/2016)	0.0	0.0	0.0	
- Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz (Vorlage 4379)	0.0	0.0	0.0	
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (Planungsmittel)	-0.7	0.0	0.7	- Die Projektierung wurde erst Mitte des Berichtsjahres aufgenommen, daher wurden im Berichtsjahr fast keine Mittel bezogen (Fr. 27 900).
- VBZ: Elektrifizierung Linie 80 (Planungsmittel)	-0.6	0.0	0.6	- Die Projektierung wurde erst Mitte des Berichtsjahres aufgenommen, daher wurden im Berichtsjahr fast keine Mittel bezogen (Fr. 34 700).
- Rückzahlung Bundesdarlehen Glattalbahn, 3. Etappe	4.9	0.0	-4.9	- Die Rückzahlung von Bundesdarlehen für die 3. Etappe der Glattalbahn wurde im Berichtsjahr erwartet, erfolgte aber bereits im Vorjahr.
- Übrige	0.5	0.7	0.2	

5921 Flughafenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	441.0	443.0	445.1	2.1	0.5

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	6.5	6.6	6.6	0.0	0.7
- Zinsertrag	6.5	6.6	6.6	0.0	0.7
Aufwand	-1.7	-4.6	-2.5	2.1	45.4
- Übertrag an Amt für Verkehr (AFV)	-1.5	-1.9	-1.8	0.1	6.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	4.8	1.9	4.1	2.1	110.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.1		Abweichungen total R19 zu B19
2.0	A1	- Weniger Subventionen nach § 3 der ZFI-Verordnung für das Förderprogramm Wohnqualität (1.7 Mio. Franken) und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden (0.2 Mio. Franken)
0.1		- Übrige Abweichungen

5925 Strassenfonds

Aufgaben

A1 Ausweis über die Herkunft der Fondsmittel (vor allem kantonale Verkehrsabgaben sowie Bundesanteile an der LSVA und der Mineralölsteuer) und die Verwendung der Fondsmittel (vor allem Nettoaufwendungen des Tiefbauamtes [TBA, LG 8400] und des strassenbezogenen Teils des Amtes für Verkehr [AFV, LG 5205])

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1299.3	1406.7	1405.4	-1.3	-0.1

Bemerkungen R19 zu B19

- 1.3 Gemessen am Fondsbestand fällt die Abweichung zwischen R19 und B19 geringfügig aus. Der Fondsbestand von 1.41 Mrd. Franken ist seinerseits in Relation zu setzen zur Verpflichtung des Strassenfonds gegenüber den von der Staatskasse vorfinanzierten, noch nicht abgeschrieben Investitionen und Investitionsbeiträgen für Strassenanlagen von rund 1,92 Mrd. Franken. Per Ende des Berichtsjahres besteht eine Nettoverschuldung von rund 510 Mio. Franken, hinzu kommen noch Zusicherungen für noch nicht beanspruchte, vom Kantonsrat und Regierungsrat genehmigte Kredite des Tiefbauamtes und des Amtes für Verkehr. Die entsprechenden Angaben werden im Finanzbericht, Abschnitt «Fonds im Eigenkapital», dargestellt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	444.0	452.7	451.1	-1.7	-0.4
- Buchgewinne (Liegenschaften)	2.1	4.7	4.2	-0.5	-10.7
- Ertrag Mineralölsteuer	37.6	33.0	36.6	3.6	10.8
- Ertrag LSVA	61.3	61.5	60.6	-0.9	-1.5
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	325.1	334.0	330.2	-3.8	-1.1
Aufwand	-341.1	-346.9	-345.0	1.9	0.5
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-6.9	-6.9	-6.9	-0.0	-0.2
- Übertrag an Tiefbauamt	-214.6	-218.5	-218.4	0.0	0.0
- Übertrag an Amt für Verkehr	-100.7	-98.3	-99.5	-1.2	-1.2
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.1	-12.7	-12.7	-0.0	-0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	-3.7	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit		-1.6		1.6	100.0
Saldo	102.9	105.8	106.1	0.2	0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

06

Gesundheits- direktion

Überblick	134
Legislaturziele	135
Bildung (Politikbereich 2)	136
Gesundheit (Politikbereich 4)	136
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	136
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	136
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	136
Finanzierung	137
Übersicht	137
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	137
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	137
Personal- und Lohnstatistik	137
Beschäftigungsumfang	137
Lohnaufwand	137
Anstellungsverhältnisse	138
Parlamentarische Vorstösse	138
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	138
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	138
Leistungsgruppen	139
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	139
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	141
6150 Arzneimittelversorgung	145
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	147
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	149
6400 Psychiatrische Versorgung	151
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	153
6900 Tierseuchenfonds	156

Überblick

Die Gesundheitsdirektion setzt sich für eine hochstehende, sichere und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung, für qualitativ einwandfreie medizinische Dienstleistungen, Heilmittel, Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände sowie für finanziell tragbare Krankenversicherungsprämien ein.

Neue Direktionsvorsteherin und angepasste Organisation

Mit dem Legislaturwechsel im Berichtsjahr erhielt die Gesundheitsdirektion mit Regierungsrätin Natalie Rickli eine neue Vorsteherin. Ferner wählte der Regierungsrat in der Person von Walter Dietrich einen neuen Generalsekretär. Die Organisation der Direktion wurde leicht angepasst. So wurde das bisherige Geschäftsfeld Dienstleistung aufgelöst und die darin enthaltenen Abteilungen Recht, Rechtsmittel sowie Controlling & Logistik in das Generalsekretariat übergeführt. Der Kantonszahnärztliche Dienst – zuvor ebenfalls im Geschäftsfeld Dienstleistung – ist neu dem Geschäftsfeld Medizin angegliedert. Im Übrigen wurde die Struktur der Direktion beibehalten.

Prozess der Verselbstständigung der kantonalen Spitäler abgeschlossen

Seit dem 1. Januar des Berichtsjahres ist die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt. Damit ist der Prozess der Verselbstständigung der vier kantonalen Spitäler abgeschlossen. Ziel dieses Prozesses, der vor 15 Jahren mit den beiden grossen Akutspitälern Universitätsspital Zürich und Kantonsspital Winterthur seinen Anfang nahm, war es, den vier kantonalen Spitälern mehr unternehmerische Freiheit zu geben, dies, weil ihre Leistungen mit der neuen Spitalfinanzierung ab 2012 genau gleich wie bei allen anderen Listenspitalern mittels leistungsbezogener Fallpauschalen abgegolten werden. Vor diesem Hintergrund wurden ihnen auch die im Eigentum des Kantons stehenden Spitalbauten im Baurecht übergeben, sodass sie über die bauliche Weiterentwicklung fortan selbst entscheiden können. Sie müssen aber auch die Finanzierung solcher Vorhaben selber sicherstellen. Alle vier Spitäler verfügen nun über einen Spitalrat, der sich für die strategische Entwicklung der Anstalten verantwortlich zeichnet.

Spitalplanung 2023

Die Spitalplanung 2012, die ab 2008 aufgrund der neuen Vorgaben des Krankenversicherungsgesetzes zur Spitalplanung und -finanzierung (KVG, SR 832.10) erarbeitet worden war und 2012 in Kraft trat, war auf einen Zeitraum von zehn Jahren ausgelegt. Daher erteilte der Regierungsrat der Gesundheitsdirektion am 11. April 2018 den Projektauftrag, die Spitalliste 2012 für Akutsomatik (Spitalleistungen in der Medizin, Chirurgie und Gynäkologie), Rehabilitation und Psychiatrie durch eine neue Spitalplanung auf das Jahr 2022 abzulösen (RRB Nr. 338/2018). Die neuen Spitalisten sollen den Anforderungen des KVG genügen und eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende und langfristig finanzierbare stationäre Versorgung der Zürcher Bevölkerung gewährleisten. Ziel ist es, die gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen, die das Gesundheitswesen beeinflussen und verändern, so gut wie möglich in das Vorhaben einfließen zu lassen. Am 1. Juni 2018 nahm die Gesundheitsdirektion die Arbeiten an der

neuen Spitalplanung auf. Am 6. Mai des Berichtsjahres folgte der Legislaturwechsel, der auch einen Wechsel an der Spitze der Gesundheitsdirektion mit sich brachte. Am 10. Juli beschloss der Regierungsrat, die Spitalplanung 2022 auf 2023 zu verschieben. Nur auf diese Weise konnte sichergestellt werden, dass sich die neue Vorsteherin der Gesundheitsdirektion bezüglich der künftigen Strategie und der Planungsgrundsätze einbringen kann.

Zulassungsstopp eingeführt

Am 13. Dezember führte der Kanton Zürich als viertletzter Kanton den Zulassungsstopp ein (RRB Nr. 1175/2019). Er gilt für Ärztinnen und Ärzte, die ihre Tätigkeit in einer Privatpraxis oder in einer ambulanten ärztlichen Institution ausüben, sofern sie nicht mindestens drei Jahre Vollzeit an einer anerkannten schweizerischen Weiterbildungsstätte gearbeitet haben. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachgebiete, die der Grundversorgung zuzuordnen sind. In den letzten Jahren hatte die Anzahl Berufsausübungsbewilligungen bei den Spezialärztinnen und Spezialärzten stark zugenommen. Der Branchenverband Santésuisse schätzt, dass jede neue Arztpraxis die Prämienzahlerin und den Prämienzahler eine halbe Million Franken pro Jahr kostet. Der Bund plant, alle Kantone auf Mitte 2021 zur Einführung des Zulassungsstopps zu verpflichten.

Konzentration der Lebensmittelkontrolle

Zürich kannte als einziger Kanton sowohl kantonale als auch kommunale Zuständigkeiten im Bereich der Lebensmittelkontrolle. Die Gemeinden übertrugen jedoch ihre kommunalen Aufgaben entweder dem Kantonalen Labor (KLZH), der Stadt Winterthur oder der Stadt Zürich. Die drei Inspektorate vollzogen somit einen Teil der Lebensmittelkontrolle im Auftrag der Gemeinden auf deren Gebiet. Das KLZH trug aber die Hauptverantwortung für den Vollzug des Lebensmittelrechts im Kanton. Zudem war es im ganzen Kanton für bestimmte komplexe Betriebe (z.B. Exportbetriebe) und Aufgaben zuständig. Diese komplexe Zuständigkeitsordnung führte zu langen Kommunikationswegen, grossem Koordinationsaufwand, Verzögerungen und Doppelspurigkeiten. Das 2017 totalrevidierte Lebensmittelrecht des Bundes brachte zudem neue grosse Herausforderungen für sämtliche Beteiligten mit sich.

Die neuen rechtlichen Rahmenbedingungen und die zunehmende Digitalisierung und Internationalisierung des Lebensmittelwesens machten eine Neuordnung der Zuständigkeiten erforderlich. Der Regierungsrat beschloss deshalb im März des Berichtsjahres, dass ab 1. Januar 2020 ausschliesslich die kantonalen Behörden für die Lebensmittelkontrolle zuständig sein werden; die Gemeinden wurden von ihrer bisherigen Verantwortung entbunden (neue Vollzugsverordnung zur Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständengesetzgebung, LS 817.1; RRB Nr. 207/2019). Diese Organisationsform vereinfacht und vereinheitlicht den Vollzug. Durch die zentrale Koordination können Ressourcen effizienter eingesetzt und wichtige Meldungen ohne zusätzliche Schnittstellen bearbeitet und umgesetzt werden. Damit wird die Lebensmittelsicherheit für die Bevölkerung auch in Zukunft und trotz steigenden fachlichen und organisatorischen Anforderungen gewährleistet sein.

Neues Prämienverbilligungsmodell beschlossen

Wie verteilt man eine Milliarde Franken, die jährlich für die Prämienverbilligung zur Verfügung stehen, bedarfsgerecht an Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen? Diese Frage beantwortete der Kantonsrat, indem er am 29. April des Berichtsjahres nach langer Vorbereitungs- und Beratungszeit ohne Gegenstimme das neue Einführungs-gesetz zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG, LS 832.01) verabschiedete und dort das Prämienverbilligungssystem neu regelte, wie es der Regierungsrat beantragt hatte. Die wichtigsten Punkte der Revision sind:

- Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) wird nicht mehr abgestuft nach Einkommensklassen ausgerichtet, sondern nach dem sogenannten Eigenanteilsmodell. Dabei zahlt, vereinfacht dargestellt, eine KVG-versicherte Person einen fixen Anteil von 40% der regionalen Durchschnittsprämie (RDP) sowie einen variablen Teil. Dieser entspricht einem bestimmten Prozentsatz des massgebenden Einkommens. Der Regierungsrat legt den Prozentsatz so fest, dass die Prämienverbilligungsmittel ausgeschöpft werden. Beispiel: Bei einer RDP von Fr. 6000, einem massgebenden Einkommen von Fr. 20000 und einem Eigenanteilsatz von 10% bezahlt eine Person 40% von Fr. 6000 (= Fr. 2400) plus 10% von Fr. 20 000 (= Fr. 2000), also Fr. 4400. Den Rest von Fr. 1600 bekommt sie vom Kanton als IPV.
- Bei jungen Erwachsenen bis 25 Jahre, die sich in Ausbildung befinden, wird die IPV neu unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse ihrer Eltern bestimmt. Leben die Eltern in guten finanziellen Verhältnissen, wird eine junge erwachsene Person in Ausbildung keine IPV mehr bekommen.
- Für die IPV ist grundsätzlich das steuerbare Einkommen massgebend. Gewisse steuerrechtliche Abzüge (z. B. Kos-

ten der Eigenheimrenovation oder Einzahlungen in die 2. Säule) werden aber nicht berücksichtigt.

- Die IPV wird neu ausschliesslich durch die Sozialversicherungsanstalt abgewickelt; die Gemeinden sind nicht mehr involviert und werden so administrativ wesentlich entlastet.

Hundekursobligatorium wird vereinfacht

Einen Hund artgerecht und sicher zu halten, ist anspruchsvoll. Das kantonale Recht und das Bundesrecht schrieben deshalb vor, dass Halterinnen und Halter von Hunden eine theoretische und praktische Ausbildung absolvieren müssen. Auf Ende 2016 wurde die bundesrechtliche Ausbildungsverpflichtung jedoch abgeschafft, wodurch im Kanton Zürich diese Pflicht nur noch nach kantonalem Recht, mithin für grosse oder massige Hunde bestand. Der Kantonsrat wollte auch die kantonale Hundekurspflicht abschaffen. Gegen die entsprechende Änderung des Hundegesetzes wurde aber das Referendum ergriffen. Die Stimmberechtigten lehnten am 10. Februar des Berichtsjahres die Abschaffung der Ausbildungsverpflichtung mit fast 70% der Stimmen deutlich ab. In den Abstimmungserläuterungen hatte der Regierungsrat für diesen Fall in Aussicht gestellt, eine vereinfachte und vom Umfang her reduzierte Ausbildungsverpflichtung rechtlich zu verankern. Einen ersten Schritt zur Umsetzung dieser Zusage machte der Regierungsrat am 17. April des Berichtsjahres, als er dem Kantonsrat eine entsprechende Revision des Hundegesetzes beantragte (Vorlage 5541). Stimmt der Kantonsrat der Vorlage zu (was Ende Berichtsjahr offen ist), wird der Regierungsrat die Ausbildungsverpflichtung für Hundehalterinnen und Hundehalter in der Hundeverordnung neu regeln. Es sind ein Theorieteil von zwei und ein praktischer Teil von sechs Lektionen vorgesehen. Diese Ausbildung soll neu für alle Hunde gelten.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 2.2 Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.

RRZ 2.2b	Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	6000	2019
RRZ 2.2c	Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen	6000	2019

Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 4.1 Die Einflussmöglichkeiten des Kantons auf die kostenrelevanten Faktoren sind identifiziert und werden genutzt.

RRZ 4.1a	Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen	6400	2019
RRZ 4.1b	Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen	6300 6400 6300	2019 2019 2019

RRZ 4.2 Die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich ist optimiert.

RRZ 4.2a	Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren	6000	2019
RRZ 4.2b	Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren	6400 6300	2019 2019
RRZ 4.2c	Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen	6400 6300	2019 2019
RRZ 4.2d	Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren	6400 6300	2019 2019

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 5.2 Die Akzeptanz der Systeme der sozialen Sicherheit ist verbessert.

RRZ 5.2c	Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren	6000	2019
----------	--	------	------

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.

RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	6000	2019
----------	--	------	------

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	6000	2019
-----------	---	------	------

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2h	Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen	6000	2019
-----------	--	------	------

Finanzierung

Übersicht

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	854.0	747.6	767.6	20.0	2.7
Aufwand	-2708.3	-2723.3	-2747.3	-24.0	-0.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1854.3	-1975.6	-1979.7	-4.1	-0.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	37.2	10.0	92.1	82.1	817.7
Ausgaben	-137.8	-4.0	-138.6	-134.5	-3331.0
- Kreditübertragungen		-0.9			
Saldo	-100.5	6.0	-46.4	-52.4	-874.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-4.1		Abweichungen total R19 zu B19
18.4	6700	- Minderaufwand im Bereich IPV aufgrund tieferer Prämien und geringerer Anzahl Bezügerinnen und Bezüger
16.1	6300, 6400	- Geringere Subventionen (weniger eingereichte Projekte, leistungsbezogene Abrechnung statt Pauschale und Solidaritätsbeitrag der GDK-Ost-Kantone)
12.5	6700	- Minderaufwand bei den Prämienübernahmen für Sozialhilfe und EL-Beziehende aufgrund tieferer Prämien und weniger Fälle
7.7	6300	- Gewinnbeteiligung USZ, KSW
6.8	6700	- Tiefere Schlussabrechnungen 2018 betreffend die Prämienübernahme für Sozialhilfe und die Verlustscheine
4.6	6700	- Höhere IPV-Rückerstattungen bei jungen Erwachsenen in Ausbildung
-8.8	6300	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale (v.a. stärkere Leistungsentwicklung)
-9.6	6400	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2013-2019 infolge Bundesgerichts-urteil (keine Kontingentierung von Wahlbehandlungen)
-12.0	6700	- Tieferer Bundesbeitrag infolge tieferer Prämien als geplant
-12.3	6400	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale (stationäre Mehrleistungen und Tarifierhöhungen)
-30.4	6300	- Wertberichtigung Darlehen Kinderspital
2.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-46.4			
- Darlehen KSW und ipw	-94.7			
- Darlehensrückzahlung KSW	75.3			
- Rückzahlung Darlehen aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge	11.0			
- Darlehensrückzahlung PUK	3.1			
- Grund- und Mieterausbau des Neubaus der Kantonsapotheke in Schlieren (Anpassung infolge der Abbildung des Mietvertrages als Finanzleasing)	-41.2			
- Übrige	0.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	904.7	384.2	369.4	-14.9	-3.9
Lohnaufwand (Fr. 1000)					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	12778	12992	13182	190	1.5
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	15254	16083	16339	256	1.6
6150 Arzneimittelversorgung	11751	13324	12329	-995	-7.5
6400 Psychiatrische Versorgung	58823	0	0	0	
Total	98606	42399	41850		

Bemerkungen

6400 Nach der Verselbständigung der ipw sind kein Personal und Lohnkosten mehr auf der Leistungsgruppe.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)		Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000	Steuerung Gesundheitsversorgung	129	80	49	61	68
6100	Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	172	102	70	109	63
6150	Arzneimittelversorgung	150	98	52	111	39
Total		451	280	171	281	170

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
–	Kantonale Volksinitiative «Raus aus der Prämienfalle»	Vorlage 5585 vom 10.12.2019	10.05.2019

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
91/2015	Stärkung der hebammengeleiteten Geburtshilfe (Postulat Monika Wicki, und Judith Anna Stofer, Zürich, sowie Markus Schaaf, Zell)	18.01.2016
211/2018	Fürsorgerische Unterbringungen reduzieren (Postulat Astrid Furrer, Wädenswil, Ruth Frei-Baumann, Wald, und Andreas Daurù, Winterthur)	03.12.2018
44/2019	Individuelle Prämienverbilligungen: Die Regierung muss handeln (dringliches Postulat Esther Straub und Kaspar Bütikofer, Zürich, sowie Lorenz Schmid, Männedorf)	18.03.2019
192/2017	Einführung einer Gebühr für das Aufsuchen einer Notfallabteilung eines Spitals (Motion Daniel Häuptli, Zürich, Ruth Frei-Baumann, Wald, und Lorenz Schmid, Männedorf)	30.09.2019
173/2017	Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf, Andreas Daurù, Winterthur, und Daniel Häuptli, Zürich)	30.09.2019
357/2017	Für eine kostendeckende Finanzierung der Gerontopsychiatrie in Heimen (Postulat Astrid Furrer, Wädenswil, Linda Camenisch, Wallisellen, und Nadja Galliker, Eglisau)	30.09.2019
78/2018	«Peer Audits» zur Indikationsqualität (Postulat Lorenz Schmid, Männedorf)	30.09.2019

6000 Steuerung Gesundheitsversorgung

Die unternehmerische Stärkung der kantonalen Spitäler durch eine Rollenentflechtung in der Public Corporate Governance konnte mit der Verselbstständigung der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) und der Übertragung der jeweiligen Immobilien im Baurecht auf die ipw und auf das Kantonsspital Winterthur (KSW) auf den 1. Januar des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Der Regierungsrat genehmigte die entsprechenden Baurechtsverträge im Herbst (RRB Nrn. 801/2019 und 1176/2019). Anschliessend veranlasste die Gesundheitsdirektion die grundbuchliche Beurkundung.

Die Umsetzung der Nationalen Demenzstrategie 2014–2019 im Kanton Zürich konnte weitestgehend abgeschlossen werden. Der Regierungsrat erteilte der Gesundheitsdirektion in der Folge im April des Berichtsjahres den Auftrag, zusammen mit der Direktion der Justiz und des Innern und der Sicherheitsdirektion sowie weiteren Partnerinnen und Partnern die Gründung einer privatrechtlichen Organisation (Projektname Mäander) konzeptionell vorzubereiten. Deren Aufgabe wird es sein, durch koordinative Tätigkeiten und durch die Initiierung von Praxisprojekten den Zusammenhalt zwischen Menschen mit Demenz und Menschen ohne Demenz zu stärken (RRB Nr. 388/2019).

Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung der Direktionsvorsteherin
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A3 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
- A4 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	3	3	2	-1	-33.3
L2	Erledigte Rekurse	A2	150	55	59	4	7.3
L3	Parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	36	35	31	-4	-11.4
L4	Akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	47	48	47	-1	-2.1
L5	Psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A3	15	15	15	0	0.0
L6	Neu gewährte Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A3	0	1	0	-1	-100.0
L7	Erteilte Bewilligungen zur selbst-/unselbstständigen Berufsausübung	A4	1811	1820	2254	434	23.8
L8	Geführte Beteiligungen	A5	4	4	5	1	25.0
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich, in %	A1, A3	3.7	4	2.4	-1.6	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz, in %	A1, A3	4.0	4	2.7	-1.3	
B3	Nettoaufwand für die Steuerung der Gesundheitsversorgung pro Kopf der Bevölkerung, in Fr.	A3	12.92	14.48	13.09	-1.39	-9.60
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürgern mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.0	8	8.0	0.0	0.0
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber der Gesundheitsversorgung (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.7	8	8.7	0.7	8.7
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1, A3	8.6	8	8.6	0.6	7.5

Bemerkungen

- L7 2009 wurde die Befristung der Berufsausübungsbewilligung auf zehn Jahre eingeführt. Im Berichtsjahr wurde entsprechend viele Erneuerungen erstmalig beantragt.
- L8 Im Vergleich zum Budget ist im Berichtsjahr neben den vier Spitälern USZ, KSZ, PUK und ipw auch die Cantosana AG berücksichtigt

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand bis

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.2c Zusätzliche Studienplätze in der Medizin schaffen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2a Qualität und Effizienz des Zürcher Rettungswesens optimieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.2c Finanzierungsbrüche zwischen den Sozialversicherungssystemen identifizieren und überbrücken. Zielgruppenspezifisch über die Sozialversicherungen informieren

Der Schlussbericht liegt seit Dezember im Entwurf vor. Am Ende des Berichtsjahres befand er sich in der Vernehmlassung. Er soll im ersten Halbjahr 2020 verabschiedet werden. Die Verzögerung ist durch den Vorzug von anderweitigen, nicht aufschiebbaren Arbeiten eingetreten.

Verzögert 2019

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2h Den Aufbau eines elektronischen Patientendossiers im Kanton unterstützen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	96.1	97.8	98.7	0.9	1.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.7	3.4	3.9	0.5	14.7
Aufwand	-23.3	-25.1	-24.0	1.1	4.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-19.6	-21.7	-20.1	1.6	7.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-0.3	-1.1	-0.6	0.5	45.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.3	-1.1	-0.5	0.6	53.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.6		Abweichungen total R19 zu B19
1.1	-	Geringerer Sachaufwand für Dienstleistungen Dritter und Informatik
0.6	-	Minderaufwand aufgrund angepasster Entschädigung für die Klinik für Allgemein-, Behinderten- und Seniorenzahnmedizin sowie tieferer Ausbildungsbeiträge bei den Gesundheitsberufen aufgrund verzögerter Anpassung im Gesundheitsgesetz
0.6	-	Gesteigerte Einnahmen bei den Gebühren im Zusammenhang mit Berufsausübungsbewilligungen
-0.7	-	Erhöhter Personalaufwand aufgrund leicht höheren Beschäftigungsumfangs und pauschaler Kürzung im Budget
0.0	-	Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018		Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018		2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-357450		154393	-100000	-303057	54393

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2019:

Es konnten Einsparungen bei der Beanspruchung von Dienstleistungen Dritter und beim Informatikaufwand erzielt werden.

6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen

Für die Kantonale Heilmittelkontrolle stellten die im Rahmen des Marktzutritts und der Marktüberwachung von Heilmitteln zu erledigenden Aufgaben im Berichtsjahr eine besondere Herausforderung dar. Auf den 1. Januar wurden das teilrevidierte Heilmittelgesetz (SR 812.21) und zwei für den Vollzug grundlegende, totalrevidierte Verordnungen des Bundes in Kraft gesetzt (Arzneimittel-Bewilligungsverordnung, SR 812.212.1, und Arzneimittelverordnung, SR 812.212.21). Gemäss diesen neuen Vorgaben müssen öffentliche Apotheken und Spitalapotheken zwingend über eine Herstellungsbewilligung (Herstellung von nicht zulassungspflichtigen Arzneimitteln) verfügen. Dies war bei der überwiegenden Zahl der Betriebe bereits der Fall. Bei den öffentlichen Apotheken waren die Voraussetzungen für eine Bewilligungserteilung grundsätzlich gegeben. Bei einigen Spitalapotheken mussten die personellen Voraussetzungen von den Betrieben zuerst geschaffen werden. Seit Mitte des Berichtsjahres verfügen alle Betriebe über eine Herstellungsbewilligung. Die Hauptaufgabe des Kantonalen Labors, die Lebensmittelkontrolle, konnte planmässig vollzogen werden. Die Zusammenlegung der drei Lebensmittelinspektorate im Kanton zu einem kantonalen Lebensmittelinspektorat wurde auf Ende des Berichtsjahres abgeschlossen.

Die Neuorganisation bewirkt einen effizienteren, einheitlicheren und für die Lebensmittelbetriebe transparenteren Vollzug. Die damit gewonnenen Ressourcen werden zur Erfüllung der vom Bund den Kantonen zusätzlich auferlegten Aufgaben wie Kontrolle von Tattoo-Shops oder betreffend Fanggebiete bei Fischereierzeugnissen eingesetzt.

Die nationalen Ausrottungs- sowie Bekämpfungsprogramme von Seuchen bei Nutztieren waren wiederum Tätigkeitsschwerpunkte des Veterinäramtes. Da sich die Afrikanische Schweinepest bei Wildschweinen in Europa weiter ausbreitete, galt es spezifische Vorsorgemassnahmen zu treffen. Zudem erfolgte eine Gesamtübung zur Tilgung eines (fiktiven) Vogelgrippebestandes. Bei der Lebensmittelsicherheit waren der korrekte Tierarzneimiteinsatz und die hygienische Primärproduktion Schwerpunkte. Die Anzahl Bewilligungsverfahren, Mängelabklärungen, Massnahmen und die Auskunftsbeglehen zu Heim-, Nutz-, Wild- und Versuchstieren blieben auch im Berichtsjahr hoch. Die Schadenskommission und die Tierschutzkommission kamen ihren gesetzlichen Tätigkeitspflichten nach.

Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien (Betriebs- und Marktkontrollen)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen und sicherer Umgang mit Hunden)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen, Fleischkontrolle und Umgang mit Tierarzneimitteln)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	15330	14900	15405	505	3.4
L2	Inspektionen von Heilmittelbetrieben (min.)	A1	609	610	490	-120	-19.7
L3	Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5536	5400	5481	81	1.5
L4	Mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	12790	12500	12579	79	0.6
L5	Gehaltsanalysen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	7103	6900	7318	418	6.1
L6	Untersuchte Proben des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2, A3	19588	19000	19264	264	1.4
L7	Inspektionen im Chemikalienbereich (min.; Zielwert)	A3	98	100	102	2	2.0
L8	Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht, z.B. für Viehhandelspatente (min.; Zielwert)	A4	581	390	674	284	72.8
L10	Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht, z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (min.; Zielwert)	A5	1856	2155	1811	-344	-16.0
L11	Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (min.; Zielwert)	A5	2440	2240	2736	496	22.1
L12	Durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (min.; Zielwert)	A6	3044	4200	3371	-829	-19.7
L13	Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	187588	185000	176743	-8257	-4.5
B1	Nettoaufwand für Aufsicht und Bewilligungen pro Kopf der Bevölkerung, in Fr.		10.88	12.11	11.35	-0.76	-6.28

Gesundheitsdirektion Leistungsgruppe 6100

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W1 Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel, in % (min.)	A1	79	80	79	-1	
W2 Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleistetester Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A2	92.5	90	93	3	
W3 Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten, in % (min.)	A2	87.3	75	85	10	
W4 Anteil vollständiger Einträge bei der Anmeldung von Chemikalien in das Produktregister, in % (min.)	A3	83	75	87	12	
W5 Tierseuchenfälle mit Untersuchungspflicht (max.)	A4	77	140	67	-73	-52.1
W6 Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind, in %	A5	100	100	100	0	
W7 Gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen (max.)	A5	89	80	97	17	21.3
W8 Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleistetester Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A6	83	70	77	7	

Bemerkungen

- L2 Im Inspektorat standen die erwarteten personellen Ressourcen nicht zur Verfügung (Austritt und Krankheiten).
- L8 Im Vergleich zum Budgetwert werden seit 2018 bei den bewilligungspflichtigen Tätigkeiten auch die Bewilligungen im Zusammenhang mit der künstlichen Besamung von Nutztieren gezählt.
- L10 Weniger Pestsitterbewilligungen als erwartet infolge der geänderten Bundesgesetzgebung, weniger Ausnahmegewilligungen für verbotene Hunderassetypen, weniger Tierversuchbewilligungen infolge zeitaufwendiger Gesuchsbearbeitungen sowie Verzug bei der Bearbeitung von Bewilligungen für belastete gentechnisch veränderte Linien und Mutanten
- L11 Zunahme von Fällen, v.a. bei Hunden, wegen besserer Meldedisziplin und mehr Meldungen von den Gemeinden wegen Ausbildungsmängeln
- L12 Verzicht auf Kontrollen in Kleinstbetrieben wegen Fokussierung von Ressourcen auf Mängelfälle
- L13 Weniger Schlachtungen und somit weniger Fleischkontrollen im Berichtsjahr. Der Wert liegt innerhalb normaler Schwankungen und wieder auf dem Niveau des Jahres 2017.
- W3 Die Hygiene in den Betrieben hat sich nicht zuletzt auch durch die Intensivierung der entsprechenden Kontrollen nachhaltig verbessert.
- W4 Die Neuregistrierung einer erheblichen Anzahl Produkte vonseiten eines einzelnen Unternehmens hat sich auf den Anteil der korrekten Einträge positiv ausgewirkt.
- W5 Insgesamt gute Seuchenlage, trotz erhöhter Bedrohung im internationalen Umfeld.
- W7 Grund für die Zunahme dürfte eine bessere Meldedisziplin sein, neben einer grösseren Anzahl Hunde sowie mehr Fällen mit kleinen Hunden, für die keine Ausbildungspflicht besteht.

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	138.9	140.5	143.2	2.7	1.9

Bemerkungen R19 zu B19

- 2.2 Im Berichtsjahr bewilligte Stellen betreffend die Badewasserkontrollen (kostenneutral)
- 0.8 Projektbezogene Anstellungen eines zusätzlichen Lebensmittelinspektors und einer Lebensmittelkontrolleurin, die vor der Einführung der Vollzugsverordnung zur Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständegesetzgebung (VVLG) die für die amtliche Kontrolle vorgeschriebene Ausbildung absolvieren mussten. Dadurch konnte das zur Durchführung der Betriebskontrollen ab dem 1. Januar 2020 erforderliche, nach den Vorgaben der Bundesgesetzgebung ausgebildete Personal bereitgestellt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10.3	9.8	10.5	0.7	7.6
Aufwand	-26.8	-28.3	-27.9	0.4	1.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-16.5	-18.6	-17.4	1.1	6.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.8	-1.0	-0.9	0.1	9.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.8	-1.0	-0.9	0.1	9.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Minderaufwand bei Abschreibungen und Zinsen
0.2	A2, A3	- Zusätzliche Erträge aus Untersuchungs- und Dienstleistungsaufträgen beim Kantonalen Labor
0.2	A2, A3	- Mehrertrag wegen Aktualisierung der Gebührenordnung zur Verrechnung der effektiven Aufwendungen bei Beanstandungen beim Kantonalen Labor
0.2	A2, A3	- Zusätzliche Einnahmen für die Badewasserkontrollen des Kantonalen Labors
0.1	A3	- Mehrertrag wegen zusätzlicher Aufträge zur Untersuchung von Trinkwasser auf Pestizidrückstände beim Kantonalen Labor
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018		Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018		2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-599388		23091	-10000	-586297	13091

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen 2019:

Fr. 10 000 beim Veterinäramt

Erhöhter Einsatz der Mitarbeitenden, u.a. bei der Aufbereitung der zunehmenden Anzahl Fälle mit auffälligen Hunden

Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Unter den 822 gültigen Bewilligungen (davon 819 mit Einschränkungen erteilt) wurde im Kalenderjahr 2018 folgende Anzahl von Tieren eingesetzt:

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	Toxikologische Prüfung	Krankheits diagnostik	Ausbildung	anderer Zusammen- hang	Total	davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	97 585	10 173	417	306	968	1 326	110 775	21 965
Ratten	3 754	191	128	108	375	123	4 679	2 117
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Meerschweinchen	37	0	0	0	7	0	44	0
andere Nager	0	0	0	62	0	0	62	0
Kaninchen	86	10	0	10	12	15	133	25
Hunde	180	92	0	236	129	66	703	577
Katzen	98	9	0	11	12	70	200	127
Primaten	2	0	0	0	0	83	85	85
Rindvieh	417	0	0	81	783	61	1 342	573
Schafe, Ziegen	125	75	0	1	37	79	317	152
Schweine (einschliess- lich Minipigs)	152	176	0	13	521	81	943	519
Pferde, Esel	9	90	0	33	13	106	251	207
Vögel (einschliesslich Geflügel)	355	8	0	0	180	430	973	650
Amphibien, Reptilien	12	0	0	26	60	0	98	33
Fische	1 633	0	1 484	0	676	198	3 991	1 136
diverse Säuger	2 742	0	0	1	0	0	2 743	1 066
Wirbellose	0	46	0	0	5	0	51	5
Total	107 187	10 870	2 029	888	3 778	2 638	127 390	29 237
in %	84.1	8.5	1.6	0.7	3.0	2.1	100	23.0

2018 wurden 234 Bewilligungen neu erteilt; zwei Gesuche wurden abgelehnt. Zusätzlich wurden 341 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt. Zudem musste eine Bewilligung entzogen werden.

Die Tierversuchskommission bearbeitete alle Gesuche betreffend Tierversuche, in deren Rahmen Tiere Belastungen erfahren. Sie besprach an 12 Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen 42 neue und 29 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad und kontrollierte zweimal alle 42 Versuchstierhaltungen.

6150 Arzneimittelversorgung

Fünf Jahre nach dem Planungsstart und dem Standortentscheid für Schlieren konnte Anfang Februar des Berichtsjahres mit dem Umzug der Abteilung Herstellung Steril die zweijährige Umzugsphase der Kantonsapotheke Zürich (KAZ) in das neue Herstell- und Logistikzentrum Schlieren abgeschlossen werden. Nach Jahren grosser Mehrbelastung durch Projekt- und Aufbauarbeiten parallel zum Tagesgeschäft hat sich der Fokus der Tätigkeiten auf die Konsolidierung und die Prozessoptimierung am neuen Standort verschoben. Am 1. März führte die Kantonsapotheke mit Verfügung der Gesundheitsdirektion ein neues, vollkostenbasiertes und leistungsbezogenes Preismodell ein. Damit kann neu für die Spitäler transparent dargelegt werden, welche Leistungen welche Kosten verursachen bzw. wo entsprechende Kosten anfallen.

Im April des Berichtsjahres wurde die KAZ durch die International Society of pharmaceutical Engineering zur Gewinnerin

des Facility of the Year Awards 2019 gekürt. Die KAZ hat damit als erste Spitalapotheke überhaupt die weltweit begehrteste Auszeichnung der pharmazeutischen Industrie gewonnen. Mit dem Preis wurde die Kantonsapotheke für ihre Leistungen im Zusammenhang mit dem Neubauprojekt Schlieren, für ihre zukunftsweisenden Innovationen, die grosse und rasche Transformation und die Einhaltung der industriellen (GMP) Qualitätsanforderungen im Bereich der patientenindividuellen Arzneimittelherstellung ausgezeichnet.

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat den Verkauf der KAZ an das Universitätsspital Zürich (Vorlage 5481). Mit Beschluss Nr. 845/2019 legte er den Verkaufspreis und die Modalitäten fest. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Kantonsrates steht am Ende des Berichtsjahres bei der 1. Lesung des für den Verkauf erarbeiteten Gesetzes.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten, sicheren, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen pharmazeutischen Versorgung und der damit verbundenen Dienstleistungen inkl. Arzneimittelbeschaffung des USZ, des KSW, der psychiatrischen Kliniken (PUK, ipw) und weiterer Krankenhäuser und kantonaler Betriebe
- A2 Herstellung von nicht auf dem Markt erhältlichen und patientenspezifischen Arzneimitteln
- A3 Sicherstellung der Vorhalteleistungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln bei Notfallsituationen und akuten Einzel- oder Grossereignissen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Ausgelieferte Bestellpositionen	A1	824036	807000	788274	-18726	-2.3
L2	Gelagerte/bewirtschaftete Arzneimittel	A1	3867	4500	4754	254	5.6
L3	Hergestellte Abgabeeinheiten sterile Arzneimittel	A2	242223	270000	209565	-60435	-22.4
L4	Hergestellte Abgabeeinheiten feste Arzneimittel	A2	78770	46500	122234	75734	162.9
L5	Hergestellte Abgabeeinheiten flüssige Arzneimittel	A2	10760	11800	15737	3937	33.4
L6	Hergestellte Abgabeeinheiten halb feste Arzneimittel	A2	24981	23000	21809	-1191	-5.2
L7	Hergestellte Abgabeeinheiten Rezepturen	A2	72516	70000	49912	-20088	-28.7
L8	Hergestellte Zytostatika/Chemotherapien	A2	41239	39000	42570	3570	9.2
L9	Chemische und mikrobiologische Analysen/Qualitätskontrollen	A2	9316	7800	8472	672	8.6
L10	(Unterstützte) klinische Studien	A1, A2	90	100	75	-25	-25.0
L11	Lagerwert des Bestandes für Vorhalteleistungen, in % des Gesamtbestandes per 31.12. (min.; Zielwert)	A3	6	5	6	1	
B1	Kostendeckungsgrad der Arzneimittelversorgung (Verhältnis Ertrag zu Aufwand), in %	A1, A2, A3	98	100	100	0	
W1	Kundenzufriedenheit in Punkten aus maximal 100 Punkten (min.)	A1, A2, A3					
W2	Kritische Mängel bei Inspektionen (max.)	A1, A2	1	0	4	4	
W3	Fehllieferungsquote, in % der Anzahl Lieferpositionen (max.)	A1, A2, A3	0.08	0.01	0.01	0.00	
W4	Essenzielle Arzneimittel mit Verbrauchsabdeckung von mindestens zwei Monaten (Vorhalteleistungen; min.)	A3	140	150	126	-24	-16.0

Bemerkungen

- L1 Der Rückgang der Anzahl Bestellpositionen ist einerseits auf einen Rückgang des Bestellvolumens und andererseits auf die Optimierung des Bestellverhaltens auf Kundenseite nach Einführung des neuen Preismodells zurückzuführen.
- L2 Die Lagerhaltung richtet sich nach dem Bestellverhalten bzw. dem Bedarf der Spitäler.
- L3 Zu Beginn des Berichtsjahres wurde die sterile Herstellung nach Schlieren verlegt. Durch das Hochfahren der Produktion am neuen Standort waren die Herstellkapazitäten im Berichtsjahr noch reduziert.
- L4 Erhöhtes Produktionsvolumen durch Studien mit hoher Anzahl Kapseln
- L5, L6, Die Herstellung richtet sich nach gesteigerter oder verringerter Nachfrage der Kundinnen und Kunden.
- L7
- L8 Die Anzahl Chemotherapien war auch im Berichtsjahr weiter zunehmend.

- L9 Erhöhte Anzahl Analysen und Kontrollen im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der sterilen Herstellung in Schlieren
- L10 Im Berichtsjahr wurden weniger Anfragen für Studien eingereicht.
- W1 Die Umfrage erfolgt erst wieder 2020.
- W2 Anlässlich der Inspektion durch die Kantonale Heilmittelkontrolle wurden vier kritische Mängel bei den Arzneimittelprozessen in den Spitälern festgestellt.
- W4 Anpassung des Sortiments an die aktuellen Bedürfnisse in Zusammenarbeit mit dem Kantonsärztlichen Dienst

Entwicklungsschwerpunkte

6150 4b Überprüfung der Trägerschaft der Kantonsapotheke

Der Regierungsrat hatte das Gesetz über die Verselbstständigung der Kantonsapotheke Zürich (VKG) bereits am 11. Juli 2018 zuhänden des Kantonsrates verabschiedet. Im Berichtsjahr legte er den Verkaufspreis und die Modalitäten für den Verkauf fest. Das VKG war Ende des Berichtsjahres in parlamentarischer Beratung.

Stand bis
Verzögert 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	120.2	145.9	127.4	-18.5	-12.7

Bemerkungen R19 zu B19

- 18.5 Die Kantonsapotheke weist durch die hohe Belastung eine erhöhte Fluktuationsrate auf. Zudem herrscht bei vielen Funktionen ein grosser Fachkräftemangel, sodass das Wiederbesetzen von Stellen teilweise mehrere Monate in Anspruch nimmt.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	198.8	198.7	213.4	14.7	7.4
Aufwand	-203.3	-196.4	-214.2	-17.8	-9.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.5	2.3	-0.8	-3.1	-137.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.7	-2.0	-42.1	-40.1	-2048.8
- Kreditübertragungen		-0.9		0.9	100.0
Saldo	-0.7	-2.0	-42.1	-40.1	-2048.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.1		Abweichungen total R19 zu B19
15.4		- Höhere Erträge durch Medikamentenbezüge der Spitäler
2.6		- Minderaufwand aufgrund der angepassten Abbildung des Mietvertrages mit der Gewerbe- und Handelszentrum AG Schlieren (GHZ) als Finanzleasing
1.5		- Minderaufwand beim Personal aufgrund des tieferen Beschäftigungsumfanges
-0.8		- Mehraufwand bei den Personalkosten infolge geringeren Abbaus von Rückstellungen und zusätzlicher temporärer Mitarbeitenden
-20.3		- Mehraufwand bei der Medikamentenbeschaffung bedingt durch das höhere Bestellvolumen
-1.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.0	-42.1	-40.1	
- Grund- und Mieterausbau des Neubaus in Schlieren	0.0	-41.2	-41.2	- Anpassung infolge der Abbildung des Mietvertrages mit der GHZ als Finanzleasing
- Übrige	-2.0	-0.9	1.1	

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2018		(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
plus Bildung 2018	2019		2019	
-221	0	0	-221	0

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Das erhöhte Masernrisiko Anfang des Berichtsjahres konnte in Zusammenarbeit mit Ärztinnen und Ärzten gut bewältigt werden: Trotz Fällen an Universität und ETH und in privaten Grossunternehmen gelang es, eigentliche Masernausbrüche zu verhindern.

Dem Hitzesommer konnte gemeinsam mit der Stadt Zürich und den anderen Gemeinden erfolgreich begegnet werden. Die kantonalen Aktionsprogramme zur Bewegung und Ernährung, zur psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen sowie bei älteren Personen wurden weiterentwickelt.

Der Präventionstag widmete sich dem Thema «Jugendliche unter Druck?», die Forumsveranstaltungen befassten sich mit «Achtsamkeit» und «Gesundheitskompetenz».

Im Bereich der Suchtprävention wurde eine Fachtagung zum Thema «Kinder aus suchtbelasteten Familien» durchgeführt. Der Stand von Prävention & Gesundheitsförderung Kanton Zürich an der Präventionsmesse im Hauptbahnhof stiess auf grosses Interesse. Gemeinsam mit der Stadt Zürich wurden vertiefende Untersuchungen in Angriff genommen, um die Aktivitäten zum Thema «HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten» gezielter ausrichten zu können.

Im Rahmen der Pandemievorbereitung wurden Gemeinden sowie Gesundheitsinstitutionen über die überarbeiteten Empfehlungen zur betrieblichen Vorbereitung einschliesslich Vorratshaltung informiert. Beim Bevölkerungsschutz war zudem die Vorbereitung des Gesundheitswesens auf Terrorszenarien ein Schwerpunkt.

Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung, inkl. Prüfung der Wirtschaftlichkeit (min.; Zielwert)	A1	1	0	0	0	
L2	Bulletins «Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (min.; Zielwert)	A1, A2	2	2	2	0	0.0
L3	Kommunikationseinheiten (Inserate, Radiospots, Plakate usw.) Prävention und Gesundheitsförderung (min.; Zielwert)	A2	185	100	154	54	54.0
L4	Öffentliche Präventionsveranstaltungen (min.; Zielwert)	A2	3	3	3	0	0.0
L5	Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (min.; Zielwert)	A3	89	80	78	-2	-2.5
L6	HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (min.; Zielwert)	A3	2244	2000	1958	-42	-2.1
L7	HPV-Impfungen (min.; Zielwert)	A3	17500	15000	20000	5000	33.3
L8	Magazine für Suchtprävention «laut & leise» (min.; Zielwert)	A4	3	3	3	0	0.0
L9	Von regionalen Suchtpräventionsstellen beratene Personen (min.; Zielwert)	A4	24676	24000	32040	8040	33.5
L10	Verteilte Informationsmaterialien (Broschüren, Kleinplakate, Jugendschutzbündel usw.) zur Suchtprävention (min.; Zielwert)	A4	276493	450000	304340	-145660	-32.4
B2	Nettoaufwand für die Prävention und Gesundheitsförderung pro Kopf der Bevölkerung, in Fr.		4.78	5.5	4.28	-1.22	-22.18
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampagne kennt, in % (min.)	A2	51	50	51	1	
W2	Besuche auf den von Gesundheitsförderung und Prävention (EBPI) betriebenen Webseiten (min.)	A2, A4	84935	90000	100429	10429	11.6
W3	Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten (max.)	A2	3427	4000	3461	-539	-13.5
W4	Todesfälle wegen Krebs (max.)	A2	2799	2800	2781	-19	-0.7
W5	Selbsttötungen (max.)	A2	204	185	174	-11	-5.9
W6	Tuberkulose-Neuerkrankungen (max.)	A3	98	130	103	-27	-20.8
W7	Aids-Neuerkrankungen (max.)	A3	21	30	27	-3	-10.0
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen, in % (min.)	A3	91	90	91	1	
W9	Anteil 15-Jähriger mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum, in % (max.)	A4	11.3	16	9.2	-6.8	

Bemerkungen

- L3 Zusätzliche Schaltung der Hitzespots während der heissen Sommertage
- L7 Anstieg der Impfrate, insbesondere Knaben werden vermehrt geimpft.
- L9 Die Nachfrage nach Beratung und Schulung zur Suchtprävention ist gestiegen.
- L10 Wie bereits im Vorjahr wurde im Berichtsjahr der digitale Versand von Informationsmaterial stärker genutzt.
- W2 Grössere Bekanntheit der Webseite von Prävention und Gesundheitsförderung Zürich und erhöhte Nutzung der Selbsttests von www.suchtpraevention-zh.ch

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

6200 4a Schwerpunktprogramm im Bereich der psychischen Gesundheit

Das von Gesundheitsförderung Schweiz mitfinanzierte Programm rund um die psychische Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen konnte erfolgreich um Angebote im Früh- und im Freizeitbereich erweitert werden. Die gemeinsam mit den Kantonen der Deutschschweiz entwickelte und von Gesundheitsförderung Schweiz finanzierte Kampagne «Wie geht's Dir?» wurde im Kanton verstärkt. Bewährte Projekte des direktionsübergreifenden Schwerpunktprogramms zur Suizidprävention wurden weitergeführt und um bedarfsorientierte Massnahmen ergänzt. Die bestehenden Kampagnen zur Suizidprävention für junge Erwachsene und Erwachsene im mittleren Lebensalter wurden weiterhin zielgerichtet eingesetzt. Diese Massnahme wird gemeinsam mit den Leistungsgruppen 3100 (Kantonspolizei), 3500 (Sozialamt), 7001 (Bildungsplanung Projekt Gewalt) und 8700 (Immobilienamt) umgesetzt. Da eine Weiterführung dieser Massnahme als sinnvoll erachtet wurde, wurde sie bis 2022 verlängert.

Abgeschlossen 2019

6200 4b Projekt «Hopp Zürich» (langfristiges Projekt für eine Zürcher Gesundheitsplattform, Health of population project Zurich).

Der vom Regierungsrat beantragte Projektkredit von 20 Mio. Franken verteilt auf zehn Jahre war vom Kantonsrat bereits 2018 abgelehnt worden.

Verzicht 2027

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	4.2	4.2	5.4	1.2	30.0
Aufwand	-11.4	-11.6	-12.0	-0.4	-3.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-7.2	-7.4	-6.6	0.9	11.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.9		Abweichungen total R19 zu B19
0.4		- Geringere Beiträge an private Präventionsstellen (Rückerstattungen aus Schlussabrechnungen 2017 und 2018 sowie überarbeitete Vereinbarungen als Reaktion auf Budgetkürzung 2017)
0.3		- Unterstützungsbeitrag von Gesundheitsförderung Schweiz für das Schwerpunktprogramm Prävention und Gesundheitsförderung im Alter (Beitragszusicherung mit RRB Nr. 1235/2018 erfolgte erst nach der Budgetierung).
0.2		- Minderaufwand bei den Schwerpunktprogrammen Suizidprävention und Prävention und Gesundheitsförderung im Alter aufgrund der Verzögerung einzelner Projekte
0.0		- Übrige Abweichungen

6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Hauptaufgabe der Gesundheitsdirektion ist die Gewährleistung einer bedarfsgerechten, hochstehenden und wirtschaftlich tragbaren Gesundheitsversorgung für die Zürcher Bevölkerung. Dass sie dabei auf dem richtigen Weg ist, zeigt die jährliche Bevölkerungsbefragung: Im Berichtsjahr waren die Zürcherinnen und Zürcher mit der Gesundheitsversorgung wiederum sehr zufrieden, und sie fühlten sich gut abgesichert. Um diese gute Versorgung langfristig aufrechtzuerhalten, wurden im Berichtsjahr verschiedene Massnahmen ergriffen oder weitergeführt: Per 1. Januar wurden die von der Gesundheitsdirektion definierten Mindestfallzahlen pro Operateurin und Operateur erfolgreich eingeführt. Darüber hinaus konnte hinsichtlich der Kostendämpfungsmassnahme «ambu-

lant vor stationär» ein deutlicher Rückgang der stationären Fallzahlen innerhalb der vom Kanton definierten Liste ambulant durchzuführender Behandlungen verzeichnet werden. Ebenso stellte der Regierungsrat mit der Verschiebung der Spitalplanung 2022 auf 2023 (RRB Nr. 695/2019) sicher, dass eine langfristige Strategie für eine zeitgemässe, qualitativ hochstehende und wirtschaftliche Spitalversorgung erarbeitet werden kann. Schliesslich hat der Regierungsrat per 13. Dezember die Anwendung der Zulassungsbeschränkung für die im ambulanten Bereich tätige Ärzteschaft beschlossen (RRB Nr. 1175/2019). Dadurch soll die Anzahl Praxisneueröffnungen gesenkt und das Kostenwachstum im ambulanten Bereich gedämpft werden.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	202233	209600	205587	-4013	-1.9
L2	Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg. (max.; Zielwert)	A1	5.5	5.7	5.2	-0.5	-8.8
L3	Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich (min.; Zielwert)	A1	35685	37800	36370	-1430	-3.8
L4	Reha: Stationäre Pflage tage KVG ZH, IV ZH	A2	272961	264800	283378	18578	7.0
L5	Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg. (max.; Zielwert)	A2	23.7	24.6	24.2	-0.4	-1.6
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharzt titel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	1783	1750	1734	-16	-0.9
B2	Somatik: Referenztarif, nicht universitäre Spitäler, in Fr.	A1	9547	9547	9652	105	1.1
B1	Somatik: Subventionen pro Kopf der Bevölkerung, in Fr. (max.)	A1	26.1	32	25.7	-6.3	-19.7
W1	Beurteilung der Spitalbetreuung: Anteil zufriedene und sehr zufriedene Patienten, in % (min.)	A1, A2	84	80	84	4	
W2	Anteil Zürcher Reha-Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A2	30	36	31	-5	
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit, in % (min.)	A1, A2		95			

Bemerkungen

L1, L2, Hochrechnung; die definitiven Werte des Berichtsjahres liegen Mitte 2020 vor.
L3, L4,
L5, L6,
W2

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand bis
Abgeschlossen 2019

RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	33.8	3.2	17.8	14.6	451.7
Aufwand	-1250.0	-1302.3	-1335.1	-32.7	-2.5
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-39.6	-49.8	-39.5	10.3	20.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1216.1	-1299.1	-1317.3	-18.2	-1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	37.1	7.9	89.0	81.1	1029.9
Ausgaben	-85.9	0.0	-75.6	-75.6	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-48.8	7.9	13.4	5.5	69.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-18.2 Abweichungen total R19 zu B19

- 10.3A1, A2, RRZ - Geringere Subventionen (weniger eingereichte Projekte, leistungsbezogene Abrechnung statt Pauschale und Solidaritätsbeitrag der GDK-Ost-Kantone)
- 4.2c
- 7.7 A1 - Gewinnbeteiligung USZ, KSW
- 8.8A1, A2, RRZ - Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale (v.a. stärkere Leistungsentwicklung)
- 4.1a, RRZ
- 4.1b
- 30.4 A1, A2 - Wertberichtigung Darlehen Kinderspital
- 3.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen total

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	7.9	13.4	5.5	
- Rückzahlung Darlehen	6.4	11.0	4.6	- Schnellere Rückzahlung von Darlehen aus der Umwandlung altrechtlicher Investitionsbeiträge
- Übrige	1.5	2.4	0.9	

6400 Psychiatrische Versorgung

Die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) wurde per 1. Januar verselbständigt, wodurch die strategische Führung an den neu eingesetzten Spitalrat überging und die Immobilien ins Eigentum der ipw übertragen wurden. Damit verfügt nun auch die ipw über einen grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum und über die gleichen Rahmenbedingungen wie die anderen kantonalen Spitäler. Im Rahmen der Spitalplanung 2023 hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr die der Planung zugrunde liegende Leistungsgruppensystematik weiterentwickelt, um eine bessere Abbildung des Leistungsangebots und somit eine gezieltere Steuerung zu ermöglichen. Darüber hinaus prüft sie im Zuge des Strategieentwicklungsprozesses zur Spitalplanung 2023 das Potenzial an ambulant substituierbaren Behandlungen.

Die Ergebnisse werden voraussichtlich im Laufe des Jahres 2020 vorliegen.

Sodann hat die Gesundheitsdirektion im Berichtsjahr eine Monitoringgruppe zur psychiatrischen Versorgung in der Stadt Zürich ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Schnittstellen zwischen den einzelnen Akteuren der Versorgungslandschaft zu optimieren. Auch wurde der Leistungseinkauf von verschiedenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen oder Innovationsprojekten erarbeitet, unter anderem zur Intensivbehandlung von frühkindlichem Autismus, in der Patientennachsorge zur Reduktion des Suizidrisikos sowie – im Bereich der Tageskliniken – zur spezialisierten Behandlung von Personen mit Essstörungen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Stationäre Patientenaustritte KVG ZH, IV ZH	A1	14500	16300	15189	-1111	-6.8
L2	Stationäre Pflgegetage KVG ZH, IV ZH	A1	463500	469000	472686	3686	0.8
L3	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg. (max.; Zielwert)	A1	31.6	28.6	31.1	2.5	8.7
L4	Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken, in Mio. Taxpunkten	A2	40.2	47	43.6	-3.4	-7.2
L5	Betreuung in Tageskliniken, in Tg.	A2	69900	74000	70800	-3200	-4.3
L6	Assistenzärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharzttitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	225	235	213	-22	-9.4
B2	TARPSY Referenztarif Erwachsene, in Fr.	A1	758	758	757	-1	-0.1
B1	Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Kopf der Bevölkerung, in Fr. (max.)	A1, A2	24	26	22.2	-3.8	-14.6
W1	Anteil Zürcher Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A1	88	90	88	-2	-2.2
W2	Verhältnis der ambulanten Patientenaustritte zu allen Austritten KVG ZH, IV ZH, in % (min.)	A1, A2	68	63	68	5	7.9
W3	Anteil Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit, in % (min.)	A1, A2		95			-100.0

Bemerkungen

L2, L3, Hochrechnung; die definitiven Werte des Berichtsjahres liegen Mitte 2020 vor.

L4, L5,

L6,

W1,

W2

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4.1a Grundlagen zur Effizienzbeurteilung schaffen, Kostentreiber und -senker identifizieren, Einflussmöglichkeiten des Kantons evaluieren und nutzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand bis
Abgeschlossen 2019

RRZ 4.1b Eine wirksame Kontrolle der Leistungen und Finanzflüsse weiterentwickeln und nachhaltig sicherstellen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2b Versorgungsstrukturen und -prozesse qualitätsorientiert optimieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2c Integrierte Versorgungs- und ganzheitliche Finanzierungsansätze unterstützen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 4.2d Infrastrukturen bedarfsorientiert planen und nachhaltig finanzieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	549.5	0.0		0.0	0.0

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	103.5	0.6	1.1	0.5	75.5
Aufwand	-319.3	-223.6	-239.7	-16.1	-7.2
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-36.7	-39.7	-34.1	5.6	14.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-215.8	-223.0	-238.6	-15.6	-7.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.1	2.2	3.1	0.9	42.2
Ausgaben	-50.0	0.0	-19.4	-19.4	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-49.9	2.2	-16.3	-18.5	-853.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-15.6		Abweichungen total R19 zu B19
	3.9A1, A2, RRZ 4.2c	- Geringere Subventionen 2019 aufgrund leistungsbezogener Abrechnung statt Pauschale
	1.7A1, A2, RRZ 4.2c	- Geringere Subventionen 2018 aufgrund leistungsbezogener Schlussabrechnung
-9.6	A1, RRZ 4.1a, RRZ 4.1b	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale 2013-2019 infolge der Bundesgerichtsurteile zur psychiatrischen Klinik Aadorf und der Clinica Holistica Engiadina in Susch (keine Kontingentierung von Wahlbehandlungen)
-12.3	A1, RRZ 4.1a, RRZ 4.1b	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale (stationäre Mehrleistungen und Tarifierhöhungen)
0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	2.2	-16.3	-18.5	
- ipw, Vermögensübertragung per 1.1.2019	0.0	-19.4	-19.4	- Darlehen im Rahmen der Vermögensübertragung an die ipw
- Darlehensrückzahlungen PUK	2.2	3.1	0.9	- Höhere jährliche Amortisationsrate aufgrund kürzerer Laufzeit
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019
-10056002	10056002	0	0
			Veränderung Bestand
			10056002

Bemerkungen

Die ehemaligen Rücklagen der Psychiatrischen Universitätsklinik (PUK) im Umfang von 7.1 Mio. Franken und der Integrierten Psychiatrie Winterthur - Zürcher Unterland (ipw) im Umfang von 2.9 Mio. Franken wurden nach der Verselbstständigung aufgelöst.

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Der Kanton Zürich richtete im Berichtsjahr an rund 395 000 Personen oder rund 26% der Versicherten Beiträge an Krankenkassenprämien aus. Rund 318 000 Personen wurden individuelle Prämienverbilligungen (IPV) gewährt.

Gemäss § 17 des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG, LS 832.01) muss der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung mindestens 80% des mutmasslichen Bundesbeitrages betragen. Entsprechend hat der Regierungsrat den Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligung im Berichtsjahr auf 402,2 Mio. Franken (Vorjahr: 383 Mio. Franken) festgesetzt (RRB Nr. 878/2018).

Auf Antrag des Regierungsrates beschloss der Kantonsrat am 29. April des Berichtsjahres ein neues EG KVG (Vorlage 5313). Damit wird das bisherige Stufenmodell zur Bestimmung der IPV durch ein einkommensproportionales System ersetzt: Neben einem Sockelbeitrag haben die Versicherten einen vom Regierungsrat zu bestimmenden Prozentsatz ihres Einkommens für die Krankenkassenprämien aufzuwenden (sogenannter Eigenanteil). Der Rest – die IPV – wird vom Kanton übernommen. Bei jungen Erwachsenen in Ausbildung wird neu die finanzielle Situation der Eltern berücksichtigt. Die Durchführung der IPV erfolgt neu ausschliesslich durch die Sozialversicherungsanstalt. Es ist vorgesehen, dass das neue Gesetz erstmals für die IPV 2021 zur Anwendung kommen wird.

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet in der obligatorischen Krankenversicherung individuelle Prämienverbilligungen (IPV) an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1 bis KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungsbeziehenden (EL-Beziehenden) übernimmt der Kanton die regionalen Durchschnittsprämien.
- A3 Bei den Sozialhilfe Beziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	26	29	26	-3	
L2	Anteil der Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	34	35	34	-1	
L3	Kantonsbeitrag, in % des Bundesbeitrags (min.; Zielwert)	A1, A2, A3, A4	78	80	76	-4	
L4	IPV beziehende Personen (min.; Zielwert)	A1	324 900	366 000	317 900	-48 100	-13.1
L5	EL-Bezüger mit Prämienverbilligung (min.; Zielwert)	A2	56 800	58 500	57 900	-600	-1.0
L6	Sozialhilfebezüger mit Prämienübernahme (min.; Zielwert)	A3	58 500	61 500	59 300	-2 200	-3.6
L7	Betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	23 400	23 900	23 400	-500	-2.1
L8	Anteil des steuerbaren Einkommens zur Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil), in %	A1					
B1	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeiteten Bezugsberechtigten bei der IPV, in Fr. (max.)	A1	22	15	27	12	80.0
B2	Vollzugaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffenen Versicherten mit Verlustschein, in Fr. (max.)	A4	17	14	22	8	57.1
W1	Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien, in Mio. Franken (ohne Verlustscheine und ohne Vollzugsentschädigung an die SVA) (min.)	A1, A2, A3	811	878	837	-41	-4.7
W3	Anteil der durchschnittlichen IPV an der Bruttoprämie beim Haushalttyp alleinstehende/r Erwachsene/r, in % (min.)	A1	22	18	24	6	
W4	Anteil der durchschnittlichen IPV an der Bruttoprämie beim Haushalttyp Alleinerziehende/r mit einem Kind, in % (min.)	A1	35	30	37	7	
W5	Anteil der durchschnittlichen IPV an der Bruttoprämie beim Haushalttyp zwei Erwachsene mit zwei Kindern, in % (min.)	A1	33	30	34	4	

Gesundheitsdirektion Leistungsgruppe 6700

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W7 Verhältnis der Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) zum verfügbaren Einkommen beim Haushaltstyp alleinstehende/r Erwachsene/r, in % (max.)	A1	13.2	13	13.2	0.2	
W8 Verhältnis der Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) zum verfügbaren Einkommen beim Haushaltstyp Alleinerziehende/r mit einem Kind, in % (max.)	A1	8.9	10	8.9	-1.1	
W9 Verhältnis der Prämienbelastung (nach IPV-Abzug) zum verfügbaren Einkommen beim Haushaltstyp zwei Erwachsene mit zwei Kindern, in % (max.)	A1	13.7	13.5	13.5	0.0	

Bemerkungen

- L1, L4 Bei der Festlegung der IPV 2015, 2016 und 2017 wurden die an die Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten Rückerstattungen für zu hohe Prämienberechnungen der Krankenkassen als IPV teilweise oder vollständig angerechnet, was zu Kürzungen der IPV-Beträge führte. Nach der Beendigung des Rückerstattungsprogramms des Bundes mussten die Prämienverbilligungen 2018 auf ihr ursprüngliches Niveau heraufgesetzt werden. Unter Berücksichtigung der dadurch entstandenen Kosten wurden die Berechtigungsgrenzen für Alleinstehende und Alleinerziehende gesenkt. Zudem nahm die Anzahl der IPV-Beziehenden gegenüber 2018 bei gleich gebliebenen Berechtigungsgrenzen um insgesamt 2% ab.
- L3 Die Unterschreitung des Budgetwertes ist insbesondere auf zu hohe Abgrenzungen betreffend das Jahr 2018 zurückzuführen, die im Berichtsjahr eine entsprechende Entlastung der Rechnung und damit den tieferen Kantonsbeitrag zur Folge haben. Darüber hinaus haben zunehmende Rückerstattungen bei jungen Erwachsenen in Ausbildung und eine tiefere Anzahl Bezügerinnen und Bezüger, als in den drei Bereichen IPV, EL und Sozialhilfe geplant, zum tieferen Kantonsbeitrag beigetragen.
- B1 Der Anstieg des Indikators ist auf die Vorarbeiten zur Umsetzung der EG-KVG-Reform zurückzuführen.
- B2 Der höhere Indikatorwert lässt sich mit stark steigenden Betriebsanzeigen der Krankenkassen erklären.
- W1 Der im Vergleich zum Budget tiefere Wert ist primär auf tiefere Prämien als vorgesehen zurückzuführen. Weitere Gründe sind die Auflösung von transitorischen Abgrenzungen, zunehmende Rückerstattungen bei jungen Erwachsenen in Ausbildung sowie eine tiefere Anzahl von unterstützten Personen im Vergleich mit den Budgetwerten.
- W3, W4 Die starke Zunahme gegenüber den Budgetwerten steht im Zusammenhang mit der Herabsetzung der Berechtigungsgrenzen 2018 für Alleinstehende und Alleinerziehende. Die relativ tiefen IPV-Beiträge aus den aufgehobenen Einkommensklassen fliessen seit 2018 nicht mehr in die Berechnung des Durchschnitts ein, was den Indikatorwert entsprechend erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	499.8	527.8	515.5	-12.3	-2.3
- Bundesbeitrag	482.1	510.0	498.0	-12.0	-2.3
Aufwand	-874.2	-935.8	-894.3	41.5	4.4
- Entschädigung SVA	-7.6	-5.9	-9.0	-3.1	-51.8
- Individuelle Prämienverbilligung	-398.4	-431.5	-407.4	24.1	5.6
- Prämienübernahme EL	-283.4	-305.8	-300.0	5.8	1.9
- Prämienübernahme Sozialhilfe	-129.6	-139.9	-129.5	10.4	7.4
- Kantonsanteil Verlustscheine	-55.1	-52.7	-48.4	4.3	8.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-374.4	-408.0	-378.8	29.2	7.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
29.2		Abweichungen total R19 zu B19
18.4	A1	- Minderaufwand im Bereich IPV aufgrund tieferer Prämien und geringerer Anzahl Bezügerinnen und Bezüger
6.7	A3	- Minderaufwand bei den Prämienübernahmen für Sozialhilfe Beziehende aufgrund tieferer Prämien und weniger Fälle
5.8	A2	- Minderaufwand im Bereich Prämienübernahme für EL-Bezügerinnen und -Bezüger aufgrund tieferer Prämien und weniger Fälle
4.6	A1	- Höhere IPV-Rückerstattungen bei jungen Erwachsenen in Ausbildung (z.B. im Zusammenhang mit Ausbildungsunterbruch)
3.7	A3	- Tiefere Schlussabrechnung 2018 betreffend die Prämienübernahme bei Sozialhilfe (weniger Fälle)
3.1	A4	- Tiefere Schlussabrechnung der Krankenkassen für Verlustscheine 2018
-2.9	A1	- Zusätzliche Entschädigung der SVA für die anfallenden IT-Projektkosten im Zusammenhang mit der Umsetzung der EG-KVG-Reform
-12.0	A1, A2, A3, A4	- Tieferer Bundesbeitrag aufgrund tieferer Prämien als geplant
1.8		- Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Am 1. Januar 2014 sind das totalrevidierte Kantonale Tierseuchengesetz (KTSG) und die neue kantonale Tierseuchenverordnung (KTSV) in Kraft getreten. Seither werden sämtliche Kosten für die Prävention und Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinäramtes (Leistungsgruppe 6100) abgerechnet. Zuvor wurden diese Kosten teilweise über den Tierseuchenfonds finanziert. Gestützt auf das KTSG wurden 2014 57% des Fondsbestands dem Kanton zugeführt. Der Restbestand wird seither verwendet, um die ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge zu senken. Allerdings profitieren davon nur diejenigen Halterin-

nen und Halter, die vor dem 1. Januar 2014 Beiträge in den Tierseuchenfonds geleistet haben. Sobald der Restbestand aufgebraucht ist, wird der Fonds aufgehoben.

Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von der gesetzlich vorgeschriebenen Beitragssenkung konnten rund 36,8% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren. Es wurden rund Fr. 132'000 vom Fonds in die Betriebsrechnung des Veterinäramtes übergeführt. Der Fondsbestand beträgt am Ende des Berichtsjahres rund Fr. 741'000.

Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	0.9	0.7	0.7	0.0	0.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	2.0
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinäramt)	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	2.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	2.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

07

Bildungsdirektion

Überblick	158
Legislaturziele	159
Bildung (Politikbereich 2)	159
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	159
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	160
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	160
Finanzierung	161
Übersicht	161
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	161
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	161
Personal- und Lohnstatistik	162
Beschäftigungsumfang	162
Lohnaufwand	162
Anstellungsverhältnisse	162
Parlamentarische Vorstösse	163
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	163
Leistungsgruppen	164
7000 Bildungsverwaltung	164
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	168
7100 Lehrmittelverlag	170
7200 Volksschulen	172
7301 Mittelschulen	175
7306 Berufsbildung	178
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	182
7402 Sonstige universitäre Leistungen	184
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	186
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	189
7501 Kinder- und Jugendhilfe	190
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	193
7930 Berufsbildungsfonds	195

Überblick

Die Bildungsdirektion setzt sich für qualitativ hochstehende und bedarfsgerechte Bildungsangebote auf allen Stufen ein. Der Bildungsbereich umfasst die Kindergartenstufe, die Primarstufe, die Sekundarstufen I und II, die Tertiärstufe sowie den Bereich Weiterbildungen. Mit der Kinder- und Jugendhilfe, dem Stipendienwesen sowie der Berufsberatung werden zudem ergänzende Bildungsleistungen erbracht, um Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei ihrem Einstieg und ihrem Fortkommen in Beruf und Gesellschaft zu unterstützen.

Kindergarten stärken

Im Berichtsjahr wurde ein Monitoringbericht zum Kindergarten herausgegeben. Aufgrund dieser umfassenden Analyse zur Situation des Kindergartens im Kanton wurden verschiedene Handlungsfelder bezeichnet, wie beispielsweise die Anstellungs- und Ausbildungsbedingungen oder den Umgang mit heterogenen Lernvoraussetzungen. Im Rahmen des im Berichtsjahr gestarteten Projekts Frühbereich-Volksschule werden gemeinsam mit Beteiligten des Schulfelds und des Frühbereichs Verbesserungen der Übergänge vom Frühbereich in den Kindergarten und vom Kindergarten in die Volksschule erarbeitet. Die pädagogische Weiterentwicklung des Kindergartens wird mit Fachtagungen unterstützt. Zudem sollen die Anstellungsbedingungen der Kindergartenlehrpersonen weiterentwickelt werden. Lehrerinnen und Lehrer im Kindergarten und der Primarschule sollen künftig denselben Lohn erhalten, wenn sie dieselben Zulassungs- und Studienbedingungen haben. Die Vernehmlassung zur Änderung der gesetzlichen Bestimmungen wurde im Herbst des Berichtsjahres eröffnet.

Zürcher Lehrplan 21

Mit der Einführung des Lehrplans 21 im Kanton Zürich steht den Schulen und Lehrpersonen eine zeitgemässe Grundlage für guten Unterricht zur Verfügung. Im Kindergarten und in der 1. bis 5. Klasse der Primarschule gilt er seit Schuljahr 2018/2019, in der 6. Klasse der Primarschule und in der Sekundarschule seit Schuljahr 2019/2020. Lehrpersonen und Schulen können ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten zum Lehrplan 21 nutzen. Insbesondere stehen Online-Lerneinheiten sowie Grundlagenkurse in Medien und Informatik zur Verfügung.

Lehrmittelentwicklung auf Kurs

Die Lehrmittelentwicklung für die Volksschule bezieht sich wesentlich auf die Einführung des Lehrplans 21. Zum Schuljahresbeginn 2019/2020 konnten neue Lehrmittel eingeführt werden, darunter «NaTech 7–9» für die Sekundarschule, «connected» für das neue Modulfach Medien und Informatik oder das neue digitale und adaptive Lernfördersystem «Lernlupe» für die Primarschule. Das Französischlehrmittel «dis donc!» wird den Schulen wahlweise klassisch (Print plus digital) oder rein digital angeboten. In Umsetzung ist eine Neuentwicklung für das Fach Deutsch. Es gehört zur ersten Generation von Lehrmitteln, die nach Freigabe des Lehrplans 21 aufbauend vom Kindergarten bis zum Ende der Sekundarschule entsteht. Für die Verteilung digitaler Lehr- und Lernmedien wird eine kantonal und interkantonal genutzte Lizenzplattform eingesetzt.

Verselbstständigung Lehrmittelverlag verschoben

Aufgrund von sich abzeichnenden Liquiditätsengpässen wurde auf die Verselbstständigung des Lehrmittelverlags und die Überführung in eine Aktiengesellschaft auf Anfang 2020 verzichtet.

107 evaluierte Schulen

Im Schuljahr 2018/2019 hat die Fachstelle für Schulbeurteilung 107 Schulen evaluiert. Den meisten konnte sie eine gute Qualität ihrer Arbeit zurückmelden. Wie in den Vorjahren stellten die Evaluationsteams in den Bereichen Schulgemeinschaft, Unterrichtsgestaltung, Schulführung sowie Zusammenarbeit mit den Eltern eine besonders hohe Qualität fest. Die kritischsten Bewertungen erhielten die Qualitätssicherung und -entwicklung sowie die Beurteilung der Schülerinnen und Schüler. Über alle Qualitätsansprüche hinweg betrachtet, fallen die Schulbeurteilungen gegenüber dem Vorjahr leicht positiver aus.

Digitaler Wandel Sekundarstufe II

Im Berichtsjahr wurde die Strategie «Digitaler Wandel an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II» festgelegt. Die Strategie besteht aus zwei Teilstrategien. Mit der Teilstrategie «IKT Sek II» wird die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) für die Mittel- und Berufsfachschulen technisch und organisatorisch standardisiert sowie der Datenschutz und die Datensicherheit neu organisiert. Die Aufbauarbeiten erfolgen im Rahmen der kantonalen IKT-Strategie in Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik der Finanzdirektion. Mit der Teilstrategie «Bildung im digitalen Umfeld» wird den Schülerinnen und Schülern sowie den Lernenden das zeitgemässe Lernen im digitalen Umfeld ermöglicht. Um neue Formen des Lehrens und Lernens zu fördern und zu verbreiten, wird die Vernetzung der Schulen untereinander und mit dem Hochschulumfeld verstärkt. Erste Umsetzungsarbeiten wurden im Berichtsjahr aufgenommen. So startete beispielsweise der Pilotbetrieb des Digital Learning Hub Sek II im Oktober.

Bildung von Kompetenzzentren an den Berufsfachschulen

Die Zuteilung von Berufen an die Berufsfachschulen ist historisch gewachsen. So sind in manchen Berufen zu viele Standorte für die gegenwärtige Anzahl Lernender vorhanden. Das Projekt «Kompetenzzentren» bezweckt die Verbesserung der Berufszuteilung im Kanton Zürich. Eine bessere Zuteilung der Berufe ermöglicht grössere Fachschaften. Durch mehr Flexibilität in der Bildung von Klassen und der Bündelung der berufsspezifischen Infrastruktur sollen die Mittel optimal eingesetzt werden. Im Berichtsjahr ging nach umfangreichen Vorarbeiten ein Lösungsvorschlag in die Vernehmlassung. Der Bildungsrat wird 2020 über die Neuzuteilung der Berufe an die einzelnen Berufsfachschulen entscheiden.

Änderung Fachhochschulgesetz (Personalkategorien)

Im Fachhochschulgesetz (FaHG), das Grundlage für die Zürcher Fachhochschule (ZFH), bestehend aus der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH), bildet, sind die Personal-

kategorien festgehalten. Diese sollen neu geordnet werden, indem «Professorinnen und Professoren» sowie «Lehr- und Forschungspersonal» eingeführt werden. Mit der gesetzlichen Verankerung der neuen Personalkategorien soll die bereits bestehende Praxis der Hochschulen abgebildet werden. Die Änderung betont einerseits die besondere Stellung von Professorinnen und Professoren: sie tragen die Hauptverantwortung für die Entwicklung ihres Fachgebiets. Eine zusätzliche Akademisierung wird damit nicht angestrebt; vielmehr bleibt die Zahl von Professuren beschränkt. Andererseits umfasst die Kategorie «Lehr- und Forschungspersonal» die bisherigen Dozierenden, Lehrbeauftragten und wissenschaftlichen Mitarbeitenden. Das stärkt sowohl Durchlässigkeit als auch Nachwuchsförderung. Die Anpassungen im FaHG bilden die Grundlage für einen Neuerlass der Personalverord-

nung der Zürcher Fachhochschule. Der Regierungsrat hat den entsprechenden Antrag (Vorlage 5589) am 18. Dezember des Berichtsjahres zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.

Lerngelegenheiten der frühen Kindheit nutzen

Im Mai des Berichtsjahres wurde die seit 2014 eingeführte Videoplattform der Bildungsdirektion zum frühkindlichen Lernen im Alltag (www.kinder-4.ch) um 25 Filme zur frühen Sprachbildung ergänzt. Familien sollen zur Bedeutung der frühen Sprachbildung informiert und in ihrer Eigenverantwortung gestärkt werden, besonders Familien in benachteiligten Verhältnissen, mit und ohne Migrationshintergrund. Auch stehen neu sechs Kommentarfilme zur Schulung von Fachkräften Kinderbetreuung zur Verfügung.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 2.1	Qualitativ gute und bedarfsgerechte Bildungsangebote sind sichergestellt.		
RRZ 2.1a	Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen	7200	2019
RRZ 2.1c	Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen	7200	2019
RRZ 2.1d	Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrativen Unterrichts erproben	7200	2022
RRZ 2.1e	Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern	7200	2019
RRZ 2.1f	Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen	7000	2019
RRZ 2.1g	Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen	7000	2019
RRZ 2.1h	Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen	7306 7301	2019 2019
RRZ 2.2	Der herausragende Hochschulstandort ist weiterentwickelt.		
RRZ 2.2a	Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)	7401	2019
RRZ 2.2b	Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken	7401	2019
RRZ 2.2d	In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren	7406 7050 7401	2019 2019 2019
RRZ 2.2e	Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern	7301	2019
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BI 2.3	Eine bedarfsgerechte Infrastruktur für morgen sicherstellen.		
BI 2.3a	Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen	7301	2019
BI 2.3b	Die Planung Hochschulgebiet Zürich Zentrum vorantreiben, die 5. Ausbaustappe Irchel umsetzen sowie die Instandsetzung / Erweiterung der 1. Bauetappe Irchel initiieren	7050	2022

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5.1	Die im Kanton lebende Bevölkerung ist in das Gesellschafts- und Erwerbsleben integriert.		
RRZ 5.1c	Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken	7501	2019
RRZ 5.1d	Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten	7200	2019

Bildungsdirektion Legislaturziele

RRZ 5.1e	Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern	7200 7000	2019 2019
RRZ 5.1f	Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen	7306	2019

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.

RRZ 8.1a	Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern	7501	2019
RRZ 8.1d	Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern	7306 7301	2019 2019
RRZ 8.1e	Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren	7306	2019
RRZ 8.1f	Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tages-schulen fördern	7200	2019

RRZ 8.2 Die Innovationskraft und die Branchendiversität am Standort Zürich sind gestärkt.

RRZ 8.2c	Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren	7000	2019
RRZ 8.2d	Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln	7406 7401	2019 2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BI 8.1 Mehr Fachkräfte ausbilden und Talente fördern

BI 8.1a	Inländisches Fachkräftepotenzial in Kooperation mit der Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern)	7000	2019
BI 8.1b	Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)	7000	2019
BI 8.1c	Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7306	2019
BI 8.1d	Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden	7306	2019
BI 8.1e	Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken	7306	2019
BI 8.1f	Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren	7301	2019
BI 8.1g	Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)	7301	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.

RRZ 10.1c	Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen	7000	2019
-----------	---	------	------

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2g	Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten	7000	2019
-----------	--	------	------

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	868.6	793.4	781.7	-11.7	-1.5
Aufwand	-3326.4	-3341.5	-3305.4	36.1	1.1
- Kreditübertragungen		-16.7			
- Nachtragskredit		0.6			
Saldo	-2457.8	-2548.1	-2523.7	24.4	1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	6.3	10.0	6.6	-3.4	-34.4
Ausgaben	-227.4	-180.2	-159.1	21.0	11.7
- Kreditübertragungen		-56.9			
Saldo	-221.1	-170.2	-152.6	17.6	10.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
24.4		Abweichungen total R19 zu B19
19.8	7306	- Höhere Pauschalbeiträge des Bundes an die Berufsbildung aufgrund geänderter Finanzierungsbestimmungen beim Bund
19.6	7406	- Verzögerte Projekte und Schwierigkeiten bei Personalrekrutierung infolge Fachkräftemangel bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
14.4	7306	- Geringere Staatsbeiträge an private Anbietende von Grundbildung aufgrund von Rückzahlungen, einer Neuregelung der Finanzierung der berufsorientierten Weiterbildung sowie einer neuen Abgrenzungsmethodik im Jahresabschluss
9.7	7306	- Tiefere Beiträge an die Höhere Berufsbildung aufgrund der Umstellung auf die Subjektfinanzierung bei eidgenössischen Prüfungen durch den Bund, weniger Teilnehmendenzahlen und überschätzte Aufwände im Vorjahr
9.0	7406	- Tieferer Staatsbeitrag an die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
6.2	7306	- Bildung von Rückstellungen für Personalmassnahmen bei der Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB)
6.1	7401	- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
-2.3	7501	- Höhere Staatsbeiträge an Kinder- und Jugendheime
-7.6	7501	- Steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge bei den Stipendien
-8.2	7402	- Höhere IUV-Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
-9.7	7401, 7406	- Höherere Staatsbeiträge an die Universität und die Fachhochschulen für die Teuerungszulage gemäss den kantonalen Vorgaben (RRB Nr. 86/2019)
-15.0	7200	- Nichtumsetzung der Lü16-Massnahme «Kommunalisierung der Schulleitungen» gemäss Vorlage 5507
-18.3	7406	- Höhere FHV-Beiträge für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen
0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-152.6			
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbaustufe	-68.0	-247.0	-152.6	-94.4
- Zürich, Universität Zentrum, Plattenstrasse 14-22, Erweiterungsneubau/Instandsetzung	-8.4	-13.1	-12.0	-1.1
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH/Wässerwies)	-5.2	-32.6	-5.2	-27.4
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Parkhaus Irchel	-3.6	-24.4	-22.7	-1.7
- Übrige	-67.4			

Bemerkungen

Für weitere Informationen zur Investitionsrechnung siehe insbesondere die Leistungsgruppe Nr. 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion.

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15504.0	15253.0	15825.5	572.5	3.8

Δ abs.	LG	Begründungen
572.5		Abweichungen total R19 zu B19
596.0	7200	- Abgelehnte geplante Kommunalisierung der Schulleitungen der Volksschule sowie Zunahme der Lehrpersonen als Folge der Schülerentwicklung
21.3	7000	- Zunahme von befristeten Projekt- und Ausfallsstellen sowie Praktikanten und neu bewilligten Stellen für Projekte, Ausfälle, neue gesetzliche Aufgaben und Reorganisationen
-22.9	7301	- Tiefer als geplanter Beschäftigungsumfang, da durch die Optimierung von Anzahl Klassen und Klassengrößen der Beschäftigungsumfang unterproportional gewachsen ist.
-24.9	7306	- Tiefer als geplanter Beschäftigungsumfang, da durch die Optimierung von Anzahl Klassen und Klassengrößen der Beschäftigungsumfang unterproportional gewachsen ist.
3.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	-42067	-40383	-42184	-1801	-4.5
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	
7200 Volksschulen	-225717	-227069	-234588	-7519	-3.3
7301 Mittelschulen	-259789	-268493	-264989	3504	1.3
7306 Berufsbildung	-219948	-225236	-225995	-759	-0.3
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)		0	0	0	
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	-51034	-52512	-51546	966	1.8
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	-13854	-14685	-14723	-38	-0.3
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	
Total	-812409	-828378	-834025		

Bemerkungen

- 7050, Diese Leistungsgruppen werden durch Personal in Ämtern und Abteilungen der Bildungsverwaltung administriert,
7401, weshalb in diesen Leistungsgruppen keine Beschäftigten ausgewiesen werden
7402,
7406,
7407,
7930
7200 Der Lohnaufwand der Volksschullehrpersonen wird zu gut 80% von den Gemeinden rückerstattet. Ohne diese Rückerstattung beträgt der Lohnaufwand für kantonal angestellte Volksschullehrpersonen (inkl. Schulleitungen) 2018 1309.8 Mio. Franken und im Budget 2019 1240.2 Mio. Franken bzw. in der Rechnung 2019 1357.8 Mio. Franken.

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	416	272	144	163	253
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	0
7200 Volksschulen	17384	13769	3615	3907	13476
7301 Mittelschulen	3077	1669	1408	686	2391
7306 Berufsbildung	2882	1359	1523	572	2310
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	0
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	0	0	0	0	0
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	0
7501 Kinder- und Jugendhilfe	783	666	117	130	653
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung	170	127	43	31	139
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	0
Total	24712	17862	6850	5489	19222

Parlamentarische Vorstösse

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
328/2015	Sonderpädagogische Förderung für Leistungsstarke (Postulat von Christoph Ziegler, Elgg, und Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon)	17.06.2019
139/2016	Erweiterung erwachsenengerechtes Berufsbildungsangebot (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, Jacqueline Peter, Zürich, und Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon)	02.09.2019
188/2016	Mehr Freiheit für die Erwachsenenbildung Zürich (Motion Rochus Burtscher, Dietikon, Sabine Wettstein-Studer, Uster, und Corinne Thomet-Bürki, Kloten)	02.09.2019
85/2017	Härtefallregelung im Rahmen der integrativen Förderung (Postulat von Monika Wicki, Zürich, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Christoph Ziegler, Elgg)	16.09.2019
282/2016	Krippen stärken statt schwächen (Postulat von Astrid Furrer, Wädenswil, Rochus Burtscher, Dietikon, und Philipp Kutter, Wädenswil)	16.09.2019
344/2016	Für ein wirksames Mitarbeitendengespräch in der Volksschule (Postulat von Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon, Moritz Spillmann, Ottenbach, und Christoph Ziegler, Elgg)	16.09.2019
90/2019	Digitalisierung Mittel- und Berufsfachschulen (Postulat Kathrin Wydler, Wallisellen, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Christoph Ziegler, Elgg)	30.09.2019

7000 Bildungsverwaltung

Das Volksschulamt unterstützte die Volksschulen bei der Einführung des Zürcher Lehrplans 21 in der 6. Klasse der Primarschule sowie in der Sekundarschule. Im Mittelschul- und Berufsbildungsamt wurde das Rahmenkonzept «basale fachliche Kompetenzen für die allgemeine Studierkompetenz» erarbeitet. Das Amt für Jugend und Berufsberatung feierte sein 100-jähriges Bestehen und nutzte die Gelegenheit, sein Aufgabengebiet auf verschiedenen Ebenen der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ein Geschäft des Hochschulamtes betraf die Änderung des kantonalen Fachhochschulgesetzes bezüglich einer Neuordnung der Personalkategorien. Die Bildungsplanung legte im September einen Bericht vor, der die Situation auf der Kindergartenstufe vertieft und breit abgestützt in den Blick nimmt. Auf dieser Grundlage wurden zwölf Felder

bezeichnet, in denen die Befunde auf Handlungsbedarf hinweisen. Die Fachstelle für Schulbeurteilung konnte im Schuljahr 2018/2019 den meisten der 107 evaluierten Schulen eine gute Qualität ihrer Arbeit zurückmelden. Wie in den Vorjahren stellten die Evaluationsteams in den Bereichen Schulgemeinschaft, Unterrichtsgestaltung, Schulführung sowie Zusammenarbeit mit den Eltern eine besonders hohe Qualität fest. Die kritischsten Bewertungen erhielten einmal mehr die Qualitätssicherung und -entwicklung sowie die Beurteilungspraxis. Im Berichtsjahr hat die Fachstelle für Schulbeurteilung zudem die Strategie «Evaluation 21» erarbeitet. Diese legt die strategischen Grundsätze und das Leistungsangebot der Fachstelle für den Evaluationszyklus 2021–2026 fest.

Aufgaben

- A1 Die Bildungsverwaltung steuert das Bildungswesen des Kantons Zürich mit und übt die behördliche Aufsichtspflicht aus.
- A2 Sie erarbeitet die gesetzlichen Grundlagen sowie weitere Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungsrat und Kantonsrat.
- A3 Sie verfolgt die aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und legt die Entwicklungsschwerpunkte fest.
- A4 Sie koordiniert die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund.
- A5 Sie unterstützt die Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschule, Mittel- und Berufsschulen, Volksschule, Sonderschulen sowie weitere beitragsberechtigten Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und führt die Kinder- und Jugendhilfe- sowie Berufsinformationszentren.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Monitoring/-controlling; Erhebungen Struktur- & Leistungsdaten	A1, A3	6	6	6	0	0.0
L2 Monitoring und Controlling; Wirkungserhebungen	A1, A3	3	4	3	-1	-25.0
L3 Administrierte Leistungsgruppen (inkl. 9690, 9600, 9710, 9720, 9740)	A1	18	17	18	1	5.9
L4 Strategische Projekte	A1, A3	23	7	7	0	0.0
L5 Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeitende (BU)	A5	15609	15253	15901	648	4.2
L6 Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	10	3	6	3	100.0
L7 Eingegangene Rekurse	A5	256	230	237	7	3.0
L8 Erledigte Rekurse	A5	266	240	257	17	7.1
L9 Eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	28	45	35	-10	-22.2
L10 Erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	29	45	24	-21	-46.7
L11 Interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	41	40	39	-1	-2.5
B1 Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildungsleistungen, in %	A5	2.11	1.98	2.08	0.10	
B2 Nettowaufwand in Mio. Fr. (Saldo LG 7000) pro Leistungsgruppe der BI	A1		3.7	3.6	-0.1	-2.7
W1 Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden, in %	A1	6.7	6.5	6.7	0.2	

Bemerkungen

- L1 Statistik der Lernenden (SdL), Statistik des Schulpersonals (SSP), Statistik der Bildungsabschlüsse (SBA), Erhebung zur Schul- und Berufswahl (SOS/SBW), Erhebung zu den Berufsvorbereitungsjahren (BVJ), Erhebung der Probezeitergebnisse an Mittelschulen
- L2 PISA 2019 (Beitrag an nationale Erhebung), Überprüfung des Erreichens der Grundkompetenzen (EDK ÜGK), Ehemaligenbefragung Mittelschulen
- L3 Die geplante Verselbstständigung des Lehrmittelverlags wurde aufgeschoben.
- L5 Die Erhöhung ist zu einem überwiegenden Teil einer Zunahme der Anzahl Lehr- und Schulleitungspersonen in den Volksschulen zurückzuführen. Einerseits wurde die Kommunalisierung der Schulleitungen nicht verwirklicht. Andererseits bedingten steigende Schülerzahlen mehr Lehrpersonen.
- L10 Verlagerung von weniger aufwendigen parlamentarischen Anfragen zu Interpellationen, Postulaten und Motionen

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1f Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen

Im Berichtsjahr erfolgten Einführungskurse für das neue digitale und adaptive Lernfördersystem Lernlupe für die 3. bis 6. Klassen der Primarschule. Die Freischaltung von Lernpass plus mit integriertem Stellwerktest für die Sekundarschule ist im laufenden Schuljahr erfolgt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.1g Schulen im Umgang mit verhaltensauffälligen Kindern und Jugendlichen sowie bei Problemen mit Gewalt unterstützen

Die von der Bildungsdirektion entwickelte Notfall-App für Notfallsituationen an Schulen findet eine zunehmende Verbreitung, auch über den Kanton Zürich hinaus. Das Programm Herzsprung zur Prävention von Gewalt in jugendlichen Paarbeziehungen hat seine erste Umsetzungsphase mit guter Nachfrage aus den Schulen abgeschlossen. Die Broschüre «Suizid und Schule» wurde überarbeitet und mit einem Kapitel zu den rechtlichen Aspekten ergänzt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern

Die Sprachförderung wurde verbessert. Die Schulen mit hohem Anteil Fremdsprachiger verstärkten die Sprachförderung im Kindergarten und im Bereich des Schreibens. Es wurden Kurzfilme für Eltern zur frühen Sprachbildung erstellt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.2c Den Wissens- und Technologietransfer durch den Innovationspark und die Ausweitung auf die Sozial- und Kulturwissenschaften intensivieren

Die durch die Schwerpunktsetzung gewonnenen neuen Lehr- und Forschungsinitiativen wurden gefestigt und auf Dauer gestellt, so etwa durch den Abschluss der Revision des Studienangebots in der Philosophischen Fakultät (Bologna 2020) bzw. durch die Etablierung neuer Kompetenzzentren im Rahmen von Nationalfondsaktivitäten (NCCR) oder Universitären Forschungsschwerpunkten (UFSP).

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.1c Die Richtlinien des Regierungsrates vom 29. Januar 2014 über die Public Corporate Governance umsetzen

Zu den Hochschulen wurde gemäss PCG Richtlinie 7.4. Bericht erstattet.

Abgeschlossen 2019

RRZ 10.2g Das Informationsportal der Bildungsstatistik für stationäre und mobile Internetnutzung ausbauen und weiterentwickeln sowie das Informationsangebot besser auf Zielgruppen ausrichten

Das Service-Portal Bildungsstatistik für Schulgemeinden und Bildungseinrichtungen wurde erstellt. Es wird in den ersten Wochen des Jahres 2020 aufgeschaltet.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1a Inländisches Fachkräftepotenzial in Kooperation mit der Arbeitswelt besser ausschöpfen (Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern)

Die Massnahme betrifft mehrere Leistungsgruppen der Bildungsdirektion. Umsetzungsschritte sind den Berichterstattungen der einzelnen Leistungsgruppen zu entnehmen.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1b Dem Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und Sekundarstufe II (Gymnasien)

Im Berichtsjahr wurden Quereinstieg-Studiengänge an der Pädagogischen Hochschule durchgeführt. Die weiteren Arbeiten erfolgen im Rahmen des ordentlichen Betriebs.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
326.3	305.0	324.8	19.8	6.5

Bemerkungen R19 zu B19

21.3 Gegenüber dem Rechnungsjahr 2018 ist die Beschäftigung unverändert. Gegenüber dem Budgetwert 2019 gibt es Veränderungen bei befristeten Projektstellen, Aushilfs- und Praktikumsstellen sowie neu bewilligten Stellen. Im Generalsekretariat 6.8 Stellen, darunter 6 Aushilfs- und Praktikumsstellen im Bereich IT (Zentralisierung in der BI-Informatik vor dem Zentralisierungsschritt in das Amt für Informatik) sowie 0.8 neu bewilligte Stellen im Rahmen des neuen Mieter-/Delegationsmodells (RRB Nr. 1200/2018). Im Volksschulamt 6.6 Vollezeiteinheiten, davon 3.8 Aushilfsstellen für temporäre Aufgaben bzw. infolge von Personalausfällen und 2.8 neu bewilligte Stellen für die Umsetzung KJG (RRB Nr. 294/2019). Im Mittelschul- und Berufsbildungsamt 5.8 Vollezeiteinheiten, davon 2.2 befristete Stellen für Projekte (fremdfinanziert), 1.7 Aushilfsstellen für Mutterschaftsvertretungen, 1 Sozialstelle und 1 Anstellungsverlängerung aus Abfindung. Im Amt für Jugend und Berufsberatung ist es 1 Projektstelle für Stipendienreform, die verlängert wurde (RRB Nr. 226/2018). In der Bildungsplanung 1 Aushilfsstelle für Mutterschaftsvertretung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.4	22.3	22.1	-0.2	-0.9
Aufwand	-84.0	-88.3	-86.3	2.1	2.3
- Kreditübertragungen		-2.4		2.4	100.0
Saldo	-63.6	-66.1	-64.2	1.9	2.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.7	-1.7	-0.1	1.6	93.7
- Kreditübertragungen		-0.6		0.6	100.0
Saldo	-0.7	-1.7	-0.1	1.6	93.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.9		Abweichungen total R19 zu B19
0.9	A1, A5	- Geplante Weiterbildungsangebote und Unterstützungsleistungen im Bereich Lehrplan 21 wurden nicht im geplanten Mass erbracht und verschoben sich auf das Folgejahr
0.8	A1	- Geringere Ausschüttungen aus dem Lotteriefonds Bildung als geplant
0.7	A5	- Rückstand auf die Planung bei Projekten in der Volksschule (Weiterentwicklung Quims, Fokus Starke Lernbeziehungen und Schreibförderung)
0.6	A5	- Verzögerung Einführung Lernfördersysteme sowie bei verschiedenen Kleinprojekten in den Ämtern
0.4	A5	- Verzögerungen bei der Lehrmitteleinführung von ICT und der Ausbildung von ICT-Coaches in der Volksschule
0.3	A5	- Geringere Abschreibungen infolge reduzierter Ausgaben für Informatikinvestitionen
0.3	A5	- Geringere Ausgaben für Dienstleistungen durch Dritte beim MBA aufgrund der verstärkten Nutzung interner Mittel
-2.3	A5	- Höherer Personalaufwand (Begründung vgl. Beschäftigungsumfang) sowie Teurungsausgleich gemäss kantonalen Vorgabe (RRB Nr. 86/2019)
0.2		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
-883000	148528	0	-734472	148528

Bemerkungen

Personalanlass Jubiläum 100 Jahre Amt für Jugend und Berufsberatung

Bildungsstatistik

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich¹

	Total	Total	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2018 ²	2019	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe 1-2	33 257	34 250	16 502	48.2	9 890	28.9	32 182	94.0
Regelkindergarten	32 381	33 394	16 224	48.6	9 472	28.4	31 436	94.1
Integrierte Sonderschulung	467	458	128	27.9	188	41.0	458	100.0
Separierte Sonderschulung	281	288	96	33.3	129	44.8	288	100.0
Alternativer Kindergarten ³	128	110	54	49.1	101	91.8	0	0.0
Primarstufe 3-8	91 573	93 770	45 499	48.5	25 260	26.9	88 958	94.9
Primarschule	86 512	88 619	43 699	49.3	22 453	25.3	84 915	95.8
Integrierte Sonderschulung	1 950	2 054	661	32.2	879	42.8	2 054	100.0
Besondere Klassen ⁴	556	529	210	39.7	375	70.9	448	84.7
Separierte Sonderschulung	1 468	1 549	439	28.3	611	39.4	1 541	99.5
Alternativer Lehrplan ³	1 087	1 019	490	48.1	942	92.4	0	0.0
Sekundarstufe I	42 763	43 304	21 226	49.0	10 364	23.9	39 428	91.0
Sekundarschule	32 296	32 594	15 904	48.8	7 593	23.3	30 123	92.4
Integrierte Sonderschulung	688	744	253	34.0	305	41.0	744	100.0
Besondere Klassen ⁴	306	304	100	32.9	223	73.4	204	67.1
Separierte Sonderschulung	990	970	279	28.8	324	33.4	944	97.3
Gymnasien	7 532	7 692	4 212	54.8	1 194	15.5	7 224	93.9
Übrige Mittelschulen ⁵	183	189	83	43.9	23	12.2	189	100.0
Alternativer Lehrplan ³	768	811	395	48.7	702	86.6	0	0.0
Sekundarstufe II	60 247	60 785	28 603	47.1	12 253	20.2	54 235	89.2
Brückenangebote	2 134	2 071	1 023	49.4	847	40.9	1 867	90.1
Gymnasien	9 494	9 835	5 518	56.1	1 403	14.3	8 592	87.4
Übrige Mittelschulen ⁶	1 702	1 660	980	59.0	174	10.5	1 421	85.6
Berufslehren ⁷ (inkl. BMS I)	43 079	43 243	19 125	44.2	8 685	20.1	40 240	93.1
Anlehren	193	225	91	40.4	80	35.6	225	100.0
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 277	2 298	1 159	50.4	184	8.0	1 674	72.8
Sonderschulen	179	216	80	37.0	79	36.6	216	100.0
Alternativer Lehrplan ³	1 189	1 237	627	50.7	801	64.8	0	0.0
Tertiärstufe	70 646	71 354	38 932	54.6	11 124	15.6	59 990	84.1
Vorbereitung Berufsprüfung	6 283	5 826	2 541	43.6	684	11.7	3 543	60.8
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	1 026	989	282	28.5	104	10.5	575	58.1
Höhere Fachschule (HF)	8 628	8 847	4 278	48.4	1 120	12.7	4 556	51.5
Übrige Fachausbildung	4 246	4 232	2 810	66.4	673	15.9	1 494	35.3
Fachhochschulen ⁸	23 866	24 104	13 191	54.7	2 954	12.3	22 466	93.2
Universität ⁹	26 597	27 356	15 830	57.9	5 589	20.4	27 356	100.0
Total	298 486	303 463	150 762	49.7	68 891	22.7	274 793	90.6

¹ Stichtage 14.9.2018 bzw. 16.9.2019

² Die Angaben für 2018 können von bereits publizierten Angaben abweichen, da die Daten wenn nötig rückwirkend korrigiert werden.

³ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (z. B. ausländische Schulprogramme)

⁴ einschliesslich Aufnahmeklassen Asyl

⁵ Handelsmittelschule

⁶ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passerellenlehrgang

⁷ Berufliche Grundbildung Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) und Eidgenössisches Berufsattest (EBA)

⁸ Fachhochschulen im Kanton Zürich (ZFH, HfH; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz)

⁹ Universität Zürich, einschliesslich MAS

7050 Hochbauinvestitionen

Bildungsdirektion

Mit Einführung des Mietermodells wurde ein Grossteil der Anlagen der Bildungsdirektion dem Immobilienamt in die Leistungsgruppe 8750, Liegenschaften Verwaltungsvermögen, übergeben. Die Anlagen der Universität Zürich verbleiben bei

der Bildungsdirektion und werden von der Universität im Rahmen des Delegationsmodells geführt. Im Berichtsjahr konnte eine Reihe wichtiger Hochbauprojekte der Universität vorangetrieben werden (siehe Entwicklungsschwerpunkte).

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der strategischen Steuerung respektive der Führung einer langfristigen strategischen Immobilienplanung für das Immobilien-Portfolio der Universität zuhanden der Baudirektion.
- A2 Wahrnehmung der Investoreninteressen (KEF- und Budgetplanung sowie Berichterstattung inkl. unterjährigen Massnahmen), Sicherstellung der Mittelallokation und Ausübung des finanziellen Controllings im Immobilien-Portfolio der Universität. Führen der Bilanzwerte der von der Universität genutzten Immobilien.
- A3 Vertretung der Investoreninteressen im Rahmen von Projektsteuerungs-Gremien. Vorbereitung, Antragstellung an den Regierungsrat und Begleitung von Beschlussfassungen des Kantonsrates zu Objektkrediten über 3 Mio. Franken auf Antrag des Universitätsrates.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Bewilligte Projekte > 20 Mio. Franken	A1, A2, A3	5	2	2	0	0.0
L2 Bewilligte Projekte > 1 Mio. Franken	A1, A2, A3	11	9	18	9	100.0
L3 Bewilligte Projekte < 1 Mio. Franken	A1, A2, A3	94	10	63	53	530.0
L4 Abgerechnete Projekte (Kreditabrechnungen)	A2, A3	142	35	4	-31	-88.6
B1 Durchschnittliche Ausgaben pro bewilligtem Projekt (Projekte zwischen 1 und 20 Mio. Franken)	A2, A3		9.5	4.2	-5.3	-55.8
W1 Mindestausnutzungsgrad der Budgets bzgl. verwendeter Mittel in % der verfügbaren Ausgaben	A1, A2, A3	66.1	80	100.5	20.5	

Bemerkungen

- L2 Mehrbedarf hauptsächlich aufgrund verschiedener kleinerer Bauvorhaben bedingt durch den Sanierungsbedarf und Nutzerbedürfnisse
- L3 Mehrbedarf bei dringlichen Instandsetzungsarbeiten
- L4 Im Gegensatz zum Vorjahr erfolgte kein Abbau penderter Kreditabrechnungen. Der Kreditabrechnungsprozess wird neu definiert, sodass die Kreditabrechnungen einzelner Bauabrechnungen noch hängig ist.
- B1 Der Indikator ist in Überprüfung.
- W1 Die höhere Ausnutzung wurde durch das Vortreiber diverser Bauvorhaben erzielt.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Im Berichtsjahr wurde der Erweiterungsbau an der Plattenstrasse 14–22 eingeweiht. Abgeschlossen 2019

BI 2.3b Die Planung Hochschulgebiet Zürich Zentrum vorantreiben, die 5. Ausbaustapen Irchel umsetzen sowie die Instandsetzung / Erweiterung der 1. Baustapen Irchel initiieren

Am Standort Zentrum der Universität wurden die beiden Neubauprojekte Forum UZH und Zentrum für Zahnmedizin vorangetrieben. Am Standort Irchel wurde die 5. Baustapen im Rohbau fertiggestellt. Aufgrund der neu beschlossenen Zwischennutzung der Gebäude Universität Irchel erste Etappe durch drei Zürcher Kantonsschulen wurde die Gesamtplanung am Irchel grundlegend überarbeitet. Planmässig 2022

7050 2b Die Organisation auf die Umsetzung des Delegationsmodells der Universität Zürich ausrichten

Die Organisation im Bereich Bauten wurde auf das Delegationsmodell angepasst. Abgeschlossen 2019

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	163.6	147.9	72.6	-75.3	-50.9
Aufwand	-167.9	-150.4	-73.4	77.0	51.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.2	-2.5	-0.9	1.7	65.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	5.8	9.2	6.2	-3.0	-32.3
Ausgaben	-203.4	-129.4	-130.1	-0.7	-0.5
- Kreditübertragungen		-52.1		52.1	100.0
Saldo	-197.6	-120.2	-123.8	-3.7	-3.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.7		Abweichungen total R19 zu B19
1.7		- Minderausgaben aufgrund nicht ausgelöster Strategie- und Machbarkeitsstudien
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-120.2	-123.8	-3.7	
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH/Wässerwies)	-5.5	-5.2	0.3	- Projekt verläuft planmässig.
- Zürich, Universität Irchel, Neubau Labor- und Technikflächen, Erweiterung der 1. Ausbautetappe (Etappe 2)	0.0	0.0	0.0	
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbautetappe	-74.1	-68.0	6.1	- Budget 2019 inkl. Kreditübertragung von -52.1 Mio. Franken, Minderausgaben aufgrund von Verzögerungen in der Umsetzung
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	0.0	0.0	0.0	
- Zürich, Universität Irchel, Erneuerung Energie- und Medienversorgung	-0.5	-0.0	0.5	- Minderausgaben in der Projektierung, da Projekt noch in Vorstudienphase
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung und Umbau Laborflächen der 1. Ausbautetappe (Etappe 1)	-0.5	-0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund Neuterminierung der Projektierung auf 2029
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbautetappe (zusätzliche Flächen)	-10.0	-0.0	10.0	- Projektkosten zurzeit auf dem Hauptprojekt (Irchel 5. Ausbautetappe) gebucht
- Zürich, Universität Zentrum, Plattenstrasse 14-22, Erweiterungsneubau/Instandsetzung	-9.1	-8.4	0.7	- Bezug erfolgte Ende Oktober 2019. Minderausgaben nicht verwendeter Reserven von Fr. 0.7 Mio.
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Parkhaus Irchel	0.0	-3.6	-3.6	- Mehrausgaben aufgrund von Nachholbedarf im Projekt und Wasserinfiltrationen
- Zürich, Universität Irchel-Nord, Neubau multifunktionales Laborgebäude	-1.6	-2.5	-0.9	- Mehrausgaben aufgrund Projektänderung (statt Standard-Labors hochinstallierte Labors)
- Zürich, Universität Zentrum, Institut für Medizinische Mikrobiologie, Neubau Diagnostik	0.0	-2.0	-2.0	- Mehrausgaben aufgrund Zusatzbestellungen Nutzer und Altlasten
- Bundessubventionen für Bauprojekte	9.2	6.0	-3.2	- Mindereinnahmen aufgrund Projektstartverschiebung Multifunktionales Laborgebäude sowie Rechnungseingang nach Stichtag im Projekt Irchel 5. Bauetappe
- Diverse Projekte mit Gesamtausgaben < 20 Mio. Franken	-28.1	-40.1	-12.0	- Mehrausgaben hauptsächlich aufgrund diverser kleinerer Bauvorhaben bedingt durch den aufgestauten Sanierungsbedarf und Nutzerbedürfnisse
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

7100 Lehrmittelverlag

Aufgrund sich abzeichnender Liquiditätsgap wurde auf die Verselbstständigung des Lehrmittelverlags und die Überführung in eine Aktiengesellschaft auf Anfang 2020 verzichtet. Der Lehrmittelverlag führt seine Geschäftstätigkeit weiterhin als unselbstständige kantonale Anstalt. Die Lehrmittelentwicklung für die Volksschule bezieht sich wesentlich auf die Einführung des Lehrplans 21. Zum Schuljahresbeginn 2019/2020 konnten neue Lehrmittel eingeführt werden, darunter «NaTech 7–9» für die Sekundarschule, «connected» für das neue Modulfach Medien und Informatik oder das neue digitale und ad-

aptive Lernfördersystem «Lernlupe» für die Primarschule. Das Französischlehrmittel «dis donc!» wird den Schulen wahlweise klassisch (Print plus digital) oder rein digital angeboten. In Umsetzung ist eine Neuschaffung für das Fach Deutsch. Es gehört zur ersten Generation von Lehrmitteln, die nach Freigabe des Lehrplans 21 aus einem Guss aufbauend vom Kindergarten bis zum Ende der Sekundarschule entsteht. Unmittelbar vor der Einführung steht ein neues Lehrmittel für Ethik. Für die Distribution digitaler Lehr- und Lernmedien wird eine kantonal und interkantonal genutzte Lizenzplattform eingesetzt.

Aufgaben

- A1 Entwicklung, Produktion und Vertrieb von politisch neutralen und interkantonal koordinierten Lehrmitteln für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise
- A2 Lehrmittelproduktion für Zielgruppen mit geringen Absatzmengen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
L1	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung), in Mio. Franken	A1, A2	16.0	13	17.1	4.1	31.5
L2	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung), in Mio. Franken	A1	12.6	12	12.7	0.7	5.8
B1	Ertrag pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1, A2	655 308	532 495	615 544	83 049	15.6
B2	Saldo pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1, A2	40 997	13 604	47 811	34 207	251.4
W3	Koordination der Lehrmittel: Anteil des Gesamtumsatzes mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittel, in %	A1	80	75	81	6	
W4	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen am Gesamtumsatz mit Lehrwerken der Interkantonalen Lehrmittelzentrale, in %	A1	93	93	96	3	
W5	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich, in %	A1	61	55	61	6	

Bemerkungen

- L1, L2 Höherer Umsatz aufgrund der Nachfrage nach Lehrplan-21-Lehrmitteln
- B1, B2 Der gesteigerte Umsatz führt zu einem höheren Ertrag und Saldo pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.1b Die Lehrmittelplanung und -entwicklung auf die Anforderungen des neuen Lehrplans ausrichten und digitale Lehr- und Lernmedien entwickeln.

Siehe Hauptereignisse

Abgeschlossen 2019

7100 2c Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen.

Das Lernfördersystem Lernlupe steht in der Primarschule im Einsatz.

Lernfördersysteme für den Zyklus 3 sind in Entwicklung.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	43.6	47.7	48.4	0.7	1.5

Bemerkungen R19 zu B19

Zunahme des Beschäftigungsumfangs insbesondere als Folge der zunehmenden Lehrmittel-Neuentwicklungen und der Digitalisierung

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		28.6	25.4	29.8	4.4	17.3
Aufwand		-26.8	-24.8	-27.5	-2.7	-10.9
Saldo		1.8	0.6	2.3	1.7	283.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0		
Ausgaben		0.0	-0.5	-0.6	-0.1	-20.0
Saldo		0.0	-0.5	-0.6	-0.1	-20.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.7		Abweichungen total R19 zu B19
4.4	A1	- Umsatzsteigerung aufgrund des Markteintritts diverser Lehrmittel-Neuentwicklungen sowie des Nachfrageanstiegs aufgrund des Nachholbedarfs der Schulen an Lehrplan-21-Lehrmitteln im Kanton und der gesamten deutschsprachigen Schweiz
-2.7	A1	- Erhöhter Aufwand insbesondere für Lehrmittel-Neuentwicklungen sowie für die Digitalisierung
0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B18	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.5	-0.6	-0.1	
Ausbau Büroarbeitsplätze	-0.4	-0.4	0.0	Vollständige Ausstattung der neuen Büroräume
Beschaffung Büromöbel	-0.1	-0.2	-0.1	
Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

7200 Volksschulen

Nachdem der Zürcher Lehrplan 21 im Vorjahr im Kindergarten und in der 1. bis 5. Klasse der Primarschule eingeführt worden ist, gilt er seit dem Schuljahr 2019/2020 auch in der 6. Klasse der Primarschule und in der Sekundarschule. Auch die Einführung dieser zweiten Etappe verlief erfolgreich. Lehrpersonen und Schulen nutzen weiterhin ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten, die sie darin unterstützen, den Unterricht gemäss Lehrplan 21 zu gestalten.

Nach der Gesetzesänderung vom 2. Juli 2018 zum Thema Tagesschulen hat der Regierungsrat die Volksschulverordnung angepasst. Mit einer das Projekt abschliessenden Ver-

anstaltung wurden Schulleitungen, Leitungen Betreuung und Behörden über die Änderungen informiert. Darüber hinaus wurden die Informationsmaterialien des Kantons aktualisiert und die Entwicklung der Tagesschulen weiterhin beobachtet. Lehrerinnen und Lehrer im Kindergarten und der Primarschule sollen künftig denselben Lohn erhalten, wenn sie dieselben Zulassungs- und Studienbedingungen haben. Dazu wurde die Vernehmlassung im Herbst eröffnet. Diese Massnahme ist eine von verschiedenen Massnahmen, mit denen in den kommenden Jahren der Kindergarten gestärkt und weiterentwickelt werden soll.

Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülerinnen/Volksschülern (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen/Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	30556	31183	31325	142	0.5
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	84104	86748	86199	-549	-0.6
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	30764	31348	30928	-420	-1.3
L4	Unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen (von L1-L3)	A2	3010	3002	3167	165	5.5
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	2868	2909	2926	17	0.6
L6	Volksschüler/innen, entspricht L1-L3	A1	145424	149278	148451	-827	-0.6
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.4	19.5	19.4	-0.1	-0.5
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	0.05	0.00	0.00
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.7	20.8	20.7	-0.1	-0.5
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.06	0.06	0.06	0.00	0.00
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.4	18.4	18.4	0.0	0.0
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr.	A1	10903	10822	11059	237	2.2
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	A1, A2	2849	2885	2871	-14	-0.5
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, in %	A1	92.0	91.7	91.9	0.2	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, in %	A1	96.9	96.2	96.7	0.5	
W3	Sonderschulungsquote: Anteil der Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total aller Volksschüler/innen (L6 inkl. L5), in %	A2	4.0	3.9	4.0	0.1	
W4	Anteil der integrierten Sonderschüler/innen am Total aller Schüler/innen mit Sonderschulstatus, in %	A2	51.2	50.8	52.0	1.2	

Bemerkungen

L1, L2, Die grösste Zunahme im Primarschulbereich gegenüber dem Vorjahr betrifft die zusätzlichen Übertritte vom Kindergarten in die Primarschule. Gegenüber dem Budget ist insgesamt eine geringere Zunahme als geplant zu verzeichnen.

B7, B8 Der Vergleich zum Budget ist kaum möglich aufgrund der weiterhin vom Kanton mitfinanzierten Schulleitungen (vgl. Begründungen Personal), deren Kosten im Budget nicht berücksichtigt sind.

B7 Gegenüber 2018 nimmt der Personalaufwand pro Volksschüler/in um Fr. 156 zu. Die Zunahme begründet sich insbesondere durch die Teuerung und die wieder ausgerichteten Einmalzulagen gemäss kantonalen Vorgaben.

W3 Die Sonderschulungsquote befindet sich zurzeit bei 4%. Um den Anstieg bei der integrierten Sonderschulung abzuschwächen, werden Gemeinden mit einer starker Zunahme mit einem Monitoring und daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen belegt.

W4 Der Anstieg des Anteils integrierter im Verhältnis zu den separierten Sonderschülerinnen und -schülern ist beabsichtigt und entspricht der Absicht des Volksschulgesetzes (§ 33).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1a Den Lehrplan 21 gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern des Schulfeldes an die Bedürfnisse im Kanton anpassen und einführen

Vgl. Hauptereignisse.

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.1c Die Einführung von Tagesschulen ermöglichen und fördern und dabei neue Modelle prüfen

Vgl. Hauptereignisse.

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.1d Mit dem Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen die Reduktion der Zahl der an einer Klasse tätigen Lehrpersonen sowie die Weiterentwicklung des integrierten Unterrichts erproben

Die Versuchsschulen legen ihren Fokus in der verbleibenden Zeit im Schulversuch verstärkt auf die Unterrichtsentwicklung. Die Bildungsdirektion prüft derweilen, welche positiven Elemente breiter genutzt werden können, und stellt Erfahrungen aus dem Schulversuch als Impulse für die Schul- und Unterrichtsentwicklung der Volksschulen zur Verfügung.

Planmässig 2022

RRZ 2.1e Mit dem Projekt ALLE leistungsschwächere Lernende in Mathematik und Deutsch auf der Sekundarstufe I fördern

Die Erprobung der Massnahmen im Pilotprojekt ALLE wurde im Sommer abgeschlossen. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation liegen im Sommer 2020 vor.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.1d Die Integrationskraft der Volksschule stärken und ein Monitoring über den Einsatz sonderpädagogischer Massnahmen einrichten

Die Gemeinden sind an der Umsetzung des Massnahmenplans im Rahmen des Monitorings. Zur Unterstützung der Gemeinden wurde der Schwerpunkt im Berichtsjahr auf die Optimierung der Datenspiegelung zur Steuerung der Sonderschulung gelegt. Die Umsetzung erfolgte planmässig und wird nun im Rahmen des ordentlichen Betriebs weitergeführt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.1e Durch wirksame Sprachförderung auf allen Bildungsstufen die Chancen in Schule, Beruf und Gesellschaft verbessern

Sämtliche Grundlagendokumente der Sprachförderung Deutsch als Zweitsprache wurden im Berichtsjahr aktualisiert.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1f Als Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf das Angebot an Tagesschulen fördern

Vgl. Hauptereignisse.

Abgeschlossen 2019

7200 2a Angebotsplanung des Sonderschulbereichs im Kanton Zürich

Die Angebotsplanung für die Sonderschulung wurde gemäss Versorgungsplanungsbericht 2017/18 bis 2019/20 umgesetzt. Damit ist die Versorgungsplanung erfolgreich aufgebaut. Weitere Planungsperioden werden nun im Rahmen des ordentlichen Betriebs erarbeitet.

Abgeschlossen 2019

7200 2b Initialisierungsprojekt zur Abklärung einer neuen Mittelzuteilung an die Volksschulen

Die Bildungsdirektion erteilte den Initialisierungsauftrag zu einem Projekt, welches das System der Mittelzuteilung in der Volksschule überprüfen und vereinfachen soll, um damit die Komplexität zu reduzieren und die Sicherung und Weiterentwicklung der Schulqualität zu unterstützen. Dabei soll zum einen der Handlungsspielraum der Gemeinden in der Gestaltung der Schulorganisation vergrössert und zum andern der administrative Verwaltungsaufwand reduziert werden. Die Studie wurde erstellt und ein Folgeprojekt initiiert.

Abgeschlossen 2019

7200 2c Schulen in der Erarbeitung von Voraussetzungen zum Einsatz digitaler Lehr- und Lernmedien sowie der Umsetzung von Medien und Informatik unterstützen

Für Primar- und Sekundarlehrpersonen, die Medien und Informatik unterrichten möchten, stehen kostenlose Grundlagenkurse an der Pädagogischen Hochschule Zürich zur Verfügung. In der Primarschule wird das neue Lehrmittel «connected» für Medien und Informatik des Lehrmittelverlags Zürich verwendet. Für die Sekundarschule stehen Empfehlungen für Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Die neu konzipierte Website ICT-Coach.ch unterstützt die Schulen in der zielgerichteten Erweiterung ihrer ICT-Infrastruktur.

Planmässig 2022

7200 2h Instrumente zur individuellen, förderorientierten Standortbestimmung von Schülerinnen und Schülern entwickeln und zur Verfügung stellen

Die Lehrmittelverlage Zürich und St.Gallen haben die Lernfördersysteme «Lernlupe» (2. Zyklus) und «Lernpass plus» (3. Zyklus) entwickelt, die auf der Lizenzplattform des Lehrmittelverlags Zürich verfügbar sind. Das Einführungskonzept und die Kommunikationsplanung für den «Lernpass plus» sind erstellt.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
11 167.1	10 872.7	11 468.7	596.0	5.5

Bemerkungen R19 zu B19

Allg. Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) hat der Regierungsrat die Kommunalisierung der Schulleitungen vorgeschlagen. Nachdem dieser Vorschlag in einer Vernehmlassung grossmehrheitlich abgelehnt worden ist, wurde auf die Kommunalisierung der Schulleitungen verzichtet. Dieser Verzicht erhöht den Beschäftigungsumfang im Vergleich zum Budget übermässig. Die Zunahme gegenüber 2018 begründet sich durch zusätzliche Lehrerstellen aufgrund der Schülerentwicklungen. Dabei ist festzustellen, dass entgegen der Entwicklung der Schülerzahlen die Anzahl Lehrpersonalstellen prozentual stärker zugenommen hat. Das lässt auf den zusätzlichen Bedarf an neuen Klassen schliessen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	0.0	1.2	1.2	0.0
Aufwand	-423.4	-421.7	-435.8	-14.1	-3.3
- Personalaufwand	-281.1	-276.1	-291.8	-15.7	-5.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-422.5	-421.7	-434.6	-12.9	-3.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-9.8	-12.9	-9.1	3.8	29.4
- Kreditübertragungen		-2.4		2.4	100.0
Saldo	-9.8	-12.9	-9.1	3.8	29.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-12.9		Abweichungen total R19 zu B19
0.8	A1, A2	- Geringere Spitalschuldkosten
0.7	A1, A2	- Tiefere Abschreibungen und Zinsen aufgrund zeitlich verzögerter Investitionen
0.3	A2	- Geringere Staatsbeiträge an Sonderschulung
0.3	A1	- Geringere Staatsbeiträge an Gemeinden für Ausgaben in den Bereichen Asyl, Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS) und Musikschulen
-0.7	A1	- Höherer Personalaufwand aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen und Lohnentwicklungen (Teuerungszulage wurde nicht budgetiert)
-15.0	A1	- Höherer Personalaufwand wegen nicht umgesetzter Sparmassnahme aus der Leistungsüberprüfung «Kommunalisierung der Schulleitungen» (vgl. RRB Nr. 1199/2018 und Vorlage 5507)
0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Nettoinvestitionen total

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
- total Projekte	-12.9	-9.1	3.8	- Realisierung verschiedene Investitionsvorhaben wie geplant (-9.1 Mio. Franken). Verzögerungen bei grösseren Bauvorhaben, deren Kosten in den Folgejahren anfallen werden (-3.8 Mio. Franken). Im Berichtsjahr wurden insbesondere tiefere Teilzahlungen als geplant entrichtet.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr schlossen knapp 2800 Schülerinnen und Schüler eine kantonale Mittelschule mit der gymnasialen Maturität oder einem entsprechenden Abschluss an der Fachmittelschule, Handelsmittelschule oder Informatikmittelschule ab.

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt legte mit dem Projekt «Basale fachliche Kompetenzen für die allgemeine Studierkompetenz» die Grundlage zur Umsetzung eines weiteren von vier Teilprojekten der Erziehungsdirektorenkonferenz. Im Projekt «Gymnasium 2022» sollen die Gymnasien ihren

Unterricht auf den Lehrplan 21 abstimmen, den MINT-Bereich stärken und neue Fächer einführen. In enger Zusammenarbeit mit dem Schulfeld wurden auf der Grundlage der vom Bildungsrat festgelegten Stossrichtungen zentrale Vorarbeiten geleistet, die im kommenden Jahr in eine breite Vernehmlassung gegeben werden. Die Umsetzungsarbeiten zum Kantonsratsbeschluss betreffend Einführung von Jokertagen an kantonalen Mittelschulen sind soweit fortgeschritten, dass mit der Einführung der Jokertage auf das Schuljahr 2020/2021 gerechnet werden kann.

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und Berufsmaturität an Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturanden und der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Einhaltung des Maturitätsreglements: Lektionenfaktor	A1	1.93	1.93	1.93	0.00	0.00
L2	Schülerinnen oder Schüler, die in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	16776	16960	17050	90	0.5
L3	Lernende an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	16098	16310	16378	68	0.4
L4	Lernende mit Zeugnissen zweisprachige Maturität	A1	405	420	395	-25	-6.0
B1	Nettoaufwand pro finanzierte Schülerin oder Schüler, in Fr.	A1, A2, A3	20280	21620	21610	-10	-0.0
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige zwei Jahre nach Schulabschluss, die mindestens «eher zufrieden» angeben, in %	A1		85	92	7	
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Anteil befragte Ehemalige, welche die fachliche Vorbereitung auf eine Hochschule mindestens mit «eher gut» einschätzen, in %	A1		75	76	1	
W3	Maturitätsschulbestände im 10. Schuljahr, in %	A1	22.6	22.4	23.2	0.8	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung, in %	A1, A2	21.8	21.5	22.1	0.6	

Bemerkungen

- L1 Lektionenfaktor 1.93 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin/Schüler und Schuljahr 1.93 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeit.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 15 663, Fachmittelschulen 717, Handels-/Informatikmittelschulen 670
- L2, L3 Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen der Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 14.6 Mio. Franken.
- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die in Dreijahresrhythmus durchgeführt wird.
- W3 Dieser Indikator misst den Anteil an Maturitätsschülerinnen und Maturitätsschülern im 10. Schuljahr, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in 6. Primarklassen vier Jahre zuvor.
- W4 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II Allgemeinbildung misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II in der Schweiz mit gymnasialer Maturität, Fachmittelschulabschluss oder an einer internationalen Schule absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Die Festlegung der Schulraumstrategie für die Sekundarstufe II steht vor dem Abschluss; der Regierungsrat hat die Regionalstrategie Mittelschulen «Pfauen» und rechtes Zürichseeufer beschlossen. Das Bildungszentrum Uster und der Ersatzneubau für die Kantonsschule Büelrain Winterthur konnten eingeweiht werden, der Wettbewerb für einen Neubau der Berufsfachschule Winterthur wurde abgeschlossen und ein Siegerprojekt ausgezeichnet. Die Folgearbeiten aus der Strategie sind eingeleitet.

Stand bis

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.2e Die hohe Qualität der gymnasialen Bildung erhalten und den allgemeinen Universitätszugang mittels gymnasialer Maturität sichern

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Der Bildungsrat hat den Zwischenbericht zur Umsetzung von NaTech zur Kenntnis genommen. Die Schulen sind in der Umsetzung der Massnahmen auf Kurs. Im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» ist die Einführung des Fachs Informatik im Unter- und Obergymnasium in Arbeit. Im Rahmen der weiteren Arbeiten sollen die MINT-Fächer in den Stundentafeln am Untergymnasium gestärkt sowie die Lehrpläne an den Lehrplan 21 angepasst werden.

Abgeschlossen 2019

BI 2.3a Die Schulraumstrategie weiterführen und umsetzen

Vgl. RRZ 2.1h

Abgeschlossen 2019

BI 8.1f Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde schon 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1g Lehrermangel entgegenwirken, insbesondere auf der Kindergarten- und der Sekundarstufe II (Gymnasien)

Siehe Leistungsgruppe Nr. 7000, Bildungsverwaltung, BI 8.1b

Abgeschlossen 2019

7301 2a Stärkung der Zürcher Matura durch qualitätsfördernde Massnahmen zur Sicherung des prüfungsfreien Hochschulzugangs

Vgl. RRZ 2.2e

Abgeschlossen 2019

7301 2b Inhaltliche und strukturelle Massnahmen zur Stärkung von Naturwissenschaft und Technik an Gymnasien

Vgl. RRZ 8.1d

Abgeschlossen 2019

7301 2c Verbesserung der Berufs- und Studienwahlberatung an Gymnasien

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde schon 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

7301 2d Zusätzliche Mittel für Betrieb und Infrastruktur bereitgestellt, um Schülerwachstum zu bewältigen

Vgl. RRZ 2.1h

Abgeschlossen 2019

7301 2e Governance an Kantonsschulen etabliert

Das im Vorjahr gestartete Projekt Governance zielt auf eine Klärung, Präzisierung und Aktualisierung der Rollen ab. Zusammen mit Vertretungen des Schulfelds wurden im Berichtsjahr Handlungsfelder abgesteckt und Lösungsvarianten ausgearbeitet, die anschliessend in breiterem Kreis diskutiert und weiterentwickelt wurden. Gestützt auf die Ergebnisse werden als nächstes konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Die Arbeiten zum Thema Governance bilden in der Legislaturperiode 2019 - 2023 weiterhin einen Entwicklungsschwerpunkt.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
1872.0	1911.0	1888.1	-22.9	-1.2

Bemerkungen R19 zu B19

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab. Der Beschäftigungsumfang fällt tiefer aus als geplant, da durch die Optimierung von Anzahl Klassen und Klassengrössen der Beschäftigungsumfang unterproportional gewachsen ist.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	122.3	107.8	112.2	4.3	4.0
Aufwand	-462.6	-474.9	-480.6	-5.6	-1.2
- Personalaufwand	-315.9	-325.6	-322.5	3.1	1.0
- Hauswirtschaftskurse	-7.0	-6.7	-6.8	-0.1	-0.8
- Kreditübertragungen		-0.1			
Saldo	-340.2	-367.1	-368.4	-1.3	-0.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-3.0	-10.2	-6.6	3.6	34.9
- Kreditübertragungen		-0.4		0.4	100.0
Saldo	-3.0	-10.2	-6.6	3.6	34.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.3		Abweichungen total R19 zu B19
-1.9	A1	- Zusätzliche Mittelschülerinnen und Mittelschüler
0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-10.2	-6.6	3.6	
- Investitionen	-10.2	-6.6	3.6	- Minderausgaben wegen Verzögerungen und tieferer Kosten für die Einrichtungen des Ersatz- und Ergänzungsbaus der Kantonsschule Büelrain in Winterthur und der Sanierung und Erweiterung des Bildungszentrums Uster (Neubau Kantonsschule)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -6988556	Verwendung 2019 0	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -6988556	Veränderung Bestand 0

7306 Berufsbildung

Im Berichtsjahr genehmigte das Mittelschul- und Berufsbildungsamt rund 12350 Lehrverträge, davon knapp 1380 für die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (EBA). Insgesamt wurden 0,5% weniger Lehrverträge genehmigt als im Vorjahr. Gestiegen ist die Anzahl der Lehrverträge für die zweijährige Grundbildung. Mehr als 90% der Lernenden bestanden das abschliessende Qualifikationsverfahren (Lehrabschlussprüfung). Die Anzahl der Lernenden in den Berufsvorbereitungsjahren nahm erneut leicht ab.

Im Projekt «Kompetenzzentren» wurde im Juni des Berichtsjahres ein aufgrund der Rückmeldungen zur Diskussionsgrundlage und von Gesprächen mit den verschiedenen Anspruchsgruppen erarbeiteter Lösungsvorschlag präsentiert, der anschliessend in die Vernehmlassung ging. Die Vernehmlassung wird bis Ende des Berichtsjahres ausgewertet. Im Folgejahr ist der Entscheid des Bildungsrates geplant.

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: Berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an höheren Fachschulen
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, höhere Berufsbildung)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	1889	1980	1867	-113	-5.7
L2	Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	42779	42870	42950	80	0.2
L6	Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	6090	6150	6150	0	0.0
L7	Durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15412	15648	15485	-163	-1.0
L8	Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2331	2400	2454	54	2.3
L9	Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen	A2	189	192	190	-2	-1.0
L10	Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	7876	7840	8054	214	2.7
L11	Studierende/Teilnehmende Höhere Fachschulen alle Bereiche (Teil von L10)	A2	7876	7840	8054	214	2.7
L13	Studierende/Teilnehmende in Vorbereitungskursen auf Höhere Fachprüfungen (Teil von L10)	A2	0	0	0	0	
L14	Studierende/Teilnehmende in Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen (Teil von L10)	A2	0	0	0	0	
B1	Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/n in der schulischen Grundbildung, in Fr.	A1	8052	8920	7983	-937	-10.5
B3	Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n Schlussprüfung, in Fr.	A3	1609	1530	1669	139	9.1
B4	Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung, in Mio. Franken	A2	79	83	74	-9	-10.8
W1	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität), in %	A1	53.3	56.7	51.7	-5.0	
W2	Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität, in %	A1	16.1	16.8	16.6	-0.2	
W3	Total der gesamten Abschlussquote (inkl. Allgemeinbildung), in %	A1	91.2	95	90.4	-4.6	

Bemerkungen

- L1 Die integrationsorientierten Angebote der Berufsvorbereitungsjahre werden entlastet einerseits durch das Angebot der Integrationsvorlehre und andererseits durch die geringere Anzahl an Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen jungen Erwachsenen in der Schweiz. Die Massnahmen aufgrund der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) und die entspannte Lehrstellensituation führen zu einer zusätzlichen Abnahme.
- L7 Die 15 485 Abschlussprüfungen umfassen 12 661 von Lernenden im Kanton Zürich, 2759 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 65 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton Zürich.
- L10, L11, L13, L14 Diese Indikatoren zeigen den Umfang der durch den Kanton finanzierten Teilnehmenden an den vom Bund anerkannten Bildungsgängen der Höheren Berufsbildung. Der Indikator Studierende/Teilnehmende in der Höheren Berufsbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsschulen (L10) stellt die Summe der Indikatoren Studierende in Höheren Fachschulen (L11) und Teilnehmende in Vorbereitungskursen auf eidgenössische Prüfungen (L13/L14) dar. Das Wachstum der Anzahl Studierenden in den Höheren Fachschulen (L11) liegt über den Erwartungen, dies liegt insbesondere am Gesundheitsbereich. Dagegen werden die Teilnehmenden auf Vorbereitungskurse (L13/L14) aufgrund der Ablösung der Finanzierung der Vorbereitungskurse durch den Bund nicht mehr im Geschäftsbericht ausgewiesen.
- B1 Aufgrund von Einmal- und Sondereffekten wird der Nettoaufwand pro Lernende und Lernenden einmalig tiefer ausgewiesen (siehe Abweichungsbegründung Finanzierung)
- B3 Die Kostenzunahme für Qualifikationsverfahren beruht insbesondere auf Neuanschaffungen von Maschinen und Geräten in einzelnen Berufen mit neuen Bildungsverordnungen und angepassten Prüfungsformen sowie auf gestiegene Mietkosten, da teilweise neue Räumlichkeiten gemietet werden mussten.
- B4 Der Indikator zeigt den Nettoaufwand für die Weiterbildung und setzt die KEF-Erklärung Nr. 29/2016 um. Der Aufwand von 73.6 Mio. Franken setzt sich zusammen aus 63.4 Mio. Franken für Angebote der Höheren Berufsbildung und 10.2 Mio. Franken für Angebote der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung. Die Kosten fielen insbesondere aufgrund des Rückgangs der Anzahl Teilnehmenden bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB) und des Wegfalls der Subventionierung der berufsorientierten Weiterbildung der KV Business School Zürich tiefer aus als geplant (siehe auch die Bemerkung zum Personal sowie die Abweichungsbegründung Finanzierung).
- W1, W2, W3 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr eine Erstausbildung auf der Sekundarstufe II in der Schweiz absolviert haben. Diese Indikatoren werden vom Bundesamt für Statistik erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.1h Angesichts knapper werdender Kapazitäten auf der Sekundarstufe II zusätzliche Mittel für Betrieb, Infrastruktur und Personal bereitstellen

Die Festlegung der Schulraumstrategie für die Sekundarstufe II steht vor dem Abschluss; der Regierungsrat hat die Regionalstrategie Mittelschulen «Pfauen» und rechtses Zürichseeufer beschlossen. Das Bildungszentrum Uster und der Ersatzneubau für die Kantonsschule Büelrain Winterthur konnten eingeweiht werden, der Wettbewerb für einen Neubau der Berufsfachschule Winterthur ist abgeschlossen und ein Siegerprojekt ausgezeichnet. Die Folgearbeiten aus der Strategie sind eingeleitet.

Abgeschlossen 2019

RRZ 5.1f Leistungsschwächere und sozial benachteiligte Jugendliche bei ihrem Berufseinstieg und während der beruflichen Grundbildung unterstützen

Im Berichtsjahr wurde die Initialisierungsphase im ämterübergreifenden Projekt «Optimierung Übergang 1» planmässig durchgeführt. Recherchen und Analysen zur Passung der Angebote auf die Bedürfnisse der Jugendlichen mit Schwierigkeiten am Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung dienten dazu, Handlungsfelder und Lücken im System zu identifizieren. Die drei als prioritär festgelegten Projekte knüpfen an den identifizierten Lücken im System an und verfolgen das Ziel, die Unterstützung von leistungsschwächeren Jugendlichen am Übergang 1 gezielt zu verbessern. Die Arbeiten zum Thema Übergang Volksschule – Berufsbildung bilden in der Legislaturperiode 2019–2023 weiterhin einen Entwicklungsschwerpunkt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1d Naturwissenschaft und Technik stärken, Berufs- und Studienwahl an den Gymnasien optimieren, berufliche Nach- und Höherqualifizierung verbessern

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits mit dem Geschäftsbericht 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.1e Mit Blick auf eine starke Berufsbildung die Attraktivität der Berufsmaturität steigern und die Talentförderung weiter etablieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1c Die Fachmaturitäten und die Handelsmittelschule neben der dualen Berufsbildung und den Gymnasien profilieren

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde schon 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1d Bildungsleistungen validieren und anerkennen, die informell oder im Ausland erworben wurden

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde schon 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

BI 8.1e Die Weiterbildung und die Nachholbildung unterstützen und stärken

Die Umsetzung des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) erfolgt durch die Koordinationsstelle Grundkompetenzen des MBA, deren Ziel es ist, im Kanton Zürich ein bedarfsgerechtes Angebot an Weiterbildung im Bereich der Grundkompetenzen zu entwickeln und sicherzustellen. Aktuell ist ein Programm Grundkompetenzen in Ausarbeitung und die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen wird geprüft. Die weiteren Arbeiten werden im Rahmen des ordentlichen Betriebs geführt. Abgeschlossen 2019

7306 2b Ausbildungsmöglichkeiten und Fördermassnahmen für schulisch schwächere Jugendliche verbessert

Im Berichtsjahr wurden die Schulkonzepte evaluiert, die sich auf das Rahmenkonzept «Beratung-Förderung-Begleitung für Berufsfach- und Berufsmaturitätsschulen im Kanton Zürich» stützen. Es zeigte sich ein insgesamt erfreuliches Bild: Früherfassung wird allgemein umgesetzt, die Schulen haben ihre Förderangebote überarbeitet, gebündelt und teilweise erneuert. In fast allen Schulen erstrecken sich die Unterstützungs- und Fördermassnahmen über das ganze Begabungsspektrum. Bedarf besteht beim Ausbau der Sprachförderung an den Schulen. Abgeschlossen 2019
Der Pilotversuch mit der Invalidenversicherung zur Unterstützung der Berufsfachschulen bei Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf konnte in den Regelbetrieb überführt werden.

7306 2d Talentförderung in der beruflichen Grundbildung verstärkt (z.B. Fremdsprache, bilingualer Unterricht, Berufsmeisterschaften)

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde schon 2018 abgeschlossen. Abgeschlossen 2019

7306 2e Governance an staatlichen Berufsfachschulen etabliert

Das im Vorjahr gestartete Projekt Governance zielt auf eine Klärung, Präzisierung und Aktualisierung der Rollen ab. Zusammen mit Vertretungen des Schulfelds wurden im Berichtsjahr Handlungsfelder abgesteckt und Lösungsvarianten ausgearbeitet, die anschliessend in breiterem Kreis diskutiert und weiterentwickelt wurden. Gestützt auf die Ergebnisse werden als nächstes konkrete Lösungsvorschläge ausgearbeitet. Die Arbeiten zum Thema Governance bilden in der Legislaturperiode 2019 - 2023 weiterhin einen Entwicklungsschwerpunkt. Verzögert 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1519.9	1535.9	1511.0	-24.9	-1.6

Bemerkungen R19 zu B19

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Trotz leicht steigender Lernendenzahlen fällt der Beschäftigungsumfang tiefer aus als geplant. Durch Optimierung von Klassenanzahl und Klassengrössen ist ein Rückgang des Beschäftigungsumfangs trotz leicht steigender Lernendenzahlen in der Grundbildung zu beobachten. Im Bereich der Weiterbildung wirkt sich insbesondere der Rückgang der Anzahl Teilnehmenden bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB) auf den Beschäftigungsumfang aus.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	257.1	243.4	261.7	18.3	7.5
Aufwand	-596.2	-620.7	-599.2	21.4	3.5
- Eigene Beiträge	-189.6	-207.1	-182.7	24.4	11.8
- Kreditübertragungen		-0.3			
Saldo	-339.2	-377.3	-337.5	39.8	10.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1		0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-7.4	-17.0	-7.5	9.5	55.7
- Kreditübertragungen		-0.5		0.5	100.0
Saldo	-7.4	-17.0	-7.5	9.5	56.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
39.8		Abweichungen total R19 zu B19
19.8	A1, A2, A3	- Die Pauschalbeiträge des Bundes an die Kantone fielen deutlich höher aus als vom Bund geplant. Der Grund dafür sind deutlich tiefere als geplante Kosten für die 2017 eingeführte Subjektfinanzierung der Vorbereitungskurse auf eidgenössische Prüfungen durch den Bund. Diese Kosten für die Vorbereitungskurse werden jeweils den Pauschalbeiträgen an die Kantone in Abzug gebracht.
14.4	A1, A2	- Einmalig tiefere Staatsbeiträge an private Anbietende von Grundbildung insbesondere aufgrund von Rückzahlungen im Umfang von rund 4 Mio. Franken, einer neuen Methodik bei der Abgrenzung des Jahresergebnisses auf der Grundlage einer Hochrechnung der Schulen und der Neuregelung der Finanzierung der berufsorientierten Weiterbildung.
9.7	A2	- Tiefere Beiträge an die Höhere Berufsbildung aufgrund von überschätzten Aufwänden im Vorjahr (einmaliger Effekt im Umfang von rund 4 Mio. Franken) sowie der rascheren Umstellung auf die Subjektfinanzierung auf eidgenössische Prüfungen durch den Bund und allgemein tiefen Teilnehmendenzahlen.
-6.3	A2	- Bildung von Rückstellungen für Personalmassnahmen bei der kantonalen Berufsschule für Weiterbildung Zürich (EB)
2.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-17.0	-7.5	9.5	
- Investitionen	-17.0	-7.5	9.5	- Minderausgaben insbesondere wegen Verzögerungen bei Investitionen für den Staatsbeitrag zur Instandsetzung KV Zürich, für Informatikprojekte und die Ausstattung des Bildungszentrums Zürichsee
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-1000000	0	-4000000	-5000000	-4000000

Bemerkungen

Durch den besonderen Einsatz der Mitarbeitenden/Lehrkräfte konnte der Aufwand in den Berufsfachschulen unter Budget gehalten werden. So wurden durch verschiedene Massnahmen die Klassengrössen an den Berufsfachschulen verbessert, was zu einer Reduktion des Beschäftigungsumfangs in den letzten drei Jahren führte (von 1571.8 im Jahr 2016 auf 1511.0 Ende des Berichtsjahres).

7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)

Der Universitätsrat ist gemäss Universitätsgesetz das oberste Organ der Universität Zürich (UZH). Seine Mitglieder sind Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik und werden vom Regierungsrat gewählt. Die Bildungsdirektorin oder der Bildungsdirektor nimmt von Amtes wegen Einsitz. Für die neue Amtsdauer 2019–2023 setzt sich der Universitätsrat wie folgt zusammen: Bildungsdirektorin Dr. Silvia Steiner (Präsidentin), Peter E. Bodmer, Prof. em. Dr. Beat Hotz-Hart, Prof. Dr. med. Petra S. Hüppi, Ulrich Jakob Looser, Prof. Dr. Antonio Loprieno, Dr. Urs Oberholzer, Dr. Franziska Widmer Müller.

Universitätsrat und Universitätsleitung haben die bisherigen Strategischen Ziele 2020 der Universität weiterentwickelt und neu als unbefristete strategische Grundsätze festgelegt. Sie enthalten jene Kerngedanken und Werte, die für die Exzellenz und die Reputation der Universität grundlegend sind und an denen sie sich in ihrer weiteren Entwicklung ausrichten wird.

Anknüpfend an den Grundsätzen legt die Universitätsleitung jeweils für die Dauer ihrer Amtszeit ein Schwerpunktprogramm fest, mit Fokus auf ausgewählte Themen aus den Aufgabenbereichen der Mitglieder der Universitätsleitung aus der Akademie.

Im Zuge der vom Kantonsrat am 2. September des Berichtsjahres beschlossenen Änderung des Universitätsgesetzes (Angehörige der Universität) erfolgte eine Anpassung der Universitätsordnung. Im Vordergrund stehen Regelungen zur Neuordnung der Stände. Weitere Anpassungen betreffen Zuständigkeiten und Kompetenzen universitärer Organe. Ferner wurden zur Umsetzung von Governance 2020+ Regelungen in die Universitätsordnung aufgenommen, welche die Stärkung der strategischen Führung durch die Universitätsleitung sowie die Gestaltungs- und Führungsverantwortung der Dekaninnen und Dekane verdeutlichen.

Aufgaben

- A1 Die Universität Zürich (UZH) vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A2 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L4 Studierende gesamt (L5-L8)	A1	25827	26150	26438	288	1.1
L5 Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	13719	13630	13977	347	2.5
L6 Studierende in Masterstudiengängen	A1	6270	6230	6455	225	3.6
L7 Studierende Lehramt	A1	545	650	489	-161	-24.8
L8 Studierende im Doktoratsstudium	A1, A2, A3	5293	5640	5517	-123	-2.2
L3 Habilitationen	A2, A3	102	90	68	-22	-24.4
B1 Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2, A3	23579	23513	23565	52	0.2
B2 Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2, A3	42.9	44.1	42.6	-1.5	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität, in %	A1, A2, A3	11.2	11.6	11.2	-0.4	
W4 Anzahl Abschlüsse gesamt (W5-W10)	A1, A2, A3	5352	5500	5305	-195	-3.5
W5 Bachelorabschlüsse	A1	2333	2480	2291	-189	-7.6
W6 Masterabschlüsse	A1	2017	2100	1982	-118	-5.6
W7 Abschlüsse Lehramt	A1	250	210	252	42	20.0
W10 verliehene Doktorate	A1, A2, A3	752	710	780	70	9.9
W3 Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss, in %	A1, A3	96.0				

Bemerkungen

- L4 Studierende im Herbstsemester des jeweiligen Berichtsjahres
- W5, W6 Die Zahl der Bachelor- und Masterabschlüsse nahm weniger stark zu, als von der Universität Zürich gemäss Prognose des Bundesamtes für Statistik budgetiert.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2a Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)

Die Universität Zürich konnte im Berichtsjahr 6 von 34 Eccellenza Professorial Fellowships des Schweizer Nationalfonds für sich gewinnen. Zusätzlich erhielten zwei junge Forschende ERC Starting Grants im Umfang von rund 3 Mio. Euro. Über den universitätsinternen kompetitiven Forschungskredit erhielten 66 Doktorierende und 51 Postdoktorierende einen Forschungsgrant. Im Berichtsjahr wurde ein Best-Practice-Leitfaden für die Doktoratsstufe vom Graduate Campus herausgegeben. Damit soll die Qualität, Attraktivität und Internationalisierung des Doktorats an der Universität Zürich gesichert und gestärkt werden.

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.2b Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiteren Beteiligten stärken

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits mit dem Geschäftsbericht 2018 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2019

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Im Berichtsjahr wurde der Erweiterungsbau an der Plattenstrasse 14 eingeweiht. Weiter wurde der Rohbau für den Neubau des Chemie-Laborgebäudes «UZI 5» fertiggestellt.

Abgeschlossen 2019

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Seit 2018 werden die Innovationsaktivitäten durch den UZH Innovation Hub gefördert. Dazu gehören die Digital Entrepreneurship Trainings (zwei Module), das einwöchige UZH Innovators Camp und die UZH Entrepreneur Fellowships für BioTech und MedTech Projekte. Mit den Fellowships werden junge Forschende unterstützt, auf Forschungsergebnissen der UZH basierende Produkte und Services zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.

Abgeschlossen 2019

7401 2a Initialisierung Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Die Vorlage zur Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen wurde von den Hochschulen und der Bildungsdirektion gemeinsam erarbeitet. Der Regierungsrat hat im Februar 2019 Antrag an den Kantonsrat über die Bewilligung eines Rahmenkredits 2020-2029 gestellt. Der Kantonsrat hat den Rahmenkredit am 20. Januar 2020 einstimmig bewilligt. Insgesamt ist ein Kostenrahmen von 300 Millionen Franken über zehn Jahre vorgesehen, wobei im Rahmenkredit 108.3 Mio. Franken eingestellt werden und die Hochschulen rund 192 Millionen Franken aus eigenen Mitteln beitragen. Die Aktivitäten der Digitalisierungsinitiative sind in die drei Bereiche Forschungscluster, Innovationsprogramm und Bildungsförderung unterteilt. Erste Lehrstühle wurden als Eigenleistung der Universität bereits besetzt.

Abgeschlossen 2019

7401 2b Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Siehe Entwicklungsschwerpunkt 7401 2a

Planmässig 2029

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-609.0	-621.0	-623.0	-2.0	-0.3
- Kostenbeitrag an Universität	-609.0	-614.9	-623.0	-8.2	-1.3
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit					
Saldo	-609.0	-621.0	-623.0	-2.0	-0.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben		0.0		0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo		0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.0		Abweichungen total R19 zu B19
6.1	A1, A2, A3	- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
0.1		- Rundungsdifferenz
-8.2	A1, A2, A3	- Höherer Beitrag an die Universität Zürich für Teuerungszulage gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018
0.0		- Übrige Abweichungen

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV)
A2 Vertraglich festgesetzte jährliche Kostenbeiträge des Kantons an die Zentralbibliothek (ZB) und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe 9690 abgebildet.
A3 Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

Bemerkungen

- A1 Die in der Leistungsgruppe 7402 erfasste Finanzierung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) umfasst einerseits die Abgeltungen von anderen Kantonen zugunsten des Universitätskantons Zürich für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich und andererseits die Abgeltung zulasten des Kantons Zürich an die anderen Universitätskantone für ausserkantonale Studierende mit Herkunft Kanton Zürich. Die Erstellung der Abrechnung für die Abgeltungen zugunsten und zulasten des Kantons Zürich im Rahmen der IUV erfolgt nicht durch die Bildungsdirektion bzw. die Universität, sondern durch die Geschäftsstelle IUV der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik. Die IUV-Abgeltung für die ausserkantonalen Studierenden an der Universität Zürich erfolgt an deren Träger (Kanton Zürich) und wird in der Leistungsgruppe 7402 vereinnahmt. Der Kanton Zürich gibt den Betrag der Universität als Staatsbeitrag weiter; er ist angesichts der eindeutigen Zweckbestimmung der Vereinbarung als den Hochschulen zustehenden Leistungsabgeltungen an diese Ausrichtung gebunden. Die Abgeltung zugunsten der Universität ist folglich sowohl im Ertrag als auch im Aufwand der Leistungsgruppe 7402 enthalten und damit saldoneutral. Der Betrag ist im Finanzteil der Leistungsgruppe 7402 nicht gesondert dargestellt, wird aber in der Leistungsgruppe 9600, Universität Zürich, in der Position «Beiträge anderer Kantone» angegeben. Der IUV-Beitrag des Kantons Zürich für die ausserkantonale Studierenden mit Herkunft Kanton Zürich ist dagegen hier in der Leistungsgruppe 7402 in der Position «Eigene Beiträge an Kantone (IUV)» gesondert dargestellt. Der in der Leistungsgruppe 7401, Universität Zürich, gezeigte Kostenbeitrag an die Universität enthält die IUV-Abgeltung nicht, da diese in der vorliegenden Leistungsgruppe 7402 abgewickelt wird.
- A2, A3 Der Anteil von Kanton und Stadt Zürich an der Finanzierung der Zentralbibliothek erfolgt im Verhältnis 80% zu 20%.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich		2375	2250	2397	147	6.5
L2 Ausleihen an der Zentralbibliothek		917244	930000	861179	-68821	-7.4
B1 Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung IUV		12548	9879	12981	3102	31.4
B2 Ausleihen an der ZB pro Vollzeitstelle		5287	5500	4763	-737	-13.4
W2 ZB-Webseitenzugriffe		1289032	1500000	790477	-709523	-47.3

Bemerkungen

- L1, B1 Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und höherer durchschnittlicher IUV-Beitrag pro Studentin und Studenten als in der Prognose und im Vorjahr
L2 Abbild vermehrter Benutzung elektronischer Medien anstelle physischer Ausleihen
W2 Änderung des Zählverfahrens aufgrund neuer Website, Ausfilterung von Maschinenzugriffen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
Ertrag	152.5	150.7	155.6	4.9	3.2
Aufwand	-215.0	-206.4	-220.3	-13.9	-6.7
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-29.8	-22.2	-31.1	-8.8	-39.8
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-29.9	-30.7	-30.9	-0.2	-0.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-62.6	-55.7	-64.7	-9.1	-16.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
Einnahmen					
Ausgaben	-0.9	-3.1	-3.1	0.0	1.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.9	-3.1	-3.1	0.0	1.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-9.1		Abweichungen total R19 zu B19
-0.2	A2	- Höherer Beitrag an die Zentralbibliothek für Teuerungszulage gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018
-8.8	A1	- Höhere IUV-Beiträge für mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-3.1	-3.1	0.0	
- Die Beiträge für bauliche Investitionen der Zentralbibliothek (Investitionsbeiträge) erfolgen im Verhältnis 80% Kanton zu 20% Stadt. Die gesamte Finanzierung durch Kanton und Stadt ist in der Leistungsgruppe 9690, Zentralbibliothek, aufgeführt.	-3.1	-3.1	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)

Der Fachhochschulrat als oberstes Organ der Zürcher Fachhochschule (ZFH) setzt sich für die Amtsperiode 2019–2022 aus den wiedergewählten Mitgliedern Meret Ernst, Matthias Kaiserswerth und Andrea Schenker-Wicki sowie den neugewählten Mitgliedern Michael Alkalay und Thomas Ulrich zusammen. Das Präsidium hat Regierungsrätin Silvia Steiner inne.

Der Fachhochschulrat ernannte Marijke Hoogenboom als Direktorin des Departements Darstellende Künste und Film der Zürcher Hochschule der Künste und Dirk Wilhelm als Direktor der School of Engineering der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). Überdies verlieh er Dozierenden der Hochschulen den Professorinnen- bzw. Professorentitel der Zürcher Fachhochschule.

Im Berichtsjahr legte der Fachhochschulrat einen Schwerpunkt auf das Thema «Open Science». Weiter bewilligte er

den Bachelorstudiengang «Sprachliche Integration – Deutsch als Fremd- und Zweitsprache» an der ZHAW und den Studiengang «Unterricht an höheren Fachschulen im Hauptberuf» an der Pädagogischen Hochschule. Ferner befasste er sich mit Änderungen und Neuerlassen von Studien- und Prüfungsordnungen einzelner Hochschulen und genehmigte Weiterbildungs-Masterstudiengänge (Master of Advanced Studies).

Die Rektorenkonferenz der ZFH beschäftigte sich mit der Koordination hochschulübergreifender Angelegenheiten wie der Vereinheitlichung der Verfahren zur Ernennung von Hochschulleitungsmitgliedern oder der Auslegeordnung des Mandats an die Erfahrungsgruppen zur Unterstützung des Erfahrungsaustausches innerhalb der ZFH.

Aufgaben

- A1 Die Hochschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH) - bestehend aus den drei staatlichen Hochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK), Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) und der nicht über öffentliche Mittel mitfinanzierten privaten Hochschule für Wirtschaft Zürich (HWZ) - bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A2 Die Hochschulen der ZFH betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Studierende an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH gesamt		18833	19445	19349	-96	-0.5
L2 Studierende in Bachelorstudiengängen		15308	15570	15592	22	0.1
L3 Studierende in Masterstudiengängen		3525	3875	3757	-118	-3.0
B1 Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.		20159	20405	19824	-581	-2.8
B2 Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der staatlichen Hochschulen der ZFH, in %		47.6	49.2	45.9	-3.3	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen, in %		10.4	10.2	10.1	-0.1	
W1 FH-Diplomabschlüsse an den staatlichen und privaten Hochschulen ZFH gesamt		4600	5150	5054	-96	-1.9
W2 Abschlüsse auf Bachelorstufe		3619	4025	3938	-87	-2.2
W3 Abschlüsse auf Masterstufe		981	1125	1116	-9	-0.8
W4 Projekte Forschung und Entwicklung		2352	2250	2610	360	16.0

Bemerkungen

- L1, L2, Gewichtete Mittelwerte für das Berichtsjahr gemäss Definition Kostenrechnung der schweizerischen Fachhochschulen
L3 (Gewichtung: Herbstsemester 2018/2019: 2/12; Frühjahrssemester 2019: 6/12; Herbstsemester 2019/2020: 4/12)
B1 Der Kostenbeitrag pro Studierende/n lag sowohl unter Budget als auch unter Vorjahr. Die Abnahme ergab sich aus den entsprechenden Entwicklungen in der ZHAW und ZHdK (siehe Indikator B1 in den Leistungsgruppen 9710, ZHAW, und 9720, ZHdK). Bei der ZHAW war dies einerseits auf Kreditübertragungen auf das Folgejahr infolge Projektverzögerungen und andererseits auf einen einmaligen positiven Ergebniseffekt durch ausserordentliche Auflösungen bei den Projektbegrenzungen zurückzuführen, teilweise an den Kanton zurückgeführt.
B2 Die Abnahme im Anteil des Kostenbeitrags am Gesamtumsatz der Hochschulen ergibt sich wie die Abnahme im Beitrag pro Studentin und Studenten aus den unter B1 genannten Effekten.
W4 Die Zunahme in der Anzahl Forschungsprojekte ist Ausdruck des deutlichen Wachstums an der ZHAW in diesem Leistungsbereich (an der ZHAW rund 18% mehr Projekte als für das Berichtsjahr prognostiziert).

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2.2d In die Infrastruktur der Universität Zürich und der Zürcher Fachhochschulen investieren

Standorte Winterthur ZHAW: Auf dem Sulzer-Areal wurde der Rohbau des Adeline-Favre-Hauses Abgeschlossen 2019 erstellt. Die Innenausbauten werden nun laufend ausgeführt. Das Gebäude wird der ZHAW auf den Sommer 2020 zur Nutzung übergeben. Bei der Arealentwicklung des Campus Technikum in Winterthur wurde der Projektwettbewerb für die Etappe 1 abgeschlossen. Ein Projektierungskredit von 23,8 Mio. Franken wurde vom Regierungsrat am 13. März bewilligt. Der Baubeginn ist auf 2022 geplant.
Standort Wädenswil ZHAW: Auf dem Areal Reidbach in Wädenswil wurden für den Laborneubau Gebäude RD durch den Kantonsrat am 16. April 2018 die Miete und der Objektkredit (inkl. Ausstattung) bewilligt. Die Baugrubenarbeiten sind abgeschlossen und es wurde mit dem Rohbau begonnen.

RRZ 8.2d Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Die ZHAW, ZHdK und PHZH führen im Rahmen der projektgebundenen Beiträge des Bundes zahlreiche Kooperationsprojekte für Doktoratsausbildungen durch (Kooperation FH mit einer Schweizer Universität oder, in Bereichen, die an Schweizer Universitäten keine Verankerung haben, mit ausländischen Hochschulen). Abgeschlossen 2019

Die ZHAW hat verschiedene Labs aufgebaut, um ihre Kernkompetenzen in ausgewählten Themengebieten in Projekte mit externen Partnern einzubringen. Zum Teil werden diese Labs in Kooperation mit anderen Hochschulpartnern betrieben. Der Z-Kubator fördert Künstlerinnen und Künstler, Designerinnen und Designer sowie Vermittlerinnen und Vermittler der ZHdK an der Schnittstelle zwischen künstlerischer oder gestalterischer Idee und Unternehmertum.

Ferner haben ZHAW, ZHdK und PHZH gemeinsam mit der Universität Zürich eine Digitalisierungsinitiative entwickelt. Mit der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) will der Kanton Zürich seine Wettbewerbsfähigkeit als Forschungs- und Entwicklungsstandort im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken.

7406 2b Ausrichtung auf internationale Hochschulentwicklung und Akkreditierungsstandards

Die ZHdK beteiligt sich an einem Projekt zur Entwicklung einer Designhochschule in Shenzhen. Planmässig 2022
Die ZHAW, ZHdK und PHZH sind im Berichtsjahr zum Verfahren der Institutionellen Akkreditierung nach HFKG zugelassen geworden. Die Akkreditierung ist bei der ZHAW für 2020 und bei der ZHdK sowie PHZH für 2021 vorgesehen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-378.5	-411.1	-382.3	28.8	7.0
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-377.4	-394.3	-381.4	13.0	3.3
- Kreditübertragungen		-13.8			
Saldo	-378.5	-411.1	-382.3	28.8	7.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7406

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
28.8		Abweichungen total R19 zu B19
11.7	A1, A2	- Kreditübertragung ZHAW aus 2018 -13.8 Mio. Franken, davon Beanspruchung -2.2 Mio. Franken für zusätzlichen Staatsbeitrag an die ZHAW. Nichtbeanspruchung von 11.7 Mio. Franken: im Berichtsjahr verzögerte bzw. nicht realisierte für 2018 budgetierte Projekte sowie verzögerte Stellenbesetzungen infolge Fachkräftemangel bei der ZHAW
9.0	A1, A2	- Tieferer Staatsbeitrag an die ZHAW: teilweise Rückführung des Ertragsüberschusses 2019 der ZHAW an den Kanton. Der nach der Rückführung verbleibende Überschuss der ZHAW bildet die Grundlage für deren Antrag zur Verwendung des Gewinns in der Leistungsgruppe 9710, ZHAW.
7.9	A1, A2	- Tieferer Staatsbeitrag an die ZHAW für im Berichtsjahr budgetierte, infolge Projektverzögerungen aber noch nicht ausgeführte Projekte der ZHAW
1.9	A1, A2	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
-1.7	A1, A2	- Höherer Staatsbeitrag an die PHZH für Teuerungszulage gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018 sowie für die Zusatzaufwendungen der PHZH für Weiterbildungen im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-4000000	0	0	-4000000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Hochschulen ausserhalb der Zürcher Fachhochschule, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer interkantonalen Vereinbarung als Träger angehört.
- A2 Ausrichtung von Beiträgen an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und Pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV)

Bemerkungen

- A1 Finanzierung der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik (HfH)
- A2 Die Finanzierung im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) umfasst einerseits Abgeltungen an die Träger von Fachhochschulen zulasten des Vereinbarungskantons Zürich für dessen Zürcher Studierenden an anderen Schweizer Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen (ausserkantonale Studierende) und andererseits Abgeltungen von den anderen Vereinbarungskantonen zugunsten des Trägerkantons Zürich für deren Studierende an den staatlichen Hochschulen der Zürcher Fachhochschule (ZFH; ausserkantonale Studierende). Die FHV-Abgeltungen zulasten des Kantons Zürich sind Gegenstand der Leistungsgruppe 7407 und entsprechend im Gesamtaufwand dieser Leistungsgruppe enthalten. Diese Abgeltungen an die anderen Trägerkantone belaufen sich im Berichtsjahr auf 82.6% des Gesamtaufwands der Leistungsgruppe (R 2018: 81.6%). Der restliche Aufwand betrifft die Aufgabe A1 (Finanzierung HfH). Die FHV-Abgeltungen zugunsten des Trägers Kantons Zürich werden im Gegensatz zu den Beträgen zulasten des Kantons Zürich nicht in der Leistungsgruppe 7407 abgewickelt, da die Hochschulen der ZFH in Vollzug der Richtlinien zur Rechnungstellung FHV diese Abgeltungen den Wohnsitzkantonen direkt in Rechnung stellen und diese Erträge entsprechend dezentral in den Rechnungen der Hochschulen erfasst sind (vgl. Ertragsposition «Beiträge anderer Kantone» in den Leistungsgruppen 9710, ZHAW, 9720, ZHdK, und 9740, PHZH). Grundsätzlich handelt es sich bei diesen Beträgen um Abgeltungen an den Trägerkanton, der diese an die Hochschulen ZFH weitergibt. Er ist angesichts der eindeutigen Zweckbestimmung der Vereinbarung als den Hochschulen zustehenden Leistungsabgeltungen an diese Ausrichtung gebunden. Die Abwicklung und Verbuchung der Abgeltungsleistung erfolgt faktisch im Gegensatz zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV; vgl. Leistungsgruppe 7402) aufgrund der oben genannten Fakturierungsmodalitäten aber nicht zentral über den Kanton (Leistungsgruppe 7407), sondern ausschliesslich dezentral über die Hochschulen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordats-hochschulen	A1, A2	4932	4750	5135	385	8.1
B1	Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung FHV und Finanzierungsbeteiligung Konkordats-hochschulen	A1, A2	12571	10498	13209	2711	25.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag						
Aufwand						
- Kreditübertragungen		-62.2	-49.9	-68.0	-18.1	-36.4
Saldo		-62.2	-49.9	-68.0	-18.1	-36.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben						
- Kreditübertragungen						
Saldo						

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-18.1		Abweichungen total R19 zu B19
0.2	A1	- Tieferer Beitrag an die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik, hauptsächlich bedingt durch nicht vollständiges Ausschöpfen des Budgets für zusätzliche Ausbildungsplätzen Heilpädagogik
-18.3	A2	- Höhere FHV-Beiträge an ausserkantonale Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
0.0		- Übrige Abweichungen

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Anlässlich des 100-Jahr-Jubiläums des Amtes für Jugend und Berufsberatung wurde das Magazin «fürs Leben gut» herausgegeben. Dieses enthält vielfältige Geschichten aus dem Leben, Fachartikel und Expertengespräche, eine Chronik und Fakten zum Amt für Jugend und Berufsberatung. Vom 6. März bis 6. Juni des Berichtsjahres wurde eine Vernehmlassung zur Verordnung über die Tagesfamilien und Kindertagesstätten (Neuerlass) sowie zu den Änderungen der Kinder- und Jugendhilfverordnung und der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich durchgeführt. Die Vernehmlassung wurde ausgewertet, die Verordnungen überarbeitet und in der Folge das Inkrafttreten des geänderten Kinder- und Jugendhilfgesetzes und der Verordnungen vorbereitet.

In fünf Kinder- und Jugendhilfezentren wurde das Verfahren «Familienrat» erprobt. Unterstützt durch eine Koordinationsperson erarbeiteten die Familien mithilfe ihres privaten Netzwerks Lösungen für ihre Probleme. Die bisherigen Erfahrungen sind positiv. 2020 wird der Pilot ausgewertet und das weitere Vorgehen festgelegt.

Rund 98% der Stipendengesuche erfolgten online, dies nur zwei Jahre nach Einführung dieser Möglichkeit. Auch verschiedene Sozialbehörden in den Gemeinden reichten für ihre Einwohnerinnen und Einwohner online Gesuche um Ausbildungsbeiträge ein und konnten so den administrativen Aufwand reduzieren. Die Applikation wird weiter ausgebaut, sodass ab 2020 auch sämtliche Beilagen digital eingereicht werden können.

Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A6 Ausrichtung von Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen sowie an die Betreuung von Zürcher Kindern und Jugendlichen in ausserkantonalen Heimen
- A7 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L11 Kinder und Jugendliche mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1	5973	6100	5860	-240	-3.9
L12 Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2	4334	4400	4394	-6	-0.1
L13 Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3	12686	13700	11942	-1758	-12.8
L14 Fälle Alimentenhilfe	A4	6200	6400	6042	-358	-5.6
L15 Finanzierte sonderpädagogische Massnahmen	A5	4497	4180	4664	484	11.6
L16 Mitfinanzierte Heimplätze	A6	891	950	927	-23	-2.4
L17 Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Sek. II	A7	3438	3020	4201	1181	39.1
L18 Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär	A7	1475	1620	1622	2	0.1
B11 Kosten pro Kind/Jugendliche(n) mit Kindesschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr, in Fr.	A1	2879	2916	3032	116	4.0
B12 Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr, in Fr.	A2	1028	989	1003	14	1.4
B13 Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr, in Fr.	A3	413	389	446	57	14.7
B14 Kosten sonderpädagogische Massnahmen pro Kind und Jahr, in Fr.	A5	6222	6667	6300	-367	-5.5
B15 Beiträge pro mitfinanzierten Heimplatz, in Fr.	A6	47169	44133	44976	843	1.9
B16 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Sek. II, in Fr.	A7	9497	8650	9330	680	7.9
B17 Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär, in Fr.	A7	10977	10800	10563	-237	-2.2
B18 Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen, in Tg.	A7	119	110	75	-35	-31.8
W11 Anteil der Neugeborenen, mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung), in %	A3	94	95	90	-5	
W12 Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste), in %	A4	43	44	41	-3	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Anzahl Kinder mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte (ohne Stadt Zürich) hat sich im Rahmen des Vorjahreswertes bewegt. Ein leichter Anstieg aufgrund des prognostizierten Bevölkerungszuwachses ist nicht wie erwartet eingetroffen. Die Kosten pro Kind (B11) sind aufgrund erhöhter Fallkomplexitäten und der etwas geringeren Anzahl Kinder im Vergleich zum Vorjahr wie zum Budget angestiegen.
- L12, B12 Die Anzahl Erziehungs-/Familienberatungsaufträge weicht nur minimal vom Budgetwert ab und liegt leicht höher als im Vorjahr. Die Kosten pro Beratungsauftrag (B12) sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken und bewegen sich im Rahmen der Prognose.
- L13, B13 Die Anzahl Kinder mit Mütter- und Väterberatung ist gegenüber dem Vorjahreswert gesunken. Die erwartete leichte Zunahme aufgrund einer steigenden Geburtenrate ist nicht eingetroffen. Unter anderem ist dies auf die verlängerte Betreuung der Kinder durch Hebammen in den ersten Wochen nach der Geburt zurückzuführen. Die Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung (B13) sind aufgrund intensiveren Beratungen sowie der geringeren Anzahl gestiegen.
- W11 Beim Anteil der Neugeborenen, deren Eltern kontaktiert wurden, ist eine leichte Abnahme zu verzeichnen, da die Kontaktnahme via Geburtsmeldekarte der Spitäler aus datenschutzrechtlichen Gründen nur mit ausdrücklichem Einverständnis der Eltern möglich ist und die Geburtmeldungen der Gemeinden teilweise nicht innert der dem Indikator zugrunde liegenden Frist von drei Monaten erfolgten.
- L14, W12 Die Anzahl Fälle in der Alimentenhilfe blieb unter den Erwartungen und wird massgeblich durch die gute wirtschaftliche Lage bzw. in der Folge einer geringeren Anzahl von Unterhaltsschuldnerinnen und -schuldner bestimmt. Die Inkassquote (W12) fiel etwas tiefer als prognostiziert sowie als im Vorjahr aus und ist von der Solvenz und Auffindbarkeit der Schuldnerinnen und Schuldner abhängig.
- L15, B14 Die Zahl der sonderpädagogischen Massnahmen ist über den Vorjahres- wie auch den zu tief angesetzten Budgetwert angestiegen. Das Angebot wird zunehmend in Anspruch genommen. Ein Zuwachs fand insbesondere im Bereich Logopädie statt, was unter anderem auf Kindergarten-Rückstellungsentscheide und dadurch längerer Anspruchsberechtigung zurückzuführen ist. Die Kosten pro Kind (B14) kamen aufgrund der höheren Anzahl unter dem Budgetwert und leicht über dem Vorjahreswert zu liegen.
- L16, B15 Die Zahl der mitfinanzierten Heimplätze kam etwas unter dem Budgetwert, aber über dem Vorjahreswert zu liegen. Bei nahezu gleichbleibenden Kosten sank der Beitrag pro Platz (B15) aufgrund der besseren Auslastung gegenüber dem Vorjahr.
- L17, Die Anzahl unterstützter Personen in Ausbildung ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Im Tertiärbereich resultierte eine Zahl auf Niveau des Budgetwertes, im Bereich Sek. II dagegen wurde der zu tief angesetzte Budgetwert klar überschritten. Der durchschnittlich ausbezahlte Stipendienbetrag sank im Tertiärbereich leicht unter den Budget- und Vorjahreswert. Im Bereich Sek. II liegt er leicht unter dem Vorjahreswert, aber deutlich über dem Budgetwert. Die durchschnittliche Durchlaufzeit (B18) konnte durch Digitalisierungsbestrebungen sowie verschiedene organisatorische Massnahmen deutlich gesenkt werden. Die elektronische Gesuchseingabe dürfte unter anderem auch zu einer zunehmenden Inanspruchnahme von Ausbildungsbeiträgen beigetragen haben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5.1c Startchancen für sozial benachteiligte Kinder durch Frühinterventionen, frühe Förderung, Stärkung der Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern sowie den Zugang zur Familienhilfe erleichtern und die Familie als Lernort stärken

Die Elternbildungsangebote in den Kinder- und Jugendhilfezentren (kjz) wurden in den Regelbetrieb Abgeschlossen 2019 aufgenommen.

RRZ 8.1a Das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen durch den Abbau regulatorischer Hindernisse und mittels innovativer Lösungen. Die Rahmenbedingungen und Erwerbsanreize über die Ausgestaltung der Steuer- und Abgabensysteme sowie die ausserfamiliäre Betreuung verbessern

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen. Abgeschlossen 2019

7501 2b Erarbeitung von Grundlagen und Instrumenten zur Versorgungssteuerung in der stationären Kinder- und Jugendhilfe / Umsetzung neues Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG)

Die Ausarbeitung der Verordnung verläuft planmässig. Eine Vernehmlassung ist Ende 2020 vorgesehen. Die umfangreichen Umsetzungsvorbereitungen sind im Hinblick auf eine Inkraftsetzung des Gesetzes auf 1. Januar 2022 in vollem Gange. Planmässig 2021

7501 2c Das Stipendienwesen weiterentwickeln (Umsetzung Stipendienreform)

Die Vernehmlassung der neuen Stipendienverordnung erfolgte im Berichtsjahr. Die benötigte Software-Infrastruktur wird 2020 aufgebaut, sodass die Inkraftsetzung auf 1. Januar 2021 erfolgen kann. Planmässig 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	457.2	465.9	463.7	-2.2	-0.5

Bemerkungen R19 zu B19

-2.2 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer tieferen durchschnittlichen Beschäftigtenzahl.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	83.3	83.7	86.0	2.3	2.7
- Durchlaufende Beiträge	10.6	10.0	10.8	0.8	8.4
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	9.1	9.0	9.7	0.6	6.8
Aufwand	-243.2	-241.6	-250.4	-8.8	-3.7
- Eigene Beiträge	-104.4	-98.8	-108.8	-9.9	-10.1
- Durchlaufende Beiträge	-10.6	-10.0	-10.8	-0.8	-8.4
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-9.0	-9.0	-9.6	-0.6	-6.2
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit					
Saldo	-159.9	-157.8	-164.4	-6.6	-4.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.5	0.8	0.3	-0.5	-66.5
Ausgaben	-2.0	-5.1	-2.0	3.1	61.0
- Kreditübertragungen		-1.0		1.0	100.0
Saldo	-1.6	-4.3	-1.7	2.6	60.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.6		Abweichungen total R19 zu B19
1.6		- Im Personalbereich resultierten Budgetunterschreitungen aufgrund von verzögerten Anstellungen, geringeren Sozialabgaben, Lohnrückerstattungen sowie Rotationsgewinnen.
1.5		- Der Sach- und übrige Betriebsaufwand fiel bei den Kinder- und Jugendhilfestellen (kjj), trotz Mehraufwand für Leistungsaufträge von Gemeinden und Dritten, tiefer als erwartet aus.
1.1		- Geplante Projektausgaben verlagerten sich auf das Folgejahr und führten zu Budgetunterschreitungen beim Sachaufwand.
0.5		- Die Dienstleistungserträge und Rückerstattungen fielen insbesondere bei den Leistungsaufträgen von Gemeinden und Dritten höher als geplant aus.
0.5		- Geringere Investitionen verursachten weniger Abschreibungsaufwand und kalkulatorische Zinsen.
0.1	A7	- Höhere Finanzerträge ergaben sich aus Aufwertungen bzw. der Begleichung bedingt rückzahlbarer Ausbildungsdarlehen.
0.1		- Der Finanzaufwand fiel nicht im erwarteten Rahmen an.
-1.0		- Als Folge der tiefer als geplant ausgefallenen Kosten der Kinder- und Jugendhilfestellen resultierten geringere Gemeindebeiträge (-1.3); der Anteil der Stadt Zürich an den Kosten der sonderpädagogischen Massnahmen stieg dagegen an (+0.3).
-1.1	A5	- Mehrkosten ergaben sich bei der Sonderpädagogik Vor-/Nachschulbereich als Folge einer höheren Anzahl therapeutischer Massnahmen.
-2.3		- Eine Budgetüberschreitung bei den Staatsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime (-2.6) als Folge von Konzept-/Angebotsanpassungen, Betreuungsschlüsselvorgaben des Bundes sowie der kantonalen Besoldungsentwicklung konnte durch Budgetunterschreitungen bei den übrigen Staatsbeiträgen (+0.3) nur teilweise kompensiert werden.
-7.6	A7	- Im Stipendienbereich führten steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge insbesondere auf Stufe Sek. II zu einer Budgetüberschreitung.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-4.3	-1.7	2.6	
- Saldoabweichung	-4.3	-1.7	2.6	- Zeitliche Verzögerungen insbesondere bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime (+1.7) sowie bei Mobilien- (+0.3) und Softwarebeschaffungen (+0.6)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Das Projekt Integrationsvorlehre wird gemäss Bundesvorgaben ämterübergreifend durchgeführt. Für das Aufnahmeverfahren und die Zuweisung von interessierten Personen zu den Vorlehrstellen haben die Berufsinformationszentren (biz) und das Laufbahnzentrum einen Abklärungsprozess entwickelt. Um die verfügbaren 147 Plätze in den Lehrbetrieben zu besetzen, wurden 300 Potenzialabklärungen durchgeführt. 80% der Teilnehmenden des ersten Jahrganges fanden nach Abschluss der Integrationsvorlehre einen regulären Ausbildungsplatz. Die beteiligten Unternehmen wie auch die Teilnehmenden äussern sich positiv über das erfolgreich verlaufende Projekt.

Erwachsene ohne Berufsabschluss und solche, deren Berufsabschluss den heutigen Anforderungen des Arbeitsmarktes nicht mehr genügt oder in der Schweiz nicht vollumfänglich anerkannt wird, können sich an die Fachstelle Berufsabschluss für Erwachsene wenden. Spezialisierte Fachpersonen zeigen ihnen die verschiedenen Wege zum Berufsabschluss auf und überprüfen die anrechenbaren formalen und nicht formalen Bildungsleistungen. Im Berichtsjahr haben insgesamt 1700 Personen an einer der Informationsveranstaltungen teilgenommen, 240 Personen haben eine Einzelberatung in Anspruch genommen und über 6600 Anfragen wurden per E-Mail oder telefonisch bearbeitet.

Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen
A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L11	Beratene Personen im biz	A1	14320	14500	14853	353	2.4
L12	Beratene Schülerinnen/Schüler der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden	A1	13058	12750	12262	-488	-3.8
L13	Seminare und Veranstaltungen	A2	1299	1550	1609	59	3.8
B11	Kosten pro beratene Person, in Fr.	A1	550	542	546	4	0.7
B12	Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaus-Sprechstunden, in Fr.	A1	136	131	143	12	9.2
W11	Anteil Schülerinnen/Schüler im 2. Schuljahr der Sekundarschule, der eine Veranstaltung besucht hat, in %	A2	98	98	98	0	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Anzahl Personen, die in den kantonalen biz das Angebot einer Einzelberatung in Anspruch genommen haben, stieg gegenüber Vorjahr und Budget leicht an. Das Angebot wird gut nachgefragt und entspricht einem Bedürfnis. Die Zunahme der Fallzahlen um 353 Fälle ist insbesondere auf das Projekt Integrationsvorlehre zurückzuführen, bei dem die biz für die Durchführung der Potenzialabklärung zuständig sind. Die Kosten pro Person (B11) lagen zwischen Budget- und Vorjahreswert.
- L12, B12 Die Zahl der Schülerinnen und Schülern, die das Angebot der Kurzberatungen im Schulhaus (Schulhausprechstunden) in Anspruch genommen haben, ist leicht zurückgegangen. Die Abnahme bewegt sich im Bereich von üblichen Schwankungen und begründet sich unter anderem durch die gute Lehrstellensituation. Da Lehrstellen einfacher zu finden sind, wird weniger Unterstützung im Schulhaus benötigt. Die Kosten pro Schülerin und Schüler (B12) nahmen aufgrund der geringeren Beanspruchung etwas zu.
- L13 Die Zunahme der Anzahl Seminare gegenüber Vorjahr und Budget ist einerseits darauf zurückzuführen, dass mit der Umsetzung des Rahmenkonzepts «Studien- und Berufswahl» an den Zürcher Mittelschulen zusätzliche Seminare für Mittelschülerinnen und Mittelschüler und deren Eltern durchgeführt wurden. Andererseits führte auch die spezialisierte Fachstelle Berufsabschluss für Erwachsene mehr Seminare durch, um berufstätige Personen gezielt darüber aufzuklären, welche Möglichkeiten bestehen, um einen Berufsabschluss nachzuholen. Auch die Berufsinformationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler entsprechen einem zunehmend grösseren Bedürfnis und wurden von den biz in Zusammenarbeit mit den Lehrbetrieben vermehrt angeboten.
- W11 Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung, die auf dem Rahmenkonzept «Sekundarschule – Berufsberatung» beruht, bewährt sich. Das darin definierte Pflichtangebot «Klassenorientierung im biz» steht flächendeckend zur Verfügung und wurde nahezu von allen Klassen im 2. Sekundarschuljahr in Anspruch genommen.

Entwicklungsschwerpunkte

7502 2a Entwicklung und Umsetzung eines neuen Gesamtkonzeptes für die Infotheken der Berufsinformationszentren (biz), das der digitalen Entwicklung Rechnung trägt.

Die Ausgabenbewilligung für die Umsetzung des neuen Infothekenkonzeptes wurde am 15. Januar 2020 durch den Regierungsrat erteilt (RRB Nr. 10/2020). Stand bis
Planmässig 2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
117.8	123.1	121.1	-2.0	-1.6

Bemerkungen R19 zu B19

-2.0 Personalmutationen und verzögerte Anstellungen führten zu einer tieferen durchschnittlichen Anzahl Beschäftigter.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	19.0	16.8	19.0	2.3	13.5
Aufwand	-36.7	-35.4	-37.1	-1.7	-4.9
- Eigene Beiträge	-3.6	-3.6	-3.7	-0.1	-1.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-17.7	-18.6	-18.1	0.5	2.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.2	-0.3	-0.0	0.3	99.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.2	-0.3	-0.0	0.3	99.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R19 zu B19
0.3		- Der Sach- und Betriebsaufwand kam unter Budget zu liegen.
0.2		- Mehrertrag an Bundesbeiträgen für Projekte Integrationsvorlehre und Berufsabschluss für Erwachsene
0.1		- Die Dienstleistungserträge fielen leicht höher aus als budgetiert.
0.1		- Weniger Abschreibungs- und Zinsaufwand aufgrund sich zeitlich verschiebender Investitionsausgaben
-0.1		- Im Personalbereich resultierte durch Lohnrückstellungen und die Teuerungszulage Mehraufwand, der sich durch Beschäftigungsschwankungen/Personalmutationen sowie aufgrund von Lohnrückerstattungen nahezu kompensierte.
-0.1		- Der Staatsbeitrag an die Stadt Zürich fiel, gestützt auf die biz-Kosten und den Bevölkerungsanteil, etwas höher aus als budgetiert.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	-0.0	0.3	
- Saldoabweichung	-0.3	0.0	0.3	- Beschaffungen verschoben sich im Zusammenhang mit der Neukonzipierung/Digitalisierung der Infotheken (Umsetzung biz2.0) ins Folgejahr.
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

7930 Berufsbildungsfonds

Im Berichtsjahr wurden Beiträge für die überbetrieblichen Kurse, die Kosten für die Qualifikationsverfahren sowie die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner im selben Umfang wie im Vorjahr geleistet. Erneut unterstützt wurden die Berufsmesse Zürich, der Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland und verschiedene Lehrstellenmärkte. Weitere Mittel flossen in Projekte wie Talentförderung in Betrieben, Integrationsvorlehre, rent-a-stift, Steigerung der Erfolgsquote im Qualifikationsverfahren oder Vermeidung von Lehrabbrüchen.

Nach Erarbeitung einer Regulierungsfolgenabschätzung befasste sich die Berufsbildungskommission erneut intensiv mit der Änderung des Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz in Bezug auf den kantonalen Fonds. Die widersprüchlichen und unvollständigen gesetzlichen Grundlagen sollen bereinigt und eine Gleichbehandlung aller Betriebe erreicht werden. Sobald alle Fragen geklärt sind und der neue Vorschlag vorliegt, wird eine Vernehmlassung durchgeführt. Dies wird voraussichtlich 2020 der Fall sein. Im Berichtsjahr erfolgten die Erneuerungswahlen für die Kommission.

Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L2 Durchschnittlich erbrachte Leistung pro Lernende/n	A1, A2	567	562	594	32	5.7
B1 Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro Lernende/n	A1, A2	19	23	15	-8	-34.8

Fonds

Fondsbestand	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	15.0	11.2	14.6	3.4	30.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	20.9	20.8	21.6	0.8	3.7
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	19.7	17.0	21.2	4.2	24.6
- Entnahme aus Bestandeskonto	1.3	3.8	0.4	-3.4	-89.6
- Kalkulatorischer Zinsertrag					
Aufwand	-20.9	-20.8	-21.6	-0.8	-3.7
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-20.2	-20.0	-21.1	-1.1	-5.4
- Einlagen in Bestandeskonto					
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.7	-0.8	-0.5	0.3	39.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
4.2	A1, A2	- Die Familienausgleichskassen erheben im Auftrag des Berufsbildungsfonds die Beiträge bei den beitragspflichtigen Arbeitgebenden. Bei einer Familienausgleichskasse wurden aufgrund eines Programmierfehlers jahrelang zu viele Arbeitgebende von der Beitragspflicht befreit. Der Fehler wurde im April 2017 behoben. Die Korrektur des Fehlers führt zu jährlichen Mehreinnahmen von rund 1 Mio. Franken. Die Nachbelastungen für die Jahre 2011 bis 2018 erfolgten im Berichtsjahr und beliefen sich auf rund 1.4 Mio. Franken. Aufgrund der Konjunkturprognosen wurde bei der Budgetierung von einer weniger positiven Entwicklung der Einnahmen ausgegangen, was die restliche Abweichung von rund 1.8 Mio. Franken begründet.
-0.8	A1, A2	- Die von der Berufsbildungskommission bewilligten Beiträge an die Betriebe für die Raum- und Materialkosten der Qualifikationsverfahren (QV) und die Beiträge an private Unternehmungen fielen höher aus als budgetiert. Grund für die höheren QV-Kosten sind unter anderem Neuanschaffungen von Maschinen und Geräten in einzelnen Berufen mit neuen Bildungsverordnungen und angepassten Prüfungsformen sowie gestiegene Mietkosten, da teilweise neue Räumlichkeiten gemietet werden mussten.
-3.4	A2	- Tiefere Entnahme aus dem Bestandeskonto aufgrund oben genannter Abweichungen
-0.0		- Übrige Abweichungen

08

Baudirektion

Überblick	198
Legislaturziele	200
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	200
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	200
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	200
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	200
Finanzierung	202
Übersicht	202
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	202
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	202
Personal- und Lohnstatistik	203
Beschäftigungsumfang	203
Lohnaufwand	203
Anstellungsverhältnisse	203
Parlamentarische Vorstösse	203
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	203
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	203
Leistungsgruppen	205
8000 Generalsekretariat	205
8100 Hochbauamt	207
8300 Amt für Raumentwicklung	209
8400 Tiefbauamt	213
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	216
8510 Altlasten	220
8700 Immobilienamt	221
8710 Liegenschaften Finanzvermögen	224
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen	226
8800 Amt für Landschaft und Natur	229
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	233
8940 Denkmalpflegefonds	235
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen	236
8960 Deponiefonds	237
8970 Kantonaler Waldfonds	238
8980 Wildschadenfonds	239

Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Spitäler, Schulen oder Verkehrswege, engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe. Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und eine hohe Biodiversität, für Hochwasserschutz, saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente und klimagerechte Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

Der Kantonsrat hat im Berichtsjahr die drei Vorlagen der Revision des kantonalen Richtplans 2016 festgesetzt. Sie enthalten unter anderem Festlegungen zu Rosengartentunnel und Rosengartenrampe, zu Kompostieranlagen und zu einer Deponie im Zürcher Oberland. Zudem konnten die Gebietsplanungen ETH Hönggerberg und Kasernenareal Zürich festgesetzt werden.

Die Baudirektion hat im Berichtsjahr den kantonalen Gestaltungsplan «Seilbahn Mythenquai–Zürhorn» festgesetzt. Damit sollen die grundeigentümergebundenen Grundlagen für das Seilbahnprojekt ZüriBahn geschaffen werden. Ebenfalls festgesetzt wurde der kantonale Gestaltungsplan «Berufsfachschule Winterthur».

Das Gebietsmanagement zur Weiterentwicklung des Standorts Zürich Lengg wurde fortgeführt und die Ausarbeitung von Vertiefungsstudien an die Hand genommen. Im Rahmen der Gebietsplanung Chance Uetikon wurde der Masterplan von Regierungsrat und Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Das Hochbauamt übergab dem Universitätsspital den Neubau SUE II, der in der kurzen Bauzeit von nur drei Jahren im Spitalpark realisiert worden ist. Dieser Provisoriumsbaubau bietet Rochadeflächen, damit das Universitätsspital die grossen Erweiterungsbauten im Hochschulquartier in Angriff nehmen kann. Der Spitalrat hat entschieden, diese Grossprojekte nicht mit dem Hochbauamt zu planen, sondern dazu eine eigene Bauherrenvertretung aufzubauen.

In enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Niederweningen wurde das Wasserbauprojekt Ebnimüli an der Surb umgesetzt. Es umfasst die Sicherstellung des Hochwasserschutzes, die naturnahe Gestaltung des Bachlaufs und die Erstellung einer Sitzstufenanlage bei der Schule Wehntal sowie eines einfachen Fussweges als direkten Gewässerzugang für die Bevölkerung. Die revitalisierte Surb fliesst nun nicht mehr in einem kanalähnlichen Gerinne mit harter Verbauung, sondern über rund 570 Meter in einem eigendynamischen Bachbett mit natürlichen Strukturen.

In enger Zusammenarbeit mit der Gesundheitsdirektion konnte das vom Kantonsrat beschlossene Baurechtsmodell umgesetzt werden. Mit den vier kantonalen Spitalinstitutionen Universitätsspital Zürich, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland und Kantonsspital Winterthur konnten insgesamt 38 Baurechtsverträge abgeschlossen werden. Sämtliche Baurechtsverhältnisse wurden vom Regierungsrat und den verschiedenen Spitalräten genehmigt.

Ab dem 1. Januar 2020 wird die A53 vom Brüttiseller Kreuz bis Anschluss Rapperswil-Jona einschliesslich der Strasse durch das Aathal in das Inventar des Bundesamtes für Stras-

sen übergeführt. Die Strassenbezeichnung lautet neu A15/N15. Der betriebliche und bauliche Unterhalt ab dem Autobahnende in Uster Ost wird weiterhin durch die beiden kantonalen Unterhaltsbezirke 10 und 12 im Auftrag des Autobahnwerkhoofs Winterthur sichergestellt. Die Kantonsstrasse von der A3 Anschluss Wädenswil über den Hirzel bis Sihlbrugg wird ab dem 1. Januar 2020 ebenfalls an das Bundesamt für Strassen übergehen. Die neue Bezeichnung wird ab dann A14/N14 sein. Der betriebliche und bauliche Unterhalt wird weiterhin durch den kantonalen Unterhaltsbezirk 5 im Auftrag des Autobahnwerkhoofs Urdorf sichergestellt.

Schutz und Erhaltung

Die dritte Etappe der archäologischen Rettungsgrabung im Kiesabbaugebiet bei Marthalen wurde abgeschlossen. Auch das Auswertungsprojekt Regensdorf-Gubrist konnte fertiggestellt werden. Zwei grosse Rettungsgrabungen beim Kloster Töss in Winterthur und bei der Deponie Ruchegg wurden gestartet.

Das Inventar der Schutzobjekte von überkommunaler Bedeutung in der Region Limmattal wurde festgesetzt. Das mit der SBB und der Stadt Zürich erarbeitete Inventar auf den Gleisarealen der SBB auf Stadtgebiet ist für die Festsetzung bereit. Die aufwendige Restaurierung der historischen Tonhalle in Zürich konnte abgeschlossen werden. Im ehemaligen Maggi-Areal in Kempthal konnte die zum Businesscenter von Givaudan umgebaute ehemalige Kistennaglerei eingeweiht werden. Die neuen Klimakarten wurden den zuständigen Behörden für Planen und Bauen im Rahmen von verschiedenen Fachveranstaltungen vorgestellt. Derzeit wird ein Beratungs- und Schulungsangebot für Bauherren, Fachplanende und Investoren erarbeitet. Durch die Angebote des Kantons können geeignete Massnahmen zur Hitzeminderung dort getroffen werden, wo sie besonders dringend benötigt werden, zum Beispiel durch verstärkte Begrünung im öffentlichen Raum, durch effektives Wassermanagement oder durch hellere Oberflächen.

Im Kataster der belasteten Standorte (KbS) sind knapp 6000 Standorte erfasst. Nicht berücksichtigt waren bisher die Zürcher Seen. Mit der Untersuchung der Seesedimente wurde diese Lücke geschlossen. Mit dem Projekt «KbS See» hat der Kanton Zürich als erster alle belasteten Standorte in den Seen erfasst.

Die drei im Auswahlverfahren für ein geologisches Tiefenlager verbliebenen Standortgebiete Nördlich Lägern im Zürcher Unterland, Zürich Nordost im Weinland und Jura Ost am Bözberg im Kanton Aargau werden in der im Berichtsjahr gestarteten dritten Etappe des Verfahrens vertieft untersucht. Dazu führte die Nagra eine erste Tiefbohrung in Bülach durch, ab Mitte des Berichtsjahres bohrte sie auch in Trüllikon.

Das Gewässerschutzlabor untersuchte je 90 Grundwasserpumpwerke im Frühling und im Herbst auf Rückstände von Pflanzenschutzmitteln und deren Abbauprodukten. Dazu zählt das Fungizid-Abbauprodukt Chlorothalonil-Sulfonsäure. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen stuft dieses Mitte des Berichtsjahres als «relevanten Metaboliten» im Trinkwasser ein. Somit darf der Höchstwert von 0,1 µg/l nicht überschritten werden. Gewisse Grundwasserressourcen erfüllten diese Anforderung nicht und durften nur mit weiteren Massnahmen für die Trinkwassergewinnung genutzt werden.

Neue Verfahren und technische Innovation

Im Berichtsjahr wurde der Aufbau des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) abgeschlossen. Damit können nun für jedes Grundstück im Kanton Zürich die wichtigsten öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen und detaillierte Zusatzinformationen online abgefragt werden.

Die Einführung der Mobilfunktechnologie 5G führte zu einem starken Anstieg der Zahl von Gesuchen zum Bau und zur Änderung von Mobilfunkanlagen wie auch zu einer Vielzahl von Anfragen aus der Bevölkerung, den Medien und der Politik. Die gründliche Überprüfung der Einhaltung der Strahlungsgrenzwerte war bei teilweise fehlenden Grundlagen und Vollzugshilfsmitteln des Bundes eine Herausforderung für die kantonalen und kommunalen Behörden.

Mit Vorlage 5583 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat im Berichtsjahr einen neuen Rahmenkredit zur Förderung von Energieeffizienz-Massnahmen und der klimaneutralen Wärmeversorgung von Gebäuden. Der Rahmenkredit soll mit gut 33 Mio. Franken für die Jahre 2020 bis 2023 ausgestattet werden. Mit der Genehmigung des Rahmenkredits würden für die nächsten vier Jahre zusammen mit den Mitteln aus der CO₂-Abgabe auf Brennstoffe insgesamt rund 180 Mio. Franken zur Verfügung stehen.

Rechtsetzung

Die Kommission für Planung und Bau des Kantonsrates schloss die Beratungen zum Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) ab. Am 28. Oktober des Berichtsjahres erfolgte im Kantonsrat die Schlussabstimmung. Parallel dazu begann der Aufbau der Vollzugsorganisation und wurde der Entwurf für eine Mehrwertausgleichsverordnung (MAV) in Vernehmlassung gegeben.

Während der Hochwasserschutz im kantonalen Recht ausführlich beschrieben ist, fehlte es bisher weitgehend an Bestimmungen über den Umgang mit weiteren gravitativen Naturgefahren, wie zum Beispiel Murgänge, Rutschungen oder Steinschlag. Diese Rechtslücke soll mit einer Anpassung im Waldgesetz geschlossen werden, die 2020 dem Kantonsrat vorgelegt wird.

Das Wassergesetz wurde in der Volksabstimmung vom 10. Februar des Berichtsjahres von den Stimmberechtigten mit rund 54% der Stimmen verworfen. Ein wesentlicher Grund war die Frage, ob bei öffentlichen Wasserversorgungen eine teilweise private Beteiligung möglich sein soll. Das

Wassergesetz beschränkte sich jedoch nicht auf diese Frage, sondern enthielt in allen Bereichen des kantonalen Wasserrechts (Hochwasserschutz, Revitalisierung der Gewässer, Gewässerschutz, Gewässernutzung, Wasserversorgung) aktualisierte und zukunftsgerichtete Festlegungen. Daher überarbeitete die Baudirektion das Wassergesetz und bereitete einen neuen Gesetzesentwurf vor, der die Schwächen des Gesetzes vom 9. Juli 2018 beseitigt. Die neue Vorlage wird dem Kantonsrat im Frühjahr 2020 unterbreitet.

Heute regelt bei der Axpo der NOK-Gründungsvertrag von 1914 das Verhältnis zwischen den Aktionären untereinander und zur Axpo. Der Vertrag soll durch zeitgemässe Vereinbarungen aller Aktionäre, bestehend aus einem Aktionärsbindungsvertrag und einer Eignerstrategie, abgelöst werden. In der Eignerstrategie werden die Erwartungen der Aktionäre an das Unternehmen festgelegt. Insbesondere soll sichergestellt werden, dass die für die Versorgungssicherheit in der Schweiz wichtigen Stromnetze und Wasserkraftanlagen der Axpo mehrheitlich direkt oder indirekt im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Eine entsprechende Vorlage an den Kantonsrat ist in Vorbereitung.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Am 14. Januar des Berichtsjahres hat der Kantonsrat mit überwältigender Mehrheit die Immobilienverordnung genehmigt. Das Mietermodell ist seit dem 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft. In der Phase Einführung lag der Fokus auf der Überleitung vom Projekt Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM) in die Linienorganisationen und auf der Umsetzung der in den Vorphasen beschlossenen Vorgaben. Die initialen Seminare zur Immobilienverordnung und zum Immobilienhandbuch wurden erfolgreich abgeschlossen. In drei Runden wurden knapp 40 Seminare mit über 800 Teilnahmen durchgeführt. Die Stammdaten der Direktionen wurden in die zentrale Anlagenbuchhaltung des Immobilienamts migriert. Der Aufbau der zentralen Datenbasis wurde mit Hochdruck vorangetrieben und die Nutzungsvereinbarungen sowie die Betreiberaufträge vorbereitet.

Eine systematische Analyse des Winterdienstes mithilfe externer Unterstützung hat Verbesserungspotenzial aufgezeigt. In Folge dieser Analyse wurde entschieden, von einer dezentralen zu einer zentralen Winterdienstesatzleitung zu wechseln. Momentan befindet sich das Projekt noch in der Initialisierungsphase. Ziel ist es, im Winter 2022/2023 einen Piloteinsatz durchzuführen.

Legislaturziele

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

	LG	bis
RRZ 7.1 Ein qualitatives Siedlungswachstum nach innen ist ermöglicht und naturnahe Lebensräume sind erhalten.		
RRZ 7.1a Ortsspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen	8300	2019
RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln	8300	2019
RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln	8300	2019
RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken	8300	2019
RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen	8500	2019
RRZ 7.2 Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.		
RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten	8500	2019

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

	LG	bis
BD 7.1 Natürliche Ressourcen erhalten und effizient nutzen		
BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen	8300	2019
BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken	8300	2019
BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen	8400	2022
BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen	8500	2019
BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.	8500	2022
BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.	8500	2019
BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen	8800	2019
BD 7.1i Eine Strategie für den Umgang mit der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen	8800	2019
BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen	8800	2019
BD 7.1k Der Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2019-2022 ist festgesetzt.	8500	2019
BD 7.1n Der Massnahmenplan Neobiota 2022-2025 ist auf Stufe Baudirektion festgesetzt.	8500	2025
BD 7.1o Umsetzung Wassergesetz (Wasserstrategie, Verordnung zum Wassergesetz und zentrale Anlaufstelle)	8500	2020

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

	LG	bis
RRZ 8.1 Die volkswirtschaftliche Standortattraktivität ist gestärkt. Dabei wird die Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials gefördert.		
RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen	8300	2019

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

	LG	bis
RRZ 9.2 Die erforderliche Erweiterung und Erneuerung der Infrastruktur werden mit innovativen Lösungen besser umgesetzt und finanziert.		
RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen	8400	2019
RRZ 9.2e Standards für Baukosten und für betriebliche sowie qualitative Anforderungen erarbeiten und für Hochbauten verbindlich umsetzen	8100	2019

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

	LG	bis
RRZ 10.1 Die Verwaltungsstrukturen sind besser an die Aufgabenerfüllung angepasst und die Qualität in den Querschnittsbereichen ist verbessert.		
RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten	8100	2019
	8700	2020

RRZ 10.2 Der Kanton Zürich hält mit der Dynamik der Digitalisierung in Gesellschaft und Wirtschaft Schritt und nutzt ihre Möglichkeiten. Neue Technologie ermöglicht eine verantwortungsvolle Datennutzung zur Vereinfachung der Verwaltungstätigkeit, zur Entlastung der Wirtschaft und für mehr Transparenz zugunsten der Zivilgesellschaft.

RRZ 10.2e	Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen	8300	2019
RRZ 10.2f	Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können	8300	2019

RRZ 10.3 Die Interessen des Kantons in den föderalen Strukturen sind gewahrt.

RRZ 10.3d	Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)	8500	2019
-----------	---	------	------

Legislativziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

BD 10.1 Führungs- und Mitarbeiterentwicklung intensivieren und Prozesse optimieren

BD 10.1a	Konzept Fach- und Projektablaufbahn Baudirektion umsetzen	8000	2019
BD 10.1d	Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen	8000	2021
BD 10.1e	IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen	8700	2019

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	704.1	976.0	1 111.1	135.1	13.8
Aufwand	-942.3	-1 257.2	-1 280.7	-23.6	-1.9
- Kreditübertragungen		-8.9			
Saldo	-238.2	-281.2	-169.6	111.5	39.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	45.9	50.3	134.3	84.1	167.2
Ausgaben	-292.7	-755.7	-534.3	221.4	29.3
- Kreditübertragungen		-143.7			
- Nachtragskredit					
Saldo	-246.7	-705.4	-399.9	305.5	43.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
111.5		Abweichungen total R19 zu B19
88.0	8710	- Hauptsächlich Marktwertanpassungen (80 Mio. Franken) und Gewinn aus Verkauf von Liegenschaften im Finanzvermögen sowie geringerer baulicher Unterhalt
18.9	8500	- Hauptsächlich geringerer Sachaufwand, v.a. im Bereich Wasserbau sowie in diversen anderen Abteilungen gemäss Projektfortschritten bzw. infolge Projektverzögerungen, höhere Beiträge und Entschädigungen des Bundes
13.3	8750	- Hauptsächlich Aufwertungsgewinn nach Rückfall und Kauf von Liegenschaften der Agroscope
7.4	8700	- Geringere Honorare und Dienstleistungen Dritter, v.a. infolge Verzögerung bei der Umsetzung des Mietermodells und bei der Erarbeitung von Portfolio- und Objektstrategien sowie infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
2.3	8100	- Hauptsächlich geringerer Personalaufwand infolge ausstehenden Stellenplans
-5.4	8510	- Erhöhung von Rückstellungen für Ausfallkosten im Zusammenhang mit der Sanierung von Altlasten
-5.8	8800	- Hauptsächlich Erhöhung von Rückstellungen für die Sanierung der Jagdschiessanlagen
-6.6	8910	- Hauptsächlich Wertberichtigung einer Liegenschaft des Natur- und Heimatschutzfonds
-0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R19	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Nettoinvestitionen total	-399.9			
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	-10.0	-61.3	-32.9	-28.4
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10074)	-0.8	-25.5	-2.3	-23.2
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten / Leichte Unterhaltsmassnahmen (84K-10007)	-4.2	-42.7	-22.8	-19.9
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-2.3	-38.9	-4.4	-34.5
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	0.0	-21.0	0.0	-21.0
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-16.7	-199.2	-128.9	-70.3
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-0.3	-94.5	-2.7	-91.8
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745) / Projektierungskredit Entlastungsstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	-0.8	-7.2	-4.9	-2.3
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-0.1	-34.9	-30.6	-4.3
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	-0.4	-5.0	-1.8	-3.2
- Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau (85W-380)/KRB vom 7. Dezember 1998 (Vorlage 3648)	0.0	-13.8	-6.9	-6.8
- JI, Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel (13103)	-16.5	-44.5	-23.3	-21.3
- BI, Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamt-sanierung Altbau mit Erweiterung (10982)	-10.7	-74.8	-34.8	-39.9
- BI, Uster, Kantonsschule Uster und Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU (11278)	-15.0	-102.6	-87.9	-14.7
- BI, Winterthur, Kantonsschule Bülrain, Ersatz und Ergänzungsbau (12365)	-6.7	-54.4	-39.0	-15.4
- BI, Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Gesamtinstandsetzung/Dachausbau (72031)	-5.1	-57.1	-10.2	-46.9
- BD, Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (11900)	-96.6	-743.4	-478.7	-264.7

- BD, Bezirksverwaltung Winterthur, inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (13156)	-2.6	-11.0	-8.6	-2.4
- Übrige	-211.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1475.4	1558.8	1507.8	-50.9	-3.3

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
8000 Generalsekretariat	-10697	-8946	-8770	176	2.0
8100 Hochbauamt	-15236	-16925	-15160	1765	10.4
8300 Amt für Raumentwicklung	-14972	-15019	-15862	-843	-5.6
8400 Tiefbauamt	-44705	-49068	-45785	3283	6.7
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	-28058	-28442	-28194	248	0.9
8700 Immobilienamt	-13060	-16557	-15212	1345	8.1
8800 Amt für Landschaft und Natur	-40071	-40468	-41405	-937	-2.3
Total	-166799	-175425	-170388		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2019)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000 Generalsekretariat	79	38	41	49	30
8100 Hochbauamt	130	47	83	87	43
8300 Amt für Raumentwicklung	167	72	95	73	94
8400 Tiefbauamt	481	49	432	426	55
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	279	93	186	166	113
8700 Immobilienamt	158	53	105	126	32
8800 Amt für Landschaft und Natur	537	260	277	197	340
Total	1831	612	1219	1124	707

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
185/2015	Anpassung des Baustandards bei kantonalen Hochbauprojekten (Postulat Roland Scheck, Zürich, Erich Bollinger, Rafz, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	Vorlage 5568 vom 21.08.2019	04.09.2017
320/2015	Rheinfall - wer A sagt, muss auch B sagen (Postulat Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Martin Farner, Stammheim, und Benno Scherrer Moser, Uster)	Vorlage 5567 vom 21.08.2019	04.09.2017
-	Kantonale Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur (Natur-Initiative)»	Vorlage 5582 vom 20.11.2019	19.07.2018

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
28/2017	Baukosten langfristig senken (selbständige Baukompetenz) (Leistungsmotion Kommissionen für Bildung und Kultur sowie für Planung und Bau)	10.04.2017
29/2017	Baukosten langfristig senken (Zuständigkeit Baudirektion) (Leistungsmotion Kommissionen für Bildung und Kultur sowie für Planung und Bau)	10.04.2017
177/2015	Richtplan Kapitel 4.7.2, Eintrag Flugplatz Dübendorf (Motion Christian Lucek, Dänikon, und Michael Welz, Oberembrach)	04.09.2017
269/2014	Gesamtbetrachtung der Eigentalstrasse, Ergänzungsbericht an den KR (Postulat Michael Welz, Oberembrach, Werner Scherrer, Bülach, und Roland Scheck, Zürich)	26.03.2018
95/2016	Beschleunigung des Unterschutzstellungsverfahrens (Postulat Markus Schaaf, Zell, Andreas Hauri, Zürich, und Marcel Lenggenhager, Gossau)	26.03.2018
47/2016	Verkehrerschliessung des Hochschulquartieres mit einer Seilbahn (Postulat Jonas Erni, Wädenswil, Olivier Hofmann, Hausen a. A., und Josef Widler, Zürich)	26.03.2018
77/2018	Rettungsplan für die landwirtschaftliche Forschung im Kanton Zürich (dringliches Postulat Philipp Kutter, Wädenswil, Martin Hübscher, Wiesendangen, und Robert Brunner, Steinmaur)	14.05.2018
161/2016	Attraktive Ortskerne (Postulat Farid Zeroual, Adliswil, Jörg Kündig, Gossau, und Christian Lucek, Dänikon)	03.09.2018

Baudirektion
Parlamentarische Vorstösse

396/2018	Meliorationen: Bericht über werterhaltende Massnahmen (dringliches Postulat Stefan Schmid, Niederglatt, Martin Haab, Mettmenstetten, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	04.02.2019
354/2018	Erleichterung von befristeten Zwischennutzung (Motion Sonja Rueff, Zürich, Pierre Dalcher, Schlieren, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	04.03.2019
355/2018	Förderung der Bienenbestände im Kanton Zürich (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Christian Schucan, Uetikon a. S.)	04.03.2019
7/2019	Umweltbericht: Reduktion der Ammoniakemissionen (Postulat Edith Häusler, Kilchberg, und Robert Brunner, Steinmaur)	04.03.2019
8/2019	Umweltbericht: CO ₂ -Rückgewinnung im Kanton Zürich (Postulat Beat Bloch, Zürich, Karin Fehr Thoma, Uster, und Martin Neukom, Winterthur)	04.03.2019
12/2019	Keine Speicherpflicht für Pelletheizungen bis 70 kW (Postulat Daniel Sommer, Affoltern a. A., Christian Schucan, Uetikon a. S., und Erika Zahler, Boppelsen)	04.03.2019
10/2019	Umweltbericht: Mehr Qualität in den Schutzgebieten (Postulat David Galeuchet, Bülach, Robert Brunner, Steinmaur, und Martin Neukom, Winterthur)	18.03.2019
210/2016	Umnutzung von Schützenshäusern (Postulat Martin Farner, Stammheim, Martin Zuber, Waltalingen, und Philipp Kutter, Wädenswil)	25.03.2019
245/2016	Flächenbedarf der Kantonalen Verwaltung (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Thomas Wirth, Hombrechtikon, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	25.03.2019
246/2016	Das Auflageprojekt 2001 im Ellikerfeld muss sofort umgesetzt werden (Postulat von Martin Farner, Stammheim, und Martin Zuber, Waltalingen)	25.03.2019
376/2016	Kombinierte Anlagen zur geothermischen Stromproduktion (Postulat Cornelia Keller, Gossau, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	25.03.2019
45/2019	Planungssicherheit für den Standort des Impact Hub (Postulat Judith Bellaiche, Kilchberg, Martin Neukom, Winterthur, und Sonja Rueff, Zürich)	08.04.2019
62/2019	«Klimanotstand» (dringliches Postulat Hannah Pfalzgraf, Mettmenstetten, Michèle Dünki-Bättig, Glattfelden, und Markus Bärtschiger, Schlieren)	13.05.2019
63/2019	Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus - für «eusi Zuekunft» (dringliches Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, Jörg Mäder, Opfikon, und Ronald Alder, Ottenbach)	13.05.2019
222/2017	Baurecht für studentisches Wohnen auf dem Universitätsgebiet Irchel Süd (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Monika Wicki, Zürich)	01.07.2019
233/2017	Klare Rahmenbedingungen für Pilotprojekte von regionalen Stromnetzwerken mit Blockchain-Technologie (Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Barbara Schaffner, Otelfingen, und Jörg Mäder, Opfikon)	01.07.2019
235/2019	Umsetzung des Masterplans Kasernenareal (dringliches Postulat Céline Widmer, Cyrill von Planta und Silvia Rigoni, Zürich)	23.09.2019
140/2019	Humusaufbau zur Speicherung von CO ₂ (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, Domenik Ledergerber, Herrliberg, und Barbara Schaffner, Otelfingen)	30.09.2019
186/2019	Foodwaste verringern II (Postulat Kathy Steiner, Zürich, Sonja Gehrig, Urdorf, und Elisabeth Pflugshaupt, Gossau)	30.09.2019
194/2019	Umstellung auf Elektromobilität beim kantonalen Fahrzeugpark (Postulat Birgit Tognella-Geertsen und Simon Schlauri, Zürich, sowie Christian Schucan, Uetikon a. S.)	30.09.2019
316/2017	Altersdurchmisches Wohnen (Postulat Theres Agosti Monn, Turbenthal, Jonas Erni, Wädenswil, und Andrew Katumba, Zürich)	28.10.2019
304/2019	Asphaltkollektoren auf Zürcher Strassen (Postulat Felix Hoesch, Zürich, Barbara Schaffner, Otelfingen, und Daniel Sommer, Affoltern a. A.)	02.12.2019
264/2019	Unterstützung von Biogasanlagen ohne Kosubstrat mit Fördermitteln aus dem Rahmenkredit nach § 16 EnerG (Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Edith Häusler, Kilchberg, und Ann Barbara Franzen, Niederweningen)	02.12.2019

8000 Generalsekretariat

Unter der Leitung des Competence Centers Projektmanagement (CCPM) wurde in Zusammenarbeit mit juristischen Fachpersonen aller Direktionen aus der Projektmanagementmethode HERMES ein Szenario für eine systematische Bearbeitung von Rechtsetzungsprojekten erarbeitet. Die Einführung erfolgt im ersten Quartal 2020.

Das Projekt «Einführung eines Dokumentenmanagementsystems in der Baudirektion» wurde im Berichtsjahr weiter vorangetrieben.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Organisationsentwicklung und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikerunterstützung: Koordination Informatikarbeitsplätze und Fachapplikationen
- A4 Leitung Bewilligungsverfahren und Querschnittaufgaben im Bereich Umwelt

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	1061	1100	1098	-2	-0.2
L2	Betreute Mitarbeitende	A2	1777	1800	1831	31	1.7
L3	Koordinierte Informatikarbeitsplätze	A3	1534	1483	1547	64	4.3
L4	Bearbeitete Baugesuche	A4	3732	3200	4399	1199	37.5
B1	Betreute Mitarbeitende pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	135	135	149	14	10.4
W1	Zufriedenheit der Ämter der Baudirektion mit den Dienstleistungen des Generalsekretariats (Befragung alle 3 Jahre), in %	A1, A3, A4					
W2	Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmenden der Baudirektion (Personalbefragung alle 3 Jahre), in %	A2		75	74	-1	
W4	Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren, in %	A4	74	80	62	-18	

Bemerkungen

- L3 Zunahme der Arbeitsplätze infolge Zunahme der Anzahl Mitarbeitenden sowie Ausrüstung von Mitarbeitenden im Tiefbauamt mit mobilen Geräten für die mobile Datenerfassung
- L4 Die Anzahl der eingegangenen Baugesuche ist sowohl gegenüber dem Vorjahr als auch gegenüber dem Budget stark gestiegen. Dies ist auf die anhaltend hohe Bautätigkeit, den vermehrten Einbezug des Kantons durch die örtlichen Bauämter und auf mehr Projektänderungen zurückzuführen. Die Annahme einer stagnierenden oder sogar zurückgehenden Anzahl Baugesuche hat sich nicht bewahrheitet.
- B1 Diverse vorübergehende Vakanzen in der Abteilung HR bei gleichzeitiger Zunahme der Anzahl Mitarbeitenden führten zu einem höheren Betreuungsverhältnis.
- W4 Die Anzahl der bearbeiteten Baugesuche ist gegenüber dem Vorjahr um 17.9% gestiegen, was zu einer Überlastung mehrerer Fachstellen wie auch der Leitstelle für Baubewilligungen geführt hat. In der Folge konnten die Fristen vermehrt nicht eingehalten werden.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 10.1a Konzept Fach- und Projektablaufbahn Baudirektion umsetzen

Das Projekt ist weiterhin bedingt durch personelle Wechsel verzögert. Es ist vorgesehen, das Projekt 2020 im Hochbauamt aufzustarten. Erste Umsetzungsarbeiten dafür sind in Vorbereitung.

Stand bis
Verzögert 2019

BD 10.1d Dokumentenmanagementsystem Baudirektion einführen und umsetzen

Die Realisierungseinheit 1 ist seit Sommer 2019 im produktiven Einsatz. Mit rund 50 Mitarbeitenden wurde die Machbarkeit/Umsetzung anhand von einfachen Prozessen und Themen geprüft und sichergestellt. Die Realisierungseinheit 2 beinhaltet die Integration von Fachapplikationen wie UmweltPlus und PlantaPPMS. Bis zum Ende des Berichtsjahres wurde deren Detailspezifikation fertiggestellt. Der produktive Einsatz ist für März 2020 geplant.

Planmässig 2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	76.0	70.2	69.5	-0.7	-0.9

Bemerkungen R19 zu B19

-0.7 Diverse vorübergehende Abweichungen in allen Abteilungen

Baudirektion
Leistungsgruppe 8000

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		15.1	15.3	15.5	0.2	1.5
Aufwand		-50.3	-54.1	-53.9	0.2	0.3
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)		-23.0	-26.0	-26.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen						
Saldo		-35.2	-38.8	-38.4	0.4	1.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		-0.5	-4.2	-1.2	3.1	72.7
- Kreditübertragungen			-3.7		3.7	100.0
Saldo		-0.5	-4.2	-1.2	3.1	72.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R19 zu B19
0.3	A1	- Geringerer Aufwand für Finanzen & Controlling, v.a. infolge vorübergehender Personalvakanzanzen sowie infolge geringeren Bezugs von Dienstleistungen des Amtes für Informatik im Bereich SAP
0.2	A1	- Geringerer Aufwand beim Stab, v.a. infolge vorübergehender Personalvakanzanzen
0.2	A1	- Geringerer Aufwand für die Koordination Bau und Umwelt, v.a. infolge vorübergehender Personalvakanzanzen
0.1	A1	- Geringerer Aufwand im Bereich Projekte infolge geringerer Dienstleistungen Dritter, v.a. aufgrund von Projektverzögerungen
-0.5	A2	- Höherer Aufwand im Bereich Human Resources infolge höheren Personalaufwands, v.a. zur Überbrückung von Kapazitätsengpässen im Rekrutierungsbereich
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-356682	7872	0	-348810	7872

8100 Hochbauamt

Das Hochbauamt konnte mehrere grosse Bauvorhaben erfolgreich abschliessen. Dazu gehörten das Bildungszentrum in Uster, der Ersatz- und Ergänzungsbau für die Kantonsschule Bülrain in Winterthur, der Umbau des Fundus Kugeliloo für das Opernhaus Zürich, der Neubau des Behandlungstrakts SUEDII im Universitätsspital Zürich oder der Erweiterungsbau des Staatsarchivs in Zürich.

Neben diesen Grossprojekten wurden auch viele kleinere Bauvorhaben fertiggestellt, die für das Funktionieren des Kantons ebenso wichtig sind. Eingeweiht wurden die Erweiterung der Fischzuchtanlage Stäfa, der Neubau eines Ausbildungsgebäudes für die Kantonspolizei im Reppischtal, der Neubau eines Mehrzweckgebäudes für die Berufsschule Rüti oder der Umbau eines Werkhofs für das Tiefbauamt in Wädenswil.

Die Investitionsausgaben für die Planung und Realisierung der Bauvorhaben waren mit 504 Mio. Franken anhaltend hoch. Die Investitionen werden auch langfristig auf diesem Niveau liegen, denn viele grosse Projekte werden zurzeit realisiert, wie beispielsweise der Neubau des Polizei- und Justizentrums, der Laborbau UZI5 der Universität Zürich, der Ersatzneubau Didymos im Kantonsspital Winterthur oder der Umbau und die Erweiterung des Sportzentrums Kerenzenberg.

Zudem wurden im Berichtsjahr mehrere Wettbewerbe und Planerwahlverfahren durchgeführt wie zum Beispiel für die Gesamtanierung der Militärkaserne in Zürich.

Die Aufzählung der Bauvorhaben umfasst eine Auswahl aus 700 laufenden grossen und kleinen Projekten.

Aufgaben

- A1 Planung und Bau von Neu- und Umbauten, Erneuerungen und Unterhalt im Auftrag der Fachdirektionen, Ämter und Betriebe
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Inventarführung, künstlerischer Schmuck für öffentliche Zonen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Neue Projekte	A1	160	170	147	-23	-13.5
L2	Abgeschlossene Projekte	A1	117	150	193	43	28.7
L3	Projekte in Bearbeitung	A1	746	900	700	-200	-22.2
L6	Instandhaltungsmandate	A1	113	70	113	43	61.4
L7	Planerwahl/Wettbewerbe	A1	7	10	7	-3	-30.0
L8	Gutachten	A2	125	150	161	11	7.3
L9	Kunstgestaltungsprojekte	A3	60	100	35	-65	-65.0
L11	Bezahlte Rechnungen zulasten Baukredite	A1	19346	16000	17992	1992	12.5
B1	Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	5.4	4.5	4.1	-0.4	
B7	Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	-9.1	-10	-9.9	0.1	
B9	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in %	A1	86	95	93.2	-1.8	
W1	Jährliches Nettoinvestitionsvolumen Hochbau, planbare Hochbauinvestitionen, in Mio. Franken	A1		540			
W4	Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen, Total, in Mio. Franken	A1	9553	10500	9400	-1100	-10.5
W6	Betreutes Fremd-Investitionsvolumen, Total in Mietobjekten, in Mio. Franken	A1	205	200	203	3	1.5
W8	Bezahlte Rechnungen, in Mio. Franken	A1	492	500	504	4	0.8
W12	Umweltmanagement: Anteil realisierte Neubauprojekte im Standard Minergie-P-eco, in %	A1	50	60	59	-1	-1.7

Bemerkungen

- L3 Systematischer Wechsel und bereinigte Datengrundlage seit 2018 (bisher Erhebung aus Zeiterfassungssystem / neu aus Baukostenmanagementsystem), im Budget 2019 noch nicht berücksichtigt
- L6 Aufgrund der Umstellung im Immobilienmanagement gibt es mehr Instandhaltungsmandate.
- L9 Weniger Kunstgestaltungsprojekte, da nur noch kuratierte Ausstellungen im öffentlichen Raum berücksichtigt werden. Gleichzeitig erfolgt der Aufbau einer Artothek für Kunst im nicht öffentlichen Raum.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 9.2e Standards für Baukosten und für betriebliche sowie qualitative Anforderungen erarbeiten und für Hochbauten verbindlich umsetzen

Der Kantonsrat verlangt mit den Leistungsmotionen KR-Nrn. 28/2017 und 29/2017, dass das Hochbauamt Massnahmen ausarbeitet, die Einsparungen für Kantonale Hochbauten von bis zu 25% ermöglichen. Dieselbe Stossrichtung verfolgt die Massnahme F21.1 in RRB Nr. 236/2016 (Leistungsüberprüfung 2016). Das Hochbauamt hat einen Regierungsratsantrag mit einem Massnahmenplan ausgearbeitet, der dem Regierungsrat 2020 zum Beschluss vorgelegt wird.

Stand bis
 Verzögert 2019

RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Das Hochbauamt wurde auf die neuen Rollen ausgerichtet und arbeitet gemäss den vom Kantonsrat beschlossenen Modellen (Mietermodell, Delegationsmodell für Universitätsbauten, Baurechtsmodell für Gesundheitsbauten). Die Zusammenarbeit im Mietermodell erfolgt gemäss dem Immobilienhandbuch (RRB Nr. 1090/2018). Die Rollenteilung zwischen Hochbauamt und Universität ist in einer eigenen Immobilienverordnung festgelegt worden (RRB Nr. 593/2018). Im Baurechtsmodell erbringt das Hochbauamt Bauprojektmanagement-Dienstleistungen gemäss den unterzeichneten Zusammenarbeitsvereinbarungen.

Abgeschlossen 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
117.2	129.9	115.4	-14.5	-11.2

Bemerkungen R19 zu B19

-14.5 Die Genehmigung des Stellenplans war im Berichtsjahr noch ausstehend, sie erfolgte im Januar 2020 mit RRB Nr. 90/2020.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.7	4.0	2.1	-1.9	-47.9
Aufwand	-25.3	-28.0	-23.8	4.2	14.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-21.6	-24.0	-21.7	2.3	9.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.3		Abweichungen total R19 zu B19
2.5		- Wegfall Personal- und Sachaufwand Projekt Berthold (saldoneutral)
1.6		- Geringerer Personalaufwand, v.a. aufgrund ausstehenden Stellenplans
0.5		- Mehreinnahmen aus der Verrechnung der Projektmanagementleistungen für die Gesundheitsbauten
-2.5		- Wegfall Erträge für Projekt Berthold (saldoneutral)
0.2		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -200449	Verwendung 2019 0	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -200449	Veränderung Bestand 0

8300 Amt für Raumentwicklung

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche kommunale Richt- und Nutzungspläne vorgeprüft und genehmigt. Die Anzahl bearbeiteter Baugesuche ausserhalb Bauzonen, im Landschaftsschutz und im Ortsbildschutz war weiterhin hoch. Die Überarbeitung der kantonalen Inventare Landschaft und Ortsbild wurde weiter vorangetrieben. Die Anpassungen an der Allgemeinen Bauverordnung im Bereich des Schattenwurfs von Hochhäusern wurden vernehmlasset und die Ergebnisse ausgewertet. Die Beratungen zur Teilrevision 2017 des kantonalen Richtplans wurden unterstützt. Die Anhörung und öffentliche Auflage zur Teilrevision 2018 wurden durchgeführt und die Vorlage überarbeitet.

Die intensive Bautätigkeit führte zu einer sehr hohen Zahl an Baubegleitungen, Dokumentationen und Rettungsgrabungen durch die Archäologie und Denkmalpflege. Grossflächige

Bodenaufwertungen stellen weiterhin eine grosse Herausforderung dar. Hervorzuheben sind auch die Restaurierung und Konservierung bedeutender Funde aus Marthalen und Maur und die Zusammenarbeit mit dem Projekt Hochschulgebiet Zürich Zentrum.

Die Initialisierungsphase für das Programm GIS-ZH2020 wurde abgeschlossen. Im Projekt ObjektwesenZH-2020 wurden die Lösungsanbieter in einem offenen Submissionsverfahren bestimmt. Die elektronische Plattform für Baugesuche (eBaugesucheZH) wurde in einem Pilotbetrieb mit sechs Gemeinden getestet. Auf Ende des Berichtsjahres erfolgte die Systemabnahme und die Freigabe der Einführung.

Die erstmalige periodische Nachführung der amtlichen Vermessung (PNF) wurde termingerecht abgeschlossen.

Aufgaben

- A1 Raumplanung: Erarbeitung von Grundlagen; Planen; Genehmigung von Richt- und Nutzungsplänen; Bauwesen im Ortsbild und ausserhalb der Bauzonen
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmalern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: Entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	135	140	139	-1	-0.7
L2	Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	82	90	83	-7	-7.8
L3	Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	1566	1200	1894	694	57.8
L4	Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	3	3	3	0	0.0
L5	Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	13	11	11	0	0.0
L6	Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	351	300	467	167	55.7
L7	Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	321	400	395	-5	-1.3
L8	Archäologische Interventionen	A3	125	100	148	48	48.0
L9	Übernahme von Gemeinden in Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB; Zielwert)	A4	46	33	33	0	0.0
L10	Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen Datenlogistik ZH, in % (Zielwert)	A4	99.6	98	99.2	1.2	
L11	Verfügbarkeit der Geodaten-Infrastruktur während Service-Zeiten, in % (Zielwert)	A4	99.85	98	99.9	1.9	1.9
B2	Kostendeckungsgrad Datenlogistik ZH, in %	A4	85	70	64	-6	
W1	Beanspruchte Bauzone pro Person, in m ²	A1	105	105	100.7	-4.3	-4.1
W2	Saldo von Ein- und Auszonungen, in ha	A1	12	10	4.1	-5.9	-59.0
W3	Anteil erstelltes Gebäudevolumen in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen, in % des gesamten Gebäudevolumens	A1	0.4	0.2	0.9	0.7	
W4	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von beitragsberechtigten Bauvorhaben, in %	A2	100	5	100	95	
W5	Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben, in %	A3	100	95	100	5	
W6	Datenvolumen der Web-Dienste, in Terabyte (TB)	A4	21.1	25	25	0	0.0
W7	Erfüllte Qualitätskriterien der Daten für das Gebäude- und Wohnungsregister GWR, in %	A4	82.9	95	80.8	-14.2	

Bemerkungen

- L3 Anhaltende Zunahme der Anzahl Baugesuche ausserhalb der Bauzonen
- L6, L7 Diese Indikatoren sind stark von exogenen Faktoren abhängig.
- L8 Es mussten deutlich mehr Sondierungen und mehr Rettungsgrabungen durchgeführt werden.
- W2 Es sind noch grosse Reserven innerhalb der Bauzonen vorhanden. Zudem sind einzelne Einzonungen grosser Entwicklungsgebiete blockiert.
- W3 Bei einer jährlichen Anzahl von durchschnittlich fünf Gebäuden sind erhebliche Schwankungen bei diesem Indikator nicht aussergewöhnlich.
- W4 Im Budget 2019 wurde der Jahreswert ohne Denkmalpflegebericht geplant, da die Publikation dieses Berichts in der Regel im Zweijahresrhythmus erfolgt. Der Denkmalpflegebericht konnte jedoch bereits im Berichtsjahr fertiggestellt werden.
- W7 Die Zielerreichung liegt im Rahmen der letzten Jahre. Um die vom Bund vorgegebenen Qualitätsziele zu erreichen, müssten die Gemeinden einen immensen Aufwand betreiben, da es sich um Altlasten handelt.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
RRZ 7.1a Ortsspezifische Dichten entwickeln, Akzeptanz dafür schaffen und die Innenentwicklung in den Gemeinden voranbringen		
Der Dialog mit den Gemeinden und Regionen wurde im Rahmen von zahlreichen Ortsplanungsgesprächen fortgesetzt. Die Verordnung über den preisgünstigen Wohnraum wurde in Kraft gesetzt.	Abgeschlossen	2019
RRZ 7.1b Den Mehrwertausgleich gesetzlich regeln		
Mit Beschluss vom 28. Oktober 2019 (Vorlage 5434) hat der Kantonsrat das Mehrwertausgleichsgesetz (MAG) verabschiedet. Die ausführende Mehrwertausgleichsverordnung (MAV) ist derzeit in Erarbeitung. Beide Erlasse sollen am 1. Januar 2021 in Kraft treten. Das Einzonungsverbot des Bundes könnte dann wieder aufgehoben werden.	Abgeschlossen	2019
RRZ 7.1c Lösungsmöglichkeiten zwischen Nutzungs- und Schutzinteressen in der raumplanerischen Interessenabwägung weiterentwickeln		
Das verwaltungsinterne Projekt konnte abgeschlossen werden. Es wurden zahlreiche Massnahmen getroffen, um die Erkenntnisse in die tägliche Arbeit einfließen zu lassen und eine Verstetigung in diesem Schlüsselthema zu erreichen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 7.1d Gemeinden und Regionen befähigen, Erholungsnutzungen zu koordinieren und zu lenken		
Die «Allmend Glanzenberg» im Limmattal konnte finanziell unterstützt werden. Im Rahmen des Projekts «Mobilität und Umwelt Pfäffikersee» wurden konkrete Massnahmen im Spannungsfeld zwischen Erholungsnutzung und Landschafts- und Naturschutz erarbeitet.	Abgeschlossen	2019
RRZ 8.1g Gezielt räumliche Entwicklungsimpulse für den Wirtschaftsraum setzen		
Auf dem «Givaudan-Areal» in Kempththal konnten Entwicklungsmöglichkeiten in einem Umfeld mit hohen baukulturellen Werten und einer historisch bedeutenden Industriegeschichte erarbeitet werden. Im Gebiet «Lengg» der Stadt Zürich wird ein national bedeutender Gesundheitscluster ausgebaut. Im Rahmen des Gebietsmanagements wurde mit verschiedenen Vertiefungsstudien begonnen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 10.2e Georeferenzdaten für alle Behörden und für die Öffentlichkeit zentral beschaffen und Geodaten zur umfassenden Nutzung durch die Öffentlichkeit bereitstellen		
Der Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.	Abgeschlossen	2019
RRZ 10.2f Eine elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) schaffen, wo diese elektronisch eingereicht und der Stand der Bearbeitung verfolgt werden können		
Die technische Umsetzung der Plattform ist abgeschlossen. Die Freigabe der Einführungsphase wurde erteilt.	Abgeschlossen	2019
BD 7.1a Die Handlungsspielräume für die Raumentwicklung erkennen und nutzen		
Die Massnahme entspricht RRZ 7.1c.	Verzicht	2019
BD 7.1b Über hochwertige Baukultur und ein attraktives Landschaftsbild lokale Identitäten stärken		
Die Inventarüberarbeitungen Landschaft und Ortsbild haben massgebliche Fortschritte erzielt. Im Bereich Ortsbild wurde mit den ersten Festsetzungen begonnen. Im Bereich Landschaft sind die Arbeiten soweit fortgeschritten, dass 2020 die Anhörung bei den Gemeinden starten kann. Im Zuge der neuen «Programmvereinbarung Landschaft» mit dem Bund wurden die Weichen für zukünftige Projekte gestellt.	Verzögert	2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	122.5	122.0	127.0	5.0	4.1

Bemerkungen R19 zu B19

5.0 Besetzung von 3.7 Projektstellen, die fremdfinanziert sind und damit für das ARE saldoneutral (Hochschulgebiet Zürich Zentrum, SBB-Gleisraum und Tiefenlager/Gebietsbetreuung Weinland); Besetzung von 0.5 Stellen für den Vollzug des Mehrwertausgleichsgesetzes (MAG); Besetzung von 0.6 Stellen für fachliche Aufgaben des Gebäude- und Wohnungsregisters (bisher im Statistischen Amt der Direktion der Justiz und des Innern) sowie Mutterschaftsvertretungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.1	7.3	6.3	-1.0	-13.5
Aufwand	-29.9	-31.1	-31.1	-0.0	-0.0
- Abschreibungen und Zinsen	-1.0	-1.0	-0.8	0.2	19.6
- Staatsbeiträge	-0.2	-2.2	-0.7	1.5	69.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-23.8	-23.8	-24.8	-1.0	-4.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.6	-2.6	-1.1	1.5	59.1
- Kreditübertragungen		-0.6		0.6	100.0
Saldo	-0.6	-2.6	-1.1	1.5	59.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.0		Abweichungen total R19 zu B19
2.0	A2	- Geringerer Aufwand Denkmalpflege, da infolge Verzögerungen im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Lotteriefonds benötigt wurden (saldoneutral)
0.5		- Höherer Ertrag durch Rückerstattungen Dritter für die Projektstellen Hochschulgebiet Zürich Zentrum
0.2	A4	- Geringere Abschreibungen für Software infolge Projektverzögerungen
-0.5	A1	- Höherer Transferaufwand in der Raumplanung durch einen Beitrag an die Regionale Projektschau Limmattal (Regionale 2025)
-1.1		- Höherer Personalaufwand für fremdfinanzierte Projektstellen, für Stellenbesetzungen im Zusammenhang mit dem Vollzug des Mehrwertausgleichsgesetzes und für fachliche Aufgaben des Gebäude- und Wohnungsregisters sowie für zusätzliche Praktikumsstellen und Mutterschaftsvertretungen
-2.0	A2	- Geringerer Ertrag Denkmalpflege, da infolge Verzögerungen im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Lotteriefonds benötigt wurden (saldoneutral)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.6	-1.1	1.5	
- Elektronische Plattform für Baugesuche (ePB) (RRZ 10.2f, A4)	-0.3	-0.6	-0.3	- Zusätzliche Anforderungen aus dem Pilotbetrieb führten zu Mehrkosten, wofür ein Nachtragskredit bewilligt wurde (RRB Nr. 611/2019).
- Objektwesen ZH (A4)	-1.0	-0.1	0.9	- Projektverzögerung, die auf den Wechsel des Projektleiters, auf Verzögerungen beim GWR Bund und auf aufwendige Vergabeverfahren zurückzuführen sind.
- eVernehmlassungen (A1, A4)	-0.4	-0.1	0.3	- Die Konzeptphase dauerte länger als geplant.
- GIS-ZH Erneuerung (A4)	-0.4	-0.1	0.3	- Die Programminitialisierung für GIS-ZH2020 dauerte längert als geplant. Die Umsetzungsprojekte konnten erst gegen Ende Berichtsjahr gestartet werden.
- System Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-System) (RRZ 10.2e, A4)	-0.3	-0.0	0.3	- Teil davon ist das Projekt Katasterprozesse. Dieses verzögerte sich aufgrund längerer Konzeptphase sowie infolge aufwendiger Vergabeverfahren. Die Realisierung konnte noch nicht gestartet werden.

Baudirektion
Leistungsgruppe 8300

- Kantonales Geoinformationsgesetz; Kantonale Geodatenprodukte (KGeolG, KGP) (RRZ 10.2e, A4)	-0.2	-0.2	0.0	- Teil davon ist das Projekt GIS-ZH Luftbild- und Höhenprodukte. Dieses verzögerte sich, da der Liefergegenstand Mängel aufwies, die behooben werden mussten.
- Übrige	-0.0	-0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -359600	Verwendung 2019 27600	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -332000	Veränderung Bestand 27600
--	-----------------------------	---	--	------------------------------

Bemerkungen
 Verwendung für Personalzwecke

8400 Tiefbauamt

Der Betrieb und Unterhalt der Staatsstrassen gehörte im Berichtsjahr zu den Hauptaufgaben. Zeitintensiv war insbesondere die Klärung, welche Abschnitte infolge des Neuen Netzbeschlusses per 1. Januar 2020 dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) übergeben werden. Diese Abschnitte wurden laufend instand gestellt. Das Tiefbauamt wird im Auftrag der Gebietseinheit VII weiterhin für den Unterhalt dieser Strecken zuständig sein. Zudem wurden viele weitere Projekte in Angriff genommen wie beispielsweise Reklamen an

Staatsstrassen, Winterdienstorganisation oder Verminderung der Hitzebelastung im Strassenraum.

Der Betrieb und Unterhalt der Nationalstrassen waren weitere Hauptaufgaben gemäss dem entsprechenden Leistungsauftrag des ASTRA. Die Projekte «Ausbau Nordumfahrung», «Instandsetzung Zürich-Ost – Effretikon», «Einhausung Schwamendingen» sowie das Projekt «Oberwinterthur–Ohringen» des ASTRA beanspruchten die Mitarbeitenden zusätzlich intensiv.

Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, -unterhalts- und -ausbauten, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen (Auftrag Bund), einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutz-Sanierungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Instand gesetzte und neu gebaute Strassen, in km	A1	75.463	70	87.954	17.954	25.649
L2	Unterhaltene Staatsstrassen, in km	A2	1327.4	1326.8	1327.6	0.8	0.1
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in km	A2	73.7	73.7	73.7	0.0	0.0
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	160	150	159	9	6.0
L5	Erteilte Konzessionen/Bewilligungen für Werkleitungen	A3	710	770	686	-84	-10.9
L6	Beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	726	600	841	241	40.2
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre, in Fr. (ER und IR)	A1	1478260	1500000	1787855	287855	19.2
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen), in Fr. (ER)	A2	31787	35000	32894	-2106	-6.0
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in % (ER und IR)	A1, A2, A3, A4	97.8	95	98.5	3.5	
W1	Anteil der instand gesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen, in %	A1	5.39	5	6.28	1.28	
W2	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	13.0	15	15.7	0.7	4.7
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil in schlechtem Zustand, in %	A1	1.2	1.5	1.2	-0.3	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre), in %	A1		96	95.9	-0.1	

Bemerkungen

- L1 Projektbedingte Abweichungen
- L6 Seit Herbst 2018 werden der Fachstelle Lärmschutz auch Gestaltungspläne zur Stellungnahme unterbreitet. Im Berichtsjahr waren es 123. Im Budget war diese Neuerung noch nicht berücksichtigt.
- B1 Projektbedingte Abweichungen
- B2 Aufgrund der Hitze im Sommer des Berichtsjahres war das Wachstum der Pflanzen verlangsamt, sodass der Grünsdienst reduziert werden konnte. Zusätzlich fielen die Kosten für den Winterdienst im Herbst/Winter 2019/2020 aufgrund des milden Wetters tiefer aus als angenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 9.2a Ein Strategisches Erhaltungsmanagement (SEM) einführen und etablieren zur Sicherstellung der hohen Verfügbarkeit bei knapper werdenden Mitteln und steigenden Nutzeransprüchen

Stand bis

Die SEM-Grundlagen unterstützen die operative Erhaltungsplanung sowie die zeitliche und inhaltliche Koordination der Erhaltungsmaßnahmen. Der SEM-Ansatz zur netzweiten Langfristprognose des Mittelbedarfs wurde für die Fahrbahnoberbauten der Staatsstrassen vollumfänglich umgesetzt bzw. in einer vereinfachten Form für die Kunstbauten und die Betriebs- und Sicherheitsanlagen implementiert.

Abgeschlossen 2019

BD 7.1c Die Lärmsanierungsprojekte an den Staatsstrassen abschliessen

Die Arbeiten zur Lärmsanierung entlang den Kantonsstrassen sind weiterhin stark verzögert. Die Situation hat sich weiter verschärft aufgrund von zahlreichen Gemeinden, für die die Möglichkeiten zur Umsetzung von Tempo 30 zu untersuchen sind.

Verzögert 2022

Die Möglichkeit zum Bezug von Bundesbeiträgen an Lärmsanierungen wurde vom Bundesrat zwar bis Ende 2022 verlängert, jedoch ohne Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln. Die zur Verfügung stehende Summe für die Programmvereinbarung PV3 (2016–2018, verlängert bis Ende 2022) wird voraussichtlich im Frühling 2020 aufgebraucht sein. Aufgrund der laufenden strategischen Untersuchungen des Bundes zur zukünftigen Lärmschutzpolitik ist ebenfalls im Frühling 2020 mit konkreteren Angaben zur zukünftigen Ausrichtung von Bundessubventionen zu rechnen.

Im Berichtsjahr wurde auf einer weiteren Teststrecke ein lärmarmen Belag eingebaut. Die Messwerte stehen noch aus.

8400 9a Überarbeitung der Ausbaustandards für Staatsstrassen in Abstimmung mit der Volkswirtschaftsdirektion, Amt für Verkehr

An der Klausur des Regierungsrates im September des Berichtsjahres haben die Baudirektion (BD) und die Volkswirtschaftsdirektion (VD) den Auftrag erhalten, gemeinsam eine Neufestsetzung von Standards zum Strassenbau (anstelle RRB Nr. 2053/2008; erster Entwurf BD) zu erarbeiten. Das Ergebnis wird dem Regierungsrat bis Ende zweites Quartal 2020 zum Entscheid vorgelegt.

Verzögert 2019

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	455.5	496.6	462.3	-34.3	-6.9

Bemerkungen R19 zu B19

-34.3 Die auf das Jahr 2018 zusätzlich bewilligten Stellen im Nationalstrassenunterhalt konnten erst teilweise besetzt werden. Zusätzlich verzögert sich die Besetzung von offenen Stellen infolge Fachkräftemangel.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	284.3	295.4	291.5	-3.9	-1.3
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	39.5	40.0	41.4	1.4	3.5
- Übertrag aus Strassenfonds	214.6	218.5	218.4	-0.0	-0.0
- Übrige Erträge	30.2	36.9	31.7	-5.3	-14.3
Aufwand	-284.3	-295.4	-291.5	3.9	1.3
- Abschreibungen und Zinsen	-75.9	-90.8	-81.4	9.5	10.4
- Betriebsaufwand	-208.5	-204.6	-210.1	-5.5	-2.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	8.2	21.2	13.7	-7.5	-35.3
Ausgaben	-116.1	-122.2	-117.0	5.2	4.3
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit					
Saldo	-107.9	-101.0	-103.3	-2.3	-2.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
10.5	A1	- Geringere ausserordentliche Abschreibungen von Nationalstrassen infolge geringerer Investitionen in den Nationalstrassenbau
4.4		- Geringere Personalkosten infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
3.9	A2	- Geringerer betrieblicher Strassenunterhalt, v.a. aufgrund geringeren Winter- und Gründienstes
2.9		- Höhere Entschädigungen Dritter und Eigenleistungen aus Unterhalt
1.4		- Höhere Entschädigungen vom Bund und von Gemeinden
0.7		- Geringere Dienstleistungen Dritter
-1.1	A1	- Höhere Abschreibungen von Staatsstrassen und Zinsen infolge höherer Investitionen in den Strassenbau
-8.2	A1	- Geringere Sofortauflösung passivierter Investitionsbeiträge infolge geringerer Investitionen in den Nationalstrassenbau
-15.4	A1	- Höherer projektbedingter baulicher Strassenunterhalt
0.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-101.0	-103.3	-2.3	
- Zürich Dietikon, Beiträge an Limmattalbahn (84D-50025)	-10.0	-10.0	0.0	
- Neubau Werkhof Bülach (84H-10045, neu 84H-10074)	-3.1	-0.8	2.3	- Baubeginn erfolgte später als geplant
- Sanierung A53 Oberlandautobahn (Teile 1 und 2), Vorarbeiten / Leichte Unterhaltmassnahmen (84K-10007)	-2.4	-4.2	-1.8	- Sanierung von zusätzlichen Belagsflächen notwendig
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-10.0	-2.3	7.7	- Für die bauliche, betriebliche und rechtskonforme Erstellung des Autobahnzubringers beantragte der Regierungsrat beim Kantonsrat am 27. März des Berichtsjahres einen Zusatzkredit.
- Rosengarten-Tunnel/-Tram (84L-00002)	-1.0	0.0	1.0	- Volksabstimmung erst am 9. Februar 2020, deshalb noch keine Arbeiten gestartet
- Uster West - Neue Verbindungsstrasse (84L-00003)	0.0	0.0	0.0	
- Sanierung A51 Kloten-Bülach (84L-10103)	-16.0	-16.7	-0.7	- Mehraufwand aufgrund Geologie und Grundwasser
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-1.2	-0.3	0.9	- Verzögerung bei der Planaufgabe, deshalb keine Leistungen für das Ausführungsprojekt
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	0.0	0.0	0.0	
- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.3	-0.3	0.0	
- Übrige	-57.0	-68.7	-11.7	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-585100	31100	0	-554000	31100

Bemerkungen

Verwendung für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Themen wie Klima, Energie, 5G-Technologie sowie Pestizidrückstände in Gewässern und Grundwasser erhielten im Berichtsjahr ausserordentliche Aufmerksamkeit und beschäftigten Bevölkerung, Politik sowie Behörden gleichermassen. Diese Themen erforderten deshalb einen fokussierten Ressourceneinsatz in Beratung und Vollzug. Daneben wurden Industrie- und Gewerbebetriebe bezüglich Gewässerschutz sowie der chemischen und biologischen Sicherheit intensiv

beraten und kontrolliert. Gegen potenzielle Gefährdungen durch eingeschleppte Tiere und Pflanzen, wie zum Beispiel die Tigermücke, wurden Strategien und Massnahmen erarbeitet. In Bezug auf die Gewässer standen Themen wie deren Nutzung (Konzessionen), deren Gestaltung als Natur- und Erholungsräume sowie der Schutz der Bevölkerung vor Hochwassern im Vordergrund.

Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und soweit als möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden überwacht, vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte (Zielwert)	A1	1	2	2	0	0.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	210	200	168	-32	-16.0
L3	Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	1800	1800	1800	0	0.0
L4	Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	388	300	307	7	2.3
L7	Unterhaltene Gewässergebiete, in ha	A1	1734	1600	1726	126	7.9
L8	Revitalisierte Gewässer, in km	A8	1.4	3	3.5	0.5	16.7
B2	Der Kanton Zürich ist unter den fünf günstigsten Kantonen bezüglich Stromtarife für Haushalte, Rang	A5	1	5	1	-4	
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist, in %	A1	98.1	95	98.8	3.8	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂ (Ziel 2020 = 2%), in %	A3	1	2	1	-1	
W9	Verwertung mineralischer Rückbaustoffe in gebundener Form, in %	A4	54	56	52	-4	
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher, in Min.	A5	5.1	30	6.0	-24.0	-80.0
W11	CO ₂ -Ausstoss pro Kopf, in t	A6	4.4	4.5	4.3	-0.2	-4.4
W12	Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (ohne Mobilität) (Ziel 2025 = 25%), in %	A6	18	19	18	-1	-5.3
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung (Ziel 2020 = 95%), in %	A7	95	91	97	6	6.6
W14	Anteil Wasserproben, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen (Ziel 2025 = 85%), in %	A8	82	82	78	-4	-4.9

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 7.1g Die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und Anpassung an den Klimawandel festsetzen

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen.

Stand bis
Abgeschlossen 2019

RRZ 7.2b Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKEN 14) festsetzen und dem Kantonsrat mittels Änderung des Energiegesetzes unterbreiten

Im Berichtsjahr wurde die Vernehmlassung zur Änderung des Energiegesetzes ausgewertet. Die Vorlage soll 2020 dem Kantonsrat vorgelegt werden.

Verzögert 2019

RRZ 10.3d Die Interessen bezüglich Bau eines Tiefenlagers des Kantons Zürich wahren und die betroffenen Gemeinden unterstützen (Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager)

Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2018 abgeschlossen. Abgeschlossen 2019

BD 7.1d Die Grundwasserschutzareale Rheinau und Rafzerfeld festsetzen

Das Grundwasserschutzareal Rafzerfeld wurde 2018 und Rheinau im Berichtsjahr festgesetzt. Abgeschlossen 2019

BD 7.1f Die Gewässerräume werden durch den Kanton und die Gemeinden festgelegt.

Die Vernehmlassungen zu den kantonalen Gewässern in erster Priorität sind erfolgt. Die zahlreichen Rückmeldungen erfordern teilweise vertiefte Gespräche mit kantonalen Fachstellen und Gemeinden, was zu Projektverzögerungen führt. Bereits 26 Gemeinden haben die Arbeiten an den kommunalen Gewässern aufgenommen bzw. abgeschlossen. Verzögert 2022

BD 7.1g Die Erfahrungen im Umgang mit Neophyten aus dem Reppischtal liegen vor.

Der Bericht zu den Erfahrungen liegt vor und wurde vom Steuerungsausschuss Neobiotamanagement verabschiedet. Der zugehörige Antrag wird dem Regierungsrat bis Ende März 2020 zur Beschlussfassung unterbreitet. Abgeschlossen 2019

BD 7.1k Der Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2019-2022 ist festgesetzt.

Der Massnahmenplan der kantonalen Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2019-2022 wurde bereits am 14. Dezember 2018 festgesetzt. Abgeschlossen 2019

BD 7.1n Der Massnahmenplan Neobiota 2022-2025 ist auf Stufe Baudirektion festgesetzt.

Die Vorbereitungsarbeiten sind angelaufen. Neuer Massnahmenplan soll Ende 2021 vom Baudirektor festgesetzt werden. Planmässig 2025

BD 7.1o Umsetzung Wassergesetz (Wasserstrategie, Verordnung zum Wassergesetz und zentrale Anlaufstelle)

Das Wassergesetz wurde an der Volksabstimmung vom 10. Februar 2019 abgelehnt. Eine geänderte Gesetzesvorlage wird dem Kantonsrat überwiesen werden. Eine Wasserverordnung ist auf der Grundlage des abgelehnten Gesetzes vom 9. Juli 2018 bereits vorbereitet. Weitere Umsetzungsschritte werden nach erneuter Beschlussfassung durch den Kantonsrat fortgeführt. Verzögert 2020

8500 1a Hochwasserentlastungsstollen Thalwil: Projekt durch Regierungsrat festgesetzt, Kredit vom Kantonsrat bewilligt und Baubeginn erfolgt.

Vernehmlassung und Projektaufgabe sind erfolgt. Parallel zu Einspracheverhandlungen mit der Gemeinde Thalwil sind der Regierungsratsantrag zur Projektfestsetzung sowie der Kantonsratsantrag zur Finanzierung in Vorbereitung. Planmässig 2021

8500 7a Revision EKZ-Gesetz

Die Revision des EKZ-Gesetzes erfolgt in zwei Schritten. Am 1. Juli 2019 wurde der erste Teil (Gewinnverwendung, Anpassung an Bundesrecht) in Kraft gesetzt. Der zweite Schritt wird nach dem Entscheid über die Revision des eidgenössischen Stromversorgungsgesetzes weiterverfolgt. Planmässig 2020

8500 7b Erarbeiten Energieplanungsbericht 2021

Der Energieplanungsbericht 2017 wurde vom Kantonsrat im Berichtsjahr nicht genehmigt. Der turnusgemäss nächste Energieplanungsbericht wird deshalb bereits 2020 erstellt. Planmässig 2021

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	234.2	238.8	234.0	-4.9	-2.0

Bemerkungen R19 zu B19

-4.9 Arbeitsmarktbedingte Verzögerungen bei Neu- und Wiederbesetzungen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	27.5	24.4	30.3	5.9	24.1
Aufwand	-97.9	-109.2	-96.1	13.1	12.0
- Abschreibungen und Zinsen	-37.6	-36.8	-36.7	0.0	0.1
- Kreditübertragungen		-1.0		1.0	100.0
Saldo	-70.4	-84.8	-65.8	18.9	22.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	31.3	22.8	54.4	31.7	139.0
Ausgaben	-45.0	-40.3	-67.4	-27.0	-67.0
- Kreditübertragungen		-3.9		3.9	100.0
Saldo	-13.7	-17.6	-12.9	4.6	26.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
18.9		Abweichungen total R19 zu B19
5.5	A1, A8	- Geringerer diverser Sachaufwand der Abteilung Wasserbau (Revitalisierungen, Planung/Projektierung Hochwasserschutzprojekte, Gewässerunterhalt) infolge Vergabeerfolgen, nicht eintretender Hochwasserereignisse und verfahrensbedingt verzögerter Projektfortschritte
4.7	A1, A5	- Höhere Bundesbeiträge und -entschädigungen für die Bereiche Wasserbau und Energie
3.4	A2, A3, A4, A5, A6, A7	- Geringerer Sachaufwand in den Abteilungen Abfallwirtschaft, Luft, Energie und Gewässerschutz, da diverse Projekte nicht wie geplant umgesetzt wurden
2.7		- Nicht beanspruchte Beiträge für Gemeinden
1.4		- Aufwertung einer Forderung gegenüber Dritten infolge Neuurteilung
0.7		- Höherer Ertrag aus verrechenbaren Dienstleistungen
0.5	A1, A8	- Geringerer Personalaufwand infolge Verzögerungen bei Neu- und Wiederbestellungen
0.2		- Mehrertrag aus Gebühren
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-17.6	-12.9	4.6	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745, bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Grobschätzung) / Projektierungskredit Entlastungsstollen zwischen Langnau a.A. und Thalwil: RRB Nr. 614/2015	-1.2	-0.8	0.4	- Verzögerung durch Einspracheverfahren
- Eulach, Winterthur, Hochwasserrückhaltebecken Hegmatten (85W-372) / KRB vom 10. Januar 2011 (Vorlage 4704)	-0.3	-0.1	0.2	- Verzögerung durch Einspracheverfahren und Absprachen bei Bodenaufwertungsarbeiten
- Glatt, Rümlang, Umlegung (85W-713)	-0.1	0.0	0.1	
- Eulach, Winterthur, Sanierung Kanal Hegi (85W-738)	-2.9	-1.2	1.7	- Späterer Baubeginn infolge Einspracheverfahren
- Töss, Wila, Hochwasserschutz und Aufwertung (85W-835)	-0.8	0.0	0.8	- Infolge Koordination mit Arbeiten der Gemeinde wird der Projektstart auf 2020 verschoben
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)/2016 noch Projektierungskredit (bei den Gesamt-Nettoinvestitionen handelt es sich um eine Schätzung)	-0.7	-0.4	0.3	- Verzögerung durch längere Verhandlungen mit der Stadt Zürich
- Chämtnerbach, Wetzikon, Ausbau (85W-380) / KRB vom 7. Dezember 1998 (Vorlage 3648)	-0.1	0.0	0.1	
- Landbach, Hüntwangen, Hochwasserrückhaltebecken (85W-801)	-0.5	0.0	0.5	- Verzögerung infolge Landerwerb
- Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Kanalisationen und Sonderbauwerke	-2.0	-1.9	0.1	
- Übrige	-9.0	-8.5	0.5	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018	Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	Veränderung Bestand
plus Bildung 2018	2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	
-404233	27227	0	-377006	27227

Bemerkungen

Verwendung für Personalanlässe und Gesundheitsvorsorge

8510 Altlasten

Im Rahmen des Altlastenprogramms werden gemäss den gesetzlichen Grundlagen Realleistungen, Ersatzvornahmen und Ausfallkosten finanziert. Die Kostensituation wurde laufend überprüft und die notwendigen Rückstellungen gebildet.

Sowohl die Untersuchungen von belasteten Standorten als auch die Planung für die Sanierung von Belastungen im Zürichsee wurden intensiv vorangetrieben. Bei der Sondermülldeponie Kölliken wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Nachsorgephase ab 2021 weitergeführt.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten gemäss Umweltschutzgesetz (USG).

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.3	0.4	1.8	1.4	316.8
Aufwand	-8.2	-1.7	-8.5	-6.8	-397.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.9	-1.3	-6.7	-5.4	-425.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.4		Abweichungen total R19 zu B19
1.7	A1	- Auflösung von Rückstellungen für die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken
0.9	A1	- Geringerer Aufwand für Realleistungen, Ersatzvornahmen und Ausfallkosten, für die keine Rückstellungen gebildet werden
0.2	A1	- Höhere Beiträge aus dem VASA-Altlasten-Fonds an den Kanton Zürich
-1.7	A1	- Erhöhung der Rückstellungen für Schiessanlagen (RRB Nr. 1106/2019) für die Sanierung von Altlasten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich
-6.7	A1	- Erhöhung der Rückstellungen für erwartete Ausfallkosten für die Sanierung von Altlasten im Rahmen des Altlastenprogramms des Kantons Zürich
0.2		- Übrige Abweichungen

8700 Immobilienamt

Die gegenwärtige Herausforderung des Immobilienamtes ist die Reorganisation des Immobilienmanagements mit dem Mieter-, Delegations- und Baurechtsmodell. Das Amt geht diese Herausforderung durch klare Priorisierung und Fokussierung der Ressourcen auf die erfolgskritischen Aufträge an. Zwecks vorausschauender finanzieller Immobilienplanung wurde die Planungsliste gemäss § 18 ImV eingeführt. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Landschaft und Natur und unter Einbezug des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes wurde eine Immobilienstrategie für den Strickhof erarbeitet. Die Ausschreibung zur Beschaffung von elektrischer Energie für Grossbezüger (Jahresverbrauch von mehr als 100 MWh Strom) wurde erneut planmässig durchgeführt. Gegenüber dem Vorjahr konnte die elektrische Energie rund 9% günstiger, im Gesamtbetrag von rund 3,8 Mio. Franken, eingekauft werden.

Unter Berücksichtigung der dezentralen, in den Fachämtern verbliebenen Verantwortung für die IT-Fachapplikationen wurde im Berichtsjahr die Ausschreibung eines Rahmenvertrages im Staatsvertragsbereich für die immobilien-spezifische IT-Infrastruktur durchgeführt (RRB Nr. 612/2019). Die Zusammenführung des Amtes für Informatik an einem Standort an der Zollstrasse 20/35 konnte erfolgreich umgesetzt werden.

Zum Schutz des Ortsbildes von Kyburg und für die Schutzinteressen der Archäologie führte das Immobilienamt zusammen mit dem Amt für Raumentwicklung und der Gemeinde Illnau-Effretikon zahlreiche Verhandlungen mit betroffenen Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern durch.

Aufgaben

- A1 Eigentümerversammlung der Liegenschaften des Kantons Zürich und Flächenbereitstellung: Steuerungs- und Controllingorgan für sämtliche Hochbau-Investitionsvorhaben, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Deinvestitionsentscheiden, Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Fremdmieten für die kantonale Verwaltung
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Zentrale Facility Management-Steuerung / Koordinator für die Beschaffung von Dienstleistungen und Lieferungen für die Bewirtschaftung
- A4 Sicherstellen einer optimalen Bewirtschaftung der an Externe vermieteten Objekte des Verwaltungs- und Finanzvermögens aller Direktionen, unter Berücksichtigung der Teilportfoliovorgaben
- A5 Zentraler Bewirtschafter für gemischtgenutzte Bürobauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Betreute Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	814	670	840	170	25.4
L2	Bewirtschaftete Gebäudeflächen mit zentraler Steuerung, in m ²	A3	263773	300000	284000	-16000	-5.3
L3	Umsatz Mobilien, in Mio. Franken	A3	6.37	10.5	5.6	-4.9	-46.7
L4	Hängige Abtretungsverträge	A2	1867	1700	1768	68	4.0
B2	Durchschnittlich von einer/einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche, in m ²	A3	7645	7400	7495	95	1.3
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung, in %	A3		85	83	-2	
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung	A3	67	80	67	-13	
W5	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung, in m ²	A3	16.6	17	16.7	-0.3	-1.8
W6	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung, in m ²	A3	16.2	15	15.5	0.5	3.3

Bemerkungen

- L1 Zugänge aus den Direktionen infolge Mietermodell inkl. Nutzungsvereinbarungen und Pachtverträge
- L3 Grössere Beschaffungsprojekte wurde verschoben, u. a. beim Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB), bei der Möblierung Zollstrasse, bei Teilprojekten Polizei- und Justizzentrum (PJZ)
- W3 80% Recyclingquote in der Verwaltung ist in der Praxis zu hoch. Erreichbar sind 70%, weshalb der Wert für die zukünftigen Planungsperioden angepasst wurde.
- W5 Der Flächenwert in der engeren Zentralverwaltung ist weiterhin unter dem Vorgabewert. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Direktionen sind jedoch gross.
- W6 Der verbesserte Flächenwert ist hauptsächlich auf die Zunahme von Teilzeitstellen und den Einbezug neu erfasster Organisationseinheiten, wie z.B. des Steueramtes, zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10.1i Die zuständigen Verwaltungseinheiten auf die neuen Rollen und Funktionen im Immobilienmanagement ausrichten

Die Reorganisation des Immobilienmanagements mit dem Mieter-, Delegations- und Baurechtsmodell präsentierte sich als primäre Herausforderung des Immobilienamtes. Die entsprechenden Grund- und Vorlagen wurden insbesondere im Rahmen des Projekts WIM (Weiterentwicklung Immobilienmanagement) geschaffen. Die initialen Schulungen zur Immobilienverordnung (ImV) und zum Immobilienhandbuch konnten erfolgreich mit über 800 Teilnehmenden durchgeführt werden. Auf der Grundlage des Immobilienhandbuchs gemäss RRB Nr. 1090/2018 wurden die internen Zuständigkeiten und Schnittstellen weiter detailliert und geschult.

Stand bis
 Planmässig 2020

BD 10.1e IT-System-Gesamtarchitektur zur Bereitstellung der nötigen Daten für das Management der Immobilien einführen

Das neue IT-System für die Immobilienbewirtschaftung wurde für die vom Immobilienamt betriebenen Gebäude eingeführt; es besteht noch Nachbesserungsbedarf. Der Aufbau der zentralen Datenbasis wurde mit Hochdruck vorangetrieben und die Initialerfassung – für eine erste Verrechnung im Mietermodell – in Bezug auf Gebäudezustand, Gebäudeflächen und -belegungen weitgehend abgeschlossen. Die weitere Datendetaillierung sowie die Aufnahme der technischen Gebäudeanlagen müssen noch erfolgen. Die Gründe für die Verzögerung liegen einerseits im Umfang des Systems, andererseits in der geringen Verfügbarkeit bzw. der ausgeprägten Heterogenität der Daten.

Verzögert 2019

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	116.8	147.2	140.0	-7.2	-4.9

Bemerkungen R19 zu B19

- 5.0 Vakante Stellen für Planung und Aufbau der Bewirtschaftung des Polizei- und Justizzentrums infolge Projektverzögerung; es sind ab 2020 nur 2 Stellen geplant.
- 2.2 Vakante Stellen für die Entwicklung Immobilienamt (RRB Nr. 207/2018)

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	18.3	26.1	26.5	0.3	1.3
Aufwand	-33.4	-49.3	-42.2	7.0	14.3
- Kreditübertragungen		-2.5			
Saldo	-15.1	-23.1	-15.7	7.4	31.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-2.9	-1.5	-0.5	1.0	63.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.9	-1.5	-0.5	1.0	63.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
7.4		Abweichungen total R19 zu B19
3.7	A1, A3, A4, A5	- Geringere Honorare und Dienstleistungen Dritter, v.a. infolge Verschiebung der Umsetzung des Mietermodells
1.8	A1, A2, A3, A4, A5	- Geringere Personalkosten aufgrund verzögerter Besetzung von neu geschaffenen Stellen inkl. unbesetzte Stellen PJZ
1.5	A1, A2, A4	- Geringere Planungen Dritter infolge Verzögerungen bei der Erarbeitung von Portfolio- und Objektstrategien
0.6	A5	- Mehr Nettoertrag im Bereich Mobiliar infolge mehr Veräusserungen von Gebrauchtmobiliar wegen Lagerverkleinerung
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.5	-0.5	1.0	
- Beschaffung von Mobilien für Sitzungszimmer, Maschinen und Fahrzeuge	-0.5	0.0	0.5	
- Weiterentwicklung Immobilienbewirtschaftung IT (WIBIT)	-1.0	-0.5	0.5	- Verzögerung in der Umsetzung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
-86076

Verwendung	Antrag Bildung 2019
2019	(verbucht 2020)
0	0

Bestand 31.12.2019
plus Bildung 2019
-86076

Veränderung Bestand
0

8710 Liegenschaften Finanzvermögen

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Wohnbaulandgrundstücke in der Gemeinde Höri veräussert. Aufgrund des erwarteten Anstiegs des Nachtfluglärms wurden diese Grundstücke unter dem Vorbehalt verkauft, dass innert einer angemessenen Frist nach der Beurkundung eine Baubewilligung erlangt werden kann.

Im Berichtsjahr wurde gemeinsam mit der Stadt Zürich und zwei weiteren Grundeigentümerschaften eine Planung zur baulichen Entwicklung rund um den Max-Frisch-Platz in Zürich Oerlikon erarbeitet. Der Stadtrat von Zürich hat mittels dieser Planung einen Masterplan verabschiedet. Dieser dient als Grundlage für die Teilrevision der Sonderbauvorschriften. In der vorangehenden Testplanung wurde überprüft, wie das Gebiet mit hoher städtebaulicher Qualität verdichtet

werden kann. Als Ergebnis dieser Planung verfügt der Kanton Zürich über eine mit der Stadt Zürich abgestimmte Grundlage, anhand deren das Gebiet mit einer Mischung aus Dienstleistungs-, Wohn- und Kulturnutzungen sowie kommerziellen Angeboten zu einem belebten Quartierteil entwickelt werden kann. Gegenüber dem geltenden Bebauungskonzept mit durchgehenden Gebäudehöhen unter 25 Metern wird auf dem kantonalen Grundstück einer von zwei Hochhausakzenten möglich werden. Im Berichtsjahr wurde an der Überarbeitung der Sonderbauvorschriften sowie der Klärung verschiedener eigentümerrelevanter Dienstbarkeiten gearbeitet. Parallel dazu wurde ein Freiraumkonzept erstellt. Unabhängig davon wurde auf dem kantonalen Grundstück eine saisonale, gastronomische Zwischennutzung realisiert.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Finanzvermögen und Vermietung zu Marktkonditionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV, in Mio. Franken	A1	907.5	946.2	1 041.3	95.1	10.1
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV, in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1	3.4	3.7	4.0	0.3	
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV, in %	A1	1.5	0.6	1.1	0.5	
W2	Nettorendite der überbauten Liegenschaften des FV, in %	A1	2.4	1.4	1.9	0.5	

Bemerkungen

- L1 Zugänge im Finanzvermögen führen zu höheren Bilanzwerten.
- B1 Höherer Aufwand für Rochadeflächen ohne Mietzinseinnahmen aufgrund von grösseren, bevorstehenden Umbauvorhaben.
- W1 Höhere Nettorendite aufgrund geringerer baulicher Unterhaltsmassnahmen sowie geringerer Planerkosten als vorgesehen.
- W2 Höhere Nettorendite aufgrund geringerer baulicher Unterhaltsmassnahmen sowie geringerer Planerkosten als vorgesehen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.0	26.0	110.1	84.1	322.8
- Mietzins ertrag	25.3	25.6	24.1	-1.5	-5.7
Aufwand	-28.0	-38.8	-34.8	3.9	10.2
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-13.7	-13.9	-15.4	-1.5	-10.6
- Kreditübertragungen		-4.4		4.4	100.0
Saldo	2.0	-12.7	75.3	88.0	690.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
88.0		Abweichungen total R19 zu B19
84.6	A1	- Marktwertanpassungen und Buchgewinne aus Verkäufen
7.3	A1	- Tieferer baulicher Unterhalt, vor allem aufgrund von Verschiebungen von Projekten in Zürich
4.0	A1	- Weniger Honorare und Dienstleistungen Dritter, vor allem infolge überarbeiteter Objektstrategien
-1.5		- Höhere kalkulatorische Zinsen infolge höheren Bilanzwertes
-2.9	A1	- Tiefere Mietzinserträge einschliesslich Nebenkosten, vor allem infolge Verkäufen von Liegenschaften
-3.1	A1	- Höhere Rückstellungen für latente Steuern infolge Zunahme des Bilanzwertes
-0.4		- Übrige Abweichungen

8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Als Teilprojekt der Einführung des Mietermodells (Projekt WIM) wurde im Berichtsjahr die Zentralisierung von ursprünglich rund 37 Anlagenbuchhaltungen zu einer Anlagenbuchhaltung Immobilien Verwaltungsvermögen abgeschlossen. Der Aufbau einer Liegenschaftenerfolgsrechnung als Basis für Auswertungen wurde in Angriff genommen. Im Berichtsjahr wurde für die Liegenschaftsbetreiber im Mietermodell erstmals die Möglichkeit geschaffen, räumliche Massnahmen mit aktivierbaren Kosten ab Fr. 50 000 bis Fr. 150 000 gemäss § 15 ImV unter gewissen Bedingungen eigenständig auszulösen und umzusetzen. Dabei wurden

rund 4,6 Mio. Franken für gesamthaft 40 Projekte durch das Immobilienamt freigegeben. In Stäfa und Wädenswil sind im November des Berichtsjahres 13 Liegenschaften grösstenteils unentgeltlich vom Bund an den Kanton Zürich übergegangen. In Wädenswil sind rund 80 000 m² Grundstückfläche in der Zone für öffentliche Bauten, Freihalte-, Reserve- und Wohnzone neu im Besitz des Kantons, unter anderem die historische Schloss- und Parkanlage. Das Areal wurde Anfang Dezember des Berichtsjahres in den kantonalen Betrieb übernommen.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und langfristig kostendeckende Weiterverrechnung an die kantonalen Nutzer (Investition/Amortisation, Verzinsung, Unterhalt und Bewirtschaftung)

Indikatoren

Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert, in %	A1	1.63	2	1.9	-0.1	-5.0
W1	Baulicher Zustandswert, in % (Das Verhältnis zwischen Zustandswert zu Neuwert gibt den baulichen Zustand des Immobilienportfolios [Verwaltungsbauten] wieder.)	A1	0.72	0.77	0.76	-0.01	-1.30
W2	Werterhaltungsindex, in % (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1	41.3	50	35.5	-14.5	-29.0

Bemerkungen

- W1 Der Zustandswert der Liegenschaften ist aufgrund einer im Berichtsjahr durchgeführten Zustandserhebung höher als im Vorjahr. Es besteht aber weiterhin Handlungsbedarf, um den Zielwert von 0.77 zu erreichen.
- W2 Aufgrund von grossen Neubauprojekten ist der Anteil an werterhaltenden Massnahmen im Verhältnis zu den Gesamtinvestitionen gesunken.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	60.7	311.9	367.0	55.1	17.7
Aufwand	-74.4	-322.8	-364.6	-41.8	-13.0
- Kreditübertragungen				0.0	0.0
Saldo	-13.7	-10.9	2.4	13.3	121.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.8		62.9	62.9	0.0
Ausgaben	-107.4	-553.8	-328.2	225.7	40.7
- Kreditübertragungen		-131.7		131.7	100.0
Saldo	-105.6	-553.8	-265.3	288.5	52.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
13.3		Abweichungen total R19 zu B19
18.6	A1	- Aufwertungsgewinn nach Rückfall und Kauf von Liegenschaften der Agroscope
-2.5	A1	- Nicht verrechenbarer Liegenschaftenaufwand
-2.8	A1	- Mehr Planungen Dritter für Vorstudien Hochbauprojekte
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-553.8	-265.3	288.5	
- JI, Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel (13103)	-16.7	-16.5	0.2	- Projekt auf Kurs
- JI, Bau 3 (Erweiterung der räumlichen Kapazitäten des Staatsarchivs per 2019) (20484)	-17.1	-11.8	5.3	- Das Projekt ist im Abschluss, die Mittel werden nicht mehr in Anspruch genommen
- BI, Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtanierung Altbau mit Erweiterung (10982)	-12.5	-10.7	1.8	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- BI, Region Zimmerberg, Neubau Mittelschule (13324)				
- BI, Region Pfannenstil, Neubau Mittelschule (13216)				
- BI, Urdorf, Kantonsschule Limmattal, Erweiterung mit Ersatzneubau und Turnhalle (72021)	-0.6	-2.9	-2.3	- Die Projektierungsarbeiten und die vorgezogene Ausführungsplanung sind im Berichtsjahr weiter fortgeschritten, als ursprünglich angenommen
- BI, Uster, Kantonsschule Uster und Bildungszentrum, Sanierung und Erweiterung BZU (11278)	-16.0	-15.0	1.0	- Projekt auf Kurs
- BI, Wädenswil, ZHAW, Grüntal Entwicklung 17-28 / Kleinprojekte Instandsetzungen Umbauten	-0.8	-0.4	0.4	- Projekt auf Kurs
- BI, Wädenswil, ZHAW, Reidbach, Gebäude RD (27602)	-0.9	-1.8	-0.9	- Die Projektierungsarbeiten und die vorgezogene Ausführungsplanung sind im Berichtsjahr weiter fortgeschritten, als ursprünglich angenommen
- BI, Wetzikon, Gewerbliche Berufsschule, Gesamtanierung (13003)	-0.4	0.0	0.4	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- BI, Wetzikon, Kantonsschule Zürcher Oberland, Sanierung Grosser Spezialtrakt (72034)	-0.9	-0.6	0.3	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- BI, Winterthur, Berufsfachschule, Neubau Tösstalstrasse 29/31 (12725)	-2.0	0.0	2.0	- Das Projekt befindet sich noch in der Phase Vorstudie.
- BI, Winterthur, Kantonsschule Büelrain, Ersatzund Ergänzungsbau (12365)	-19.0	-6.7	12.3	- Das Projekt ist im Abschluss, die Mittel werden nicht mehr in Anspruch genommen.
- BI, Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Gesamtinstandsetzung/Dachausbau (72031)	-11.3	-5.1	6.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- BI, Winterthur, ZHAW, Campus Technikum, Sofortmassnahmen Instandhaltung aller Gebäude (27655)	-1.7	0.0	1.7	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- BI, Winterthur, ZHAW, Umsetzung Entwicklung Standort Winterthur Technikum, Etappen 1a-1c (27669)	-5.6	-5.5	0.1	- Projekt auf Kurs
- BI, Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungspereimeter II, Ersatzneubau Schulraum, inkl. Turnhallen (77049)	-0.5	0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- BI, Zürich, Berufsschule für Gestaltung, «Bildungsmeile», Entwicklungspereimeter I, Etappe 2 (77047)				
- BI, Zürich, Berufsschule für Gestaltung, «Bildungsmeile», Entwicklungspereimeter I, Etappe 3, Instandsetzung Ausstellungsstrasse 90 und 100 (77048)				
- BI, Zürich, Berufsschule Mode & Gestaltung, Gesamtanierung (77046)				
- BI, Zürich, Kantonsschule Zürich Nord, Gesamtanierung, inkl. Provisorien (72010)	-2.0	-2.4	-0.4	- Die Projektierungsarbeiten und die vorgezogene Ausführungsplanung sind im Berichtsjahr weiter fortgeschritten, als ursprünglich angenommen
- BI, Zürich, Militärkaserne, Bildungszentrum für Erwachsene (77019)	-0.4	0.0	0.4	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung

Baudirektion
Leistungsgruppe 8750

- BD, Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (11900)	-230.0	-96.6	133.4	- Geringere Nettoausgaben infolge Übertrag von Land an das Finanzvermögen (+54 Mio.) sowie Projektverzögerung
- BD, Lindau, Neu- und Ersatzbauten AgroVet-Strickhof, Forschungs- und Bildungszentrum (12062)	-2.8	-0.2	2.6	- Das Projekt ist im Abschluss, die Mittel werden nicht mehr in Anspruch genommen
- BD, Bezirksverwaltung Winterthur, inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (13156)	-6.3	-2.6	3.7	- Die Projektverzögerungen aus dem 2017 konnten noch nicht vollständig aufgeholt werden.
- BD, Zürich, Walcheturm, Gesamtsanierung (13702)	-2.0	0.0	2.0	- Massnahme vorübergehend zurückgestellt.
- BD, Bezirksgefängnis Zürich, Sanierung nach Bezug PJZ (13236)	-0.2	0.0	0.2	- Massnahme vorübergehend zurückgestellt.
- BD, Bezirksverwaltung Affoltern, Gesamtentwicklung (13522)				
- BD, Zürich, Kaspar-Escher-Haus, Gesamtsanierung (13538)				
- BD, Zürich, Kasernenstrasse 49, Gesamtsanierung (13666)	-0.9	0.0	0.9	- Massnahme vorübergehend zurück gestellt.
- BD, Zürich, Zollstrasse 20/36, Gesamtsanierung (13723)	-51.0	0.0	51.0	- Minderausgaben aufgrund von Projektverzögerung
- Reserven Regierungsrat	-4.0	0.0	4.0	- Keine Inanspruchnahme
- Kreditübertragungen	-52.4	-38.2	14.2	- Kreditübertragungen für übrige Projekte
- Übrige	-95.8	-48.3	47.5	

8800 Amt für Landschaft und Natur

Basierend auf Erhebungen über den Zustand der Entwässerungsanlagen in den rund 14 000 Hektaren drainierter Flächen wurde eine Investitionsplanung gestartet. Die kantonale Landwirtschaftsverordnung wurde vernehmlasset, vom Regierungsrat beschlossen und tritt am 1. Januar 2020 in Kraft.

Für die Zürcher Wälder war aufgrund der grossen Schäden durch Borkenkäfer zusätzliche finanzielle Unterstützung für den schnellen Abtransport des Schadholzes aus den Wäldern erforderlich. Strategische Überlegungen für den Waldbau unter veränderten klimatischen Bedingungen wurden gestartet.

Für den Strickhof wurde eine Teilportfoliostrategie als langfristiger Nutzungs- und Investitionsplan für die Schul- und Verwaltungsliegenschaften entwickelt.

Für die von den Naturschutzorganisationen eingereichte Volksinitiative «Rettet die Zürcher Natur» («Naturinitiative») wurde ein Gegenvorschlag erarbeitet, vom Regierungsrat beschlossen und dem Kantonsrat Antrag gestellt.

Das Projekt der Jagdschiessanlage Widstud in Bülach konnte der neu gegründeten Betreibergesellschaft übergeben werden, die 2020 das Baugesuch einreichen wird. Für die Sanierung der bisherigen Jagdschiessanlage in Embrach wurde der entsprechende Kredit beim Regierungsrat erwirkt und die Arbeiten vergeben. Die Fachstelle Bodenschutz und die Abteilung Landwirtschaft haben sich im Hinblick auf die künftigen Herausforderungen reorganisiert.

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Strickhof: Schülertage (Grundausbildung)	A1	130095	130000	123374	-6626	-5.1
L2	Strickhof: Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	44943	55000	35016	-19984	-36.3
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherter Lebensräume, in ha (Zielwert)	A3	3246	3240	3246	6	0.2
L4	Naturschutz: Bewirtschafteter Naturschutzflächen	A3	1725	1760	1733	-27	-1.5
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Bodenmaterial, in % (Zielwert)	A4	75	75	75	0	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischerei-Berechtigungen	A3	11037	10500	11428	928	8.8
L9	Landwirtschaft: Bearbeitete Direktzahlungskategorien-Einheiten pro Vollzeitstelle	A1		99000	64785	-34215	-34.6
L10	Landwirtschaft: Für das ARE geprüfte Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone	A1		250	275	25	10.0
L11	Wald: Gepflegte Waldfläche, in ha (Zielwert)	A2		2150	1856	-294	-13.7
L12	Bodenschutz: Differenz zwischen Verbrauch und Kompensation von Fruchtfolgeflächen bei bewilligten baulichen Veränderungen, in ha (Zielwert)	A4		-5	4	9	-180.0
L15	Landwirtschaft: Neu genehmigte Projekte für landwirtschaftliche Hochbauten	A1		5	17	12	240.0
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad, in %	A3	60	64	30	-34	
B4	Wald: Kantonaler Beitrag pro ha gepflegte Waldfläche, in Fr.	A2		1500	1740	240	16.0
W1	Strickhof: Anteil der Betriebsleiter mit abgeschlossener landwirtschaftlicher Ausbildung am Strickhof, in %	A1		70			
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen, in %	A1	85	85	88	3	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	122	105	126	21	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	125	95	93	-2	
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände, Anzahl Rehwild	A3	11285	10500	11177	677	6.4
W8	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten, in %	A3	43	46	44	-2	-4.3
W9	Bodenschutz: Bestand an Fruchtfolgeflächen, in ha	A4		44400	44550	150	0.3

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatoren L9-L12, B4 und W9 wurden im KEF 2019-2022 eingeführt, deshalb gibt es für R18 keine Werte dazu.
- L1 Der Strickhof unterrichtete weniger Lernende als im Vorjahr, was zu einer tieferen Anzahl von Schülertagen gegenüber dem Budget- und dem Vorjahreswert führte.
- L2 Es fanden keine Weiterbildungsgrossanlässe am Strickhof statt.
- L6 Es wurden gegenüber dem Budget- und dem Vorjahreswert mehr Patente und Tageskarten ausgestellt. Das Interesse ist nach wie vor gross.
- L9 Der Indikator wurde erstmals für das Budget 2019 erhoben. So ergeben beispielsweise die Datenangaben für kantonale Hangbeiträge multipliziert mit der Anzahl der betroffenen Betriebe insgesamt 6018 Direktzahlungseinheiten. Der Budgetwert wurde aufgrund unvollständiger Daten zu hoch angesetzt. Dieser wird im KEF 2021-2024 angepasst.
- L10 Die Anzahl Mitberichte im Berichtsjahr entsprach etwa dem Schnitt der letzten fünf Jahre.
- L11 Der starke Borkenkäferbefall erforderte ungeplant viele Ressourcen, sodass die Pflege anderer Waldflächen zurückgestellt werden musste
- L12 In den bewilligten Projekten war der Gewinn an Fruchtfolgeflächen insgesamt flächenmässig grösser als der Verlust.
- L15 Im Berichtsjahr wurden mehr kleinere Bauprojekte (Waschplätze und Güllengruben) realisiert als budgetiert.
- B3 Tieferer Kostendeckungsgrad im Berichtsjahr gegenüber dem Budget- und dem Vorjahreswert aufgrund der nicht budgetierten Erhöhung der Altlastensanierungskosten für die Jagdschiessanlagen im Betrag von 5 Mio. Franken
- B4 Es ist ein Anstieg der kostenintensiven Pflegeeingriffe beim Lichten Wald zu verzeichnen, weshalb die durchschnittlichen Kosten pro ha um rund 16% gewachsen sind.
- W1 Im Berichtsjahr wurde auf die Erhebung verzichtet. Ab 2020 wird der neue Indikator W10 verwendet.
- W3 Höhere Fichtenanteile im Privatwald führten vermehrt zu Sturm- und Borkenkäferschäden.
- W4 Die reguläre Nutzung wurde aufgrund hoher Zwangsnutzungen zurückgefahren.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

BD 7.1h Die im Richtplan 2014 ausgewiesenen Fruchtfolgeflächen sichern. Die Kompensation von gemäss Richtplan zulässigen Beanspruchungen sicherstellen

Mögliche Standorte für grössflächige FFF-Kompensationen wurden 2018/2019 in den regionalen Richtplänen erwirkt. Das Bewilligungsverfahren für Bodenverbesserungen und FFF-Kompensationen wurde im Berichtsjahr festgelegt. Abgeschlossen 2019

BD 7.1i Eine Strategie für den Umgang mit der Bodenversauerung im Wald entwickeln und umsetzen

Die Bodenbeurteilungen im Wald sind abgeschlossen; die Resultate stehen fest und sind ausgewertet. In Zusammenarbeit von Fachstelle Bodenschutz und Abteilung Wald wurden waldbauliche Massnahmen erarbeitet. Abgeschlossen 2019

BD 7.1j Statische Waldgrenzen ausserhalb von Bauzonen gemäss kantonalem Richtplan 2014 festsetzen

Die Arbeiten erweisen sich als aufwendig. Der Zeitplan ist etwas verzögert, das Ziel insgesamt auf Kurs. Verzögert 2019

8800 7a Durch bedarfsgerechte Bodenverbesserungen wird die Produktionsfähigkeit der landwirtschaftlichen Nutzfläche erhalten und gefördert.

Standorte für mögliche grossflächige Bodenaufwertungen wurden in den regionalen Richtplänen erwirkt; erste Projekte wurden dem Kanton bereits eingereicht. Planmässig 2022

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	353.2	354.0	359.5	5.5	1.6

Bemerkungen R19 zu B19

- 2.2 Zusätzliche Lehrpersonen im Bereich Hauswirtschaft an Mittelschulen (zusätzliche Kurse) und für die Lehrgangsentwicklung im Bereich der Höheren Berufsbildung sowie für das Projekt Digitaler Wandel an den Berufsfachschulen
- 1.4 Projektbezogene Stellen im Bereich der landwirtschaftlichen Beratung und Medienarbeit
- 1.9 Projektbezogene Stellen im Bereich Jagd und Immobilien sowie Ersatz für längere Abwesenheiten (Krankheit und Mutterschaft)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	200.6	207.8	202.3	-5.5	-2.6
- Durchlaufende Beiträge	149.6	155.8	151.5	-4.3	-2.8
Aufwand	-259.0	-269.5	-269.8	-0.3	-0.1
- Durchlaufende Beiträge	-149.6	-155.8	-151.5	4.3	2.8
- Kreditübertragungen		-1.0			
Saldo	-58.4	-61.7	-67.5	-5.8	-9.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.6	3.8	2.2	-1.6	-41.3
Ausgaben	-8.4	-14.4	-7.7	6.7	46.7
- Kreditübertragungen		3.8		-3.8	-100.0
- Nachtragskredit					
Saldo	-5.8	-10.6	-5.4	5.1	48.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.8		Abweichungen total R19 zu B19
4.3	A1	- Geringerer Aufwand bei durchlaufenden Beiträgen (v.a. Direktzahlungen Landwirtschaft)
0.6	A1, A2, A3, A4	- Geringere Kapitalkosten
0.5	A1, A3, A4	- Geringerer Aufwand aus internen Verrechnungen, v.a. IT-Kosten
0.2	A1, A2	- Verschiedene höhere Erträge, v.a. Bestandesveränderung Lager Strickhof (Futter und landwirtschaftliche Produkte) und Abteilung Wald (Holz)
-0.2	A2	- Höhere ausgerichtete Beiträge, v.a. Bekämpfung von Borkenkäfern
-0.2	A1	- Geringere erhaltene Beiträge, v.a. Berufsbildung
-0.3	A2, A3	- Höhere Nettokosten Liegenschaften (Miete, Nebenkosten, Unterhalt, Vermietungen, Aufwertungen)
-1.1	A1, A2, A3, A4	- Höherer Personalaufwand infolge zusätzlicher Stellen und Teuerungsausgleich
-1.7	A1, A2	- Geringere Entgelte, v.a. in den Bereichen Berufsbildung sowie Holzverkäufe
-3.8	A3	- Höherer Sachaufwand, insbesondere aufgrund Rückstellung für die Altlastensanierung der Jagdschiessanlagen im Kanton Zürich (-5 Mio. Franken)
-4.3	A1	- Geringerer Ertrag bei durchlaufenden Beiträgen, v.a. Direktzahlungen Landwirtschaft
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-10.6	-5.4	5.1	
- Ausgaben Sachanlagen und Immaterielle Anlagen	-3.2	-1.1	2.1	- Nicht alle vorgesehenen Projekte in den Bereichen Bildung, Fischerei und Jagd, Bodenschutz sowie Forstwirtschaft konnten realisiert werden.
- Ausgaben Darlehen	-0.5	-0.1	0.4	- Geplante Darlehensprojekte konnten im Berichtsjahr zum Teil nicht umgesetzt werden, da Projektgrundlagen fehlten.
- Ausgaben Beteiligungen	-0.2	-0.3	-0.1	- Neue Beteiligung
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-7.7	-4.9	2.8	- Extern verursachte Verzögerung bei mehreren Projekten im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen und Landwirtschaftliches Bauen
- Ausgaben Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2.9	-1.3	1.6	- Extern verursachte Verzögerung bei mehreren Projekten, v.a. im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Einnahmen Durchlaufende Investitionsbeiträge	2.9	1.3	-1.6	- Extern verursachte Verzögerung bei mehreren Projekten, v.a. im Bereich Landwirtschaftliche Meliorationen
- Übrige	1.0	1.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -315433	Verwendung 2019 13963	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -301470	Veränderung Bestand 13963
--	-----------------------------	---	--	------------------------------

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen für die Teamentwicklung

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Mit den vom Kantonsrat um 2 Mio. Franken erhöhten Mitteln konnte die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzeptes weiter vorangetrieben werden. So wurden unter anderem zusätzliche Lichte Wälder geschaffen, Mooraufwertungen am Greifen-, Pfäffiker- und Mettmenhaslisee realisiert und Artenförderungsmaßnahmen verstärkt. Daneben wurden Beiträge an die Pflege von Naturschutzgebieten entrichtet und periodische Unterhaltmassnahmen durchgeführt.

Intensive Bautätigkeit, Kiesabbau, Infrastrukturprojekte, Deponien, Fruchtfolgefleichen-Kompensationen und Renaturierungen führten in der Archäologie zu zahlreichen grossflächigen Sondierungen, Rettungsgrabungen (u.a. in Fällanden, Marthalen, Obfelden, Uster, Wiesendangen, Winterthur, Zürich) sowie einer grossen Anzahl Baubegleitungen. Die Konservierung der bedeutenden Pfahlbaufunde aus Maur-Schifflande wurde weitgehend abgeschlossen.

Im Bereich Denkmalpflege wurden bei rund 120 Objekten Analysen, Bestandesaufnahmen, Archivabklärungen und Fotodokumentationen vorgenommen. Für das Ensemble Neuthal in Bäretswil wurden diverse Studien hinsichtlich der baulichen Instandsetzung in Auftrag gegeben. Beim Kleinkraftwerk Ottenbach wurde die Bausubstanz bezüglich Hochwassersicherheit überprüft.

Im Ortsbildperimeter von Hettlingen konnte die Erarbeitung eines Leitbilds unterstützt werden. Für weitere Projekte wie ein Farbkonzept für das Städtli Eglisau und die Sanierung des Landihausplatzes in Berg am Irchel konnten Beiträge zugesichert werden. Im Bereich Erholung wurde die im Sommer des Berichtsjahres eröffnete Allmend Glanzenberg (Dietikon) unterstützt.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1725	1760	1733	-27	-1.5
L2 Beitragszusicherungen an Denkmalschutzprojekte	A1	1	3	0	-3	-100.0
L3 Archäologische Projekte	A1	210	200	203	3	1.5
L4 Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	4	6	8	2	33.3

Fonds

Fondsbestand	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	12.3	12.3	5.7	-6.6	-53.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	44.2	44.4	46.0	1.7	3.8
- Übertrag vom GS (8000)	23.0	26.0	26.0	0.0	0.0
- Durchlaufende Beiträge	9.7	9.5	10.4	0.9	8.9
- Bundesbeiträge	8.5	7.4	7.6	0.2	3.4
Aufwand	-41.0	-44.3	-52.7	-8.3	-18.8
- Abschreibungen und Zinsen	-3.3	-3.8	-10.6	-6.9	-182.6
- Durchlaufende Beiträge	-9.7	-9.5	-10.4	-0.9	-8.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	3.2	0.0	-6.6	-6.6	-51 126.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.0		0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-4.5	-5.1	-2.3	2.8	54.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.5	-5.1	-2.3	2.8	54.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.6		Abweichungen total R19 zu B19
1.8	A1	- Geringerer Nettoaufwand für Massnahmen der Denkmalpflege, vor allem infolge weniger Abschreibungen aufgrund geringerer Hochbauinvestitionen und weniger Unterhaltsmassnahmen sowie geringerer Dienstleistungen Dritter
0.2	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Naturschutz infolge ausserordentlichen Ertrags aus Versicherungsleistungen für einen Schadenfall an einem Fahrzeug des Unterhaltsdienstes
0.2	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz, vor allem infolge geringerer Staatsbeiträge sowie weniger Abschreibungen aufgrund geringerer Investitionsausgaben
0.1	A1	- Höherer Zinsertrag infolge höheren Fondskapitals
-1.2	A1	- Höherer Nettoaufwand im Bereich Archäologie, vor allem infolge vermehrter Rettungsgrabungen
-7.7	A1	- Wertberichtigung einer Liegenschaft der Denkmalpflege
0.0		- Übrige Abweichungen

8940 Denkmalpflegefonds

Es wurden Finanzmittel für Renovations- und Instandsetzungsarbeiten von denkmalgeschützten Liegenschaften verschiedener Eigentümerinnen und Eigentümer verwendet. So konnten mitunter für das Landgut Reinhart in Hausen a. A., die Villa Salvisberg und das «Rote Schloss» in Zürich sowie die Gartenanlage der Klinik Hohenegg in Meilen Beiträge

zugesichert oder ausbezahlt werden. Insgesamt wurden Zahlungen oder Schlusszahlungen für 50 Objekte geleistet. Im Weiteren wurden Betriebsbeiträge an acht Institutionen ausbezahlt, unter anderem an den Verein Museum Schloss Kyburg, an das Ritterhaus Bubikon und auch an das «museum schaffen» in Winterthur.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Subventionen
 A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
L1 Zusicherungen von Beiträgen	A1	48	50	41	-9	-18.0

Fonds

Fondsbestand	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	28.9	27.5	28.7	1.3	4.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8.8	11.0	9.7	-1.3	-11.6
- Übertrag vom Lotteriefonds	8.8	9.5	9.5	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		1.5	0.2	-1.3	-85.1
Aufwand	-8.8	-11.0	-9.7	1.3	11.6
- Staatsbeiträge	-1.1	-2.0	-1.4	0.6	30.3
- Abschreibungen und Zinsen	-7.3	-9.0	-7.9	1.1	12.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		2.5	1.1	-1.4	-57.4
Ausgaben	-7.3	-11.5	-9.0	2.5	21.9
- Kreditübertragungen					
Saldo	-7.3	-9.0	-7.9	1.1	12.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
1.1	A1	- Geringere Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge
0.2	A2	- Geringere Betriebsbeiträge
-1.3	A2	- Geringere Entnahme aus dem Fondskapital infolge geringeren Gesamtaufwands
0.0		- Übrige Abweichungen

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton über ein solides und bewährtes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen Form gut akzeptiert ist.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Sammlung und Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Mobile Sammlungen von Sonderabfällen jährlich im ganzen Kanton (Zielwert)		294	280	270	-10	-3.6
B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohner und Einwohnerin, in Fr.		0.6	0.9	0.9	0.0	0.0
W1 Gesammelte Menge Sonderabfall, in t		322	340	324	-16	-4.7
W2 Abgeber bei Sonderabfallsammlungen total		33557	33500	34285	785	2.3

Fonds

Fondsbestand	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	1.7	1.7	1.8	0.1	4.9

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	1.4	1.4	-0.0	-2.6
- Abgaben von Gemeinden	0.9	1.4	1.4	-0.0	-2.7
Aufwand	-1.2	-1.3	-1.2	0.1	9.1
- Beiträge an Betriebe	-0.7	-0.8	-0.7	0.0	5.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.3	0.1	0.2	0.1	104.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

8960 Deponiefonds

Am Fonds sind 14 Deponien mit einem Gesamtvolumen von 16,2 Mio. m³ (verfüllt und leer) angeschlossen. Für 2,3 Mio. m³ davon trägt der Fonds das Risiko für die Sanierungspflicht. Für den Rest liegt das Risiko bei den Deponiebetreibern bis zur Übernahme durch den Fonds.

Der Regierungsrat erliess die revidierte Deponienachsorgeverordnung (DeNaV). Diese tritt am 1. Januar 2020 in Kraft und regelt die Verantwortung für die Nachsorge und die Sanierung von Deponien. Sie löst die Verordnung über die Nachsorge und Sanierung von Deponien aus dem Jahr 2000 ab.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Nachsorge und allfälliger Sanierung von Deponien

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	25.2	25.3	25.3	0.1	0.2

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.1	0.1	0.0	7.2
- Beiträge von Deponiebetreibern	0.1	0.1	0.1	0.0	7.2
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand		0.0		0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		0.0		0.0	0.0
Aufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-7.2
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.1	-0.0	-0.1	-0.1	-153.4
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	0.9	0.9	0.9	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-6.6
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand		0.0	0.0	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.0	0.0	-0.0	-6.6
Aufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	6.6
- Einlage in Bestandeskonto		0.0	0.0	0.0	0.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

8980 Wildschadenfonds

Das ausgezeichnete Nahrungsangebot und der milde Winter 2018/2019 haben im Berichtsjahr zu einer deutlich höheren Reproduktionsrate und in der Folge zu deutlich höheren Beständen an Wildschweinen geführt.

Dank des sehr hohen Engagements der Jagdgesellschaften konnten rekordhohe Abgangsquoten an Wildschweinen erzielt werden. Die durch Wildschweine verursachten Schäden waren im Berichtsjahr 24% höher als im Vorjahr, bewegten sich aber insgesamt im Bereich der Jahre 2015 bis 2017.

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Vergütete Wildschadenfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	445	500	471	-29	-5.8
L2 Bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	50	40	36	-4	-10.0
L3 Bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	33	30	21	-9	-30.0
B2 Kosten pro Wildschadenfall, in Fr.	A1		600	722	122	20.3
W1 Aufwand für die Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen, in Fr.	A1	274971	300000	339966	39966	13.3

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der Wildschäden durch das Schwarzwild erhöhte sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr, blieb jedoch tiefer als der Budgetwert.
- L2 Es wurden gegenüber dem Vorjahres- und dem Budgetwert weniger Gesuche für Einzäunungen eingereicht.
- L3 Trotz Aufklärungsmassnahmen wurden weniger Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume eingereicht.
- B2 Erhöhung der durchschnittlichen Kosten gegenüber dem Budgetwert durch einen Wiesen- und drei Biberschäden
- W1 Im Berichtsjahr wurden im Vergleich zum Vorjahres- und zum Budgetwert mehr Schäden durch das Schwarzwild in allen Kulturen registriert.

Fonds

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	1.8	1.7	1.7	-0.0	-0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.5	0.5	0.5	0.0	6.5
- Erträge aus Regalien	0.1	0.1	0.1	0.0	3.0
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0.0	0.1	0.1	0.0	30.1
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.4	0.4	0.4	0.0	0.0
Aufwand	-0.6	-0.6	-0.6	-0.0	-5.5
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0.4	-0.4	-0.4	-0.0	-3.2
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0	-11.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.1	-0.1	-0.0	-0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, – schlechter
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-19 457 000		-19 457 000	-19 204 076	252 924
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 460 000		-1 460 000	-1 381 179	78 821
Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 102 900	-1 755 000	-10 857 900	-6 388 144	4 469 756
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 400 000	-12 431 000	-17 831 000	-1 183 780	16 647 220
2204 Staatsanwaltschaft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-73 279 000		-73 279 000	-82 211 678	-8 932 678
Budgetkredit Investitionsrechnung				-107 106	-107 106
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-33 291 700		-33 291 700	-34 547 066	-1 255 366
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2206 Amt für Justizvollzug					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-185 264 200		-185 264 200	-184 609 587	654 613
Budgetkredit Investitionsrechnung	-615 000		-615 000	-329 866	285 134
2207 Gemeindeamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 286 600	-626 000	-6 912 600	-6 867 263	45 337
Budgetkredit Investitionsrechnung				-168 330	-168 330
2216 Kantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-541 446 700	-7 600 000	-549 046 700	-536 093 746	12 952 954
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2217 Abwicklung Investitionsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 976 000		-2 976 000	-2 860 805	115 195
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2221 Handelsregisteramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 413 000		1 413 000	2 596 256	1 183 256
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 809 800		-6 809 800	-5 964 953	844 847
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 546 900		-8 546 900	-8 137 593	409 307
Budgetkredit Investitionsrechnung				-245 898	-245 898
2232 Kantonale Opferhilfestelle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 348 900		-10 348 900	-10 375 082	-26 182
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2233 Fachstelle Gleichstellung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-772 200		-772 200	-779 957	-7 757
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-81 515 200		-81 515 200	-81 457 166	58 034
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 100 000		-4 100 000	-3 549 820	550 180
2241 Fachstelle Integration					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 159 700		-2 159 700	-3 667 257	-1 507 557
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 269 400		-8 269 400	-8 271 666	-2 266
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2261 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	11 198 000		11 198 000	7 713 081	-3 484 919
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2270 Religionsgemeinschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-50 000 000		-50 000 000	-50 000 016	-16
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, – schlechter
Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 900 000		-4 900 000	-5 006 706	-106 706
Budgetkredit Investitionsrechnung	-140 000		-140 000		140 000
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-413 450 000		-413 450 000	-413 199 498	250 502
Budgetkredit Investitionsrechnung	-39 236 000		-39 236 000	-21 149 738	18 086 262
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	18 000 000		18 000 000	18 945 983	945 983
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 050 000		-2 050 000	-750 742	1 299 258
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 800 065		-11 800 065	-11 102 609	697 456
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000		-300 000	-11 201	288 799
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-12 946 000		-12 946 000	-12 019 188	926 812
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 937 500	-100 000	-2 037 500	-1 954 846	82 654
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-704 000 000		-704 000 000	-702 094 062	1 905 938
Budgetkredit Investitionsrechnung	-20 033 000	-375 000	-20 408 000	-19 258 483	1 149 517
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 110 000		-3 110 000	-3 139 544	-29 544
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3910 Sportfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 940 300		-4 940 300	-4 309 577	630 723
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 325 000	-5 450 000	-15 775 000	-8 701 136	7 073 864
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Lotteriespielsucht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-450 000		-450 000	-542 623	-92 623
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3930 Schutzraumfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 530 000		5 530 000	6 854 075	1 324 075
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-979 950		-979 950	9 153 393	10 133 343
Budgetkredit Investitionsrechnung				-230 000	-230 000
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 507 763	-1 229 000	-11 736 763	-8 434 813	3 301 950
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 097 000	-556 000	-2 653 000		2 653 000
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-161 752 205	-3 428 000	-165 180 205	-155 374 964	9 805 241
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 150 000	-3 705 000	-7 855 000	-1 137 493	6 717 507
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-17 321 944	-2 675 000	-19 996 944	-16 033 677	3 963 267
Budgetkredit Investitionsrechnung	-500 000	-100 000	-600 000	-298 794	301 206
4610 Amt für Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-18 557 576	-1 536 000	-20 093 576	-16 383 408	3 710 168
Budgetkredit Investitionsrechnung	-16 600 000	-2 285 000	-18 885 000	-794 789	18 090 211
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	167 500		167 500	462 665	295 165
Budgetkredit Investitionsrechnung	-50 000		-50 000		50 000
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 505 925 000		7 505 925 000	7 755 740 202	249 815 202
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 500 000		-2 500 000	-3 020 081	-520 081
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4930 Kapital- und Zinsendienst Staat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	400 668 700		400 668 700	508 984 404	108 315 704
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4950 Verrechnete Zinsen und nicht zugeordnete Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	263 884 188		263 884 188	121 080 461	-142 803 727
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4960 Nationaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-487 175 526		-487 175 526	-487 175 526	- 0
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4980 Lotteriefonds des Kantons Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-57 740 745		-57 740 745	-11 031 414	46 709 331
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, - schlechter
Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 274 500		-3 274 500	-3 406 420	-131 920
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5205 Amt für Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-104 844 062		-104 844 062	-105 512 860	-668 798
Budgetkredit Investitionsrechnung	-58 662 960	-6 173 500	-64 836 460	-67 583 212	-2 746 752
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-323 521 486		-323 521 486	-308 044 918	15 476 568
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-52 108 200		-52 108 200	-48 117 005	3 991 195
Budgetkredit Investitionsrechnung	-14 560 000		-14 560 000	-14 287 536	272 464
5920 Verkehrsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-6 253 000		-6 253 000	80 861	6 333 861
Budgetkredit Investitionsrechnung	-82 440 000	-20 285 000	-102 725 000	-78 251 894	24 473 106
5921 Flughafenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 946 500		1 946 500	4 090 566	2 144 066
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5925 Strassenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	107 386 693	-1 564 400	105 822 293	106 066 265	243 972
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Gesundheitsdirektion					
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-21 702 200		-21 702 200	-20 057 917	1 644 283
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 070 000		-1 070 000	-586 406	483 594
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-18 560 100		-18 560 100	-17 437 227	1 122 873
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 010 000		-1 010 000	-909 771	100 229
6150 Arzneimittelversorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	2 272 120		2 272 120	-843 619	-3 115 739
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 084 000	-875 000	-1 959 000	-42 094 047	-40 135 047
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 439 400		-7 439 400	-6 572 663	866 737
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 299 100 000		-1 299 100 000	-1 317 267 508	-18 167 508
Budgetkredit Investitionsrechnung				-75 601 798	-75 601 798
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-222 970 000		-222 970 000	-238 601 603	-15 631 603
Budgetkredit Investitionsrechnung				-19 386 636	-19 386 636
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-408 000 000		-408 000 000	-378 816 625	29 183 375
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6900 Tierseuchenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-122 100		-122 100	-119 415	2 685
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-63 684 798	-2 379 000	-66 063 798	-64 192 188	1 871 611
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 085 000	-570 000	-1 655 000	-103 486	1 551 514
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 539 300		-2 539 300	-876 945	1 662 355
Budgetkredit Investitionsrechnung	-77 278 000	-52 100 000	-129 378 000	-130 068 985	-690 985
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung		600 000	600 000	2 314 063	1 714 063
Budgetkredit Investitionsrechnung		-500 000	-500 000	-588 421	-88 421
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-421 698 975		-421 698 975	-434 573 821	-12 874 846
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 500 000	-2 372 000	-12 872 000	-9 092 860	3 779 140
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-366 972 409	-125 000	-367 097 409	-368 405 737	-1 308 328
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 850 000	-350 000	-10 200 000	-6 636 125	3 563 875
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-376 969 400	-325 000	-377 294 400	-337 534 173	39 760 227
Budgetkredit Investitionsrechnung	-16 561 000	-470 000	-17 031 000	-7 548 830	9 482 170
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-620 988 500		-620 988 500	-623 006 000	-2 017 500
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, – schlechter
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-55 656 900		-55 656 900	-64 728 770	-9 071 870
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 120 000		-3 120 000	-3 079 635	40 365
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-397 298 500	-13 831 000	-411 129 500	-382 303 525	28 825 975
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-49 865 000		-49 865 000	-67 993 300	-18 128 300
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-157 803 600		-157 803 600	-164 364 810	-6 561 210
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 100 000	-1 000 000	-5 100 000	-1 987 719	3 112 281
7502 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-18 598 300		-18 598 300	-18 061 577	536 723
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000		-300 000	-2 933	297 067
7930 Berufsbildungsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 826 000		-3 826 000	-397 345	3 428 655
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Baudirektion					
8000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-38 788 821		-38 788 821	-38 398 764	390 057
Budgetkredit Investitionsrechnung	-570 000	-3 660 000	-4 230 000	-1 154 193	3 075 807
8100 Hochbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-24 008 090		-24 008 090	-21 737 335	2 270 755
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8300 Amt für Raumentwicklung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-23 846 430		-23 846 430	-24 828 599	-982 168
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 990 000	-580 000	-2 570 000	-1 051 035	1 518 965
8400 Tiefbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-218 473 300		-218 473 300	-218 424 531	48 769
Budgetkredit Investitionsrechnung	-122 195 000		-122 195 000	-116 992 339	5 202 661
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-83 772 604	-1 000 000	-84 772 604	-65 836 142	18 936 462
Budgetkredit Investitionsrechnung	-36 448 800	-3 900 000	-40 348 800	-67 372 543	-27 023 743
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 272 500		-1 272 500	-6 680 974	-5 408 474
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-20 610 262	-2 530 000	-23 140 262	-15 748 710	7 391 552
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 500 000		-1 500 000	-546 314	953 686
8710 Liegenschaften Finanzvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 335 950	-4 410 000	-12 745 950	75 260 599	88 006 549
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 881 171		-10 881 171	2 383 497	13 264 668
Budgetkredit Investitionsrechnung	-422 100 000	-131 721 000	-553 821 000	-328 166 168	225 654 832
8800 Amt für Landschaft und Natur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-60 700 700	-1 008 000	-61 708 700	-67 479 157	-5 770 457
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 560 000	-3 845 000	-14 405 000	-7 682 680	6 722 320
8910 Natur- und Heimatschutzfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	13 000		13 000	-6 633 374	-6 646 374
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 133 000		-5 133 000	-2 336 610	2 796 390
8940 Denkmalpflegefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 495 000		-1 495 000	-222 646	1 272 354
Budgetkredit Investitionsrechnung	-11 500 000		-11 500 000	-8 979 896	2 520 104
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	81 300		81 300	166 357	85 057
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8960 Deponiefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	35 000		35 000	88 702	53 702
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8970 Kantonaler Waldfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 900		-3 900	-3 642	258
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8980 Wildschadenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-106 400		-106 400	-106 916	- 516
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, - schlechter
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 126 200	-115 000	-10 241 200	-10 126 989	114 211
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	22 000 000		22 000 000	21 872 578	-127 422
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 357 000		-4 357 000	-4 213 809	143 191
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9030 Obergericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-39 421 700		-39 421 700	-38 554 544	867 156
Budgetkredit Investitionsrechnung	-6 223 000	-3 601 000	-9 824 000	-3 586 860	6 237 140
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-113 892 800		-113 892 800	-107 958 525	5 934 275
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 150 000	-13 537 000	-14 687 000	-1 045 214	13 641 786
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	3 100 200		3 100 200	17 103 582	14 003 382
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 400 000		-2 400 000	-1 300 023	1 099 977
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 253 900	-68 000	-7 321 900	-6 831 259	490 641
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-14 922 400		-14 922 400	-14 331 112	591 288
Budgetkredit Investitionsrechnung	-330 000		-330 000	-258 938	71 062
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 585 700		-3 585 700	-3 392 593	193 107
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 300 200		-2 300 200	-1 913 618	386 582
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9070 Ombudsmann					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 326 500		-1 326 500	-1 183 777	142 723
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9071 Datenschutzbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 302 175		-2 302 175	-2 360 210	-58 035
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-175 145 000		-175 145 000	-160 100 800	15 044 200
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000	-300 000	-600 000	42 369	642 369
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-619 585 000		-619 585 000	-615 524 930	4 060 070
Budgetkredit Investitionsrechnung	-40 000 000		-40 000 000	-48 687 345	-8 687 345
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-29 672 900		-29 672 900	-29 158 339	514 561
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 900 000		-3 900 000	-4 526 852	-626 852
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-181 565 800	-13 831 000	-195 396 800	-155 047 209	40 349 591
Budgetkredit Investitionsrechnung	-18 000 000	-5 050 000	-23 050 000	-13 384 205	9 665 795
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-107 394 500		-107 394 500	-105 595 403	1 799 097
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 100 000		-4 100 000	-3 739 473	360 527
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-107 819 700		-107 819 700	-110 497 896	-2 678 196
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 575 000		-1 575 000	-831 781	743 219
9510 Universitätsspital Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	51 829 569		51 829 569	39 683 134	-12 146 435
geplante Investitionsausgaben	-169 384 500		-169 384 500	-77 942 147	91 442 353
9520 Kantonsspital Winterthur					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	10 528 000		10 528 000	29 570 577	19 042 577
geplante Investitionsausgaben	-108 074 000		-108 074 000	-84 354 627	23 719 373
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich					
geplanter Gewinn (+)/ Verlust (-)	1 744 900		1 744 900	2 423 556	678 656
geplante Investitionsausgaben	-12 741 000		-12 741 000	-11 250 105	1 490 896
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland					
geplanter Gewinn (+)/ Verlust (-)	131 700		131 700	7 105 767	6 974 067
geplante Investitionsausgaben	-12 000 000		-12 000 000	-9 135 410	2 864 590

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, – schlechter
9800 Legate					
geplanter Gewinn (+)/ Verlust (-)				-181 802	-181 802
geplante Investitionsausgaben					
Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2019 Kantonsrat (18.12.2018)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget 2019 mit Nachtragskrediten und Kreditüber- tragungen	Rechnung 2019	Abweichung + besser, – schlechter
Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung				-19 377 688	-19 377 688
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 6857'000 zulasten der Rechnung 2019. Für das Jahr 2018 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 1'759'000. Diese hat der Kantonsrat am 8. Juli des Berichtsjahres mit dem Geschäftsbericht 2018 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. §23 Abs.1 CRG). Gemäss §16 Abs.1 Finanzcontrollingverordnung darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2018	Bestand plus Bildung 31.12.2018 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand plus Bildung 31.12.2019 2019	Veränderung
						Bestand (-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total	-1 759 000	-46 502 019	13 669 142	-6 857 000	-39 689 877	6 812 142
1000 Regierungsrat u. Staatskanzlei		-355 770	48 772		-306 998	48 772
2201 Generalsekretariat	-60 000	-326 165	81 547	-150 000	-394 618	-68 453
2204 Staatsanwaltschaft		-1 701 216			-1 701 216	
2205 Jugendstrafrechtspflege		-94 531			-94 531	
2206 Amt für Justizvollzug	-900 000	-3 654 877	800 349	-400 000	-3 254 529	400 349
2221 Handelsregisteramt		-323 737			-323 737	
2223 Statistisches Amt		-173 655	13 765	-18 000	-177 890	-4 235
2224 Staatsarchiv		-156 982			-156 982	
2232 Kantonale Opferhilfestelle		-29 384	9 526		-19 858	9 526
2233 Fachstelle Gleichstellung		-11 200	722		-10 478	722
2234 Fachstelle Kultur		-31 718	5 104		-26 614	5 104
2241 Fachstelle Integration		-34 934	11 779		-23 155	11 779
2251 Bezirksräte		-117 882	35 758		-82 124	35 758
2261 Statthalterämter		-317 371	56 511		-260 861	56 511
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugs- aufgaben und Rekursabteilung		-14 951	14 951			14 951
3100 Kantonspolizei		-1 593 000	115 500		-1 477 500	115 500
3200 Strassenverkehrsamt	-200 000	-217 951	101 881	-200 000	-316 071	-98 119
3300 Migrationsamt	-60 000	-81 653	60 144	-60 000	-81 509	144
3500 Sozialamt		-167 693	16 595	-50 000	-201 098	-33 405
4000 Generalsekretariat		-23 536			-23 536	
4100 Finanzverwaltung	-100 000	-207 037	15 139	-58 000	-249 898	-42 861
4400 Steuern Betriebsteil		-2 252 025	884 557	-500 000	-1 867 469	384 557
4500 Personalamt		-326 682			-326 682	
4610 Amt für Informatik		-55 829			-55 829	
4700 Drucksachen und Material		-410 613			-410 613	
5000 Generalsekretariat	-20 000	-30 845	6 086		-24 759	6 086
5205 Amt für Verkehr	-30 000	-76 747	29 043	-20 000	-67 705	9 043
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit		-1 334 227	126 802		-1 207 426	126 802
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	-100 000	-357 450	154 393	-100 000	-303 057	54 393
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Ge- sundheitswesen	-20 000	-599 388	23 091	-10 000	-586 296	13 091
6150 Arzneimittelversorgung		-221			-221	
6400 Psychiatrische Versorgung		-10 056 002	10 056 002			10 056 002
7000 Bildungsverwaltung		-883 000	148 528		-734 472	148 528
7301 Mittelschulen		-6 988 556			-6 988 556	
7306 Berufsbildung		-1 000 000		-4 000 000	-5 000 000	-4 000 000
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)		-4 000 000			-4 000 000	
8000 Generalsekretariat		-356 682	7 872		-348 810	7 872
8100 Hochbauamt		-200 449			-200 449	
8300 Amt für Raumentwicklung		-359 600	27 599		-332 000	27 599
8400 Tiefbauamt		-585 100	31 100		-554 000	31 100

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat Rücklagen und Gewinnverwendung

Leistungsgruppe		Bildung von Rücklagen 2018	Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand (- Zunahme/ + Abnahme gegenüber Vorjahr)
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft		-404 234	27 227		-377 006	27 227
8700	Immobilienamt		-86 076			-86 076	
8800	Amt für Landschaft und Natur		-315 433	13 962		-301 470	13 962
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste		-22 719			-22 719	
9020	Finanzkontrolle		-84 200			-84 200	
9030	Obergericht		-1 267 142	152 294	-250 000	-1 364 848	-97 706
9040	Bezirksgerichte		-2 664 728	251 694	-678 000	-3 091 034	-426 306
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	-200 000	-1 417 548	248 500	-200 000	-1 369 048	48 500
9063	Verwaltungsgericht	-69 000	-285 238	61 900	-120 000	-343 338	-58 100
9065	Baurekursgericht		-63 650	2 888		-60 761	2 888
9066	Steuerrekursgericht		-55 667	26 080	-43 000	-72 586	-16 920
9070	Ombudsmann		-13 039			-13 039	
9071	Datenschutzbeauftragter		-45 981	1 483		-44 498	1 483
Total	Unselbstständige Anstalten		-267 707			-267 707	
9300	Zürcher Verkehrsverbund		-267 707			-267 707	

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2018», «Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018» und «Verwendung 2019» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

Die beantragte Bildung der Rücklagen im Betrag von rund 6,9 Mio. Franken wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht.

Im Berichtsjahr wurden Rücklagen von 13,7 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft fällt der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2019 einschliesslich der beantragten Bildung um 6,8 Mio. Franken auf 39,7 Mio. Franken. Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als Fr. 50 000 vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag (in Franken)	
2206	Amt für Justizvollzug	Finanzierung des Personalaufwands über Rücklagen	800 349
4400	Steuern Betriebsteil	Finanzierung von Büromobiliar für die betriebliche Gesundheitsförderung	884 557
6400	Psychiatrische Versorgung	Auflösung der Rücklagen für PUK und ipw nach deren Verselbstständigung	10 056 002
7000	Bildungsverwaltung	Finanzierung des Personalanlasses Jubiläum 100 Jahre Amt für Jugend und Berufsberatung	148 528
9030	Obergericht	Finanzierung von Personalförderungsmassnahmen und Betriebsbeiträge an die hauseigene Cafeteria	152 294
9040	Bezirksgerichte	Finanzierung von Personalförderungsmassnahmen und von befristeten Personaleinsätzen	251 694
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	Personalförderungsmassnahmen (Lehrlingsevent, Führungsschulung, Anlässe) und Strategiearbeit	248 500
9063	Verwaltungsgericht	Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung, Teambildung und Finanzierung der Klausurtagung für Mitglieder des Verwaltungsgerichts	61 900

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Rücklagen und Gewinnverwendung

Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Verluste werden durch Entnahmen aus den Reserven gedeckt. Die Verwendung der Gewinne bzw. Deckung der Verluste 2019 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

Leistungsgruppe	Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung (in Franken)
Total Zuweisung zu den Reserven	93 527 245.85
9510 Universitätsspital Zürich	36 296 359.00
9520 Kantonsspital Winterthur	29 090 011.00
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	2 423 556.00
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	7 105 767.00
9600 Universität Zürich	10 280 895.74
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	5 905 298.29
9720 Zürcher Hochschule der Künste	2 425 358.82

Leistungsgruppe	Antrag auf Entnahme aus den Reserven im Rahmen der Verlustdeckung (in Franken)
Total Entnahme aus den Reserven	1 375 388.21
9720 Zürcher Hochschule der Künste	859 192.00
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	516 196.21

Leistungsgruppe	Antrag auf Ausschüttung an den Kanton im Rahmen der Gewinnverwendung (in Franken)
Total Ausschüttung an den Kanton	5 905 298.29
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	5 905 298.29

Anhang

Behörden	251
Übersicht Finanzierung	251
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	252
9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank	253
9020 Finanzkontrolle	254
9070 Ombudsmann	255
9071 Datenschutzbeauftragter	256
Rechtspflege	257
Übersicht Finanzierung	257
9030 Obergericht	258
9040 Bezirksgerichte	261
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	264
9063 Verwaltungsgericht	266
9064 Sozialversicherungsgericht	268
9065 Baurekursgericht	270
9066 Steuerrekursgericht	272
Zu konsolidierende Organisationen	275
Übersicht Finanzierung	275
9300 Zürcher Verkehrsverbund	276
9600 Universität Zürich	279
9690 Zentralbibliothek	284
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	286
9720 Zürcher Hochschule der Künste	292
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	297
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	301
Übersicht Finanzierung	301
9510 Universitätsspital Zürich	302
9520 Kantonsspital Winterthur	304
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	306
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur - Zürcher Unterland	308
9800 Legate	310
Andere Organisationen	312
9200 Arbeitslosenkasse	312
Kreditübertragungen	314
Bewilligte Kreditüberschreitungen	318

Behörden

Übersicht Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	23.4	23.2	23.1	-0.1	-0.3
Aufwand	-19.3	-19.4	-19.2	0.3	1.5
- Kreditübertragungen		-0.1			
Saldo	4.1	3.8	4.0	0.2	5.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in welchem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	KR: Behandelte Vorlagen	A1	102	115	75	-40	-34.8
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A1	1.06	0.75	1.12	0.37	49.33
L3	KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	268	150	197	47	31.3
L4	K: Behandelte Vorlagen	A2	106	110	98	-12	-10.9
L5	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer, in Tg.	A2	299	250	200	-50	-20.0
L6	K: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A2	2.38	3	3.71	0.71	23.67
L7	K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	86	80	79	-1	-1.3
L8	PD: Protokolle	A3	381	380	381	1	0.3
B1	PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	2536	2794	2272	-522	-18.7
B2	PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1183	873	1139	266	30.5

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15.1	15.8	15.9	0.1	0.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.0	0.1	0.0	60.0
Aufwand	-10.4	-10.3	-10.2	0.1	0.9
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-10.3	-10.2	-10.1	0.1	1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-22719	0	0	-22719	0

9001 Fonds zur Absicherung Staatsgarantie Zürcher Kantonalbank

Aufgaben

A1 Die Kantonalbank entschädigt den Kanton Zürich jährlich für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 3 Kantonalbankgesetz).

Fonds	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Fondsbestand	87.7	109.7	109.6	-0.1	-0.1

Bemerkungen R19 zu B19

-0.1 Geringere Entschädigung der Kantonalbank infolge Reduktion der risikogewichteten Positionen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Aufwand	22.2	22.0	21.9	-0.1	-0.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	22.2	22.0	21.9	-0.1	-0.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R19 zu B19
-0.1	A1	- Geringere Entschädigung der Kantonalbank
0.0		- Übrige Abweichungen

9020 Finanzkontrolle

Aufgaben

A1 Ausübung der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG), d.h. prüfen der Ordnungsmässigkeit, der Rechtmässigkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmässigkeit und der Sparsamkeit der Haushaltsführung sowie der Wirksamkeitskontrollen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L2 Revisionen pro Jahr	A1	153	175	158	-17	-9.7
B1 Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG, in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	82	80	83	3	
W1 Anteil der akzeptierten Empfehlungen, in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	94	92	94	2	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	26.0	26.0	25.5	-0.5	-2.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.1	1.2	0.0	2.9
Aufwand	-5.3	-5.5	-5.4	0.1	2.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	-4.2	-4.4	-4.2	0.1	3.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-84200	0	0	-84200	0

9070 Ombudsmann

Aufgaben

A1 Der Ombudsmann nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Arbeitsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlage für die Institution Ombudsmann findet sich im Verwaltungsrechtspflegegesetz § 87 ff.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Eingegangene Geschäfte	A1	845	950	819	-131	-13.8
L2	Erliedigte Geschäfte	A1	874	975	771	-204	-20.9
L3	Angeschlossene Gemeinden	A1	12	13	12	-1	-7.7
L4	Eingegangene Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1	12	14	14	0	0.0

Bemerkungen

L1 Budgetzahl (B19) basierte auf Spitzenjahr 2017 (L1 910).
L2 Budgetzahl (B19) basierte auf Spitzenjahr 2017 (L2 887).

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	4.8	4.3	4.3	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		0.0	0.0	0.0	3.3
Aufwand	-1.3	-1.3	-1.2	0.1	10.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.3	-1.3	-1.2	0.1	10.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -13039	Verwendung 2019 0	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) 0	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -13039	Veränderung Bestand 0

9071 Datenschutzbeauftragter

Die ausführliche Berichterstattung des Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2019 zu entnehmen. Dieser wird im April 2020 publiziert und auf der Website des Datenschutzbeauftragten (www.datenschutz.zh.ch) verfügbar sein.

Aufgaben

- A1 Der Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatheit der Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.
- A2 Er berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Er bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft er mittels Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind.
- A4 Der Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Er informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Beratungen	A4	600	500	657	157	31.4
L2 Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	14	18	25	7	38.9
L3 Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	30	20	27	7	35.0
L4 Kontrollen	A3	25	40	30	-10	-25.0
W1 Anteil umgesetzter Hinweise bei Datenschutz-Reviews, in %	A3	47	60	66	6	
W2 Besuche auf Webseiten	A4	42570	45000	47618	2618	5.8

Entwicklungsschwerpunkte

9071 10a Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen

Neues Kontrollkonzept entwickelt und umgesetzt Abgeschlossen 2019

9071 10b Sicherstellen des Datenschutzes in der digitalisierten Verwaltung

Mitwirkung bei strategischen Digitalprojekten sichergestellt Planmässig 2020

9071 10c Risiken der digitalen Datenbearbeitung aufzeigen und Eigenverantwortung stärken

Planung von Massnahmen gestartet Verzögert 2021

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	9.5	9.2	9.5	0.3	3.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	14.3
Aufwand	-2.3	-2.3	-2.4	-0.1	-2.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.3	-2.3	-2.4	-0.1	-2.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-45981	1483	0	-44498	1483

Rechtspflege

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		162.5	155.6	172.8	17.2	11.1
Aufwand		-334.5	-333.9	-328.7	5.2	1.6
- Kreditübertragungen			-0.1			
Saldo		-172.0	-178.3	-155.9	22.5	12.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						
Ausgaben		-8.8	-27.2	-6.2	21.0	77.3
- Kreditübertragungen			-17.1			
Saldo		-8.8	-27.2	-6.2	21.0	77.3

9030 Obergericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2019 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
A2 Personalförderungsmaßnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	770	900	805	-95	-10.6
L2 Erledigung von Berufungen	A1	1002	1100	1075	-25	-2.3
L3 Erledigung von Beschwerden	A1	2088	2000	1896	-104	-5.2
L4 Erledigung von anderen Verfahren	A1	1062	1200	1066	-134	-11.2
L5 Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	8344	8300	8011	-289	-3.5
L6 Eingänge	A1	8420	8300	8265	-35	-0.4
L7 Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	2329	2200	2574	374	17.0
L8 Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	0.99	1	0.97	-0.03	-3.00
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	6365	4750	4813	63	1.3
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	136148	136182	137609	1427	1.0
W1 Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	71.6	75	64.5	-10.5	
W2 Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	93.2	90	93.7	3.7	
W3 Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	1.8	1.7	1.9	0.2	11.8
W4 Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertretungen, in Mio. Franken	A1	0.7	0.7	0.6	-0.1	-14.3
W5 Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	0.9	1.2	0.9	-0.3	-25.0

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2015-2017 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L5, L6 Der Rückgang bei den Erledigungen und den Eingängen ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Geschäfte der internationalen Rechtshilfe gegenüber dem Vorjahr bei den Eingängen um rund 200 und bei den Erledigungen um über 300 Verfahren abgenommen haben. Die Eingänge bei den Kammern und am Handelsgericht haben im Vergleich zum Vorjahr leicht zugenommen.
- B1 Der Anstieg des durchschnittlichen Nettoaufwands pro erledigtes Geschäft ist darauf zurückzuführen, dass die Zahl der Erledigungen von hängigen Prozessen und Verfahren absolut (L5) im Berichtsjahr 3,5% unter dem Prognosewert lag. Die für das Budget 2019 massgebende Prognose wurde auf der Grundlage des Durchschnittswertes der Jahre 2015-2017 erstellt.
- B2 Die auf den 1. Januar 2019 gewährte (nicht budgetierte) Teuerungszulage von 1% führte zu einer höheren durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W3-W5 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates werden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswertes der Vorjahre 2015-2017 erstellt.
- W1 Die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Berufungsprozesse ist seit der Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen und den verschiedenen Gesetzesänderungen (Landesverweisung, Kindesunterhalt, Vorsorgeausgleich) zurückgegangen. Es zeigt sich, dass ein Teil der Verfahren aufwendiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt, sodass der Wert im Budget 2020 auf 72% gesenkt wurde, voraussichtlich erneut anzupassen ist.
- W2 Die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Beschwerdeverfahren konnte in den letzten Jahren gesteigert werden, weshalb der Wert im Budget 2020 auf 92% angepasst wurde.

- W3 Die Zahlungen für amtliche Verteidigungen haben gegenüber dem Budget- und dem Vorjahreswert leicht zugenommen, was auf umfangreiche und komplexe Verfahren zurückzuführen ist.
- W5 Im Berichtsjahr mussten deutlich weniger Entscheide mit hohen Entschädigungen abgerechnet werden als in den für das Budget 2019 massgebenden Referenzjahren 2015-2017.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9030 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gerichte und Kammern. Abgeschlossen 2019

9030 10b Überprüfung und Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) aufgrund der Einführung neuer Rechnungswesen-Software

Bei der Überprüfung des internen Kontrollsystems im Berichtsjahr zeigte sich, dass eine umfassende Überarbeitung notwendig ist. Der Abschluss erfolgt 2020. Verzögert 2019

9030 10c Überarbeitung des Rechenschaftsberichts

Der Rechenschaftsbericht über das Jahr 2020 wird erstmals in überarbeiteter Form im April 2021 erscheinen. Planmässig 2020

9030 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafrechtspflege

Im Rahmen der Umsetzung der im Spätsommer 2017 verabschiedeten Dachstrategie wurden verschiedene Handlungsfelder definiert, die von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt bearbeitet werden. Gemäss Projektplan ist Ende 2021 bzw. Anfang 2022 mit ersten Ergebnissen zu rechnen. Verzögert 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	251.6	250.4	251.3	1.0	0.4

Bemerkungen R19 zu B19

- 1.0 Der Beschäftigungsumfang wurde zur beförderlichen Erledigung von überdurchschnittlich umfangreichen Verfahren vorübergehend leicht überschritten.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	27.6	31.3	34.4	3.1	10.0
Aufwand	-80.8	-70.7	-73.0	-2.3	-3.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-53.1	-39.4	-38.6	0.9	2.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-6.7	-9.8	-3.6	6.2	63.5
- Kreditübertragungen		-3.6		3.6	100.0
Saldo	-6.7	-9.8	-3.6	6.2	63.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.		A/E	Begründungen
0.9			Abweichungen total R19 zu B19
1.7		A1	- Es konnten mehrere Entscheide mit hohen Gebühren (> Fr. 100 000) abgerechnet werden.
1.5		A1	- Die intensivierten Bemühungen beim Nachinkasso führten zu einer deutlichen Steigerung bei den Rückerstattungen einstweilen abgeschriebener Kostenforderungen.
1.2		A1	- Minderaufwand durch Zurückhaltung bei Materialbeschaffungen und Unterhaltsarbeiten, Synergien im IT-Bereich und Einsparungen bei externen Beraterleistungen
0.6		A1	- Tiefe Gebührenerträge in den Vorjahren führten im Berichtsjahr zu Minderaufwand bei den Forderungsverlusten.
0.4		A1	- Entlastung der Erfolgsrechnung bei den Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen aufgrund nicht realisierter bzw. verschobener Investitionsvorhaben
-4.7		A1	- Der Wertberichtigungsbedarf bei den Forderungsbeständen nahm primär aufgrund des Anstiegs des Prozessauslagenbestandes zu.
0.2			- Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9030

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-9.8	-3.6	6.2	
- Informatik-Investitionen für die Gerichte und Notariate-Software (Anpassungen an den Geschäftsapplikationen)	-4.0	-0.7	3.3	- Verzögerungen bei Investitionsvorhaben aufgrund von WTO/GATT-Ausschreibungen und einem Lieferengpass bei einem Softwarelieferanten
- Informatik-Investitionen für die Gerichte und Notariate-Hardware (Realisierung Projektportfolio; Lifecycle Management)	-2.2	-1.7	0.5	- Verzögerung beim Vorhaben Konkurssoftware wegen Einsprache gegen WTO/GATT-Ausschreibung; eingeschränkte Verfügbarkeit externer Entwicklungspartner
- Ausbau und Sanierung von Archivräumlichkeiten	-0.7	-0.1	0.6	- Verzögerung des Vorhabens
- Sanierung der Liegenschaft Seilergraben 1	-2.2	0.0	2.2	- Verschiebung des Vorhabens; Kreditübertragung 1.9 Mio. Franken
- Ersatzbeschaffung für Mobiliar (2021: Erstmöblierung sanierte Liegenschaft Seilergraben 1)	-0.3	0.0	0.3	- Verschiebung des Vorhabens; Kreditübertragung 0,3 Mio. Franken
- Diverse bauliche Massnahmen (Optimierung Heizungsanlage Liegenschaft Hirschengraben 13/15, Notnetz EWZ, Nutzung Abwärme des Rechenzentrums und weitere bauliche Massnahmen)	-0.3	-1.1	-0.8	- Diverse bauliche Massnahmen, für die Kreditübertragungen aus der Rechnung 2018 beantragt wurden, konnten realisiert werden.
- Übrige	-0.1	-0.0	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-1267142	152294	-250000	-1364848	-97706

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen zur Finanzierung von Personalförderungsmaßnahmen und Betriebsbeiträgen an die hauseigene Cafeteria

Die Bildung von Rücklagen wird mit den erfolgreichen Bemühungen im Rahmen des Nachinkassos sowie mit der Zurückhaltung beim Materialbezug und den erzielten Einsparungen bei der Vergabe von Unterhaltsaufträgen begründet.

9040 Bezirksgerichte

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2019 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren auf der Grundlage des geltenden Rechts
- A2 Ausbildung junger Juristen am Gericht (Auditoren und Gerichtsschreiber)
- A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von summarischen Verfahren	A1	36251	36300	36847	547	1.5
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	6988	7200	6936	-264	-3.7
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2260	2500	2229	-271	-10.8
L4	Erledigung von Haftrichtersachen	A1	2648	2700	3023	323	12.0
L5	Erledigung von Mietschlichtungen	A1	4420	5100	3931	-1169	-22.9
L6	Erledigungen der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	55665	55700	56343	643	1.2
L7	Eingänge	A1	55487	55700	56818	1118	2.0
L8	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	9469	9500	9899	399	4.2
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1	1	0.99	-0.01	-1.00
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2	0.8	0.8	0.9	0.1	12.5
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	2024	2045	1916	-129	-6.3
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle	A1	102966	103912	104095	183	0.2
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	73	80	77	-3	
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	13	13.8	14.2	0.4	2.9
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbeistände, in Mio. Franken	A1	14.6	12.9	13.9	1.0	7.8
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	1.9	1.7	1.5	-0.2	-11.8

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2015-2017 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig. Es sind mehr Verfahren eingegangen als im Vorjahr. Darüber hinaus ist die Arbeitsbelastung an den Bezirksgerichten gestiegen, weil insbesondere mit dem am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen neuen Unterhaltsrecht die Eheschutz-, Ehescheidungs- und die entsprechenden Abänderungsverfahren sehr viel aufwendiger zu bearbeiten sind als früher, was sich auch an der Zunahme bei den Pendenzen zeigt.
- B1 Der Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft fiel aufgrund der Saldoverbesserungen in der Erfolgsrechnung und der höheren Anzahl Erledigungen von hängigen Prozessen und Verfahren absolut (L6) tiefer aus als budgetiert.
- B2 Die auf den 1. Januar 2019 gewährte (nicht budgetierte) Teuerungszulage von 1% führte zu einer höheren durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W2-W4 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates werden deshalb auf der Basis des Durchschnittswerts der Vorjahre 2015-2017 erstellt.
- W1 Trotz des leicht höheren Wertes im Berichtsjahr ist die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Zivil- und Strafprozesse seit der Einführung der Schweizerischen Prozessordnungen und den verschiedenen Gesetzesänderungen (Landesverweisung, Kindesunterhalt, Vorsorgeausgleich) grundsätzlich rückläufig. Es zeigt sich, dass ein Teil der Verfahren aufwendiger geführt werden muss und damit mehr Zeit in Anspruch nimmt, sodass der Wert im Budget 2020 auf 75% angepasst wurde.
- W2, Die Zahlungen für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen und unentgeltliche Rechtsvertretungen) haben gegenüber dem Budget zugenommen, was auf umfangreiche und komplexe Verfahren zurückzuführen ist.
- W3
- W4 Im Berichtsjahr mussten weniger Entscheide mit hohen Entschädigungen abgerechnet werden als in den für das Budget 2019 massgebenden Referenzjahren 2015-2017.

Entwicklungsschwerpunkte

9040 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt laufend im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Bezirksgerichte. Stand bis

Abgeschlossen 2019

9040 10b Überprüfung und Anpassung des internen Kontrollsystems (IKS) aufgrund der Einführung neuer Rechnungswesen-Software

Bei der Überprüfung des internen Kontrollsystems im Berichtsjahr zeigte sich, dass eine umfassende Überarbeitung notwendig ist. Der Abschluss erfolgt 2020. Verzögert 2019

Verzögert 2019

9040 10c Überarbeitung des Rechenschaftsberichts

Der Rechenschaftsbericht über das Jahr 2020 wird im April 2021 erstmals in überarbeiteter Form erscheinen. Planmässig 2020

Planmässig 2020

9040 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafrechtspflege

Im Rahmen der Umsetzung der im Spätsommer 2017 verabschiedeten Dachstrategie wurden verschiedene Handlungsfelder definiert, die von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt bearbeitet werden. Gemäss Projektplan ist Ende 2021 bzw. Anfang 2022 mit ersten Ergebnissen zu rechnen. Verzögert 2020

Verzögert 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	703.1	708.5	701.1	-7.4	-1.0

703.1 708.5 701.1 -7.4 -1.0

Bemerkungen R19 zu B19

-5.3 Der Stellenplan wurde leicht unterschritten, weil Abgänge nicht immer nahtlos ersetzt werden konnten.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	35.6	38.1	39.0	0.9	2.4
Aufwand	-148.3	-152.0	-147.0	5.0	3.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-112.8	-113.9	-108.0	5.9	5.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.9	-14.7	-1.0	13.6	92.9
- Kreditübertragungen		-13.5		13.5	100.0
Saldo	-0.9	-14.7	-1.0	13.6	92.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.		A/E	Begründungen
5.9			Abweichungen total R19 zu B19
3.4		A1	- Tiefe Gebührenerträge in den Vorjahren führten im Berichtsjahr zu deutlichem Minderaufwand bei den Forderungsverlusten.
1.5		A1	- Budgetunterschreitung beim Personalaufwand wegen nicht budgetierter Rückerstattungen für Mutterschaftsurlaube und Militärabsenzen. Einsparungen bei den im Budget eingestellten und nicht ausbezahlten Dienstaltersgeschenken (Bezug von Urlaub). Abnahme bei den Rückstellungen für Ferien- und Gleitzeitguthaben.
1.3		A1	- Es konnten mehrere Entscheide mit hohen Gebühren (> Fr. 100 000) abgerechnet werden.
0.7		A1	- Minderaufwand durch Zurückhaltung beim Materialbezug und der Vergabe von Unterhaltsarbeiten. Einsparungen bei Anschaffungen < Fr. 50 000; budgetierte Planungs- und Projektierungskosten wurden nicht beansprucht.
0.3		A1	- Entlastungen bei den Dienstleistungen Dritter hauptsächlich durch Einsparungen bei den Frankaturen.
-0.4		A1	- Rückgang bei den Erträgen aus Rückerstattung für Gebühren aus Vorverfahren und bei Einziehungen/Ersatzforderungen
-1.1		A1	- Anhaltend hohe Ausgaben bei den nicht verlässlich budgetierbaren und nicht beeinflussbaren Kosten für amtliche Mandate
0.2			- Übrige Abweichungen

Rechtspflege
Leistungsgruppe 9040

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-14.7	-1.0	13.6	
- Gesamtsanierung Liegenschaft Wengistrasse 30 (Bezirksgericht Zürich)	-3.7	-0.9	2.8	- Verschiebung des Bauvorhabens; Kreditübertrag 2.8 Mio. Franken
- Bauprojekt Bezirksgericht Hinwil	-10.8	0.0	10.8	- Verschiebung des Bauvorhabens; Kreditübertrag 0.1 Mio. Franken
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar am Bezirksgericht Zürich	-0.2	-0.2	0.0	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-2664728	251694	-678000	-3091034	-426306

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen zur Finanzierung von Personalförderungsmaßnahmen und befristeten Personaleinsätzen

Die Bildung von Rücklagen wird mit Einsparungen bei Materialbezügen und bei der Vergabe von Unterhaltsaufträgen begründet. Weitere Entlastungen wurden durch den Verzicht von Kleinstanschaffungen und bei den Frankaturkosten durch die Nutzung kostengünstigerer Kommunikationskanäle erreicht.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Obergerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2019 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht wird.

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren dem Notariat übertragenen Aufgaben im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidg. Grundbuchs nach den Vorgaben der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch die eidgenössische Gesetzgebung übertragenen Aufgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspektes im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt, in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	90	0	
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mt., in % (Zielwert)	A3	89.2	90	86.2	-3.8	
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mt., in % (Zielwert)	A3	92.3	90	91.8	1.8	
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: Anzahl abgeschlossene Verfahren (Zielwert)	A3	0	3	4	1	33.3
L5 Beurkundungen	A2	60295	61500	60459	-1041	-1.7
L6 Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	79857	85800	82033	-3767	-4.4
L7 Konkurs erledigungen	A4	2109	2000	2077	77	3.9
B1 Deckungsgrad, in % (Aufwand/Ertrag)	A1	127	104	123	19	
B2 Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle, in Fr.	A1, A2, A3, A4	100002	101481	102093	612	0.6
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit, in %	A1	90	90	90	0	
W2 Erledigung des Konkursverfahrens innerhalb eines Jahres, in % (Mindestwert)	A4	63.9	65	62.4	-2.6	

Bemerkungen

- L2 Das anhaltend hohe Geschäftsvolumen sowie Personalengpässe bei Notar-Stellvertretenden, Urkundsbeamtinnen und Urkundsbeamten verunmöglichten eine grössere Reduktion der Rückstände.
- L4 Die Dauer der einzelnen Verfahren zur Einführung des eidgenössischen Grundbuchs hängt von verschiedenen beeinflussbaren und nicht beeinflussbaren Faktoren ab. Entsprechend kann der Abschluss mehrerer Verfahren in ein Jahr fallen, während in anderen Jahren kein Abschluss erreicht werden kann.
- L6 Aufgrund regen Immobilienhandels stieg die Zahl der Tagebuchnummern im Berichtsjahr gegenüber 2018 an.
- B1 Grundbuchgeschäfte mit ausserordentlichen Werten und die sich auf hohem Niveau haltenden Immobilienpreise führten zu Saldoverbesserungen gegenüber dem Budget.
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme steigt aufgrund der auf den 1. Januar 2019 ausgerichteten, nicht budgetierten Teuerungszulage von 1%.

Entwicklungsschwerpunkte

9060 10a Evaluation, Integration, Schulung und Einführung einer neuen Geschäftsapplikation für die Konkursämter

Die 2007/2008 eingeführte Konkursapplikation WinKoam 2S wird durch den Lieferanten nicht mehr weiterentwickelt und muss durch eine neue Software abgelöst werden. Die Evaluationsphase verzögerte sich aufgrund einer Beschwerde im Rahmen des Submissionsverfahrens. Inzwischen wurde der Zuschlag erteilt.

Stand bis

Verzögert 2020

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	436.2	430.4	435.5	5.1	1.2

Bemerkungen R19 zu B19

5.1 Die Notariate sichern Lehrabgehenden eine befristete Anstellung für ein Jahr zu. Während des Jahres können frei werdende Stellen auf diese Weise mit Fachkräften besetzt werden. Im Berichtsjahr machten 19 Lehrabgehende von diesem Angebot Gebrauch, was zur leichten Überschreitung des Stellenplans führte. Ebenso darin enthalten sind die Studierenden des Notariatsstudiengangs UZH.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	92.6	78.9	92.4	13.5	17.1
Aufwand	-72.8	-75.8	-75.3	0.5	0.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	19.8	3.1	17.1	14.0	451.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.0	-2.4	-1.3	1.1	45.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-1.0	-2.4	-1.3	1.1	45.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
14.0		Abweichungen total R19 zu B19
13.5	A1, A2, A3, A4	- Nach wie vor zeigt sich der Immobilienmarkt belebt. Im Grundbuchbereich ist die Anzahl Handänderungen um 2.9% gestiegen. Der Gesamtwert, der den Handänderungen im Berichtsjahr zugrunde liegt, nahm um rund 0.5 Mrd. Franken zu. Die grundpfandrechtliche Belastung stieg im Berichtsjahr um rund 9.3 Mrd. Franken. Aufgrund dieser Entwicklungen verzeichneten die Notariate auch in der Rechnung 2019 ausserordentlich hohe Gebührenerträge.
0.4	A1, A2, A3, A4	- Durch eine restriktive Handhabung bei den Materialbezügen wurde die Erfolgsrechnung entlastet.
0.3	A1, A2, A3, A4	- Durch Einsparungen bei den Anschaffungen < Fr. 50 000 konnten Saldoverbesserungen erzielt werden.
0.2	A1, A2, A3, A4	- Investitionsvorhaben konnten kostengünstiger realisiert werden als budgetiert, was tiefere Abschreibungen zur Folge hatte.
-0.3	A1, A2, A3, A4	- Die nicht budgetierte Teuerungszulage von 1% und die Anstellung von hochqualifiziertem Personal für die Datenübernahme in das elektronische Grundbuch für den Kanton Zürich (eGBZH) führten zu höherem Personalaufwand.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-2.4	-1.3	1.1	
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für verschiedene Notariate	-0.9	-0.8	0.1	
- bauliche Investitionen (Renovationsbedarf bei verschiedenen Notariate, Umbauten)	-1.5	-0.5	1.0	- Tiefere Projektkosten und Kostenübernahmen durch den Vermieter haben diese Budgetunterschreitung bewirkt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018
plus Bildung 2018
-1417548

Verwendung 2019 248500	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) -200000
------------------------------	---

Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -1369048	Veränderung Bestand 48500
---	------------------------------

Bemerkungen

Verwendung von Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen (Lehrlingsevent, Führungsschulung, Anlässe) und Strategiearbeit

Bildung von Rücklagen aufgrund weniger bzw. kostengünstigeren Kleininvestitionen und infolge Zurückhaltung bei Material- und Mobiliarbeschaffungen

9063 Verwaltungsgericht

Im Berichtsjahr erfolgte die Neukonstituierung des Gerichts infolge der Erneuerungswahlen der Mitglieder.

Den 1000 erledigten Fällen stehen 1030 neu eingegangene gegenüber. Die Anzahl der Eingänge ist gegenüber den Vorjahren weiterhin konstant. Die Erledigungen liegen mit 1000 Fällen 50 Fälle unter dem budgetierten Wert. Die Gesamtzahl der Pendenzen verglichen mit den Pendenzen des Vorjahres (395) erhöhte sich um 30 Fälle (+7,5%) auf 425 Fälle, die jedoch mit 95 Fällen (-18,3%) unter dem budgetierten Wert liegen.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) betrug 4,7 Monate und liegt unter dem budgetierten Wert, wobei 75% der Fälle innerhalb von 6 Monaten erledigt wurden. Dies entspricht einer Verbesserung von 10% gegenüber dem Budget. Die Zahlungen des

Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände stabilisierten sich im Vergleich zum Vorjahr (2018: Fr. 166 300) weiter auf hohem Niveau (2019: Fr. 170 001) und liegen Fr. 10 000 höher als der budgetierte Wert.

Im Berichtsjahr ist die Anzahl der Eingänge insbesondere in den Rechtsgebieten Ausländerrecht, Beschaffungswesen, baurechtliche Bewilligungen und Straf- und Massnahmenvollzug angestiegen. Vermindert haben sich die Eingänge in den Rechtsgebieten Auflösung von und Forderungen aus Arbeitsverhältnissen, Steuern und Nutzungsplanungen.

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2019. Dieser wird voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht und ist ab diesem Zeitpunkt auf der Website des Verwaltungsgerichts www.vgrzh.ch abrufbar.

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsinstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%	
L1	Erledigte Prozesse	A4	1066	1050	1000	-50	-4.8
L2	Eingänge	A4	1049	1100	1030	-70	-6.4
L3	Pendenzen	A4	395	520	425	-95	-18.3
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A4	4.8	7	4.7	-2.3	-32.9
B1	Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle	A4	159730	160900	158930	-1970	-1.2
B2	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A4	6254	6908	6831	-77	-1.1
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A4	806	680	753	73	10.7
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A4	195	210	201	-9	-4.3
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A4	59	110	40	-70	-63.6
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A4	0	50	6	-44	-88.0
W11	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände	A4	166300	160000	170001	10001	6.3

Bemerkungen

- B1 Dieser Indikator umfasst die Grundlöhne der Richterinnen und Richter, einschliesslich Funktionszulagen, sowie die Grundlöhne des Personals ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen. Der durchschnittliche Lohnaufwand pro Personalstelle liegt im Rahmen der Erwartungen.
- B2 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess liegt im Rahmen der Erwartungen.

Entwicklungsschwerpunkte

9063 10a Laufende Überprüfung der Personalressourcen und Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Monatliche Überprüfung der Pendenzenlast über die vier Abteilungen

Stand bis

Planmässig 2022

9063 10c Ausgehend von Geschäftseingängen auf heutigem Niveau: Bewältigung der Geschäftslast unter Einhaltung der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität

Der verzögerte Amtsantritt von zwei teilamtlichen Mitgliedern wurde durch einen vermehrten Einsatz von Ersatzmitgliedern kompensiert.

Planmässig 2022

9063 10d Überprüfung der Geschäftsapplikation auch im Rahmen der kantonalen IT-Überprüfung

Die Evaluation der neuen Geschäftsverwaltungssoftware verzögert sich nach aktuellem Kenntnisstand bis 2025/2026. Die Vorbereitungsarbeiten für dieses Projekt laufen gerichtsintern in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten weiter.

Verzögert 2020

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	34.8	36.0	35.9	-0.1	-0.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.7	2.8	2.6	-0.2	-6.9
Aufwand	-9.4	-10.1	-9.4	0.7	6.7
- Kreditübertragungen		-0.1		0.1	100.0
Saldo	-6.7	-7.3	-6.8	0.5	6.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R19 zu B19
0.7		- Die Aufwandabweichung von insgesamt Fr. 683 000 gegenüber dem Budget ergibt sich im Wesentlichen aus tieferem Personalaufwand (Fr. 370 000) und Einsparungen im Sachaufwand (Fr. 313 000), insbesondere bei Dienstleistungen Dritter (Fr. 82 000), tatsächlichen Forderungsverlusten und Wertberichtigungen (Fr. 130 000) sowie Hard- und Software (Fr. 98 000). In der Höhe von Fr. 98 000 wird eine Kreditübertragung beantragt, da sich der Abschluss des Projekts «Neue Geschäftsverwaltung» weiter verzögert.
-0.2		- Die Ertragsabweichung von insgesamt Fr. 192 000 gegenüber dem Budget ist auf die leicht reduzierte Fallerledigung zurückzuführen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018	Verwendung 2019	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020)	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-285238	61900	-120000	-343338	-58100

Bemerkungen

Die Rücklagen wurden im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet. Ausserdem wurden die Kosten einer 1,5-tägigen moderierten Klausurtagung des gesamten Plenums (alle Mitglieder des Verwaltungsgerichts) aus den Rücklagen finanziert.

Antrag auf Rücklagenbildung:

Aufgrund der verzögerten Amtsantritte von neuen Mitgliedern infolge der Erneuerungswahlen wurde das Personalbudget um Fr. 70 000 unterschritten. Unbezahlte Urlaube ohne Kompensation bei den Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreibern und als Ferien bezogene Dienstaltersgeschenke führten zu einer Entlastung des Personalbudgets um Fr. 50 000.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts des Kantons Zürich über das Jahr 2019 zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht wird.

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigungen	A1	2290	2566	2535	-31	-1.2
L2 Eingänge	A1	2449	2550	2052	-498	-19.5
L3 Pendenzen	A1	2575	2560	2092	-468	-18.3
L4 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	0.94	1.01	1.24	0.23	22.77
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A1	5886	5687	5653	-34	-0.6
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A1	142658	145506	144869	-637	-0.4
W1 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen innert 6 Monaten, in %	A1	27.7	30	24.9	-5.1	
W2 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 6 und 12 Monaten, in %	A1	16.1	20	15.5	-4.5	
W3 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 12 und 24 Monaten, in %	A1	53.6	48	56.6	8.6	
W4 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen über 24 Monate, in %	A1	2.6	2	3.0	1.0	
W5 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsvertreter (URV)	A1	387351	460000	373471	-86529	-18.8
W6 Zahlungen des Staates an Parteien	A1	3200	4000	0	-4000	-100.0

Bemerkungen

- L1 Dank der zusätzlich bewilligten Stellen konnten die Erledigungen im Vergleich zum Vorjahr um 245 gesteigert und der budgetierte Wert praktisch erreicht werden.
- L2 Die Zahl der Eingänge nahm im Vergleich zu den letzten Jahren deutlich ab, insbesondere beim Schiedsgericht.
- L3 Sowohl die gesteigerten Erledigungen als auch die gesunkenen Eingänge trugen zur markanten Reduktion der Pendenzen bei.
- L4 Die Erledigungen übertrafen die Eingänge deutlich, wodurch die Zahl der Pendenzen gegenüber dem Vorjahr um 483 reduziert werden konnte.
- B1 Der Zielwert konnte erreicht werden. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist auf die gesteigerten Erledigungen zurückzuführen.
- B2 Der geplante Budgetwert wurde eingehalten. Aufgrund der zusätzlichen Richterstellen ergab sich eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahreswert.
- W3 Mit 56.6% fallen nach wie vor viele Prozesse in die Kategorie «zwischen 12 und 24 Monaten». Durch den angestrebten fortgesetzten Pendenzenabbau ist zu erwarten, dass deren Anteil abnimmt.

Entwicklungsschwerpunkte

9064 1a Die Zahl der Pendenzen beträgt rund 2500.

Infolge gesteigerter Erledigungen (+245 gegenüber dem Vorjahr) und eines Rückgangs der Eingänge (-397 gegenüber dem Vorjahr) konnte die Anzahl der Pendenzen per 31. Dezember 2019 auf die Zahl von 2092 gesenkt werden (einschliesslich Schiedsgericht).

Stand bis

Planmässig 2022

9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt ca. 30%.

Im Rechnungsjahr 2019 betrug das Erledigungsalter von 24.9% der erledigten Prozesse 6 Monate oder weniger.

Planmässig 2022

9064 1c Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 47%.

Im Rechnungsjahr 2019 betrug das Erledigungsalter von 59.6% der erledigten Prozesse über ein Jahr. Das Ziel, diesen Anteil auf 47% zu senken, kann voraussichtlich planmässig erreicht werden.

Planmässig 2022

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	69.4	72.1	70.6	-1.5	-2.1

Bemerkungen R19 zu B19

Allg. Das Sozialversicherungsgericht verfügt ab Mitte 2019 über 2 zusätzliche Ersatzrichterstellen à 50% (befristet bis Mitte 2023) zur Reduktion der Pendenzen.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	1.1	1.0	1.1	0.1	7.2
Aufwand	-14.6	-15.9	-15.4	0.5	3.3
- Kreditübertragungen					
Saldo	-13.5	-14.9	-14.3	0.6	4.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-0.3	-0.3	0.1	21.5
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-0.3	-0.3	0.1	21.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R19 zu B19
0.2	A1	- Der Stellenplan konnte im Bereich des juristischen Sekretariats nicht vollständig ausgeschöpft werden.
0.2	A1	- Das Softwareprojekt «Neue Geschäftsverwaltung» konnte noch nicht gestartet werden.
0.1	A1	- Rotationsgewinne Richterinnen und Richter
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.3	-0.3	0.1	
- IT: Ersatz Serverfarm und Thin Clients	-0.2	-0.2	0.0	
- Ersatz Büromobiliar	-0.1	-0.1	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

9065 Baurekursgericht

Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse stieg im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr von 790 auf 815. Die Erledigungen sanken von 795 auf 745, was auf zwei Faktoren zurückzuführen ist: Einerseits konnten im Rahmen der jährlichen Überprüfung der sistierten Fälle weniger Verfahren durch Rückzug oder Gegenstandslosigkeit abgeschrieben werden als im Vorjahr. Andererseits waren für die tiefere Erledigungszahl personelle Gründe verantwortlich (ein bereits 2018 bewilligter unbezahlter Urlaub zur Vorbereitung der Anwaltsprüfung, zwei Abwesenheiten wegen Schwangerschaft/Mutterschaft, die Pensionierung eines langjährigen Gerichtsschreibers sowie die Einarbeitung zweier neuer Gerichtsschreibender). Die Anzahl der materiellen Erledigungen blieb jedoch nahezu auf gleichem Niveau. Die Pendenzen stiegen per Ende Jahr auf einen Stand von 629 Geschäften. Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der

Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 3,7 Monate. Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten (§339a Planungs- und Baugesetz) wurden 92% der Verfahren erledigt.

Mit Plenarbeschluss vom 18. März wurde der am 4. März vom Kantonsrat als Baurichter gewählte Christian Hurter zum Mitglied der 1. Abteilung gewählt.

Im juristischen Sekretariat waren im Berichtsjahr ein Abgang sowie zwei Neuanstellungen zu verzeichnen. Im Verwaltungsssekretariat erfolgten zwei Austritte sowie ein Eintritt.

Die ausführliche Berichterstattung ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts des Kantons Zürich über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Baurekursgericht betreffende Teil auf der Website www.baurekursgericht-zh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheidungen der Anstalt für Gebäudeversicherung und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG)
- A4 Für die Rechtssuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV)
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigte Prozesse	A1, A2	795	900	745	-155	-17.2
L2 Eingänge	A1	790	900	815	-85	-9.4
L3 Pendenzen	A1, A3	559	600	629	29	4.8
L4 Durchschnittliche Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A1, A3	3.6	5	3.7	-1.3	-26.0
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle		127085	127725	129215	1490	1.2
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A1	4450	3980	4555	575	14.4
W1 Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten, absolut / in %	A1, A3	710/89	720	685	-35	-4.9
W2 Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten, absolut / in %	A1, A3	82/10	135	52	-83	-61.5
W3 Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten, absolut / in %	A1, A3	3/1	45	8	-37	-82.2
W4 Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate, absolut / in %	A1, A3	0/0	0	0	0	

Bemerkungen

- L1, L2, Die Rekurseingänge sind gegenüber dem Vorjahr um 3.2% gestiegen. Die Erledigungen sind um 6.3% gesunken, was einerseits auf personelle Gründe bei den Gerichtsschreibenden zurückzuführen ist (unbezahlter Urlaub zur Vorbereitung der Anwaltsprüfung und Einarbeitung zweier neuer Gerichtsschreibender), andererseits darauf, dass im Vergleich zum Vorjahr weniger sistierte Verfahren durch Rückzug oder Gegenstandslosigkeit abgeschrieben werden konnten. Die Zahl der Pendenzen ist deshalb gegenüber dem Vorjahr angestiegen, wobei die Anzahl der aktiven Fälle nur um 25 zugenommen hat.
- B1 Folge der gegenüber dem Budget tieferen Anzahl von Rekurseingängen sowie geringeren Anzahl Erledigungen (vgl. Klammerbemerkung unter L1, L2 und L3)
- Allg. Zu den Wirkungsindikatoren W1-W4: Gegenüber dem Vorjahr (89%) konnte die Anzahl der innert 6 Monaten erledigten Verfahren trotz personeller Engpässe auf 92% gesteigert werden.

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	25.2	27.0	24.5	-2.5	-9.1

Bemerkungen R19 zu B19

-2.5 Die Abweichung gegenüber dem Budget ist insbesondere die Folge von Vakanzen bzw. verzögerter Stellenwiederbesetzung sowie eines bereits im Vorjahr gewährten unbezahlten Urlaubs.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.8	2.2	1.9	-0.3	-12.6
Aufwand	-5.3	-5.8	-5.3	0.5	8.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-3.5	-3.6	-3.4	0.2	5.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R19 zu B19
0.3		- Einsparungen beim Personalaufwand von Fr. 334 000 durch verzögerte Stellenwiederbesetzungen, Vakanzen und geringfügige Rotationsgewinne
0.2		- Einsparungen beim übrigen Aufwand von Fr. 164 700, welche sich hauptsächlich durch einen sparsamen Mitteleinsatz und eine tiefere Geschäftslast (Fr. 84 300), die Verschiebung des Upgrades der Geschäftsverwaltungssoftware (Fr. 30 000), geringere Ausgaben für allgemeinen IT-Unterhalt/Upgrade Website (Fr. 29 900) sowie weniger Forderungsabschreibungen/Wertberichtigungen (Fr. 20 500) ergeben.
0.1		- Weitere Einsparungen beim Personalaufwand von Fr. 110 900 hauptsächlich durch Gewährung von unbezahlten Urlauben (Fr. 59 200), Rückerstattungen aus Versicherungsleistungen (Fr. 21 600; mehrheitlich Mutterschaftsentschädigungen), Bezug von Dienstaltersgeschenken in Urlaubstagen (Fr. 13 000) sowie durch übrige personalbezogene Minderausgaben (Fr. 17 100)
0.1		- Rundungsdifferenz
-0.1		- Mehraufwand von Fr. -69 600 durch nicht weiterverrechenbare Gutachtenskosten (Fr. -60 100) sowie durch eine nicht budgetierte Mietzinsanpassung (Fr. -9500)
-0.1		- Mehraufwand von Fr. -66 000 durch eine dem Personal gewährte Teuerungszulage von 1% (Fr. -37 500), aus Rotationsgewinnen zu finanzierende, individuelle Lohnerhöhungen (Fr. -16 200) und durch erhöhte Entschädigungszahlungen an die Mitglieder (Fr. -12 300)
-0.3		- Die Ertragsabweichung von insgesamt Fr. -280 700 resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Gebühreneinnahmen aus den in Rechtskraft erwachsenen Rekurs erledigungen in Folge der tieferen Erledigungszahl gegenüber dem Budget um rund 14% tiefer ausfielen (Vorjahr: 22%).
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018		Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018		2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-63650		2888	0	-60762	2888

Bemerkungen

Auflösung von Rücklagen

Rücklagenauflösung für Personalanlass

Antrag auf Bildung von Rücklagen

Das Baurekursgericht stellt keinen diesbezüglichen Antrag.

9066 Steuerrekursgericht

Im Berichtsjahr gingen deutlich weniger Geschäfte ein. Die Anzahl an Geschäftserledigungen entsprach dem Vorjahreswert, lag indessen wesentlich tiefer als in der Planung vorgesehen. Eine höhere Anzahl an Geschäftserledigungen konnte aufgrund der Verzögerung mehrerer Rekrutierungen beim juristischen Personal, der Ressourcenbindung für die Rekrutierung und Einarbeitung der neuen Generation von Gerichtsschreibenden sowie des unter den Erwartungen bleibenden Beitrags der Ersatzrichterschaft nicht erreicht werden. Die Pendenzenlast verminderte sich im Vergleich zur Planung dennoch um rund 50 Geschäfte. Die sich aus den Rekrutierungsverzögerungen ergebenden Einsparungen bei den Personalkosten gepaart mit weiteren Einsparungen beim Sach-

aufwand und einem über den Erwartungen liegenden Gebührenertrag führten zu einem deutlich besseren Rechnungsabschluss als erwartet.

Die Evaluation der Geschäftsverwaltungssoftware hat sich aufgrund nicht im Einflussbereich des Steuerrekursgerichts liegender Gründe weiter verzögert.

Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts über das Jahr 2019. Dieser wird voraussichtlich im April 2020 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Website www.strgzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A3	586	680	586	-94	-13.8
L2	Eingänge	A3	613	650	538	-112	-17.2
L3	Pendenzen	A3	484	490	436	-54	-11.0
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A3	7.6	9	9.6	0.6	6.7
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle	A3	144612	141702	144105	2403	1.7
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess	A3	3906	3383	3266	-117	-3.5
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten, absolut / in % von L1	A3	285 / 48.6	340	264	-76	-22.4
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten, absolut / in % von L1	A3	184 / 31.4	272	162	-110	-40.4
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten, absolut / in % von L1	A3	96 / 16.4	54	102	48	88.9
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate, absolut / in % von L1	A3	21 / 3.6	14	58	44	314.3

Bemerkungen

- L2, L3 Die Anzahl eingegangener Geschäfte (538) liegt im Vergleich zu den Vorjahren (2015-2018: 693/689/642/613) deutlich tiefer. Die Pendenzenlast am Ende des Berichtsjahres hat sich dadurch im Vergleich sowohl zum Vorjahreswert als auch zur Planung vermindert.
- L1, L3, Mit 586 Erledigungen wird der Vorjahreswert exakt erreicht, der Budgetwert indessen deutlich unterschritten. Zurückzuführen ist diese Erledigungsquote auf drei Faktoren: Einerseits haben insbesondere die Verzögerungen bei den Rekrutierungen neuer juristischer Mitarbeitenden auf Stufe Richter und Gerichtsschreibende zu einem Beschäftigungsumfang von lediglich 15.0 Stellen (Planung: 16.1 Stellen) geführt. Andererseits hat die Rekrutierung und Einarbeitung der neuen Generation von Gerichtsschreibenden zusätzliche Ressourcen beim vorbestehenden juristischen Personal gebunden. Schliesslich ist auch die Anzahl der durch die Ersatzrichterschaft erledigten Geschäfte erheblich unter den Erwartungen geblieben. Die Nettoverfahrensdauer hat sich aufgrund der hohen Pendenzenlast am Ende der Vorperiode sogar noch etwas mehr als in der Planung vorgesehen erhöht.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess liegt unter den Vorjahres- und Budgetwerten, trotz im Vergleich zum Vorjahr gleichbleibender und im Vergleich zum Budget erheblich tieferer Anzahl Erledigungen. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies vor allem auf einen erheblich höheren Gebührenertrag infolge der Rechtskraft und Abrechnung von Geschäften mit einem höheren durchschnittlichen Streitwert sowie auf Einsparungen bei den Gutachterkosten zurückzuführen. Im Vergleich zur Planung wurde ebenfalls etwas mehr Gebührenertrag erzielt, insbesondere aber trugen aufwandseitig Einsparungen bei den Personalkosten aufgrund der Rekrutierungsverzögerungen sowie beim Sachaufwand (geringere Gutachterkosten, weniger Wertberichtigungsbedarf und Verzögerung des Ersatzes der Geschäftsverwaltungssoftware) zu diesem Ergebnis bei.
- W1, W2, W3, W4 Die hohe Pendenzenlast zu Beginn des Berichtsjahrs hat zu einer weiteren Verschiebung der Anzahl Verfahrenserledigungen weg von den kürzeren hin zu den längeren Verfahrensdauern geführt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9066 1a Ab 2019 Stabilisierung und Abbau der Pendenzenlast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität mittels angemessener Erhöhung der Personalressourcen über die Budgetvorgaben hinaus

Die Pendenzenlast konnte im Berichtsjahr gegenüber der Planung um über 50 Geschäfte gesenkt werden. Hilfreich war hierbei die deutlich tiefere Anzahl Geschäftseingänge.

Planmässig 2022

9066 1b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware

Die Erstellung des Anforderungsprofils ist aufgrund der noch fehlenden Grundlagen des Bundesprojekts Justitia 4.0 weiter verzögert. Überdies stehen bei einem der infrage kommenden Anbieter die notwendigen Ressourcen für ein Erneuerungsprojekt erst mittelfristig wieder zur Verfügung.

Verzögert 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.5	16.1	15.0	-1.1	-6.6

Bemerkungen R19 zu B19

R19 zu B19 Die beiden in der Planung enthaltenen neuen Gerichtsschreiberstellen sind erst per 1. März bzw. 1. April besetzt worden. Der Arbeitsantritt des neuen Stellvertreters erst per 1. Dezember hat zu einer siebenmonatigen Vakanz in der Richterschaft geführt. Schliesslich ist das für den Leitenden Gerichtsschreiber vorgesehene Pensum nicht vollständig ausgeschöpft worden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.3	1.4	0.1	6.1
Aufwand	-3.4	-3.6	-3.3	0.3	8.6
- Kreditübertragungen					
Saldo	-2.3	-2.3	-1.9	0.4	16.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
- Kreditübertragungen					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

0.4 Abweichungen total R19 zu B19

- 0.2 A1, A2, A3 - Die Verzögerungen bei den Personalrekrutierungen, das tiefe Entschädigungsvolumen für die Ersatzrichterschaft, die nicht in Anspruch genommene Pensumsreserve des Leitenden Gerichtsschreibers sowie ein geringerer Rückstellungsbedarf für Mehrleistungen des Personals haben trotz der erstmaligen Bildung von Rückstellungen für AHV-Überbrückungsbeiträge zu erheblichen Einsparungen von rund Fr. 220 000 geführt.
- 0.1 A1, A2, A3 - Beim Sachaufwand konnten aufgrund eines geringeren Wertberichtigungsbedarfs für Forderungen, geringerer Gutachterkosten sowie geringerer EDV-Kosten infolge weiterer Verzögerungen bei der Anschaffung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware weitere Einsparungen von rund Fr. 90 000 getätigt werden.
- 0.1 A1, A2, A3 - Der höhere durchschnittliche Streitwert der im Berichtsjahr rechtskräftig gewordenen und in der Folge abgerechneten Geschäfte hat zu einem rund Fr. 80 000 höheren als prognostizierten Gebührenertrag geführt.
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2018 plus Bildung 2018 -55 667	Verwendung 2019 26 080	Antrag Bildung 2019 (verbucht 2020) -43 000	Bestand 31.12.2019 plus Bildung 2019 -72 587	Veränderung Bestand -16 920
--	------------------------------	---	--	--------------------------------

Bemerkungen

Neben überwiegend unfreiwilligen und damit exogen verursachten markanten Einsparungen bei den Personalkosten (Verzögerungen bei der Rekrutierung von Gerichtsschreibenden und beim Arbeitsantritt des neuen Steuerrichters, weniger Entscheide durch die Ersatzrichterschaft) konnten auch solche endogener Natur (nicht vollständige Ausschöpfung des budgetierten Pensums des Leitenden Gerichtsschreibers, Gewährung von unbezahltem Urlaub für Anwaltsprüfung, unterlassene Druckerhöhung auf Ersatzrichterschaft durch vermehrte Fallzuteilungen) erzielt werden. Das konsequente Inkasso der Gerichtsgebühren hat zu einer umfangreichen Verminderung der Wertberichtigung des Forderungsbestandes geführt. Der prognostizierte hohe Gebührenertrag konnte im Berichtsjahr übertroffen werden. Zurückzuführen ist dies auf die Rechtskraft und Abrechnung von mehr Geschäften mit einem deutlich höheren durchschnittlichen Streitwert, die das Steuerrekursgericht in aufwendigen Verfahren im Berichtsjahr und in den Vorjahren erledigen konnte.

Zu konsolidierende Organisationen

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3252.2	3273.7	3360.7	87.0	2.7
Aufwand	-3250.2	-3287.6	-3336.9	-49.3	-1.5
- Kreditübertragungen		-13.8			
Saldo	2.1	-13.8	23.8	37.6	272.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.5	3.9	4.4	0.5	12.1
Ausgaben	-64.2	-73.2	-71.1	2.1	2.9
- Kreditübertragungen		-5.4			
Saldo	-61.7	-69.3	-66.8	2.6	3.7

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Mit der Fahrgastbefragung 2019 übertraf der ZVV zum vierten Mal in Folge sein Ziel (76 Punkte) mit 77 von 100 Punkten. Besonders gut schnitten im Berichtsjahr die Pünktlichkeit und die Anschlusssicherheit mit 78 bzw. 75 Punkten ab. Im Juni beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat den Rahmenkredit 2020/2021 von 684 Mio. Franken und unterbreitete gleichzeitig die ZVV-Strategie 2022–2025. Im Oktober ergänzte der Regierungsrat die Strategie im Bereich Nacht-netz. Dort soll künftig auf die Auflage der vollständigen Kostendeckung verzichtet werden. Damit könnte der Nachtzuschlag im ZVV aufgehoben werden, wobei der Zeitpunkt von den übrigen Gesellschaftern im Verbund Nachtzuschlag abhängt.

Die erste Etappe der Limmattalbahn wurde Ende August feierlich eröffnet. Ein paar Tage später folgte bereits der Spatenstich für die zweite Etappe. Im Berichtsjahr konnten zudem die zwei letzten Projekte der 4. Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn abgeschlossen werden: Seit Juni verkehrt die S20 zwischen Stäfa und Hardbrücke, die S26 fährt seit Dezember zwischen Bauma und Rüti ZH. Mit dem Beschluss des Bundesparlaments zum Ausbauschnitt 2035 der Bahninfrastruktur wurden die finanziellen Mittel für den Bau des Brüttener-tunnels und den Ausbau des Bahnhofs Stadelhofen sowie für weitere Projekte im Kanton gesprochen. Dadurch kann die Bahninfrastruktur im Kanton und somit auch das S-Bahn-Angebot im Zeitraum bis 2035 markant ausgebaut werden.

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur
- A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	23.5	25.1	24.6	-0.5	-2.0
L2 Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	12.7	13	12.8	-0.2	-1.5
L3 Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	49.6	52	51.2	-0.8	-1.5
L4 Kilometer Schiffe und Bergbahnen, in Mio.	A1	0.6	0.6	0.6	0.0	0.0
B1 Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	3.55	3.85	3.59	-0.26	-6.75
B2 Kostenunterdeckung Verbund, in Mio. Fr.	A1	306.7	350.3	320.2	-30.1	-8.6
B3 Gesamtkosten/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	11.48	11.3	11.43	0.13	1.15
B4 Kostendeckungsgrad, in %	A1	69.1	66	68.6	2.6	
W1 Personenkilometer, in Mio.	A1	3755	3920			
W2 Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	77	76	77	1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget L3 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1, B2 Dank Reduktion der Kostenunterdeckung verbessert sich die Wirtschaftlichkeit.
- B3 Der Budgetwert wurde zu optimistisch geschätzt und konnte nicht erreicht werden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Wirtschaftlichkeit dennoch verbessert.
- B4 Der Kostendeckungsgrad liegt über den Erwartungen und erreicht fast das Rekordniveau des Vorjahres.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis zum Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

9300 6a Die aufgrund der Siedlungs-, Arbeitsplatz- und Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage von 20% bis 2023 (Grundlage 2015) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr soll abgestimmt auf die angestrebte räumliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit abgedeckt werden.

Das tatsächliche Nachfragewachstum liegt im Rahmen der Erwartungen. Es kann mit dem vorhandenen und geplanten Angebot abgedeckt werden.

Stand bis

Planmässig 2023

9300 6b Das Angebot wird schrittweise angepasst, wo Kapazitätsengpässe auftreten und Handlungsspielraum besteht, sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Das Angebot für die Fahrplanperiode 2020/21 wurde im Sommer des Berichtsjahres vom Verkehrsrat bewilligt. Das Verfahren für die nächste Fahrplanperiode 2022/23 wird 2020 gestartet.

Planmässig 2023

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9300

9300 6c Die Kundenzufriedenheit soll in der Messung Servicequalität des ZVV auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten werden.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden kann. Planmässig 2023

9300 6d Die Kostenunterdeckung soll sich im Rahmen des erwarteten Wirtschaftswachstums im Kanton Zürich, gemessen am Bruttoinlandprodukt, entwickeln. Gleichzeitig wird eine weitere Verbesserung des Kostendeckungsgrads angestrebt.

Die Kostenunterdeckung liegt im Rahmen der Vorjahre. Der Kostendeckungsgrad konnte damit auf hohem Niveau gehalten werden. Planmässig 2023

9300 6e Die Verkehrsleistungen werden energieeffizienter als heute erbracht unter Berücksichtigung eines angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Die technischen Möglichkeiten werden bei den Fahrzeugneubeschaffungen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen. Planmässig 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	34.5	36.0	35.0	-1.0	-2.7

Bemerkungen R19 zu B19

1.0 Aufgrund von Unterbrüchen bei Personalwechslern und von Restanteilen diverser Teilzeitanstellungen wurde der Stellenplan nicht ganz ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	992.2	1 029.8	1 019.5	-10.3	-1.0
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	153.3	175.1	160.1	-15.0	-8.6
Aufwand	-992.2	-1 029.8	-1 019.5	10.3	1.0
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-1.0	-0.6	0.0	0.6	107.1
- Kreditübertragungen		-0.3		0.3	100.0
Saldo	-1.0	-0.6	0.0	0.6	107.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R19 zu B19
	A1	- Dank einer ausserordentlichen Nebenertragsablieferung und tieferen Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen verbesserte sich die Kostenunterdeckung um 30.1 Mio. Franken.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-0.6	0.0	0.6	
- Beteiligung des ZVV an der neuen nationalen Vertriebsplattform	-0.6	0.0	0.6	- Im Berichtsjahr sind keine Investitionsausgaben getätigt worden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2018		Verwendung	Antrag Bildung 2019	Bestand 31.12.2019	
plus Bildung 2018		2019	(verbucht 2020)	plus Bildung 2019	Veränderung Bestand
-267 707		0	0	-267 707	0

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9300

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	297.5	344.6	47.2	15.9
Finanzvermögen¹	297.5	344.6	47.2	15.9
Flüssige Mittel	1.3	10.8	9.5	> 100.0
Forderungen	158.7	194.3	35.6	22.4
Kurzfristige Finanzanlagen	130.0	130.0	0.0	0.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.4	9.6	2.1	28.7
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	5.3	4.5	-0.8	-15.1
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	5.3	4.5	-0.8	-15.1
Sachanlagen	0.0	0.0	-0.0	-25.0
Immaterielle Anlagen	5.3	4.5	-0.8	-15.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	302.8	349.2	46.4	15.3
Fremdkapital	-302.5	-348.9	-46.4	-15.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-272.0	-319.1	-47.1	-17.3
Laufende Verbindlichkeiten	-21.3	-39.9	-18.6	-87.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-20.9	-31.4	-10.4	-49.8
Passive Rechnungsabgrenzung	-217.0	-235.8	-18.8	-8.6
Kurzfristige Rückstellungen	-12.7	-12.1	0.7	5.2
Langfristiges Fremdkapital	-30.5	-29.8	0.7	2.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-16.3	-15.0	1.3	7.7
Langfristige Rückstellungen	-14.2	-14.8	-0.5	-3.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-302.8	-349.2	-46.4	-15.3
¹ Total Finanzvermögen (FV)	297.5	344.6	47.2	15.9

9600 Universität Zürich

Die Universität Zürich (UZH) blickt auf ein ereignisreiches Jahr mit einer Vielzahl an erfolgreich durchgeführten strategischen Vorhaben zurück. Der Universitätsrat verabschiedete die neuen Strategischen Grundsätze, welche die Strategischen Ziele 2020 ersetzen. Mit dem Schwerpunktprogramm legt die Universitätsleitung den Rahmen für die Entwicklung der UZH bzw. die Arbeitsschwerpunkte der nächsten Jahre fest. Im Rahmen des Projekts «Governance 2020+» wurde das universitäre Führungsmodell weiterentwickelt, die strategisch relevanten Dossiers auf Stufe Universitätsleitung und die Rollen- teilung zwischen Universitätsleitung und Dekanin/Dekan neu definiert. Die Konzeptphase wurde im Sommer des Berichtsjahres abgeschlossen, und das Projekt wird bis Ende 2020 umgesetzt.

Der Schwerpunkt Digitalisierung wird im Rahmen der universitären Digitalisierungsinitiative (DSI) und der von Regierungsrat und Kantonsrat genehmigten Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) aufgebaut. Er bündelt die Stärken der UZH, aber auch der verschiedenen Zürcher Hochschulen und wird sich zunehmend in der universitären Forschung und Lehre niederschlagen. Die Zusprachen eines neuen Nationalen Forschungsschwerpunktes «Evolving Language», von elf Starting, Advanced bzw. Consolidator Grants des European Research Council sowie von neun Grants des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zur Förderung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Potenzial für eine Professur sind Zeugnis der anerkannten Forschungsexzellenz der UZH.

Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L9	Studierende gesamt	A1	25827	26150	26438	288	1.1
L5	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	13719	13630	13977	347	2.5
L6	Studierende in Masterstudiengängen	A1	6270	6230	6455	225	3.6
L7	Studierende Lehramt	A1	545	650	489	-161	-24.8
L8	Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3	5293	5640	5517	-123	-2.2
L2	Habilitationen	A2, A3	102	90	68	-22	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	23579	23513	23565	52	0.2
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2	42.9	44.1	42.6	-1.5	
B6	Anteil Drittmittel am Gesamtumsatz der Universität, in %	A2, A3	22.2	21.8	22.2	0.4	
B3	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaften (inkl. Doktorierende)	A1	62.7	62.5	68.3	5.8	9.3
B5	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	57.0	60.6	56.3	-4.3	-7.1
W8	Abschlüsse gesamt	A1	5352	5500	5305	-195	-3.5
W9	Bachelorabschlüsse	A1	2333	2480	2291	-189	-7.6
W10	Masterabschlüsse	A1	2017	2100	1982	-118	-5.6
W11	Abschlüsse Lehramt	A1	250	210	252	42	20.0
W15	verliehene Doktorate	A1, A2, A3	752	710	780	70	9.9
W2	laufende SNF-Projekte	A2	401	520	545	25	4.8
W3	laufende EU-Projekte	A2	155	195	142	-53	-27.2
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss, in %		96.0				

Bemerkungen

- L9, L5, Bei der Humanmedizin sowie den MINT-Fächern war ein Studierendenwachstum im Bereich des Budgets zu verzeichnen. Der Studierendenrückgang der letzten Jahre an der Rechtswissenschaftlichen und der Philosophischen Fakultät setzte sich nicht fort.
- L7 In den Fächern Geographie sowie in den Sprachen waren die Studierendenzahlen im Lehramt rückläufig.
- L8 Bei den Doktoratsstudiengängen war insbesondere in der Medizinischen Fakultät eine Zunahme zu verzeichnen, wobei der Budgetwert nicht ganz erreicht wurde.
- L2 Die erwartete Anzahl Habilitationen ist insbesondere in der Medizinischen Fakultät nicht eingetroffen.

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

- B3 Insbesondere durch die organisatorische Verschiebung von drei Professuren, die nicht mehr der Rechtswissenschaftlichen Fakultät zugeordnet sind, veränderte sich das Betreuungsverhältnis.
- W9, W10 Die Zahl der Bachelor- und Masterabschlüsse nahm weniger stark zu, als gemäss Prognose des Bundesamtes für Statistik budgetiert.
- W3 Generell sind die Ausschreibungen der EU-Rahmenprogramme sehr kompetitiv und die Erfolgsrate liegt entsprechend tief. Da die meisten Ausschreibungen nicht themenoffen sind, hängt der Erfolg bei der Einwerbung von EU-Projekten stark von den jeweiligen, jährlich wechselnden Ausschreibungsthemen ab. Die UZH verfügt nicht bei allen Themen über die gleiche Expertise.
- W6 Keine Werte für das Berichtsjahr: Die zugrunde liegende Studie des Bundesamtes für Statistik wird nur im Zweijahresrhythmus durchgeführt.

Entwicklungsschwerpunkte

9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin

Die zweite Serie der Klinischen Forschungsschwerpunkte startete im Berichtsjahr erfolgreich mit 13 ausgewählten Projekten. Diese werden bis Ende 2021 finanziert und dienen neben der Unterstützung der Forschung in strategisch wichtigen medizinischen Bereichen auch der Förderung des akademischen Nachwuchses. Das Laufbahnförderprogramm «Filling the Gap» ermöglichte im Berichtsjahr 18 talentierten Klinikerinnen und Klinikern, ihre Forschungsarbeit voranzutreiben.

Stand bis

Planmässig 2022

9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren

Im Berichtsjahr wurden in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät die Kompetenzzentren «UZH Blockchain Center» und «Center of Competence for Sustainable Finance (CCSF)» gegründet bzw. bewilligt, während sich vier bestehende Kompetenzzentren mit einer erneuten Anerkennung etablieren konnten.

Planmässig 2022

9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP)

Das Evaluationsverfahren für die fünfte Ausschreibung der Nationalen Forschungsschwerpunkte (NFS) wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Von den vier Projekteingaben der UZH, die sich auf der Auswahlliste mit den schweizweit elf verbleibenden Projekteingaben befanden, wurde eine bewilligt. Der NFS «Evolving Language» wird von der UZH in Zusammenarbeit mit der Universität Genf durchgeführt und erhält in den Jahren 2020–2023 Bundesmittel in der Höhe von 17 Mio. Franken. Im Berichtsjahr wurde zudem die Ausschreibung für die dritte Serie der Universitären Forschungsschwerpunkte lanciert.

Planmässig 2022

9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel

Die Universität Zürich konnte das konstante Wachstum der vergangenen Jahre bei den Drittmittelprojekten fortsetzen. Insbesondere bei den ERC Grants konnten erfolgreich neue Mittel eingeworben werden. Weiter konnten die Einnahmen bei den Stiftungen erhöht werden.

Planmässig 2022

9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern

Der Betreuungsquotient «Studierende pro Professur» zeigte sich gegenüber dem Vorjahr auf Stufe UZH insgesamt leicht verbessert (39.8 gegenüber 40.1).

Planmässig 2022

9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)

Im Berichtsjahr starteten die Aufbauarbeiten für eine neue Abteilung, die künftige Digitalisierungsprojekte und -prozesse im Bereich Lehre und Studium steuert und weiterentwickelt. Darüber hinaus wurden verschiedene medienpädagogische Tools für Dozierende konzipiert, die ab 2020 auf einer neuen Online-Plattform zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wurde die Grundlage für den weiteren Ausbau von E-Assessments vorangetrieben.

Planmässig 2022

9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung

Die UZH konnte im Berichtsjahr 6 von 34 Eccellenza Professorial Fellowships des Schweizerischen Nationalfonds für sich gewinnen. Zusätzlich erhielten zwei junge Forschende ERC Starting Grants im Umfang von rund 3 Mio. Euro. Im Berichtsjahr wurde vom Graduate Campus ein Best-Practice-Leitfaden für die Doktoratsstufe herausgegeben. Damit soll die Qualität, Attraktivität und Internationalisierung des Doktorats an der UZH gesichert und gestärkt werden.

Planmässig 2022

9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.

An der gemeinsam von der Universität und der ETH veranstalteten «Scientifica» konnten die Besucherinnen und Besucher Forschung hautnah erleben und Antworten auf aktuelle Fragen erhalten. Thema der Wissenschaftstage war «Science-Fiction – Science Facts».

Planmässig 2022

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Mit der Genehmigung der Immobilienverordnung im Januar des Berichtsjahres konnte das Delegationsmodell auch formell eingeführt werden. Die UZH hat im Berichtsjahr die Funktionalität ihres Immobilienmanagements für die neue Verantwortung unter dem Delegationsmodell weiter verbessert. Die Schnittstellen zu den kantonalen Partnern, im Schwerpunkt der Abteilung Finanzen und Bauten der Bildungsdirektion, dem Immobilienamt und dem Hochbauamt, wurden geklärt und eine partnerschaftliche Zusammenarbeit etabliert. Dies zeigte bereits im Berichtsjahr Wirkung, unter anderem in der erstmaligen Ausschöpfung des Immobilieninvestitionsbudgets oder der Neuplanung der Entwicklung des Teilportfolios Irchel. In einem gemeinsamen Ansatz hat die UZH zusammen mit ihren Partnern ein Konzept entwickelt, das mit der Zwischennutzung der 1. Baustapfe der Universität Zürich Irchel für die Mittelschulen und der früher als bisher geplanten Realisierung zusätzlicher Laborflächen am Irchel einen Mehrwert für alle Beteiligten schafft.

Planmässig 2030

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	4890.1	4884.0	5031.7	147.7	3.0

Bemerkungen R19 zu B19

147.7 Die Anstellungen für die Klinischen Forschungsschwerpunkte erfolgen seit dem Berichtsjahr an der UZH und werden nicht wie bisher an den Universitären Spitälern geführt. Darüber hinaus ergab sich auch als Folge der zusätzlichen Studienkapazitäten in der Humanmedizin und der steigenden Nachfrage in den betreuungs- und ressourcenintensiven Fächern eine Zunahme der Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 419.6	1 395.6	1 462.0	66.5	4.8
- Beiträge Bund	139.2	139.4	143.6	4.2	3.0
- Beiträge anderer Kantone	152.1	150.4	155.2	4.9	3.2
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	611.4	619.6	625.8	6.2	1.0
Aufwand	-1 428.8	-1 395.6	-1 451.8	-56.2	-4.0
- Kreditübertragungen					
- Nachtragskredit					

Saldo

-9.2 0.0 10.3 10.3 0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.7		0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-47.1	-40.0	-48.7	-8.7	-21.7
- Kreditübertragungen					
Saldo	-46.4	-40.0	-48.7	-8.7	-21.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
10.3		Abweichungen total R19 zu B19
30.3	A1, A2, A3	- Verschiedene Mehrerträge, u.a. Personalverrechnungen und medizinische Dienstleistungen an Universitäre Spitäler und Strafverfolgungsbehörden
19.4	A2, A3	- Höhere Drittmittel-Projektbeiträge
8.2	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich zum Ausgleich der Teuerungszulage gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018
5.5	A1, A2, A3	- Tieferer Immobilienaufwand, insbesondere für Gebäudenutzungskosten
4.9	A1	- Höhere Einnahmen von anderen Kantonen (Interkantonale Universitätsvereinbarung [IUV])
4.2	A1, A2, A3	- Höhere Grundbeiträge des Bundes gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG)
-1.9	A2	- Tieferer Beitrag Kanton Zürich über Gesundheitsdirektion
-13.1	A1, A2, A3	- Höherer Sachaufwand, u.a. für die Erbringung von medizinischen Dienstleistungen
-17.6	A2, A3	- Höherer Aufwand im Rahmen von Drittmittelprojekten
-31.0	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand bedingt durch die Teuerungszulage, Mehraufwand bei medizinischen Dienstleistern sowie die Umsetzung von strategischen Initiativen, u.a. Studienplatzterhöhung Humanmedizin (72+) und Schwerpunkt Digitalisierung
1.4		- Übrige Abweichungen

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-40.0	-48.7	-8.7	
- Ausgaben	-40.0	-48.7	-8.7	- Nicht budgetierte durch Drittmittelgeber finanzierte Investitionen (-5.8 Mio. Franken; Refinanzierung [Abschreibungen und Zinsen] erfolgt über Drittmittel) und höhere Investitionen im Bereich der IT-Infrastruktur (-2.9 Mio. Franken)
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss §50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2019 der Universität Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 10280895.74 (Vorjahr: Verlust von Fr. 9193084.82) ab. Die Mittel sollen zum Zwecke der Finanzierung von strategischen Initiativen dem Eigenkapital der UZH zugewiesen werden.

Der Universitätsrat beantragt, den Gewinn von Fr. 10280895.74 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss §50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Einlage Reserve Separate Rechnung Fr. 1805045.32
- Einlage Freie Reserve Fr. 8475850.42

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	450.4	468.0	17.7	3.9
Finanzvermögen¹	450.4	468.0	17.7	3.9
Flüssige Mittel	6.2	2.0	-4.2	-67.3
Forderungen	410.2	433.9	23.7	5.8
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	0.1	0.0	10.8
Aktive Rechnungsabgrenzung	32.8	30.8	-2.0	-6.0
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.1	1.1	0.1	5.9
Anlagevermögen	146.4	150.2	3.7	2.6
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	146.4	150.2	3.7	2.6
Sachanlagen	134.7	138.8	4.1	3.1
Immaterielle Anlagen	10.2	9.5	-0.8	-7.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2	0.5	0.3	> 100.0
Beteiligungen	0.4	0.5	0.1	23.0
Investitionsbeiträge	0.8	0.8	-0.0	-1.6
Total Aktiven	596.8	618.2	21.4	3.6
Fremdkapital	-496.5	-507.6	-11.1	-2.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-160.7	-160.4	0.4	0.2
Laufende Verbindlichkeiten	-68.0	-61.7	6.3	9.3
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-60.7	-68.3	-7.6	-12.6
Kurzfristige Rückstellungen	-32.0	-30.4	1.6	5.1
Langfristiges Fremdkapital	-335.8	-347.3	-11.5	-3.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5.0	-2.6	2.4	47.3
Langfristige Rückstellungen	-26.8	-31.8	-5.0	-18.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-304.0	-312.8	-8.8	-2.9
Eigenkapital	-100.3	-110.5	-10.3	-10.3
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-109.4	-100.3	9.2	8.4
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	9.2	-10.3	-19.5	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-596.8	-618.2	-21.4	-3.6
¹ Total Finanzvermögen (FV)	450.4	468.0	17.7	3.9

9690 Zentralbibliothek

Im Berichtsjahr standen insbesondere die Vorbereitung des Übergangs vom NEBIS-Verbund auf die gesamtschweizerische Swiss Library Service Platform (SLSP) und die Mitarbeit im Rahmen des Aufbaus der Universitätsbibliothek Zürich (AUB) im Fokus. Neben den umfassenden statutarischen Tätigkeiten einer wissenschaftlichen Allgemeinbibliothek für das breite Publikum waren die Umsetzung der Strategie 2020, der neue Web-Auftritt, die neu fokussierte E-Media-

Policy, die Arbeiten an der Magazin- und Logistikstrategie, die geplante Retrodigitalisierung im Google Library Program, die mit der Universität Zürich koordinierte Weiterbildungsinitiative für Bibliothekspersonal, die nationale Infrastruktur für Editionen sowie die Arbeiten an Intranet und Workspace wichtige Tätigkeitfelder. Der Jahresbericht 2019 erscheint im Frühjahr 2020 nach Abnahme durch den Stiftungsrat.

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublizierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt - auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen - wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

Bemerkungen

A1, A2, Der Anteil von Kanton und Stadt Zürich an der Finanzierung der Zentralbibliothek erfolgt gemäss Stiftungsvertrag zwischen dem Kanton und der Stadt Zürich vom 26. November / 16. Dezember 1910 im Verhältnis 80% zu 20%.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1 Ausleihen	A1	917244	930000	861179	-68821	-7.4
L2 Gesamtzuwachs Medien (ab 2016 einschliesslich elektronischer Medien)	A2	120181	102000	83966	-18034	-17.7
L3 Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	11909	9800	13212	3412	34.8
B1 Ausleihen pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	5287	5500	4763	-737	-13.4
W1 ZB-Webseitenzugriffe	A1	1289032	1500000	790477	-709523	-47.3

Bemerkungen

- L1 Abbild vermehrter Benutzung elektronischer Medien anstelle physischer Ausleihen
- L2 Kein Einkauf von zusätzlichen E-Books-Archiven
- L3 Das Schulungs- und Veranstaltungsangebot der Zentralbibliothek wurde weiter ausgebaut. Zudem wurden im Berichtsjahr erstmals alle extern zugänglichen Veranstaltungen, Führungen und Schulungen zentral erfasst und einheitlich gezählt.
- W1 Änderung des Zählverfahrens aufgrund neuer Website. Ausfilterung von Maschinenzugriffen.

Entwicklungsschwerpunkte

9690 2a Ausbau des E-Medien-Angebotes mit Schwerpunkt in den Geistes- und Sozialwissenschaften

Der Ausbau ist Ergebnis der fortschreitenden Digitalisierung und wird nach 2020 als kontinuierlicher Prozess weitergeführt. Stand bis

9690 2b Ausbau der Kooperation mit der Universität Zürich: Infrastrukturen & Services für Forschungsdatenmanagement, Mitwirkung im Rahmen der Open Access-Strategie auf dem Hochschulplatz Zürich, Etablierung eines kooperativen Systems für die Literaturbereitstellung

Die Zusammenarbeit erfolgt weiterhin schwergewichtig im Rahmen der Projekte Aufbau Universitätsbibliothek Zürich (AUB) und Swiss Library Service Platform (SLSP), zudem wurde ein Mitarbeiter an die Universität ausgeliehen. Planmässig 2023

9690 2c Entwicklung eines Betriebsmodells für die langfristige Archivierung digitaler Objekte

Die Zentralbibliothek nutzt die digitale Langzeitarchivierung «Rosetta» einschliesslich Datenspeicher der ETH-Bibliothek. Erste Datenlieferungen sind erfolgt. Planmässig 2020

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9690

9690 2d Entwicklung eines tragfähigen Finanzierungsmodells zur nachhaltigen Digitalisierung von ZB-Sammlungen

Die Strategie Retrodigitalisierung wurde von der Bibliothekskommission verabschiedet. Die Stellen wurden bewilligt, die organisatorische Eingliederung ist erfolgt und die Stellen wurden besetzt. Planmässig 2019

9690 2e Sammlung und Präsentation von digitalem Zürcher Kulturgut

Das Sammlungsprofil wurde erarbeitet, die Präsentationsplattform ist evaluiert und der Anbieter bestimmt. Planmässig 2021

9690 2f Mitwirkung hinsichtlich der Inbetriebnahme der Swiss Library Service Plattform (SLSP): nationale Kooperation, Optimierung des Datenaustausches und weiterer gemeinsamer Prozesse zwischen Schweizer Hochschulbibliotheken

Das Verwaltungsratsmandat des Direktors der Zentralbibliothek in der SLSP AG, Projekt ALPZUG (gemeinsame Institutional Zone mit der Universität Zürich, Teilnahme an SLSP-Services) ist in der Ausführungsphase. Planmässig 2021

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	173.5	174.5	180.8	6.3	3.6

Bemerkungen R19 zu B19

6.3 Zusätzliche befristete Projektstellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	42.5	41.8	43.2	1.4	3.4
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	28.9	29.7	29.8	0.2	0.5
Aufwand	-42.4	-41.8	-42.5	-0.7	-1.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	0.1	0.0	0.7	0.7	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	1.2	3.9	3.8	-0.1	-1.3
Ausgaben	-2.1	-3.9	-4.5	-0.6	-16.1
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.9	0.0	-0.7	-0.7	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R19 zu B19
0.6	A1, A2, A3	- Bewertungsgewinn Finanzertrag
0.3	A1, A2, A3	- Verschiedene Mehrerträge
0.3		- Beitrag des Lotteriefonds für das Projekt DigiTUR
0.2	A1, A2, A3	- Höhere Stifterbeiträge Stadt und Kanton Zürich für Teuerungsausgleich gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018
-0.3		- Mehraufwand Projekt DigiTUR (s. oben)
-0.3	A1, A2, A3	- Mehraufwand Medienerwerb
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	0.0	-0.7	-0.7	
- Einnahmen	3.9	3.8	-0.1	- Weniger Investitionsbeiträge von Stadt und Kanton aufgrund ZB-seitiger Vorfinanzierung eines Bauprojekts (Sanierung Altbau)
- Ausgaben	-3.9	-4.5	-0.6	- Höhere Ausgaben für Mobiliens- und Informatikanschaffungen (-0.3 Mio. Franken) und für Darlehen (-0.3 Mio. Franken) als budgetiert
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) verzeichnete im Berichtsjahr weiterhin ein solides Wachstum in der Lehre, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Auf Bachelorstufe lag es hinsichtlich der Anzahl Studierender bei 2% (Vorjahr: 3%) und auf Masterstufe bei 7% (Vorjahr: 13%), sodass die Gesamtzahl über beide Ausbildungsstufen um insgesamt 3% (Vorjahr: 4%) zugenommen hat. Das Dritt-mittelvolumen im Erweiterten Leistungsauftrag konnte um 18% (Vorjahr: 17%) gesteigert werden. Mit einem Personal-wachstum von 5% gegenüber dem Vorjahr hat sich die Per-sonalsituation – trotz des anhaltenden Studierendenwachstums – leicht entspannt. Insbesondere im Erweiterten Lei-stungsauftrag konnte die Personalsituation verbessert werden. Die Hochschulleitung hat im Sommer des Berichtsjah-res mit der «Nachhaltigkeitsstrategie» eine weitere Teil-

strategie verabschiedet. Ziel dieser besteht darin, die nach-haltige Entwicklung in Lehre und Forschung zu verankern sowie mit einem nachhaltigen Hochschulbetrieb eigene Akzente zu setzen. Bei der Entwicklung der Infrastruktur konnten weitere zentrale Meilensteine für die ZHAW erreicht werden. So bezog die School of Management and Law den «Roten Turm» in Winterthur, es erfolgte der Baustart für das grosse Laborgebäude RD in Wädenswil, und die umfassende Hüllensanierung des Hauptgebäudes GA in Wädenswil wurde rechtzeitig zum Semesterbeginn abgeschlossen. Auch im Projekt Campus Technikumstrasse Winterthur konnte das Vorprojekt grösstenteils erarbeitet werden. Die Häuser Ade-line Favre (Halle 52) für das Departement Gesundheit und Richard Coray (Halle 141) für die Bauingenieurinnen und Bau-ingenieure in Winterthur werden planmässig 2020 bezogen.

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschulniveau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	12637	13075	12952	-123	-0.9
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	10993	11283	11192	-91	-0.8
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	1644	1792	1760	-32	-1.8
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	43.0	42.6	44.8	2.2	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10.3	10.9	10.2	-0.7	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	28.2	27.4	30.4	3.0	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	4.5	4.3	4.2	-0.1	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	12957	13886	12883	-1003	-7.2
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHAW, in %	A1, A2	34.2	37.1	32.9	-4.2	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	33.5	32.1	32.6	0.5	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	83.9	79.8	84.5	4.7	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	2403	2790	2651	-139	-5.0
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	556	686	634	-52	-7.6
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2240	2130	2503	373	17.5

Bemerkungen

- L1, L2, Das Studierendenwachstum (Personen) liegt mit -0.9% leicht unter Budget (Bachelor -0.8%, Master -1.8%). Gegenüber Vorjahr ist das Studierendenwachstum mit +2.5% nach wie vor erheblich (Bachelor +1.8%, Master +7.1%). Auf Masterstufe sind die höchsten Wachstumsraten in der School of Engineering (+16.2%) und im Departement Gesundheit (+11.8%) zu verzeichnen.
- L3
- L5 Der Anteil Weiterbildung an den Gesamtkosten hat sowohl gegenüber dem Budget (-0.7%) als auch gegenüber dem Vorjahr (-0.1%) abgenommen, obwohl dieser Bereich in absoluten Zahlen gegenüber dem Vorjahr gewachsen ist (+2.3 Mio. Franken). Grund dafür ist das noch stärkere Wachstum im Leistungsbereich Angewandte Forschung & Entwicklung.
- L6 Der Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten ist sowohl gegenüber Budget (+3.0%) als auch gegenüber dem Vorjahr (+2.2%) gestiegen. In absoluten Zahlen lag das Wachstum gegenüber dem Vorjahr bei +17.6 Mio. Franken (+14.5%).
- L7 Der Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten hat sowohl gegenüber Budget (-0.1%) als auch gegenüber Vorjahr (-0.3%) leicht abgenommen. In absoluten Zahlen bewegt sich dieser Leistungsbereich auf Vorjahresniveau.
- B1 Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion pro Studierende/n war deutlich tiefer (Fr. -1000) als budgetiert und lag auch unter dem Vorjahr (Fr. -74). Das Wachstum der absoluten Kosten im Bereich Diplomausbildung lag mit +2.6% im Bereich des Studierendenwachstums. Die Kennzahl wurde durch einen einmaligen Ergebniseffekt aus der Projektbewertung (hauptsächlich im Forschungsbereich) positiv beeinflusst. Der Kostenbeitrag des Kantons pro Studierende/n wird sich auch aufgrund der geplanten Infrastrukturprojekte voraussichtlich ab 2020 wieder erhöhen (sprungfixe Kosten).
- B2 Der Anteil des Kostenbeitrags der Bildungsdirektion am Gesamtumsatz der ZHAW hat sowohl gegenüber dem Budget (-4.2 Prozentpunkte) als auch gegenüber dem Vorjahr (-1.3 Prozentpunkte) abgenommen. Dies ist auch auf die ausserordentlichen Auflösungen bei den Projektabgrenzungen - hauptsächlich in der Forschung - zurückzuführen (vgl. auch Bemerkung zu B1). Aufgrund der geplanten Massnahmen im Infrastrukturbereich und des Wegfalls der ausserordentlichen Auflösungen bei den Projektabgrenzungen wird der Anteil des Kostenbeitrags des Kantons in den nächsten Jahren wieder steigen.
- B3 Der Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplomausbildung ohne Infrastrukturkosten liegt mit 32.6% um 0.4% höher als budgetiert und um 0.9% tiefer als im Vorjahr.
- B4 Die Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen hat sich sowohl gegenüber dem Budget (+4.7%) als auch gegenüber dem Vorjahr (+0.6%) nochmals erhöht. Mit 84.5% hat die ZHAW ihren bisher höchsten Stand an Kostendeckung erreicht. Auch diese Kennzahl ist durch die ausserordentlichen Auflösungen bei den Projektabgrenzungen beeinflusst.
- W1, W2 Die Anzahl Diplomabschlüsse liegt zwar unter dem Budget (Bachelor -5.0%, Master -7.6%), aber über dem Vorjahresniveau (Bachelor +10.3%, Master +14.0%). Die Anzahl der Diplomabschlüsse widerspiegelt damit das Studierendenwachstum über die letzten zehn Jahre. Die negative Abweichung zum Budget begründet sich durch einen Trend zum Teilzeitstudium mit einer entsprechend längeren Studiendauer.
- W3 Die Anzahl der Projekte in Forschung & Entwicklung hat gegenüber dem Budget und dem Vorjahr zugenommen. Die Zunahme reflektiert das Wachstum in diesem Leistungsbereich.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9710 2c Beteiligung an der Initiative des Bundes gegen den Fachkräftemangel

Die ZHAW beteiligte sich mit verschiedenen Massnahmen erfolgreich an dieser Initiative. Sie beabsichtigt, sich über das Berichtsjahr hinaus durch die Mitwirkung am Pilotprojekt «PiBS praxisintegriertes Bachelorstudium» weiter zu engagieren, falls die gesetzlichen Rahmenbedingungen von der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) im Frühling 2020 genehmigt werden.

Abgeschlossen 2019

9710 2d Bezug der Hallen 141/180/189/191 durch das Departement Architektur, Gestaltung und Bauingenieurwesen auf dem Sulzerareal Winterthur

Bezug des Neubaus «Halle 141» (Haus Richard Coray) im Februar 2020 durch den Fachbereich Bauingenieurwesen. Die Umbauarbeiten in den anliegenden Hallen 180, 189 und 191 wurden bereits 2018 fertiggestellt.

Planmässig 2020

9710 2e Aufbau des strategischen Schwerpunktes «gesellschaftliche Integration»

Das Ziel des Aufbaus des strategischen Schwerpunktes «gesellschaftliche Integration» besteht in der Vertiefung der Expertise und der Positionierung der ZHAW als Mehrspartenhochschule in den Themenfeldern Arbeit, Diversität, Lebensraum und soziale Sicherung. Nach der erfolgreichen Durchführung der ersten Ausschreibung wurden im Frühling 2019 durch die Hochschulleitung im Rahmen der zweiten Ausschreibung die ersten Projekte zur Umsetzung bewilligt. Der Aufbau dieses strategischen Schwerpunktes dauert planmässig bis Ende 2020.

Planmässig 2020

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9710

9710 2f Bezug Haus Adeline Favre auf dem Sulzerareal durch das Departement

Gesundheit

Anfang des Berichtsjahres konnte mit der Fertigstellung der Gebäudehülle und der Aufrichtefeier für das Haus Adeline Favre auf dem Katharina-Sulzer-Platz ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum neuen Ausbildungszentrum für Ergotherapie, Hebammen, Pflege und Physiotherapie erreicht werden. Das Departement Gesundheit mit seinen rund 1700 Studierenden wird das Gebäude im Sommer 2020 beziehen.

Planmässig 2020

9710 2g Umsetzung der Qualitätsstrategie und Vorbereitung der Institutionellen Akkreditierung

Die Vorbereitung der institutionellen Akkreditierung und die Umsetzung der Qualitätsstrategie laufen bis 2020 bzw. 2022 und schreiten planmässig voran. Neben diversen Informed-Peer-Review-Verfahren wurde bis Ende des Berichtsjahres der Selbstbeurteilungsbericht erstellt. Im Mai 2020 findet die Vorortvisite zur Akkreditierung an der ZHAW statt. Der Akkreditierungsentscheid wird bis Ende 2020 erwartet.

Planmässig 2022

9710 2h Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (1. Phase)

Die Planungsarbeiten für die Zwischennutzung der Eulachpassage (heutiger Standort des Departements Gesundheit) durch die School of Engineering sind angelaufen, damit im Sommer 2021 eine erste Teilverlagerung des Campus Technikumstrasse für die Umsetzung der ersten Etappe der bis in die 2030er-Jahre dauernden Sanierung des Campus Technikumstrasse erfolgen kann. Die Arbeiten für die erste Etappe laufen auf Hochtouren. 2024 und 2027 soll je ein neues Laborgebäude bezogen werden. Parallel dazu werden Abklärungen für die zweite Etappe vorgenommen, Arbeiten zur Energieversorgung des ganzen Areals getätigt und weitere Rochaden des Departements T für die Umbauzeit geplant.

Verzögert 2022

9710 2i Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich Energie

2018 konnten die letzten Projekte im Kontext des Kompetenzauf- und -ausbaus abgeschlossen werden. Anfang des Berichtsjahres hat die Hochschulleitung ein Konzept für eine Forschungsplattform verabschiedet, welche die Vernetzung und nachhaltige Nutzung der aufgebauten Kompetenzen befördern soll.

Planmässig 2025

9710 2j Entwicklung Standort Wädenswil (Haus RD, Campus Reidbach & Campus Grüental)

Der Kantonsrat hat im Jahr 2018 das neue Laborgebäude RD genehmigt, das nun bis Anfang 2023 erstellt wird. Die Arbeiten dazu verlaufen planmässig. Zudem wird in einem Vorprojekt eine erweiterte Nutzung der Shedhalle im Campus Reidbach geprüft und bei positivem Befund unter Bewilligungsvorbehalt weiterbearbeitet. Im Grüental wurde im Berichtsjahr das Gebäude GA saniert. Wie es mit den übrigen zum Teil stark sanierungsbedürftigen Gebäuden weitergeht, ist noch offen. Geprüft wird auch ein Neubau anstelle der Sanierung diverser Gebäude, da gemäss Abklärungen die Sanierung der bestehenden Substanz kostenmässig einem Neubau gleichkommt. Die Planungsarbeiten für ein Strickhof-Provisorium auf dem Campus der ZHAW im Grüental sind unter Einbezug der ZHAW angelaufen.

Planmässig 2025

9710 2k Umsetzung Strategie 2015–2025

Die Umsetzung der Strategie 2015–2025 wird mittels Mehrjahres- und Jahreszielen konkretisiert und verläuft bis anhin planmässig.

Planmässig 2025

9710 2l Digitalisierung der Lehre

Die digitale Transformation stellt in mancher Hinsicht eine Herausforderung für die Hochschulen dar. Um darauf agil zu reagieren, hat die Hochschulleitung eine Strategische Initiative «ZHAW digital» gestartet. Fachkräfte aus den Departementen, Finanzen & Services und dem Rektorat bringen ihre Expertise ein, um der Herausforderung der digitalen Transformation gerecht zu werden. Neben der Umsetzung der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) innerhalb der ZHAW wird im Rahmen dieser strategischen Initiative die Digitalisierung der Lehrumgebung und des Lehr- und Lernprozesses weiterentwickelt. Gleichzeitig werden Projekte im Bereich Open Education Resources (OER) abgewickelt.

Planmässig 2029

9710 2m Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (2. Phase)

Die Vorarbeiten (siehe Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur, 1. Phase) sind planmässig angelaufen.

Planmässig 2027

9710 2n Entwicklungen im Rahmen von Open Science

Die ZHAW verfolgt im Bibliotheksbereich eine Open-Access-Strategie, deren Umsetzung sich an der schweizerischen Roadmap orientiert. Zudem engagiert sich die ZHAW in diversen aktuellen Projektgebundenen Beiträge-Projekten (PgB) von Swissuniversities im Kontext Forschungsdatenmanagement und Bibliotheksverbund (SLSP Swiss Library Service Platform). Schliesslich hat die ZHAW eine Open Education Policy (OEP) erarbeitet.

Planmässig 2025

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9710

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2285.7	2365.9	2392.2	26.3	1.1

Bemerkungen R19 zu B19

26.3 Der gewichtete Personalbestand liegt über dem Budget (+1.1%) und über dem Vorjahr (+4.7%) und ist damit stärker gestiegen als die Anzahl Studierender gegenüber dem Vorjahr (+2.5%). Im Dreijahresvergleich liegt das Personalwachstum mit +2.6% pro Jahr nach wie vor unter dem Wachstum der Studierenden (+3.7% pro Jahr). Neben dem Nachholbedarf ist der Anstieg im Personalbestand auch dem Wachstum in den Bereichen Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung sowie Weiterbildung geschuldet.

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	479.0	489.4	507.6	18.1	3.7
- Beiträge Bund	89.7	91.3	92.8	1.5	1.6
- Beiträge anderer Kantone	87.7	90.1	88.4	-1.7	-1.9
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	163.7	181.6	166.9	-14.7	-8.1
Aufwand	-467.1	-503.3	-495.8	7.5	1.5
- Kreditübertragungen		-13.8			
Saldo	11.9	-13.8	11.8	25.6	185.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen	0.5		0.5	0.5	0.0
Ausgaben	-11.5	-23.1	-13.4	9.7	41.9
- Kreditübertragungen		-5.1		5.1	100.0
Saldo	-11.0	-23.1	-12.9	10.2	44.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
25.6		Abweichungen total R19 zu B19
17.5	A1, A2	- Die ZHAW hat über die letzten 18 Monate ihr Projektportfolio überprüft und bereinigt. Sie legt neu einen strengeren Massstab für die Projektbewertung fest. Die damit einhergehenden ausserordentlichen Auflösungen bei den Projektabgrenzungen ergaben im Berichtsjahr hauptsächlich im Forschungsbereich einen einmaligen positiven Ergebniseffekt in erheblichem Umfang, der einem Fünftel des Projektumsatzes der beiden letzten Jahre entspricht.
13.8	A1, A2	- Die Kreditübertragungen aus dem Vorjahr wurden im Berichtsjahr in Höhe von 2.2 Mio. Franken verwendet und 6.7 Mio. Franken werden wieder aufs Folgejahr übertragen (Wiederbeantragung Kreditübertragung aus dem Vorjahr ins Folgejahr).
12.0	A1, A2	- Die Entgelte (insbesondere Kursgelder und Dienstleistungserträge) liegen über Budget (+12.9%) und über Vorjahr (+1.4%). Die KEF-Planung 2019-2022 ging noch von einem deutlich weniger starken Wachstum aus.
2.6	A1, A2	- Die Erträge aus internen Verrechnungen in Höhe von 4.0 Mio. Franken haben sich gegenüber Vorjahr nochmals um 0.7 Mio. Franken erhöht und waren zu tief budgetiert.
1.5	A1, A2	- Die Beiträge Bund (Grundbeiträge) lagen über Budget (+1.6%) und über Vorjahr (+3.5%). Während der Grundbeitrag für die Lehre in Höhe von 82.3 Mio. Franken im Rahmen des Vorjahres lag, hat der Grundbeitrag für die Forschung in Höhe von 10.5 Mio. Franken stark zugenommen gegenüber Vorjahr (+45.4%); die Grundbeiträge Bund stiegen schweizweit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 2.2%. Der Anteil der ZHAW an den schweizweit vom Bund geleisteten Grundbeiträgen lag wie im Vorjahr bei rund 17%.
-1.7	A1, A2	- Die Beiträge anderer Kantone auf der Grundlage der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) lagen unter Budget (-1.9%), aber über Vorjahr (+0.8%). Im Berichtsjahr war das Studierendenwachstum zum einen niedriger als budgetiert (2.5% statt 3.5%), zum anderen war ein Anstieg des Anteils der Zürcher Studierenden zu verzeichnen (48.3% gegenüber Vorjahr 47.2%).
-3.1	A1, A2	- Der Personalaufwand lag um 0.9% über Budget. Gegenüber Vorjahr betrug das Wachstum im Personalaufwand 5.4% und entspricht damit dem effektiven Wachstum im Beschäftigungsumfang (+4.7%) und der Teuerung (+1.0%) abzüglich Rotationsgewinne.
-3.2	A1, A2	- Der Sachaufwand lag über Budget (+2.6%) und über Vorjahr (+8.3%). Die grössten Steigerungen gab es bei folgenden Positionen: nicht aktivierbare Anlagen (+2.6 Mio. Franken), Miete Liegenschaften (+2.2 Mio. Franken) sowie Dienstleistungen und Honorare (+1.8 Mio. Franken).

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9710

- 14.7 A1, A2 - Der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion wurde im Berichtsjahr um -14.7 Mio. Franken (-8.1%) gegenüber Budget gesenkt. Die Veränderung setzt sich wie folgt zusammen: +2.2 Mio. Franken Erhöhung aus Verwendung Kreditübertragung aus dem Vorjahr, -7.9 Mio. Franken Neubeantragung Kreditübertragung aus dem Berichtsjahr ins Folgejahr, -9.0 Mio. Franken Rückführung Staatsbeitrag an den Kanton. Gegenüber dem Vorjahr hat sich der Kostenbeitrag der Bildungsdirektion um 1.9% erhöht. Grund dafür ist das Wachstum bei den Studierendenzahlen (+2.5%) und in den Leistungsbereichen Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung (Umsatzzunahme 14.5%) sowie Weiterbildung (+5.3%).
- 0.9 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-23.1	-12.9	10.2	
- Einnahmen Investitionsbeiträge vom Bund	0.0	0.5	0.5	- Die Investitionsbeiträge vom Bund entsprechen dem Vorjahr, wurden nicht separat budgetiert.
- Ausgaben für Infrastrukturprojekte	-23.1	-13.4	9.7	- Die tieferen Ausgaben sind durch Projektverzögerungen begründet. Im Berichtsjahr lagen die Ausgaben für Investitionen um +16.2% über dem Vorjahr. Es wurde eine Kreditübertragung von 6.8 Mio. Franken in die Investitionsrechnung für das Folgejahr beantragt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss §50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2019 der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Ergebnis von Fr. 11 810 596.58 (Vorjahr Fr. 11 898 776.33) ab. Dies entspricht 2.4% des umgesetzten Kostenvolumens von rund 495 Mio. Franken. Hauptgründe für dieses positive Ergebnis sind ausserordentliche Auflösungen bei den Projektabgrenzungen hauptsächlich in der Forschung und teilweise in der Dienstleistung. Die Projektabgrenzungen wurden in der Vergangenheit sehr vorsichtig vorgenommen. Neben diesem ausserordentlichen Sondereffekt tragen auch verbesserte Deckungsbeiträge bei der Weiterbildung und Forschung zu einem verbesserten Ergebnis bei. Insgesamt ist im erweiterten Leistungsauftrag ein Drittmittelwachstum von 18.1% zu ver-

zeichnen. Im Infrastrukturbereich werden verschiedene Neumieten ab 2020 zu einer Erhöhung der Fixkosten führen. Der Rektor der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beantragt den Gewinn von Fr. 11 810 596.58 in Höhe von Fr. 5 905 298.29 (50%) an den Kanton Zürich zurückzuführen und den verbleibenden Betrag von ebenfalls Fr. 5 905 298.29 (50%) dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss §50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Rückführung an den Kanton Zürich Fr. 5 905 298.29
- Einlage in die strategische Reserve Fr. 5 905 298.29

Diese Mittel sollen für die neu geschaffene Teilstrategie «Nachhaltigkeit» sowie für das Thema «Entrepreneurship» eingesetzt werden, dessen strategische Eckpunkte für die Umsetzung im nächsten Jahr durch die Hochschulleitung festgelegt werden sollen.

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9710

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	148.2	148.9	0.7	0.5
Finanzvermögen¹	148.2	148.9	0.7	0.5
Flüssige Mittel	0.5	1.1	0.6	> 100.0
Forderungen	140.6	139.9	-0.6	-0.4
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.8	7.5	0.7	10.4
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.3	0.3	0.0	1.3
Anlagevermögen	42.7	43.5	0.8	1.9
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	42.7	43.5	0.8	1.9
Sachanlagen	41.2	41.2	-0.0	-0.0
Immaterielle Anlagen	1.2	1.7	0.5	41.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2	0.5	0.3	> 100.0
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	35.3
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	190.9	192.4	1.5	0.8
Fremdkapital	-143.8	-133.5	10.3	7.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-143.1	-132.7	10.4	7.3
Laufende Verbindlichkeiten	-28.0	-29.9	-2.0	-7.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-95.3	-81.5	13.8	14.5
Kurzfristige Rückstellungen	-19.8	-21.3	-1.4	-7.3
Langfristiges Fremdkapital	-0.7	-0.8	-0.1	-18.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.3	-0.6	-0.3	-82.4
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-0.2	0.2	46.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-47.1	-58.9	-11.8	-25.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-35.2	-47.1	-11.9	-33.8
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Jahresergebnis	-11.9	-11.8	0.1	0.7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-190.9	-192.4	-1.5	-0.8
¹ Total Finanzvermögen (FV)	148.2	148.9	0.7	0.5

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Der Fachhochschulrat genehmigte die Strategie der Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) für die Jahre 2019–2023. Die ZHdK entwickelte die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen mit und will mit den Schwerpunkten Creative Economies und Immersive Arts digitale Vorhaben grösseren Massstabs in ihren Disziplinen vorantreiben. Im neu gegründeten Kompetenzzentrum Zurich Centre for Creative Economies werden bestehendes Wissen und Initiativen zur Kreativwirtschaft verknüpft und weiterentwickelt. Der Immersive Arts Space, ein hochtechnisiertes Lab, dient der künstlerischen Auseinandersetzung mit neuen Technologien und soll für die interdisziplinäre Zusammenarbeit in Lehre und Forschung beispielhaft werden. Mit der Ende des Berichtsjahres offiziell lancierten virtuellen Kooperationsplattform Shared Campus will die ZHdK zusammen mit führenden internationalen Kunsthochschulen gemeinsame Bildungsformate, Forschungspro-

jekte und Produktionen durchführen. Die Einführung des Major-Minor-Modells, das Studierende noch besser auf die zunehmend vielfältigen Laufbahnen vorbereiten soll, rückt näher: Der Auftrag zur Konzeption von Major-Angeboten wurde erteilt. Der Betrieb der «School of Commons», eines von Studierenden initiierten Projekts für selbstorganisiertes Lernen, wurde für weitere drei Jahre gesichert. Die Initiativen Kuratorium Ökologie und Zentrum für Nachhaltigkeit sollen die nachhaltige ökologische, soziale und ökonomische Transformation an der Hochschule vorantreiben. Am Hochschultag wurden Clownin Gardi Hutter und Tänzerin Aram Hasler, zwei Alumnae der ZHdK, mit den Ehrentiteln «Honorary Companion» bzw. «Companion» ausgezeichnet. Für weitere Ausführungen wird auf den Jahresbericht 2019 der ZHdK verwiesen (Publikation im Mai 2020).

Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design sowie Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Künstlerische Vorbildungen Musik und Gestaltung (Propädeutikum) und Tanzakademie)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	2107	2092	2186	94	4.5
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1226	1181	1251	70	5.9
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	881	911	935	24	2.6
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	19.9	16.5	21.8	5.3	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	4.4	3.6	4.5	0.9	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	15.3	12.8	17.1	4.3	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	0.2	0.1	0.2	0.1	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	41996	42427	40284	-2143	-5.1
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHdK, in %	A1, A2	63.2	64	61.1	-2.9	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	22.6	22.7	23.0	0.3	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	57.3	57.3	60.2	2.9	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	327	326	321	-5	-1.5
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	299	342	327	-15	-4.4
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	60	55	57	2	3.6

Bemerkungen

- L1, L2, Die Zahl der Studierenden liegt über dem Budget. Dies ist hauptsächlich auf eine längere Studiendauer bis zum Abschluss zurückzuführen.
- B1 Die höheren Studierendenzahlen führen zu einem tieferen Kostenbeitrag des Kantons pro Studierende/n als budgetiert.
- B2 Die Projektbeiträge Dritter bei der Forschung und Entwicklung konnten gegenüber dem Budget gesteigert werden. Zusätzlich konnten auch mehr Weiterbildungsangebote als budgetiert zur Verfügung gestellt und durchgeführt werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9720 2a Konzipierung und Aufbau «Media Innovation Lab»

Forschungsinitiative unter dem Namen «Immersive Art Space» erfolgreich gestartet Planmässig 2021

9720 2b Implementierung des neuen Professorenstellenmodells zur Integration von Forschung und Lehre und zur Profilierung strategischer Schwerpunkte

Projekt Zukünftige Forschungsorganisation mit den Zielsetzungen Professorenstellenmodell, Institutskonzeption und Finanzierungsmodell gestartet Planmässig 2021

9720 2c Evaluation und Neuausrichtung Bildung und Vermittlung

Die Reorganisation des Departementes Kulturanalysen und Vermittlung wird noch über das Berichtsjahr hinaus in Arbeit sein. Verzögert 2019

9720 2d Konzeption und Einführung von einer Major-Minor-Struktur im Lehrangebot

Die Analysephase ist abgeschlossen. Die Projektorganisation ist in allen Departementen aufgebaut. Der Auftrag zur Grobkonzeption von Major-Angeboten ist erteilt. Planmässig 2022

9720 2e Umsetzung Revision der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschulen (PVF)

Der Rechtsetzungsprozess muss abgewartet werden. Verzögert 2022

9720 2f Konzeption und Umsetzung eines neuen Institutsmodells in der Forschung entlang der Massgabe des neuen Professorenstellenmodells

Der Entwicklungsschwerpunkt ist in das Projekt Zukünftige Forschungsorganisation (vgl. 9720 2b) integriert worden. Planmässig 2022

9720 2g Entwicklung von weiteren Weiterbildungsangeboten, auch für den internationalen Markt

Aus Pilotprojekten wurden die beabsichtigten Erkenntnisse gewonnen. Es wurde beschlossen, das Thema nicht prioritär weiterzuverfolgen. Abgeschlossen 2019

9720 2i Institutionelle Akkreditierung abgeschlossen

Ein Gesuch an den Akkreditierungsrat ist eingereicht und zugelassen worden. Die Zusammenarbeit mit der Akkreditierungsagentur ist aufgenommen und der interne Prozess gestartet worden. Planmässig 2021

9720 2j Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie für die Leistungsbereiche Lehre und Forschung sowie die Verwaltung

Die vom Fachhochschulrat genehmigte Strategie ZHdK 2019–2023 enthält explizite Ziele bezüglich Digitalisierung. Erste Massnahmen wurden beschlossen und begonnen. Abgeschlossen 2019

9720 2k Integration der durch projektgebundene Beiträge des Bundes mitfinanzierten Doktoratsprogramme

Alle Doktoratsprogramme laufen. Es wurde eine Koordinationsstelle PhD geschaffen und ein Konzept zur Integration des dritten Zyklus in allen Departementen erstellt. Planmässig 2020

9720 2l Systematisierung von Vorstudium-Angeboten zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit des Standorts Zürich

Die drei künstlerischen Vorbildungsangebotsbereiche gestalterisches Propädeutikum, PreCollege Musik und Tanz werden ab Herbstsemester 2020/2021 auf der neuen Rechtsgrundlage geführt (Änderung vom 22. Oktober 2018 des Fachhochschulgesetzes). Planmässig 2020

9720 2m Ausbau der Forschungsinitiative Creative Economies

Die Organisationseinheit wurde gegründet. Die Drittmittelfinanzierung wurde durch eine Partnerschaft mit der Zürcher Kantonalbank gesichert. Eine Professorenstelle wurde per Ende Jahr besetzt. Planmässig 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	694.9	689.0	715.7	26.7	3.9

Bemerkungen R19 zu B19

26.7 Der höhere Beschäftigungsumfang ist vor allem auf die stärker als budgetierte Zunahme von Drittmittelprojekten im Bereich Forschung und Entwicklung sowie im Leistungsbereichs Weiterbildung zurückzuführen.

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9720

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		169.7	167.8	175.3	7.5	4.5
-	Beiträge Bund	23.0	23.2	23.2	0.0	0.1
-	Beiträge anderer Kantone	18.2	19.2	18.9	-0.3	-1.3
-	Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	107.3	107.4	107.2	-0.2	-0.2
Aufwand		-169.8	-167.8	-173.8	-5.9	-3.5
-	Kreditübertragungen					
Saldo		-0.1	0.0	1.6	1.6	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.1				
Ausgaben		-2.4	-4.1	-3.7	0.4	8.8
-	Kreditübertragungen					
Saldo		-2.3	-4.1	-3.7	0.4	8.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.6		Abweichungen total R19 zu B19
3.1		- Mieteranteil ZHAW am Toni-Areal (Geschoss T11) bisher als Aufwandminderung durch die ZHdK an die ZHAW weiterverrechnet; Weiterverrechnung neu durch das Immobilienamt als interne Bruttoverrechnung (Verbuchung im Ertrag und Aufwand statt als Aufwandminderung)
2.1		- Höhere Erträge aus internen Verrechnungen, insbesondere für kalkulatorische Mieten durch Immobilienamt, bisher netto als Nutzungskosten ausgewiesen
1.5	A1, A2	- Mehreinnahmen bei Schul- und Kursgeldern aufgrund höherer Studierenden- bzw. Teilnehmendenzahlen
1.3	A2, A3	- Höhere Benützungs- und Dienstleistungserträge, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung
1.3	A1, A2, A3	- Tieferer Material- und Warenaufwand und tiefere übrige Sachkosten
1.2	A2	- Höhere Beiträge Bund und Gemeinden, v.a. für Forschungsprojekte SNF und Betriebsbeitrag Stadt Zürich für Pavillon Le Corbusier
0.7		- Höhere Finanzerträge durch Weitervermietung von Räumen
0.7	A1, A2, A3	- Tiefere Aufwände für Dienstleistungen Dritter
0.5	A3	- Höhere Verkaufserlöse im Museumsbereich durch Eröffnung Pavillon Le Corbusier
0.3	A1	- Nicht budgetierte durchlaufende Beiträge des Bundes für Mobilitätsprogramme
0.3		- Höhere Auflösung passivierte Investitionsbeiträge durch Restwertabschreibungen
0.3		- Höhere Rückerstattungen, u.a. aus Überschuss Mensa
0.3		- Tiefere externe Ver- und Entsorgungskosten, ein Teil der Kosten wird über das Immobilienamt als interne Verrechnungen weiterbelastet
0.1		- Rückvergütung CO ₂ -Abgabe
-0.2	A3	- Tieferer Staatsbeitrag Berufsausbildung Tanz (Mittelschul- und Berufsbildungsamt)
-0.3		- Höhere Abschreibungskosten aufgrund Restwertberichtigung
-0.3	A1	- Nicht budgetierte durchlaufende Beiträge des Bundes für Mobilitätsprogramme (vgl. oben)
-0.3	A1	- Tiefere Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) aufgrund weniger Studierender von ausserhalb des Kantons Zürich
-0.6	A1, A2, A3	- Tiefere übrige Entgelte und übriger Ertrag
-0.6	A1, A2, A3	- Höhere Unterhaltskosten für baulichen Unterhalt und Anlagen
-0.6	A1, A2, A3	- Höhere Reisekosten
-4.4	A1, A2, A3	- Höhere Personalkosten aufgrund höheren Beschäftigungsumfangs und Teuerungszulage gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018
-5.0	A1, A2, A3	- Höhere interne Verrechnungen aufgrund Transfer Immobilienbewirtschaftung in das Immobilienamt
0.2		- Übrige Abweichungen

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss §50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2019 der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Gewinn von Fr. 1566166.82 (Vorjahr: Verlust Fr. 92192.49). Das Jahresergebnis wirkt sich wie folgt auf die Reserven der ZHdK aus: Entnahme Fr. 859192.00 für vom Rektor bewilligte Projekte zulasten der allgemeinen und strategischen Reserve (Projekt Arts for Change, Projekt

Major_minor, Forschungsinitiative Immersive Arts Space, Projekt IT-Strategie 2020). Einlage von Fr. 2425358.82 aufgrund von Saldoverbesserungen (u.a. Zusatzerträge Gastronomie, Ergebnisverbesserung Leistungsbereich Weiterbildung und Museum für Gestaltung) und für noch nicht angefallenen Aufwendungen aufgrund von Projektverzögerungen (u.a. Praxisfeld Sprache Bachelor Fine Arts, Projekte Dossiers Lehre, Internationales und Veranstaltungen).

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9720

Der Rektor beantragt, den Gewinn von Fr. 1 566 166.82 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss §50 Abs. 3 FCV) gutzuschreiben:

- Entnahme allgemeine Reserve Fr. 506 151.00
- Entnahme strategische Reserve Fr. 353 041.00
- Einlage strategische Reserve Fr. 2 425 358.82

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9720

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	9.3	16.5	7.2	77.7
Finanzvermögen¹	9.3	16.5	7.2	77.7
Flüssige Mittel	0.3	0.2	-0.1	-25.0
Forderungen	6.0	12.5	6.5	> 100.0
Kurzfristige Finanzanlagen	0.0	0.0	-0.0	-83.3
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.0	3.9	0.9	28.6
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	34.0	29.0	-5.0	-14.6
Finanzvermögen¹		0.2	0.2	
Finanzanlagen		0.2	0.2	
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	34.0	28.8	-5.1	-15.1
Sachanlagen	33.2	28.1	-5.0	-15.2
Immaterielle Anlagen	0.5	0.1	-0.4	-78.8
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2	0.5	0.3	> 100.0
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	43.3	45.5	2.3	5.2
Fremdkapital	-25.1	-25.7	-0.7	-2.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-18.1	-20.5	-2.4	-13.3
Laufende Verbindlichkeiten	-7.6	-11.5	-3.9	-51.7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-6.5	-5.6	0.9	13.7
Kurzfristige Rückstellungen	-4.1	-3.5	0.6	15.0
Langfristiges Fremdkapital	-6.9	-5.2	1.7	24.8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-6.8	-5.1	1.7	25.1
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.1	0.0	3.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-18.2	-19.8	-1.6	-8.6
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-18.3	-18.2	0.1	0.5
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.1	-1.6	-1.7	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-43.3	-45.5	-2.3	-5.2
¹ Total Finanzvermögen (FV)	9.3	16.7	7.4	79.5

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) beschäftigte sich im Berichtsjahr intensiv mit der Umsetzung ihrer Strategie 2018–2021. Dabei wurden sowohl hochschulweite als auch leistungsbereichsspezifische Massnahmen erarbeitet und verabschiedet. Ebenso konsolidierte die Hochschulleitung gemeinsam mit den Leistungsbereichen das fachliche Profil der PHZH. Die neun Fachgruppen in den Bereichen Fachdidaktik, Profession und System sowie Bildungswissenschaften intensivierten ihre Aktivitäten und stärkten den Wissenstransfer nach innen und aussen.

Im Berichtsjahr startete die Hochschulleitung zudem gemeinsam mit der Schweizerischen Agentur für Akkreditierung und Qualitätssicherung die institutionelle Akkreditierung. Ausserdem führte die PHZH zum fünften Mal eine Mitarbeitendenbefragung (Mabe) durch. Die Befragung zeigte, dass die Gesamtzufriedenheit der Mitarbeitenden seit der letztmaligen Mabe 2015 auf hohem Niveau verblieb, in einzelnen Bereichen sogar gestiegen ist.

Erneut stieg die Zahl der Studierenden gegenüber dem Vorjahr an. Das Herbstsemester 2019/2020 startete überdies mit weiterentwickelten Studiengängen für die Kindergarten- und Unterstufe sowie die Primarstufe. In der Weiterbildung spielten digitale Kurs- und Tagungsformate wiederum eine zentrale Rolle. Viele der durchgeführten Weiterbildungen und neu publizierten Lehrmittel fokussierten auf den 3. Zyklus (1. bis 3. Klasse der Sekundarstufe 1), in dem im Berichtsjahr der Lehrplan 21 eingeführt worden ist. Die Forschungsprojekte der PHZH schliesslich wurden von namhaften öffentlichen und privaten Institutionen gefördert – u.a. vom Schweizerischen Nationalfonds, der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren und der Bosch-Stiftung. Die Drittmittelfinanzierung blieb im Vergleich zum Vorjahr mit rund 2,5 Mio. Franken stabil.

Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulniveau, die dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	3205	3449	3288	-161	-4.7
L2	Studierende in der Eingangsstufe (Bachelorstudiengänge)	A1	491	483	516	33	6.8
L10	Studierende in der Primarstufe (Bachelorstudiengänge)	A1	1360	1442	1384	-58	-4.0
L3	Studierende in der Sekundarstufe I (Masterstudiengang)	A1	883	1030	913	-117	-11.4
L4	Studierende in der Sekundarstufe II	A1	373	280	317	37	13.2
L12	Studierende in der Fachdidaktik (Masterstudiengänge)	A1	105	105	108	3	2.9
L5	Studierende in den kantonalen Studiengängen (Quest, kantonale Stufenumstiege Sek. I, Berufskundeunterricht Sek. II im Nebenberuf)	A1	98	110	50	-60	-54.5
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	31.4	30	32.2	2.2	
L7	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10	8.3	10.5	2.2	
L8	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.2	10.3	9.3	-1.0	
L9	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	12.3	11.5	12.4	0.9	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	33887	31261	33319	2058	6.6
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der PHZH, in %	A1, A2	72.8	72.2	71.6	-0.6	
B3	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	54.7	55.6	57.7	2.1	
W1	Bachelordiplomabschlüsse Eingangsstufe und Primarstufe	A1	507	485	555	70	14.4
W2	Masterdiplomabschlüsse Sekundarstufe I	A1	106	70	129	59	84.3
W3	Diplomabschlüsse Sekundarstufe II	A1	179	139	160	21	15.1
W6	Masterdiplomabschlüsse Fachdidaktik	A1		6	8	2	33.3

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9740

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ%
W4 Zürcher Lehrdiplomabschlüsse (Quest, KSTS, Sek. II Nebenberuf)	A1	33	54	6	-48	-88.9
W5 Projekte Forschung und Entwicklung	A2	52	65	50	-15	-23.1

Bemerkungen

- Allg. Die Indikatorwerte für das Berichtsjahr beruhen auf der Kostenrechnung 2019 der PHZH.
- L1 Das Studierendenwachstum gegenüber dem Vorjahr beträgt insgesamt 2.6%. Der Gesamtzuwachs war mit 84 Studierenden etwas geringer als vorhergesagt.
- L5 Die QUEST-Studiengänge im Bereich Eingangs- und Primarstufe und die weiterentwickelten Studiengänge auf der Sekundarstufe I (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 9740 2a) wurden durch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) 2018 anerkannt. Neu eintretenden Studierenden dieser Studiengänge werden daher unter L2, L10 und L3 gezählt, nicht mehr unter den kantonalen Studiengängen L5. Dies wurde in der Budgetierung 2019 noch nicht berücksichtigt.
- L7 Grossflächige Schulungen der Schulleitungen und Lehrpersonen im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21
- B1 Der Kostenbeitrag pro Studierende/n lag höher als budgetiert, aber unter den Vorjahreswert.
- W1, W2, W3, W6 Die Anzahl Diplomabschlüsse war höher als budgetiert (+6.0%). Verschiebungen von W4 zu W1-W3 analog zu den Studierendenzahlen, wie unter L5

Entwicklungsschwerpunkte

9740 2a Weiterentwicklung der Studiengänge Eingangsstufe, Primarstufe und Sekundarstufe I unter Orientierung am Lehrplan 21 und Aufnahme von Veränderungen in der Gesellschaft und im Schulfeld. Alle Studiengänge sollen zu einem von der EDK anerkannten Lehrdiplom führen.

Die Entwicklung verläuft planmässig. Die ersten Studiengänge sind durch die EDK anerkannt. Stand bis
Planmässig 2021

9740 2b Weiterbildung und Beratung zur Einführung des Lehrplan 21 im Kanton Zürich für 15'000 Lehrpersonen und 500 Schulleitungen und -teams: Präsenz- und Blended Learning Angebote im Auftrag der Bildungsdirektion (inkl. Nachqualifikationen)

Die Weiterbildungen und Beratungen der Lehrpersonen und Schulleitungen werden laufend erfolgreich durchgeführt. Planmässig 2021

9740 2c Aufbau und Weiterentwicklung der fachdidaktischen Kompetenzen als ein Schwerpunkt in der Lehre und Forschung. Weiterführung und Ausbau der Masterstudiengänge Fachdidaktik und der angewandten Forschung in den Fachdidaktiken mit Unterstützung des Bundes (Projektgebundene Beiträge HFKG)

108 Studierende sind in den Studiengängen der Fachdidaktik eingeschrieben (R18: 85 Studierende). Planmässig 2020

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	590.7	576.4	610.7	34.3	6.0

Bemerkungen R19 zu B19

- 34.3 Die Anzahl der Studierenden ist in der Vergangenheit stark gewachsen. Damit das Wachstum der vom Personal geleisteten Mehrzeit begrenzt werden kann, wurde vor allem in der Lehre der Personalbestand erhöht.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	149.3	149.3	153.1	3.7	2.5
- Beiträge anderer Kantone	17.2	16.8	18.4	1.6	9.5
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	108.6	107.8	110.0	2.2	2.0
Aufwand	-149.9	-149.3	-153.6	-4.2	-2.8
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.7	0.0	-0.5	-0.5	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben	-0.1	-1.6	-0.8	0.7	47.2
- Kreditübertragungen					
Saldo	-0.1	-1.6	-0.8	0.7	47.2

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9740

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.5		Abweichungen total R19 zu B19
2.2	A1, A2	- Höherer Staatsbeitrag für Teuerungszulage gemäss RRB Nrn. 86/2019 und 997/2018 (+1.0 Mio. Franken) sowie für die Zusatzaufwendungen der PHZH für Weiterbildungen im Zusammenhang mit der Einführung des Lehrplans 21 (+0.7 Mio. Franken). Zudem +0.4 Mio. Franken nicht budgetierter Beitrag des Lotteriefonds des Kantons Zürich
1.6	A1	- Höhere Beiträge von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) aufgrund mehr Studierender von ausserhalb des Kantons Zürich
0.7	A1, A2	- Tiefere Sachkosten
-5.0	A1, A2	- Höherer Personalaufwand aufgrund höheren Beschäftigungsumfangs und Teuerungsausgleichs (vgl. oben)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B19	R19	Δ abs.	Begründungen
Nettoinvestitionen total	-1.6	-0.8	0.7	
- Ausgaben	-1.6	-0.8	0.8	- Tiefere Investitionskosten als geplant
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Verlustdeckung

Gemäss §50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung 2019 der PHZH schliesst mit einem Verlust von Fr. 516196.21 (Vorjahr Verlust Fr. 678176.38). Der Verlust ist auf die höheren Personalkosten aufgrund des Wachstums, namentlich im Bereich der Lehre, zurückzuführen.

Der Rektor beantragt, den Verlust von Fr. 516196.21 der allgemeinen Reserve dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss §50 FCV) zu belasten:

- Entnahme allgemeine Reserve Fr. 516196.21

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9740

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	44.7	37.1	-7.6	-17.0
Finanzvermögen¹	44.7	37.1	-7.6	-17.0
Flüssige Mittel	0.1	0.5	0.4	> 100.0
Forderungen	42.4	34.1	-8.3	-19.5
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.0	2.2	0.2	10.8
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.2	0.3	0.1	23.6
Anlagevermögen	1.6	1.9	0.3	21.2
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	1.6	1.9	0.3	21.2
Sachanlagen	1.6	1.9	0.3	21.2
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	46.3	39.0	-7.3	-15.7
Fremdkapital	-31.6	-24.8	6.8	21.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-31.1	-24.6	6.5	20.7
Laufende Verbindlichkeiten	-10.4	-6.2	4.2	40.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-10.9	-10.7	0.2	1.8
Kurzfristige Rückstellungen	-9.8	-7.7	2.1	21.3
Langfristiges Fremdkapital	-0.5	-0.2	0.3	63.1
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.5	-0.2	0.3	63.1
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-14.7	-14.1	0.5	3.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-15.3	-14.7	0.7	4.4
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.7	0.5	-0.2	-23.9
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-46.3	-39.0	7.3	15.7
¹ Total Finanzvermögen (FV)	44.7	37.1	-7.6	-17.0

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2282.2	2286.8	2447.7	160.9	7.0
Aufwand	-2204.6	-2222.6	-2369.1	-146.5	-6.6
Saldo	77.5	64.2	78.6	14.4	22.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.9	2.6	4.0	1.4	52.0
Ausgaben	-179.2	-302.2	-182.7	119.5	39.5
Saldo	-175.3	-299.6	-178.7	120.9	40.3

9510 Universitätsspital Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital folgenden Zweck: Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1504.1	1409.2	1534.9	125.7	8.9
Aufwand	-1442.9	-1357.3	-1495.2	-137.9	-10.2
Saldo	61.2	51.8	39.7	-12.1	-23.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.9		1.4	1.4	0.0
Ausgaben	-153.4	-169.4	-77.9	91.4	54.0
Saldo	-151.4	-169.4	-76.5	92.9	54.8

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss §11 Abs. 3 Ziff. 5 USZG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. zur Deckung des Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet nach §9 Ziff. 6 USZG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. zur Deckung des Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Der Gewinn des USZ beträgt Fr. 36296359 gemäss Einzelabschluss des USZ (Swiss GAAP FER). Dieser ist massgebend für die Gewinnverwendung. Das Ergebnis nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung, HBR) beläuft sich auf Fr. 39683134.

Das Gesundheitswesen ist infolge der Covid-19-Pandemie seit März 2020 grossen Belastungen ausgesetzt. Das gilt insbesondere für die Akutspitäler. Aufgrund dieser ausserordentlichen Lage beantragt der Regierungsrat, auf eine Gewinnverwendung zugunsten des Kantons Zürich im laufenden Jahr zu verzichten. Der Gewinn gemäss Einzelabschluss von Fr. 36296359 soll den freien Reserven (Eigenkapital) zugewiesen werden. Die Eigenkapitalquote kann durch die Zuweisung

gen im Hinblick auf die aktuellen Belastungen weiter gestärkt werden. Sie beträgt unter der Berücksichtigung der beantragten Gewinnverwendung rund 67% und liegt damit über der Schwelle, die bei der Verselbstständigung massgeblich war. Der Spitalrat des USZ hat zuhanden des Regierungsrates für die Gewinnverwendung im Februar 2020 beantragt, den Gewinn vollumfänglich einzubehalten, und keine Verwendung zugunsten des Kantons vorgesehen. Es begründet diesen Antrag damals mit der Verschlechterung der finanziellen Perspektiven und den Belastungen durch die umfangreichen geplanten Investitionen für Spitalbauten im Hochschulquartier.

Die beantragte Gewinnverwendung und der damit verbundene Verzicht auf eine teilweise Verwendung zugunsten des Kantons ist den aktuellen Belastungen geschuldet und stellt kein Präjudiz für die kommenden Jahre dar. Die Grundsätze zur zukünftigen Gewinnverwendung sollen im Rahmen der bevorstehenden Überarbeitung in der Eigentümerstrategie zum USZ festgeschrieben werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9510

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	566.3	519.9	-46.4	-8.2
Finanzvermögen¹	566.3	519.9	-46.4	-8.2
Flüssige Mittel	59.8	32.7	-27.1	-45.3
Forderungen	336.1	267.8	-68.3	-20.3
Kurzfristige Finanzanlagen	0.5	1.0	0.6	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	164.7	214.2	49.6	30.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	5.2	4.1	-1.0	-20.0
Anlagevermögen	803.4	804.2	0.8	0.1
Finanzvermögen¹	22.1	24.5	2.4	10.9
Finanzanlagen	22.1	24.5	2.4	10.9
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	781.3	779.6	-1.6	-0.2
Sachanlagen	763.2	764.2	0.9	0.1
Immaterielle Anlagen	17.5	15.0	-2.5	-14.2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge	0.6	0.5	-0.1	-17.8
Total Aktiven	1369.6	1324.1	-45.6	-3.3
Fremdkapital	-520.6	-443.0	77.6	14.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-306.2	-229.6	76.6	25.0
Laufende Verbindlichkeiten	-111.5	-82.6	28.9	25.9
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-27.1	-27.3	-0.2	-0.8
Passive Rechnungsabgrenzung	-93.8	-62.3	31.4	33.5
Kurzfristige Rückstellungen	-73.8	-57.3	16.5	22.3
Langfristiges Fremdkapital	-214.4	-213.4	1.0	0.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-166.5	-165.1	1.5	0.9
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-16.9	-14.4	2.5	14.5
Langfristige Rückstellungen	-28.9	-32.9	-4.0	-13.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-2.1	-1.1	1.0	48.5
Eigenkapital	-849.1	-881.1	-32.0	-3.8
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne	-275.3	-328.8	-53.5	-19.4
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-512.6	-512.6	0.0	0.0
Jahresergebnis	-61.2	-39.7	21.5	35.1
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-1369.6	-1324.1	45.6	3.3
¹ Total Finanzvermögen (FV)	588.4	544.4	-43.9	-7.5

9520 Kantonsspital Winterthur

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG) verfolgt das Kantonsspital folgenden Zweck: Das KSW dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Personal

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	2461.0	2521.0	2465.0	-56.0	-2.2

Finanzierung

	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)					
Ertrag	525.2	536.8	551.5	14.7	2.7
Aufwand	-508.8	-526.3	-521.9	4.4	0.8
Saldo	16.4	10.5	29.6	19.0	180.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)					
Einnahmen			0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-11.9	-108.1	-84.4	23.7	21.9
Saldo	-11.9	-108.1	-84.3	23.8	22.0

Antrag auf Gewinnverwendung

Gemäss §10 Abs. 3 Ziff. 5 KSWG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. zur Deckung des Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss §8 Ziff. 6 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. zur Deckung des Verlusts) zuhanden des Kantonsrates.

Der Gewinn des KSW beträgt Fr. 29 090 011 gemäss Abschluss nach Swiss GAAP FER. Dieser ist massgebend für die Gewinnverwendung. Das Ergebnis nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung, HBR) beläuft sich auf Fr. 29 570 577.

Das Gesundheitswesen ist infolge der Covid-19-Pandemie seit März 2020 grossen Belastungen ausgesetzt. Das gilt insbesondere für die Akutspitäler. Aufgrund dieser ausserordentlichen Lage beantragt der Regierungsrat, auf eine Gewinnverwendung zugunsten des Kantons Zürich im laufenden Jahr zu verzichten. Der Gewinn (Swiss GAAP FER) im Umfang von Fr. 24 922 255 soll den freien Reserven (Eigenkapital) zugewiesen werden. Der verbleibende Gewinnanteil von Fr. 4 167 756 soll den Fonds im Eigenkapital zugewiesen werden; er stammt aus der Übertragung der spitalnahen Fonds per

30. Juni 2019 an das KSW. Die Eigenkapitalquote kann durch die Zuweisungen im Hinblick auf die aktuellen Belastungen weiter gestärkt werden. Sie beträgt unter der Berücksichtigung der beantragten Gewinnverwendung rund 63% und liegt damit über der Schwelle, die bei der Verselbstständigung massgeblich war.

Der Spitalrat des KSW hat zuhanden des Regierungsrates für die Gewinnverwendung im Februar 2020 beantragt, den Gewinn vollumfänglich einzubehalten, und keine Verwendung zugunsten des Kantons vorgesehen. Es begründet diesen Antrag damals mit den laufenden bedeutenden Investitionen (Bauprojekt Hochhaus, Beschaffung Klinikinformationssystem) bzw. den daraus folgenden Belastungen der Bilanz. Die beantragte Gewinnverwendung und der damit verbundene Verzicht auf eine teilweise Verwendung zugunsten des Kantons ist den aktuellen Belastungen geschuldet und stellt kein Präjudiz für die kommenden Jahre dar. Die Grundsätze zur zukünftigen Gewinnverwendung sollen im Rahmen der bevorstehenden Überarbeitung in der Eigentümerstrategie zum KSW festgeschrieben werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9520

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	256.9	221.2	-35.7	-13.9
Finanzvermögen¹	256.9	221.2	-35.7	-13.9
Flüssige Mittel	11.1	10.7	-0.4	-3.6
Forderungen	163.2	139.4	-23.9	-14.6
Kurzfristige Finanzanlagen		0.5	0.5	
Aktive Rechnungsabgrenzung	74.3	63.1	-11.2	-15.1
Vorräte und angefangene Arbeiten	8.3	7.5	-0.8	-9.3
Anlagevermögen	62.5	390.0	327.4	> 100.0
Finanzvermögen¹	11.5	16.1	4.5	39.3
Finanzanlagen	11.5	16.1	4.5	39.3
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	51.0	373.9	322.9	> 100.0
Sachanlagen	44.8	370.2	325.4	> 100.0
Immaterielle Anlagen	6.2	3.7	-2.5	-40.4
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	319.5	611.1	291.7	91.3
Fremdkapital	-160.8	-224.9	-64.1	-39.9
Kurzfristiges Fremdkapital	-102.6	-78.2	24.4	23.7
Laufende Verbindlichkeiten	-56.9	-30.2	26.7	47.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-31.9	-0.2	31.7	99.3
Passive Rechnungsabgrenzung	-4.5	-37.8	-33.3	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen	-9.3	-10.1	-0.8	-8.6
Langfristiges Fremdkapital	-58.2	-146.6	-88.5	> 100.0
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-48.4	-135.4	-87.0	> 100.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.4	-2.9	-0.5	-21.1
Langfristige Rückstellungen	-5.0	-5.0	-0.0	-0.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-2.4	-3.3	-1.0	-40.1
Eigenkapital	-158.7	-386.3	-227.6	> 100.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne	-140.3	-156.6	-16.3	-11.6
Reserven aus Absicherungsgeschäften	1.7	0.0	-1.7	-100.0
Dotationskapital	-3.7	-200.1	-196.4	> 100.0
Jahresergebnis	-16.4	-29.6	-13.2	-80.5
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-319.5	-611.1	-291.7	-91.3
¹ Total Finanzvermögen (FV)	268.5	237.2	-31.2	-11.6

9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG) verfolgt die Psychiatrische Universitätsklinik folgenden Zweck: Die Psychiatrische Universitätsklinik dient a) der regionalen und überregionalen medizinisch-psychiatrischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	239.4	242.2	247.3	5.1	2.1
Aufwand	-238.7	-240.5	-244.9	-4.5	-1.9
Saldo	0.7	1.7	2.4	0.7	38.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.0	2.6	2.4	-0.2	-5.8
Ausgaben	-14.0	-12.7	-11.3	1.5	11.7
Saldo	-12.0	-10.1	-8.8	1.3	13.2

Antrag auf Gewinnverwendung

Gemäss §15 PUKG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. zur Deckung des Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss §8 lit. b PUKG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. zur Deckung des Verlusts) zuhanden des Kantonsrates. Die Jahresrechnung der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich (PUK) schliesst mit einem Gewinn von rund 2.4 Mio. Franken ab. Das entspricht in der Grössenordnung des Gewinns im Vorjahr (2.8 Mio. Franken),

wenn man im Vorjahr einen Sondereffekt in der Höhe von 2.1 Mio. Franken herausrechnet.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 2 423 556 den freien Reserven (Eigenkapital) zuzuweisen. Die PUK wurde per 1. Januar 2018 verselbstständigt. Zu Beginn der Verselbstständigung wird auf eine Gewinnverwendung zugunsten des Kantons verzichtet. Dadurch wird die finanzielle Struktur der Anstalt während einer Übergangsfrist gestärkt.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9530

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	85.4	69.3	-16.1	-18.8
Finanzvermögen¹	85.4	69.3	-16.1	-18.8
Flüssige Mittel	3.8	2.7	-1.1	-28.9
Forderungen	53.4	38.8	-14.6	-27.3
Kurzfristige Finanzanlagen	0.2	0.5	0.3	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	27.2	26.6	-0.6	-2.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.8	0.7	-0.1	-16.2
Anlagevermögen	170.4	166.7	-3.7	-2.2
Finanzvermögen¹	2.0	1.5	-0.5	-26.4
Finanzanlagen	2.0	1.5	-0.5	-26.4
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	168.3	165.1	-3.2	-1.9
Sachanlagen	167.8	164.7	-3.1	-1.9
Immaterielle Anlagen	0.5	0.5	-0.0	-6.7
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	255.7	235.9	-19.8	-7.7
Fremdkapital	-132.3	-110.1	22.2	16.8
Kurzfristiges Fremdkapital	-80.1	-51.2	28.8	36.0
Laufende Verbindlichkeiten	-49.3	-32.8	16.5	33.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-3.1	-3.1	0.0	0.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-6.1	-4.5	1.6	26.7
Kurzfristige Rückstellungen	-21.6	-10.9	10.7	49.7
Langfristiges Fremdkapital	-52.3	-58.9	-6.6	-12.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-40.0	-37.0	3.1	7.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-8.1	-10.0	-1.9	-23.1
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-8.2	-7.9	> 100.0
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-3.8	-3.7	0.1	2.1
Eigenkapital	-123.4	-125.8	-2.4	-2.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne		-0.7	-0.7	
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-122.7	-122.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	-0.7	-2.4	-1.7	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-255.7	-235.9	19.8	7.7
¹ Total Finanzvermögen (FV)	87.4	70.8	-16.6	-19.0

9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG) verfolgt die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) folgenden Zweck: Die ipw dient a) der integrierten psychiatrischen Versorgung, insbesondere für die Regionen Winterthur und Zürcher Unterland, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag		98.7	103.8	5.2	5.3
Aufwand		-98.5	-96.7	1.8	1.8
Saldo		0.1	7.1	7.0	5 295.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben		-12.0	-9.1	2.9	23.9
Saldo		-12.0	-9.1	2.9	23.9

Antrag auf Gewinnverwendung

Gemäss §14 ipwG verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss §7 lit. b ipwG den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Kantonsrates. Die Jahresrechnung der Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) schliesst in ihrem ersten Jahr als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit einem Gewinn von rund 7.1 Mio. Franken ab.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn von Fr. 7 105 767 den freien Reserven (Eigenkapital) zuzuweisen. Die ipw wurde per 1. Januar 2019 verselbstständigt. Zu Beginn der Verselbstständigung wird auf eine Gewinnverwendung zugunsten des Kantons verzichtet. Dadurch wird die finanzielle Struktur der Anstalt während einer Übergangsfrist gestärkt.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9540

Bilanz

Mio. Franken

	per 01.01.2019	per 31.12.2019	Δ abs.	Differenz R 19 Δ %
Umlaufvermögen	47.1	51.2	4.1	8.7
Finanzvermögen¹	47.1	51.2	4.1	8.7
Flüssige Mittel	0.1	0.2	0.2	> 100.0
Forderungen	8.3	27.5	19.2	> 100.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	38.3	23.1	-15.2	-39.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.4	0.3	-0.0	-8.0
Anlagevermögen	29.9	37.3	1.6	5.3
Finanzvermögen¹		0.8	0.8	n.a.
Finanzanlagen		0.8	0.8	n.a.
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	29.9	36.5	6.6	22.0
Sachanlagen	29.0	35.7	6.8	23.4
Immaterielle Anlagen	0.9	0.7	-0.2	-21.0
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	77.0	88.5	5.7	7.4
Fremdkapital	-30.8	-35.2	-4.4	-14.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-9.2	-15.2	-6.0	-65.5
Laufende Verbindlichkeiten	-1.6	-5.5	-3.9	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		-0.9	-0.9	n.a.
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.6	-3.1	-2.5	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen	-6.9	-5.6	1.3	18.5
Langfristiges Fremdkapital	-21.6	-20.0	1.6	7.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-19.4	-18.5	0.9	4.5
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-1.8	-1.5	0.3	14.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-0.5		0.5	100.0
Eigenkapital	-46.2	-53.3	-0.0	-0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				n.a.
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-46.2	-46.2	-0.0	-0.0
Jahresergebnis		-7.1		
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-77.0	-88.5	-4.4	-5.7
¹ Total Finanzvermögen (FV)	47.1	52.0	4.9	10.4

9800 Legate

Aufgaben

A1 Es handelt sich um Vermächtnisse Dritter ohne eigene Rechtspersönlichkeit zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel wird in der Regel vom Donator vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Bemerkungen

A1 Die Leistungsgruppe wird mangels konkreter Planungsvorgaben nicht geplant. Weiterreichende Informationen können dem Finanzbericht entnommen werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	13.4		10.2	10.2	0.0
Aufwand	-14.2		-10.3	-10.3	0.0
Saldo	-0.7		-0.2	-0.2	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9800

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	31.7	31.8	0.1	0.3
Finanzvermögen¹	31.7	31.8	0.1	0.3
Flüssige Mittel	1.7	1.3	-0.4	-22.4
Forderungen	26.8	24.4	-2.4	-8.8
Kurzfristige Finanzanlagen	2.9	5.8	2.9	97.6
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.3	0.3	-0.0	-9.7
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	73.1	69.0	-4.2	-5.7
Finanzvermögen¹	73.1	69.0	-4.2	-5.7
Finanzanlagen	64.1	60.0	-4.2	-6.5
Sachanlagen	9.0	9.0	0.0	0.0
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	104.9	100.8	-4.1	-3.9
Fremdkapital	-64.3	-60.4	3.9	6.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-0.1	-0.5	-0.4	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten	-0.0	-0.0	0.0	95.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten		-0.5	-0.5	
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.1	-0.0	0.1	95.4
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-64.2	-59.9	4.3	6.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.5	0.0	0.5	> 100.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-63.7	-59.9	3.8	6.0
Eigenkapital	-40.6	-40.4	0.2	0.4
Fonds im Eigenkapital	-40.6	-40.4	0.2	0.4
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-104.9	-100.8	4.1	3.9
¹ Total Finanzvermögen (FV)	104.9	100.8	-4.1	-3.9

Andere Organisationen

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Von der Arbeitslosenkasse werden Arbeitslosen-, Kurzarbeits-, Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigungen sowie

kollektive und individuelle Arbeitsmarktmassnahmen (u. a. Ausbildungszuschüsse, Kursauslagen, Einarbeitungszuschüsse) ausbezahlt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung		311 733	320 000	208 315	-111685	- 34.9
B1	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen		2.8 %	2.4 %	3.2 %	0.7 %	

Bemerkungen

L1 Aufgrund neuer Zählweise ist die Anzahl Abrechnungen nicht mit dem Budget und dem Vorjahr vergleichbar.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
	134.6	135.0	133.2	-1.8	-1.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Ertrag	629.5	680.0	552.4	-127.6	-18.8
Aufwand	-629.3	-680.0	-571.8	108.2	-15.9
Saldo	0.2	0.0	-19.4	-19.4	
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R18	B19	R19	Δ abs.	Δ %
Einnahmen					
Ausgaben					
Saldo					

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Der Ertrag entspricht hauptsächlich den Vorschüssen des Bundes (ALV-Fonds), die zur Abrechnung aller Versicherungsleistungen und der Verwaltungskosten benützt werden.

Der Aufwand umfasst die Auszahlungen von direkten und indirekten Leistungen der Arbeitslosenversicherung einschliesslich Sozialleistungen sowie die Verwaltungskosten für den Voll-

zug. Er wird vollumfänglich vom Bund (ALV-Fonds) finanziert (vgl. oben, Ertrag).

Da die Vorschüsse des Bundes und die Auszahlungen der ALK zeitlich verzögert erfolgen, besteht jeweils temporär ein Saldo, der laufend ausgeglichen wird.

Δ abs.	A/E
-19.4	
-19.4	
0.0	

Begründungen

Abweichungen total B19 zu R19

- Vorschuss des Bundes ist tiefer als die effektive Abrechnung. Ausgleich erfolgt 2020.
- Übrige Abweichungen

Andere Organisationen Bilanz

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2018	per 31.12.2019	Differenz R 18/19 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	148.2	148.9	0.7	0.5
Finanzvermögen¹	148.2	148.9	0.7	0.5
Flüssige Mittel	0.5	1.1	0.6	> 100.0
Forderungen	140.6	139.9	-0.6	-0.4
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	6.8	7.5	0.7	10.4
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.3	0.3	0.0	1.3
Anlagevermögen	42.7	43.5	0.8	1.9
Finanzvermögen¹				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital				
Verwaltungsvermögen	42.7	43.5	0.8	1.9
Sachanlagen	41.2	41.2	-0.0	-0.0
Immaterielle Anlagen	1.2	1.7	0.5	41.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen	0.2	0.5	0.3	> 100.0
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	35.3
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	190.9	192.4	1.5	0.8
Fremdkapital	-143.8	-133.5	10.3	7.1
Kurzfristiges Fremdkapital	-143.1	-132.7	10.4	7.3
Laufende Verbindlichkeiten	-28.0	-29.9	-2.0	-7.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-95.3	-81.5	13.8	14.5
Kurzfristige Rückstellungen	-19.8	-21.3	-1.4	-7.3
Langfristiges Fremdkapital	-0.7	-0.8	-0.1	-18.4
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.3	-0.6	-0.3	-82.4
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-0.2	0.2	46.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-47.1	-58.9	-11.8	-25.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-35.2	-47.1	-11.9	-33.8
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Jahresergebnis	-11.9	-11.8	0.1	0.7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-190.9	-192.4	-1.5	-0.8
¹ Total Finanzvermögen (FV)	148.2	148.9	0.7	0.5

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskrediten im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur für

die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget des Folgejahres (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 174 Kreditübertragungen (Vorjahr: 207) bewilligt, davon 49 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 33,4 Mio. Franken (Vorjahr: 68 Kreditübertragungen über 44,6 Mio. Franken) und 125 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 264,9 Mio. Franken (Vorjahr: 139 Kreditübertragungen über 269,2 Mio. Franken).

in Franken

(– Aufwand/Investitionsausgaben)

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung
Total Erfolgsrechnung		-33 350 000
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	Umsetzung Digitalisierungsprojekte	-252 000
2201 Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	Fachapplikation JuV	-923 000
	GEVER	-224 000
	Ausbau Portfoliomanagement	-100 000
	Vertrags-, Software- und Lizenzverwaltung	-116 000
	Projekt- und Ressourcenplanung	-157 000
	Personalumfrage	-80 000
	Diverse Vorhaben im Zusammenhang mit dem Projekt Ersatzbeschaffung Rechenzentrum	-1 262 000
	Digitalisierung	-160 000
2223 Statistisches Amt	Kantonale Visualisierungskomponenten ZHweb	-200 000
2224 Staatsarchiv	Pilotprojekt Erschliessung Vormoderne Quellen 2019–2021	-174 000
4100 Finanzverwaltung	Projekt Programmweiterung DipsIN/Mammut	-99 000
	Projekte im Buchungszentrum (Zahlungsverkehr)	-300 000
	Planungs- und Budgetierungstool	-83 000
	Erneuerung Redesign SAP	-180 000
4400 Steuern Betriebsteil	Programm ZüriPrimo	-209 000
4500 Personalamt	Weiterentwicklung SAP HCM	-1 000 000
	Betriebliches Gesundheitsmanagement	-100 000
	Kontinuierliche Verbesserungsprozesse für Projekte und Prozesse	-400 000
4610 Amt für Informatik	Lösungsdokumentation	-72 000
	Oberfläche SAP Fiori	-320 000
	Benutzerprovisionierung	-157 000
	Programm IKT	-1 484 000
	Erneuerung FD-Arbeitsplatz	-402 000
	Externe Unterstützung Aufbau AFI	-400 000
	Secure Web Access	-150 000
	Weiterentwicklung Identity- und Access-Management/Active Directory	-500 000
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	Schwerpunktprogramme Suizidprävention und Prävention und Gesundheitsförderung im Alter	-140 000
7000 Bildungsverwaltung	Lehrmitteleinführungen	-110 000
	Schulversuch Fokus Starke Lernbeziehungen	-140 000
	Neues Kinder- und Jugendheimgesetz und damit verbundene Änderungen im Volksschulgesetz im Bereich Sonderschulung	-175 000
	Quims: Weiterentwicklung des Schulprogramms	-196 000
	Medien und Informatik: Unterstützung der Schulen	-150 000
	Lernfördersysteme: Weiterbildungen für Lernlupe, Lernpass und Stellwerk	-250 000
	Zürcher Lehrplan 21: Weiterbildungsangebote und Unterstützungsleistungen für Schulen	-700 000
	Unterstützung Schulfeld	-150 000

Kreditübertragungen Kreditübertragungen

in Franken

(– Aufwand/Investitionsausgaben)

Leistungsgruppe	Vorhaben	Kreditübertragung	
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge und Liegenschaften)	ZHAW F&E ZHAW Lehre ZHAW Infrastruktur & Systeme ZHAW Zentrums-, Kompetenzaufbau/Führungsausbildung ZHAW Strategie/Kunden DL/Compliance	-1 503 000 -2 995 000 -6 255 000 -497 000 -3 297 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Glatt, Opfikon, Stadtpark Glattbrugg	-350 000
8700	Immobilienamt	Weiterentwicklung Immobilienmanagement (WIM) (RRB Nr. 1125/2017) Umsetzung Mietermodell: Überführung der Verantwortlichkeiten in die Linie	-1 600 000 -500 000
8710	Liegenschaften Finanzvermögen	Zürich, Fliederstrasse 8, Instandsetzung Kanalisation Zürich, Stäblistrasse 5/7, Instandsetzung Gebäude Maur, Schifflände, Sanierung Küche und Instandsetzung Gebäude	-1 000 000 -1 000 000 -1 680 000
8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Projektbüro Kasernenareal RRB Nr. 989/2018	-1 060 000
9063	Verwaltungsgericht	Neue Geschäftsverwaltungssoftware	-98 000
Total	Investitionsrechnung		-264 904 000
2201	Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / Zentrale Dienstleistungen	Mobiliar Ersatz Druckerflotte Service-Provider-Organisation Fachapplikation JuV Verordnung über die Datenverarbeitung GEVER Beschaffung Medienserver Oracle-Enterprise-Lizenzen (Cluster-Version) Langzeit-Archiv Rechenzentrum PJZ Ersatz Rechenzentrum BGZ/StAZH 2. Rechenzentrum Standort LHW Wartung, Modernisierung, Rechtsinformationssystem Erhaltungsarbeiten JI-Geschäftsverwaltung DigDataZH Elektronische Archivierung	-435 000 -300 000 -400 000 -2 260 000 -1 500 000 -200 000 -500 000 -350 000 -300 000 -640 000 -3 200 000 -4 500 000 -60 000 -700 000
2234	Fachstelle Kultur	Opernhaus Zürich AG, Vision 2030	-550 000
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	Passbüro: Schweizweiter Ersatz der Biometrieerfassungsstationen (Bundessystem)	-140 000
3100	Kantonspolizei	Zürich, PJZ, Nutzerausbauten Weiningen, Rechenzentrum LHW	-8 390 000 -4 200 000
3300	Migrationsamt	Prozessunterstützungs- und Monitoringsystem (PuM), Update von Version 1.4 auf Version 2.0	-210 000
3500	Sozialamt	Neues Dokumenten-Management-System	-200 000
3910	Sportfonds	Sportzentrum Kerenzerberg, Erweiterung und Anpassungen Sportzentrum Kerenzerberg, Turnhalle 2, Instandsetzung	-6 449 000 -624 000
4100	Finanzverwaltung	Migration Zahlungsverkehr CH Automatisierung Reporting- und Informationsprozesse Elektronisches Cash Management Tool Integriertes Planungs- und Budgetierungstool Automatisierung Zahlungsverkehr Finanzstatistik	-50 000 -200 000 -247 000 -800 000 -500 000 -200 000
4610	Amt für Informatik	Vorhaben IKT-Programm Erneuerung BD-Arbeitsplatz Erneuerung FD-Arbeitsplatz (Übertrag AP18+) SAP-Providerwechsel SAP-Weiterentwicklung Redesign SAP-Systeme Finanz- und Rechnungswesen Erneuerung Infrastruktur Software	-12 000 000 -2 100 000 -1 928 000 -193 000 -364 000 -600 000 -800 000

Kreditübertragungen

Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/Investitionsausgaben)			Kreditübertragung
Leistungsgruppe	Vorhaben		
5920	Verkehrsfonds	Limmattalbahn	–3 247 000
		Schweizerische Bundesbahnen 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn; 3. Etappe	–2 000 000
		Verkehrsbetriebe Zürich Tram Affoltern (Planungsmittel)	–2 621 000
		Verkehrsbetriebe Glattal Stadtbahnverlängerung Flughafen–Kloten Industrie (Planungsmittel)	–3 096 000
6000	Steuerung Gesundheits- versorgung	Erneuerung Serverinfrastruktur	–270 000
7000	Bildungsverwaltung	Umsetzung Konzept biz 2.0 mit Hardwarebeschaffung	–50 000
		Ausbau von Puls Avanti für das Volksschulamt	–150 000
7200	Volksschulen	Investitionsbeitrag Stiftung Buchweid Russikon, Neubau Heizzentrale	–472 000
		Investitionsbeitrag Pädagogisches Zentrum Pestalozzihaus Elsau, Sanierung Wohn- und Schulhaus Kastanienhof	–219 000
		Investitionsbeitrag Kinderstation Brüschalde PUK, Männedorf, Sanierung und Anpassung Hauptgebäude	–600 000
		Investitionsbeitrag Schweizerische Stiftung für Taubblinde Tanne, Langnau a. A., Um-/Neubau	–800 000
		Investitionsbeitrag Stiftung Bühl Wädenswil, Erneuerung Brandmeldeanlage	–80 000
		Investitionsbeitrag Gemeinde Wald, Sanierung Schulanlage Binzholz	–600 000
		Investitionsbeitrag TS für seh- und mehrfach behinderte Kinder (Visoparents) Zürich, zusätzliche Schulräume, Aufbau Terrasse	–456 000
		Investitionsbeitrag Stiftung Vivendra Dielsdorf, Unwetterschaden	–157 000
		Investitionsbeitrag SHS: Sprachheilschule Zürich, Instandsetzung Feuchtig- keitsschaden	–122 000
7301	Mittelschulen	Kantonsschule Büelrain Winterthur, Ausstattung Neubau	–311 000
		Kantonsschule Enge Zürich, Ausrüstung Unterrichtszimmer	–125 000
		Kantonsschule Stadelhofen Zürich, Ausrüstung Unterrichtszimmer	–90 000
7306	Berufsbildung	Staatsbeitrag KV Zürich, Erneuerung Evakuierungs- und Amok-Anlage	–270 000
		Staatsbeitrag KV Zürich, Instandsetzung Sporthallen	–245 000
		Staatsbeitrag, KV Winterthur, Absturzsicherung Flachdächer und Instand- setzung Lehrpersonenbereich	–200 000
		Bildungszentrum Zürichsee, Ausstattung Neubau	–4 200 000
		Bildungszentrum Limmattal, Beschaffung Mobiliar	–250 000
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Krisenintervention Kinderhaus Entlisberg, Investitionsbeitrag Umbau und Renovation	–507 000
		Die Alternative, Familieneinheit Ulmenhof, Investitionsbeitrag Umbau	–671 000
		Kinderheim Pilgerbrunnen, Investitionsbeitrag Neubau	–500 000
8000	Generalsekretariat	Integrales Daten- und Projektmanagement (IDPM)	–214 000
		Projekt Datenmanagement Grundwasser	–122 000
		Lärm-Datenbank	–490 000
		Mobile Datenverarbeitung in Fahrzeugen	–130 000
		Projekt Dokumenten-Management-System (DMS) 2.0	–1 884 000
		Projektraum Bauprojekte Hochbauamt	–200 000
8300	Amt für Raum- entwicklung	ObjektwesenZH	–300 000
		eVernehmlassungen	–160 000
		Programm GIS-ZH2020 (GIS-ZH Erneuerung)	–270 000
		GIS-ZH Luftbild- und Höhenprodukte (Kantonales Geoinformationsgesetz; Kantonale Geodatenprodukte)	–60 000
		Katasterprozesse (System Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentums- beschränkungen: ÖREB-System)	–340 000

Kreditübertragungen Kreditübertragungen

in Franken (– Aufwand/Investitionsausgaben)			Kreditübertragung
Leistungsgruppe	Vorhaben		
8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Polizei- und Justizzentrum (PJZ), Neubau	–133 000 000
		Kantonsschule Zimmerberg, Wädenswil, Provisorium Mieterausbau (BI)	–2 630 000
		Ersatz UKV-Gebäudeverkabelung (FD)	–2 590 000
		Justizvollzugsanstalt Pöschwies, Versorgungsbetriebe und Werkstätten (JI)	–10 000 000
		Engere Zentralverwaltung, Ersatz Aufzugsanlagen (BD)	–2 560 000
		Kantonspolizei, Lärmschutzhügel Weiningen (DS)	–5 000 000
		Engere Zentralverwaltung, Kaspar-Escher-Haus Erneuerung Elektrohaupt- und -unterverteilung (BD)	–6 895 000
		Bezirksverwaltung Meilen, Erweiterung Gerichtstrakt (BD)	–1 150 000
		Bezirksverwaltung Winterthur, Erweiterung (BD)	–3 600 000
		Oberrieden Seepolizei, Instandsetzung/Erweiterung (DS)	–500 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Investitionsbeiträge Landwirtschaftliches Bauen	–647 000
		Gästeführung Campus	–85 000
		Transporter (Fahrzeug)	–60 000
		Hoflader (Landmaschine)	–55 000
		Fütterungsfahrzeug (Landmaschine)	–250 000
		Plattform für Besprechungen, Chat, Notizen und Anhänge	–150 000
		Infrastruktur Informatik, Ausfallsicherheit und Redundanz	–110 000
		Digitale Schulzimmer	–80 000
		Digitale Kommunikationslandschaft	–210 000
8910	Natur- und Heimat- schutzfonds	Ausbau Klimaraum Archäologie, Dübendorf, Stettbachstrasse 7, Shedhalle	–500 000
		Sanierung Parkplatz bzw. Zufahrtsstrasse Restaurant Hochwacht Egg	–370 000
9030	Obergericht und ange- gliederte Gerichte	Erneuerungsunterhalt Gebäude	–2 233 000
9040	Bezirksgerichte	Erneuerungsunterhalt Gebäude (Zürich)	–2 824 000
		Umbau (Hinwil)	–50 000
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissen- schaften	Entwicklung Campus Grüntal (Dept. N)	–50 000
		Mobiliar zentral	–200 000
		Workflow Spesen	–100 000
		Ablösung Leistungsplanungs-Tool und SWAP (Planung Lehrleistungen)	–370 000
		E-Campus Hochschulbibliothek	–60 000
		Evaluation FBG (Führungs-/Beurteilungsgespräch) und Workflow	–75 000
		Ablösung ZEUS (Zeit- und Leistungserfassungssystem)	–225 000
		Automatisierungsplattform Excelzyme Prozessanalytik, Bioverfahrenstechnik	–1 300 000
		Migration CampusCard-Leser Gastro-Automaten	–128 000
		Instandhaltung Gastro-Einrichtungen	–500 000
		Fahrzeugbeschaffung	–50 000
		PaaS Infrastruktur (Platform as a Service)	–100 000
		ICT-Sicherheitsprojekt	–70 000
		Modulwahltool	–175 000
		ICT, Ausbau strategische Services	–400 000
		Configuration Management Database (CMDB)	–100 000
		Umbau Gertrudstrasse (Finanzen & Services)	–50 000
		Lagerstrasse, Umsetzung behindertengerechte Massnahmen	–300 000
		Hallen 180, 189, 191 und 141 (Departement Architektur)	–1 200 000
		Entwicklung Campus Reidbach (Dept. N)	–300 000
		E-Workflow Einzelentschädiger	–75 000
		Sprühturm	–88 000
		Test- und Versuchsanlage Solar aus 2012	–220 000
		Mobiliar Linguistik	–50 000
		Sicherung Departementsbestand	–78 000
		Hardwarebeschaffung	–70 000
		Enterprise Content Management (ECM)	–400 000
		Complesis 2.0, neue Release-Software	–52 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 Gesetz über Controlling und Rechnungslegung [CRG]).

Die Direktionen haben im laufenden Jahr 13 Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 75,4 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden drei Kreditüberschreitungen im Betrag von 28,6 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / – schlechter				Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2019
Leistungsgruppe	Begründung	Bewilligte Kredit überschreitung		
Total Bewilligte Kreditüberschreitungen		-104 005 732		
Total Erfolgsrechnung		-75 393 625		
2241 Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	Mehraufwand für Personal (Fr. 268 000) und Beiträge für die Sprachförderung von Asylsuchenden (Fr. 700 000) gemäss RRB Nr. 434/2019 aufgrund von Bundesrecht (§ 22 Abs. 1 lit. b CRG) sowie Korrekturbuchung transitorisch abgegrenzter Erträge (Fr. 527 905).	-1 495 905		-1 507 557
4921 Schadenausgleich	In zwei Staatshaftungsfällen mussten aufgrund der Risiko-beurteilungen höhere Rückstellungen von 1,7 Mio. Franken verbucht werden. Zudem erfolgte in einem Staatshaftungsfall eine Zahlung von 0,2 Mio. Franken. Für Rückstellungsbildungen und Zahlungen waren im Budget 2019 allerdings lediglich 1,2 Mio. Franken bewilligt. Die Minderausgaben von 0,2 Mio. Franken im Bereich der Versicherungsprämien (Budget: 1,3 Mio. Franken; Rechnung: 1,1 Mio. Franken) vermochten die erwähnten Mehrausgaben bei den Rückstellungen und Zahlungen für Haftpflichtfälle nicht zu kompensieren. Deshalb hat die Finanzdirektion mit Bezug auf § 22 Abs. 1 lit. e CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 Finanzcontrollingverordnung eine Kreditüberschreitung bewilligt.	-520 080		-520 080
7200 Volksschulen	Im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 (Lü16) hat der Regierungsrat die Kommunalisierung der Schulleitungen vorgeschlagen. Wegen dieser Massnahme wurde im Budget 2019 unter anderem mit einer Verminderung des Beschäftigungsumfangs um 571 Stellen (VZE) und mit Einsparungen von rund 15 Mio. Franken gerechnet. Nachdem dieser Vorschlag in einer Vernehmlassung grossmehrheitlich abgelehnt worden ist, wird auf die Kommunalisierung der Schulleitungen verzichtet (Vorlage 5507). Da sich die gesetzlichen Grundlagen nicht geändert haben, bleibt der Kanton Zürich in der Pflicht, diese Kosten weiterhin zu tragen, weshalb die geschätzten Einsparungen von rund 15 Mio. Franken nicht realisiert werden können. Die Dringlichkeit gemäss § 22 Abs. 1 lit. a. CRG ist damit erfüllt. Eine vollständige Kompensation war in der Leistungsgruppe 7200, Volksschulen, nicht möglich.	-15 000 000		-12 874 846
7301 Mittelschulen	Im Berichtsjahr haben gegenüber dem Budget 90 zusätzliche Mittelschülerinnen und Mittelschüler eine kantonale Mittelschule besucht. Dies führt zu Mehrkosten von insgesamt 1,9 Mio. Franken, die in der Leistungsgruppe nicht vollständig kompensiert werden können. Die Bewilligung der Kreditüberschreitung erfolgt gemäss § 22 Abs. 1 lit. a CRG.	-1 308 328		-1 308 328
7401 Universität (Beiträge und Liegenschaften)	In der Planung 2019 der Leistungsgruppe 7401 war gemäss damaligen kantonalen Planungsrichtlinien kein Teuerungsausgleich budgetiert. Gemäss Beschluss zum Haushaltsvollzug (RRB Nr. 86/2019) konnte der Teuerungsausgleich von 1% bei der Universität Zürich (UZH) geleistet werden. Dies führte zur Erhöhung des Staatsbeitrages an die UZH und zur Überschreitung des Budgetkredits (gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG).	-2 017 500		-2 017 500

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: +besser /–schlechter			Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2019
Leistungsgruppe	Begründung	Bewilligte Kredit überschreitung	
7402 Sonstige universitäre Leistungen	Abgeltung zulasten des Kantons Zürich an die anderen Trägerkantone für ausserkantonal Studierende mit Herkunft Kanton Zürich im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV). Die Vereinbarung schreibt die Ausgabe für Zürcher Studierende an anderen kantonalen Universitäten zwingend vor. Die im Berichtsjahr zu leistenden IUV-Beiträge waren um rund 9 Mio. Franken höher als budgetiert (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG).	–9 071 870	–9 071 870
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	Abgeltung zulasten des Kantons Zürich an die anderen Trägerkantone für ausserkantonal Studierende mit Herkunft Kanton Zürich im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV). Die Vereinbarung schreibt die Ausgabe für Zürcher Studierende an anderen schweizerischen Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen zwingend vor. Die im Berichtsjahr zu leistenden FHV-Beiträge waren um rund 18 Mio. Franken höher als budgetiert (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG).	–18 128 300	–18 128 300
7501 Kinder- und Jugendhilfe	Im Stipendienbereich führten steigende Gesuchszahlen und höhere Beiträge an gemäss Stipendienverordnung (in Verbindung mit Bildungsgesetz und Stipendienkonkordat EDK sowie Kantons- und Bundesverfassung) anspruchsberechtigte Personen in Ausbildung (§ 22 Abs. 1 lit. b CRG) zu einer nicht kompensierbaren Budgetüberschreitung von –7,6 Mio. Franken.	–7 642 832	–6 561 210
8510 Altlasten	§ 22 Abs. 1 lit. e CRG: Erhöhung der Rückstellungen für Ausfallkosten im Zusammenhang mit altlastenrechtlich notwendigen Massnahmen gemäss Art. 32d Abs. 3 USG.	–4 262 831	–5 408 474
	§ 22 Abs. 1 lit. e CRG: Erhöhung der Rückstellungen für Ausfallkosten im Zusammenhang mit altlastenrechtlich notwendigen Massnahmen gemäss Art. 32d Abs. 3 USG.	–2 400 000	
	§ 22 Abs. 1 lit. e CRG: Erhöhung der Rückstellungen für Ausfallkosten im Zusammenhang mit altlastenrechtlich notwendigen Massnahmen gemäss Art. 32d Abs. 3 USG.	–800 000	
8800 Amt für Landschaft und Natur	§ 22 Abs. 1 lit. e CRG: Rückstellung für die Sanierung der Jagdschiessanlagen.	–5 000 000	–5 770 457
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	§ 22 Abs. 1 lit. e CRG: Wertberichtigung des Buchwerts der Liegenschaft Hornareal, Richterswil.	–7 745 980	–6 646 374
Total Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)		–28 612 106	
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	Die Realisierung dringender Bauvorhaben im Bereich Instandsetzung haben zu einer geringen Überschreitung des Budgetkredits geführt (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG).	–700 000	–690 985
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	§ 22 Abs. 1 lit. d CRG: Bundesbeiträge an Massnahmen zur Elimination von organischen Spurenstoffen auf Abwasserreinigungsanlagen. Es handelt sich bei den Mehrausgaben um saldoneutrale, durchlaufende Bundesbeiträge.	–6 042 382	–27 023 743
	§ 22 Abs. 1 lit. d CRG: Für Bundesbeiträge an Massnahmen zur Elimination von organischen Spurenstoffen auf Abwasserreinigungsanlagen. Es handelt sich bei den Mehrausgaben um saldoneutrale, durchlaufende Bundesbeiträge.	–21 869 724	

Impressum

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

André Roth und Marc Schmid, Zürich

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Auflage

500 Expl.

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)
Art.-Nr. 683380

ISSN-Nummer

ISSN 1663-2885

